THE UNIVERSITY OF MICHIGAN · LIBRARIES · 1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN · LIBRARIES · 1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN · LIBRARIES · 1817

· MICHIGAN · S
· THE UNIVE
OF MICHIGAN · LIBS

MICHIGAN
THE UNIVE
MICHIGAN

G
58
B72
54

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN
Herausgegeben von
C. Troll H. Hahn W. Kuls W. Lauer P. Höllermann
Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Heft 54

Irmela Banco

Studien zur Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung von Griechenland

1976

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
– Dümmlerbuch 7554 –

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN

Heft 3: *Zimmermann, Josef:* Bodenkultur und Landschaft der Erftniederung. 1949. 193 S. DM 12,—

Heft 4: *Hahn, Helmut:* Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks. 1950. 96 S. DM 4,50

Heft 5: *Timmermann, Liselotte:* Das Eupener Land und seine Grünlandwirtschaft. 1951. 92 S. DM 6,—

Heft 6: *Pfannenstiel, Max:* Die Quartärgeschichte des Donaudeltas. 1950. 85 S. DM 4,50

Heft 7: *Weis, Dieter:* Die Großstadt Essen. 1951. 84 S. *

Heft 8: *Bobek, Hans:* Die natürlichen Wälder und Gehölzfluren Irans. 1951. 62 S. DM 6,—

Heft 9: *Lauer, Wilhelm; Schmidt, Rolf-Dietrich; Schröder, Rudolf* und *Troll, Carl:* Studien zur Klima- und Vegetationskunde der Tropen. 1952. 182 S. *

Heft 10: *Hueck, Kurt:* Urlandschaft, Raublandschaft und Kulturlandschaft in der Provinz Tucumán im nordwestlichen Argentinien. 1953. 102 S. *

Heft 11: *Lautensach, Hermann:* Das Mormonenland als Beispiel eines sozialgeographischen Raumes. 1953. 46 S. *

Heft 12: *Schwalb, Mechthild:* Die Entwicklung der bäuerlichen Kulturlandschaft in Ostfriesland und Westoldenburg. 1953. 80 S. **

Heft 13: *Bartz, Fritz:* San Francisco-Oakland Metropolitan Area. Strukturwandlungen eines US-Amerikanischen Großstadtkomplexes. 1954. 72 S. *

Heft 14: *Nowack, Ernst †:* Land und Volk der Konso (Südäthiopien). 1954. 60 S. **

Heft 15: *Pardé, Maurice:* Beziehungen zwischen Niederschlag und Abfluß bei großen Sommerhochwassern. 1954. 59 S. *

Heft 16: *Braun, Günter:* Die Bedeutung des Verkehrswesens für die politische und wirtschaftliche Einheit Kanadas. 1955. 96 S. DM 8,—

Heft 17: *Schmithüsen, Josef; Klapp, Ernst* und *Schwabe, G. Helmut:* Forschungen in Chile. 1956. 190 S. **

Heft 18: *Hahn, Helmut:* Die deutschen Weinbaugebiete. 1956. 159 S. DM 8,—

Heft 19: *Steinmetzler, Johannes:* Die Anthropogeographie Friedrich Ratzels und ihre ideengeschichtlichen Wurzeln. 1956. 151 S. **

Heft 20: *Schweinfurth, Ulrich:* Die horizontale und vertikale Verbreitung der Vegetation im Himalaya. 1957. 375 S. DM 24,—

Heft 21: *Zimmermann, Josef:* Studien zur Anthropogeographie Amazoniens. Der Wirtschaftsraum Santarém. 1958. 97 S. DM 9,20

Heft 22: *Hahn, Helmut:* Die Erholungsgebiete der Bundesrepublik. Erläuterungen zu einer Karte der Fremdenverkehrsorte in der deutschen Bundesrepublik. 1958. 182 S. DM 10,80

Heft 23: *von Bauer, Peter-Paul:* Waldbau in Südchile. Standortskundliche Untersuchungen und Erfahrungen bei der Durchführung einer Aufforstung. 1958. 120 S. DM 10,80

Heft 24: *Butzer, K. W.:* Quaternary Stratigraphy and Climate in the Near East. 1958. 157 S. *

Heft 25: *Troll, C.:* Die tropischen Gebirge. Ihre dreidimensionale klimatische und pflanzengeographische Zonierung. 1959. 93 S. *

Heft 26: *Fränzle, O.:* Glaziale und periglaziale Formbildung im östlichen Kastilischen Scheidegebirge (Zentralspanien). 1959. 80 S. DM 9,20

Heft 27: *Bartz, Fritz:* Fischer auf Ceylon. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Bevölkerungsgeographie des indischen Subkontinents. 1959. 107 S. DM 10,—

Heft 28: *Lautensach, Hermann:* Maurische Züge im geographischen Bild der Iberischen Halbinsel. 1960, 98 S. DM 10,50

Heft 29: *Koepke, Hans-Wilhelm:* Synökologische Studien an der Westseite der peruanischen Anden. 1961. 320 S. DM 26,—

(Fortsetzung siehe 4. Umschlagseite)

Irmela Banco, **Studien zur Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung von Griechenland**

Digitized by Google

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN
Herausgegeben von
C. Troll H. Hahn W. Kuls W. Lauer P. Höllermann
Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Heft 54

Irmela Banco

Studien zur Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung von Griechenland

1976

In Kommission bei
FERD. DUMMLERS VERLAG · BONN
– Dümmlerbuch 7554 –

Studien zur Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung von Griechenland

von

Irmela Banco

Mit 27 Abbildungen und 13 Beilagen

In Kommission bei

FERD. DUMMLERS VERLAG · BONN

G
58
.B72
V.54

Dümmlerbuch 7554

Gedruckt mit Unterstützung der Südosteuropa-Gesellschaft

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-427-75541-X

Herstellung: Richard Schwarzbold, Witterschlick b. Bonn

MEINEN ELTERN

Digitized by Google

QUALITY CONTROL MARK

VORWORT

Voraussetzungen für die vorliegende Darstellung von Bevölkerungsverteilung und -entwicklung in den verschiedenen Regionen Griechenlands waren eine gute Landeskenntnis, gewonnen durch eigene Anschauung, ein gründliches Studium von geologischen und topographischen (Militär-) Karten und Luftbildern, sowie der weit verstreuten Literatur. Als besonders hilfreich bei der Reisevorbereitung und unerschöpflich als Vergleichsmaterial erwiesen sich Alfred Philippsons Berichte über seine Forschungsreisen, die vorzüglichen Fotos aus den 30er Jahren aus seinem Nachlaß und seine zusammenfassende Darstellung in dem Werk "Die griechischen Landschaften". Eine Einführung in die landes- und siedlungskundliche Entwicklung Griechenlands durch alle historischen Epochen hatten mir die Vorlesungen von Herrn Prof. Dr. E. Kirsten und in die Methoden der allgemeinen Bevölkerungsgeographie die Vorlesungen meines Doktorvaters, Herrn Prof. Dr. W. Kuls gegeben. Bereits durch diese Vorlesungen und anhand des mir von Herrn Prof. Kirsten zur Verfügung gestellten Materials (Karten, Luftbilder, Statistiken, Literatur) war mir klar geworden, daß sich bevölkerungsgeographische Untersuchungen in Griechenland nicht auf die statistisch-administrativen Einteilungen stützen konnten, bzw. daß die Interpretation der statistischen Daten nur mit Hilfe einer guten Landeskenntnis möglich ist. Neue topographische Detailkarten über den Maßstab 1:200 000 hinaus oder gar Luftbilder, die im Vergleich mit den Unterlagen aus der Zeit vor 1945 die Veränderungen der Siedlungsstruktur, wie sie sich seit der Mitte der 50er Jahre abspielten, erkennen lassen könnten, sind nicht freigegeben. So war ich auf eigene Beobachtungen und die Überprüfung einzelner Hinweise in der Literatur angewiesen.

Von Ende März bis Anfang Juli 1966 bereiste ich alle Landschaften der Griechischen Halbinsel von Südwestmakedonien und Epirus bis in die peloponnesische Mani, die westgriechischen Inseln außer Zakynthos, die größeren Kykladeninseln und Lesbos und

Chios. Das Jahr 1966 wurde auch in Hinblick auf den Stand der Statistiken und den größten Teil der Literatur zum Bezugspunkt. Die nachfolgenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung, eine Folge der größten Auswanderungswelle Mitte der 60er Jahre und der Wandlungen in Politik und Wirtschaft, zeichnen sich deutlich in den Diagrammen und Kartogrammen zur Bevölkerungsbewegung ab. Die Auswirkungen in der Kultur- und Siedlungslandschaft konnte ich nach Abschluß der Dissertation auf zwei Reisen in Nordostgriechenland, Thrakien, Makedonien und den Inseln Samothrake und Thasos, auf Euböa und Kreta in den Jahren 1971 und 1973 feststellen. Herrn Prof. Dr. N. Creutzburg, dem besten Kenner von Kreta, dessen Beschreibung bei Philippson ausgespart blieb, bin ich leider erst damals begegnet.

Herrn Professor Kirsten danke ich nicht nur für seine Anregung zu diesen Studien und in der Folgezeit für seine Anteilnahme an ihrem Fortgang; er und seine Frau wiesen mich aufgrund ihrer jahrelangen Vertrautheit mit Land und Leuten im April 1966 ein in die Eigenheiten des Landes und vermittelten mir in Athen und Lesbos die Bekanntschaft mehrerer bedeutender Persönlichkeiten, die mir später mit Quellenmaterial, Ratschlägen und weiteren Empfehlungen geholfen haben. So unterstützten mich die Brüder Athanasios X. Paraskevaïdis, Rechtsanwalt auf Lesbos, und Miltis Paraskevaïdis, archäologischer und volkskundlicher Berichterstatter Athener Zeitungen, bei der Suche nach Unterlagen und nahmen mich in ihre Familien auf. Auf Lesbos hatte ich die Freude, durch sie die Sappho-Dichterin Rose Macaulay kennenzulernen.

Unter der Leitung von Herrn Professor Korres, Athen, habe ich Epirus bereist, sein Sohn Georgios beschaffte mir in Athen die nötigen Bevölkerungsstatistiken; Herr Dr. Diomedes Haralambous und Herr Georgios Aronis vom Geologischen Institut in Athen überließen mir Karten und Veröffentlichungen zur Geologie des Landes.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den Damen und Herren im Statistischen Amt und im Wirtschaftsministerium in Athen und in den Ämtern der Stadt- und Landgemeinden bedanken für die bereitwillig gegebenen Auskünfte. Nicht zuletzt bin ich der Landbevölkerung verpflichtet, die mich stets freundlich aufnahm, mir Unterkunft gewährte und mich nach Wunsch in ihrer engeren Heimat herumführte. Durch sie habe ich einsame, auch mit öffentlichen Bussen, auf die ich gewöhnlich angewiesen war, nicht mehr erreichbare Gegenden kennen lernen können. Ich danke meinem Doktorvater, Herrn Prof. Kuls, der diese Arbeit mit förderndem Interesse begleitet und ihre Aufnahme in die Reihe der Bonner Geographischen Arbeiten veranlaßt hat.

Gedankt sei auch der Südosteuropa-Gesellschaft, München, die meine Dissertation 1972 mit einem Preis ausgezeichnet und einen Teil der Druckkosten übernommen hat.

Ganz besonderen und großen Dank schulde ich meinen Eltern, die mir durch ihre Opferbereitschaft ein breit angelegtes Studium, die langen Reisen in Griechenland und somit überhaupt das Zustandekommen dieser Arbeit ermöglicht haben.

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
Vorwort		VII
Inhaltsverzeichnis		X
Bemerkungen zu Zitierweise, Umschrift und Beigaben		XX
Einleitung		1
Abschnitt I:	Überblick über den Siedlungsraum, die Bevölkerungsverteilung und die Erwerbsgrundlagen der Bevölkerung	5
1	Größe, Grenzen und Gliederung des griechischen Staatsgebietes	7
2	Bevölkerungsverteilung und -dichte. Zugehörigkeit der Bevölkerung zu Wirtschaftsbereichen	11
3	Natürliche Voraussetzungen für die Verteilung von Anbauflächen und Siedlungen	21
4	Hauptwirtschaftsformen der ländlichen Bevölkerung	23
5	Bodenbedeckung und Landnutzung	36
6	Siedlungsgröße und das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung	44
Abschnitt II:	Die Verbreitungsgebiete von Griechen und anderen Volkszugehörigen im 19. und 20. Jahrhundert	57
1	Verbreitung der Griechen auf der griechischen Halbinsel und im Osmanischen Reich vor 1912	62
1.1	Gräzisierung von Altgriechenland	62
1.2	Griechische Siedlungsgebiete im Osmanischen Reich um 1900	67
2	Gräzisierung von Epirus. Griechisch-albanische Bevölkerung in Epirus bis 1944	71
3	Verbreitung und Gräzisierung der Aromunen	74
4	Gräzisierung von "Neugriechenland"	76
4.1	Slawisch-türkische Bevölkerung vor 1912	76
4.2	Änderungen in der Nationalitätenverteilung bis 1919	79
4.3	Flüchtlingsbewegungen und Zwangsumsiedlungen von 1922/23	81

		Seite
4.4	Heutige Nationalitätenverteilung in Makedonien, Thrakien und auf den Inseln	84
Abschnitt III:	Bevölkerungsentwicklung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg	89
1	Siedlungsweise und Wirtschaftsformen auf der griechischen Halbinsel und in den Nachbargebieten zur Zeit der türkischen Herrschaft	91
1.1	Wirtschafts- und Siedlungsweisen in den Ebenen	91
1.2	Wirtschafts- und Siedlungsweisen in den Rückzugsgebieten	93
2	Bevölkerungsentwicklung im Griechischen Königreich bis 1912	101
2.1	Inseln und Hafenstädte	101
2.2	Festländisches Griechenland	104
2.3	Ionische Inseln	108
2.4	Pindos und Pelion	109
2.5	Thessalien	111
3	Wanderungsbewegungen zwischen 1890 und 1920. Ursachen und Auswirkungen	112
3.1	Binnenwanderung und Städtewachstum	113
3.2	Auswanderung	116
3.3	Bevölkerungswachstum in den Abwanderungsgebieten	118
4	Auswirkungen der Flüchtlingsansiedlung auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung zwischen 1912 und 1940	119
4.1	Veränderungen in der Land- und Viehwirtschaft	122
4.2	Schwierigkeiten bei der Eingliederung der Flüchtlinge	127
4.3	Ländliche Neusiedlungen	132
4.4	Städtewachstum	136
4.5	Wanderungsbewegungen	142

			Seite
Abschnitt IV:		Bevölkerungsentwicklung von 1940 bis 1966	145
	1	Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung nach dem 2. Weltkrieg	147
	1.1	Auswirkungen des 2. Weltkrieges auf die Bevölkerungszahl und den natürlichen Zuwachs	147
	1.2	Aufbau von Landwirtschaft und Industrie nach 1950	152
	1.3	Veränderungen in der Bevölkerungsdichte der Eparchien zwischen 1940 und 1961	156
	2	Wanderungsbewegungen	157
	2.1	Bevölkerungsentwicklung auf dem Land	157
	2.2	Bevölkerungsentwicklung in den Städten	163
	2.3	Auswanderung und natürlicher Zuwachs nach 1960	169
	3	Gründe für die Wanderungsbewegungen und Auswirkungen der Wanderungsbewegungen	172
	3.1	Bildungsstand und soziale Stellung im Beruf	172
	3.2	Wirtschaftslage in den ländlichen Gebieten	175
	3.3	Verkehrslage	179
	4	Maßnahmen zur Einschränkung der Wanderungsbewegungen	181
Abschnitt V:		Zusammenfassung und Ausblick	185
	1	Siedlungsverteilung, Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen	187
	2	Möglichkeiten der kartographischen Darstellung von Bevölkerungsverteilung und -entwicklung	192
		Anmerkungen	201
		Literaturnachweis	255

VERZEICHNIS DER TABELLEN

1	Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen 1961	14
2	Anteil der in der Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung 1961	14
3	Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Zweigen des Wirtschaftsbereiches Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei 1961	15
4	Besitzer von Ackerland oder Herden unter den Erwerbstätigen 1961	15
5	Beteiligung der Wirtschaftsbereiche am Bruttosozialprodukt von 1961	16
6	Größe, Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte der Regionen, ihr Anteil am Kulturland und an der in der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft und Fischerei tätigen Bevölkerung 1961	18
7	Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren und Regionen 1961	19
8	Einstufung der Gemeindeflächen nach Schätzungen und Bestimmungen aus topographischen Karten 1961 (Gesamtgriechenland)	21
9	Anteil der thessalischen, makedonischen und thrakischen Gemeindeflächen an den griechischen Gemeindeflächen 1961	22
10	Bodenbedeckung der Gemeindeländereien (ohne Domänen des Agion Oros) nach Regionen 1962	37
11	Nutzung der Gemeindeflächen in den Ebenen, Hügel- und Bergländern 1961	39
12	Hauptanbaufrüchte 1962	41
13	Ausdehnung des bewässerten Kulturlandes 1962	42
14	Bewässerungskulturen 1962	
15	Erwerbstätigkeit in städtischen, klein-(halb-) städtischen und ländlichen Gemeinden 1961	49
16	Zugehörigkeit der Erwerbspersonen der ländlichen, klein-(halb-)städtischen und städtischen Gemeinden zu Wirtschaftsbereichen 1961	50
17	Industriezweige mit den meisten Beschäftigten 1963 in den Industriebezirken Athen, Thessaloniki, Patras, Volos, Iraklion, Chania, Kavala, Larisa, Kalamata und Ptolemais	52
18	Industriebetriebe und ihre Angestelltenzahl 1963	54
19	Erweiterungen des Staatsgebietes und Zunahme der Bevölkerung 1821-1966	60

		Seite
20	Sprachliche Zugehörigkeit 1928, 1940 und 1951	61
21	Religionszugehörigkeit 1928, 1940, 1951, 1961	62
22	Auswirkungen der Freiheitskriege von 1821-1830 auf die Bevölkerungszahlen und die Konfessionszugehörigkeit in der Peloponnes, in Mittelgriechenland und auf den Inseln	63
23	Sprachliche Zugehörigkeit im Griechischen Königreich 1907	64
24	Konfessionszugehörigkeit im Griechischen Königreich 1907	64
25	Verbreitung der Griechen um das Ägäische Meer 1907	67
26	Nationalitätenverteilung im europäischen Teil des Osmanischen Reiches 1910/1912	68/69
27	Nationalitätenverteilung im asiatischen Teil des Osmanischen Reiches 1910/1912	70
28	Christliche und mohammedanische Ortschaften in Albanisch-Epirus 1917	72
29	Sprachliche Zugehörigkeit in Epirus 1951	73
30	Herkunft und Geschlecht der Flüchtlinge (vor und nach 1922) (Zahlen nach der Volkszählung von 1928)	82
31	Veränderungen der Religions- und Volkszugehörigkeit in Griechisch-Makedonien von 1912 bis 1926	86
32	Sprachliche Zugehörigkeit in Makedonien 1951	86
33	Veränderungen der Bevölkerungszahl und der Volks-, Sprach- und Religionszugehörigkeit in Thrakien zwischen 1912 und 1924	87
34	Sprachliche Zugehörigkeit in Thrakien 1951	87
35	Größe der Anbauflächen 1860 und 1911 in der Peloponnes, in Mittelgriechenland und auf den Kykladen	105
36	Anteil der Bevölkerung bestimmter Ortsgrößenklassen an der Gesamtbevölkerung 1879-1961	107
37	Anstieg der Bevölkerungszahl in den Griechenland nach 1912 zugesprochenen Gebieten	119
38	Herkunft und Geschlecht der Flüchtlinge 1928	120
39	Zahl der Flüchtlinge und der außerhalb von Griechenland Geborene in den einzelnen Regionen 1928	121

		Seite
40	Ausdehnung und extensive Nutzung von Großgrundbesitz in Griechenland bis 1918	122
41	Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe 1929	123
42	Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft 1928	124
43	Ausweitung der Anbauflächen für Getreide und Industriepflanzen 1911-1932	125
44	An die E.A.P. bis zum 31.XII.1928 abgetretene ländliche Anwesen nach Größe und Herkunft	126
45	Zahl und Größe der an die E.A.P. bis zum 31.XII. 1928 abgetretenen ländlichen Anwesen in den einzelnen Regionen	126
46	Zahl der in den einzelnen Industriezweigen Beschäftigten 1928	130
47	Berufsgliederung 1928	131
48	Ländliche Ansiedlung der Flüchtlinge durch die E.A.P. und das Landwirtschaftsministerium vom 1.I.1924 bis zum 31.VII.1929. Fläche der an die E.A.P. bis zum 31.XII.1928 abgetretenen ländlichen Anwesen	133
49	Verteilung ländlicher Häuser an Flüchtlinge bis zum 31.XII.1929	134
50	Ausdehnung der Nutzflächen und der Sumpf- und Seengebiete in den makedonischen Ebenen vor 1926	135
51	Ausdehnung der Nutzflächen und der Sumpf- und Seengebiete in den thessalischen Ebenen vor 1926	135
52	Trockengelegte Flächen und bis 1939 an Bauern und andere Personen verteiltes Land in Makedonien	135
53	Bevölkerungsbewegung 1920-1966 (Einwohnerzahl absolut; Zuwachsraten, Geburten-, Sterberaten, Auswandererzahlen)	137
54	Städtische Ansiedlung der Flüchtlinge durch die E.A.P. bis zum 20.II.1930	138
55	Zahl der Flüchtlinge in den Städten zur Zeit der Volkszählung von 1928; Bevölkerungswachstum in den Städten zwischen 1920 und 1928	139
56	Bevölkerungswachstum in Thessaloniki und dessen Vororten 1920-1928-1940	140
57	Bevölkerungswachstum in den Vororten von Athen und Piräus 1920-1928-1940	141

		Seite
58	Natürliche Bevölkerungsbewegung in einigen mitteleuropäischen, mediterranen und Balkanländern 1962	151
59	Mittlere Lebenserwartung 1928-1961	151
60	Anstieg der Lebenserwartung seit 1879	152
61	Berg- und Tagebaubetriebe und die Zahl ihrer Beschäftigten 1962	153
62	Nomen mit mehr als 10.000 ha Bewässerungsland 1962	154
63	Binnenwanderung 1956-1960	163
64	Bevölkerungswachstum in den Vororten von Athen und Piräus 1940-1951-1961	165
65	Bevölkerungswachstum in Thessaloniki und dessen Vororten 1940-1951-1961	166
66	Arbeitslose städtischer, kleinstädtischer und ländlicher Gemeinden 1961 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen	168
67	Erwerbspersonen nach ihrer beruflichen Stellung 1960/1961	174
68	Größenklassen der bäuerlichen Betriebe 1950 und 1961	176
69	Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft 1961	177
70	Bevölkerungszahl in den Berggemeinden des Pindos und den Winterquartieren der Hirten 1940 u. 1961	194

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN (im Anhang)

Abb. 1: Bevölkerungsdichte und Anteil der Regionen an Staatsfläche und Gesamtbevölkerung von Griechenland 1961

Abb. 2: Verteilung der Gemeindeflächen der einzelnen Regionen auf Ebenen, Hang- und Steil-(Gebirgs-)lagen 1961

Abb. 3: Verteilung der Bevölkerung nach der Höhenlage der Ortschaften 1961

Abb. 4: Nutzung der Gemeindeflächen in den einzelnen Regionen 1961 und bewässertes Kulturland in % der Gesamtfläche der Regionen

Abb. 5: Bodenbedeckung und Landnutzung in Nord-, Mittel- und Südgriechenland 1958

Abb. 6: Zahl der Ortschaften und ihrer Bewohner nach der Siedlungsgröße 1961

Abb. 7: Zugehörigkeit der ländlichen, klein-(halb-)städtischen und städtischen Gemeinden zu Wirtschaftsbereichen 1961

Abb. 8: Erweiterung der Staatsfläche und Anstieg von Bevölkerungszahl und -dichte zwischen 1821 und 1966

Abb. 9: Natürliche und tatsächliche Zuwachsraten 1839-1966; Entwicklungsabschnitte

Abb. 10: Veränderungen des griechischen Staatsgebietes zwischen 1926 und 1947

Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung in Athen und einigen Hafenstädten zwischen 1853 und 1971

Abb. 12: Bevölkerungsentwicklung in den thessalischen Städten zwischen 1881 und 1971

Abb. 13: Bevölkerungsentwicklung in den Städten des östlichen Mittelgriechenland zwischen 1853 und 1971

Abb. 14: Bevölkerungsentwicklung in den Städten der Peloponnes zwischen 1853 und 1971

Abb. 15: Bevölkerungsentwicklung in den Städten des nördlichen und mittleren Westgriechenland zwischen 1853 bzw. 1913 und 1971

Abb. 16: Bevölkerungswachstum in ländlichen, kleinstädtischen und städtischen Gemeinden zwischen 1870 und 1961 und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 1870 und 1971

Abb. 17: Bevölkerungskurven der Abwanderungsgebiete. Bevölkerungsentwicklung auf den Ionischen Inseln, den Kykladen und in der mittleren und südlichen Peloponnes zwischen 1838 und 1971

Abb. 18: Auswanderung aus Griechenland 1885-1966. Zahl der amtlich registrierten Auswanderer

Abb. 19: Altersgliederungen von 1920 und 1928

Abb. 20: Flüchtlingszustrom vor und nach 1922

Abb. 21: Bevölkerungsentwicklung von Chios und Mytilini und einigen nordgriechischen Städten zwischen 1913 bzw. 1920 und 1971

Abb. 22: Bevölkerungsentwicklung in den nordgriechischen Nomen zwischen 1913 bzw. 1920 und 1971

Abb. 23: Altersaufbau der städtischen und ländlichen Bevölkerung 1951 und 1961

Abb. 24: Wachstum von Thessaloniki zwischen 1920 und 1960

Abb. 25: Altersgliederung der Auswanderer 1959 und 1963

Abb. 26: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung 1961

Abb. 27: Gemeinde- und Landschaftsgrenzen auf der Insel Leukas

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

I: Verwaltungseinteilung Griechenlands und Bevölkerungsdichte 1961 in den Eparchien

II: Bevölkerungszahl und Anteil der "halbstädtischen" und "städtischen" Bevölkerung, sowie ländliche Bevölkerungsdichte 1961 in den Eparchien und auf den Inseln

III: Veränderungen der Religions- und Volkszugehörigkeit in Griechisch-Makedonien von 1912 bis 1926. Anteil der griechisch-orthodoxen, mohammedanischen,slawisch sprechenden Bevölkerung und anderer Volkszugehöriger an der Einwohnerzahl der Eparchien

IV: Veränderungen der Bevölkerungszahlen 1896-1907 und Wanderungsbewegungen in den Nomen

V: Siedlungsausbreitung und Bevölkerungsentwicklung in Athen und Umgebung

VI: Bevölkerungsdichte 1940 und 1951 in den Eparchien und auf den Inseln

7/8: Absolute und prozentuale Bevölkerungsveränderung 1940/1951/1961 in den Eparchien, auf den Inseln und in den Städten

IX: Veränderungen der Bevölkerungszahlen in der Ebene von Argos und ihren Randgebieten zwischen 1920 und 1961 und Veränderungen der Bevölkerungszahlen auf Chios 1920-1961

X: Veränderungen der Bevölkerungszahlen auf Lesvos 1920-1961

XI: Langfristige Bevölkerungsentwicklung in den Orten mit mehr als 3.000 Einwohnern

XII: Auswanderung und natürlicher Zuwachs in den Nomen 1958-1966

XIII: Bevölkerungsverteilung in Makedonien, Epirus und Thessalien

XIV: Bevölkerungsverteilung in Mittelgriechenland und der Peloponnes, auf den westgriechischen Inseln und Kreta

BEMERKUNGEN ZU ZITIERWEISE, UMSCHRIFT UND BEIGABEN

1. Zitate

   Angaben aus dem grundlegenden, 1950-1959 in Frankfurt in vier Bänden erschienenen Werk über die griechischen Landschaften von A. Philippson, herausgegeben und mit Beiträgen zur historischen Landeskunde versehen von E. Kirsten, sind aufgeführt unter: Philippson, Landsch. bzw. Kirsten in Philippson, Landsch., Teilband, Seitenzahl (ohne Erscheinungsjahr).

   Bei allen anderen Literaturverweisungen sind Verfassername und Erscheinungsjahr angegeben. Die vollständigen Titel finden sich im alphabethischen Literaturverzeichnis.

   Sind innerhalb eines Jahres von demselben Verfasser mehrere Abhandlungen veröffentlicht worden, dann ist der Jahreszahl ein Stichwort beigefügt, das im Literaturverzeichnis durch Unterstreichung hervorgehoben ist. Bei mehreren Auflagen eines Werkes sind die in der Arbeit nicht herangezogenen (meist jüngeren) in Klammern hinzugesetzt.

   Sammelwerke sind unter dem Namen des Herausgebers oder wie Beiträge ohne Verfassernamen unter einem Stichwort in das alphabetische Verfasserverzeichnis eingeordnet.

2. Unter "Quelle" und "Unterlage" wird auf die statistischen Grundlagen zu Tabellen, Diagrammen, Kartogrammen und Karten hingewiesen; Quelle: ohne Veränderung übernommene Zahlenangaben; Unterlage: Umrechungen zugrunde liegende Zahlenangaben.

3. Die Umschrift erfolgte in Anlehnung an die Richtlinien bei Philippson (Landschaften I,1 S. 12), und zwar so, daß ein Rückschluß auf die griechische Schreibweise meistens möglich ist. In der deutschen Schrift nicht unterschieden sind die o-Laute (ο,ω) und die i-Laute η , ι ,ει ,οι . Das nach Konsonanten ebenfalls i gesprochene υ wird mit y transkribiert. Von der Umschrift bei Philippson weichen ab: αι = ai; γκ = ng, im Anlaut g; μπ = mp, im Anlaut b; ντ = nt, im Anlaut d.

4. Die Orts- und Flurnamen Griechenlands sind wiedergegeben nach dem Nomos-Kartenwerk und der Veröffentlichung der Volkszählung von 1961.

   Im Deutschen eingebürgerte Namen (wie Epirus, Böotien, Kreta, Hymettos, Peneios, Nauplia) wurden beibehalten (also nicht mit Ipiros, Viotia, Kriti, Imittos, Pinios, Navplion wiedergegeben). Betonungszeichen wurden nicht verwendet. Die neugriechischen Bezeichnungen der Regionen, Nomen und Eparchien sind auf der Verwaltungskarte (Beilage 1) eingetragen.

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit dem gegenwärtigen Bevölkerungsbild (Bevölkerungszahl, Bevölkerungsverteilung und Bevölkerungsstruktur) und dessen Zustandekommen (Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsbewegung). Es geht vor allem darum, die Eigenarten der verschiedenen Landschaften in bezug auf die Bevölkerung herauszustellen.

1. Bevölkerungszahl- und -verteilung
Es werden die Hauptsiedlungsgebiete im Zusammenhang mit ihren wirtschaftlichen Grundlagen und der Bevölkerungsdichte beschrieben (natürliche Voraussetzungen für die Besiedlung und die Landnutzung). Besonders hingewiesen werden muß auf den nicht nur zahlenmäßig weiten Abstand der Hauptstadt, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung konzentriert, von allen anderen Städten, auf die schwierige Abgrenzung von Stadt- und Landbevölkerung und ferner auf die unregelmäßige Verteilung der Landbevölkerung in den einzelnen Landesteilen und Landschaften (Abschnitt I).

Die Verteilung der ethnisch-sprachlichen Gruppen und ihr Zustandekommen wird ausführlich in einem eigenen Abschnitt behandelt (Abschnitt II), da es eine zusammenfassende Darstellung für das heutige Griechenland nicht gibt. Für eine Kartierung dieser Bevölkerungsgruppen, von denen einige als Träger besonderer Wirtschaftsformen auftreten, fehlten eigene Kenntnisse und neueres Untersuchungsmaterial.

2. Die Bevölkerungsstruktur und ihre besonderen Merkmale. In der Berufsgliederung ist der hohe Anteil der bäuerlichen Bevölkerung bemerkenswert (Abschnitt I), im Altersaufbau sind es die breite Basis und der große Anteil der alten Bevölkerung sowie zwei Einschnürungen bei der erwerbsfähigen Bevölkerung und in der Sozialgliederung der geringe Anteil an Freiberuflichen und an Angehörigen gehobener Stellungen (Abschnitt IV).

3. Bei der Untersuchung des Bevölkerungswachstums, wie es sich nach statistischen Unterlagen für das gesamte Griechenland und für einzelne Orte feststellen läßt, der Bevölkerungsbewegung und der Gegenüberstellung von natürlicher Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen (Abschnitte III und IV) stellt sich die Frage nach der Entstehung des heutigen Bevölkerungs- und Kulturlandschaftsbildes, nach den Entwicklungsphasen und Faktoren, die das heutige Bild bestimmen und nach dem Erscheinungsbild des bevölkerten Raumes und seinen Veränderungen durch die wechselnden Bedürfnisse der Bevölkerung.

Die Abschnitte II und III befassen sich mit den Veränderungen der Bevölkerungsverteilung und -dichte unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den letzten Jahrhunderten.

Ohne die Kenntnis der in den Abschnitten II und II zu schildernden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die in Griechenland während der letzten Jahrhunderte geherrscht haben, sind weder die heutige Bevölkerungsverteilung und Siedlungslage noch die bestehenden Siedlungs- und Wirtschaftsformen und die nach Landschaften verschieden starke Mobilität des Volkes zu verstehen.

Abschnitt IV behandelt die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung der letzten zwanzig Jahre. Welche Faktoren maßgebend waren für die positiven oder negativen Wachstumsraten in den verschiedenen Landesteilen, wird im einzelnen untersucht.

4. Gleichzeitig werden die Auswirkungen der Wanderungsbewegungen auf das Landschaftsbild geschildert: Änderungen des Siedlungsbildes durch das Seßhaftwerden von Wanderhirten, durch die Ansiedlung von Flüchtlingen, durch Binnen- und Auswanderungsbewegungen und durch die Herausbildung neuer Bevölkerungsschwerpunkte (Abschnitte II bis IV).

5. Es können Räume mit gleichen bevölkerungsgeographischen Merkmalen erfaßt werden: Zuzugs- und Abwanderungsräume mit

Bezug auf die Dauer der Bewegungen und die Beständigkeit der neu entstandenen Bevölkerungsverteilung (Abschnitte III und IV).

6. Ihre kartographische Darstellung und kleinräumige Typisierung stoßen in Griechenland auf besondere methodische Schwierigkeiten. Die Möglichkeiten zu deren Überwindung werden in Abschnitt V erörtert, in dem auf Einzelbeispiele der Kartierung in vorangegangenen Abschnitten zurückverwiesen werden kann.

A B S C H N I T T I

Überblick über den Siedlungsraum, die Bevölkerungsverteilung und -entwicklung und die Erwerbsgrundlagen der Bevölkerung.

1 Größe, Grenzen und Gliederung des griechischen Staatsgebietes

Mit 131.944 km^2 Landfläche ist Griechenland ungefähr so groß wie die deutschen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammen; an Ausdehnung übertrifft das griechische Territorium diese Länder und sogar die gesamte Bundesrepublik Deutschland beträchtlich, da das Ionische Meer im Westen, das Ägäische im Osten und das Kretische im Süden die Landstücke weit voneinander trennen. Das Staatsgebiet, das im Norden durch mehrere Gebirgssysteme fest mit der Balkanhalbinsel verbunden ist, löst sich nach Süden zu immer stärker in Halbinseln, Inselketten und Inselschwärme auf. 22.400 km^2, 17 % der Staatsfläche, entfallen auf Fastinseln und 25.166 km^2, 19 % der Staatsfläche, auf Inseln. [1)]

Ein Maß für die Zerrissenheit des Landes ist die 15.021 km lange Küstenlinie [2)] und die größte Meeresferne von nur 140 km (Dreiländereck Griechenland/Albanien/Jugolawien an den Prespaseen) [3)]. Das griechische Festland entbehrt Verkehrsoffenheit und Großräumigkeit, wie sie Teilen der Nachbarländer Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien eigen sind.

Auf zwei Seiten, im Westen und im Süden, wird Griechenland von offenem Meer umgeben. Die Inseln im Osten trennen schmale Meeresstraßen vom türkischen Westkleinasien. Seitdem Griechenland 1913, 1919 und 1947 neben Südmakedonien und Westthrakien alle dem kleinasiatischen Festland vorgelagerten Inseln (außer Imbros und Tenedos) zugesprochen worden sind, ist das inselreiche Ägäische Meer zu einem griechischen Binnenmeer geworden.

Die 1.216 km lange Nordgrenze [4)] verläuft auf dem Festland, ihr östlicher Abschnitt in 30 km bis höchstens 100 km Entfernung vom Ägäischen Meer. Sie umschließt alle diesem Meer zugewandten mediterranen Landschaften.

Die Grenze gegen Albanien (258 km) quert das westgriechische Hauptgebirge, den Pindos, und sein zum Ionischen Meer gerichtetes Vorland. Die jugoslawische Grenze (245 km) führt durch Seen, Becken und Täler und über Grate der westmakedonischen Gebirge. Die bulgarische Grenze (498 km) folgt dem Südabfall des Gebirgsmassivs der Rhodope, dem Grenzgürtel zwischen mitteleuropäischem und mediterranem Klima. In dem von Evros durchflossenen Hügelland, das sich der Rhodope im Osten vorlagert, blieb der Grenzverlauf willkürlich. Die breite Talaue des Evros vom Flußknick bei Adrianopel bis zur versumpften Mündungsebene östlich von Alexandrupolis bildet die natürliche Grenze zwischen West- und Ostthrakien und seit 1922 die politische Grenze zwischen Griechenland und der Türkei (203 km von 215 km).[5]

Zwischen den grenzbildenden Gebirgen und dem Ägäischen Meer liegen die nordostgriechischen Landschaften Mittel- und Ostmakedonien und Thrakien. Der Westteil Griechisch-Makedoniens reicht in die von Ägäischem, Myrtoischem und Ionischem Meer umschlossene griechische Halbinsel hinein.

Die im nördlichen Teil (zwischen dem Thermäischen Golf und der Meerenge von Korfu) 220 km breite Halbinsel engen von Westen der Golf von Ambrakia, der 35 km tief in das Land eindringt, und von Osten die Meeresstraßen von Skiathos und Orei sowie der Malische Golf, die zusammen 85 km Länge erreichen, auf 115 km ein. Die Landschaften nördlich der quer über das Pindosgebirge zu ziehenden Verbindungslinie zwischen den Golfen, Epirus westlich und Südwestmakedonien und Thessalien östlich des Gebirges, gehören zu Nordgriechenland, die Landschaften im Süden zum westlichen Mittelgriechenland, so Akarnanien und das den südlichen Pindos einschließende Ätolien, und zum östlichen Mittelgriechenland, so Phokis, Lokris, Böotien, Attika und Megaris und die Insel Euböa. Mit dem festländischen östlichen Mittelgriechenland, einer 180 km langen und 60 km breiten Landbrücke, ist diese der Nordostseite gegenüberliegende, fast gleich lange, aber viel schmalere (größte Breite 30 km) Insel eng verbunden.

Die Landspitze im mittleren Teil dieser zweitgrößten griechischen Insel (3.654 km^2) liegt nur 40 m von der böotischen Küste entfernt. [6)]

Südgriechenland wird gebildet von der 21.284 km^2 großen Fastinsel Peloponnes, die 16 % der Staatsfläche einnimmt und durch die Golfe von Patras und Korinth und den von kleinen Inseln erfüllten Saronischen Golf von Mittelgriechenland geschieden wird. Die einzige Verbindung stellt im Nordosten die 15 km bis 20 km breite gebirgige Landbrücke der Megaris her, die sich zu einem Isthmos von 6,3 km Breite verschmälert. Im Nordwesten nähert sich bei der Meerenge von Rion die Peloponnes dem westlichen Mittelgriechenland auf 1,8 km (kleine Dardanellen). So wirkt der Korinthische Golf, dessen Nord- und Südküsten nie weiter als 32 km voneinander entfernt sind, wie ein Binnenmeer. Der Golf von Patras öffnet sich zu dem von den mittleren Ionischen Inseln gegen Westen abgeschlossenen Ionischen Binnenmeer.

Außer der zentralen Gebirgslandschaft Arkadien grenzen die peloponnesischen wie alle übrigen griechischen Landschaften bis auf die südwestmakedonischen an das Meer, im Nordosten die Korinthia an den Korinthischen und an den Saronischen Golf, in Nordwesten die Achaia an die Golfe von Korinth und Patras, im Westen Elis und Triphylien an das Ionische Meer. Von Süden ist das Meer in drei breiten Golfen tief in die Fastinsel eingedrungen und hat vier Halbinseln, die messenische, die Taygetos-, die Parnon- und die argolische Halbinsel, geschaffen. Die Schwemmlandebenen im Hintergrund der Golfe bilden die Kernräume der Landschaften Messenien, Lakonien und Argolis.

Südlich des Golfes von Ambrakia setzt mit Leukas der mittelionische Inselbogen an, der über Kephallenia und Zakynthos nach Südosten zur elischen Küstenniederung hinüberschwingt. Zum Ionischen Außenmeer bleibt zwischen Kephallenia und Zakynthos eine 14 km breite Durchfahrt offen. Zusammen mit Korfu, das der nordwestgriechischen Küste vorgelagert ist, und den kleinen Nachbarinseln

bedecken die Ionischen Inseln, zu deren Verwaltungsbezirk heute nicht mehr die südlich der Parnonhalbinsel gelegenen Inseln Kythera und Antikythera zählen, 2 % der Landesfläche (2.307 km^2).

Alle anderen Inseln (22.859 km^2, 17 % der Landesfläche) befinden sich östlich der griechischen Halbinsel im Saronischen Golf, an der Südostküste der Argolischen Halbinsel, im Ägäischen und im Kretischen Meer. [7)]

Vom makedonischen Festland her schiebt sich die Halbinsel Chalkidike mit drei schmalen 40 km bis 50 km langen Halbinseln weit in das Ägäische Meer vor. Östlich von ihr, im Thrakischen Meer, dem Nordostteil des Ägäischen Meeres, liegen die Inseln Thasos, Samothrake und Lemnos und unweit der Dardanelleneinfahrt die zur Türkei gehörigen Inseln Imbros und Tenedos. Die Nordwestseite des Ägäischen Meeres erfüllen die Magnesischen Inseln und die Insel Skyros. Die Inseln im nördlichen Ägäischen Meer sind zusammen nicht größer als 1.890 km^2.

Den nördlichen und den mittleren Abschnitt der westkleinasiatischen Küste begleiten im Abstand von 2 km bis 10 km die Kleinasiatischen Inseln Lesbos, Chios und Samos, die mit Neben- und Nachbarinseln 3.317 km^2 einnehmen.

Die Kykladen (2.572 km^2), die sich mit Andros und Kea an Euböa und Attika anschließen, setzen sich nach Osten über Ikaria und Samos und über die südlichen Sporaden, die Karischen Inseln, zum südwestkleinasiatischen Festland fort. Die nahe den Landzungen des Festlandes gelegenen Karischen Inseln bilden mit der 1.398 km^2 großen Insel Rhodos und den kleinen Lykischen Inseln um Kastellorizon, die von Rhodos über 100 km entfernt liegen, die Verwaltungseinheit Dodekanes (2.663 km^2).

Südwestlich und südlich des Kykladenschwarmes breitet sich offenes Meer aus, in Richtung auf den Saronischen Golf und die peloponnesische Ostküste das Myrtoische, gegen die kretische Nordküste das Kretische Meer.

Kreta, die größte griechische Insel (8.258 km^2) ist 250 km lang (West-Ost), aber nicht mehr als 55 km breit (Nord-Süd). Ein Inselbogen, der von der Parnonhalbinsel über Kythera, Antikythera, Kreta als Mittelglied, Kasos, Karpathos und Rhodos zum kleinasiatischen Festland zieht, bildet den südlichen Abschluß des griechischen Territoriums gegen das insellose Libysche Meer.

Über zehn Längengrade ($19^{o}22'$ bis $29^{o}38'$ östlich von Greenwich) und sechs Breitengrade ($34^{o}48'$ bis $41^{o}45'$ nördlich des Äquators) erstreckt sich das griechische Staatsgebiet. Der westlichste Punkt auf der Insel Othoni bei Korfu ist vom südlichsten auf Gavdos (südlich Westkreta) 700 km entfernt und vom östlichsten auf Strongyli, das zur Inselreihe von Kastellorizon gehört, 992 km, der nördlichste an der bulgarischen Grenze vom südlichsten 771 km. [8)]

Die innige Durchdringung von Land und Meer bewirkt, daß Griechenland trotz seiner großen nordsüdlichen Ausdehnung einem einzigen Klimabereich angehört, dem im Sommer heißen und trokkenen, im Winter milden und feuchten mediterranen Klima. Nur der Norden des Landes außer den meeresnahen, unter 300 m hohen Landstrichen und hohe Gebirge im Inneren werden beeinflußt von dem kontinentaleren, winterkälteren Klimatyp der südlichen Balkanländer, der dem mitteleuropäischen nahesteht. Dort fällt Niederschlag zu allen Jahreszeiten, während im übrigen Griechenland regenreiche Zeiten (Herbst bis Frühjahr) mit regenarmen oder zwei bis vier Monate lang anhaltenden regenlosen Zeiten (Frühjahr bis September) wechseln. [9)]

2 Bevölkerungsverteilung und -dichte. Zugehörigkeit der Bevölkerung zu Wirtschaftsbereichen.

Politisch-statistisch wird die Staatsfläche gegliedert in die zehn Regionen Athen, Mittelgriechenland mit Euböa, Peloponnes,

Ionische Inseln, Epirus, Thessalien, Makedonien, Thrakien, Ägäische Inseln und Kreta und weiter unterteilt in 52 Nomen und 147 Eparchien (1967). [10] Die kleinsten Verwaltungseinheiten bildeten die 255 Dimi und 5.850 Kinotites, zu denen 11.619 Ikismi zusammengefaßt werden (Beilage 1).

Die Regionen (Diamerismata geographika) tragen die Namen von Großlandschaften, die Nomen und Eparchien die von Teillandschaften, Inseln oder Städten.

Die Regions- und Nomosgrenzen richten sich ungefähr nach der Landschaftsgliederung, während die meisten Eparchiegrenzen Becken- und Tallandschaften willkürlich teilen und neben Anbauebenen ungenutzte oder anders genutzte Berg- und Gebirgsländer unterschiedlicher Ausdehnung umschließen. Ebenso können die zu einer Gemeinde gehörigen Flächen auf verschiedene Landschaftseinheiten verteilt sein oder auch ausschließlich auf intensiv genutzte Niederungen oder verkarstete Hochgebirge.

Die Größe der Verwaltungseinheiten [11] schwankt sehr stark, die der Nomen zwischen 5.733 km^2 (Kozani) und 1.086 km^2 (Preveza) auf dem Festland bzw. 406 km^2 (Zakynthos) im Bereich der Inseln; die der Eparchien zwischen 3.468 km^2 (Drama, die zugleich Nomos ist; sonst 3.273 km^2 (Dodona) und 194 km^2 (Margariti) auf dem Festland bzw. 30 km^2 (Paxi) im Bereich der Inseln; die der Gemeinden zwischen 400 km^2 (Kinotis Mikron Derion/Eparchie Didymotichon) und 0,5 km^2 (Kinotis Paralia Kymis/Eparchie Karystia). [12]

Kartographische Darstellungen, denen die Verwaltungsgliederung zugrundeliegt, können nur einen groben Überblick über die wahren Landesverhältnisse verschaffen. Bei zeitlichen Vergleichen sind sie brauchbar, wenn sich nicht, wie mehrmals in Griechenland, die Verwaltungsgrenzen in der Zeit zwischen den Erhebungen geändert haben. So besaß Griechenland 1928 innerhalb derselben Staatsgrenzen wie 1961 (also ohne die 4 Eparchien, 14 Dimi,

60 Kinotites und 167 Ikismi des Nomos Dodekanisos) 35 Nomen (1961:49), 141 Eparchien (1961:142), 53 Dimi (211), 4.991 Kinotites (5.715) und 10.928 Ikismi (11.448).

In dem beschriebenen Verkehrs- und Wirtschaftsraum lebten 1963 8,5 Mill. Menschen, 14,7 Mill. weniger als in den deutschen Vergleichsländern. Auf 189 Inseln (24.909 km^2) hielten sich 1,4 Mill. Personen, 16 % der Gesamtbevölkerung auf. [14] Die mittlere Bevölkerungsdichte von 65 E/km^2 (Festland 67 E/km^2, Inseln 55 E/km^2) war vergleichbar mit der des Nachbarlandes Albanien und der von Spanien; Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien waren dichter besiedelt (1962 70-80 E/km^2), in Italien wohnten 1962 167 Personen auf einem Quadratkilometer, fast dreimal so viele wie in Griechenland. [15]

Von den Mitte März 1961 gezählten 8,4 Mill. Einwohnern waren 3,6 Mill. (43 %) erwerbstätig, [16] 1,96 Mill. (53,3 %) in der Land- Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei (davon 90 % in der Landwirtschaft), 0,48 Mill. (13,1 %) in Industrie und Handwerk, 0,60 Mill. (16 %) in Transport- und Verkehrsunternehmen und in Dienstleistungsbetrieben und 0,26 Mill. (7,2 %) in Handel und im Bankwesen (Tabelle 1). In ähnlicher Weise verteilten sich 1964 innerhalb von Europa die Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsgruppen in Jugoslawien und Spanien. [17]

In der Landwirtschaft arbeiteten in Griechenland 1961 hauptberuflich 48 % der Erwerbspersonen (1,76 Mill.) (Tabelle 2), und ungefähr ein gleich hoher Anteil an der Gesamtbevölkerung war von diesem Wirtschaftszweig abhängig. [18] Viehzucht betrieben 159.900 Personen (4,3 % der Erwerbstätigen) (Tabelle 3). Eigenes Land und eigene Herden besaßen 28 % der Erwerbspersonen (Tabelle 4), von den in der Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen 43 %. [19]

Tab. 1: Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen 1961

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige in 1000	%
Land-, Vieh-, Forstwirtschaft, Fischfang	1.955,0	53,3
Abbau von Metallen, Erden, Steinen, Salz (Bergbau)	21,3	0,57
Industrie, Handwerk	481,0	13,1
Öffentliche Arbeiten, Baugewerbe	166,8	4,5
Versorgungsdienste (Elektrizität, Gas, Wasser, sanitäre Dienste	21,1	0,57
Handel, Geldwesen	263,6	7,2
Transport-, Verkehrswesen	159,3	4,3
Dienstleistungen (Verwaltung, Verteidigung, Erziehungs- und Gesundheitswesen und andere Dienste)	443,0	12,1
Ohne Angaben	151,9	4,1
	3.663,1	100,0

Quelle: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. III,6, S. 24, 25.

Tab. 2: Anteil der in Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung 1961

	zusammen		männlich		weiblich	
	Mill. Pers.	%	Mill. Pers.	%	Mill. Pers.	%
Alle Erwerbstätigen	3,63	100,0	2,44	100,0	1,19	100,0
In der Landwirtschaft usw. Tätige	1,96	53,3	1,18	48,3	0,78	65,5

Quelle: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. 9, S. 28

Tab. 3: Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Zweigen des Wirtschaftsbereiches Land-, Vieh-, Forstwirtschaft, Fischerei 1961

Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen in 1000	in % d. ges. erwerbstätigen Bevölkerung	
Anbau, nicht spezifiziert	175,4		
1jährige Feldfrüchte	1.218,8		
Fruchtbäume, Reben	357,7		
Dienstleistungen zur Kultivierung von Ackerland	5,2		
Landwirtschaft insges.	1.757,1	47,9	
Viehzucht	159,9		4,4
Veterinärdienste	1,3		
Forstwirtschaft	7,3		1,0
Dienstleistungen in der Forstwirtschaft	4,2		
Fischerei	25,0		
Vieh-, Forstwirtsch. insges.	197,8	5,4	
insges.	1.955,0	53,3	

Quelle: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. III,9, S. 28

Tab. 4: Besitzer von Ackerland oder Herden unter den Erwerbstätigen 1961

Wirtschaftsbereich	Besitzer von Ackerland oder Herden in 1000	in % der Erwerbstätigen pro Wirtschaftsbereich
Land-, Vieh-, Forstw., Fischfang	833,9	42,6
Abbau von Metallen usw.	6,9	32,4
Industrie, Handwerk	38,6	8,0
Öffentl.Arbeiten, Baugew.	26,2	15,7
Versorgungsdienste	1,7	8,1
Handel, Geldwesen	38,5	14,5
Transport-, Verkehrswesen	19,3	12,1
Dienstleistungen	46,7	10,5
Ohne Angaben	3,2	2,1
	1.015,0	27,7

Quelle: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. III,6, S. 24, 25

Landwirtschaftserzeugnisse waren die Grundlage für die wichtigsten Industriezweige, die Lebensmittel- und Konservenindustrie, die Herstellung von Wein, Bier, Fetten, Ölen und Seifen und die Baumwoll- und Tabakindustrie. [20]

Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, tierische und pflanzliche Öle, andere tierische Produkte (Felle, Leder, Lederwaren) und Verarbeitungsprodukte von Holz (Möbel, Papier) und Baumwolle (Textilien) machten 1963 89 % des Ausfuhrwertes aus, entsprachen aber nur einem Drittel des Einfuhrwertes. [21] Im Verhältnis zu der hohen Prozentzahl der Erwerbetätigen in der Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei trug dieser Wirtschaftsbereich zu wenig (nur 30 %) zum Bruttonationaleinkommen bei. In allen übrigen Bereichen übertraf der prozentuale Anteil am Einkommen jenen an der Zahl der Erwerbstätigen, im Wirtschaftsbereich Industrie und Handwerk um fast 5 %, im Handel und Bankwesen um 13 %

Tab. 5: Beteiligung der Wirtschaftsbereiche am Bruttosozialprodukt von 1961 (95.700 Mill. Drachmen)

Wirtschaftsbereich	% der Erwerbstätigen 1961	% des Bruttosozialproduktes
Land-, Vieh-, Forstwirtschaft, Fischerei	53,9	30,4
Abbau von Metallen usw.	0,6	1,1
Industrie, Handwerk	13,4	17,9
Öffentliche Arbeiten, Baugewerbe	4,6	5,7
Versorgungsdienste	0,5	1,7
Handel, Geldwesen	7,3	20,2
Transport-, Verkehrswesen	4,2	7,6
Dienstleistungen	12,1	15,1
	96,6	99,7

Quellen: Stat. Jb. 1964, VIII,3, S. 217; XXIV,1, S. 471

Zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt war der Staat weitgehend auf die sog. unsichtbaren Einnahmen aus dem internationalen Seetransportgeschäft, dem Fremdenverkehr, auf die unterschiedlich hohen Überweisungen der Auswanderer aus dem Ausland (die zusammen das jährliche Defizit um 2/3 verringerten) und auf Auslandsanleihen angewiesen.

In der Region Athen (0,3 % der Landesfläche), die die Landeshauptstadt, ihre Vororte und die größte Hafenstadt, Piräus, umschließt, befanden sich 1961 22 % der Gesamtbevölkerung (1,85 Mill. Personen) und 20 % der Erwerbstätigen (0,72 Mill. Personen), fast ebenso viele wie in Makedonien, der größten Region (25,8 % der Landesfläche, 22,5 % der Gesamtbevölkerung und 24 % der Erwerbstätigen). [22)]

In Ostmakedonien hielten sich 7 % der Gesamtbevölkerung auf (7 % der Landesfläche), in Mittelmakedonien einschließlich der Nomen Kilkis und Chalkidike, des (bis Februar 1969) autonomen Agion Oros und der zweitgrößten Stadt des Landes, Thessaloniki, 12,8 % der Bevölkerung (11,5 % der Fläche) und in Westmakedonien 3,6 % der Bevölkerung (7 % der Fläche). An zweiter Stelle in der Größe, aber erst an vierter in der Besiedlung stand die Region Mittelgriechenland mit 18 % der Fläche und 11,5 % der Bevölkerung; ihr folgten die Peloponnes mit 16 % der Fläche und 13 % der Bevölkerung und Thessalien mit 11 % der Fläche und 8 % der Bevölkerung. Die kleinste Region, die die Ionischen Inseln umfaßt (1,7 % der Fläche, 2,5 % der Bevölkerung), wies die höchste Bevölkerungsdichte (92 E/km^2) unter allen Regionen auf, abgesehen von der Region Athen (42,8 E/ha). Der Flächenanteil der Regionen Epirus, Thrakien, Kreta und Ägäische Inseln lag zwischen 6 und 7 %, der Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 4 und 6 % (Tabelle 6 und Abbildung 1). Der Prozentsatz der Erwerbstätigen entsprach in den genannten Regionen dem der Bevölkerung.

Tab. 6: Größe, Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte der Regionen, ihr Anteil am Kulturland und an der in der Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei tätigen Bevölkerung 1961

Region	Fläche		Bevölkerungszahl		Bevölk. dichte	Kultivierte Gemeindeflächen		In Land-, Vieh-,Forstw. Fisch.tät.Bev.	
	km^2	%	in 1.000	%	E/km^2	km^2	%	%	
Groß-Athen	433	0,3	1.852,7	22,0	4.278,8	39,4	0,1	0,5	
Mittelgriechenland	24.475	18,0	970,9	11,5	39,7	6.152,8	16,3	13,9	
Peloponnes	21.439	16,2	1.096,4	13,1	51,1	7.200,4	19,1	16,6	
Ionische Inseln	2.307	1,7	212,6	2,5	92,1	809,3	2,1	3,3	
Epirus	9.203	7,0	352,6	4,2	38,3	1.332,9	3,5	5,4	
Thessalien	14.071	10,6	695,4	8,3	49,4	4.794,3	12,7	10,1	
Makedonien	34.036	25,8	1.890,7	22,5	55,6	9.550,9	25,3	29,1	
Thrakien	8.578	6,5	356,6	4,2	41,6	2.520,4	6,6	7,4	
Ägäische Inseln	9.071	6,8	477,5	5,7	52,6	2.096,2	5,5	5,2	
Kreta	8.331	6,3	483,3	5,7	58,0	3.248,9	8,6	8,3	
Ges.Griechenland	131.944	99,2	8.388,6	99,7	63,6	37.745,5	99,8	99,8	

Unterlagen: Stat.Jb. 1964, II,6, S. 24-31; Γ:1, Athen 1962, Tab. I,1, S. 1; A:7, Athen 1962, Tab. III,13, S. 38-41

In 34 der 50 Nomen [23] von 1961 waren mehr als 70 % der Erwerbstätigen dem Wirtschaftsbereich Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei zugehörig, dagegen in den Großstadtregionen von Athen und Thessaloniki, in denen Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe die meisten Arbeitsplätze boten, nicht mehr als 3 %. Auf den Ägäischen Inseln, auf Kephallenia und in allen Nomen mit größeren Hafen- und Handelstädten trat die Zahl der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft zurück zugunsten jener in Handel, Transport und Verkehr.

Tab. 7: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren und Regionen 1961

Region	Erwerbstätige in 1000	Erwerbstätige in %	Acker-bau 1)	Bergbau Ind. 2)	Handel Trsp. 3)	ohne Angaben
			% der Erwerbstätigen pro Region			
Groß-Athen	717,6	19,5	1,4	38,1	52,2	8,2
Mittelgr.ld.	420,1	11,4	65,0	15,5	16,9	2,6
Peloponnes	480,7	13,1	68,1	12,7	15,7	3,4
Ionische I.	95,2	2,6	67,7	10,7	18,0	3,6
Epirus	150,0	4,1	70,4	11,8	14,4	3,2
Thessalien	305,1	8,3	65,0	14,4	16,8	3,3
Makedonien	892,9	24,3	63,6	16,2	16,6	3,5
Thrakien	185,2	5,1	78,2	8,4	12,0	1,4
Ägäische I.	187,9	5,1	53,6	18,1	24,0	4,1
Kreta	228,3	6,2	71,2	10,3	16,3	2,2
Gesamtgriechenland	3.663,1	100,0	53,3	18,8	23,6	4,1
Erwerbstätige in 1000	3.663,1		1.955,0	690,3	865,9	151,9

1) Land-, Vieh-, Forstwirtschaft, Fischfang

2) Bergbau, Industrie, Handwerk, öffentliche Arbeiten, Baugewerbe, Versorgungsdienste

3) Handel, Geldwesen, Transport-, Verkehrswesen, Dienstleistungen

Berechnungen aus A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. III,13, S. 38 bis 41

Ohne den Bevölkerungsanteil der Region Athen betrug die mittlere Bevölkerungsdichte 49 E/km^2. Über diesem Wert lag die Dichte in den Regionen Thessalien, Peloponnes, Makedonien, Kreta und Ägäische Inseln (49-58), darunter in den Regionen Epirus, Mittelgriechenland und Thrakien (38-42) (Tabelle 6). In den einzelnen Eparchien schwankte die Dichte zwischen 7 E/km^2 (Sphakia/Westkreta) und 165 E/km^2 (Korfu); dabei sind die Region Athen und die Eparchien Thessaloniki und Iraklion außer acht gelassen, da sie wegen ihrer geringen Landfläche und hohen Einwohnerzahl nicht mit den anderen Eparchien, die große Teile unbesiedelten und unbesiedelbaren Landes umfassen, vergleichbar sind (Beilage 1). Schließt man auch die Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern aus (Beilage 2), so herrschte in den meisten Eparchien eine Bevölkerungsdichte von 18 bis 32 E/km^2 vor. [24)]

Morphologie, Klima und landwirtschaftliche Nutzungsfähigkeit des Bodens haben auf die Verteilung der Bevölkerung eingewirkt, doch ist die unterschiedlich hohe Bevölkerungsdichte in den einzelnen Teilen des Landes nicht in jedem Falle auf die klimatischen, edaphischen und morphologischen Landesverhältnisse, auf die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit, die Ausstattung mit nutzbaren Bodenschätzen und die günstige Lage von Naturhäfen zurückzuführen.

3 Natürliche Voraussetzungen für die Verteilung von Anbauflächen und Siedlungen

Den größten Teil der Staatsfläche nehmen Gebirgsländer ein (Abbildung 2 und Tabelle 8). 40 % der Landesfläche, Bergländer und einige Beckenlandschaften, liegen über 500 m, 13 % über 1.000 m hoch. 27 % der Gemeindeflächen wurden 1962 als Hügelland eingestuft, 43 %, in Epirus sogar 80 %, als Gebirgsland. Weniger als ein Drittel gehörte zu den von Gebirgen umrahmten Ebenen und Tallandschaften. [25)]

Tab. 8: Einstufung der Gemeindeflächen nach Schätzungen und Bestimmungen aus topographischen Karten 1:100.000, 1961

Lagebezeichnung	Zahl der Gemeinden absolut	%	Größe der Gemeinden km²	%
Ebenen-Gemeinden [1)]	2.393	39,9	38.383,6	30
Hügelland-Gem. [2)]	1.405	23,4	34.504,0	27
Bergland-Gem. [3)]	2.200	36,7	55.067,5	43
	5.998	100,0	127.955,1	100

Unterlagen: Γ :1, Athen 1962, Tab. I,1, S. 1; das. Tab. A, S. XII

1) Pedinai Kinotites: die Gemeindeflächen liegen unter 800 m hoch und zum größten Teil in Becken und Ebenen; Höhenunterschiede weniger als 100 m in einer Gemeinde.

2) Imiorinai Kinotites: die Gemeindeflächen liegen unter 800 m hoch. Höhenunterschiede von mehr als 100 m innerhalb der Gemeindegrenzen.

3) Orinai Kinotites: steil ansteigende Gemeindeflächen, besonders solche in Bergländern über 400 m ü.M., und alle Gemeindeflächen, die über 800 m hoch liegen.

Es fehlen große Küstenlandschaften, weite Ebenen und ausgedehnte Hügelländer mit zusammenhängenden Anbauflächen. Große Stromsysteme konnten sich auf der schmalen griechischen Halbinsel nicht entwickeln. Die Talböden, die größtenteils von Flußschottern ausgefüllt werden, sind verhältnismäßig eng und von den

angrenzenden Bergzügen leicht zu überschauen. Offenheit kennzeichnet nur die von tertiären und quartären Ablagerungen bedeckten Niederungen und Hochebenen Thessaliens, Makedoniens und Thrakiens. Sie übertreffen an Ausdehnung, landwirtschaftlicher Nutzbarkeit und Siedlungsdichte alle übrigen griechischen Beckenlandschaften.

Am dichtesten bevölkert sind die unter 200 m Höhe gelegenen Teile des Landes (1/3 der Staatsfläche), da sie die meisten und die größten landwirtschaftlich ertragreichen Ebenen einschließen. Dort lebten 1961 in 43 % der Ortschaften über 45 % der Gesamtbevölkerung (3,76 Mill. Personen), also 85 E/km^2. (Abbildung 3). Zählt man die 2,2 Mill. Einwohner von Groß-Athen und Groß-Thessaloniki hinzu (26,6 % der Gesamtbevölkerung), [26] so erhöht sich die Bevölkerungsdichte für diese Höhenzone auf 135 E/km^2. Dagegen betrug die Dichte in den über 500 m hoch gelegenen Gebieten, in denen sich 3.460 Ortschaften (28 % aller Orte) mit 1,075 Mill. Menschen (13 % der Gesamtbevölkerung) befanden, 20 E/km^2 und in den über 1.000 m hoch gelegenen 4,3 E/km^2. [27]

Tab. 9: Anteil der thessalischen, makedonischen und thrakischen Gemeindeflächen an den griechischen Gemeindeflächen 1961

	Ges. Grld. km^2	Thessalien, Makedonien, Thrakien km^2	% der Gesamtfläche
Gemeindeflächen insgesamt	127.955,5	54.879,7	42,9
Gemeindeflächen eben gelegen	38.383,6	21.053,9	54,8
davon kultiviert	20.637,4	11.802,5	57,2

Quelle: [illegible] :1, Athen 1962, Tab. I,1, S. 1

57 % sämtlicher kultivierter Ebenenflächen liegen in Thessalien, Makedonien und Thrakien (zugleich 43 % sämtlicher Gemeindeflächen und 55 % sämtlicher eben gelegenen Gemeindeflächen; Tabelle 9). Die von stets wasserführenden Flüssen zerschnitte-

nen und teilweise von Sümpfen und Seen eingenommenen Ebenen, von denen einige in Meereshöhe, andere bis 700 m hoch liegen, sind eingesenkt zwischen Gebirgen aus Gesteinen paläozoischen und mesozoischen Alters, kristallinen Schiefern, Marmoren, Kalken, Intrusiv- und Extrusivgesteinen, oder sie sind solchen Gebirgen vorgelagert. Im Gegensatz zu den Ebenen sind die Gebirge sehr dünn besiedelt. Als dichter bevölkert heben sich einzelne Talkessel, Poljen, Talzüge und die Schwellen heraus, über die die Becken miteinander in Verbindung stehen.

Die durch Quer- und Längsbrüche stark zerstückelten Gebirge sind Glieder zweier altkristalliner Massen, der Rhodopemasse im Osten und des Pelagonischen Massivs im Westen. Sie durchziehen die nordöstliche griechische Halbinsel, Mittel- und Ostmakedonien und Westthrakien und werden durch eine breite, von tertiären Sediment- und Magmagesteinen und rezenten Ablagerungen aufgefüllte tektonische Senke, die Axios- oder Vardarzone, voneinander getrennt. [28)]

Die makedonischen und thrakischen Becken, Ebenen und Täler, in denen vor allem Baumwolle, Tabak, Mais, Reis, Obst und Wein angebaut werden, gehören heute zu den landwirtschaftlich ertragreichsten und zu den am dichtesten bevölkerten Gebieten Griechenlands. Sie haben keinen Anteil am mediterranen Klima, das auf die Landschaft Pieria, auf die Halbinsel Chalkidike mit Ausnahme des höheren Berglandes, die Umgebung der beiden großen Seen und auf einen schmalen Küstensaum im östlichen Makedonien und in Westthrakien beschränkt ist. Die größte Ebene ist die zum Teil im Bereich der Vardarzone liegende, aus den Aufschwemmungen der Flüsse Aliakmon, Ludias, Axios und Gallikos entstandene, ringsum von hohen Gebirgen oder Hügelländern umgebene mittelmakedonische Ebene, die Kampania von Thessaloniki, die sich im Südosten zum Thermäischen Golf hin öffnet.

Die trotz ihrer Gebirgsumrandung durchgängigen, in der Ausbildung für viele Teile der Balkanhalbinsel typischen Hochbecken Südwestmakedoniens besitzen keinen direkten Zugang zum Meer, doch verbinden Joche, Senken und Durchbruchstäler die Beckenreihen untereinander und mit den Küstenlandschaften der Pieria und von Mittelmakedonien. Sie beginnen nördlich der griechischen Grenze mit den Dessaretischen Seen im Osten und dem Becken von Prilep-Monastir, dem Pelagonischen Becken, im Westen und setzen sich, immer mehr an Höhe verlierend und sich verbreiternd, bis weit in die griechische Halbinsel hinein fort, wo sie in den thessalischen Ebenen ihre größte Ausdehnung erreichen. Von ihnen kommt am ehesten die westliche an Ausdehnung, Ebenheit und Besiedlungsdichte der mittelmakedonischen Ebene gleich.

Schwüle und Feuchtigkeit in den unvollständig entwässerten Becken zwangen wie im übrigen Makedonien und in Westthrakien die Bewohner, ihre Dauersiedlungen an den Ebenenrändern, Berghängen und auf den höheren Talterrassen anzulegen oder sie dorthin zu verlegen.

Die Durchgängigkeit und Offenheit der Beckenlandschaften haben den Osten Griechenlands zur Siedlungs- und Verkehrsseite werden lassen. In Thessalien und Makedonien scharen sich große Dörfer und Städte. Hier lagen 1961 21 der 55 Städte (bzw. Großgemeinden) mit über 10.000 Einwohnern und 145 der 338 Ortschaften mit 2.000 bis 10.000 Einwohnern und 113 der 255 Orte mit mehr als 2.700 Einwohnern (dazu acht in Thrakien).

Hindernisse für den Verkehr stellen in Mittel- und Ostmakedonien und in Thrakien nicht wie häufig im übrigen Griechenland die Bergländer dar, sondern die Durchbruchstäler und Unterläufe der Balkanflüsse, die sich im Mündungsgebiet stark verzweigen

und das Küstenland versumpfen. Gleichzeitig bilden die Täler von Axios, Strymon und Evros Leitlinien für den Verkehr zwischen Mitteleuropa und dem Ägäischen Meer.

Die Straße längs des Evrostales stößt bei Adrianopel (Edirne) auf die Durchgangsstraße Wien-Belgrad-Sofia-Konstantinopel. Dem Strymontal zwischen dem Ostserbischen Gebirge und dem ostwestgerichteten jugoslawisch-bulgarisch-griechischen Grenzgebirge der Belasica im Westen und den Gebirgen Rila, Pirin und Rhodope im Osten, die in ihrer Geschlossenheit und großen Ausdehnung in Breite und Höhe für den Wagenverkehr ein fast unüberwindliches Hindernis bilden, folgt die Straße Serres-Sofia.

Auf die wichtigste Nord-Süd-Verbindungslinie, die von Eisenbahn und Straße benutzte Strecke Belgrad-Thessaloniki in den Tälern der Morawa und des Axios, trifft bei Thessaloniki die einzige Ost-West-Verkehrslinie vom Ionischen Meer (von Durazzo) zum Ägäischen Meer, die Via Egnatia. Ihre Fortsetzung ist die Straße Thessaloniki-Konstantinopel, die sich, die Steilabbrüche und versumpften Abschnitte der Küsten meidend, ebenso wie die Eisenbahnlinie Thessaloniki-Alexandrupolis-Adrianopel an küstenferne Ebenenränder, Quertalzüge und Talterrassen hält.

In Südwestmakedonien und Thessalien durchziehen beide Beckenfluchten und die Durchbruchstäler zur Ostküste wichtige Verkehrswege. Davon dienen die Straßen der westlichen Beckenflucht nur dem Lokalverkehr, die der östlichen zusätzlich dem Durchgangsverkehr.

Die Haupteisenbahnlinie führt von Athen über die böotisch-phokische Beckenreihe nach Lamia und von da aus in zahlreichen Kurven über die Othrys in die westliche thessalische Ebene, über die thessalische Hügelschwelle nach Larisa. Durch das Tempetal zieht sie nach Osten zur Ägäisküste, und über

die Küstenlandschaft Pieria und die südliche Kampania von Thessaloniki erreicht sie den Knotenpunkt Thessaloniki. Die neue Schnellstraße (Ethniki Odos) umgeht als Küstenstraße die Othrys, tritt bei Velestinon in die östliche thessalische Ebene ein und trifft in Larisa mit der Trasse der Eisenbahn zusammen.

Die Verkehrsbeziehungen zu den westgriechischen Landschaften behindert die Geschlossenheit des Pindosgebirgswalles. Eine einzige Fahrstraße, die im Winter wegen des Schneefalls auf der Hochfläche um den 1.705 m hohen Paß (Katara, Zygos, Metsovon) wochenlang nicht passierbar ist, überquert seit 1939 das Gebirge an seiner schmalsten Stelle.

Auf die westliche griechische Halbinsel [29] greifen die südlichen Ausläufer der aus mesozoischen Kalken, Serpentinen und Flysch aufgebauten westbalkanischen Faltengebirge, der Dinariden, über. Sie setzen sich, in mehrere Ketten aufgespalten, in großem Bogen über die südgriechischen Inseln zum südwestkleinasiatischen Festland fort. Ihre größte Höhe erreichen die kaum besiedelten Gebirgszüge im Pindos (in Gramos 2.520 m und Smolikas 2.637 m im Norden, in Tymphristos 2.315 m und Vardussia Ori 2.406 m im Süden) in den mittelgriechischen, nach Osten abschwenkenden Gebirgen (Giona 2.510 m und Parnaß 2.457 m), in den nordpeloponnesischen Gebirgsstöcken (Erymanthos/Olonos 2.224 m, Aroania Ori/Chelmos 2.341 m, Kyllini Oros/Ziria 2.376 m), im südpeloponnesischen Taygetos (2.407 m) und in den Gebirgsstöcken Kretas (Levka Ori 2.453 m, Idi Oros 2.456 m und Dikti Oros 2.148 m). Höher erhebt sich auf der Ostseite Griechenlands nur der thessalische Olymp (2.917 m). [30] Dünn besiedelte Hügelländer und unbesiedelte Gebirge werden zum Hauptmerkmal, neben dem die Landschaftseinheiten mit dichter Besiedlung und geschlossener ackerbaulicher Landnutzung zurücktreten.

Auf der griechischen Halbinsel trennen die nur wenige Monate im Jahr völlig schneefreien Hochgebirge die maritimeren westgriechischen von den kontinentaleren ostgriechischen Landschaften.

die ihrerseits durch die östlichen Abzweigungen von den geschlossenen Gebirgszügen in verschiedene Klimaprovinzen unterteilt sind. [31)]

Als Siedlungsmittelpunkte heben sich westlich der Gebirge Bekken und Täler heraus, die zwischen jüngeren Kalkketten (der Adriatisch-Ionischen Zone) in Flysch eingesenkt sind, außerdem neogene Hügel- und Tafelländer.

Auf der Westseite Griechenlands, die in der Regenzeit fast doppelt soviel Niederschlag wie die Ostseite erhält, können das Grundwasser, die zahlreichen Quellen und das dichte, bis auf die Ostseite übergreifende Flußnetz so reichlich gespeist werden, daß auch im Sommer genügend Wasser zum Trinken und zur Bewässerung vorhanden ist. [32)]

Besonders stark zertalt sind die dicht besiedelten Mergelhügelländer auf den westgriechischen Inseln und in der nördlichen Peloponnes, tief zerschluchtet die nur dünn besiedelten Konglomerat-plateaus der nördlichen und nordwestlichen Peloponnes und die vorwiegend aus wechsellagernden Bänken von Tonen, Tonschiefern, Konglomeraten, Kalken und Sandsteinen zusammengesetzten tertiären Hügelländer beiderseits des Pindos. Durch ihre Materialbeschaffenheit und ungenügend dichte Bodenbedeckung in den Anbaugebieten sowie große Höhenunterschiede dem Wasser leicht Angriffspunkte bietend, sind sie in landwirtschaftlich nur schwer nutzbare Riedellandschaften aufgelöst. [33)] In den Niederungen wirken sich die Erosionsvorgänge in Materialaufschwemmung, unregelmäßigem Abfluß, Versumpfung und Versandung aus. Die Flüsse, die die Kalkgebirge durchbrechen und sich tief in das Lockermaterial einschneiden, haben große Küstenebenen aufgeschüttet und Inseln vor der Küste landfest gemacht. [34)] Die Siedlungen umsäumen diese Küstenschwemmländer und die Talauen.

Auf der Ostseite Griechenlands fehlen größere Küstenebenen, da nur die Flüsse, die im hohen Pindos und in den Gebirgen jenseits der griechischen Grenze entspringen, auch in der Trockenzeit Wasser führen. Kurze, von Oleanderbüschen begleitete Flußläufe und Bäche versiegen im Sommer, der Grundwasserspiegel sinkt tief ab, und die Ränder der Seen verwandeln sich in Sumpf- und Weideland. Die immergrünen Sträucher der Macchie, die sich auf der Westseite zu übermannshohen Buschwäldern zusammenschließen, entwickeln sich viel dürftiger und weichen auf Felsböden und an trockenen Standorten den niedrigen Kugelbüschen und Stauden der Phrygana. Unmittelbar nebeneinander liegen verkarstete, fast kahle Hangflächen und intensiv bewirtschaftetes Kulturland, das zur Erzielung höherer Erträge und zur Verlängerung der Vegationszeit künstlich bewässert wird.

Im östlichen Griechenland (einschließlich Argolis als Osthellenische Gebirgszone bezeichnet), auf der Ostseite der Peloponnes, auf Kythera und auf Kreta wechseln mesozoische und tertiäre Kalke und Dolomite mit metamophen Gesteinen. [35] In den fast sterilen, verkarsteten Massenkalkgebirgen, in denen die Besiedlung auf wenige Großdörfer beschränkt ist, gibt es zwar anbaufähige Roterdebecken (Poljen); aber deren landwirtschaftliche Nutzung wird erschwert durch periodische Versumpfungen und Mangel an Niederschlägen während der Vegetationsperiode.

Tertiäre Hügelländer, die sich wie die von jungen Ablagerungen aufgefüllten Becken gegenüber den Gebirgen durch eine dichtere Besiedlung auszeichnen, treten im nordwestlichen und im mittleren Kreta, auf Rhodos und in geringerer Ausdehnung auf Euböa und in Böotien auf.

Auf Kreta sind die stark zerschnittenen und von Gebirgsausläufern unterbrochenen Hügelländer den Kalkgebirgsstöcken der Weißen Berge, des Ida und des Lassithi nördlich vorgelagert. In ihnen und den fruchtbaren Mergelhügelländern längs der Nord-

küste liegen dichtgedrängt die meisten und größten Siedlungen der Insel, darunter die drei großen Hafenstädte Chania, Rhethymnon und Iraklion. Die einzige geschlossene Siedlungs- und Anbauebene auf der Südseite Kretas, die Mesara, ist eingebettet zwischen hohen Gebirgsketten. Nach Westen zu geht sie, durch Bergvorsprünge eingeengt, in eine versandete und versumpfte Meeresbucht über, an der keine Hafenstadt angelegt werden konnte. Außer Ierapetra, das weit entfernt von den Hauptsiedlungslandschaften am Südende der nordsüd verlaufenden Senke liegt, die Mittelkreta mit seinen Hochgebirgen von der kleinen niedrigen Osthalbinsel trennt, gibt es überhaupt keine Hafenstadt auf der Südseite der Insel.

Nutzungsräume der restlichen in Streusiedlungen lebenden Bevölkerung sind Hochterrassen über der südlichen Steilküste, die nur durch kurze tiefe Schluchten gegliedert wird, große Poljen in den Hochgebirgen und Kesseltäler auf der verkarsteten Osthalbinsel.
Die wichtigsten Siedlungslandschaften sind also alle dem Ägäischen Meer zugewandt.

Die beiden größten Inseln im nördlichen Teil des Ägäischen Meeres, Lesbos und Chios, sind Teile des ostägäischen Faltengebirges. Auf ihnen gibt es neben den Haupt- und Hafenstädten im Gegensatz zu Kreta keine (alten) Streusiedlungen (außer Kalyvien für Bauern, Hirten und Kohlenbrenner), sondern vorwiegend geschlossene Dörfer, von denen die meisten mehr als 1.000 Einwohner aufweisen. Auf Lesbos sind sie fast gleichmäßig über die Insel verteilt.

Der größte Teil der in den Umrissen und durch den geologisch-petrographischen Aufbau abwechslungsreich gestalteten Insel Lesbos nehmen tertiäre vulkanische und metamorphe Gesteine ein, die sich in der gegenüberliegenden Troas und den südlich anschließenden kleinasiatischen Landschaften fortsetzen. Waldartige

Bestände von Olivenbäumen begleiten die Küsten im Süden und Südosten der Insel. In den Küstenebenen an den Golfen und Außenküsten und auf den Berghängen im Inneren der Insel breiten sich (zum Teil terrassierte) Anbauflächen, Obst- und Eßkastanienhaine und Eichenwälder aus.

Unbesiedelt blieben der zwischen den beiden Golfen liegende Teil der Insel, der im Verbreitungsgebiet von Grünschiefern und Marmoren von einem großen Kiefernwald eingenommen wird, und größtenteils das Bergland im Westen der Insel, das aus Andesittuffen besteht und als Weideland genutzt wird.

Chios beherrscht verkarstetes, fast unbesiedeltes Gebirgsland aus mesozoischen Kalken, neben dem im Nordwesten ein dünn besiedeltes Bergland aus paläozoischen Schiefern auftritt und dem im Südosten ein dicht besiedeltes jungtertiäres Hügelland (der Mastichochoria) angelagert ist. In dieses greift von Norden die bedeutendste Alluvialebene, die Gartenebene der Stadt Chios ein.

Die Inseln im mittleren und südlichen Abschnitt des Ägäischen Meeres bestehen hauptsächlich aus kargem Gebirgsland. Die geologisch zum Südteil von Euböa und zur östlichen attischen Halbinsel gehörigen Kykladen (Kykladenmasse) und die dem karischen Festland zugeordneten südlichen Sporaden von Ikaria-Samos bis Kos (Lydisch-Karische Masse) ähneln im geologisch-petrographischen Aufbau den Gebirgen des nordostgriechischen Raumes. Zutage treten paläozoische kristalline Gesteine, kristalline Schiefer und Marmore. Einige Inseln bestehen aus Euptiv- und Sedimentgesteinen jüngeren Alters (südlicher Kykladenbogen, mittlere Gruppe der südlichen Sporaden und Patmos), [36] und nur auf diesen ist Ackerland in größerer Ausdehnung anzutreffen.

Ein großer Teil der Inselbewohner bezieht seinen Lebensunterhalt nicht aus der Landwirtschaft, sondern aus Schiffahrt, Fischerei (auf den Sporaden und den Argolischen Inseln Schwammfischerei) in griechischen und ausländischen Gewässern und aus Arbeiten in den verschiedensten Berufen in Athen oder im Ausland.

Die Besiedlung innerhalb der Inselgruppen ist sehr ungleichartig. Die kleinsten, bis 40 km^2 großen Inseln, die wenig nutzbare Bodenfläche besitzen und daher den Nachbarinseln als Ergänzungsflächen für Weidewirtschaft oder Anbau dienen, sind nicht ständig bewohnt oder haben nur kleine Dorf- und Streusiedlungen mit einer Gesamtzahl von höchstens 1.000 Einwohnern. Auf den größeren Inseln, die sich durch günstigere Oberflächengestaltung, bessere Wasser- und Bodenverhältnisse, das Vorkommen fruchtbarer Küstenebenen und das Auftreten abbauwürdiger Bodenschätze auszeichnen, gibt es eine oder mehrere stadtartige Siedlungen von mehreren tausend Einwohnern (der Hauptort ist zugleich Hafenstadt) und daneben, über die Anbauflächen verstreut, Einzelhäuser, manchmal auch ständig bewohnte Weiler.

Eine Bevölkerungsdichte von mehr als 50 E/km^2 (wie Lesbos und Chios) haben nur Syros (Hauptort der Kykladen), Thera, Samos (in der Besiedlungsweise Lesbos entsprechend), Kalymnos und Kos aufzuweisen.

Wichtig für die Verteilung der Bevölkerung und die Siedlungsgröße sind die Funktion der Küsten und die Verbindung zwischen Küsten- und Hinterland.

Die oft vollständig von Geröll und Sumpfland ausgefüllten kleinen Buchten der Ingressionsküsten dienen als Schlupfhäfen und Anlegestellen (skales). Eine Mole, eine Kapelle, einige Häuser oder Hütten, die nicht ständig bewohnt werden, bezeichnen den Hafenplatz. Von ihm aus sind die weit landein oder mehrere hundert Meter höher gelegenen, vom Meer her nur selten sichtbaren Hauptsiedlungen über steinige getreppte Fuß- und Reitwege zu erreichen.

Ebenso siedlungsfeindlich wie die Küsten der ägäischen Inseln sind die Südküste Kretas, die Küsten auf der Ostseite der Peloponnes - so die Küsten der argolischen Halbinsel, der Parnon- und der Taygetoshalbinsel -, die Nordküste des Korinthischen Golfes,

die akarnanische Westküste, die Außenküste Mitteleuböas und die thessalische Küste. Die von tiefen Buchten gegliederten Felsküsten von Epirus werden vom Nutz- und Siedelland im Inneren durch küstenparallele Gebirgszüge abgetrennt.

An allen diesen Küsten haben sich aus den kleinen Hafenorten keine Städte entwickeln können. Aber auch an dicht bevölkerten Flachküsten und weit ins Meer vorgeschobenen Landspitzen, wie sie im Bereich junger tertiärer und quartärer Ablagerungen im westlichen Mittel- und Südgriechenland, an den Nordküsten der Peloponnes und von Kreta und im Nordostgriechischen Raum ausgebildet sind, gibt es nur wenige Siedlungen, die als Hafenorte entstanden sind oder mit ihren Reeden zu größeren Hafenstädten zusammengewachsen sind. Denn gewöhnlich behindern Küstensümpfe und Lagunen den Zugang zum Meer und Gebirgsriegel den zum Hinterland. Breite, steilwandige Schotterbetten von Flüssen und Wildbächen aus den unvermittelt ansteigenden Gebirgen, die die größeren Küstenebenen in schmale Streifen aufteilen, erschweren den Landverkehr längs der Küsten. Die Siedlungen liegen meistens zurückgezogen auf Kaps, höheren Küstenterrassen oder an Berghängen über den Ebenen.

Die häufig stadtartig gebauten Siedlungen des Binnenlandes sind in der Nachbarschaft von Quellen und Anbauflächen und, wenn Sumpfland in Mulden und Tälern zu meiden ist, an quellenreichen Bergflanken angelegt. Aber es gibt auch große Dörfer, die sich in weiter Entfernung von Wasserstellen und Anbauebenen befinden. [37)]

Ganzjährig bewohnte Dörfer mit Ackerfluren steigen in der Peloponnes bis 1.250 m an. [38)] Die 1.000 - 1.400 m hoch gelegenen und von Weiden und Wäldern umgebenen Pindosdörfer werden im Winter von ihren Bewohnern, zumeist Hirten, Händlern und Handwerkern, verlassen.

4 Hauptwirtschaftsformen der ländlichen Bevölkerung

Viele Gemeindeflächen erstrecken sich von der Meeresküste oder der Talsohle bis in die Felsregionen der Gebirge. Einige Gemeinden besitzen kilometerweit von den Dörfern entfernt Exklaven, die meist in anderen Klimagebieten liegen und deren Land anders und zu anderen Zeiten als das in der Umgebung des Dorfes genutzt oder bearbeitet wird. Von solchen Feldstücken kehren die Bauern in den Hauptarbeitszeiten (Feldbestellung, Ernte) nicht allabendlich in die Dörfer zurück, sondern übernachten in Feldhütten oder einzeln liegenden Höfen, in denen die Ernte für einige Zeit gespeichert und zum Teil verarbeitet wird. [39]

Ackerbau und Viehzucht finden ihre natürlichen klimatischen Grenzen in den Tiefländern in der im Juni einsetzenden Dürreperiode und in den Gebirgen, in denen die Reifezeit gegenüber den Niederungen um einen Monat oder mehrere Monate verschoben ist, [40] in der winterlichen Vegetationsruhe. In den Sommermonaten treiben die Hirten ihre Herden, vorwiegend Schafe und Ziegen, [41] auf die über der Baum- und Anbaugrenze (1.400 - 1.700 m) gelegenen Krautfluren und Matten, im Winter auf die Brach- und Weideländereien im Tiefland, deren Bewuchs mit abnehmenden Niederschlägen immer spärlicher und trockener wird. Wenn im Juni in den elischen Niederungen das Getreide längst geerntet ist und für die weitere Nutzung eine ständige künstliche Bewässerung der Felder unerläßlich wird, trifft man im Hochland von Achaia noch auf üppige grüne Wiesen, in Arkadien und in den Terrassenlandschaften im Gebirgsland von Andritsaina auf unreifes Getreide und junge Maispflanzungen.

Das enge Nebeneinander von Tieflands- und Gebirgsregionen ermöglichte bei entsprechenden Besitzverhältnissen ein Nacheinander in der Bewirtschaftung der Anbauflächen und die Ausbildung mehrer, Ackerbau- und Viehwirtschaft betreffende Wirtschaftsformen und zugleich verschiedener Lebensformen innerhalb desselben Raumes. [42]

Diesen eigentümlich sind die weitgehend von den klimatischen Faktoren, aber auch von der Art der Verteilung des Landbesitzes und des nutzbaren Bodens abhängigen jahreszeitlichen Wanderungsbewegungen, an denen ganze Dorfverbände teilnehmen. Im Oktober, beim Beginn der Regenzeit, ziehen die Familien mit ihrem Hausrat und dem Vieh von den vom Schneefall bedrohten Bergländern hinab in Zweitdörfer (Filial-, Kalyvien-, Hüttendörfer [43]), die unterhalb der Schneegrenze liegen, und kehren erst im Mai in die Gebirge, ihre Heimat, zurück.

Reiner Ackerbau (Pflugbau) ist auf die großen Ebenen und Becken beschränkt, intensiver Gartenbau (Hackbau und Terrassenkulturen; Gemüse und Fruchtbäume) auf die mit guten Böden und Süßwasser zur künstlichen Bewässerung ausgestatteten Tal- und Küstenlandschaften und die Randzonen der Becken und Niederungen. Milch- und Federvieh werden bei beiden Gruppen nur für den Eigenbedarf gehalten. In den Küstenorten wird Fischfang zusätzlich und, wenn das Anbauland für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreicht, hauptberuflich betrieben. [44]

Die Bergbauern Mittel- und Südgriechenlands bauen auf den terrassierten Fluren um ihre Stammdörfer Getreide, Wein und andere zur Selbstversorgung nötige Früchte an, auf den Feldern um die Niederungsdörfer daneben zunehmend einträglichere Pflanzen (Obst, Korinthen, Gemüse, Tabak, Baumwolle), zu deren Gunsten das Weideland immer mehr eingeengt wird. Die früher lebensnotwendige Kleinviehwirtschaft tritt zurück. In enger Verbindung stehen Ackerbau und Viehzucht noch bei den Gemeinden, die in den Niederungen nur Pachtland oder unergiebige Anbau- oder Weideflächen besitzen (Kalyviawirtschaft, Hirtenbauerntum [45]).

Träger der nomadischen Viehzucht (Fernweidewirtschaft; [46] Schafe, Ziegen, Pferde, Maultiere) sind Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen, deren Siedlungs- und Wirtschaftsräume sich teilweise überschneiden. Die griechischen Sarakatsanen und die dem romanischen Sprachbereich zugehörigen Aromunen

sind in den thrakischen und makedonischen Gebirgen, im Pindos und in den Gebirgen Mittelgriechenlands und der nördlichen Peloponnes (dort Rumelioten) beheimatet, auf der mittelgriechischen Landbrücke ausschließlich Sarakatsanen. [47]

Unter den Aromunen gibt es zwei Hauptstämme, die Karagunides und die Farščerioten, [48] die sich wesentlich in ihren Lebensformen unterscheiden. Die Farščerioten und auch die Sarakatsanen besitzen zwar eigene Herden (Kleinviehherden als Eigentum des einzelnen), aber keine eigenen Weiden. Einige unter ihnen haben Land und einen festen Wohnsitz erworben und danach die nomadische Viehzucht weitgehend aufgegeben, doch die meisten leben das ganze Jahr über in Hüttensiedlungen aus Flechtwerk [49], deren Standort mehrmals, gewöhnlich nach festen Regeln, gewechselt wird. Die Karagunides verbringen den Sommer in festen Gebirgsdörfern. Ein Teil der Herden bleibt auf den Weiden in der Umgebung, während das Milchvieh, Mutter- und Jungtiere auf die besten Hochgebirgsweiden (wie die übrigen Weiden Gemeindebesitz) getrieben wird. Auf diesen Hochgebirgsweiden betreiben Sarakatsanen die Käsereien. Vor dem Winter ziehen die Dorfbewohner mit ihren Herden (Kleinvieh, dazu Pferde und Maultiere als Lasttiere, ebenfalls Eigentum des einzelnen) zutal in die Hüttensiedlungen auf den Pachtweiden, bei denen sich nicht wie in der engsten Umgebung der Sommersitze Anbauflächen (Gartenbau für den Eigenbedarf, kein Getreideanbau) befinden. In den Niederungen lassen sich die einzelnen Viehzüchtergruppen kaum unterscheiden, nicht einmal durch die Sprache, da die Aromunen auf griechischem Boden die griechische Sprache angenommen haben.

Ihren Lebensunterhalt beziehen die Wanderhirten hauptsächlich aus dem Verkauf von Milchprodukten, Wolle, Fellen, Jungtieren und handwerklichen Erzeugnissen.

Im Unterschied zu den reinen Viehzüchtern bewohnen die Hirtenbauern im Sommer und im Winter eigene, feste Dörfer, und nur die Hirten, die das Vieh der Dorfbevölkerung auf siedlungsferne

Niederungs- oder Hochweiden führen, nächtigen in bodenvagen Behausungen, meist Hütten aus Lesesteinen. [50] Diese bodenvagen Siedlungen sind charakteristisch für die Grenzstreifen zwischen Anbauland und Macchie-Bergland oder Felsregion.

5 Bodenbedeckung und Landnutzung

Zur Zeit der letzten Volkszählung (1961) wurden 30 % der Gemeindeflächen (37.745 km^2 von 127.955 km^2) landwirtschaftlich genutzt, der größte Teil (41 %, 52.869 km^2) war Weideland, 7 % (9.381 km^2) wurden von Seen, Sümpfen, nacktem Fels und anderem nicht nutzbaren Land (mit Gebäuden und Parkanlagen) eingenommen und 22 % (27.425 km^2) von Busch- und Hochwald bedeckt (Abbildung 4 und Tabelle 10).

Zum Weideland sind nicht nur die als solches angegebenen und vom Kulturland durch Steinmauern oder Hecken aus totem Astwerk deutlich geschiedenen Flächen zu rechnen, sondern auch Brachland (1/10 der Kulturfläche [51]), abgeerntete Felder und von Macchie und Buschwäldern bedeckte Tal- und Berghänge. Da die Einstallung des Viehs nicht unbedingt nötig ist und genügend Weideflächen vorhanden sind, wird Grünfutter in bescheidenem Umfang angebaut.[5]

Die je nach Bodenbeschaffenheit und Niederschlagsmenge unterschiedlich dichten und hohen Buschwälder, die zum Teil als ehemalige Begleitformationen oder als Folgeformationen zerstörter Wälder anzusehen sind, setzen sich in Meeresnähe und in geringer Meereshöhe aus immergrünen Hartlaubgewächsen, Sträuchern und Bäumen der mediterranen Macchie zusammen. In höheren Lagen werden sie von laubabwerfenden Sträuchern und lichten Wäldern sommergrüner Eichen, Buchen, Edelkastanien, Platanen, Ahorne und von Schwarzkiefern abgelöst. Hochwälder aus Buchen, Tannen und Bergkiefern finden sich in den Hochgebirgen. Waldrodung zur Gewinnung von Ackerland und Weiden und von Nutz- und Brennholz haben geschlossene Wälder auf die Hochgebirge und auf schwer zugängliche

Tab. 10: Bodenbedeckung der Gemeindeländereien (ohne Domänen des Agion Oros) 1962

Region / Bodenbedeckung		Groß-Athen	Mittelgrld. u. Euböa	Peloponnes	Ionische Inseln	Epirus	Thessalien	Makedonien	Thrakien	Ägäische Inseln	Kreta	Gesamtgriechenland
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Kulturland	km²	39,4	6.152,8	7.200,4	809,3	1.322,9	4.794,3	9.550,9	2.520,4	2.096,2	3.248,9	37.745,5
	%	10,1	25,7	34,7	36,8	14,8	34,7	29,2	30,2	23,4	39,7	29,5
Wiesen	km²	-	103,1	16,3	7,0	62,1	180,2	116,7	37,1	11,6	1,5	535,6
	%	-	0,4	0,1	0,3	0,7	1,3	0,3	0,4	0,2	0,0	0,4
Weiden	km²	9,2	10.031,5	8.292,4	1.110,6	4.888,9	5.412,4	12.003,4	2.516,6	4.421,9	4.181,4	52.868,8
	%	2,4	43	40	50	54	39	37	30	49	51	41,3
davon Allmenden	km²	0,3	5.698,5	4.431,0	154,1	3.477,0	3.104,3	7.638,9	1.749,6	1.308,5	988,4	28.550,6
	%	0,0	24	21	7	39	23	23	21	15	12	22,3
übriges Weideland	km²	8,9	4.333,0	3.168,4	956,5	1.411,9	2.308,1	4.364,5	767,0	3.113,4	3.193,0	24.317,7
	%	2,4	19	19	43	15	16	14	9	34	39	19,0
Wald	km²	67,1	5.857,9	3.890,3	130,1	2.038,6	2.545,1	8.599,7	2.711,5	1.238,1	346,3	27.424,7
	%	17	25	19	6	23	18	26	33	14	4	21,5
Sümpfe, Seen, Flüsse	km²	2,2	497,8	395,1	20,6	238,8	186,4	716,9	206,8	112,6	63,2	2.540,4
	%	0,6	2,1	1,8	0,9	2,6	1,4	2,2	2,5	1,3	0,8	2,0
Ungenutztes, nicht nutzbares Gelände, Baugelände	km²	270,7	941,8	963,0	128,7	439,2	595,5	1.738,6	347,2	1.066,8	349,1	6.840,6
	%	69,7	4,0	4,6	5,8	4,9	4,3	5,3	4,2	11,9	4,3	5,3
Gesamtfläche	km²	388,6	23.584,9	20.757,5	2.206,3	9.000,5	13.813,9	32.726,2	8.339,6	8.947,2	8.190,4	127.955,1
	%	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Unterlage: [illegible]:1, Athen 1962, Tab. B, S. XIII

Stellen zurückgedrängt (63 % des sogenannten Waldlandes [53]). In einigen Landesteilen haben sie zur Entstehung von Parklandschaften geführt. [54]

In den Anbaugebieten, vor allem in den Niederungen und an deren Rändern, sind an die Stelle von Wäldern immergrüner Eichen und verschiedener Kiefernarten Haine von Oliven, Feigen, Agrumen und Aprikosen getreten, die oft überragt werden von gruppen- oder reihenweise angepflanzten Zypressen. [55] Von einer dünnen Pflanzendecke überzogene oder kahle Abhänge werden auch dann noch ein wesentlicher Bestandteil des Landschaftsbildes bleiben, wenn die Aufforstung weiter vorangetrieben [56], die Viehzucht zunehmend als Zusatzwirtschaft betrieben und Weideland durch Bodenverbesserung und Bewässerung in Ackerland verwandelt wird.

Einer gewinnbringenden Landnutzung stehen entgegen außer dem morphologisch-petrographischen Aufbau des Landes vor allem die von diesem, von klimatischen sowie anthropogenen Einwirkungen abhängigen Badlandbildungen und Bodenerosionsvorgänge. Von Bodenerosion erfaßt wird mehr als die Hälfte der Landesfläche. [57] Gefördert wird die Erosion besonders durch Entwaldung, Überbeweidung, Vernachlässigung des Kulturlandes, schlechte Bodenbearbeitung und ungeeignete Flureinteilung. An den Berghängen kann sie durch einen sorgfältig betriebenen Terrassenanbau aufgehalten werden. Nur ein Drittel des anbaufähigen Landes, von dem mehr als die Hälfte in Ebenen, ein Viertel in Hügelländern und ein Fünftel in Gebirgen und an steilen Berghängen verstreut lag (Tabelle 11), konnte mit Maschinen bearbeitet werden. Dabei spielten in manchen Gegenden auch die mit den Erbrechten zusammenhängende Zersplitterung der Anbauflächen und dichte Fruchtbaumpflanzungen eine Rolle. [58]

In den Regionen Thrakien, Makedonien, Thessalien und Mittelgriechenland lagen die Besitzgrößen mit durchschnittlich 5,5 - 3,8 ha über dem Landesdurchschnitt, in den gebirgigen Regionen Peloponnes und Epirus und auf den Inseln darunter (3,3 - 1,96 ha). [59]

Tab. 11: Nutzung der Gemeindeflächen in den Ebenen, Hügel- und Bergländern 1961

Art der Flächennutzung		Lagebezeichnung der Gemeinden [1]						Alle Gemeindeflächen [2]	
		Ebenen-Gem.		Hügelland-Gem.		Bergland-Gem.			
		km²	%	km²	%	km²	%	km²	%
Alle Gemeindeflächen	km²	38.383,6	100,0	34.504,0	100,0	55.067,5	100,0	127.955,1	100,0
	%	30,0		27,0		43,0		100,0	
Kulturland [3]	km²	20.637,4	53,8	9.405,4	27,2	7.702,7	13,9	37.745,5	29,5
	%	54,7		24,9		20,4		100,0	
Weideland	km²	10.638,0	27,7	15.536,3	45,0	26.694,0	48,5	52.868,3	41,3
	%	20,1		29,4		50,5		100,0	
Waldland	km²	2.893,2	7,6	7.171,7	20,8	17.359,8	31,6	27.424,7	21,5
	%	10,6		26,1		63,3		100,0	

1) siehe Tabelle 8

2) Flächen ohne Domänen des Agion Oros, darin auch von Wasser bedeckte Flächen und ungenutztes, nicht nutzbares oder bebautes Gelände.

3) Zum Kulturland zählten neben offenem Ackerland Baumbestände ohne Unterwuchs (z.B. Oliven- und Agrumenhaine), Wein- und Korinthenpflanzungen, Baumschulen und (bis 5 Jahre altes) Brachland (Definition in Γ:1, Athen 1962, S. X).

4) Hochwälder, Buschwälder, neu aufgeforstete Flächen, waldartige Macchiebestände.

Unterlagen: Γ:1, Athen 1962, Teil A, S. XII; das. Erläuterungen S. XIII-XVI

Auf den Ägäischen und den Ionischen Inseln, auf Kreta und in der Region Epirus wurde die Hälfte der Gemeindeflächen als Weideland bezeichnet (49 - 54 %). [60] Der Anteil des ungenutzten und nicht nutzbaren Landes übertraf auf den Ägäischen Inseln das Landesmittel erheblich (12,2 % der Gemeindeflächen). Der geringste Anteil an Kulturland wurde 1961 für die Regionen Epirus und Ägäische Inseln angegeben (14,8 bzw. 23,4 % der Gemeindeflächen), der höchste für die Ionischen Inseln und Kreta (36,8 bzw. 39,7 % der Gemeindeflächen) (Abbildung 4 und Tabelle 10).

Von dem Gemeindeland in den Ebenen wurden 1962 55 % angebaut und 28 % beweidet, von den Flächen in den Hügelländern 27 % bzw. 45 %; bewaldet waren 8 % der eben gelegenen Gemeindeflächen und 21 % der Gemeindeflächen im Hügelland. In den Berggemeinden überwogen Wälder (32 %) und Weiden (49 %) (Tabelle 11). Während in vielen Berggemeinden weniger als 10 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt wurden, stand in manchen Ebenengemeinden fast die gesamte Fläche unter Kultur. [61]

Angebaut werden in erster Linie Getreide, Wein, Gemüse, Industriepflanzen und Futterpflanzen, im südlichen Griechenland vorherrschend im Misch- und Gartenanbau und schattenspendenden Fruchtbäumen (Oliven, Argrumen, Obst). In Südgriechenland und auf den Inseln bedeckten 1962 Feldfrüchte und Gemüse fast die Hälfte, auf der mittleren und der nördlichen griechischen Halbinsel 5/8 und im Nordostgriechischen Raum, wo reine Baumkulturen (2 % der Anbaufläche) und Brachland (10 % der Anbaufläche) gegenüber anderen Teilen Griechenlands sehr zurücktreten, mehr als 3/4 der Anbaufläche (Abbildung 5 und Tabelle 12).

Für viele Teile Mittel-, Süd- und Inselgriechenlands sind neben Baumkulturen Rebpflanzungen kennzeichnend, die Ebenen und terrassierte Hänge überziehen. Sie breiteten sich in der Peloponnes auf 1/8, auf Kreta auf 1/6 und auf den Ionischen Inseln auf 1/7 der Anbauflächen aus (zusammen 60 % aller Rebpflanzungen). In Thessalien, Makedonien und Thrakien treten Baumwoll- und Tabakanbau (als Monokulturen) in den Vordergrund. [62]

Tab. 12: Hauptanbaufrüchte 1962

Kulturpflanzen	Anbaufläche	Erntegewicht	Ertrag	Bäume, auch einzelne
	1.000 ha	1.000 t	kg/ha	Mill.Stück
Ges.landwirtsch. Nutzfläche	3.726,4			
1. Pfluglandkulturen	2.818,3			
Getreideanbau	1.743,2	2.397,8		
Weizen	1.193,2	1.722,1	1.443	
Gerste	185,0	232,0	1.254	
Hafer	143,7	152,0	1.055	
Roggen	22,0	19,7	909	
Mais	165,9	215,4	1.295	
Reis	18,5	68,4	3.578	
Eßbare Hülsenfrüchte	135,5	70,4		
Futterpflanzen (einschl. Saatzucht)	477,6	1.020,4		
Industriepflanzen	370,7	573,1		
Tabak	122,1	89,4	729	
Baumwolle	207,9	270,4	1.298	
dies. bewässert	151,1	231,3		
dies. unbewässert	56,8	39,1		
Sesam	17,0	4,7		
Kartoffeln, Melonen	91,3	741,0		
2. Gemüseanbau	103,4	558,7		
3. Rebpflanzungen	243,8	766,2		
Weintrauben	138,1	421,2	2.862	
Tafeltrauben	19,2	144,0	7.500	
Korinthen	44,0	112,3	2.555	
Sultaninen	38,9	88,6	2.270	
4. Geschlossene Baumpflanzg.	552,4			145,4
Zitrusfrüchte	37,2	428,0		17,0
Orangen	22,9	249,9	239	10,4
Lemonen	11,3	148,0	315	4,7
Obstbäume	35,5	483,6		20,2
Äpfel	17,9	206,0		6,7
Nüsse, Trockenfrüchte	43,2	168,6		17,9
Feigen (als Trockenfr.)	13,1	31,5		2,9
Karuben	11,5	28,4		4,1
Mandeln	8,1	24,1		6,2
Andere Pflanzungen	436,5			90,2
Oliven	429,7	470,3		83,2
5. Geschl.Baumpflanzungen mit Mischkulturen	117,9			
mit Pfluglandkult.	108,6			
mit Gemüse	9,3			
Bewässertes Kulturland	520,3			

Quellen: Stat.Jb. 1964, IX, 1-3, S. 234-247; F:4 u. F:6, 1964

Tab. 13: Ausdehnung des bewässerten Kulturlandes 1962

Lagebezeichnung der Gemeinden	Kultivierte Gemeindeflächen (einschl. Brachland)		Bewässertes Kulturland		
	km^2	%	km^2	%des Kult. lands	%der bew. Fl.
Ebenen-Gemeinden	20.778,0	54,5	3.330,9	16,0	64,1
Hügelland-Gemeinden	9.447,9	24,8	857,3	9,0	16,4
Bergland-Gemeinden	7.894,1	20,7	1.014,7	12,8	19,5
Alle Gemeinden	38.120,0	100,0	5.202,9	13,6	100,0

Quelle: Γ:4, Vol.I, Athen 1964, Tab. XII, S. XXI

Tab. 14: Bewässerungskulturen 1962

	Anbaufläche km^2	Erntegewicht t
Baumwolle bewässert	1.510,8	231.316,8
Baumwolle unbewässert	568,2	39.073,8
Tomaten bewässert	210,9	319.310,2
Tomaten unbewässert	49,9	26.869,8
Bamia bewässert	23,0	8.898,4
Bamia unbewässert	11,3	2.313,7

Quellen: Γ:4, Vol. I, Athen 1964, Tab. 1, S. 3,4
Γ:6, Vol.II, Athen 1964, Tab. 1, S. 55,56

Unbewässert gedeihen die einheimischen, für die Ernährung wichtigsten Kulturpflanzen, Weizen, Gerste, Weinstock und Ölbaum. Bewässert werden (wenigstens zu bestimmten Jahreszeiten) Gemüse, Tomaten, Reis, Baumwolle, Agrumen und anderes Obst, vielfach auch Mais und Tabak.

Regelmäßig bewässert [63] wurde nur 1/7 der Anbaufläche (4 % der Staatsfläche) (Abbildung 4), und zwar überwiegend in Niederungen gelegenes Kulturland (Tabelle 13). Von 2.079 km^2, die mit Baumwolle bestellt waren, wurden 1.510 km^2 (70 %) bewässert, [64] von 260 km^2, auf denen Tomaten gezogen wurden, 210 km^2 (81 %) (Tabelle 14).

Neben dem Südosten Kretas, der Umgebung des Saronischen Golfes, der attischen und der Parnonhalbinsel gehören die Kykladen zu den trockensten Landschaften Griechenlands. [65] Das in der Regenzeit in Zisternen aufgefangene Wasser reicht nur bis zum Anfang der Trockenzeit aus. Leicht können die als kurze, heftige Regengüsse auftretenden Niederschläge die von der schütteren Vegetation kaum geschützte Bodendecke an den Hängen zerstören und das Feinmaterial in die Anbaubecken spülen, in denen es nach der Erntezeit der Winderosion ausgesetzt ist.

Als feuchter heben sich östlich des Pindos die bewaldeten, quellenreichen thessalischen Küstengebirge, die magnesischen Inseln, Skyros, Osteuböa und Teile des phokischen Berglandes heraus, unter den übrigen Inseln die der kleinasiatischen Küste vorgelagerten. [66] Wie in Westgriechenland verstecken sich die Ortschaften oft in dichten Obst- und Olivenhainen. In geschützten Buchten reifen Agrumen, die in den weiter vom Meer entfernten Niederungen im mittleren und nördlichen Ostgriechenland nicht kultiviert werden können, da dort die Trockenheit zu groß ist und häufig Fröste auftreten.

Die verschiedenartigen natürlichen Voraussetzungen in den Teillandschaften Griechenlands lassen keine einheitliche wirtschaft-

liche Entwicklung zu. So erklärt sich die Armut und Rückständigkeit mancher Gebiete nicht allein in der Beschränkung staatlicher Investitionen auf die ertragsfähigen großen Ebenen [67], sondern gerade aus extrem schlechten Lebensbedingungen in der Landwirtschaft wie auch der geringen Qualität der Anbautechnik und der Ausrichtung auf eine Selbstverbraucherwirtschaft, die nur den begrenzten Eigenbedarf der bäuerlichen Familie decken kann (dazu gehören auch Viehhaltung und Kohlenbrennerei). Auf den Inseln und in den Bergländern wird noch der altertümliche Holzpflug oder die Hacke verwendet, das Getreide auf kreisrunden gepflasterten Plätzen inmitten der Felder von Tieren gedroschen, Brunnenwasser durch die Kraft umlaufender Tiere oder sogar durch Menschenkraft an die Oberfläche gehoben und in Erdkanäle verteilt. [68]

Der Anteil des Sektors Landwirtschaft am Nettonationaleinkommen des Staates wäre noch weitaus niedriger, wenn nicht einige Bauern in den Bewässerungsgebieten und den fruchtbarsten Landstrichen ihre Betriebe auf Markt- und Exportproduktion (Früchte, Korinthen, Baumwolle, Tabak) umgestellt hätten.

6 Siedlungsgröße und das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung

Der am häufigsten vertretene Siedlungstyp ist das Haufendorf. In den Bergländern und deren Randgebieten besteht es aus unverputzten Steinhäusern (teilweise mit Holzanbauten und -verzierungen im aufgehenden Mauerwerk), auf den Inseln aus eng beieinanderliegenden oder aneinandergebauten weiß getünchten Steinhäusern und in den Tieflandsebenen vorwiegend aus niedrigen, verputzten und getünchten Häusern aus Lehmziegeln, Lehmfachwerk, auch Stein und seit jüngerer Zeit Beton. [69]

Eine Auflösung in weilerartige, ständig bewohnte Siedlungen erfolgte dort, wo die Reliefverhältnisse keine geschlossene

Bebauung zulassen, wo genügend Quellwasser vorhanden ist, aber auch in verkehrsabgeschnittenen Gegenden, in denen Quellen gänzlich fehlen, das Grundwasser in der Trockenzeit unerreichbar tief absinkt (statt dessen Verbrauch des Zisternenwassers) und anbaufähige Flächen sehr klein sind und weit verstreut liegen.

In den Statistiken ab 1961 wurden Ansammlungen von wenigstens zehn Häusern, privaten Haushalten oder Betrieben (Hotels, Sanatorien), in denen zumindest fünfzig Personen untergebracht werden konnten, als Ortschaften (besser Siedlungsstätten, ikismi) bezeichnet, als Stadt Ortschaften mit mehr als 10.000 Einwohnern (polis), als Kleinstadt (komopolis) solche mit 2.000 bis 9.999 Einwohnern und als Dorf (chorion) solche mit weniger als 2.000 Einwohnern. [70] Nach dieser Definition gab es 11.615 Ortschaften.

Werden die Siedlungen, deren Häuser weiter als 200 m voneinander entfernt liegen, als Streusiedlungen (diesparmeni ikismi) ausgeschieden und Gemeinden, in deren meistbevölkerter Siedlung (Kernsiedlung, polyplithesteros ikismos) mindestens 10.000 Personen leben, zusammen mit ihren Nachbargemeinden als städtische Großgemeinden (poleodomikon synkrotima) betrachtet, falls bei der bebauten Fläche von einem geschlossenen Siedlungsverband gesprochen werden kann (Grundbedingung: Abstand von Haus zu Haus beiderseits der Gemeindegrenzen weniger als 200 m), dann verringert sich die Zahl der Siedlungen auf 11.516. [71]

Zu den Streusiedlungen (mit 1961 237.600 Personen, 2,8 % der Gesamtbevölkerung [72]) sind zu rechnen die abseits der Dörfer liegenden zeitweise (zur Feldbestellung und Ernte) bewohnten Häuser, Hütten und Hofanlagen (Exochae), die auf manchen Inseln als einzige Siedlungsform neben großen geschlossenen Dörfern auftreten, dann Klöster, Klostergüter (metochia), Gutshöfe (früher Tschiftliks), Versuchsgüter, Mühlen, Speicher- und Industrieanlagen, längs der Verkehrswege Stationsgebäude, Gasthäuser,

Motels und Tankstellen, an den Badestränden Hotels und Ferienhäuser.

3/4 der 11.516 Ortschaften hatten weniger als 500 Einwohner. In diesen wurde nicht einmal 1/5 der Bevölkerung gezählt. Allein in den 16 % der Ortschaften mit weniger als 50 Einwohnern wurden nur 0,5 % der Gesamtbevölkerung registriert. Gering bevölkert war auch die große Gruppe der Orte mit 50 - 200 Einwohnern (33 % der Ortschaften), weitaus stärker die nächsthöhere Größenklasse mit 200 - 500 Einwohnern (26,8 % der Ortschaften und 12 % der Bevölkerung) (Abbildung 6). Über 1/4 der Bevölkerung von 1961 lebte in Dörfern mit 500 - 2.000 Einwohnern, von denen die größeren durch eine geschlossene, mehrstöckige Bebauung, die Pflasterung von Straßen und das Vorhandensein von Ladenstraßen oder Geschäfts- und Handwerkervierteln das Gepräge kleiner Städte besaßen.

Bei einer in den Sommermonaten abgehaltenen Zählung hätten sich für die Ortsgrößenklassen bis 1.000 Einwohnern andere Schwellenwerte ergeben. Die zur Zeit der Frühjahrszählung noch nicht wieder bezogenen Sommerorte erschienen nämlich 1961 in den untersten Größenklassen, dagegen die Orte in den Winterweidegebieten in höheren Größenklassen, die ihrem normalen Bevölkerungsstand und ihrer Bebauung nicht entsprachen. [73)]

Auf Orte mit 2.000 - 10.000 Einwohnern (2,6 % der Ortschaften) entfiel 1/8 (12,1 %), auf die wenigen Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern (54 Orte, 0,4 % aller Ortschaften) kamen 2/5 der Bevölkerung (42 %). Mehr als 1/4 der Bevölkerung hielt sich in den Großstädten Groß-Athen, Groß-Thessaloniki und Groß-Patras auf.

Statistisch wurde die Bevölkerung von Gemeinden mit Kernsiedlungen (meistbevölkerten Siedlungen) von weniger als 2.000 Einwohnern als ländlich (agrotikos plithysmos, 44 % der Gesamtbevölkerung), von Gemeinden mit Kernsiedlungen von 2.000 bis 9.999 Einwohnern als halbstädtisch (imiastikos plithysmos, 13 % der

Gesamtbevölkerung) und die Einwohnerschaft von Gemeinden mit Kernsiedlungen von 10.000 und mehr Einwohnern sowie von zwölf städtischen Großgemeinden - Athen, Thessaloniki, Patras, Iraklion, Volos, Chania, Kalamata, Katerini, Argrinion, Chios, Aigion und Ermupolis - als städtisch (astikos plithysmos, 43 % der Gesamtbevölkerung) bezeichnet. [74)]

Das quantitative Verhältnis von Dorf, Kleinstadt und Stadt (nicht Gemeinden) innerhalb einer Eparchie ist auf der Beilage 2 abzulesen. Mit Hilfe eines Häufigkeitsdiagramms für die Ortschaften mit 1.000 bis 3.000 Einwohnern (1961) konnte, abweichend von dem in den Statistiken verwendeten Wert 2.000, ein Schwellenwert bei 2.700 Einwohnern ermittelt werden. Der obere Schwellenwert für die Kleinstädte (10.000 Einwohner) wurde beibehalten. Auffallend ist der hohe Anteil städtischer Bevölkerung in den ostgriechischen Eparchien und die vorherrschend ländliche Wohnweise in dünn besiedelten (unter 35 E/km^2) Eparchien.

Die Bezeichnung der Gemeindebevölkerung als ländlich, halb(klein-)städtisch oder städtisch allein nach der Bevölkerungszahl kann dazu verleiten, als ländliche Bevölkerung die in der Landwirtschaft tätige und die von der Landwirtschaft abhängige Bevölkerung, als städtische die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung anzusehen. Aber eine solche Gleichsetzung ist keineswegs gerechtfertigt und möglich.

Wenn man die Anteile der in ländlichen, halbstädtischen und städtischen Gemeinden Lebenden mit denen der im Sektor Landwirtschaft Tätigen vergleicht, dann zeigt sich zwar ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Ortsgröße und Art der Erwerbstätigkeit - denn jede Veränderung in der Bevölkerungszahl zieht eine qualitative nach sich, d.h., die Ortsgrößengruppen unterscheiden sich in der Ausstattung mit lokalen und zentralen Einrichtungen, und mit der Größe nimmt die Differenzierung dieser Einrichtungen und

der Berufsgruppen zu -, eine Übereinstimmung (± 3 %) jedoch nur für zehn Nomen (20 % der Nomen). Bei 12 % der Nomen entsprach der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft dem der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern. In den Nomen Achaia, Pieria, Imathia, Pella und Komotini war ein Teil der sogenannten städtischen Bevölkerung, in weiteren dreizehn Nomen (26 % der Nomen) ein großer Teil der sogenannten halbstädtischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. [75] Das erweist also, daß die untere Grenze für die halbstädtische Bevölkerung bei 2.000 Einwohnern (die keinem mittels Häufigkeitsdiagramm bestimmten Schwellenwert für die Ortsgrößen von 1961 entspricht) zu niedrig liegt. Daraus ist auch zu ersehen, wie schwierig die Festlegung absoluter Grenzen ist.

Viel wichtiger als die zahlenmäßige Größe eines Ortes ist bei der Unterscheidung von Stadt und Dorf die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu bestimmten Wirtschaftsbereichen. Maull [76] definierte die Stadt als Ort mit mehr als 3.000 Einwohnern, der zugleich Zentrum des Lokalhandels und Sitz des Gewerbes ist und, das wäre hinzuzufügen, Sitz von Dienstleistungsbetrieben verschiedener Art ist. [77]

In den ländlichen Gemeinden waren 1961 85 % der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig, in den städtischen Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern noch über 20 %. [78] Dabei ist zu beachten, daß die Erwerbstätigenquote bei der ländlichen Bevölkerung fast um 20 % höher lag, als bei der städtischen Bevölkerung (63 % : 45 %) (Tabelle 15). Das ist erklärlich aus dem geringen Verdienst in der Landwirtschaft und den wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande außerhalb der Landwirtschaft - in Dienstleistungs- und Industrie- bzw. Handwerksbetrieben 1961 jeweils weniger als 4 % der ländlichen Erwerbspersonen - und der großen Zahl mithelfender Familienmitglieder, vor allem auch von Kindern, die keine weiterbildenden Schulen besuchen können.

Tab. 15: Erwerbstätigkeit in städtischen, klein(halb-)städtischen und ländlichen Gemeinden 1961

	Gesamtbevölkerung		Bevölkerung über 10 Jahre Erwerbstätige			
	in 1000	in %	in 1000	in 1000	in %	in %
Städt. Gemeinden	3.628,1	43,2	2.985,5	1.348,2	37,0	45,2
Athen	1.852,7	22,1		706,3	19,4	
übr.städt.Gem.	1.776,4	21,1		641,8	17,6	
kleinstädt.Gem.	1.085,9	13,0	863,8	465,1	12,8	53,8
ländl. Gem.	3.674,6	43,8	2.884,6	1.825,4	50,2	63,3
	8.388,6	100,0	6.733,9	3.638,6	100,0	54,0

Quellen: Stat.Jb. 1964, II,11, S. 47; VIII,1, S. 211; VIII,2, S. 213

Etwa gleich hoch wie in der Landwirtschaft waren in den städtischen Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern die Erwerbstätigenquoten in Industrie und Handwerk und in Dienstleistungsbetrieben (Abbildung 7 und Tabelle 16). In Athen und Thessaloniki fanden dagegen mehr als 97 % der Erwerbstätigen ihren Unterhalt in nichtlandwirtschaftlichen Berufen, v.a. in Industrie und Handwerk (28 % bzw. 31 %), Dienstleistungsbetrieben (27/20 %) und im Bankwesen (16/17 %). In den halbstädtischen Gemeinden waren mehr als 3/5 der Erwerbstätigen im Bereich Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei tätig (-23 % gegenüber ländlichen und +40 % gegenüber städtischen Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern) und je 10 % in den Bereichen Industrie-Handwerk und Dienstleistungen (+6 % gegenüber ländlichen Gemeinden und -10 bis -13 % gegenüber städtischen Gemeinden. Der Vergleich zeigt, wie eng die Verbindung der Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern mit der Landwirtschaft ist und daß der Landstadtcharakter selbst den Städten eigen ist, in denen die Industrie eine zunehmend größere Rolle spielt (Larisa). [79] In Patras, der drittgröß-

Tab. 16: Zugehörigkeit der Erwerbspersonen der ländlichen, klein-(halb-) städtischen und städtischen Gemeinden zu Wirtschaftsbereichen 1961

	ländl. Gem.		kleinst. Gem.		Gr.-Athen		Gr.-Thessal.		Gr.-Patras		übr.städt.Gem.	
	Erwerbstätige											
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Land-, Vieh-, Forstwirtsch., Fischerei	1.542,8	84,8	291,9	62,1	10,0	1,4	4,2	2,9	4,9	12,2	101,4	21,5
Abbau von Metallen, Steinen, Erden, Salz	11,7	0,6	3,9	0,8	3,1	0,4	0,3	0,2	0,0	0,0	2,2	0,5
Industrie, Handwerk	68,6	3,8	46,9	10,0	200,4	27,9	43,4	30,6	13,4	33,5	108,5	22,9
Öffentliche Arbeiten, Baugewerbe	34,4	1,9	18,6	3,9	60,1	8,3	14,1	10,0	2,8	7,0	36,6	7,8
Versorgungsdienste	1,3	0,07	2,2	0,5	10,2	1,4	1,8	1,3	0,7	1,7	5,0	1,6
Handel, Geldwesen	32,2	1,8	29,6	6,3	113,8	15,8	24,0	16,9	4,6	11,5	59,4	12,6
Transport-, Verkehrswesen	23,2	1,3	17,2	3,6	65,5	9,1	13,7	9,6	2,8	7,0	36,9	7,8
Dienstleistungen	70,9	3,9	44,5	9,5	195,5	27,2	28,9	20,4	7,9	19,9	95,3	20,1
Ohne Angaben	36,5	2,0	15,5	3,3	69,1	9,6	11,5	8,1	2,9	7,2	26,4	5,6
	1.821,5	100,0	470,4	100,0	717,6	100,0	141,9	100,0	40,1	100,0	471,8	100,0

Unterlage: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. XI

ten Stadt, waren 12 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, in Dienstleistungsbetrieben ein gleich hoher Prozentsatz wie in Thessaloniki (20 %), in Industrie und Handwerk ein höherer (33,5 %) als in Groß-Athen (28 %) und Groß-Thessaloniki (31 %). Dagegen blieb die Tätigkeit im Bereich Handel-Geldwesen (11,5 %) hinter der jener Großstädte zurück (16/17 %). In den übrigen Orten mit mehr als 10.000 Einwohnern entspricht die Verteilung der Erwerbstätigen auf alle Wirtschaftsbereiche außer Landwirtschaft und Industrie etwa der von Patras.

Patras, das aufgrund seiner Einwohnerzahl (durch Eingemeindungen 1961 auf 102.000 erhöht) in den Statistiken zusammen mit Athen und Thessaloniki aufgeführt wird, gehört also eher zu der mit 3,4 % der Bevölkerung (einschließlich Patras 286.000 Personen) auffallend gering vertretenen Gruppe der Mittelstädte (Volos, Larisa, Iraklion), zu der nach der Bedeutung der Wirtschaftsbereiche Industrie-Handwerk und Dienstleistungen auch die Ausfuhrhäfen Kalamata und Kavalla gerechnet werden können.

In Iraklion, Chania, Larisa und Ptolemais waren 1963 8 - 9 % der Gesamtbevölkerung in Industriebetrieben beschäftigt, in Kalamata, Volos und Thessaloniki 11 % und in Athen, Patras und Kavalla 12 - 13 %. [80] Unter den 21 Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern (7,4 % der Bevölkerung) hatten nur die Hafenstädte größere Industriebetriebe (außer den in vielen Städten vertretenen Lebensmittelindustrien vor allem Textil- und Bekleidungsindustrien, Herstellung von Transportmaterial) (Tabelle 17).

Die kleinen Landstädte, deren Einwohnerzahl von 8.000 bis 20.000 Einwohner reicht, sind Mittelpunkte des Lokalhandels und -verkehrs und Ausgangspunkt des Buslinienverkehrs nach Athen und Thessaloniki.

Tab. 17: Industriezweige mit den meisten Beschäftigten i.J. 1963 in den Industriebezirken Athen Thessaloniki, Patras, Volos, Iraklion, Chania, Kavala, Larisa, Kalamata u. Ptolemais.

Industrie-bezirk	Ges.bev. 1961 in 1000	Betrie-be in 1000	Besch. in 1000	%d. Ges. Bev.	Beschäftigte in 1000/Industriezweig (über 5 % der Beschäftigten)
Athen (57 Gemeinden)	1.852,7	734,3	225,9	12	Lebensmittel/Getränke 18,9; Textil 31,4; Schuhe/ Kleidung 32,8; Möbel 11,6; Druck 10,0; Chem.Ind. 9,7; Nichtmetalle ohne Kohle- od. Petrol.-Derivate 11,0; Fertigprodukte Metall 20,5; elektr.Maschinen u. Apparate 10,9; Transportmaterial 19,9
Thessaloniki (13 Gemeinden)	378,4	7,6	43,0	11	Lebensm./Getr. 5,3; Tabak 4,3; Textil 6,0; Schuhe Kleid. 6,7; Möbel 2,6; Fertigprod. 3,2; Masch. u. Apparate 2,3; Transportmaterial 2,8
Patras (7 Gemeinden)	102,2	1,8	12,4	12	Lebensm./Getr. 1,9; Textil 3,5; Schuhe/Kl. 1,3; Papier 1,1; Fertigprod. 0,6, Transportmat. 0,5
Volos (D.Volos und D. N.Ionia	67,4	1,4	7,7	11	Lebensm./Getr. 1,1; Tabak 1,4; Textil 0,7; Schuhe/ Kl. 0,7; Möbel 0,4; Nichtmet. 0,4; Fertigpr. 0,7; Maschinen 0,5; Transportmat. 0,4
Iraklion (D.I.; K. N.Alikarnassos)	70,0	1,3	6,1	8,6	Lebensm./Getr. 2,7; Textil 0,3; Schuhe/Kl. 0,8; Möbel 0,3; Nichtmet. 0,3; Transportmat. 0,3
Chania (D.Ch.; K.Suda)	44,0	1,0	3,8	8,6	Lebensm./Getr. 0,7; Schuhe/Kl. 0,6; Holz 0,2; Möbel 0,2; Fertigprod. 0,3; Transportmat. 0,9
Larisa	56,0	1,0	4,8	8,5	Lebensm./Getr. 0,9; Textil 0,6; Schuhe/Kl. 0,7; Holz 0,3; Nichtmet. 0,3; Fertigpr. 0,5; Maschinen 0,3; Transportmat. 0,8
Kavala	44,5	0,9	5,6	13	Lebensm./Getr.1,1; Tabak2,6; Schuhe/Kl. 0,5;
Kalamata (D.K.; K.Pharai)	40,3	0,8	4,3	11	Lebensm./Getr. 1,8; Tabak 0,6; Schuhe/Kl. 0,4; Möbel 0,2; Transportmat. 0,2
Ptolemais (6 Gemeinden)	17,0	0,3	1,4	8	Lebensm./Getr. 0,1; Schuhe 0,2; Holz 0,1; Petrol/ Kohle 0,1; Nichtmet. 0,1; Fertigpr. 0,1; Maschinen 0,2

Quelle: A.:11, Vol.I, Athen 1965, Teil B, Tab. 1-10, S. 80-90.

Fast die Hälfte aller Industriearbeiter war 1961 in Groß-Athen beschäftigt, das 28 % aller Industriebetriebe an sich gezogen hatte, in Athen und Thessaloniki zusammen mehr als die Hälfte (Tabelle 18).

Die hohen Beschäftigtenzahlen für Athen erklären sich daraus, daß sich im Athener Raum die meisten Großbetriebe angesiedelt haben, z.B. 95 % der chemischen und 80 % der metallerzeugenden Großbetriebe (1961). 1960 befanden sich 65 % aller Unternehmen im Großraum Athen einschließlich dem Industriegebiet von Eleusis. [80a] Die meisten Industriearbeiter waren 1961 in Kleinbetrieben (10 - 19 Arbeitnehmer) beschäftigt, die eher als Handwerksbetriebe oder Werkstätten und nicht als Industriebetriebe zu bezeichnen waren. Dazu gehörten 60 % der Unternehmen, die Kleinmetallwaren, Lebensmittel, Möbel und Textilien für den Inlandmarkt herstellten, d.h. Unternehmen, die sich aus den sogenannten Hausindustrien entwickelt hatten und in allen größeren Orten vertreten waren. Während in chemischen Industrien (Herstellung von Pharmazeutika, Kolophonium, chemischen Fasern, Streichhölzern, Dünger) und metallerzeugenden Industrien über 40 % der Betriebe mehr als 50 Arbeiter beschäftigten, waren es in den Lebensmittelindustrien (Haupterzeugnisse: Weizengrieß, Olivenkernöl, pasteurisierte Milch, Zucker, Fette [81]) nur 20 %.

In den nordgriechischen Tabakfabriken von Thessaloniki, Kavala, Drama, Xanthi und Komotini (bedeutende Betriebe auch in Volos und Piräus [82]) waren 1961 durchschnittlich je 95 Personen beschäftigt.

Athen bildet für Gesamtgriechenland einen Schwerpunkt in bevölkerungsmäßiger, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, dem nicht einmal Thessaloniki als Mittelpunkt Nord- und Nordostgriechenlands als Gegenpol entgegengestellt werden kann.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Stadt und Land ist für die Bevölkerungsentwicklung und -verteilung seit der Jahrhundertwende zur Kernfrage geworden.

Tab. 18: Industriebetriebe und ihre Angestelltenzahl 1963

Ausgewählte Industriezweige	Gesamtgriechenland: Zahl der Betriebe (1963)	Gesamtgriechenland: Zahl der Angest. /Jahr+) (1963)	Gesamtgriechenland: Wert in Mill.Dr. (1961)	Gesamtgriechenland: Produkt. Index 1959=100 1963	Gesamtgriechenland: Produkt. Index 1959=100 1965	Athen: Zahl der Betriebe (1963)	Athen: Zahl der Angest. /Jahr+) (1963)	Athen: Wert in Mill.Dr. (1961)
Lebensmittel-I.	22.544	76.443	1.231	118	120	2.139	18.935	597
Getränke-I.	2.049	8.556	399	120	162	203	2.331	193
Tabak-I.	270	16.959	901	117	132	40	5.412	271
Textil-I.	4.465	55.916	1.973	130	154	2.021	31.426	1.121
Möbel-I.	7.300	21.685	179	108	98	3.451	11.629	150
Druckereigewerbe	1.933	13.227	439	119	105	1.266	10.024	404
Chemische I.	889	12.584	992	146	168	446	9.670	711
Nichtmetall-I. (Kohle, Petroleum)	4.866	29.467	1.102	125	133	1.502	11.587	364
Rohmetall-I.	26	2.287	575	186	265	20	575	166
Metall- und Maschinen-I. aller Art	23.283	102.384	1.729	145	150	6.342	59.560	1.444
	122.332	471.600	10.497	133	158	34.502	228.481	6.186

Quelle: Zahl der Angestellten und Fabriken: Stat.Jb. 1964, XI,10, S. 284/5.
Wert in Mill. Drachmen = Reingewinn, d.h. nach Abzug der Unkosten vom Bruttoproduktionswert (Prostithemeni Axia = Value added): Stat.Jb. 1964, XI,5 S. 274/75; Produktionsindex 1963 und 1965: Stat.Jb. 1964, Diagramm S. 283 und XI,1, S. 268/69

+) Durchschnittliche jährliche Beschäftigungszahl

Groß-Athen und Groß-Thessaloniki und die Industrie-, Handels- und Hafenstädte haben in den letzten Jahrzehnten immer mehr Zuwanderer aufgenommen. Die Abwandung erfolgte vorübergehend oder für immer aus ländlichen Selbstversorgungsgebieten, deren Bevölkerung infolgedessen nicht mehr anwuchs oder bereits abgenommen hatte und aus Kleinstädten, die abseits der Hauptverkehrslinien und Hauptanbaugebiete lagen.

Die Bevölkerungszahl Griechenlands wuchs, abgesehen von den mit Gebietserweiterungen (s. folgende Seiten) zusammenhängenden sprunghaften Anstiegen und den Einschnitten während der Kriege, bis 1925 langsam und stetig, danach sehr viel schneller, bis 1960 die Auswanderungsziffer die tatsächliche Zuwachsrate erreichte (Abbildung 8).

Nach dem charakteristischen Verhältnis von Geburten- zu Sterbeziffern und von natürlichem zu tatsächlichem Zuwachs ließ sich die Bevölkerungsentwicklungskurve in sechs Teilabschnitten gliedern (1. bis 1897, 2. 1897-1925, 3. 1925-1935, 4. 1935-1941, 5. 1941-1959, 6. ab 1959), auf die in den Abschnitten III und IV hingewiesen wird (Abbildung 9).

A B S C H N I T T II

Die Verbreitungsgebiete von Griechen und anderen Volkszugehörigen im 19. und 20. Jahrhundert.

Zeitweise hingen Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen eng zusammen mit Änderungen in der Verteilung der ethnischen Gruppen. Vor allem seit der Aufgliederung des türkischen Großreiches im 19. und 20. Jahrhundert und den Kriegen ab 1912 haben große Bevölkerungsverschiebungen auf der Balkanhalbinsel, in Griechenland und in Kleinasien stattgefunden. [83)]

Türken, Slawen, Albaner, Aromunen und Griechen christlichen oder mohammedanischen Bekenntnisses und Juden bewohnten miteinander Städte und Dörfer. Sie unterschieden sich in ihrer beruflich-sozialen Stellung und, wo sie geschlossene Volksgruppen bildeten, in ihren Siedlungsweisen und Wirtschaftsformen.

Zu dem 1832 auf die Peloponnes, die Kykladen, Mittelgriechenland mit Euböa und den Magnesischen Inseln festgelegten Staatsgebiet waren 1864 der frühere venezianische Siebeninselstaat, 1881 Südepirus und Thessalien, 1908/12 bis 1922 Kreta, das übrige Epirus, Makedonien, Thrakien und die Kleinasiatischen Inseln und 1947 der Dodekanes mit Rhodos hinzugekommen (Abbildung 10 und Tabelle 19).

Auf der mittleren und der südlichen griechischen Halbinsel setzte die Gräzisierung (Bildung eines griechisch-sprechenden Staatsvolkes durch Zurückdrängung der türkisch-mohammedanischen Bevölkerung) während der griechischen Freiheitskriege ein, auf der nordöstlichen griechischen Halbinsel, im Nordostgriechischen Raum, auf Kreta und den Inseln vor der Küste von Westkleinasien (Zurückdrängung der türkisch-mohammedanischen, slawischen und jüdischen Bevölkerung) in den Balkankriegen und, verbunden mit Umsiedlungsmaßnahmen großen Ausmaßes, nach dem ersten Weltkrieg und auf der nordwestlichen griechischen Halbinsel (Vertreibung der albanisch-mohammedanischen Bevölkerung) in und nach dem zweiten Weltkrieg.

Tab. 19: Erweiterungen des Staatsgebietes und Zunahme der Bevölkerung, 1821 - 1961

Volks-zählg. Jahr	E-Zahl	prozentuale Zunahme	Gr.d. Staats-geb. km²	Bevölk.dichte E/km²	Erweiterungen des Staatsgebietes	Athen, E.-Zahl	Stadt Gd. Gem. Bev.	Piräus E-Zahl	Groß-Piräus	Groß-Athen E.-Zahl	Gd.Ges.
1821	938.765		47.516	19,76 +)							
1826											
1828	753.400	-19,75		15,86 +)	Peloponnes						
1830					+Kykladen,Mittelgrid.Acheloos-Lamia,Euböa,N-Sporaden						
1832					+Mittelgrid.Golf v.Ambrakia-Golf v. Volos						
1838	752.077	- 0,18	47.516	15,83							
1839	823.773	+ 9,53		17,34							
1840	850.246	+ 3,21		17,89							
1845	960.236	3,22		20,21							
1853	1.035.527	4,95		21,79		30.590	2,95	5.434		36.594	3,5
12.3.-10.5. 1861	1.096.810	3,22		23,08		41.298	3,8	6.452		49.823	4,5
1864			50.211		+Ion.Inseln m. Kythera 2.695						
2.-17.5. 1870	1.457.894	32,9		29,04		44.510	3,1	10.963		59.154	4,1
15.-21.4. 1879	1.679.470	15,2		33,45		65.499	3,9	21.618		90.295	5,4
1881			63.606		+Thessalien,Arta 13.395						
16.4. 1889	2.187.208	30,2		34,39		110.262	5,0	34.327		148.924	6,8
6.10./ 1896	2.433.806	11,3		38,26		123.001	5,1	50.200		179.755	7,4
1897			63.211		-Teil v. Thessalien - 395						
27.10. 1907	2.631.952	8,1		41,64		163.360	6,4		71.505	250.010	9,5
1913			120.881		+Makedonien,Epirus, Kreta,Ägäi.Inseln 57.670						
1919			129.281		+W-Thrakien 8.400						
19.12. 1920	5.531.474	110,2	150.176	36,83	+O-Thrakien,Imbros, Tenedos 20.895 (W-Kleinasien)						
	5.021.790			38,8	ohne O-Thrakien, Imbros,Tenedos	292.991	5,3		133.482	453.042	9,0
1923			129.281		-O-Trakien, Imbros, Tenedos -20.895 (-W-Kleinasien)						
16.5. 1928	6.204.684	12,2		47,99		395.192	6,3	192.877	251.328	802.000	12,9
16.10. 1940	7.344.860	18,4		56,81		(481.225	6,6) ++	186.542	301.236	1124.109	15,3
1947			131.944		+Dodekanes 2.663						
1949	7.482.748			56,72							
7.4. 1951	7.632.801	3,9		57,85		565.084	7,4	186.014	315.492	1378.586	18,1
19.3.-1961	8.388.553	9,9		53,58		627.564	7,4	183.877	342.919	1852.709	22,0
1966	8.613.651			65,3							

Quelle: Stat.Jb. 1967 mit neuen Vermessungen ab 1929; Stat.Jb. 1955; Rés.Rec.Pop. 1951, Vol.I, S. LXVI; Rés.Rec.Pop. 1920, Vol.I, S. LXXIV-LXXV.

1966: Midyear estimation Stat.Jb. 1967

+) auf Erhebungen von 1828 beruhende Schätzungen; Berechnungen für das Staatsgebiet von 1832

++) mit Galatsi
Angaben für Groß-Piräus ohne Perama, mit Nikaia, Keratsini, Drapetsona.

So sind die heutige Verbreitung der ethnischen Gruppen und der geringe nichtgriechische (Tabelle 20) und nicht-griechisch-orthodoxe (Tabelle 21) Bevölkerungsanteil in Griechenland das Ergebnis einer recht jungen Entwicklung.

Tab. 20: Sprachliche Zugehörigkeit 1928, 1940 und 1951

	1928		1940		1951	
Muttersprache	in 1000	o/oo	in 1000	o/oo	in 1000	o/oo
Ges.-Einwohnerzahl	6.204,7	1000,0	7.460,2	1000,0	7.632,8	1000,0
Griechisch	5.759,5	928,2	6.902,3	925,2	7.297,9	956,1
Fremde Sprachen	445,2	71,8	557,9	74,8	334,9	43,9
Türkisch (orth./mus.)	191,3	30,8	229,1	30,7	179,9	23,6
Albanisch (orth.)+	18,8	3,0	49,6	6,7	22,7	3,0
Vlachisch (orth.)	19,7	3,2	54,0	7,2	39,9	5,2
Rumänisch (kath./orth.)			2,9	0,4	2,1	0,3
Slawisch (makedonisch) (orth.)	82,0	13,2	86,1	11,6	41,0	5,4
Pomakisch (bulgarisch) (mus.)	16,8	2,7	18,1	2,4	18,7	2,5
Armenisch (orth.)	33,6	5,4	26,8	3,6	9,0	1,2
Russisch (orth.)	3,3	0,5	8,1	1,1	3,8	0,5
Spanisch (isr.)	63,2	10,2	53,1	7,1	1,3	0,2
Hebräisch (isr.)			0,0	0,0	0,9	0,1
Zigeunerisch (orth./mus.)	5,0	0,8	8,1	1,1	7,4	1,0

+) 1928 zu 99 % muselmanisch, 1951 zu 98 % orthodox

Quellen: für 1928: Stat.Jb. 1936, I,11, S. 71; für 1940 und 1951: Rés.Rec.Pop. 1951, Vol. I X,3, S.CX u. X,6, S.CXV, CXVI

Tab. 21: Religionszugehörigkeit 1928, 1940, 1951, 1961

Religion	1928		1940		1951		1961
	in 1000	o/oo	in 1000	o/oo	in 1000	o/oo	in 1000
Orthodoxe	5.961,5	960,8	7.197,6	964,8	7.472,6	979,0	8.118,0
Katholiken	35,2	5,7	30,6	4,1	28,4	3,7	35,0
Protestanten	9,0	1,5	6,4	0,9	7,0	0,9	15,0
Monophysiten			16,4	2,2	1,2	0,2	9,5
Übrige Christen			0,5	0,1	4,4	0,6	
Mohammedaner	126,0	20,3	141,1	18,9	112,7	14,8	108,0
Israeliten	72,8	11,7	67,7	9,1	6,3	0,8	5,8
Übrige Nichtchristen							8,0
Personen mit Religion	6.204,7	1000	7.460,2	1000	7.632,8	1000	

Quellen: Stat.Jb. 1936, S. 71 (1928); Rés.Rec.Pop. 1951, Vol. I,X,1,S.CVII (1928, 1940 mit Dodekanes, 1951); Statesman's Yb.1966 (1961)

1 Verbreitung der Griechen auf der griechischen Halbinsel und im Osmanischen Reich vor 1912

1.1 Gräzisierung von Altgriechenland

Über 40.000 Türken - als solche wurden auch Griechen und andere Volkszugehörige mohammedanischen Glaubens bezeichnet - die vor 1821 in der Peloponnes gelebt hatten (fast 10 % der Gesamtbevölkerung), waren während der Freiheitskriege umgekommen oder geflohen oder später ausgewiesen worden. In Mittelgriechenland hatte sich die Zahl der Türken von 1821 bis 1832 um mehr als die Hälfte verringert, und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung war von 8,4 % auf etwa 5 % gesunken (Tabelle 22). Vlachen, die als

Viehzüchter das ätolisch-akarnanische Bergland und den südlichen Pindos durchzogen, und Albaner, die einen großen Teil der bäuerlichen Bevölkerung des östlichen Mittelgriechenland und der nördlichen Peloponnes ausmachten und als Schiffer und Fischer auf einigen Inseln ansässig waren, hatten sich in den Freiheitskämpfen auf die Seite der Aufständischen gestellt und fühlten sich deshalb und wegen ihres griechisch-orthodoxen Bekenntnisses zu Griechenland gehörig oder gar als Griechen.

Tab. 22: Auswirkungen der Freiheitskriege von 1821-1830 auf die Bevölkerungszahlen und die Konfessionszugehörigkeit in der Peloponnes, in Mittelgriechenland und auf den Inseln

Region	1821			1828			1832	1839
	Bevölkerung in 1000							
	Christ.	Moh.	zus.	Christ.	Moh.	zus.	Moh.	zus.
Peloponnes	458,0	42,7	500,7	400,0	-	400,0	- 336,4	444,7
Mittelgriechenland	247,8	20,9	268,7	172,8	11,4	183,2	9,4	268,9
Inseln	169,3	-	169,3	169,1	-	169,1	- 192,5	110,1
Zusammen	875,1	63,6	938,8	741,9	11,4	753,4		823,8
	(20 E/km^2)			(16 E/km^2)				(17E/km^2)

Christ. = Christen; Moh. = Mohammedaner (Türken)

Quellen: Struck 1912, S. 72 (1821, 1828, 1832); Stat.Jb. 1936, S. 417 (1839)

1907 verzeichneten die amtlichen Statistiken für das 1832 geschaffene und 1881 um das zum Teil türkisch-mohammedanisch besiedelte Thessalien erweiterte griechische Königreich 51.000 albanisch- und über 10.000 vlachischsprechende Personen (zusammen 2,3 % der Gesamtbevölkerung) (Tabelle 23), die der griechisch-orthodoxen Kirche unterstanden. 20.000 Inselgriechen aus dem ehemaligen venezianischen Herrschaftsbereich bekannten sich zur römisch-katholischen Kirche (Tabelle 24).

Tab. 23: Sprachliche Zugehörigkeit im Griechischen Königreich 1907

Sprache	Zahl d. Pers.	‰	Verbreitungsgebiet
Griechisch	2.553.600	970,2	
Albanisch	50.975	19,4	Nomen: Attika 18.387, Böotien 17.262, Euböa 5.756, Argolis 3.549, Korinthia 2.891, Triphylia 1.689
Tzakonisch	823	0,3	Demen Limnaion und Vrasion in der Kynuria
Kutsovlachisch	10.401	4,0	Nomen: Trikkala 2.684, Larisa 2.005, Magnesia 1.299, Karditsa 170, Arta 886, Aitolia-Akarnania 3.226
Andere Sprachen	16.235	6,1	Italienisch 6.752 v.a. in den Nomen Kerkyra (2.462), Achaia (1.800), Attika (1.751)
	2.631.952	1000,0	

Quellen: Struck 1912, S. 81; Rés.Rec.Pop. 1907, Athen 1909, T. 1, Kap. 2,9

Tab. 24: Konfessionszugehörigkeit im Griechischen Königreich 1907

Konfession	Zahl der Personen	Verbreitungsgebiet
Griechisch-Orthodoxe	2.597.011	
Römisch-Katholische	23.261	Kykladen, Korfu, Athen, Achaia
Protestanten	1.909	
Mohammedaner	3.516	Thessalien, Piräus
Juden	6.127	Korfu, Arta, Thessalien, Euböa
Dissidenten	128	
	2.631.952	

Quellen: Struck, Landeskunde 1912, S. 81; Rés.Rec.Pop. 1907, Athen 1909, T. 1

In den amtlichen Statistiken werden mit der sprachlichen Zugehörigkeit lediglich der Stand der Hellenisierung und die ungefähre Verbreitung angegeben, für die Volkszugehörigkeit aber viel zu niedrige Zahlen. [84] Zum Beispiel wurde 1868 die Zahl der Albaner auf 250.000 geschätzt, 1896 auf 225.000. [85] Dagegen sind in der Amtlichen Statistik des Griechischen Königreiches für 1907 nur 51.000 Albanischsprechende angegeben (Tabelle 23), für 1951 innerhalb desselben Gebietes 7.100 Personen mit albanischer Muttersprache. [86] Ebenso verhält es sich bei der Schätzung der Zahl der Türken bzw. Mohammedaner und der Aromunen.

Die vom 12. bis zum 15. Jahrhundert von den westlichen Ausläufern des nördlichen Pindos nach Süden bis zum Golf von Patras vorgestoßenen und vom 15. Jahrhundert an von Venezianern und Türken im Osten Mittelgriechenlands angesiedelten Albaner [87] hatten sich in Athen im Lysikratesviertel neben der türkischen Altstadt ausgebreitet, außerdem in Ostböotien, Lokris, Südeuböa, Nordandros, in der Korinthia, Megaris, Argolis, östlichen Achaia, in Nordarkadien, an den Abhängen des Taygetos bis zum Helos, in der Umgebung von Monemvasia und in Attika (als Ackerbauern). Als Seefahrer bewohnten sie die Inseln Salamis-Angistri, Spetsai und Hydra. Albanische Sprachinseln erhielten sich bis in das 20. Jahrhundert. [88]

In Thessalien hatten sich türkische Großgrundbesitzer in allen größeren Orten niedergelassen, so in Trikkala, dem ehemaligen Regierungssitz des türkischen Paschas und Larisa, dem Regierungssitz im 19. Jahrhundert, in Karditsa, in den Landstädtchen Pharsala, Velestinon und Almyros und in Volos, dem befestigten Grenzort gegen den freien griechischen Pelion. [89] In Trikkala und Pharsala haben sich aus der Türkenzeit einige Häuser und die Moscheen erhalten. In Larisa, das mehrfach durch Erdbeben zerstört wurde, finden sich keine Spuren mehr. Volos wurde von Griechen an anderer Stelle neu erbaut.

In der Umgebung von Larisa lagen zahlreiche türkische Bauerndörfer, weitere in den Beckenkammern der östlichen thessalischen Ebene am Fluß der Ossa, im Tempetal, im Becken von Tirnavos, auf der mittelthessalischen Hügelschwelle und im südöstlichen Teil der westlichen thessalischen Ebene um Pharsala. Deren übrige Teile, die sich wegen hoher Feuchtigkeit und Versumpfung schlecht für den Ackerbau eigneten, wurden von Viehwirtschaft treibenden Griechen und Vlachen genutzt. Türkische Dörfer gab es außerdem in der westlichen Othrys und in der Ebene von Almyros. Das Vorland des Olymp, war abgesehen von einigen aromunischen Orten und einer geringen türkischen Bevölkerung in und um Elasson, griechisch geblieben. [90]

Aus der Ebene von Tirnavos und aus Almyros begann die Abwanderung der türkischen Grundherren und Bauern 1880, als Thessalien an Griechenland überging. Der Besitz der nach dem griechisch-türkischen Krieg von 1897 aus Larisa in die Türkei abgewanderten Grundherren wurde vor den Balkankriegen von reichen griechischen oder jüdischen Kaufleuten erworben oder später im Zuge der Agrarreformen enteignet. Die letzten Türken verließen Thessalien nach 1923. Die verlassenen türkischen Häuser übernahmen Aromunen, deren Winterquartiere Velestinon, Karditsa, Trikkala, Larisa und Elasson waren. [91]

Seit der planmäßigen Ansiedlung griechischer Flüchtlinge in neuen Dörfern in der Ebene von Almyros (1906) und in den anderen thessalischen Ebenen (nach den Balkankriegen) [92] sind die thessalischen Ebenen wie es die östlichen Bergländer auch während der türkischen Herrschaft waren - zu einem rein griechischen Siedlungsgebiet geworden, die aromunische Bevölkerung ging nach ihrer Seßhaftwerdung in der griechischen auf.

1.2 Griechische Siedlungsgebiete im Osmanischen Reich um 1900

Griechisches Sprach- und orthodoxes Religionsgebiet erstreckte sich über die 1881 und 1897 festgelegten Grenzen hinaus.

Tab. 25: Verbreitung der Griechen um das Ägäische Meer 1907

Königreich Griechenland		2.631.952	2.600.000
Makedonien	650.000		
Epirus	306.000		
Thrakien	421.000		
Konstantinopel	300.000		
Kreta	308.000		
Ägäische Inseln	469.000		
Europäische Türkei		2.464.000	1.800.000
Asiatische Türkei		1.684.000	1.000.000
Cypern		235.000	200.000
Griechen im Ägäisraum		7.014.900+)	5.600.000
Kolonien (Amerika, Ägypten, Südrußland, Kaukasien)			250.000
			5.850.000++)

Quelle: +) Pallis 1925, zit. in: Pentzopoulos 1962, S. 27
++) Struck, Landeskunde 1912, S. 81

In der Umgebung der türkischen Grenzstadt Servia am mittleren Aliakmon, der Garnisonstadt Grevena und der griechischen Stadt Kozani wohnten bis 1912 neben Griechen nur wenige Türken.[93] Ganz SW-Makedonien einschließlich eines Teiles des oberen Aliakmontales war von Griechen besiedelt wie auch Teile von Mittelmakedonien (Pierische Ebene, die südliche Kampania von Thessaloniki, die größten Teile der Chalkidike (Westrand, die Halbinseln Kassandra und Longos) und die Küsten und küstennahen Gebiete Ost-Makedoniens (Angistariegel, Westteil des Tales von Mustheni, Orfaniküste, die Insel Thasos).[94]

Die wichtigsten Griechenstädte in Makedonien waren bis 1913 Kastoria, Kozani (ab 1668 griechisches Gymnasium) und Serres.

Die nationalen Bewegungen am Ende des 19. Jahrhunderts drängten den starken griechischen Einfluß in den Städten Westmakedoniens, besonders im Vilayet Monastir gegenüber dem slawischen zurück. [95]

W-Thrakien war überwiegend türkisch und bulgarisch besiedelt, O-Thrakien zum großen Teil griechisch, und zwar bewohnten Griechen die küstennahen Bereiche des Ägäischen und des Schwarzen Meeres, die Insel Samothrake, das Evros(Maritza-)Tal von der Mündung bis Adrianopel und die westthrakischen Städte Adrianopel, Suphli, Didymotichon, Alexandrupolis, Komotini und Xanthi (Tabelle 26). Kavalla war zur Hälfte türkisch und zur Hälfte griechisch. [96]

Tab. 26: Nationalitätenverteilung im europäischen Teil des Osmanischen Reiches 1910/1912

Sandschak	Türken	Griechen	Bulgaren	Sonstige	Zusammen
Adrianopel	128.000	113.500	31.500	14.700	287.700
Kirk-Kilisse	53.000	77.000	28.500	1.150	159.650
Rodosto	63.500	56.000	3.000	21.800	144.300
Gallipoli	31.500	70.500	2.000	3.200	107.200
Dedeagatch	45.000	29.000	17.000	650	91.650
Gumuldjina	185.000	22.000	25.500	2.200	234.700
Chataldja	18.000	48.500	-	2.340	68.840
Constantinopel	450.000	260.000	6.000	130.000	846.000
zus. (a)	974.000	676.500	113.500	176.040	1.940.040
Adrianopel	127.400	123.300	32.800	15.000	298.500
Kirk-Kilisse	55.000	86.500	28.700	1.200	171.400
Rodosto	64.700	65.500	3.400	22.000	155.600
Gallipoli	32.600	90.400	2.600	3.400	129.000
Dedeagatch	47.400	38.800	16.700	800	103.700
Gumuldjina	185.000	31.700	25.600	2.300	244.600
Chataldja	16.100	54.700	-	3.200	74.000
Constantinopel	308.700	235.200	4.300	292.800	841.000
zus. (b)	836.900	726.100	114.100	340.700	2.017.800

Quellen: (a) Offizielle türkische Statistik 1910
(b) Griechische Patriarchatsstatistik 1912
(abgedruckt in: Pentzopoulos 1962, S. 31, Tab. 4; S. 32, Tab. 5)

Vilayet	Muselman	Griech	Bulgaren	Zusammen
Adrianopel				1.028.200
Chataldja				60.000
Konstantinopel				1.203.000
Saloniki	482.400	287.100	223.500	1.130.800
Monastir	272.100	289.800	176.500	848.900
Kossovo				1.038.100
Skutari				294.100
Ioannina				527.100
Europäische Türkei	(a)	(a)	(a)	6.130.200 (b)

1) Albaner, Pomaken, Zigeuner, Türken

Quellen: (a) Für 1905: Mavrogordatos 1931, S. 10
(b) Statesman's Yearbook 1912

In Kleinasien saßen Griechen nicht nur in der Nähe der Mittelmeerküste, sondern auch in den Städten im Inneren, an der Schwarzmeerküste bis zum Kaukasus, hatten aber selten Gebiete geschlossen besiedelt.

Die griechische Patriarchatsstatistik von 1912 und die amtliche türkische Statistik von 1910 gaben für die asiatische Türkei etwa 1,78 Mill. Griechen an, das waren 18 % der Gesamtbevölkerung (Tabelle 27).

Von den 941.000 Einwohnern der Stadt Smyrna, dem wichtigsten Hafenplatz an der kleinasiatischen Küste (internationalisierter Hafen), waren 550.000 Griechen und 299.000 Türken (1913). [97)]

Die griechische Sprache war verbreitet in allen größeren Ortschaften zwischen der Donau und dem Ägäischen Meer, auch wenn andere Bevölkerungsteile zahlenmäßig überwogen, und zwar besonders dank dem Einfluß der orthodoxen Kirche und ihrer Bildungseinrichtungen (Bildungszentren Phanar (= Sitz des Patriarchen), Athos, Smyrna, Chios, Ioannina, Dimitsana und zahlreiche Bergklöster auf der Griechischen Halbinsel) und der Verwendung des

Tab. 27: Nationalitätenverteilung im asiatischen Teil des Osmanischen Reiches 1910/12

Provinz	Türken	Griechen	Armenier	Juden	Sonstige	Zusammen
Constantinopel (Asiat.)	135.681	70.906	30.465	5.120	16.812	258.984
Ismid	184.960	78.564	50.935	2.180	1.435	318.074
Aidin (Smyrna)	974.225	629.002	17.247	24.361	58.076	1.702.911
Brussa	1.346.387	274.530	87.932	2.788	6.125	1.717.762
Konia	1.143.335	85.320	9.426	720	15.356	1.254.157
Angora	991.666	54.280	101.388	901	12.329	1.160.564
Trebizond	1.047.889	351.104	45.094	-	-	1.444.087
Sivas	933.572	98.270	165.741	-	-	1.197.583
Castamouni	1.086.420	18.160	3.061	-	1.980	1.109.621
Adana	212.454	88.010	81.250	-	107.240	488.954
Bigha (Dardanelles)	136.000	29.000	2.000	3.300	98	170.398
zus. (a)	8.192.589	1.777.146	594.539	39.370	219.451	10.823.095
Constantinopel (Asiat.)	124.281	74.457	35.360	5.965	18.497	258.560
Ismid	116.949	73.134	48.635	2.500	1.115	242.333
Aidin (Smyrna)	940.843	622.810	16.419	21.781	57.676	1.659.529
Brussa	1.192.749	278.421	89.966	2.854	6.134	1.570.124
Konia	988.723	87.021	9.729	605	15.471	1.101.549
Angora	668.400	45.873	98.798	478	8.749	822.298
Trebizond	957.866	353.533	50.624	-	-	1.362.023
Sivas	839.514	99.376	170.635	-	2.087	1.109.525
Castamouni	938.435	24.919	3.205	-	1.980	968.646
Adana	142.000	90.208	83.000	-	108.292	423.500
Bigha (Dardanelles)	138.902	32.830	2.336	3.340	81	177.489
zus. (b)	7.048.662	1.782.582	608.707	37.523	218.102	9.695.506

Quellen: (a) Offizielle türkische Statistik 1910
(b) Griechische Patriarchatsstatistik 1912
(abgedruckt in: Pentzopoulos 1962, S. 29 Tab. 2; S. 30 Tab. 3)

Griechischen als Handels- und Verkehrssprache und als Sprache der Gebildeten. Griechen und Aromunen waren die führenden Kaufleute auf den großen Märkten auf der Balkanhalbinsel.

Die selb- ständige Stellung der orthodoxen Kirche trug wesentlich zur Erhaltung des Griechentums in Südosteuropa und in Kleinasien bei. Der Patriarch, der unter der türkischen Herrschaft mehr Rechte als in byzantinischer Zeit besaß, hatte als religiöses und politisches Oberhaupt der orthodoxen Untertanen des Osmanischen Reiches den Rang eines Paschas. Wie der Patriarch konnte auch der Metropolit in seinen Gemeinden - und das ist für den Zusammenhalt des Volkes am wichtigsten gewesen - Recht sprechen (Zivilrecht) neben dem türkischen Kadi und Steuern einnehmen. Die Kirche, die bei der Pforte durch einen Außenminister vertreten war, bildete fast einen eigenen Staat.

Nach 1832 wurden ihre Privilegien vom griechischen Staat radikal eingeengt. Die Nationalkirche war fortan vom Patriarchat in Konstantinopel gelöst und an staatliche Gesetze gebunden sowie der Zivilgerichtsbarkeit unterstellt. Gleichzeitig wurde die Zahl der Bischofssitze und Klöster verringert. [98)]

2 Gräzisierung von Epirus
Griechisch-albanische Bevölkerung in Epirus bis 1944

Epirus nordwestlich des Arta-Flusses, das wie Makedonien und Thrakien Griechenland nach den Balkankriegen zugesprochen wurde, war wie diese nur zum Teil griechisch besiedelt. Ein griechisch-albanisches und orthodox-mohammedanisches Mischgebiet (Südalbaner = Tosken mit griechisch-orthodoxer oder mohammedanischer Religion) umfaßte das Küstenland zwischen Thyamis und Acheron und das Einzugsgebiet des letzteren sowie das von Griechen für griechisch erklärte Suli [99)] (die Sulioten sind wahrscheinlich

christliche Albaner). Nach Norden reichte ein Zipfel über Dodona hinaus fast bis an den Rand des Beckens von Ioannina und ein zweiter zog sich nahe der Küste bis über die heutige Staatsgrenze hinweg nach Nordwesten. Rein griechische Sprachinseln waren in diesem Gebiet Parga (z.T. Mohammedaner) und ein Teil des Hüggellandes am Thyamis südlich Philiatai (Kastrion-Parapotamos); [100] albanisch gesprochen wurde im Becken von Margariti. [101]

Zusammenhängend von griechischer Bevölkerung christlich-orthodoxen Glaubens besiedelt waren die vom mittleren und oberen Thyamis durchbrochenen Kettengebirge, das Bergland nordöstlich bis zu den Hochgebirgen Grammos und Smolikas - nicht aber Konitsa, das außerhalb des Städtchens ein heute verfallenes Moscheenviertel besaß - das Becken von Ioannina außer der Stadt und die Täler des Luros, Arachthos und Acheloos. Um die griechische Nordgrenze in Epirus entbrannten heftige Kämpfe in beiden Balkan- und beiden Weltkriegen und im Bandenkrieg nach 1945, denn auch nördlich der albanischen Sprach- und mohammedanischen Religionsgrenze lagen zahlreiche christliche Ortschaften.

Tab. 28: Christliche und mohammedanische Ortschaften in Albanisch-Epirus 1917

Bezirke	1000 E	E/km^2	1000 Christ.	1000 Mohamm.	Zahl der Ortschaften christlich	moh.	gemischt
Argyrokastro	38,98	45	24,03	14,95	61	4	6
Delvina	24,45	26	16,79	7,66	44	15	2
Premet	23,88	22	14,09	9,79	48	43	14
Valona	43,26	28	13,04	30,13	22	60	10
Chimarra	18,41	29	8,37	10,04	8	14	-

Quelle: Kirsten in Philippson, Landsch. II,1 S. 278, Anm. 108a und 114 (zitiert aus Almagia 1918)

Zur Südgrenze des nach den Balkankriegen aus dem Vilayet Skutari, dem Westteil des Vilayets Monastir und dem Nordteil des Vilayets Ioannina gebildeten Albanien wurden der Küstenstreifen gegenüber Korfu, das Gebiet nördlich des Einzugsbereiches des Thyamis, das Flußgebiet des Aoos (ohne sein Quellgebiet und das Becken von Konitsa), das Grammosgebirge und die Gebirge am Prespasee. [102)]

Am Ende des zweiten Weltkrieges waren viele Ortschaften in Epirus zerstört und deren Einwohner, auf griechischer Seite Mohammedaner albanischen Volkstums, auf albanischer Seite orthodoxe Christen griechischen Volkstums, vertrieben worden. Im Becken von Margariti und dessen Umgebung zeugen Dorfruinen noch heute von den Kämpfen. Moscheen sind als Gebetshäuser weder in Griechisch-Epirus noch in dem kommunistischen Albanien zu finden. So fallen hier die Volks-, Religions- und Staatsgrenzen erst in jüngster Zeit zusammen (Tabelle 29).

Tab. 29: Sprachliche Zugehörigkeit in Epirus 1951

Muttersprache	1000 E	Siedlungsweise: E/Ort		
		>10.000	2-10.000	<2000
Türkisch	2,4	0,2	0,1	2,1
Vlachisch	11,2	1,5	2,6	7,2
Albanisch	7,4	0,2	0,2	6,9
Nichtgriech.	21,5	2,2	2,9	16,4

Quelle: Rés.Rec.Pop. 1951, Athen 1958, Vol.II, Tab. 7a, S. 200 - 202

3 Verbreitung und Gräzisierung der Aromunen

Das nördlich an das frühere albanisch-griechische Mischgebiet anschließende albanisch-mohammedanische Siedlungsgebiet wurde durchsetzt von kleineren und größeren Inseln aromunischer Ortschaften. Das Hauptsiedlungs- und südlichste Verbreitungsgebiet der um die Jahrhundertwende schon stark gräzisierten Aromunen oder Vlachen [103] war und ist das Hochgebirge des Pindos zwischen Grammos und Smolikas im Norden und dem mittleren Aspropotamos (Acheloos) im Süden.

Früher waren auch die Gebirge nördlich davon viel dichter von den als Viehzüchter über die ostbalkanischen Gebirge nach Westen und Südwesten in die Griechische Halbinsel eingewanderten Aromunen besiedelt. So lagen in der Mitte des 18. Jahrhunderts in den Bergländern zwischen Valona und Berat (Mittelpunkt Fieri) und in dem nach Osten anschließenden, bis zum Ochridsee, dem Grenzsee zwischen albanischem und slawischem Siedlungsgebiet, reichenden Gebirgsland viele stark bevölkerte aromunische Dörfer und Städte. [104] Wie andere, durch ausgedehnte Handelsbeziehungen reich gewordene Aromunenorte wurden sie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wiederholt verwüstet und geplündert. Die Bevölkerung floh auf das venezianische Korfu (wie auch Sulioten), nach Leukas (Phryni), Mittelgriechenland (Akarnanien, Theben), in das Vermion-Bergland (wie auch Sarakatsanen) und in die Städte auf der Balkanhalbinsel und im Ausland. Aromunen bildeten vor 1900 neben Türken, Griechen und Juden auf der Balkanhalbinsel die Hauptmasse der städtischen Bevölkerung, so beispielsweise in Serres, Thessaloniki, Monastir (Bitoli), Krusevo, Koritsa, Ioannina, Veles und Berat. Dort hatten sie sich als Händler oder Gewerbetreibende unter ihren schon früher

zu Städtern gewordenen Landsleuten oder Fremden niedergelassen und allmählich die Sprache der Umwohner angenommen. [105)]

Die zunehmende Unsicherheit infolge von Aufständen in Epirus vor den Freiheitskriegen und infolge der Unruhen in und nach den Freiheitskriegen hatte den Handel, das Transportwesen und die Weidewanderungen, die Hauptwirtschaftszweige der Aromunen, gefährdet oder zeitweise verhindert und so die Abwanderung der Bevölkerung und den kulturellen und wirtschaftlichen Rückgang der Orte im Grammosgebirge, dann auch der nördlich und nordwestlich davon liegenden herbeigeführt. Wirtschaftliche und politische Gründe spielten ebenfalls bei der Abwanderung aus den Pindosgebirgsdörfern in die thessalischen und makedonischen Ebenen im 19. Jahrhundert die Hauptrolle. Der mit dem Verlassen der Heimat und der Aufgabe der ursprünglichen Beschäftigung (Handel und Gewerbe statt Lastenverkehr, Ackerbau mit Viehzucht statt reine Viehzucht) auf griechischem Boden erfolgende Gräzisierungsprozeß konnte durch die Einrichtung aromunischer Schulen nach dem Vorbild der 1864 bei Monastir gegründeten Schule nicht aufgehalten werden. [106)] Um die Jahrhundertwende waren die Aromunen Thessaliens und Südmakedoniens schon vollständig gräzisiert, wenn sie auch weiterhin an einigen Sitten und Bräuchen festhielten. [107)] Im Makedonischen Zentralgebirge waren sie unter slawischen Einfluß gekommen und hatten zum Teil den mohammedanischen Glauben angenommen. [108)]

Die Verstreuung der Aromunen über die südliche Balkanhalbinsel und ihre nomadische Wirtschafts- form erschwerte die Schätzung ihrer Zahl. Reisende aus Europa gaben für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts 400.000 bis 500.000 Aromunen an, eine griechische Veröffentlichung nannte für die Mitte des Jahrhunderts 600.000 Personen, Weigand für das Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr als 373.500 Personen mit aromunischer Muttersprache. Dagegen rechnete die rumänische Propaganda mit über 850.000 Personen. Wace und Thompson, die vor den Balkankriegen

Aromunendörfer auf türkischem Staatsgebiet aufsuchten, hielten Weigands Angaben für zu niedrig, da bei diesen ein Haushalt nur mit fünf Personen berechnet wurde, und meinten, daß ihre Zahl nicht unter 500.000 Personen läge. [109]

Da die Männer meist zweisprachig waren - die Frauen hielten, auch wenn sie unter fremdsprachiger Bevölkerung lebten, ihre Muttersprache bei -, wurden sie und ihre Familien in den griechischen Statistiken als Griechen aufgeführt. [110] Beuermann schätzt ihre heutige Zahl auf 140.000 bis 160.000 Personen innerhalb des griechischen Staatsgebietes, das sind 1,8 % der Gesamtbevölkerung. [111]

Der überaus starke Rückgang ist zurückzuführen auf wirtschaftliche Gründe (Schließung der 1912-1920 festgelegten Grenzen; Zerstörung von Sommerdörfern und Viehverluste während der Kriege 1912-1918, 1940-1948; Einschränkung der Weideflächen durch die Agrarreformen nach den beiden Weltkriegen; hohe Weidepachtgelder), auf die griechische Siedlungspolitik (Seßhaftwerdung auf vom Staat zur Ansiedlung zur Verfügung gestellten Ländereien), die Auswanderung nach Übersee und auf die Bevölkerungspolitik in den ehemaligen türkischen Provinzen (Umsiedlung der mohammedanischen Meglenrumänen nach Thrakien und Kleinasien nach 1923; Umsiedlung der orthodoxen Meglen- und Makedorumänen wie auch anderer Aromunengruppen aus Bulgarien, Albanien und Griechenland in die Neu-Dobrudscha nach 1926; weitere Umsiedlungen nach Rumänien nach dem 2. Weltkrieg). [112]

4 Gräzisierung von "Neugriechenland"

4.1 Slawisch-türkische Bevölkerung vor 1912

Die slawisch-griechische Volkstumsgrenze verlief in Südwestmakedonien wenige Kilometer südlich der griechischen Stadt Kastoria (dort zahlreiche byzantinische Eigenkirchen). Slawisch besiedelt waren das Gebiet vom oberen Aliakmontal und östlichen

Gebirgsfuß des Pindos nach Norden bis zu den Dessaretischen Seen, das Dessaretische Gebirge und das makedonische Zentralgebirge bis zum Vorland des Ostrovosees, dem Skopischen Siedlungsfeld, und die diese Gebirge trennende Beckenreihe Pelagoniens. [113)]

Kailar (Ptolemais) südlich des Ostrovosees war vor 1912 der Hauptstützpunkt der bäuerlichen türkischen Bevölkerung der Beckenlandschaft. Die hauptsächlich aus der Gegend von Konia stammenden Türken lebten dort als Getreidebauern zusammen mit Slawen (Makedonen); Griechen gab es nur wenige. [114)]

In Mittelmakedonien waren der westliche Teil der Ebene von Giannitsa und die Gegend des unteren Vardar zwischen Thessaloniki und der Flußmündung von bulgarisch sprechenden Bauern, das Moglenitsabecken (Becken von Aridaia) vorwiegend von Pomaken, Bulgaren mohammedanischen Vlachen bewohnt. [115)] Türken hatten sich nur in den fruchbarsten Landstrichen niedergelassen vor allem im Nordosten der mittelmakedonischen Ebene und in dem Hüggelland zwischen dem Vardar und dem Nordrand des Beckens von Giannitsa. Von der westlichen Chalkidike zogen sich türkische Ortschaften auf dem Ostufer des Vardar entlang über Gevgeli und Veles in das slawische Siedlungsgebiet hinein. Auch die Gegend um den Doiransee war türkisch besiedelt. [116)]

In Ostmakedonien gab es neben den Türken, die sich auf die Bekken von Serres und Drama konzentriert hatten, zahlreiche Pomaken. Die Ländereien am Nordrand des ehemaligen Tachynossees und in der Strymonniederung bewirtschafteten christliche Bulgaren als Hörige türkischer Tschiftlikherren. Griechische Bauern gab es bis zur Jahrhundertwende kaum im Becken von Serres. [117)] Der Islamisierung und Unfreiheit waren andere Bulgaren durch den Rückzug in die Gebirge entgangen. So gab es in den Gebirgen nördlich und westlich von Drama und in den Gebirgswäldern östlich des Nestos christlich-bulgarische Dörfer neben türkischen Bauerndörfern. [118)]

In Westthrakien besaßen türkische Bauern Land im Pangaion (Prnar Dagh), im Talzug von Nuzratli (zu 98 % türkisch besiedelt), im Becken von Paranestion, auf dem Küstenstreifen von Kavalla bis zum westlichen Nestosschwemmfächer (ebenfalls zu 98 % türkisch besiedelt), in dem zwischen diesen Becken und Ebenen gelegenen Bergländern, in den südlichen und südöstlichen Ausläufern der Rhodope und in der Umgebung von Adrianopel. Zusammen mit Bulgaren oder Pomaken bewohnten sie die Umgebung von Xanthi, Komotini und Sapai und mit Griechen die Städte. Griechisch besiedelt war das Küstenbergland von Maronia mit Alexandrupolis, bulgarisch-türkisch das östlich anschließende Küstenland, griechisch das Umland von Suphlion und griechisch-bulgarisch das Evrostal um Didymotichon sowie das Hügelland des Erythropotamos. [119)]

Die Statistiken von 1910 und 1912 gaben für den Sandschak Gumuldjina (Komotini) 75 % - 80 % Türken und je 10 % - 12 % Griechen und Bulgaren an, für den Sandschak Dedeagatsch (Alexandrupolis) 45 % - 50 % Türken, 30 % - 37 % Griechen und 15 % - 20 % Bulgaren.

In Ostthrakien waren die Sandschaks Gallipoli und Tschataltscha überwiegend griechisch besiedelt, Adrianopel und Rodosto etwa zu gleichen Teilen von Türken und Griechen und von einer bulgarischen Minderheit, Kirk-Kilisse und die Schwarzmeerküste bis nach Warna vorwiegend von Griechen. [120)]

Auf den größeren Inseln vor der kleinasiatischen Küsten waren Türken innerhalb der Festungsmauern der Städte und in den Fruchtebenen als Landbesitzer ansässig (so auf Lesbos, Chios, Kos und Rhodos). Auf Kreta machten Muselmanen 1911 8 % der Gesamtbevölkerung aus (27.850 von 342.150 Personen). 307.800 Kreter waren Christen, 500 Juden, und 6.000 gehörten anderen Religionen an. [121)]

4.2 Änderungen in der Nationalitätenverteilung bis 1919

Mit dem Verfall der Tschiftlikwirtschaft und der Stärkung des griechischen Bauerntums durch Gelder von Auslandsgriechen hatte sich in Makedonien seit der Jahrhundertwende das Verhältnis von Türken zu Griechen zugunsten der Griechen verschoben. [122] Große Veränderungen in der geschilderten ethnischen Verteilung der Bevölkerung Makedoniens und Thrakiens traten aber erst ein, als die letzten europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches unter den jungen Anliegerstaaten aufgeteilt wurden. Am meisten zu leiden hatte die Bevölkerung von Makedonien, das schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wegen seiner gemischten Bevölkerung ein heftig umstrittenes Gebiet war (makedonische Frage). Die Türken wurden nach den Balkankriegen (1912/1913) bis zum Evros zurückgedrängt. [123]

Griechenland erhielt mit den Südteilen der Vilayets Saloniki und Monastir ganz Südmakedonien, dazu den Hafen Kavalla und die Insel Thasos, und mit dem Westzipfel des Vilayets Monstir und dem Vilayet Ioannina Epirus bis zur Linie Thyamismündung - Südende des Ochridsees. Außerdem wurden ihm die kleinasiatischen Inseln zugesprochen außer Imbros und Tenedos und den südlichen Sporaden mit Rhodos (die letzteren sicherte sich Italien bis 1947). Damit gingen den Inseln lebenswichtige landwirtschaftliche Zusatzgebiete im kleinasiatischen Küstenland verloren. [124] Das seit 1908 autonome Kreta hatte selbst seinen Anschluß an Griechenland erklärt. Das fast doppelt so groß gewordene Staatsgebiet (bis 1912 63.200 km^2, 1913 121.800 km^2) schloß einen hohen Anteil an religiösen (und ethnischen) Minderheiten ein: 13,8 % gegenüber 1,6 % innerhalb der Grenzen von 1911/12.

Beim Vorrücken der Balkanverbündeten [125] spielte sich ein ähnlicher Vorgang ab wie im zweiten Weltkrieg beim Einmarsch der alliierten Truppen: die bäuerliche Bevölkerung, 1912 waren es Mohammedaner, zog sich in die größeren Städte und nach Saloniki zurück.

Etwa 10.000 Mohammedaner flüchteten aus Makedonien und aus Westthrakien in die Türkei. Aus dem früheren Vilayet Monastir, dessen größter Teil an Serbien gefallen war, kamen 6.000 Griechen nach Griechenland. [126] 1913 verließen beim Rückzug der bulgarischen Armee 15.000 Bulgaren [127] die griechischen Distrikte Serres, Sidirokastron, Kilkis und Gumenitsa, und 115.000 Mohammedaner wanderten aus Mittel- und Ostmakedonien (gemeint ist Griechisch-Makedonien) nach Ostthrakien und in das kleinasiatische Küstenland aus. Außerdem gaben 1913/1914 2.000 Juden ihre Wohnsitze in Makedonien auf. [128]

Die verlassenen Häuser und Fluren übernahmen, soweit sie noch brauchbar waren, die 1913 aus dem bulgarisch gewordenen Westthrakien ausgewiesenen Griechen (von diesen 70.000 Flüchtlingen ließen sich 36.000 in Ostmakedonien, die meisten der übrigen in Westmakedonien und einige in anderen Teilen Griechenlands nieder [129]), 5.000 Flüchtlinge aus dem Gebiet von Strumitsa und Nevrokop und von der jungtürkischen Regierung aus Ostthrakien (80.000 Personen) und Anatolien (20.000 Personen) vertriebene Griechen (1914).

Im Vertrag von Adrianopel (im September 1913) war zwischen der Türkei und Bulgarien die Umsiedlung von 48.600 Türken und 44.800 Bulgaren festgelegt worden. [130]

Insgesamt soll es infolge der Balkankriege 200.000 bis 300.000 Flüchtlinge aus Kleinasien und Bulgarien und ungefähr 150.000 aus den ehemaligen europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches gegeben haben. [131]

Als die Bulgaren 1916 auch Ostmakedonien besetzten, sahen sich viele alteingesessene Griechen und ebenso Neusiedler zur Flucht nach Westmakedonien gezwungen. [132] Von den 36.000 aus den kriegsgefährdeten Küstengebieten nach Bulgarien deportierten Griechen kehrte nach der Kapitulation Bulgariens (1918) nur die Hälfte in die Heimat zurück. [133]

Im Vertrag von Neuilly (1919) trat Bulgarien Westthrakien an die alliierten und assoziierten Mächte ab, die es 1922 endgültig an Griechenland übergaben. [134] Gleichzeitig wurde zwischen Griechenland und Bulgarien ein weiterer Minderheitenaustausch vereinbart (Tabelle 30). 50.000 Griechen kamen von der bulgarischen Schwarzmeerküste nach Griechenland, und bis 1922 wanderten 27.000 Bulgaren [135] aus Griechisch-Makedonien und 12.500 Bulgaren, zum Teil Neusiedler, aus Westthrakien in das verkleinerte Bulgarien ab. [136] Anfang 1928 wurden unter der ländlichen Bevölkerung Bulgariens 60.000 Einwanderer aus Griechisch-Makedonien und 32.700 Einwanderer aus Westthrakien gezählt.

Nach der Kapitulation der Mittelmächte erhielt Griechenland in einem von der Türkei nicht anerkannten Vertrag [137] Ostthrakien bis zur Tschataldscha-Linie (Ostthrakien mit Gallipoli ohne das Umland von Konstantinopel auf europäischer Seite), die Inseln Tenedos und Imbros und das Ministerpräsident Venizelos schon 1915 von England zum Tausch gegen den Ägäiszugang Bulgariens (mit Kavalla) angebotene Vilayet Smyrna, das zu 38 % von Griechen bewohnt war. [138] Nach den Friedensbestimmungen von Lausanne (24.VII.1923) nach dem griechisch-türkischen Krieg von 1920 - 1922 konnte Griechenland die ihm im Vertrag von Neuilly zuerkannten Gebiete behalten, mußte aber auf die später besetzten wieder verzichten.

4.3 Flüchtlingsbewegungen und Zwangsumsiedlungen von 1922/23

Die Gebietsverluste der Türkei in Europa hatten an dem Verhältnis der Volksgruppen in Kleinasien nicht viel geändert, da zunächst Ostthrakien die meisten Umsiedler aus den selbständig und größer gewordenen Staaten aufnehmen konnte. Erst als der von Griechenland heraufbeschworene, von Smyrna bis nach Ankara ausgeweitete Kleinasienkrieg mit der verlustreichen griechischen Niederlage im Herbst 1922 an seinem Ausgangspunkt zu Ende ging, verringerte sich der Anteil der griechischen und armenischen

Tab. 30: Herkunft und Geschlecht der Flüchtlinge 1928

Herkunftsland	Zahl d.Flüchtlinge vor 1922 abs.	o/oo	männl.	%	Zahl d.Flüchtlinge nach 1922 abs.	o/oo	männl.	%
Kleinasien	37.728	248,4	19.777	52,4	589.226	550,7	273.309	46,4
Thrakien	27.057	178,1	14.155	52,3	229.578	214,6	112.682	49,1
Pontos	17.528	115,4	8.979	51,2	164.641	153,9	79.292	48,2
Bulgarien	20.977	138,1	10.860	51,8	28.050	26,2	14.210	50,7
Kaukasus	32.421	213,5	17.003	52,4	14.670	13,7	7.407	50,5
Konstantinopel	4.109	27,1	2.449	59,6	34.349	32,1	17.785	51,8
Rußland	5.214	34,3	2.828	54,2	6.221	5,8	3.531	56,8
Serbien	4.611	30,4	2.365	51,3	1.446	1,4	639	44,2
Albanien	1.600	10,5	852	53,2	898	0,8	586	65,3
Dodekanes	355	2,3	188	53,0	383	0,4	206	53,8
Rumänien	266	1,8	127	47,8	456	0,4	147	32,2
Zypern	25	0,2	17	68,0	32	0,03	20	62,5
Ägypten	1		1		7		3	
	151.892	1000,0	79.601	52,4	1.069.957	1000,0	509.817	47,7

Quelle: Stat.Jb. 1930, Tab. I,18, S. 50 (Zahlen nach der Volkszählung von 1928)

Minderheiten schlagartig. Viele Griechen und Christen waren bei den Kämpfen und auf der plötzlich einsetzenden Massenflucht ums Leben gekommen. [139] Die übrigen (ungefähr 1,5 Mill. Personen) mußten aufgrund des Abkommens von Lausanne (30.I.1923) Kleinasien verlassen. Ihre Plätze füllten bis 1940 über 800.000 aus Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, der südlichen Sowjetunion, Syrien und Persien zugewanderte Türken auf. [140]

Von den Zwangsumsiedlungen wurden betroffen alle auf türkischem Staatsgebiet wohnhaften türkischen Staatsangehörigen griechisch-orthodoxer Religion und alle griechischen Staatsangehörigen mohammedanischer Religion auf griechischem Staatsgebiet. Da die Volkszugehörigkeit nicht beachtet wurde, mußten nicht nur Griechen, sondern auch Armenier und Zirkassier die Türkei und Griechen und Vlachen muselmanischen Glaubens Griechenland verlassen. Ausgeschlossen von den Umsiedlungen waren nur die Mohammedaner von Westthrakien östlich der griechischen Ostgrenze von 1913, die Mohammedaner albanischen Volkstums und die (ungefähr 100.000) Griechen, die vor dem 30.X.1918 im Bezirk der Präfektur Konstantinopel ansässig waren. Zu den Moslems gehörten auch griechische Volkszugehörige, die unter türkischer Herrschaft den mohammedanischen Glauben angenommen hatten.

Im Herbst 1922 waren bereits Hunderttausende (800.000 - 920.000) der christlichen Bevölkerung Kleinasiens, meist Frauen und Kinder, auf dem Seeweg oder über Ostthrakien, wo sich ihnen die dort ansässige christliche Bevölkerung anschloß, nach Griechenland geflohen. Die offiziellen, unter den tatsächlichen Zahlen liegenden Angaben (Tabelle 30) können nur einen ungefähren Anhaltspunkt für das Ausmaß der Bevölkerungsbewegungen geben.

Nach dem Vertrag wanderten weitere 150.000 Flüchtlinge aus Kleinasien, 1928/1929 10.000 Flüchtlinge aus dem Kaukasus, wo sie erst seit 1922 ansässig gewesen waren (alte Heimat: Pontos), nach Griechenland aus. Die Kaukasier ließen sich in dem Tabakanbaugebiet um Katerini nieder. [141]

Den griechischen Flüchtlingen standen gegenüber 480.000 Mohammedaner, von denen 348.000 aus Griechisch-Makedonien und 32.000 aus dem übrigen Griechenland in die Türkei übersiedeln mußten.[142] Amtliche türkische Statistiken gaben 1923 196.400 und 1924 208.900 Einwanderer an, davon 95 % als Umsiedler aus Griechenland.[143]
Die Zirkassier und Armenier (zusammen 50.000) blieben nur vorübergehend in Griechenland und wurden später vom Völkerbund in Sowjetarmenien (Eriwan) untergebracht.[144]

Zwischen 1923 und 1940 wurden nach drei weiteren Abkommen (mit Rumänien 1936, Bulgarien 1936/37 und Jugoslawien 1938) über 800.000 Türken in der europäischen Türkei und in Anatolien angesiedelt. Nach dem 2. Weltkrieg folgten noch einige aus Griechenland und Bulgarien.[145]

Bulgarien hatte von 1952 bis 1968 die Grenzen für Türkeiauswanderer geschlossen. Von 1969 ab ist zunächst für 10.000 von 800.000 in Bulgarien ansässigen Türken eine freiwillige Umsiedlung vorgesehen.[146]

4.4 Heutige Nationalitätenverteilung in Makedonien, Thrakien und auf den Inseln

Seit den Zwangsumsiedlungen, den ersten durch Verträge legitimierten in der jüngeren Geschichte, fallen in dem früheren ethnischen, sprachlichen und religiösen Mischgebiet in Makedonien und in Thrakien die neuen Staatsgrenzen mit den Volkstumsgrenzen in etwa zusammen. Ostthrakien wurde rein türkisch-mohammedanisch, Westthrakien überwiegend griechisch-orthodox, Ostmakedonien nördlich der ostwestgerichteten Hochgebirgszüge rein bulgarisch, südlich davon rein griechisch wie auch das übrige Makedonien mit Ausnahme der Grenzgebiete gegen Serbien; in Epirus dagegen blieb bis 1914/1945 das albanisch-griechische Mischgebiet bestehen.

Rein griechisch war auch die Bevölkerung aller Inseln vor der kleinasiatischen Küste und der Insel Kreta geworden. Von der letzteren waren nach den Verträgen von Neuilly und Lausanne 23.000 "Türken" abgewandert, zum großen Teil Griechen muselmanischen Glaubens, die sich auf Rhodos und an der kleinasiatischen Küste ansiedelten. [147]

Aus den vor 1912 zu über 70 % (Nestos sogar zu 98 %) türkisch besiedelten Eparchien Kailar (Eordaia), Kavalla, Drama und Nestos und den zu mehr als einem Drittel türkisch besiedelten Eparchien Kozani, Phlorina, Edessa, Giannitsa, Gumenitsa (Paionia), Kilkis, Langadas, Sidirokastron (Sintiki), Serres (Serres mit Visaltia) und Pravi (Pangaion) war in der Zeit nach den Kriegen griechisches Neusiedlungsgebiet geworden (Beilage 3). Die stärksten slawischen Minderheiten hatten die Eparchien Phlorina (37 %), Kastoria (22 %), Enotia (26 %), Edessa (14 %) und Gumenitsa (19 %); aus Ostmakedonien (vor allem aus der Eparchie Kilkis) waren fast alle Bulgaren fortgezogen; nur in der Eparchie Sidirokastron betrug ihr Anteil 1926 noch 15 %. [148]

Der Anteil der griechischen Bevölkerung war in Makedonien (Tabellen 31, 32) von 43 % im Jahre 1912 auf 90 % im Jahre 1928 angestiegen, in Thrakien (Tabellen 33, 34), von 21 % im Jahre 1906 auf 37 % im Jahre 1914 und 62 % im Jahre 1924. [149] Aus Drama, Kavalla, Serres und Thessaloniki waren Griechenstädte geworden. [150]

Die in Westthrakien verbliebenen Türken (als Türken werden häufig nicht nur die im Vertrag von Lausanne erwähnten Moslems bezeichnet, sondern alle türkisch sprechenden Moslems, zu denen auch Siedler aus dem Inneren Kleinasiens zählen) wurden wie die Pomaken wahlberechtigte, den Griechen gleichgestellte Bürger. [151] In Xanthi, Komotini und Alexandrupolis wohnen sie in eigenen Stadtvierteln, auf dem Land als Bauern unter der griechischen Bevölkerung. [152]

Tab. 31: Veränderungen der Bevölkerungszahl und der Volks-, Sprach- und Religionszugehörigkeit in Makedonien zwischen 1912 und 1926

	1912		1926	
	1000 E	%	1000 E	%
Gesamtbevölkerung	1.205	100,0	1.511	100,0
Griech.-Orthodoxe	513	42,6	1.341	88,8
Nichtgriech.-orth.	692	57,4	170	11,2
Slawischsprechende	119	9,9	77	5,1
Mohammedaner	475	39,4	2	0,1
Andere	98	8,1	91	6,0

Quelle: Etablissement 1926, Beilage

Tab. 32: Sprachliche Zugehörigkeit in Makedonien 1951

Muttersprache	Ges. Bev. in 1000	Siedlungsweise (Ortsgröße) Einwohnerzahl pro Ort in 1000 über 10.000 E	2-10.000 E	unter 2000 E
Türkisch	56,5	18,1	10,4	28,1
Slawisch	40,2	2,9	4,3	33,0
Vlachisch	11,8	4,2	1,5	6,0
Albanisch	3,5	0,8	0,5	2,3
Armenisch	1,5	1,2	0,1	0,1
Zigeunerspr.	3,9	0,2	1,6	2,1
Russisch	1,2	0,6	0,2	0,4
Rumänisch	1,0	0,2	0,4	0,4
Hebräisch	0,6	0,6	0,0	0,0
Spanisch	0,5	0,5	0,0	0,0
Nichtgriech.	121,7	30,1	19,0	72,6
Griechisch	1.579,1	480,2	367,1	731,8

Quelle: Rés.Rec.Pop. 1951, Vol.II, Athen 1958, Tab. VIIa, S. 196-199

Tab. 33: Veränderungen der Bevölkerungszahl und der Volks-, Sprach- und Religionszugehörigkeit in Thrakien zwischen 1912 und 1924

	1912		1924	
	1000 E	%	1000 E	%
Gesamtbevölkerung	237	100,0	304	100,0
Griech.-Orthodoxe	87	36,7	188	62
Nichtgriech.-orth.	150	63,3	1.115	38
Slawischsprechende	35	14,7	24	8
Mohammedaner	11	46,8	85	28
Andere	44	1,8	8	2,6

Unterlagen: Fels 1927 (für 1912); Schultze 1937, S. 198, 251 (für Ende 1924)

Tab. 34: Sprachliche Zugehörigkeit in Thrakien 1951

Muttersprache	Ges. Bev. in 1000	Siedlungsweise (Ortsgröße) Einwohnerzahl pro Ort in 1000 über 10.000	2-10.000	unt. 2000
Türkisch	93,9	21,2	10,0	62,7
Albanisch	4,5	0,0	2,5	2,0
Pomak.(bulgar.)	18,7	0,2	3,3	15,2
Armenisch	0,6	0,5	0,1	0,0
Zigeunerspr.	0,8	0,0	0,2	0,6
Nichtgriech.	119,1	22,1	16,1	80,8
Griechisch	217,9	55,7	42,5	119,8

Quelle: Rés.Rec.Pop. 1951, Vol.II, Athen 1958, Tab. VIIa, S. 208-211

Daß sie, wie in den Statistiken angegeben, überwiegend in ländlichen Siedlungen leben, wird bestätigt durch die Verteilung ihrer Schulen. Von 115 Schulen in Nomos Xanthi lag 1951 nur eine in der Stadt; von 147 im Nomos Rhodopi gab es in Komotini außer einem türkischen Gymnasium nur acht Schulen. [153)]

Die Gräzisierung wurde vom Staat äußerlich gefördert durch die Umbenennung slawischer und türkischer Orts- und Flurbezeichnungen, [154)] tiefgreifender durch die Einrichtung griechischer Dorfschulen und den Ausbau von Gymnasien in den größeren Städten.

A B S C H N I T T III

Bevölkerungsentwicklung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg.

1 Siedlungsweise und Wirtschaftsformen auf der griechischen Halbinsel und in den Nachbargebieten zur Zeit der türkischen Herrschaft

1.1 Wirtschafts- und Siedlungsweisen in den Ebenen

Die Wanderungsbewegungen (Landflucht), die den Gräzisierungs- und Umsiedlungsprozessen vorausgingen, waren hervorgerufen worden durch den Gegensatz von türkisch-mohammedanischer Oberschicht zu Freien und Leibeigenen aus anderen Bevölkerungs- oder Religionsgruppen (Großgrund- oder Tschiftlikwirtschaftssystem) und durch die daraus resultierende ungleiche Verteilung von Landbesitz und Arbeitspflichten unter osmanischer und nichtosmanischer Bevölkerung.

In Bulgarien, Makedonien, Thrakien, Thessalien und Epirus besaßen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts den größten Teil der Ländereien türkische Gutsherren [155] und Kirchen, Klöster und Moscheen. [156]

Die Tschiftlikgüter, seit Mitte des 19. Jahrhunderts Privatgüter mit unbeschränktem Verfügungsrecht, wurden größtenteils von Nichtosmanen bewirtschaftet, in Epirus von Griechen, in Albanien von christlichen und mohammedanischen Albanern, in Makedonien von christlichen Bulgaren, Serben, Albanern und Zigeunern. [157] Von den Besitzern selbst wurde nur 1/5 bis 1/6 der Ländereien bearbeitet. Auf den anderen waren Großpächter und Verwalter eingesetzt, während sich die Besitzer selbst in Städten aufhielten.

Nach europäischem Vorbild war 1860 durch einen Erlaß des Sultans die Leibeigenschaft in der Türkei offiziell aufgehoben, die Bauernaustreibung untersagt worden. Viele Hörige, Serben und Bulgaren, wanderten nach der liberalen Agrargesetzgebung (1868) und den Unabhängigkeitserklärungen und Gebietserweiterungen von Bulgarien, Rumänien, Serbien und Montenegro (im Frieden von San Stefano 1878) aus Makedonien in die neugebildeten Staaten oder nach

Amerika ab. Der Mangel an billigen Arbeitskräften zeigte sich in der zunehmenden Verödung des Ackerlandes und mit der Vernachlässigung des bewässerten Landes in der Ausbreitung der Sümpfe. Von den zurückgebliebenen Familien konnte nur noch ein kleiner Teil der Landflächen bearbeitet werden und dieser wegen der Malariagefährdung in den Ebenen nur zu bestimmten Jahreszeiten.

Für die Bewirtschaftung der in der Regel 2.000 bis 5.000 ha großen Güter [158] reichten (nach Angaben von Weigand 1895) fünfzig Familien nicht aus; ein Teil mußte an Bewohner von Nachbardörfern gegen Zins von einem Viertel der Ernte verpachtet werden, und ein großer Teil (gut 1/3) blieb unbearbeitet. Das Brachland fiel Wanderhirten als winterliches Pachtland zu, und die Weidepachtgelder wurden zur Haupteinnahmequelle der Grundbesitzer, die damit kaum ihr europäisches Stadtleben (in Paris oder Konstantinopel) finanzieren konnten. [159] Sie waren bereit oder durch Verschuldung gezwungen, ihre Güter zu veräußern.

Mit den Geldspenden der Ausgewanderten wurde es in Makedonien manchem der freien Bauern in Gemeinschaft mit anderen Bauern möglich, die vernachlässigten Güter aufzukaufen. Doch konnten viele die neuen Belastungen [160] nicht tragen und gerieten ebenfalls in Schulden und in die Abhängigkeit griechischer oder jüdischer Kaufleute, die von ihnen das Land zu möglichst hohem Gewinn bewirtschaften ließen. Die Hörigen unter den alten Tschiftlikherren hatten nur für deren und den eigenen Bedarf arbeiten müssen. In schlechten Erntejahren war ihnen Saatgut gestellt worden. [161] Sicherheiten wie diese gewährten ihnen die Geschäftsleute nicht.

So hatte bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts in Makedonien zwar die Herrenschicht gewechselt, die Wirtschaftsformen aber waren dieselben geblieben, und das Los der meisten Landarbeiter hatte sich gegenüber der Hörigenwirtschaft kaum gebessert.

In Thessalien gab es 1881 460 Tschiftliks und unter 658 Dörfern nur 198 freie Dörfer. [162] In Epirus waren 2/3 und in Makedonien fast die Hälfte aller Dörfer in den Händen von Tschiftlikbesitzern. In einigen Fällen waren auch Dörfer der aromunischen Viehzüchter in die Abhängigkeit griechischer oder türkischer Herren gekommen. [163]

Wie in Makedonien und Thrakien lagen in den thessalischen Ebenen, von denen 80 % (3.292 km^2 von 4.000 km^2) Großgrundbesitzern gehörten, auf den extensiv genutzten Weide- und Anbauflächen weit gestreut die Gehöfte türkischer Herren. Wegen des hohen Grundwasserstandes und der jahreszeitlichen Überschwemmungen der westlichen Ebene und der wechselnden Ausdehnung des Karla(Boibis-)sees gab es geschlossene Dörfer selten außerhalb der Ebenenrandzonen oder des mittelthessalischen Hügellandes; in Makedonien und Thrakien beschränkten sie sich auf die Terrassen und Bergfußregionen. [164] Den verhältnismäßig dünn besiedelten Gebieten mit Großgrundwirtschaft - in den thessalischen Ebenen lag um 1881 die Bevölkerungsdichte nicht über 30 E/km^2 - standen gegenüber intensiv genutzte und dicht besiedelte Gebirgslandschaften.

1.2 Wirtschafts- und Siedlungsweisen in den Rückzugsgebieten

Um der Islamisierung und Knechtung unter türkischen oder türkisierten Herren (Leibeigenschaft, Knabenzins) zu entgehen, hatten sich Flüchtlinge aus allen Teilen der Balkanhalbinsel in schwer zugänglichen, aber auch schwierig zu bewirtschaftenden Landstrichen auf dem Festland und auf den Inseln zusammengedrängt, in denen es oft an Wasser und an anbaufähigem Boden mangelte. [165] Neben der Furcht vor der Unfreiheit hatte die Angst vor Überfällen, Ausraubung und Verheerung von Orten und Fluren zu Wanderungsbewegungen geführt. Siedlungsverlegungen von den Küsten in vom Meer her nicht sichtbare Täler und von den Ebenen, Tälern und Durchgangsstraßen in Gebirgsregionen, die

wegen der mit Schneefällen verbundenen Winterkälte oft nicht ganzjährig bewohn- und nutzbar waren, waren während der langen Unruhezeiten des Mittelalters und der frühen Neuzeit im gesamten Mittelmeerraum zu verfolgen, in Griechenland seit den islamischen Seeräuberüberfällen im 8. Jahrhundert, zur Zeit der türkischen Eroberungen und nach der Besetzung der fruchtbaren Ländereien. [166)]

In der Antike aufgesuchte Rückzugsgebiete wurden in türkischer Zeit erneut von einer freiheit-suchenden Bevölkerung besetzt, so die Gebirge Makedoniens und Thrakiens, die Chalkidike, die Athos- und Sitonia-Halbinsel, die Magnesiahalbinsel, die Gebirgsketten des Pindos (Aromunen und Sarakatsanen), die Gebirge und kleinen Becken Arkadiens - während das große Polje von Tripolis als innerer Knotenpunkt der Peloponnes und das Tertiärbecken von Megalopolis von Mohammedanern eingenommen wurden -, die Taygetos-(Tainaron-)Halbinsel (Manioten), die Parnonhalbinsel (Tsakonen) und die drei Gebirgsstöcke Kretas mit ihrem Südabfall zum Libyschen Meer (im W: Sphakioten) sowie der gebirgige Osten der Insel. [167)]

Die Türken hatten sich die von den Byzantinern und Franken gebauten Festungen und guten Häfen gesichert, auf den größeren Inseln sonst nur stadtnahes zusammenhängendes Fruchtland. Die übrigen Teile der Inseln und die kleineren, strategisch unwichtigen und keinerlei Gewinn versprechenden Inseln (Schwammfischerinseln, Sporaden und Argolische Inseln, Kykladen) waren ohne große Tributforderungen den Alteingesessenen und der sich mit den Griechen vermischenden ehemaligen italienischen Oberschicht überlassen worden. So entgingen die Katholiken des "Archipelago", im Inneren Kretas und auf den venezianisch gebliebenen Ionischen Inseln der Islamisierung. [168)]

Die Bewohner der Inseln Hydra, Spetsai (Nautische Inseln), Chios, Psara, Tinos, Syros, Symi und Kastellorizo hatten sich in Versorgung, Verwaltung und im Verkehr mit anderen Ländern weitgehend

von der türkischen Vorherrschaft gelöst. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts betrieben sie unter russischem Schutz die Handelsschiffahrt zwischen Westeuropa und dessen Getreidelieferanten (Odessa) und unterhielten eine bewaffnete Handelsflotte, die 1816 mehr als 600 Schiffe umfaßte. [169]

In den Gebirgen entstanden auf vorher nicht oder nur zusätzlich bewirtschafteten Flächen der eigenen Gemeinde oder im Grenzgebiet bestehender Berggemeinden neue Siedlungen, viele von ihnen in über 1.000 m Höhe. [170]

Regen und Schneefall und die stete Wehrbereitschaft erforderten einen soliden Hausbau, anders als in den Niederungen, wo die Häuser der Bauern und Landarbeiter aus Lehmziegeln und nur die Guts- und Stadthäuser der Reichen aus Stein errichtet wurden. Die Häuser in den Bergen waren zweistöckig oder höher; nur das oberste Stockwerk wurde bewohnt, während die fensterlosen Untergeschosse als Speicher und zur Verteidigung dienten. Vom Reichtum der Bewohner zeugten im Inneren die Ausschmückung mit Teppichen, Schnitzwerk und Malereien und außen die Bemalung des Putzes oder die Verzierungen mit Fachwerk, Holzbalustraden und -balkonen. [171] Sonderformen sind die Turmhäuser auf Lesbos, die denen der Magnesiahalbinsel mit ihrer reichen Holzausstattung gleichen, die gedrungenen, zinnengekrönten venezianischen Türme auf Naxos, an die sich von Mauern umschlossene Wirtschaftsgebäude mit Hof anschließen (wenn sie nicht wie in Apiranthos von anderen Häusern umbaut sind) und die schlanken, hohen, ursprünglich ebenfalls mit Zinnen versehenen Turmhäuser in der Mani, die einzeln, weilerartig und auch in stadtartiger Anordnung auftreten. Abgesehen von den beiden zuletzt genannten Bauformen tritt der Wehrcharakter am stärksten bei den Klostersiedlungen hervor, unerreichbar gelegen auf Felstürmen wie die Meteora über Kalampaka und Kastrakion in Thessalien, die Klosterburgen auf der sonst unbesiedelten Athoshalbinsel, das Kloster Kipuria über der westlichen Steilküste von Lixuri (Kephallenia), die Höhlenklöster Kiepine bei Siraku (Epirus), Spilaion

am Venetikos (SW-Makedonien), Panagia Spilaiotissa bei Orthoniai auf Zakynthos und Mega Spilaion bei Kalavryta (Achaia, die wie die Klöster Panagia Elonis (Kynuria) und Prodromu (Gortynia) an senkrecht in tiefe Schluchten abfallenden Felswänden erbaut wurden. [172]

Die vorherrschende Siedlungsform in den Rückzugsgebieten waren große geschlossene Haufendörfer mit stadtartiger, enger Bebauung, gepflasterten Straßen und Treppenwegen und von Obst- und Gemüsegärten oder Anbauterrassen aufgelockerte Siedlungen, deren Lage an steilen Berghängen eine Befestigung erübrigte. Bei den nur wenig über dem Poljeboden, auf ebener Fläche angelegten Dörfern Mesta, Pyrgos und Olympos im südlichen Chios schließt sich die äußere Häuserreihe zu einem Stadtwall zusammen, der nur an einer Stelle den Zugang zum Ortsinneren erlaubt, einem Gewirr von engen Straßen und Sackgassen zwischen aneinandergebauten, zweistöckigen, flach gedeckten Häusern. Den Ortsmittelpunkt bildet ein Platz zwischen einem Wehrturm und einer Kirche.

Gewöhnlich bezeichnen von mächtigen Bäumen beschattete Plätze bei kunstvoll gefaßten Quellen die Ortsmitte, so bei den Aromunenorten des Pindos oder den ähnlich locker gebauten Orten der Magnesiahalbinsel (Makrinitsa, Portaria, Zagora, Anilion u.a.) oder den in Viertel aufgelösten Orten im peloponnesischen Bergland (Aroania, Lampia, Langadia, Andritsaina). Aber es war nicht immer möglich, eine so günstige Ortslage zu finden. Auf den meisten Kykladen und im Bergland des Parnon liegen die Brunnen außernalb der Dörfer, Quellen stundenweit entfernt, und viele Inselbewohner sind auf Zisternenwasser angewiesen. [173]

Die größten Orte hatten mehr als 10.000 Einwohner, besaßen eine eigene Verwaltung unter einem Sippenältesten oder Primaten und verfügten über ein gutes Schulwesen. [174]

Inre Unabhangigkeit und Existenzfähigkeit bewahrten sich viele Dorfer durch den Zusammenschiuß zu Wehr- und Wirtschaftsgemeinschaften, wie zum Beispiel die 46 Dörfer der Zagoria (Epirus),

deren Verband vom 17. Jahrhundert bis 1868 bestehen blieb, die Dörfer im gebirgsumschlossenen Hochtal von Suli (Epirus), die bis zu den Überfällen Ali Paschas von Ioannina selbständig waren, und die 24 Dörfer des Pelion (Magnesiahalbinsel). Einige Gemeindeverbände waren von den türkischen Behörden eingerichtet worden, um die Produktion und den Absatz bestimmter Erzeugnisse zu fördern, so die Mademochoria (Bergwerksdörfer) auf der Chalkidike zur Ausbeutung der Bergwerke, die Mastichochoria (Mastixdörfer) auf Chios für die Erzeugung und Verarbeitung des Harzes. Mit der Zeit hatten diese eine immer größere Unabhängigkeit erlangt. [175)]

Die Handelserzeugnisse dieser Dorfgemeinschaften waren wie die der großen Städte [176)] auf allen bedeutenden Märkten in Europa und auf der Balkanhalbinsel vertreten. Zagora führte im 18. und 19. Jahrhundert Seide bis nach Deutschland aus, der Textilhandel einer der wichtigsten Föderationen, der von Ampelakia (Thessalien), der Webereien und Färbereien unterstanden, erstreckte sich am Anfang des 19. Jahrhunderts ebenfalls bis nach Deutschland, und es bestanden Handelsniederlassungen in Pest, Wien, Dresden, Ansbach und Bayreuth. [177)] Diese 1777 unter der Führung von Ampelakia, einem 400 m über dem Tempetal am Nordabhang der Ossa gelegenen Dorf, aus 22 Dörfern gebildete Genossenschaft, der bis zu den Freiheitskriegen über 6.000 Mitglieder angehörten, regelte nicht nur die Baumwollerzeugung und -verarbeitung sondern erfüllte auch soziale Aufgaben (Regelung des Schulwesens).

Die großen Aromunenorte im Pindos, von denen Lunga, Perivoli, Metsovon und Siraku unter der Türkenherrschaft fast selbständig waren, waren durch den Handel mit Stoffen, Wein, Getreide, Vieh und tierischen Produkten und handwerklichen Erzeugnissen (Glaswaren, Metallgegenstände, Filigranarbeiten) zu großem Reichtum gekommen. Sie unterhielten vom 17. bis zum 19. Jahrhundert Geschäfts- und Bankhäuser in Venedig, Triest, Neapel, Marseille, Wien, Moskau, Odessa, in den Städten auf der Balkanhalbinsel und

in Alexandria. Zum Warentransport vermieteten sie Maultiere und Pferde. Regelmäßig zogen ihre Karawanen nach Konstantinopel, nach Saloniki, nach Serbien (bis nach Belgrad) und nach Italien (über Valona, Durazzo, Ragusa). Die vielfältigen Beziehungen der Aromunen zum Ausland führten in den großen Städten zu festen Niederlassungen (als Zwischenhändler). [178]

Weitaus der größte Teil der Bevölkerung lebte aber nicht von Handel und Handwerk, sondern von der Land- und Viehwirtschaft. Mit den Siedlungsverlegungen waren vielfach neue, den klimatischen und edaphischen Gegebenheiten in den Rückzugsgebieten und den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den türkisch beherrschten Gebieten angepaßte und teilweise von der extensiven Landnutzung in den Niederungen abhängige Wirtschaftsformen verbunden, und zwar ein Übergang vom Pflug- zum Hackbau, eine Verstärkung der wohl überall neben dem Ackerbau betriebenen Viehwirtschaft (Kleinviehwirtschaft, Hirtenbauerntum, Kalyvienwirtschaft [179]) und, wie es wahrscheinlich bei den Aromunen und Sarakatsanen (Rumelioten) der Fall war, ein Übergang vom Hirtenbauerntum zur reinen Viehwirtschaft (Groß- und Kleinvieh), bei der der Gartenbau oder der Anbau von Futterpflanzen eine völlig untergeordnete Rolle spielte. [180] Angestrebt wurde bei allen Gruppen eine weitgehende Selbstversorgung nicht nur innerhalb der Dorfgemeinschaft, sondern auch innerhalb eines Haushalts (eigene Backöfen beim Haus, Herstellung der Hauptnahrungsmittel und der Kleidung von den Hausfrauen). [181]

Die Häuser, die Anbauflächen und das Vieh waren Eigentum des Einzelnen, die Hochweiden und Wälder oft Gemeindebesitz; als Winterweiden wurden abgeerntete Felder und brachliegende Landstücke von den Großgrundbesitzern gepachtet. [182] In den Städten wurden auf Jahr-, Wochenmärkten und Bazaren Vieh und Erzeugnisse der Land- und Viehwirtschaft gegen nicht selbst herstellbare Waren oder Lebensmittel eingetauscht, wie es heute noch in den an Gebirgsausgängen gelegenen Orten geschieht (vor allem im Vorland des Pindos und in den Landorten auf der Peloponnes).

Bei der Kalyvienwirtschaft trieben die Männer im Sommer das Vieh von den Bergsiedlungen auf die Almen, wo sie sich Feldhütten aus Stein oder Reisig errichteten, während die übrigen Familienmitglieder die Dorffluren mit Getreide, Wein, Mais, Oliven (falls es die Höhenlage erlaubte) und Obst bebauten. Die Wirtschaftsflächen, durch Rodung oder Abbrennen von Waldstücken oder Macchie gewonnenes, oft fleckenhaft zwischen mageren Felstriften und in Karstland verstreutes Acker- oder Weideland, lagen manchmal stundenweit von den Sommerorten entfernt. In mühevoller Arbeit mußten aus Lesesteinen Terrassenmauern aufgeschichtet werden, um das karge Erdreich vor Abspülung zu sichern. Landschaftsprägend wurden solche Terrassenkulturen nicht nur in den für die Kalyvienwirtschaft typischen Gebieten von Mittelgriechenland und der Peloponnes, sondern auch auf den besonders dicht besiedelten mittleren Ionischen Inseln, auf den Kykladen, einigen Sporaden, auf Chios und auf der Magnesia-Halbinsel, auf denen allen die Siedlungen ganzjährig bewohnt blieben und das Vieh der Dorfbewohner von Hirten gehütet wurde. Im Pindos fehlen solche Terrassenkulturen, obwohl die physischen Grundlagen für eine Verbindung von Ackerbau und Viehzucht vorhanden sind und die Wasserversorgung einfacher ist als in den meisten aufgezählten Gebieten. [183] Im Herbst verließen die Familien den Gebirgsort, um in Hüttensiedlungen (Kalyvien) auf den Niederungsweiden zu überwintern.

Die in den albanischen Gebirgen und im Pindos (zusammen mit den Händlern und Handwerkern) in festen Sommerdörfer ansässigen Karagunides verdienten ihren Lebensunterhalt hauptsächlich mit Viehzucht, im Nebenerwerb mit Holzhandel, Köhlerei und Lastenfahren. Den Sommer verbrachten die Männer mit dem Vieh auf den Hochweiden, die Frauen, Kinder und Alten im Dorf. Von ihnen wurden die Hausgärten bearbeitet, in denen sie Obst und Gemüse nur zum eigenen Verbrauch zogen. In langen Karawanen brachen im Oktober die Hirten mit ihren Herden und bald darauf im November die Familien mit dem Hausrat auf zu den Tagereisen entfernten Pachtweiden in den epirotischen, thessalischen und makedonischen Niederungen, auf denen sie neu-errichtete oder ausgebesserte Rundhütten aus Reisig oder Rohr bezogen (stanes).

Die vor allem im Einzugsgebiet des Acheloos und in Ätolien und Akarnanien verbreiteten Faršerioten und die in Mittelgriechenland und in der Peloponnes umherziehenden Sarakatsanen besaßen keine festen Siedlungen und selten wie die Karagunides feste Pachtweiden, sondern lebten das ganze Jahr über, von Niederungs- zu Hochgebirgsweiden überwechselnd, im Familienverband und mit den Herden in solchen Hüttensiedlungen.

So unterschieden sich die fest in der Hand der Oberschicht liegenden von den sich selbst überlassenen Gebieten in der Siedlungs- und Wirtschaftsweise, der Bevölkerungsdichte und der Sozialstruktur der Bevölkerung (Freie mit kleinbäuerlichem Eigenbesitz und freie Städter einerseits und Hörige der Grundherren andererseits). Im Gegensatz zu der vollkommen unabhängigen bäuerlichen Bevölkerung in den Rückzugsgebieten waren die Angehörigen der Wirtschaftsbereiche Handel, Lastenfahren, Gewerbe und Viehzucht auf einen freien Verkehr innerhalb des politisch einheitlichen Südosteuropa, auf die feudalen Wirtschaftsformen und die Städte als Absatz- und Versorgungszentren angewiesen. Jede Beeinträchtigung des Wirtschaftsgefüges, das sich im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet hatte, wie die Übergriffe Ali Paschas am Ende des 18. Jahrhunderts und am Anfang des 19. Jahrhunderts [184] und die nachfolgenden Freiheitskriege (Zerstörung und Ausraubung von Städten und Dörfern, Behinderung von Händlern und Viehzüchtern auf ihren Wanderwegen, Umbildung freier Dörfer in Tschiftlikdörfer, Verwüstung von Anbaugebieten) [185], die Verkleinerung des Wirtschaftsraumes durch die Ziehung von Zoll- und Landesgrenzen, die Änderung der Besitzverhältnisse und die Umwandlung von Weide- in Ackerland (19. und 20. Jahrhundert) wirkte sich aus in neuen Wanderungsbewegungen und in sozialen und wirtschaftlichen Umschichtungen.

Nachdem in den aus den europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches hervorgegangenen Staaten die Sicherheit des offenen Landes garantiert war, verlagerten sich die Schwerpunkte der Besiedlung und der Wirtschaft allmählich auf die Ränder der

Niederungsgebiete. In den Ebenen selbst traten zunächst einzelne schnell anwachsende Städte als Bevölkerungssammelpunkte hervor, an die auch alte Handels- und Hafenstädte einen Teil ihrer Einwohnerschaft verloren (19./20. Jahrhundert). Erst nach der Abschaffung der feudalen Wirtschaftsformen und nach seiner Meliorierung wurde das flache Land dichter besiedelt (20. Jahrhundert).

2 Bevölkerungsentwicklung im Griechischen Königreich bis 1912

2.1 Inseln und Hafenstädte

Ein Konflikt der Pforte mit Ali Pascha war 1820 der Anlaß der griechischen Erhebung. [186]

Die Politiker des Phanar (Kaufmanns- und Beamtenaristokratie aus dem Stadtviertel Phanar in Konstantinopel, in deren Hände der gesamte Handel, das Zoll- und Steuerwesen lagen), die orthodoxe Kirche, die wohlhabenden Kaufleute des In- und Auslandes und die selbständigen Seeleute auf den Inseln unterstützten mit den Kämpfen ab 1821 die Einigung der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung des Balkans, nicht die Schaffung eines griechischen Nationalstaates.

Die von den Phanarioten schom im 19. Jahrhundert gefaßte Idee der Wiedererrichtung des Kaisertums (türkisch-griechisches Imperium) lebte fort bis zur endgültigen Niederlage von 1922. Die Phanarioten standen während des Freiheitskrieges in enger Verbindung mit serbischen, bulgarischen und vlachischen Aufständischen. [187]

Träger des Freiheitskampfes waren, von der Politik der europäischen Staaten und Rußlands beeinflußt, auf den Inseln Hydra und Spetsai vor allem die albanischen Schiffer, die Reeder und Kaufleute, auf der Peloponnes die Großgrundbesitzer (Kotzambasides), die vornehmen Geschlechter der Mani, Bauern, Landarbei-

ter und Angehörige bewaffneter Verbände, auf dem griechischen Festland Hirten, Bergbauern und die sogenannten Klephten. Die Zentren der Widerstandsbewegung waren wie im 2. Weltkrieg die Bergländer von Epirus, Nordarkadien und der Mani. [189]

Bis 1832 gehörten zum griechischen Staat die Peloponnes, die Kykladen, die nördlichen Sporaden, Euböa und Mittelgriechenland bis zur Linie Acheloos-Mündung - Angelokastron - See von Agrinion - Oxya - Iti (Oeta) - Golf von Lamia. Dann kamen Akarnanien, die Agrapha und das Othrysgebirge hinzu. Die Festlandsgrenze vom Golf von Ambrakia bei der Bucht von Menidi über die Berge Alinda, Gavrovo, Tzurnata, Butsikali, Itamos, Vulgara, Ag. Ilias und Othrys bis zum Golf von Volos bei der Bucht von Surpi (südlichster Zipfel der Ebene von Almyros) blieb bis 1881 unverändert (Abbildung 10, Tabelle 19). Sie bestimmte die nördliche Begrenzung der heutigen Eparchien Vonitsa-Xiromeros, Valtos, Evritania, Phthiotis und die Grenze von 1830 etwa deren südliche Begrenzung unter Einschluß der Eparchie Trichonis. [190]

Die Peloponnes und Mittelgriechenland, die - mit kurzen Unterbrechungen in einigen Landesteilen - länger als drei Jahrhunderte unter türkischer Herrschaft gestanden hatten, waren nach den Freiheitskriegen (1821-1830) schwer verwüstet [191] - zerstörte Orte, Straßen und Brücken gab es noch ein Jahrzehnt später [192] - und hatten viele ihrer Einwohner verloren. 1821 war die Bevölkerungszahl auf 770.000 Personen, 1828 nur noch auf 585.000 Personen geschätzt worden. [193]

Von den türkisch gebliebenen Inseln war ein großer Teil der Bevölkerung auf die nicht verwüsteten und entvölkerten Kykladen geflohen. Für die Flüchtlinge, die von Chios und Psara, den früheren Hauptstützpunkten der griechischen Seemacht, nach Syros, von Kasos nach Amorgos und von Kreta nach Milos gekommen waren, blieben die Kykladen nur eine Zwischenstation. Ihre Bevölkerungszahl soll nach den ersten Schätzungen und Zählungen zwischen 1828 und 1832 um 23.000 Personen angestiegen sein und

bis 1839 um 82.000 Personen zurückgegangen sein. [194] Nach der Auflösung der Handelsmarine in den Freiheitskriegen und infolge der Zugehörigkeit der Inseln zu dem kleinen, wirtschaftlich armen jungen Staat, der mit dem Ausland neue Beziehungen anknüpfen mußte, hatten die Inseln ihre Bedeutung als Knotenpunkt der Handelsschiffahrt im östlichen Mittelmeer eingebüßt.

Auch die Zuteilung eines größeren Staatsgebietes hätte die Verarmung der führenden Schichten im Freiheitskampf nicht aufhalten können, da das politische Gleichgewicht, das für diese Schichten zugleich ein wirtschaftliches bedeutete, vor den Freiheitskämpfen günstiger war als nach der Bildung des aus eigenen Mitteln kaum lebensfähigen griechischen Staates.

Wie der Handel auf dem Festland nach den Freiheitskriegen unter dem aus dem Partisanentum erwachsenen Räuberunwesen [195] und dem schlechten Straßenzustand zu leiden hatte, [196] so waren auch Seehandel, Schiffahrt und Fischerei stark beeinträchtigt durch das wieder aufgekommene Korsarentum und die britische Blockade während des Krimkrieges 1853 - 1856. Ein weiterer wirtschaftlicher Rückgang trat ein, als die in anderen Ländern erfolgte Umstellung von der Segel- auf die Dampfschiffahrt und gleichzeitig von der Klein- auf die Großschiffahrt aus Kapital-, Energie- und Rohstoffmangel in Griechenland nicht durchgeführt werden konnte.

Die durch den Schiffsbau reich gewordenen Orte und Inseln wie Ermupolis (Syros), Poros, Hydra und Galaxidi, und die zahlreichen kleinen Küstenstädte, deren Häfen für die Großschiffahrt ungeeignet waren, sanken innerhalb weniger Jahrzehnte zu Fischerorten ab und verfielen. Hydra, das 1853 12.600 Einwohner zählte, hatte 1879 nur noch 6.400, die Einwohnerzahl der Kra-

nidi war im selben Zeitraum von 7.700 auf 5.600 gesunken. Syros, das bis 1880 das bedeutendste Handels- und Industriezentrum des Staates war (Werften, Gerbereien), dann von Patras überflügelt wurde, konnte noch bis zur Eröffnung des Kanals von Korinth (1893) seine Stellung als Mittelpunkt der Lokalschifffahrt wahren. Danach zog der für die Großschiffahrt ausgebaute Hafen Piräus den gesamten Handel an sich und der sich entwikkelnde Stadtraum Athen-Piräus einen großen Teil der Inselbevölkerung. Während die Bevölkerung in den neuen Hafenorten rasch zunahm (Patras: 1853 15.800 E, 1870 16.600, 1879 25.500, 1896 38.000, Piräus: 1853 5.400 E, 1870 11.000, 1879 21.600, 1896 50.200, Kalamata: 1853 4.000 E, 1870 6.300, 1879 8.100, 1896 15.200, Volos: 1881 5.000 E und 1896 16.800 E), [197] blieb die Einwohnerzahl von Syros bei 20.000 stehen (Abbildung 11).

2.2 Festländisches Griechenland

Auf dem Festland hatte sich an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Landbevölkerung nach der Vertreibung der Türken kaum etwas geändert. 1830 war zwar der türkische Grundbesitz auf der Peloponnes entschädigungslos konfisziert und aufgeteilt worden, aber nicht an besitzlose Landarbeiter und Halb- und Drittelpächter, sondern als Entgelt für die Beteiligung am Aufstand an die Primaten. Die besitzlosen Bauern und die Kleinbauern im Gebirge, die etwa 90 % der Bevölkerung ausmachten, blieben vollkommen rechtlos und von der Oberschicht abhängig. Die griechischen Kotzambasides, ursprünglich Vorsteher selbstverwalteter Orte, dann Landesherren mit Leibeigenen wie die türkischen Tschiftlikherren, durften wie die Tschiftlikbesitzer in Attika, auf Euböa und im Spercheiostal und die Kirchen und Klöster ihre Güter behalten.

Ein Dekret von 1830, nach dem die Wohnstätten der Landarbeiter und das umliegende Land sowie das Heimatland von Vertriebenen zu Eigentum werden sollten, wurde nicht verwirklicht, sondern nur eine Bearbeitung staatlicher Ländereien angeordnet, ohne daß (auch nicht nach einem zweiten Dekret 1843) Eigentumsrechte geltend gemacht werden konnten. [198] Von etwa 700.000 ha Staatsgut aus türkischem Besitz waren bis 1856, als das Lehenssystem formell aufgehoben wurde, nur 28.000 ha Land auf legalem Weg an Bauern verkauft worden. Vorher (1848) war die Übergabe von 1 ha Land zum Bau einer Wohnung an jeden Bearbeiter staatlicher Ländereien gesetzlich festgelegt worden. [199] Erst nach weiteren 15 Jahren wurde die Verteilung von 265.000 ha Staatsland eingeleitet. Nach 1856 wurde die Wiederkultur [200] der im Freiheitskrieg verwüsteten Landstriche staatlich gefördert.

Tab. 35: Größe der Anbauflächen 1860 und 1911

	1860	1911
Peloponnes	1.193 km^2	3.237 km^2
Mittelgriechenland und Euböa	987 km^2	2.706 km^2
Kykladen	149 km^2	228 km^2
Altes Königreich	2.329 km^2	1) 5.171 km^2

1) Ausschließlich 686 km^2, die mit Wein, Korinthen u.a. bestellt waren und ohne die mit Gemüse und Futterpflanzen angebauten Flächen.

Quelle: Stat.Jb. 1936, T.3, Tab. 16, S. 430

Der Ausbau Athens, das 1834 zur Hauptstadt des selbständigen griechischen Königreiches gewählt worden war, bot Zuwanderern von den Kykladen, aus den peloponnesischen und mittelgriechischen Bergländern genügend Lebensunterhalt. Doch wurde die

Unterbringung und die Versorgung der ständig anschwellenden Zahl der Arbeit-suchenden zum dringlichsten und bis heute immer wieder neu zu lösenden Problem des Staates neben den Verbesserungen der Wirtschaft im übrigen Land.

1853 war Athen, vor der Regierungsverlegung eine türkische Landstadt von wenigen Tausend Einwohnern, mit seinen 30.000 Einwohnern vor Syros und Patras die größte Stadt des Landes. Bis 1879 hatte sich ihre Einwohnerzahl verdoppelt (65.500 E) und von 1879 bis 1896 fast noch einmal (123.000 E). Bezieht man die mit ihr räumlich noch nicht verbundene Hafen- und Industriestadt Piräus in die Berechnung ein, dann war die Einwohnerzahl zwischen 1853 und 1896 um das Fünffache angestiegen, der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 3,5 % auf 7,4 % (1853 36.600 E von 1,04 Mill. E, 1896 179.800 E von 2,43 Mill. E) (Abbildungen 11, 16, Tabelle 36).

Nach groben Zählungen und Berechnungen wuchs die Bevölkerung des Landes von 1846 bis 1861 jährlich um 7.000 bis 9.000 Einwohner, 1865 bis 1870 um 16.000 bis 17.000 (12 o/oo), bis 1879 um 23.000 bis 26.000 (16 o/oo) bei einem natürlichen Zuwachs von durchschnittlich 6 - 8 o/oo zwischen 1860 und 1885. [201] Um 1850 überschritt die Bevölkerungszahl die 1-Millionengrenze, 1881, als nach dem Vertrag von Konstantinopel Teile von Thessalien und S-Epirus griechisch wurden, die 2-Millionen-Grenze. 1864 waren die 2.700 km^2 umfassenden Ionischen Inseln (Korfu, Paxos, Leukas, Kephallenia, Ithaka, Zakynthos, Kythera und kleine Nebeninseln) von Großbritannien an Griechenland abgetreten worden. Der Flächenzuwachs betrug nur 6 %, der Bevölkerungszuwachs aber 20 % (220.000 E von (1863) 1,1 Mill. E); die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Landes stieg dadurch von 24 auf 27 E/km^2; die dünne Besiedlung der 1881 von der Türkei abgetretenen Gebiete machte sich in einem Rückgang der Bevölkerungsdichte von 34 E/km^2 (1880) auf 32 E/km^2 (1881) bemerkbar. Die Staatsfläche wurde um ein Viertel (13.400 km^2), die Bevölkerungszahl um 18 % (300.000 E von (1880) 1,7 Mill. E) vergrößert (Abbildungen 8, 9, 10 und Tabelle 19).

b. 36: Anteil der Bevölkerung bestimmter Ortsgrößenklassen an der Gesamtbevölkerung 1879 - 1961

hr der lks- hlung	Ges.E-Zahl	Größe der Siedlungen (Gemeinden)							
		>10.000 E		5-10.000E		2-5.000 E		<2.000 E	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
79/81 [1]	1.653.767	198.047	12	94.950	6	161.707	10	1.199.063	72
89	2.187.208	318.435	14	146.223	7	189.504	9	1.533.064	70
96	2.433.806	364.906	15	160.960	7	235.471	9	1.672.469	69
07	2.631.952	448.805	17	179.168	7	242.236	9	1.761.743	67
20 [2]	5.016.889	1.336.371	27			486.383	10	3.194.135	63
[3]	5.021.790	1.161.736	23			757.418	15	3.102,636	62
28 [4]	6.204.684	2.064.969	33			571.735	9	3.568.253	58
[5]		1.931.937	31			899.466	15	3.373.281	54
40	7.344.860	2.411.647	33			1.086.079	15	3.847.134	52
51	7.632.801	2.897.994	38	256.026	3	874.162	12	3.622.619	47
61 [6]	8.388.553	3.628.105	43			1.085.856	13	3.674.592	44
[7]		3.516.824	42	265.624	3	747.601	9	3.858.504	46

Ohne 25.700 Personen, z.B. Militär

Bev.zahl innerhalb der Grenzen von 1928: Stat.Jb. 1936, I,7, S. 50

Ebenfalls innerhalb der Grenzen von 1928: Rés.Rec.Pop. 1951, Vol.I, V,1, S. LXIV

Quelle wie 2)

Stat.Jb. 1964, II,10, S. 46

Quelle wie 5)

Stat.Jb. 1964, II,12, S. 48

ellen: 1879/81 - 1928 Stat.Jb. 1936, I,7, S. 50 (Zahlen einschließlich Hafenbevölkerung)
1928 - 1961 Stat.Jb. 1964, II,10, S. 46 (falls nicht anders angegeben)

2.3 Ionische Inseln

Mit den Ionischen Inseln waren Griechenland nie oder nur für wenige Jahrzehnte türkisch gewordene und seit dem 16. oder 17. Jahrhundert unter Kultur gebliebene Ländereien zugefallen, durch stete Berührung mit der westlichen Welt - Venedig, kurze Zeit Frankreich, zuletzt nachhaltig beeinflußt von England - und mit deren Unterstützung in Handel, Verwaltung und Zivilisation hochstehende, übervölkerte Rückzugsgebiete. Es hatte sich eine Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land entwickelt und in den Städten ein Zunftwesen nach venezianischem Vorbild. Die fruchtbaren Hügelländer und Ebenen lagen in der Hand adeliger Feudalherren, während in den Gebirgen und den unzugänglichen Teilen der Inseln der Anbau der winzigen Terrassenfelder die Familien der freien Bauern nicht ernähren konnte. Es traten hier die gleichen Probleme auf wie auf dem griechischen Festland: Unfreiheit und Besitzlosigkeit des größten Teils der Bevölkerung. Sie wurden offenbar in mehreren Bauernunruhen, 1848/49 und nach 1864, als den Inseln mit der Angliederung an Griechenland der wirtschaftliche Rückhalt genommen wurde. [202] Sie zeigten sich auch darin, daß besonders von den Bewohnern der mittleren Ionischen Inseln und von Kythera, [203] auf denen eine autarke Wirtschaft wegen des Wassermangels und der nicht ausreichenden Getreidevorräte (seit der von Venedig befürworteten einseitigen Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Erzeugung von Oliven, Öl und Korinthen) nicht möglich war, Arbeit auf dem griechischen (früher türkischen) Festland (Erntearbeiter) und in der Handels- und Küstenschiffahrt gesucht werden mußte. Die Arbeitswanderungen wurden wie auf den Kykladen allmählich von einer ständigen Auswanderung nach Übersee abgelöst. Die Zuwanderung nach Athen war gering.

2.4 Pindos und Pelion

Die Grenzziehungen nach den Verträgen von San Stefano (1878) und Konstantinopel (1881) betrafen am schwersten die Aromunen. Vergebens hatten sich die Pindosbewohner 1878 mit der Bitte, ihr Siedlungs- und Wirtschaftsgebiet nicht zu zerteilen, an die europäischen Mächte gewandt. [204]

Die neue Nordgrenze von Griechenland (Abbildung 10), von der einige strategisch wichtige Punkte 1897 wieder an die Türkei abgetreten werden mußten (395 km^2), verlief, die Hafenstadt Preveza aus-, Arta aber einschließend, vom Golf von Ambrakia arachthosaufwärts nach Norden zum Peristeri, über den Zygos-Paß, dann von West nach Ost über die Chassia und die Antichassia und den Gebirgsriegel zwischen Tirnavos und Elasson zu den Grenzsperren am Niederolymp über dem Tempetal.

Die Bewohner der türkisch gebliebenen Orte Samarina, Smixi, Avdela und Perivoli, die aus klimatischen Gründen nicht in den Sommerorten überwintern konnten, waren gewöhnlich in die damals griechisch gewordenen thessalischen Ebenen gezogen und hatten ihre Waren auf den Märkten von Trikkala, Karditsa und Tirnavos eingetauscht. Der für die Aromunen bedeutende Marktplatz Grevena, [205] das für den Durchgangsverkehr zwischen Thessalien und Makedonien wichtige Becken von Elasson und die Weidegebiete Makedoniens und Thrakiens waren noch türkisch. Die bulgarisch-türkische Grenze sperrte den freien Zugang von den Sommersiedlungen in Pirin, Rila und Vitosa zu den Winterweidegebieten in den Ebenen von Drama, Serres und Saloniki, die griechisch-serbische den der albanischen Wanderhirten zu den Winterweidegebieten in der Ebene von Saloniki und in den Becken von Pelagonien und Tetovo und im Ovčepolje. [206]

Der Fernhandel und das Lastenfahren wurden durch die Grenzziehungen und die mit ihnen und den vorangegangenen Aufständen verbundene Unsicherheit in den Grenzgebieten und außerdem durch das

Aufkommen des Auto- und Eisenbahnverkehrs eingeschränkt.

An der griechisch-türkischen Grenze wurden von beiden Staaten nach der Kopfzahl des Viehs berechnete Weidepachtgelder erhoben (die höher waren als die vor 1881 vom türkischen Staat beanspruchten unkontrollierten Steuern für Menschen, Häuser und Schafe) und Zölle für die Ausstellung von Pässen und für die Produkte der Hausindustrie (Decken, Teppiche, Kleiderstoffe), die in den Städten verkauft werden sollten. [207]

Viele Viehzüchter konnten die geforderten Abgaben nicht aufbringen und sahen sich, nachdem die Zahl der Herdentiere in den Thessalien, Epirus und Südmakedonien betreffenden Aufständen von 1854 und 1878 und dem Krieg von 1897 durch Vernichtung und erzwungenen Verkauf dezimiert worden war, gezwungen, das übrige Vieh zu verkaufen und sich als Ackerbauern auf ehemaligen türkischen Besitzen bei Volos oder als Händler und Kaufleute ständig in den Städten niederzulassen, die sie früher nur als Markt- und Überwinterungsorte aufgesucht hatten, so in Ioannina, Karditsa, Trikkala, Grevena, Servia, Veria, Katerini, Volos, Patras und Athen. Andere wanderten nach Übersee aus oder auf die nationale Propaganda hin nach Rumänien. [208]

Die wirtschaftliche Lage der in den Bergdörfern Zurückgebliebenen war trotz den geldlichen Unterstützungen von den Ausgewanderten drückend, da die Gemeinden, ungeachtet der niedrigeren Bevölkerungszahl, dieselben oder sogar mehr Steuern zu zahlen hatten. [209] Ruinen verlassener Häuser, verfallene Kirchen und der schlechte Zustand der Straßen wurden zu äußeren Zeichen des Rückgangs der Bevölkerung und des Wohlstandes. [210]

Orte, die zur Zeit von Ali Pascha mehr als 10.000 Einwohner zählten, hatten am Ende des vorigen Jahrhunderts nicht mehr als 3.000 Einwohner. [211] Nach einem kurzen Aufschwung vor 1912, der den Geldern der Auswanderer zu verdanken war, sank die Bevölkerungszahl weiter ab, so daß im Herbst 1940 in keinem der

aromunischen Pindosorte außer Metsovon mehr als 1.000 ständig dort lebende Personen erfaßt werden konnten.

Die gleichzeitig erfolgende Abwanderung aus dem östlichen Grenzgebirge der thessalischen Ebenen, dem Pelion, hatte einen anderen Grund: die überaus starke Zersplitterung des privaten Grundbesitzes, der trotz der intensiven Nutzung (bewässerter Gartenbau auf Terrassen) nicht alle Familienmitglieder unterhalten konnte.

Für die Bevölkerung der großen Bergdörfer entwickelte sich Volos zum günstig gelegenen Absatz- und Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosen wanderten lieber als Fabrikarbeiter, Handwerker, Maurer, Schiffer und Holzfäller nach Ägypten und Amerika oder in andere Teile Griechenlands, vor allem aber in die Städte aus, als daß sie sich in den thessalischen Ebenen, wo die Hörigenwirtschaft nach 1881 fast unverändert fortlebte, als geringentlohnte Landarbeiter verdingen wollten. Der Erwerb eigenen Besitzes wäre ihnen nicht möglich gewesen, außerdem war ihnen die Wirtschaftsform (Getreidepflugbau) fremd. [212)]

2.5 Thessalien

Die türkischen Grundbesitzer in Thessalien und in Südepirus hatten ihr Vermögen und alle Rechte behalten dürfen. Wenn sie auch in der Folgezeit die Güter an griechische Städter verkauften und nach Saloniki oder Kleinasien abwanderten, [213)] ein ähnlicher Vorgang wie der für Makedonien geschilderte, so änderte sich das Verhältnis von Grundherrn zu griechischem Pächter doch nicht. [214)] Bis 1918 gab es in Thessalien noch 264 Tschiftliks, [215)] und die wenigsten wurden von den Besitzern selbst bearbeitet. Die Bauern, die hier ebenso wenig wie die Bergbauern in der Lage waren, Grundbesitz aufzukaufen, konnten sogar von den neuen Besitzern vertrieben werden, da die türkischen Schutzgesetze von 1868 vom griechischen Staat nicht anerkannt worden waren. Andere

freie Kleinbauern wurden zu Schuldnern reicher Kaufleute in den Städten, als sie Geld für die Beseitigung der Kriegsschäden von 1897 benötigten. [216] Es gab damals noch keine öffentlichen Stellen, wo Kredite aufgenommen werden konnten.

Staatliche Unterstützungen der Teilpächter und der freien Kleinbauern und die gesetzliche Regelung der Teilpächterfrage erfolgten erst nach mehreren Aufständen der Landbevölkerung und nach der Revolution von Goudi (1909), die sich gegen die schlechten sozialen Verhältnisse auf dem Land, auch gegen das mangelhafte Schulwesen wandte. [217] Zwischen 1907 und 1914 erhielten 4.900 einheimische besitzlose Familien und 2.600 Flüchtlingsfamilien in Thessalien bäuerliche Anwesen. [218]

3 Wanderungsbewegungen zwischen 1890 und 1920 Ursachen und Auswirkungen

Extensive Landnutzung und rückständige Anbaumethoden in ganz Griechenland, wenn es sich nicht um die Ausfuhrprodukte Wein, Korinthen, Tabak und Obst handelte, machten trotz guten Voraussetzungen für den Anbau in den Ebenen die Einfuhr von Getreide nötig.

Die Trockenlegung von Sümpfen und Überschwemmungsgebieten (in Thessalien des Karlasees, des Xyniassees im Becken von Domokos, der Sümpfe in der westlichen Ebene und im Becken von Alymros, in Mittelgriechenland der Sumpfgebiete um die ätolischen Seen und im Mündungsgebiet des Acheloos und des Spercheios, des Kopaissees, in der Peloponnes der Küstensümpfe von Elis, Messenien und Lakonien und der arkadischen Karstseen) unterblieb oder wurde nur in geringem Umfang durchgeführt. [219] Die Anschaffung moderner landwirtschaftlicher Geräte und die Anwendung von Düngemitteln konnten sich die Pächter und kleinen Grundbesitzer nicht leisten.

Die für die jährlich um 22.000-37.000 Personen anwachsende Be-

völkerung unzureichende Agrarproduktion wurde, soweit es nicht an Arbeitskräften fehlte, durch die Ausweitung der Anbauflächen auf trockenen Böden von Weideländereien (besonders in Thessalien), nicht aber durch eine Intensivierung des Anbaus erhöht. Auf den mittleren Ionischen Inseln und auf den Kykladen trugen der alljährliche, monatelang anhaltende Wasser- und Getreidemangel zur Auswanderung bei.

So führten nach 1890 verschiedene wirtschaftliche und soziale Krisen zum Anstieg der Binnenwanderung und zu einer starken, anhaltenden Auswanderung. [220] In der europäischen Türkei und ihren jungen Nachbarstaaten war die Lage ähnlich.

1899 und 1900 waren 1/3 der von Griechenland in die USA Auswandernden Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, in den beiden folgenden Jahren infolge der Korinthenkrise sogar 44 % - 48 %; danach ging ihr Anteil auf weniger als 27 % zurück. Arbeiter und Bedienstete machten ab 1905 (bis 1921) mehr als die Hälfte, 1907 bis 1910 sogar 3/4 aller Auswanderer aus. Die Wirtschaftsbereiche Handel und Industrie stellten jeder weniger als 10 % der Auswanderer. [221]

Der Anteil der Angehörigen landwirtschaftlicher Berufe lag nicht höher, da viele erst nach einem Orts- und Berufswechsel innerhalb von Griechenland - Bewohner der Kykladen und der peloponnesischen Bergländer verdingten sich oft als Bedienstete in Athen - das Land verließen.

3.1 Binnenwanderung und Städtewachstum

Die Binnenwanderung, die sich für 1907 nur in der Zahl der von der Heimatgemeinde abwesenden und der in einer Gemeinde nicht heimatberechtigten Personen erfassen ließ, trug kaum zur Verdichtung der ländlichen Bevölkerung in den Ebenen bei, eher zur Vergrößerung der Städte. Sie überwog in den Nomen mit neu entstehenden Landstädten oder großen Hafenorten (Beilage 4), in

denen seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts neue Industriebetriebe entstanden waren (Mühlen, Gerbereien, Webereien, Werften, Hüttenbetriebe).

So sind die sich nicht in ihren Heimatgemeinden, aber innerhalb von Griechenland aufhaltenden Personen vorwiegend als städtische Zuwanderer anzusehen: nach Agrinion (aus den Bergländern Mittelgriechenlands und des Pindos, von Akarnanien), nach Trikkala und Karditsa (vom Pindos), nach Larisa (vom Pindos und den thessalischen Gebirgen und Ebenen), nach Volos (vom Pelion und den übrigen thessalischen Gebirgen). Karditsa, Trikkala und Volos verdoppelten ihre Einwohnerzahl zwischen 1881 und 1889, während sich in Larisa, das schon mehr als 10.000 Einwohner hatte, ehe es an Griechenland kam, Abwanderung und Zuzug die Waage hielten (Abbildung 12). Langsamer als die westthessalischen Städte wuchsen Lamia und Chalkis (Abbildung 13), die sich wie Larisa und Agrinion erst nach 1896 stärker ausbreiteten (Abbildungen 12, 15).

In Attika wurden 1907 96.200 nicht heimatberechtigte Personen gezählt, größtenteils Zuwanderer der Stadtregion (darunter auch aus dem Ausland heimgekehrte Griechen), die damals 250.000 Einwohner (= 9,5 % der Gesamtbevölkerung) hatte, und des 1864/65 gegründeten Industrieortes Laurion (Abbildung 13).

Im Norden der Peloponnes begann sich das 1858 neugegründete Korinth zu entfalten (nach einem Erdbeben waren die Orte Alt-Korinth und Examilia zusammengelegt worden), im Korinthenanbaugebiet im Westen der Marktort Amalias, der zwischen 1889 und 1907 durch den Zuzug aus dem arkadischen Bergland seine Einwohnerzahl verdoppelte, und im Südwesten Kalamata, das allmählich mit seiner Hafensiedlung zusammenwuchs (Abbildungen 11, 14). Die Einwohnerzahl der meisten kleinen Städte, aber auch die von Pyrgos (Einzugsgebiet wie Amalias) und Patras (Zuzug von den nördlichen peloponnesischen Bergländern, von Kephallenia, aus Ätolien und Akarnanien und vom Pindos (Aromunen)) blieb bis 1920

auf dem Stand von 1889, oft dem von 1879; aus vielen Orten, die bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts recht bedeutend waren (mehrere tausend Einwohner) wanderte bis 1920 ein großer Teil der Bevölkerung ab. [222]

Zwischen 1879/81 und 1889 war die Zahl der Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern von acht auf zwölf angestiegen. Bis 1907 kamen nur noch Chalkis und vorübergehend Laurion hinzu. Der Anteil der Bevölkerung in diesen Orten an der Gesamtbevölkerung (Abbildung 16, Tabelle 36), hatte sich zwischen 1879/81 und 1907 von 12 % auf 17 % erhöht, und zwar fast ausschließlich (zu 4 %) durch das Anwachsen von Athen und Piräus, während bei den Ortsgrößenklassen zwischen 2.000 und 10.000 Einwohnern in der Bilanz kaum eine Änderung eingetreten war und der Anteil der Bewohner von Siedlungen mit weniger als 2.000 Einwohnern von 72 % auf 67 % zurückgegangen war. [223]

Für die Nomen Attika und Larisa blieb die Bilanz zwischen den aus anderen Gemeinden Zugewanderten und den sich in anderen Gemeinden Aufhaltenden 1907 positiv (1920 auch für die Nomen Achaia-Elis, Preveza, einige Nordprovinzen und den Nomos Irakl ion). In Attika hielten sich 61.000 Personen (22 %) mehr als Heimatberechtigte auf, obwohl von den Heimatberechtigten nur 81 % anwesend waren (227.100 von 280.300 Personen), im Nomos Larisa 7 % (6.300) mehr als Heimatberechtigte (88.700 Personen). [224] Zur Bevölkerungszunahme in den thessalischen Nomen trug nicht nur die Zuwanderung aus den Gebirgen bei, sondern nach 1906 auch die Ansiedlung der aus Ostrumelien ausgewanderten Griechen. [225]

Den höchsten Abwanderungsverlust sowohl an das übrige Griechenland als auch an das Ausland hatten die Kykladen, die mittleren und südlichen Ionischen Inseln, die Tainaronhalbinsel und das Pindosbergland zu verzeichnen (Bevölkerungsabnahme 1896 - 1907 um 2 % bis 6 %) (Abbildung 17 und Beilage 4).

3.2 Auswanderung

Ab 1890 wurden pro Jahr mehr als 1.000 Einwohner der Peloponnes als Auswanderer registriert. Um 1900 setzte die Auswanderung aus dem Pindos ein und ab 1905 aus Mittelgriechenland und Thessalien. Nach 1908 verstärkte sich auch die Auswanderung aus türkischen Gebieten, da alle Christen zum Heeresdienst eingezogen wurden. [226]

1903 war die Zahl der Auswanderer aus Griechenland schon auf über 10.000 pro Jahr angestiegen, und 1907 erreichte sie mit 46.300 Personen einen ersten Höhepunkt. Bis zum Auswanderungsverbot nach 1917 waren es über 20.000 Personen, die jährlich das Land auf legalem Wege für mehrere Jahre verließen (außer 1915: 12.000 Personen) (Abbildung 18).

1895 lebten 138.000 griechische Staatsangehörige im Ausland (fast 6 % der Gesamtbevölkerung), 1907 waren es 172.200 (6,5 %) und 1920 188.800 Personen (fast 4 %).

Es handelte sich bei den Auswanderern zunächst ausschließlich um männliche Personen, die nicht gruppenweise, sondern einzeln das Land verließen, bis zur Jahrhundertwende meist nur saisonweise, danach für längere Zeit. Der Prozentsatz der Frauen lag bis 1913 unter 10. Nach 1907 zeigt sich der Frauenüberschuß nicht nur bei den "Seefahrerinseln" im Ionischen und Myrtoischen Meer und im Saronischen Golf, sondern auch in den Durchschnittswerten für ganz Griechenland. Die Auswanderung - und natürlich die Kriege von 1912 bis 1922 - wirkten sich auf den Aufbau der Alterspyramiden von 1920 und 1928 (Abbildung 19) aus in einem tiefen Einschnitt bei der 15 - 45jährigen männlichen Bevölkerung, einem kleineren bei der weiblichen Bevölkerung und im Überwiegen des weiblichen Geschlechts. [227] 90 % der männlichen Aussiedler gehörten bis 1920 der angegebenen Altersgruppe an, nach 1920 waren 10 % der Auswanderer über 45 Jahre alt. [228]

Zuwanderungsgebiete nach griechischem Recht waren neben den USA, wo die Griechen eigene Stadtviertel und Siedlungen gründeten, bis 1924 Kanada, Kuba, Brasilien, Australien und die Südafrikanische Union. [229] Die Auswanderer fanden im Verhältnis zu den Verdienstmöglichkeiten im Mutterland gut bezahlte Stellungen in den Industriebetrieben Nordamerikas, in Hotel- und Restaurationsbetrieben, in Leinen- und Schuhfabriken, in der Schwammfischerei (Ansiedlung von Schwammfischern der Argolis und von Trikeri(Golf von Volos)in Florida (1906: 2.000 Personen)), in den Obstkulturen Kaliforniens, im Handel (in Großbritannien und in Ägypten). In Ägypten hatten sie den gesamten Baumwollhandel in ihre Hände gebracht. [230] Mit der Verbreitung des griechischen Händlertums weitete sich der Außenhandel des Mutterlandes aus als notwendiger Ausgleich für die nach den Korinthen- und Baumwollkrisen verloren gegangenen Handelspartner. [231]

Unmittelbar im Heimatland spürbar wurden die Gelder, mit denen die im Ausland ebenso sparsam wie zu Hause lebenden Auswanderer ihre Familienangehörigen (Gelder für Hausbau, Landerwerb und Mitgift) und ihre Heimatgemeinden (Stiftungen öffentlicher Gebäude wie Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Gemeindehäuser, Bau von Fabriken) unterstützten. Die Geldrücksendungen der Auswanderer waren oft höher als die Einkommen der Familien in den Heimatgemeinden. [232] So ist es vielfach bis heute geblieben.

Das steigende soziale Ansehen der Auswanderer bei der Bevölkerung der Heimatgemeinden verlockte auch solche Personen zur Abwanderung, die unter Beibehaltung des alten Lebensstandards noch vom eigenen Boden hätten ernährt werden können. Erst in diesen Fällen und bei der Abwanderung ganzer Familien wurde die Auswanderung in Verfallserscheinungen der Kulturlandschaft (teilweise Orts- und Flurwüstungen) sichtbar.

Die Auflösung der Gemeinde- und Sippenverbände ging nur sehr langsam vor sich. Aus ihnen lösten sich die Abwanderer um so schneller, je länger der Auslandsaufenthalt dauerte und je

größer der Verdienst im Ausland war. Nach der Übersiedlung der Familie rissen die Verbindungen mit dem Heimatland ab. [233] Gewöhnlich jedoch kehrten die Auswanderer im Alter nach Griechenland zurück (Repatriierung) und hielten die Unterstützungen bei. [234]

3.3 Bevölkerungswachstum in den Abwanderungsgebieten

1907 befanden sich 30 % der Rechtsbevölkerung der Kykladen im Ausland (1920 20 %) und weitere 16 % in anderen griechischen Gemeinden (59.000 bzw. 32.000 Personen). 12 % rsp. 13 % der Bevölkerung der Tainaron-Halbinsel und der Insel Kephallenia hielten sich im Ausland auf und eine etwas geringere Zahl außerhalb der Heimatgemeinde. Bis 1920 stieg die Zahl der im Ausland Lebenden im Nomos Kephallenia wie auf den Kykladen und den nordägäischen Inseln (außer Chios: 10 %) auf 20 % der Rechtsbevölkerung an; allerdings ist das 1907 noch zum Nomos Leukas gehörige Ithaka eingeschlossen.

Im Nomos Arkadien war die Auswanderung weniger stark (9.300 Heimatberechtigte, 5 %). Ein um so höherer Prozentsatz hielt sich nicht in den Heimatgemeinden auf (17.600 Heimatberechtigte, 9 %). Als Zuwanderer wurden zum Zeitpunkt der Zählung 5.400 Personen registriert. Im Nomos Arkadien waren 1907 also 21.300 Personen weniger anwesend, als es Heimatberechtigte gab (183.600). Im Nomos Lakonia fehlten von 80.000 Personen 18.500 Personen, im Nomos Argolis von 92.400 11.500, auf den Kykladen von 209.700 79.300 (40 %!), auf Kephallenia von 87.400 16.100, auf Euböa von 126.000 9.100 und im Nomos Evritania von 55.000 7.800 (Beilage 4).

Entsprechend der hohen Auswanderungsziffer (bis 14 o/oo) wuchs die Volkszahl zwischen 1897 und 1912 nur sehr langsam um 17.000 - 19.000 Einwohner pro Jahr (6 - 7 o/oo) (Abbildung 9). Die starke Auswanderung machte sich bei den Städten Patras und Kalamata in einem Stagnieren der Einwohnerzahlen zwischen 1896 und 1907 bemerkbar, bei der Stadtbevölkerung von Tripolis, Pyrgos, Ägion, Sparta und Karditsa in einem verlangsamten Wachstum zwischen

1889 und 1920 und bei Ermupolis, Korfu, Nauplia und Argos in einem Bevölkerungsrückgang (Abbildungen 11, 14). Eine stärkere Verknüpfung zwischen Stadt und Land (Verbesserung der Infrastruktur) war trotz der regen Binnenwanderung ebensowenig erfolgt wie ein Ausgleich in der Bevölkerungsdichte von Ebene und Gebirge.

4 Auswirkungen der Flüchtlingsansiedlung auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung zwischen 1912 und 1940

In den Balkankriegen (1912 und 1913) erwarb Griechenland die für seine wirtschaftliche Entwicklung wichtigen großen Ebenen und Becken Makedoniens, die großen Inseln vor der kleinasiatischen Küste und Kreta, und 1920 wurde ihm noch Westthrakien zugesprochen. Damit vergrößerte sich das Staatsgebiet um mehr als das Doppelte und die Bevölkerungszahl um 80 % (von 2,7 Mill. (1912) auf 5 Mill. (1920)) (Tabelle 37). Die Folge der

Tab. 37: Anstieg der Bevölkerungszahl in den Griechenland nach 1912 zugesprochenen Gebieten

Jahr	Einwohnerzahl in 1000							
	Ges.Griechenld. km²	E-Zahl	Thrakien	Makedonien	Thessalien	Epirus	Ägäische I.	Kreta
1907	63.211	2.631,9			370,7	70,8		
1912	63.211	2.719,4						
Zuw. 1912/13	57.670	2.084,5	3,7	1.167,6	25,5	245,6	305,9	336,2
1913	120.881	4.819,8						
Zuw. 1913(07)/1920	8.400	300,4	199,0	-82,1	+42,2	-23,4	-45,9	+10,4
1920	129.281	5.016,9	202,7	1.085,5	438,4	292,9	260,1	346,6
Zuw. 1920/23	129.281	1.262,0						
Zuw. 1920/28	129.281	1.877,8	100,5	326,9	54,8	19,7	47,7	39,8
1928	129.281	6.204,7	303,2	1.412,5	493,2	312,6	307,7	386,4

Unterlagen: Stat.Jb. 1936, T.3, Tab. 3, S. 416 und Stat.Jb. 1964, II,1, S 16 für Gesamtgriechenland; Stat.Jb. 1936, T.3, Tab. 4,1, S. 417 für die Regionen. Zuw. = Zuwachs

sich in Nordgriechenland ausbreitenden Kämpfe war neben der Verwüstung der Landstriche ein Flüchtlingsproblem, durch das sich der Staat vor die Notwendigkeit einer neuen Siedlungs- und Agrarpolitik und einer möglichst schnellen Industrialisierung gestellt sah. [235]

Zu Anfang des Weltkrieges gab es in Griechenland fast 30.000 Flüchtlingsfamilien (117.500 Personen), von denen nur 6.800 Familien (29.800 Personen) vom Staat angesiedelt worden waren. [236] Nach dem Weltkrieg und dem von Griechenland verlorenen Kleinasienkrieg und den Verträgen zur "Bereinigung der ethnographischen Grenzen" wurden fast alle Türken und viele Bulgaren aus Griechenland und etwa 1,5 Mill. Griechen aus den Nachbarstaaten ausgewiesen. Diese 1,5 Mill. kamen als Flüchtlinge zum allergrößten Teil ohne Besitz aus den ehemaligen türkischen Besitzungen in Europa und Kleinasien (Tabelle 38) und ließen sich vor allem in Makedonien (45 %) und Thrakien (35 %) nieder, als Landbevölkerung außerdem auf Kreta (8,8 %) und in Thessalien (7 %) (Abbildung 20, Tabelle 39), die übrigen meist in den größeren Hafen- und Landstädten Altgriechenlands. [237]

Tab. 38: Herkunft und Geschlecht der Flüchtlinge 1928

Herkunftsland	Zahl der Flüchtlinge vor und nach 1922			
	abs.	o/oo	männl.	%
Kleinasien	626.954	513,1	293.086	46,8
Thrakien	256.635	210,0	126.837	49,4
Pontos	182.169	149,1	88.271	48,5
Bulgarien	49.027	40,1	25.070	51,1
Kaukasus	47.091	38,5	24.410	51,9
Konstantinopel	38.458	31,5	20.234	52,6
Rußland	11.435	9,4	6.359	55,6
Serbien	6.057	4,9	3.004	49,6
Albanien	2.498	2,0	1.438	57,6
Dodekanes	738	0,6	394	53,4
Rumänien	722	0,6	274	38,0
Zypern	57	0,05	37	64,9
Ägypten	8	0,01	4	50,9
	1.221.849	1000,0	589.418	45,2

Quelle: Stat.Jb. 1936, Tab. I,18, S. 50 (Zahlen nach der Volkszählung von 1928)

Tab. 39: Zahl der Flüchtlinge und der außerhalb von Griechenland Geborenen in den einzelnen Regionen 1928

Region	Ges. Bev.	Zahl der Flüchtlinge und ihr %-Anteil an der Gesamtbevölkerung der Region						Im Ausland Geborene	
		abs.	o/oo	abs. vor 1922	o/oo	abs. nach 1922	o/oo	abs.	o/oo
Mittelgriechenland und Euböa	1.592.842	306.193	192,2	22.483	14,1	283.710	178,1	317.188	199,1
Peloponnes	1.053.327	28.362	26,9	3.043	2,9	25.498	24,0	32.873	31,2
Kykladen	129.702	4.782	36,9	284	2,2	4.498	34,7	6.697	51,6
Ionische Inseln	213.157	3.301	15,5	270	1,3	3.031	14,2	6.189	29,0
Thessalien	493.213	34.659	70,3	8.238	16,7	26.421	53,6	36.427	73,9
Makedonien	1.412.477	638.253	451,9	99.638	70,6	538.595	381,3	565.143	400,1
Epirus	312.634	8.179	26,2	596	1,9	7.583	24,3	10.348	33,1
Kreta	386.427	33.900	87,7	1.229	3,2	32.671	84,6	32.411	83,9
Ägäische Inseln	307.734	56.613	184,0	4.748	15,4	51.865	168,5	51.550	167,5
Thrakien	303.171	107.607	354,9	11.343	37,4	96.264	317,5	100.485	331,5
Gesamtgriechenland	6.204.684	1.221.849	196,9	151.892	24,5	1.069.957	172,4	1.159.311	186,8

Quelle: Stat.Jb. 1930, S. 50, Tab. I,17

1) Stat.Jb. 1936, I,14, S. 72, 73

4.1 Veränderungen in der Land- und Viehwirtschaft

Kein Teil des Landes wurde von so grundlegenden und sichtbaren Veränderungen in Bevölkerungszahl, Bevölkerungsdichte, Ethnographie, in der Siedlungs- und Wirtschaftslandschaft betroffen wie der nordgriechische Raum.

Andreades gibt 776.000 griechische Einwanderer nach Makedonien an und als Herkunftsgebiete die Türkei (674.000), Bulgarien (33.000), Serbien (5.000), Albanien (3.000) und Rußland (61.000). [238] Von 610.000 Türken und Bulgaren, die das Land verlassen mußten, waren bis 1919 bzw. 1923 5/6 in Makedonien und Thrakien ansässig gewesen. Deren teilweise kriegszerstörten Wohnungen reichten für die Unterbringung der Zuwanderer nicht aus. Es wurden neue ländliche Siedlungen mit regelmäßigem Grundriß angelegt und den Städten ebenso schematische Flüchtlingsviertel angegliedert. Die für die türkischen Städte typischen Moscheen und Bäder ließ man verfallen. [239]

Aus dem extensiv bewirtschafteten Land der Großgrundbesitzer entwickelte sich ein viel intensiver genutztes, gleichmäßig parzelliertes Land von Kleinbauern. 1918 gab es in Griechenland noch 2.260 Tschiftliks mit einem Besitz von 3 Mill. ha anbaufähigen Landes, von denen etwa 2/3 bearbeitet wurden. [240] In Thrakien wäre fast das Doppelte, in Makedonien mehr als das Doppelte der angebauten Flächen kultivierbar gewesen.

Tab. 40: Ausdehnung und extensive Nutzung von Groß-Grundbesitz in Griechenland bis 1918

	Zahl der Tschiftliks	bearbeitete Fläche	zusätzlich anbaufähige Fläche
W-Thrakien	84	127.128 ha	121.145 ha
Makedonien	810	398.889 ha	492.238 ha
Epirus	410	56.419 ha	11.183 ha
Thessalien	264		
Ges.-Griechenland	2.259	2.097.039 ha	1.013.805 ha

Quelle: Evelpidis 1926, S. 12

Im Becken von Serres, dessen Ebene 1896 noch zu 25 % mit Getreide, Baumwolle, Reis und Rizinus bebaut war, wurden 1919 nurmehr 10 % der Ebenenfläche landwirtschaftlich genutzt, 1920 14 % (31.000 ha von 215.400 ha), während das Dreifache anbaufähig war (86.000 ha). In W-Thrakien waren vor 1913 nur noch 8 % der kultivierbaren Fläche bebaut (96.200 ha). [241)]

Die Agrarreformen unter Ministerpräsident Venizelos (ab 1917) hatten die Verteilung von Ländereien aus Großgrund- und Staatsbesitz an alle besitzlosen einheimischen Bauern und Tagelöhner in ganz Griechenland vorgesehen, und zwar mit Hilfe von Genossenschaften. Ein Siedlungsgenossenschaftsrat hatte den neuen Gemeindebesitz (Wald, Weide, Bewässerungsanlagen) zu verwalten und den Einkauf, Verkauf und die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen zu regeln. [242)]

1929 standen nur noch 3 % der Bauern im Teilpachtverhältnis, und nur noch 0,25 % aller Betriebe waren über 100 ha groß. Dagegen waren 87 % aller Betriebsleiter Eigentümer der Ländereien, und 87 % aller landwirtschaftlichen Betriebe hatten eine Größe von weniger als 5 ha (Tabellen 41 und 42).

Tab. 41: Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe 1929

Betriebsgröße in ha	Betriebe absolut	%	Betriebsgröße	Betriebe absolut	%
unter 1	358.718	37,6	8,1 - 10	17.627	1,9
1,1 - 2	207.065	21,7	10,1 - 20	27.013	2,8
2,1 - 3	127.553	13,4	20,1 - 40	7.382	0,8
3,1 - 4	84.991	8,9	40,1 - 50	915	0,09
4,1 - 5	52.027	5,5	50,1 - 100	1.415	0,1
5,1 - 6	31.962	3,4	100,1 - 500	1.041	0,1
6,1 - 8	35.261	3,7	über 500	397	0,03
				953.367	100,00

Unterlage: Stat.Jb. 1935, III, 8c

Tab. 42: Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft 1928

Region	Eigen-tümer 1)	Ver-pächter	Erb-pächt.	Teil-pächt.	unge-klärt	zus.
Mittelgriechen-land und Euböa	73.936	3.932	791	3.548	4.625	86.842
Peloponnes	150.164	1.433	1.179	1.295	13.247	167.318
Ionische Inseln	23.534	984	690	1.027	3.026	29.261
Thessalien	68.010	2.356	276	2.891	2.647	76.180
Epirus	27.169	502	98	5.294	1.392	34.455
Makedonien	178.756	6.558	1.163	7.001	9.005	202.483
Thrakien	43.215	2.294	83	167	669	46.428
Kykladen	10.735	194	136	289	1.187	12.541
Ägäische Inseln	17.978	1.666	220	777	1.320	21.961
Kreta	34.427	415	231	480	847	36.400
Ges.Griechenland	627.924	20.334	4.867	22.769	37.975	713.869

1) Dazu gehören auch die von der Flüchtlingskommission Angesiedelten.

Quelle: Stat.Jb. 1931, Tab. IIIa, 16, S. 108

Die kultivierte Fläche vergrößerte sich in Makedonien von 283.300 ha i.J. 1914 auf 416.200 ha i.J. 1926 und auf 665.800 ha im Jahre 1935, in Thrakien von weniger als 100.000 ha (1922 - 1927) auf 172.200 ha (1935). [243] Erweitert wurden vor allem die Getreideanbauflächen (Weizen) (Tabelle 43). In den Ebenen breitete sich der Baumwollanbau (zunächst Trockenfeldbau) aus, auf den Terrassen und Beckenhängen in Nordgriechenland der Tabakanbau. [244] Tabakbauern von Kars wurden als Pächter in der Achaia angesiedelt, andere in der Argolis und der Pieria, im übrigen W-Makedonien und auf den Ägäischen Inseln. Bei Saloniki, Veria, Naussa, Phlorina, im Bergland um Kilkis und auf der Chalkidike entstanden neue Weinkulturen; auf Kreta (im Hinterland von Chania und Iraklion und in Ostkreta) verhalfen die Flüchtlinge dem Wein- und Sultaninenanbau zu neuem Aufschwung (Qualitätssteigerung durch die Einfuhr kleinasiatischer Sultaninensorten).

Tab. 43: Ausweitung der Anbauflächen für Getreide und Industriepflanzen 1911 - 1932

	1911	1920	1924	1928	1930	1932
Getreide	567,1	931,6	1.015,9	1.139,0	1.263,6	1.355,8
	66,6	70,6	69,2	71,6	71,0	70,6
Industrie- u. Aromatische Pflanzen	34,4	57,1	118,6	124,7	149,7	118,8
	4,0	4,3	8,1	7,8	8,4	6,2

Quellen: 1911 - 1928: Stat.Jb. 1930, III,1,2,S. 145
1930 u. 1932: das. 1936, III,1,2, S. 116
Einheiten: Zeile 1: 1000 ha; Zeile 2: 100 %

Der Schwerpunkt der Seidenraupenzucht verlagerte sich von der Peloponnes (Kalamata) nach Thrakien (Evrostal). [245)]

Den Wanderhirten gaben die Grenzziehungen nach den Balkankriegen, die Zerschneidung ihres Wirtschaftsraumes und die Einschränkung der Winterweideflächen durch Neulandgewinnung und Trockenlegung (für die Ausweitung der Anbauflächen) [246)] einen neuen Anstoß zur Abwanderung und Seßhaftwerdung und damit zur Aufgabe ihrer früheren Wirtschafts- und Lebensweise. Sie ließen sich in den Städten, vor allem in Athen und Saloniki nieder und auf dem vom Staat zur Ansiedlung angebotenen Land. Nach dem Verkauf der Schafherden, der Pferde und Maultiere wurde die Viehzucht nur noch nebenbei betrieben. Ackerbau, Handel und Gewerbe wurden für viele zu Haupteinnahmequellen.

Der ab 1.I.1924 tätigen Unabhängigen (Autonomen) Siedlungskommission des Völkerbundes (E.A.P.), der alle Siedlungsbüros unterstellt waren, die seit den Austauschvereinbarungen von 1919 die Ansiedlung von Flüchtlingen in ländlichen und städtischen Gebieten und die Ansiedlung einheimischer Bauern geregelt hatten, [247)] wurden vom Staat 840.000 ha Land, von denen 503.000 ha anbaufähig waren, zur Ansiedlung von Flüchtlingen übergeben (Tabelle 44). Das Land stammte aus (1.) enteignetem türkischen und bulgarischen Besitz (Tabelle 45), (2.) schlecht bewirtschaftetem

Tab. 44: An die E.A.P. bis zum 31.12.1928 abgetretene ländliche Anwesen nach Größe und Herkunft

Ehemalige Besitzer	Fläche in ha (Schätzung)
Bulgarischer Grundbesitz, ausgetauscht	94.021
Türkischer Grundbesitz, ausgetauscht	498.110
Türkischer Grundbesitz, nicht ausgetauscht	19.960
Privater griechischer Grundbesitz enteignet[1] beschlagnahmt	58.845 36.736
Staatsdomänen	53.639
Grundbesitz von öffentlichen Körperschaften (Gemeinden, Stiftungen, Klöstern, Kirchen u.a.)	48.138
Besitz von im Ausland lebenden Eigentümern	29.525
	839.044

Quelle: Stat.Jb. 1930, III,15,2, S. 162

1) Entschädigung gegen den Güterwert von 1914. Die zwangsumgesiedelten Türken und Bulgaren durften nur ihren beweglichen Hausrat frei verkaufen, ihr Grundbesitz fiel entschädigungslos an den Staat.

Tab. 45: Zahl und Größe der an die E.A.P. bis zum 31.12.1928 abgetretenen ländlichen Anwesen in den einzelnen Regionen

Regionen	enteignete Anwesen		beschlagnahmte Anwesen		ausgetauschte ehem. türkische Anwesen
	Zahl	ha	Zahl	ha	Zahl
Makedonien	386	128.260	154	107.431	30.956
Thrakien	14	434	44	15.559	498
Thessalien	501	211.946	1	826	
Epirus	384	192.546	70	4.823	2.375
Inseln	6	992			Ägäisch.I. 8.673 Kreta 15.633
übriges Grld.	271	69.751	3	164	2.036
	1.562	603.928	272	128.803	60.169

Quelle: Stat.Jb. 1930, III,17, S. 162

Staatsbesitz, (3.) entschädigungslos enteignetem Besitz öffentlicher Körperschaften (Gemeinden, Klöstern, Kirchen, Stiftungen u.a. juristischen Personen), (4.) privatem Grundbesitz über 80 ha in Nordgriechenland (alle kultivierten Flächen über 8 - 15 ha in Thessalien, Makedonien, Epirus, Thrakien) und über 100 ha im übrigen Griechenland (alle kultivierten Flächen über 35 ha) und (5.) Besitz von Eigentümern, die sich ständig im Ausland aufhielten. [248] Ausgenommen blieben Wälder, Weiden, auf denen die Ansiedlung von Sarakatsanen vorgesehen war, Musterfarmen, Saatzüchtereien, Industriegüter jedoch nur dann, wenn sie nicht für die Kultivierung oder für die Anlage von Musterwirtschaften geeignet waren. Grundbesitzer, die ihr Gut selbst bewirtschafteten, durften einen Teil behalten, und zwar je nach der Bodengüte und der Bevölkerungsdichte 50 ha bis höchstens 200 ha. [249]

Auf den 503.000 ha kultivierbaren Landes wurden bis zur Auflösung der Kommission am 31.XII.1930 146.000 Familien (580.000 Personen) angesiedelt. [250] Anspruch auf ein eigenes Stück Land (4 - 10 ha je nach Bodengüte und Familiengröße) und auf ein Haus mit Hofgebäuden und Garten hatte jeder besitzlose einheimische Landarbeiter und jeder Flüchtling über 21 Jahre, auf ein Haus und einen Garten (0,62 ha) jeder Arbeiter in Altgriechenland. Die Aufteilung der Parzellen war verboten, wurde aber doch durchgeführt. [251]

4.2 Schwierigkeiten bei der Eingliederung der Flüchtlinge

Die Voraussetzungen für die Eingliederung der Flüchtlinge waren sehr ungünstig. Während der Balkankriege und während des Weltkrieges waren die Frontgebiete am Vardar (Axios) und um Saloniki schwer verwüstet worden, [252] 1916-1918 das Becken von Serres und die thrakische Küste. Stark zerstört wurden auch die Städte Saloniki und Serres. [253]

Die Kriegsführung hatte in keinem Verhältnis zur Finanzlage des Staates gestanden. Die Folgen waren Inflationen und Regierungskrisen bis zur Bildung der Republik im Jahre 1924. Hinzu kamen die Mißernte des Jahres 1924, [254] 1928/29 die Verwüstungen durch die Hochwasser von Axios, Strymon und Evros [255] und 1930 Absatzschwierigkeiten für den griechischen Tabak, der Lebensgrundlage vieler städtischer und ländlicher Flüchtlinge in Nordgriechenland. [256]

Im Gegensatz zur Türkei, die ihre Flüchtlinge ohne fremde Hilfe ansiedeln konnte, mußte der griechische Staat mehrere Anleihen bei englischen und amerikanischen Banken und bei der griechischen Nationalbank aufnehmen.

Von der Autonomen Siedlungskommission wurden bis 1930 für die Flüchtlingsansiedlung 10,3 Mill. £ ausgegeben, und zwar 2,1 Mill. für Getreide, 2,7 Mill. für Wohnungen, 5,5 Mill. für Geräte, Vieh, Saatgut, Unterstützung mit Lebensmitteln bis zur ersten Ernte und allgemeinnützige Arbeiten. 72 % der Gelder wurden in Makedonien investiert, 12,5 % in Thrakien und 15,5 % im übrigen Griechenland. [257]

Als Garantien für die Anleihen galten Salz, Zündhölzer, Spielkarten und Zigarettenpapier, die Monopole Nordgriechenlands, dazu die Stempelabgaben Nordgriechenlands, die Alkoholsteuer, Überschüsse der unter der Verwaltung der unabhängigen Finanzkomission stehenden Einnahmen und, das Land am empfindlichsten treffend, die Einnahmen der Zollämter Chania, Syros, Samos, Chios, Mytilini. [258]

Die größten Schwierigkeiten für die Eingliederung der Flüchtlinge waren die Wohnungsnot, die Beschaffung von Arbeitsplätzen, die gesundheitliche Schwächung der Neusiedler und die mit der Unkenntnis der neuen Umgebung und der neuen Erwerbsgrundlagen und der finanziellen Unsicherheit zusammenhängende Unzufriedenheit.

Die vor allem im Raum Athen konzentrierte, überwiegend von ausländischem Kapital (z.T. von Auslandsgriechen) abhängige Industrie hatte selbst den Alteingesessenen nicht genügend viele Arbeitsplätze bieten können. Deshalb versuchten die städtischen Zuwanderer in Handelsunternehmen, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben unterzukommen, die auf diese Weise im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Städte ein großes Übergewicht bekommen hatten.

Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge waren aber gerade als Händler und Handwerker oder freiberuflich Schaffende in Städten ansässig gewesen. Nur die wenigsten konnten in den griechischen Städten ihre frühere Tätigkeit wieder aufnehmen oder im Bauhandwerk eine Beschäftigung finden. Vielmehr mußten die meisten in der Landwirtschaft untergebracht werden, einige vorübergehend als Erntearbeiter, obwohl sie mit diesem Wirtschaftszweig kaum vertraut waren.
Lehmann berichtete, [258a)] daß von 20.000 ländlichen Siedlern in Ostmakedonien nur die Hälfte Bauern, ein Viertel aber reine Städter waren und die übrigen früher nur Hausgärten im Nebenerwerb bewirtschaftet hatten.

In wenigen Jahren verschob sich das Beschäftigungsbild zugunsten der Industriewirtschaft, [259)] besonders durch den von den Flüchtlingen vorangetriebenen Ausbau der Tabak-, Textil- und Teppichindustrie, so daß 1928 1/4 aller erwerbstätigen Flüchtlinge in Industriebetrieben (dazu ist auch das Bauhandwerk gezählt) arbeiten konnten (dagegen nur 16 % der Alteingesessenen). Im Handel waren 8,3 % beschäftigt worden (7,5 % der Alteingesessenen), im Transport- und Verkehrswesen 4 % (4,5 % der anderen) und 52 % in der Landwirtschaft. Im ganzen lag die Erwerbstätigenquote bei den Flüchtlingen um 5 % höher als bei den Einheimischen (61 % rsp. 56 %) (Tabelle 4

Tab. 46: Zahl der in den einzelnen Industriezweigen Beschäftigten 1928

Industriezweig	Beschäftigte in 1000	Männer in 1000	Frauen in 1000
Lebensmittelerzeugung	37,6	36,2	1,4
Chemische Erzeugnisse	2,3	2,0	0,3
Baugewerbe	58,9	58,5	0,4
Metallurgie	45,1	44,6	0,4
Energieerzeugung	6,5	6,5	0,0
Holzverarbeitung	55,0	53,5	1,4
Lederverarbeitung	63,9	62,7	1,2
Textilerzeugung	101,7	29,1	72,4
Papierherstellung	8,2	6,9	1,3
Tabakverarbeitung	48,6	28,2	20,4
andere Industrien	1,9	1,6	0,3
	429,8	330,1	99,7

Quelle: Stat.Jb. 1930, IV,4, S. 182

Der Athener Raum beherbergte 1917 62 % aller Industriegebtriebe und 47 % der Arbeiter. Verarbeitet wurden nur einheimische Güter für den einheimischen Verbrauch, wie es für kapitalarme Länder kennzeichnend ist; die von den Kriegen schwer betroffene Maschinenindustrie war weitgehend vom Ausland abhängig; die meisten Betriebe hatten die Charakter von Werkstätten. Es gab nur wenige Großbetriebe, zum Beispiel bis 1925 zwei mit ca. 500 Arbeitern in Laurion (Erzverarbeitung), bis 1920 in Nordgriechenland Spinnereien und Webereien mit ca. 70 Arbeitern pro Betrieb und Tabakverarbeitungsbetriebe [260] mit durchschnittlich 160 Arbeitern. Die Werften von Piräus und Syros beschäftigten ca. 100 Arbeiter. [261]

Bis 1925 stand die Lebensmittelindustrie mit einem Anteil von 50 % an der gesamten industriellen Produktion im Vordergrund.[262] Die Teppichherstellung, die bis zu den Kriegen als Hausindustrie betrieben wurde (u.a. von Aromunen aus Samarina, Avdela, Perivoli, Metsovon, Elasson, Vlacholivadi [263], beschäftigte 1928 30.000 Personen. Etwa 50.000 Flüchtlinge, Griechen und Armenier (meist Frauen), waren in Kleinasien als Teppichknüpfer tätig gewesen. [264]

Tab. 47: Berufsgliederung 1928 (Bevölkerung über 10 Jahre)

Wirtschaftsbereich	Bevölkerung in 1000					
	Gesamtzahl	%	Alteingesessene	%	Flüchtlinge nach 1922	%
Land-/Forstwirtsch.	1.293,4	53,6	1.050,8	53,9	242,6	52,3
Viehzucht	167,3	6,9	156,2	8,0	9,1	1,96
Fischerei	14,9	0,6	11,5	0,6	3,4	0,7
Rohstoffgewinnung	6,3	0,3	5,4	0,3	0,98	0,2
Industrie	429,8	17,8	315,3	16,2	114,5	24,7
Transport-/Verkehrswesen	106,8	4,4	88,0	4,5	18,7	4,0
Bankwesen	22,9	0,95	18,6	0,95	4,3	0,93
Handel	185,6	7,7	147,0	7,5	38,5	8,3
Private Dienste	57,6	2,4	43,7	2,2	13,9	3,0
Öffentliche Dienste	44,5	1,8	39,6	2,0	4,9	1,1
Freie Berufe	85,97	3,6	72,9	3,2	13,0	2,8
Erwerbstätige	2.415,1	100,0 / 50,1	1.951,1	100,0 / 49,6	464,0	100,0 / 52,7
Beruf unbekannt	330,4	6,8	256,8	6,5	73,6	8,4
Berufslose	2.069,2	43,0	1.728,2	43,9	341,0	38,8
Bevölkerung über 10 Jahre	4.814,7	100,0	3.936,1	100,0	878,6	100,0

Unterlage: Stat.Jb. 1930, S. 75, Tab. I,29.
Berufsgruppen der über 10 Jahre alten Flüchtlingsbevölkerung: das. I,31,2, S. 83

Von 135 1922-1929 neugegründeten Betrieben mit 1929 7.250 Arbeitern lagen 79 im Raum Athen (4.500 Arbeiter), 13 in Thessaloniki (1.100 Arbeiter), 9 in Edessa (417 Arbeiter), 8 in Veria (113 Arbeiter), 5 in Chalkis (412 Arbeiter), d.h. 2/3 aller Teppichindustriebetriebe lagen im Raum Athen-Piräus. [265)]

4.3 Ländliche Neusiedlungen

In der Landwirtschaft fehlte es aber nicht nur den meisten Flüchtlingen, sondern auch den Vorstehern der Siedlungsbüros an Vorbildung, die gerade bei den neu gewonnenen oder schon lang brachliegenden oder kargen Böden unbedingt erforderlich gewesen wäre. Bodenkarten gab es keine.

Die Ländereien wurden oft, ohne vorher Vermessungen vorzunehmen, verteilt, noch nicht nutzbare, aber für den Anbau vorgesehene Flächen nur provisorisch vergeben, und einige Siedler mußten mehrmals umziehen. Aus solchen Gründen war das Interesse an Investitionen zur Anlage von Wein- und Baumpflanzungen und an der Düngung der Böden gering. [266]

Die Genossenschaften, zu denen sich die Siedler zusammenschließen mußten, erfüllten ihre Aufgaben nur unzureichend, und die Landwirtschaftsbank von Griechenland, die neben der finanziellen Unterstützung der Neubauern auch deren Unterweisung in der Bodenbewirtschaftung zur Aufgabe hatte, wurde erst 1930 gegründet. [267]

Die nur langsam fortschreitende Landverteilung - die Agrargesetzgebung zog sich bis 1930 hin, die Landgewinnung bis zum 2. Weltkrieg -, und die Kleinheit der Parzellen, die oft für das Existenzminimum kaum ausreichten, förderten die Abwanderung in die übervölkerten Städte und in das Ausland.

Von den abgewanderten Türken und Bulgaren konnten in Makedonien und Thrakien etwa 60.000 Häuser übernommen werden, von denen aber nur 1/5 bewohnbar gewesen sein soll; fast noch einmal so viele wurden bis 1930 neu errichtet (Tabelle 49). Insgesamt wurden bis 1930 in Makedonien und Thrakien 518.100 Personen in 1.600 Siedlungen untergebracht, [268] im übrigen Griechenland weitere 60.700 Personen in 380 Siedlungen (Tabelle 48).

Tab. 48: Ländliche Ansiedlung der Flüchtlinge durch die E.A.P. und das Landwirtschaftsministerium vom 1.1.1924 bis zum 31.7.1929. Fläche der an die E.A.P. bis zum 31.12.1928 abgetretenen ländlichen Anwesen.

Siedlungsbüros	Siedlungsstellen		Familien		Personen		Ländereien	
	E.A.P.	Landw.	E.A.P.	Landw.	E.A.P.	Landw.	enteig-net	kulti-vierbar
Makedonien	1.055		87.170		339.094		548.787	335.007
Axiupolis	36		4.057		15.577		(v.a.Türkengüter)	
Veria	74		4.171		15.899			
Giannitsa	45		7.114		25.955			
Edessa	73		5.741		23.062			
Eordaia	29		5.026		20.776			
Thessaloniki	74		9.726		37.743			
Kastoria	35		1.939		7.498			
Katerini	25		3.259		13.218			
Kilkis	140		9.933		36.664			
Kozani	134		7.284		28.264			
Langada	118		6.874		27.279			
Serres	92		7.825		32.158			
Sidirokastron	101		7.616		30.152			
Phlorina	42		3.069		12.548			
Chalkidike	37		3.536		12.301			
Thrakien	562		42.790		179.060		226.019	125.051
Alexandrupolis	61		5.040		21.485		(v.a. bulgarischer	
Drama	205		15.886		66.758		Grundbesitz und	
Kavalla	121		10.149		40.242		Klosterbesitz)	
Komotini	55		4.121		16.794			
Xanthi	44		2.703		10.980			
Orestias	76		4.891		22.801			
Epirus	24		1.337		4.232		8.084	4.460
Ioannina	7	1	430	46	1.433	184		
Preveza	17		907		2.799			
Arta		1		11		44		
Thessalien	37	15	2.251	652	7.630	2638		
Volos	11	11	867	441	2.929	1764		
Larisa	26	4	1.384	211	4.701	844		
Übriges Festland	43	22	4.491	1308	18.106	5232		
Attika-Böotien	13	14	1.291	1004	6.047	4016		
Euböa	15	1	1.832	57	6.957	228		
Ätolien-Akarn.	6		366		1.282			
Lamia		1		31		124		
Achaia-Elis	7	6	481	216	1.736	864		
Argos	2		521		2.084			
Inseln	236	1	5.552	150	22.034	600		
Lesmos	16		795		3.096		4.455	1.636
Samos		1		150		600		
Kreta	220		4.757		18.938		15.455	9.121
Iraklion	96		2.524		10.159			
Lasithi	25		435		1.711			
Rhethymnon	41		774		3.069			
Chania	58		1.024		3.999			
Übriges Grld.							36.245	28.263
Zus.	1.957	40	143.591	2.167	570.156	8.668	839.044	503.538

Quelle: Stat.Jb. 1930, I,42, S. 104,105; III,15, S. 162

Tab. 49: Verteilung ländlicher Häuser an Flüchtlinge bis zum 31.12.1929

	Makedonien	Thrakien[+)]	übr. Grld.	zus.
ausgetauschte türkisch/bulgarische Häuser	34.222	25.683	3.987	63.886
von der E.A.P. gebaute Häuser	30.877	11.636	10.048	52.561[++)]
vom Staat gebaute Häuser	10.313	3.174	-	13.487
	75.412	40.493	14.029	129.934

+) einschließlich Stadthäuser vom Drama und Kavalla

++) bis zum 31.12.1930 waren es 67.048 Häuser

Während die alten Ortschaften auf den höheren Terrassen oder zumindest auf trockenen Bodenerhebungen der Becken und Ebenen gelegen waren, verleitete vielfach der Wunsch, geschlossen zu siedeln und in der Nähe der Felder zu bleiben, oft auch die leichte Erreichbarkeit von Material zum Hausbau oder Verkehrsgunst und Stadtnähe die mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertrauten Flüchtlinge dazu, ihre neuen Dörfer in den überschwemmungs- und malariagefährdeten feuchten und sommerheißen Niederungen anzulegen, [269)] in denen es vorher nur Tschiftlikweiler oder jahreszeitlich bewohnte Hüttensiedlungen von Wanderhirten gegeben hatte (Tabellen 50, 51).

J.H. Schultze gab als allgemeine jährliche Sterberate allein für Malaria in den Ebenen über 2 o/oo an und berechnete, daß 10 % von 1,4 Mill. Flüchtlingen in den ersten Jahren an Malaria gestorben sind, in den Ebenen während der ersten Monate sogar 20 % bis 30 % der Siedler. [270)]

Bis 1936 stand die Neuverteilung des enteigneten Bodens bei den Agrarreformen im Vordergrund und nicht die für die Anlage der Kolonien und deren wirtschaftliche Weiterentwicklung so dringend nötige Entsumpfung, Neulandgewinnung und Verbesserung

Tab. 50: Ausdehnung der Nutzflächen und der Sumpf- und Seengebiete in den makedonischen Ebenen vor 1926

Ebene von	km²	trockene Anbauflächen km²	%	zeitweise überschwemmte Flächen km²	%	nicht nutzbare Flächen (Sümpfe, Seen) km²	%
Drama (< 80 m)	380	220	57,9	43	11,3	117	30,8
Serres (< 50 m)	1.180	437	37,0	283	23,9	460	39,0
Giannitsa (< 50 m)	2.080	900	43,3	738	35,5	442	21,2
	3.640	1.557	42,8	1.064	29,2	1.019	28,0

Quellen: Fels 1944, S. 25,40,46,59

Tab. 51: Ausdehnung der Nutzflächen und der Sumpf- und Seengebiete in den thessalischen Ebenen vor 1936

Karditsa (<115 m)	1.090	490	45,0	535	49,0	65	6,0
Larisa (< 70 m)	660	360	54,5	183	27,7	117	17,7
	1.750	850	48,6	718	41,0	182	10,4

Quellen: Fels 1944, S. 46,40,25,59

Tab. 52: Trockengelegte Flächen und bis 1939 an Bauern und andere Besitzer verteiltes Land in Makedonien

	Trockengelegte Flächen km²	Verteiltes Land km²
Ebene von Thessaloniki	411,5	354,8
1. Eb.v. Giannitsa	310,9	264,7
2. Artzan/Amatovo	48,6	38,1
3. Übrige Flächen	52,0	52,0
Ebene von Serres	113,4	71,2
Ebene von Drama	93,0	69,5
	617,9	495,5

Quelle: Fels 1944, S. 53 (nach Volksw.Jb. 51, 1939, II, S. 157)

der Anbaumethoden. [271] Zu Gunsträumen für eine dichte Besiedlung konnten sich die Niederungen erst nach den Meliorationen, der Eindämmung der Flüsse und der Trockenlegung von Sümpfen und Seen (Tabelle 52), vor und nach dem 2. Weltkrieg und nach der Bekämpfung der Malariamücke mit DDT entwickeln.

4.4 Städtewachstum

Die Sterbeziffer, die schon vor 1920 auf weniger als 15 o/oo zurückgegangen war, stieg auf dem Land infolge der Malariaerkrankungen der Siedler und in den Städten infolge der schlechten Unterbringungsmöglichkeiten wieder an. In diesem dritten Abschnitt der Bevölkerungsentwicklungskurve (1925 - 1935), die von hohen Geburtenziffern (29-31 o/oo) und niedrigen Auswanderungsziffern gekennzeichnet wurde, lagen die Sterbeziffern bei 15-18 o/oo. Der mit dem Absinken der Geburtenziffern (29-24 o/oo) einsetzende vierte Abschnitt, in dem natürliche und tatsächliche Zuwachsraten gleich hoch lagen, wurde durch den 2. Weltkrieg unterbrochen (Abbildung 9, Tabelle 53)

In den Städten hatten sich die mittellosen Flüchtlinge an den Rändern und längs der Ausfallstraßen Notunterkünfte aus Holz und Wellblech geschaffen, aus denen erst allmählich geschlossene Viertel mit festen Häusern, ausgebauten Straßen, Kanälen und Stromversorgung erwuchsen.

Die bis 1930 von der Autonomen Siedlungskommission gebauten 118 Flüchtlingsviertel mit 27.600 meist nur zweistöckigen Häusern (davon allein die Hälfte in Athen, Piräus und Thessaloniki, wo sich etwas mehr als 1/3 der städtischen Flüchtlinge niedergelassen hatte, Tabelle 54) reichten bei weitem nicht aus für die mehr als 600.000 Personen. Viele mußten in Kasernen untergebracht werden, und die beiden Athener Paläste, das Zappeion und das Achillion auf Korfu wurden zu Waisenhäusern.

Jahr	E/km²	E-Zahl	tats. Zuwachs abs.	o/oo	natürl.Zuw. abs.	o/oo	Ge- burt.fälle	Sterbe- überseen	Auswanderung USA	Europa Übrd.	Ges.-Zahl	abs.	o/oo
1920	38,7	5.007.500	192.606						12.616	2,3	11.981		
1921	39,1	5.049.500	42.000	8,4	38.096	7,6	21,2	13,6	29.135	5,2	28.502		
1922	39,4	5.097.000	47.500	9,4	27.918	5,8	21,5	16,0	4.426	0,7	3.457		
1923	46,5	6.010.000	913.000	179,1	11.884	2,1	19,0	17,0	5.242	0,9	3.333		
1924	46,4	6.000.000	-10.000	- 1,7	23.694	4,3	19,5	15,6	8.152	1,4	4.871		
1925	46,1	5.957.500	-42.500	- 7,1	67.734	11,6	26,3	14,9	3.576	0,6	2.160		
1926	46,7	6.041.500	84.000	14,1	97.142	16,4	30,0	13,9	6.745	1,1	4.119		
1927	47,4	6.127.000	85.500	14,2	76.507	12,7	28,8	16,3	9.255	1,5	6.346		
1928	48,0	6.210.323	83.323	13,6	83.585	13,5	30,5	17,0	8.850	1,1	6.725		
1929	48,6	6.285.996	75.673	12,2	66.309	10,6	28,9	18,4	6.710	1,5	5.905	22.422	856
1930	49,3	6.367.149	81.153	12,9	95.754	15,1	31,3	16,3	6.278	1,0	4.257	22.935	544
1931	50,0	6.462.772	95.623	15,0	84.874	13,2	30,8	17,7	3.425	0,5	2.762	4.604	84
1932	50,6	6.543.625	80.853	12,5	67.930	10,4	28,4	18,0	2.838	0,4	2.298	6.130	89
1933	51,2	6.624.468	80.843	12,4	78.136	11,9	28,6	16,8	2.444	0,4	1.923	5.706	
1934	52,0	6.726.891	102.423	15,5	108.233	16,2	31,1	15,0	2.624	0,4	2.155	5.488	
1935	52,9	6.836.984	110.093	16,4	91.095	13,4	28,2	14,8	3.466	0,5	2.225	4.727	176
1936	53,7	6.936.227	99.243	14,5	88.338	12,7	27,9	15,1	3.071		2.072		
1937	54,4	7.028.530	92.303	13,3	78.204	11,1	26,2	15,0	3.968		2.633		
1938	55,1	7.121.753	93.223	13,3	90.743	12,7	25,9	13,2	3.859		2.417		
1939	55,9	7.221.896	100.143	14,1	78.393	10,9	24,8	13,9	3.470		2.287		
1940	56,6	7.318.915	97.019	13,4	85.670	11,7	24,5	12,8	1.395		1.131		
1946									1.558		1.326		
1947									4.901		2.571		
1948									4.819		2.047		
1949	56,7	7.482.748			79.658	10,7	18,6	7,9	4.263		1.483		
1950	57,3	7.566.028	83.280	11,1	79.379	12,9	20,0	7,1	4.635		1.890		
1951	58,0	7.646.402	80.374	10,6	97.914	12,8	20,3	7,5	14.155		8.930		
1952	58,6	7.731.250	86.848	11,4	96.260	12,4	19,3	6,9	6.640		2.155		
1953	59,2	7.817.095	83.845	10,8	87.085	11,3	18,4	7,2	8.820		1.320		
1954	59,8	7.893.412	76.317	9,8	96.167	12,2	19,2	7,0	18.682		3.487		
1955	60,4	7.965.538	72.126	9,1	99.472	12,5	19,4	6,9	19.766		6.896		
1956	60,9	8.031.013	65.475	8,2	98.742	12,3	19,7	7,4	23.147		8.982		
1957	61,4	8.096.218	65.205	8,1	94.280	11,6	19,3	7,6	14.783		1.807		
1958	61,9	8.173.129	76.911	9,5	97.199	11,9	19,0	7,1	14.842		3.870	6.567	1.975
1959	62,6	8.258.162	85.033	10,4	99.347	12,0	19,4	7,4	13.871		2.528	6.713	2.543
1960	63,1	8.327.405	69.243	8,4	96.676	11,6	18,9	7,3	17.764		3.561		
1961	63,6	8.398.050	70.645	8,5	87.761	10,3	17,9	7,6	17.336		3.471	39.564	31107
1962	64,0	8.448.233	50.183	6,0	85.604	10,1	18,0	7,9	21.959		4.460	60.754	49532
1963	64,3	8.479.625	31.392	3,7	81.436	9,6	17,5	7,9	24.459		4.564	74.236	64662
1964	64,5	8.510.429	30.804	3,6	83.682	9,8	18,0	8,2	25.327		2.890		
1965	64,8	8.550.333	39.904	4,7	84.179	9,8	17,7	7,9	29.035		2.782	87.242	80569
1966	65,3	8.613.651	63.318	7,4	86.701	10,1	17,9	7,9	33.093		12.192	53.050	45494

Quellen: Bevölkerungszuwachs und E/km²: 1821-1920 Stat.Jb. 1936, S. 416; 1920-1962 Stat.Jb. 1964, S. 17; 1963-1966 Stat.Jb. 1967, S. 18

Geburten, Sterbefälle, Geburtenüberschuß: 1860-1890 Stat.Jb. 1936, S. 426; 1921-1962 Stat.Jb. 1964, S. 55; 1963-1966 Stat.Jb. 1967, S. 28, 42-48

Auswanderer: 1821-1890 Stat.Jb. 1936, S. 427; 1891-1954 Stat.Jb. 1964, S. 407; 1955-1963 Stat. Jb. 1964, S. 392, 393; 1958 und 1959 Stat.Jb. 1959/60, S. 64; 1964-1966 Stat.Jb. 1967, S. 146-153

Ab 1920 liegen Schätzungen für den 30. Juni vor (für natürliche Bevölkerungsbewegungen und Zu- und Abwanderungsbewegungen). Die Daten für 1920-1940 beruhen auf den Grenzen von 1940 (129.281 km²); ab 1949 ist der Dodekanes eingeschlossen (131.944 km²).

Tab. 54: Städtische Ansiedlung der Flüchtlinge durch die E.A.P. bis 20.2.1930 (einschl. Rohbauten)

Regionen und Städte	Zahl der Niederlassungen	Häuser
Mittelgriechenland		
Thessalien, Epirus	24	14.745
Athen	5	6.782
Piräus	2	5.134
Übrige Städte	17	2.829
Peloponnes	12	1.245
Inseln	19	1.415
Makedonien	31	3.962
Thessaloniki	10	1.054
andere Städte	21	2.908
W-Thrakien	32	6.243
Komotini	5	1.922
Xanthi	4	1.868
andere Städte (auch Drama, Kavalla)	23	3.453
	118	27.610

Quelle: Stat.Jb. 1930, I,43, S. 105

Zum Vergleich: 1954 - 62: je über 45.000 private und staatliche Neubauten pro Jahr

In Serres, das nach den Kriegszerstörungen mit Hilfe von Flüchtlingen neu aufgebaut und um schachbrettartig angelegte Flüchtlingsviertel erweitert worden war, lebten um 1933 noch 400 Familien in Behelfsunterkünften und in Kasernen. [272]
Alle größeren makedonischen und thrakischen Städte, besonders aber das von den Kriegen verschont gebliebene Drama, waren von Flüchtlingen übervölkert. Die Zahl der 1928 in Drama, Kavalla, Serres und Alexandrupolis gezählten Flüchtlinge war fast ebenso hoch oder sogar höher als die Einwohnerzahl von 1920; die Bevölkerungszunahme zwischen 1920 und 1928 war allein dem Zuzug von Flüchtlingen zuzuschreiben, d.h., der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung der Städte betrug 1928 etwa 50 % (Tabelle 55). In Kavalla, das neben Athen und Thessaloniki die meisten Flüchtlinge aufgenommen hatte, wurden zum

Beispiel unter den 50.000 Einwohnern 25.700 Flüchtlinge registriert. In den übrigen nordgriechischen Städten, in Xanthi, Komotini, Edessa und Katerini und in den Städten auf den größten Inseln, in Mytilini, Chios, Chalkis und Iraklion, machten die Flüchtlinge ungefähr ein Drittel der Bevölkerung von 1928 aus.

Tab. 55: Zahl der Flüchtlinge in den Städten zur Zeit der Volkszählung von 1928; Bevölkerungswachstum in den Städten zwischen 1920 und 1928

Stadt	Flüchtlinge nach 1922	Städtische Einwohnerzahl 1920	1928
Athen	116.400	293.000	452.900
Kallithea	12.000	4.200	26.600
Piräus	94.500	133.500	251.300
Thessaloniki	92.600	174.400	251.200
Kavalla	25.700	22.900	50.000
Drama	16.700	15.300	29.300
Serres	13.500	14.500	29.600
Mytilini	12.800	18.000	27.900
Xanthi	12.000	16.600	33.700
Iraklion	10.700	24.800	33.400
Komotini	8.800	21.300	30.100
Chios	8.000	14.000	22.100
Alexandrupolis	6.100	6.900	12.000
Edessa	4.800	9.400	13.100
Veria	4.700	13.300	14.600
Chalkis	4.700	13.500	17.300
Katerini	4.100	6.500	10.100
	448.100		

Es sind nur diejenigen Orte aufgeführt, deren Flüchtlingszahl mehr als 1/3 der Einwohnerzahl von 1920 beträgt.

Unterlagen: Flüchtlingszahl: Stat.Jb. 1930
E-Zahlen 1920 und 1928: Stat.Jb. 1964 und 1959/60 und Berechnungen

92.600 Kleinasienflüchtlinge, mehr als in allen anderen nordgriechischen Städten zusammen, waren 1928 in Thessaloniki ansässig, dessen Einwohnerzahl von 1920 bis 1928 um 44 % (77.000 Einwohner) zugenommen hatte; bis 1940 stieg sie um weitere

27.000 Einwohner auf 218.100 Einwohner an. Die Vororte Kalamaria (Villenvorort im Süden) und Neapolis, die 1940 schon über 10.000 Einwohner zählten, sowie die Vororte Ampelokipi und Stavrupolis, die erst nach dem 2. Weltkrieg ausgebaut wurden, sind zwischen 1920 und 1928 neu entstanden.

Tab. 56: Bevölkerungswachstum in Thessaloniki und dessen Vororten 1920 - 1928 - 1940

	1920	1928	1940
Thessaloniki, Stadtkern	170.321	236.524	191.847
Thessaloniki mit Vororten	174.390	251.154	278.145
Kalamaria	-	-	10.359
Neapolis	-	-	13.025
Ampelokipi	-	(643)	8.876
Stavrupolis			4.046
Sykeai			7.298

Unterlagen: Stat.Jb. 1959/60, 1964 und Berechnungen

Ebenso hoch wie in Thessaloniki war die Flüchtlingszahl in Piräus, das durch die großen Flüchtlingssiedlungen Kallithea, Nea Smyrni, Ag. Ioannis Rentis und Moschaton mit Palaion Phaliron und dem um 116.400 Flüchtlinge vermehrten Stadtkern von Athen (1920 293.000 E, 1928 395.000 E) baulich verbunden wurde. Die Einwohnerzahl von Piräus hatte sich innerhalb von sieben Jahren verdoppelt, die des Großraumes Athen war von 453.000 auf 802.000 Einwohner angestiegen. 34 % der Bevölkerung des Dimos Athen-Piräus waren im Ausland geboren (240.600 von 710.900); 1920, als sich bereits Flüchtlinge in Athen niedergelassen hatten, nur 12 % (53.800 von 453.000 E.). [273]
Die größten Flüchtlingsviertel [274] entstanden mit Kaisariani und Vyron im Osten des Stadtkerns, mit Peristeri im Westen, Nea Ionia und Nea Philadelphia im Nordwesten, sowie Nikaia (Nea Kokkinia), Ag. Georgios Keratsinion am Fuß des Aigaleos und Drapetsona auf der Landzunge zwischen den Hafenbuchten von Piräus und Keratsini (Beilage 5). Von den nach 1920 neugegründeten Siedlungen hatten bis 1928 Drapetsona, Kaisariani und Nea Ionia mehr

als 10.000 Einwohner erreicht, bis 1940 auch Aigaleo, Moschaton, Tavros, Nea Smyrni, Daphni und Chalandrion; Kallithea hatte seine Einwohnerzahl zwischen 1920 und 1928 versechsfacht (von 4.200 auf 26.600 E.), bis 1940 stieg sie um mehr als ein Drittel auf 36.600. Zu volkreichen Vororten entwickelten sich außer Kallithea Nikaia (1928: 33.200 E., 1940: 59.500 E.), Ag. Georgios Keratsinion (1940: 36.300 E.), Nea Ionia (1940: 27.800 E.), Vyron (25.500 E.), Peristeri (21.500 E.) und Kaisariani (über 20.000 E.). Drapetsona, das sich nicht weiter ausdehnen konnte, wies 1940 nur 1.000 Einwohner mehr auf als 1928 (18.780 gegenüber 17.650 E.).

Tab. 57: Bevölkerungswachstum in den Vororten von Athen und Piräus 1920 - 1928 - 1940

	1907	1920	1928	1940	alter Name
a) Westl., nordwestl. des Stadtkerns von Athen					
Korydallos	. 33	. 78	2.429	9.690	Kutsukari
Aigaleon	.	.	.	17.686	
Peristeri	49	123	7.268	21.537	
b) Nördlich					
N.Philadelphia	19	110	6.337	8.871	Podoniphtis
N. Ionia	43	50	14.135	27.775	Podarades
c) Nordöstlich					
Kiphissia	2.116	3.385	7.183	14.201	
Chalandrion	1.346	1.897	6.882	11.149	
d) Östlich					
Zographos	.	.	.	6.165	
Kaisariani	8	11	15.357	20.151	
Vyron	.	.	7.723	25.482	
e) Südlich					
Ymittos	.	.	.	6.799	
Daphni	.	177	785	12.108	Katsipodi
N. Smyrni	.	210	210	15.114	
Kallithea	1.270	4.185	26.603	36.572	
Moschaton	203	1.290	4.966	10.348	
Pal.Phaliron	586	2.245	6.767	9.087	
f) Südwestlich (Piräus und Vororte)					
Piräus mit Vororten	71.505	133.482	251.328	301.236	
Drapetsona	.	.	17.652	18.784	
Ag.Georgios Keratsiniu	.	.	7.598	36.358	
Nikaia	.	.	33.201	59.552	N.Kokkinia

Unterlagen: Stat.Jb. 1959/60, 1964 und Berechnungen

4.5 Wanderungsbewegungen

Die Bevölkerungszahl der Städte wuchs, ohne daß die nötigen Voraussetzungen, genügend Arbeitsplätze, ausreichender Wohnraum, Versorgung mit Heil- und Lebensmitteln, geeignete Schul- und Berufsbildung, vorhanden gewesen wären. Barackensiedlungen, übervölkerte Stadtviertel, schlechte sanitäre Verhältnisse und eine hohe Sterblichkeit blieben bis über den 2. Weltkrieg hinaus Kennzeichen der großen Städte. [275)]

Um den unzureichenden Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu entgehen, zogen Tausende von Flüchtlingen in die USA, nach Frankreich, Ägypten, Palästina und in die Türkei, [276)] überwiegend Selbständige und Arbeiter aus den Wirtschaftsbereichen Industrie, Transport-Verkehr und Handel. Anders als vor den Kriegen waren an den Auswanderungsbewegungen sehr viele Frauen und Kinder beteiligt. [276)]

Die Abwanderung aus den nach den Balkankriegen übervölkerten Städten wird besonders deutlich in den Bevölkerungskurven der Städte Kavalla, Drama, Komotini, Xanthi, Edessa, Mytilini und Chios (Abbildung 21): die Einwohnerzahlen lagen 1940 unter denen von 1928. [277)]

Von großer Bedeutung für die Eingliederung war die Herkunft der Flüchtlinge, ihre Abstammung von Küstenbewohnern im mediterranen Klimabereich oder von Bewohnern des kleinasiatischen Binnenlandes. In Sprache und Lebensweise waren sich die Flüchtlinge und die Einheimischen fremd, und aus denselben Gründen fiel den einzelnen Flüchtlingsgruppen das Zusammenleben schwer. Erst die Siedlungskommission achtete darauf, daß alte Familien- und Gemeindeverbände wiederhergestellt wurden und daß die Flüchtlinge möglichst ihren alten Beschäftigungen nachgehen konnten. Kleinasiatische Tabakbauern erhielten Land in Ostmakedonien und Thrakien, Weinbauern in Kreta, Seidenzüchter im Evrostal, und Fischer wurden auf Euböa, in der Argolis und an den

Seen und Küstengewässern Nordgriechenlands angesiedelt. [278] Dennoch verfielen, besonders in den verkehrsabgelegenen Gebirgen Makedoniens und Thrakiens und dort, wo den Siedlern Klima und Wirtschaftsformen zu fremd waren, fünf Prozent der ländlichen Siedlungsstellen innerhalb von zwei Jahren (1925 bis 1927).

Die Zunahme der Bevölkerungsdichte gegenüber der Zeit vor den Balkankriegen beschränkte sich in Thrakien und Makedonien auf ganz bestimmte Landschaftseinheiten: die von je her dicht besiedelten Talzüge, Küstenebenen (außer der westlichen Orphani-Küste) und Bergfußregionen (Yaka) und die früher nur dünn besiedelten Ebenen; außerdem ließen sich viele Flüchtlinge in den zum großen Teil von ihrer landwirtschaftlichen Umgebung abhängigen "städtischen" Siedlungen nieder. Dagegen sind die verhältnismäßig großen türkischen Gebirgsdörfer [279] trotz ihrer guten wirtschaftlichen und klimatischen Voraussetzungen verödet. [280] Als Gründe sind zu nennen: abgerissene Anbautradition, Unkenntnis der Böden, Bodendegradierung, Abgelegenheit der Siedlungen. [281]

Besonders hoch war die Mobilität der Inselbevölkerung (vgl. Beilage 4 für 1907) und der Gebirgsregion Epirus. [282] Die Stärke von Aus- und Binnenwanderung [283] läßt sich aus dem ungleichen Verhältnis von männlicher zu weiblicher Bevölkerung ablesen: auf 100 Frauen kamen 1928 85 - 90 Männer in den Nomen Kephallenia, Ioannina, Lakonia, Chios, Lesbos, Samos; 90 - 95 Männer in den Nomen Arta, Phlorina, Kozani, auf Korfu, Euböa, den Kykladen und auf Kreta. [284]

Zuwanderungsgebiete innerhalb von Griechenland waren 1928 die Nomen Attika-Böotien (20 % der Bevölkerung hatten ihren ersten Wohnsitz in anderen Nomen), Larisa (13 %), Kavalla und Preveza (je 12 %) und Arta (10 %). [285]

Nach 1928, als ein Drittel der ländlichen Flüchtlinge erfolg-

reich angesiedelt war, trat eine Stabilisierung der Wirtschaft ein, ein Aufstieg aber erst nach der Wirtschafts- und Währungskrise von 1931/32, als sich die politische Lage festigte und die Ausfuhren ausgeweitet werden konnten. [286)]

Zur Minderung der sozialen Spannungen trugen bei der Rückgang der Arbeitslosigkeit (Ausbau des Verkehrsnetzes, der Industrie, vor allem der Lebensmittel-, chemischen und Textilindustrie; Arbeitsvermittlung bei Meliorierungsprojekten), die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft und der Erlaß von 35 % der Schulden für die Neusiedler. [287)]

1939 waren 90 % der für die Ansiedlung vorgesehenen Familien untergebracht, und zwar 220.000 Familien auf 2,3 Mill. ha eigenem Land, während 60.000 ha Neuland, dazu 840.900 ha Kulturland für 80.000 Familien nicht endgültig verteilt waren. [288)]

Vollständig konnten also die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben bis zum 2. Weltkrieg nicht gelöst werden. Von der Landzuteilung blieben ausgeschlossen 52.000 Bauern, die sich neben den landlosen städtischen Flüchtlingen in den größeren Orten niederließen.

A B S C H N I T T I V

Bevölkerungsentwicklung von 1940 bis 1966

Digitized by Google

1 Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung nach dem 2. Weltkrieg

1.1 Auswirkungen des 2. Weltkrieges auf die Bevölkerungszahl und den natürlichen Zuwachs

Die Zerstörung von Verkehrsmitteln und -wegen, von Hafen- und Industrieanlagen, des größten Teiles der Verkehrs- und Handelsflotte und die Verwüstung von Wäldern und Fluren während des 2. Weltkrieges und des anschließenden Bürgerkrieges brachten die meisten Wirtschaftszweige völlig zum Erliegen. [289)]

Am schwersten betroffen wurden die Bergländer von Westmakedonien (um Phlorina, Kastoria, Kozani) und der nördlichen Peloponnes (Bergland von Kalavryta), sowie Ostmakedonien und Westthrakien. Die bulgarische Besetzung von Ostmakedonien und Westthrakien 1941 hatte zur Folge, daß mindestens 90.000 Griechen (z.T. Neusiedler) nach Westmakedonien flohen und umgesiedelt wurden. Bei ihrer Rückkehr 1945 fanden sie die Heimatdörfer zerstört wieder. [290)]

Schon während der deutschen Besetzung einsetzende Bandenbewegungen veranlaßten eine Landflucht aus den unsicher gewordenen Gebieten der Gebirge einschließlich des Gebirgsfußes in die großen Orte. Ethnische Gegensätze haben dabei die Aromunen besonders schwer betroffen. Die Niederwerfung des Bürgerkrieges an Griechenlands Nordgrenzen hat schließlich zu militärischen Zerstörungen von Dörfern im Hochgebirge, insbesondere an der albanisch-jugoslawischen Grenze geführt.

In den Bevölkerungsentwicklungskurven aller nordgriechischen Eparchien zeigt sich nach dem Steilanstieg von 1913 bis 1940 ein tiefer Einschnitt. Der erneute Bevölkerungszuwachs von 1951 bis 1961 erreichte oder überstieg die Zahl der Vorkriegsbevölkerung nur in den Nomen Mittelmakedoniens und in den Nomen Serres, Kavalla und Evros (Abbildung 22).

Von 1946 bis 1949 hatten über 700.000 Bauern ihren Besitz verloren. 42.000 Gebäude in 580 Ortschaften waren 1949 unbewohnbar. [291] Viele Flüchtlinge kehrten nicht in ihre Gebirgsdörfer zurück, sondern blieben auch nach Beendigung der Partisanenkämpfe bei Verwandten und Freunden in den Städten. In Westmakedonien sind die Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit zum Teil durch Neubesiedlung (unter staatlicher Lenkung nach 1950) ausgeglichen worden. [292]

Im Inneren Griechenlands, wie im Bergland von Kalavryta, kehrte die Bevölkerung zum größten Teil aus den Städten in die mit Staatsmitteln wieder aufgebauten Dörfer zurück. Doch blieben einzelne Dörfer wie Vlasia verödet. In anderen Fällen traten ständig besiedelte Orte an die Stelle von Kalyvien, die früher von den Bergorten aus bewirtschaftet wurden. [293]

Eine Sonderentwicklung vollzog sich in Nordwestepirus. Hier wurden nicht die Kampfhandlungen des Bürgerkrieges sondern die Neuregelungen der ethnischen Verhältnisse entscheidend. Die Neubesiedlung der Beckenflucht von Margariti (1. Talzug vom Mazarakia, 2. Talzug von Margariti, 3. Kesseltal von Pyrgion und Morphion) begann unmittelbar nach der Vertreibung der alten Bewohner, der Tosken, und der Zerstörung ihrer Siedlungen 1945 und hielt bis 1966, wahrscheinlich noch über diesen Zeitpunkt hinaus an. Zur gleichen Zeit waren aber auch Abwanderungsbewegungen zu beobachten. [294] Die Neusiedler, von den Einheimischen nicht als gleichberechtigt anerkannte, viehzuchttreibende Vlachen, kamen aus dem westepirotischen Bergland. [295]

Margariti war 1966 wie alle Hangorte stark verfallen (Vlachenviertel am Ortsrand); die hoch über der Ebene gelegenen Orte waren nicht mehr aufgebaut worden.

In den Ebenen herrschten Weideland (für Schafe und die als Tragtiere verwendeten Pferde und Maultiere), ungenutztes Gelände (mit Asphodill und Farn), Sumpf- und Seengebiete vor. Um die

Sümpfe verteilten sich Flechtwerkhütten (Viehställe und -hürden, Unterkunftshütten, z.T. rechteckig, z.T. bienenkorbartig). Die unteren Berghänge und die aus den Ebenen aufragenden Hügel (Flysch) waren dicht mit Oliven bewaldet, die Gebirgszüge, die die Beckenflucht begleiten, und die Querriegel, die sie in Kammern unterteilen (weiße Plattenkalke), nur schütter von niedriger Macchie oder Phyrgana bedeckt. Die Anbaufläche, in den Becken (Alluvionen, Roterde) vor allem von Wiesenstreifen eingefaßte steinige Felder mit Hafer, Gerste, Futterpflanzen, wenig Obst, Feigen, um Margariti auch Gemüse, an den Beckenrändern die ungepflegten, mächtigen Olivenhaine, nahm in der Gemeinde Margariti 1961 weniger als 1/5 der Gemeindefläche ein (930 ha von 4.850 ha), in den Gemeinden Karteri 1/7, Mazarakia 1/3, Spatharaii 1/4, Elevtherion 1/3. Die terrassierten Hänge unterhalb der alten Riedeldörfer wurden nicht mehr bestellt. [296] der größte Teil des Lebensunterhaltes wurde mit nomadisierender Viehwirtschaft erworben. [297]

Während sich die alten mehrstöckigen, stattlichen, von Mauern umgebenen Steinhäuser stadtartig dicht aneinander scharten, sind die 1-2stöckigen, unverputzten, kleinen Häuser in den neuen Vlachendörfern weit über die baumlosen Weideflächen verstreut, durch keine festen Straßen miteinander verbunden (Mazarakia, Karteri, Morphion). In Morphion sind sie von kleinen Gärten (mit jungen Obstbäumen) umgeben, an die sich am Dorfrand Anbauflächen anschließen.

Die Lage der neuen Siedlungen ist, da die Trockenlegung der Sümpfe noch nicht durchgeführt ist, äußerst ungesund. Nicht umsonst waren die alten Dörfer, in Olivenhainen versteckt, an den Ebenenrändern, am Berghang, auf dem Schwemmfächer eines Baches, in Hangmulden und auf den Bergrücken erbaut worden: Nebel stauen sich vom Herbst bis Mai/Juni jeden Tag bis zehn oder elf Uhr morgens in den Talkesseln und verbinden sich mit den randlich von Seerosen bedeckten offenen Wasserflächen und den Sümpfen. Zwischen den schnell seewärts ziehenden Nebelschwaden werden für

Augenblicke die in den Becken liegenden Dörfer sichtbar; die Ruinen der Riedeldörfer ragen, längst von der Morgensonne beschienen, hoch über die Nebelzone hinaus.

Natürliche Bevölkerungsbewegungen

Die hohe Sterblichkeit und die niedrige Geburtenrate in den beiden Kriegsperioden von 1912 bis 1922 und 1941 bis 1948 lassen sich als zwei markante Einschnitte in den Alterspyramiden für die griechische Bevölkerung von 1951 und 1961 ablesen. [298] Diese Einschnitte zeigen sich auch in den Alterspyramiden der städtischen Bevölkerung, deren säulenartige Form auf die unnatürlichen Wachstumsbedingungen der Stadtbevölkerung hinweist (Abbildung 23).

Nach der erfolgreichen Bekämpfung der Malaria im 2. Weltkrieg sank die Sterberate, die zwischen 1920 und 1940 13 bis 18 o/oo betragen hatte, auf 7 o/oo bis 8 o/oo. Zur gleichen Zeit lag sie in allen übrigen südeuropäischen Ländern bei 9 o/oo bis 11 o/oo, in Westdeutschland bei 11 o/oo. Die auf 18 o/oo bis 20 o/oo (das sind durchschnittlich 150.000 bis 160.000 Geburten pro Jahr) abgesunkenen Geburtenziffern entsprachen 1962 ungefähr denen von Italien, Österreich und Deutschland. Bedeutend höhere Geburtenziffern hatten Albanien (39 o/oo), Portugal (25 o/oo), Spanien (21 o/oo) und Jugoslawien (22 o/oo) zu verzeichnen (Tab.58

Von 1879 bis 1961 war die Lebenserwartung [299] der griechischen Bevölkerung von 37 auf 69 Jahre gestiegen, die der städtischen Bevölkerung auf 69,8 und die der ländlichen auf 68,4 Jahre (Tabellen 59 und 60).

Trotz der noch hohen Kindersterblichkeit (1958 4 % aller Kinder im ersten Lebensjahr gegenüber 10 % in der ersten Vorkriegszeit [300]) war im fünften Abschnitt der Bevölkerungsentwicklungskurve die natürliche Zuwachsrate (10-12 o/oo) größer als die Sterbeziffer.

Tab. 58: Natürliche Bevölkerungsbewegung in einigen mitteleuropäischen, mediterranen und Balkanländern 1962

Staat	Midyear Estimation Mill.E	1000 km²	E/km²	Geburten in 1000	Geburten o/oo	Sterbefälle in 1000	Sterbefälle o/oo
Griechenland	8,49	131,94	64	152,2	18,0	66,6	7,9
Albanien+	1,71	28,75	60	67,2	39,3	18,4	10,7
Jugoslawien[1]	18,84	255,80	76	414,5	22,0	187,0	9,9
Bulgarien	8,01	110,67	72	134,1	16,7	69,6	8,7
Türkei	29,06++	780,58	37				
Rumänien	18,68	237,50	79	302,0	16,2	172,4	9,2
Italien	50,17+	301,23	167	939,0	18,7	507,9	10,1
Spanien[2]	30,82	504,75	61	655,8	21,3	277,7	9,0
Portugal[3]	8,97	91,97	98	220,2	24,5	96,9	10,0
Österreich[1]	7,12	83,85	85	133,3	18,7	90,9	12,7
Westdeutschl.[1]	54,06	248,45	220	994,4	18,2	607,5	11,1

1) de iure
2) spanisches Festland mit Balearen und Kanar. Inseln
3) portugiesisches Festland mit Azoren und Madeira
+ provisorische Daten
++ für den 20.X.
Quelle: Stat.Jb. 1964, S. 489, 490

Tab. 59: Mittlere Lebenserwartung 1928-61

Alter	Lebenserwartung 1961 männl.	Lebenserwartung 1961 weibl.	Lebensverlängerung 1928-61 männl.	Lebensverlängerung 1928-61 weibl.
0	67,5	70,5	22,5	23,2
1	70,5	73,5	18,2	18,7
5	67,3	70,3	12,3	12,6
10	62,5	65,5	10,8	11,0
20	52,9	55,8	9,3	9,5
30	43,5	46,2	7,2	6,8
40	34,0	36,6	5,1	4,4
50	25,0	27,4	3,4	2,6
60	17,0	18,8	2,1	1,5
70	10,4	11,7	1,1	0,9

Quelle: A:21, Athen 1965, S. XXI

Tab. 60: Anstieg der Lebenserwartung seit 1879

Jahr	Alter	männliche Bevölkerung	weibliche Bevölkerung
1879	36,7		
1928	46,2		
1940	54,4		
1951	68,0		
1961	69,1	67,5	70,7
1961	städtische Bev.	68,2	71,5
	ländliche Bev.	66,8	70,1

Quelle: A:21, Athen 1965, S. XXIV

1.2 Aufbau von Landwirtschaft und Industrie nach 1950

Der Neuaufbau von Landwirtschaft und Industrie in der Nachkriegszeit und die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in den Städten und in neuen Dörfern wurde ermöglicht durch Hilfsprogramme der Alliierten und der Amerikaner (von 1946 bis 1952) und weitere amerikanische Unterstützungen (ab 1953). [301]

Mit der Anlage von Hüttenwerken zur Aufbereitung der im Lande abgebauten Erze (Fe,Ni,Cr,Pb u.a.), Werften, Aluminiumfabriken und Erdölraffinerien setzte nach 1952 eine neue Phase der Industrieentwicklung ein, die zur Verstädterung im Raum von Athen und Thessaloniki beitrug. Die meisten kleinen Abbaubetriebe liegen weit im Land, oft in Gebirgen verstreut (Bauxitabbau in Phokis, Ni an der lokrischen Küste, Cr bei Domokos, am Vurninos Oros über Kozani, Mn und Fe auf der Chalkidike, Fe auf Thasos, Ermioni/Argolis und andere kleine Betriebe, die Steine und Erden auf den Inseln abbauen). [302] Sie zogen selten (wie z.B. im Falle von Lavrion) größere Industriesiedlungen als sie für eine wechselnd große Arbeiterkolonne nö-

tig waren nach sich, höchstens die Anlage eines Verschiffungsplatzes.

Tab. 61: Berg- und Tagebaubetriebe und die Zahl ihrer Beschäftigten 1962

Abbauprodukte	Förderung			Betriebe		Beschäftigte		
	Bruttoproduktionswert							
	Mill.Dr.	%	Mill.t	abs.	%	1000	%	pro Betrieb
Lignit	253,8	21,4	2,6	56	7,8	4,2	23,1	76
Bauxit	189,5	16,1	1,3	24	3,3	2,1	11,7	90
Magnesit	47,2	9,4	0,3	16	2,2	2,3	12,6	144
Eisenmineral.	34,3	3,3	0,2	10	1,4	0,8	4,6	85
Baryt	31,5	2,7	0,1	11	1,5	0,3	1,5	25
Sphalerite	26,8		0,03					
Chromite	20,3	2,0	0,02	8	1,1	0,3	1,9	43
Salz (Prod.w.)	8,7	0,7	0,1	18	2,5	0,4	2,1	21
Gips	4,3	0,4	0,1	9	1,2	0,1	0,5	10
Steine,Sand, Kies		21,8		428	59,4	3,8	21,0	9
Marmor		5,9		71	9,9	1,0	5,5	14
Schiefer, Ton		4,7		48	6,7	0,7	4,0	15
Sonstige		11,6		22	3,0	2,1	11,5	95
		100,0		721	1000	18,3	100,0	25

Quellen: A: 12, Athen 1965, Tab. A, S. 16; Tab. 1, S. 18-19; Tab. 4, S. 22

1949 konnten die durch die Kriege unterbrochenen Arbeiten zur Bodenverbesserung, Neulandgewinnung und Flußregulierung wieder aufgenommen werden. In dem folgenden Jahrzehnt verschwand der Ludiassee vollkommen, Be- und Entwässerungsanlagen wurden in den Ebenen Mittelmakedoniens und Thessaliens gebaut und in Betrieb genommen, an Axios und Strymon Stauseen und Flußwehre angelegt, die gleichzeitig vor Überschwemmungen schützen wie auch der regelmäßigen Bewässerung des Kulturlandes dienen sollten. [303] Von 1957 bis 1962 nahm die bewässerte Fläche (Tabelle 62) um 40 % (36.350 ha) zu. [304]

Tab. 62: Nomen mit mehr als 10.000 ha Bewässerungsland (1962)

Nomen	Bewässerte Fläche in ha	
Imathia	38.387	
Pella	35.350	
Thessaloniki	25.743	
Serres	25.162	
Böotien	28.964	
Phthiotis	24.330	
Aitolien und Akarnanien	26.554	
übrige		Peloponnes außer Arkadien; Thessalien; Arta; Kozani; Iraklion
Gesamte bewässerte Fläche	520.285	
Ebenen	333.094	
Hügel- und Bergland	85.726	
Gebirge	101.465	

Quelle: [illegible] :4, S. 120

In den Bewässerungsgebieten von Elis (Alpheios) und Messenien (Pamisos) gewann der Erdnußanbau an Bedeutung, im Küstengebiet der unteren Messenischen Ebene und im Mündungsgebiet des Acheron der Reisanbau, in allen übrigen Bewässerungsgebieten der Baumwollanbau.

Gegenüber der Vorkriegszeit (1938) konnte der Tabakanbau vor allem in den Regionen Mittel- und Westmakedoniens auf das Drei- bis Vierfache, in den Nomen Phthiotis und Aitolia-Akarnania, in der Peloponnes und in der Region Epirus auf das Zwei- bis Dreifache gesteigert werden. Die Baumwollerzeugung stieg bis 1958 in Mittelgriechenland und Thrakien auf das Doppelte, in Thessalien und in Makedonien auf das 6-7fache an. [305] In Epirus wurde der Baumwollanbau neu eingeführt.

Als 1962 die Hektarerträge für Weizen von 903 kg in der Vorkriegszeit auf 1443 kg erhöht und die Produktion von fast 1 Mill. t auf 1,7 Mill. t (1962) gesteigert werden konnte bei einer Ausdehnung der Anbaufläche von 0,8 auf 1,2 Mill. ha, sanken 1963 die Einfuhren auf 5.890 t. 1961 mußten noch 27.100 t aus den USA eingeführt werden.

Von ausländischen Firmen und mit Auslandskrediten gebaute Wasserkraft- und Braunkohlenkraftwerke [306] versorgen Teile des Nordostgriechischen Raumes (Agra-Wasserkraftwerk, 1954), von Südwestmakedonien und Thessalien, dazu das Spercheiostal (Braunkohlenkraftwerk von Ptolemais, 1959/62/65 und Tavropos/Megdova-Wasserkraftwerk, 1960), Teile von Epirus (Wasserkraftwerk am Luros, 1953/64), von Ätolien und Akarnanien (Acheloos/Kremasta-Wasserkraftwerk, 1966), von Mittelgriechenland, Euböa und der nördlichen Peloponnes (Braunkohlenkraftwerk von Aliveri, 1953, mit Zweigwerken Keratsini und Neon Phaliron) und der westlichen Peloponnes (Wasserkraftwerke an Ladon, 1955, und Peneios, 1968) sowie des nördlichen Kreta (Kraftwerke von Chania und Iraklion) mit Energie. [307]

Die Energiegewinnung wurde zur Grundlage einer zwar vorwiegend für die Landwirtschaft produzierenden, aber weitgehend von ihren wechselnden Erträgen unabhängigen Industrie (Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und - als ein Hauptzweig der chemischen Industrie - von Düngemitteln). Die Kraftwerke haben für Griechenland eine besonders große Bedeutung, da andere Energieträger wie Steinkohle und Öle eingeführt werden müssen. [308]

1.3 Veränderungen in der Bevölkerungsdichte der Eparchien zwischen 1940 und 1961

Nach den Bevölkerungsstatistiken von 1940, 1951 und 1961 hat die Bevölkerungsdichte zwischen 1940 und 1961 zugenommen in den Eparchien Visaltia, Serres und Thasos in Ostmakedonien, in den Eparchien, die Anteil an der mittelmakedonischen Niederung haben (Thessaloniki, Giannitsa, Imathia, Naussa, Edessa), in den Eparchien Pieria und Kozani, in den thessalischen Eparchien mit Anteil an den Ebenen (unwesentlich in der Eparchie Volos), in den westgriechischen Eparchien, die den Golf von Ambrakia begrenzen (Nikopolis mit Parga, Arta, Valtos) und teilhaben am Becken von Agrinion (Trichonis, Mesolongion), in Ostgriechenland in den Eparchien Attika und Megaris und auf der Insel Salamis, in den kretischen Eparchien Kydonia, Temenos und Pedias mit den beiden Hauptstädten auf der Nordseite und Kainurgion und Monophatsion, in denen sich die fruchtbare Mesara ausbreitet, sowie Ierapetra auf der Südseite der Insel. Auf Rhodos nahm die Bevölkerungsdichte zwischen 1947 und 1961 um 7 E/km^2 zu. Auf allen anderen Inseln und in allen anderen Eparchien ist sie zwischen 1940 und 1961 unverändert geblieben oder hat stark abgenommen (Beilage 6).

Zwischen 1951 und 1961 war die stärkste Bevölkerungszunahme in den Eparchien Thessaloniki, Giannitsa, Imathia, Larisa, den beiden epirotischen Eparchien Thyamis und Margarition und den im Einflußbereich Groß-Athens liegenden Eparchien (Peripheria Protevusis, Attika, Megaris) zu beobachten (17 % - 34 %), die stärkste Bevölkerungsabnahme auf den Inseln Kephallenia, Kea, Kythnos, Siphnos, Pholegandros, Ios, Thirasia, Nisyros, Symi und Tilos und in den peloponnesischen Eparchien Megalopolis und Itilon (16 % - 25 %). Auf weiteren 13 Inseln (Ithaka, Kythera, Andros, Syros, Paros, Milos, Thira, Anaphi, Amorgos, Astypalaia, Chalki, Samos, Psara), in fünf peloponnesischen Eparchien (Kalavryta, Mantinia, Kynuria, Gythion, Triphylia) und in der Eparchie Apokoron, der von Chania benachbarten, hatte die Bevölkerung um 11 % - 16 % abgenommen. [309)]

2 Wanderungsbewegungen

2.1 Bevölkerungsentwicklung auf dem Land

Die Landflucht, die in den Kriegsjahren ausgelöst worden war, hielt nach 1950 weiter an und erfaßte alle Landesteile über 200 m Höhe.

Der Anteil der Binnenwanderung an der gesamten Wanderung war am größten in den Gebirgen der nördlichen und mittleren griechischen Halbinsel, doch überwogen im Nomos Phlorina und in der Region Thrakien Auswanderungsbewegungen. Einen hohen Anteil von Auswanderern (1/4 bis 1/2 der gesamten Wanderung) hatten die Peloponnes und die kleineren Inseln, das nördliche Epirus, das mittlere Aliakmon-Bergland und die Berg- und Hügelländer West- und Ostmakedoniens zu verzeichnen. [310]

Die Wanderungsbewegungen veränderten weniger das Besiedlungsverhältnis zwischen einzelnen Teilen ländlicher Gebiete als das zwischen Stadt und Land. Der Wanderungsgewinn betraf fast ausschließlich städtische Siedlungen (Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern). [311] Zum Beispiel wurden die Wachstumskurven der Eparchien Giannitsa, Trikkala, Larisa, Megara, Patras, Iraklion, Rhethymnon und Rhodos völlig oder größtenteils von dem Bevölkerungswachstum in ihren Hauptstädten bestimmt (Beilage 7).

Von 1940 bis 1961 nahm die Bevölkerung in den Orten mit weniger als 10.000 Einwohnern äußerst stark ab (absolut und relativ) in den Eparchien Xanthi (Westthrakien), Phlorina und Voion (Südwestmakedonien), Philiatai, Pogonion, Dodoni, Metsovon (Epirus), auf allen westgriechischen Inseln, in den Eparchien Navpaktia, Doris und Parnassis (Mittelgriechenland), auf den Magnesischen Inseln und Skyros, in der Eparchie Karystia (Südeuböa), in allen peloponnesischen Eparchien außer den Eparchien Ilia, Aigalia und Navplia und auf beinahe allen Inseln im Ägäischen Meer. [312] Von den kretischen Eparchien haben vor allem die der Westhälfte (westlich der Eparchie Malevizion) und die Eparchie Lassithi an Einwohnern verloren (Beilage 8).

In der Regel nahm die Landbevölkerung verhältnismäßig stark zu nur in den Niederungen, in denen gleichzeitig mit der Trockenlegung eine Flurbereinigung durchgeführt wurde und der Anbau gewinnbringender Kulturen möglich war, so in den Obst-, Tabak- und Baumwollanbaugebieten. Der Zuzug zur Ebene wurde in Mittelmakedonien noch gefördert durch den Ausbau von Industrien und die Anlage von Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte außerhalb von Thessaloniki. [313] Die relativ starke Bevölkerungszunahme auf Thasos ist auf die Ausbeutung neuer Erzlagerstätten zurückzuführen.

Auf dem Schwemmlandsaum der nördlichen Peloponnes, am Rand der elischen Niederungen und im Helos haben sich aus Winterkalyvien feste Dörfer entwickelt, und in der Eparchie Navplia (Senke von Ligurion) bauten sich Zuwanderer aus dem arkadischen Bergland neue Dörfer. [314]

An der lokrischen Küste und auf der attischen Halbinsel hat der Fremdenverkehr zum Aus- und Neubau einzelner Orte geführt. In Abhängigkeit vom Bevölkerungszuwachs in den wenigen Städten entstehen in deren Nähe und besonders in der Umgebung von Athen Erholungsräume, die einzige positiv zu bewertende Umwandlung von landwirtschaftlich meist nicht genutztem Gelände.

Der ausländische Fremdenverkehr bildet jedoch nur eine schmale und labile Basis für das Weiterbestehen mancher Bergsiedlungen und Inselorte und nur in wenigen Fällen einen Ansatzpunkt für eine Neubesiedlung. Es entstehen "Bungalow"- und "Hotel"-Siedlungen, die nur zu bestimmten Jahreszeiten von Einheimischen bewohnt und bewirtschaftet werden. [315]

Beispiele:
In der Ebene von Argos hat seit 1920 die Bevölkerung in den Orten zugenommen, die im Bereich des Bewässerungslandes im Südwesten, Süden und am Ostrand der Ebene liegen (regelmäßig angelegte Haine mit Obst (Aprikosen), Agrumen; Gemüseanbau vor allem

zwischen Myli, Nea Kios und Nauplia), nicht aber in den Orten der höher gelegenen Teile im Norden und Nordosten der Ebene (Anbau von Getreide, Wein, Oliven, Tabak) (Beilage 9). Eine bedeutende Zunahme (über 15 %) seit 1951 hatten jedoch nur die Stadt Argos, von den Siedlungen der Binnenebene Argolikon, von den Randsiedlungen auf der Ostseite Stathaika, Neon Rheinon (=Kinampardi) und Pirgiotika und außerdem Myli und Tolon zu verzeichnen. Bei den beiden zuletzt genannten Orten hat auch der (innergriechische) Fremdenverkehr zu der positiven Entwicklung beigetragen. Die angrenzenden Bergländer haben gleichzeitig immer mehr Einwohner verloren.

Eine ähnliche Entwicklung hat sich in den anderen peloponnesischen Ebenen vollzogen, so im Küstenland an den Golfen von Korinth und Patras, in den elischen Niederungen, in den beiden messenischen Ebenen, in der Eurotasebene und im Helos: Bevölkerungswachstum in einigen wenigen, landwirtschaftlich begünstigten Gemeinden und in den Städten, stagnierende oder abnehmende Bevölkerungszahlen in benachbarten Gemeinden, denen diese günstigen Voraussetzungen fehlen oder in denen aus verschiedenen Gründen an traditionellen Wirtschaftsformen trotz neuen Nutzungsmöglichkeiten festgehalten wird, und in allen umliegenden Berggemeinden. [316)]

Als Beispiele für die negative Bevölkerungsentwicklung auf den meisten Inseln können die Veränderungen der Bevölkerungszahlen der Siedlungen von Chios, Lesbos und Kephallenia aufgeführt werden.

Für die Bevölkerungsabnahme in fast allen Orten der Inseln Chios und Lesbos seit der Ansiedlung von Flüchtlingen (auf Lesbos in Mytilini, Petra und Panagiuda) ist die Lage der Inseln an der türkischen Grenze und die weite Entfernung von Athen verantwortlich zu machen. Chios ist nur mit Schiffen von Piräus zu erreichen, Lesbos zusätzlich mit täglich verkehrenden Flugzeugen (seit Mitte der 60er Jahre). Der Autoverkehr zwischen den Inselorten ist infolge äußerst schlechter Straßen (nur kurze Stücke

in der Nähe der Städte asphaltiert , ähnlich wie auf den mittleren Ionischen Inseln) sehr gering.

Stetig zugenommen hat seit 1928 auf Lesbos (Beilage 10) nur der Flüchtlingsort Panagiuda (zwischen 1951 und 1961 um 10 % auf 717 Einwohner). Perama, das ab 1950 eine selbständige Kinotis bildet (1920 gehörte es zur Gemeinde Papados und ab 1928 zur Gemeinde Skopelos) und in dem eine Lederwarenfabrik angesiedelt wurde, hat seine Einwohnerzahl zwischen 1951 und 1961 mehr als verdoppelt (385 : 805 Einwohnern). In Skala Kallonis (Skalas) ist die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um 20 % (auf 498 Einwohner) gestiegen. Der Ausbau anderer Hafensiedlungen (z.B. bei Antissa) und der Vororte von Mytilini war in den Statistiken von 1961 noch nicht erfaßt (so auch auf Chios: Siedlungen an den Buchten von Emporio, Pantukios und Langada). In keinem anderen Ort als in den genannten hat die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zugenommen.

Der Erlös aus dem Verkauf der Haupterzeugnisse der Insel, Olivenöl, Obst, Wein, Gemüse, Holz und Kolophonium, wurde von Jahr zu Jahr geschmälert durch hohe Transportkosten und Absatzschwierigkeiten. Da auf den Feldern nur Handarbeit möglich ist und infolge der Abwanderung Arbeitskräfte in den Erntezeiten (z.B. zum Pflücken der Oliven) rar sind und teuer bezahlt werden müssen, wurde der Anbau von landwirtschaftlichen Produkten unrentabel. Die Abwanderung aus Plomarion im Olivenanbaugebiet an der Südküste zwischen 1958 und 1966 wurde mit 30 % der Einwohnerschaft des Ortes angegeben. In Südamerika sollen allein 3.500 Personen aus Plomarion eine neue Heimat gefunden haben. In Antissa wurden Deutschland und Australien, in Mytilini auch Südafrika als Zielgebiete der Auswanderer genannt.

Die Fabriken außer der Lederwarenfabrik sind klein und unmodern (Herstellung von Öl, Konserven, Marmelade, Kolophonium). Neu errichtet wurde 1965 eine Limonadenfabrik bei Ag. Dimitrios (1966: 10-15 Beschäftigte). Arbeitsplätze bieten in geringem

Umfang die großen Salinen im Golf von Kalloni bei Kalloni und Polichnitos (Ausfuhr von Speisesalz).

Auf Chios hatte kein Ort seit 1928 eine Bevölkerungszunahme aufzuweisen. Die Auswanderung hat wie auf Lesbos auch abgelegene Orte im Inneren der Insel erfaßt (so Pyrgos im Süden der Insel, in dem sich in Hausbau, Kleidung und sozialer Stellung von Mann und Frau alte Lebensformen erhalten haben) (Beilage 9).

Im Gegensatz zu Lesbos besitzt Chios eigene Reedereien, die der Insel - vor allem aber der Stadt Chios - das meiste Geld zuführen. Der Reichtum einiger Inselbewohner schlägt sich nieder in den Villensiedlungen zwischen Chios und Vrontades und im Besitz von Straßenkreuzern, die nur auf der Straße zwischen diesen Siedlungen verkehren können, von Jachten im Hafen von Chios und von Land und Landhäusern an Buchten und Badestränden der Insel. Fischerei (in der Wasserstraße zwischen Chios und Tschesme), Mastixanbau (zur Ausfuhr) und der übrige Anbau besonders im Kampos südlich der Stadt (Obst, Agrumen, Oliven, Gemüse) und die Herstellung von Konserven und Süßwaren sind erst in zweiter Linie als Erwerbsquellen zu nennen.

Auf Kephallenia verstärkten die Verwüstungen durch das Erdbeben von 1953 die ohnehin schon starke Abwanderung.

Die Ruinen erdbebenzerstörter Häuser, die das Aussehen der Dörfer von Oberlixuri, der Hangdörfer über dem Golf von Lixuri und der Senke von Pylaros und der Dörfer der Halbinsel Eressos so stark prägen, sind ein weniger beunruhigendes Zeichen als die unfertigen Neubauten und die ungedeckten Rohbauten in denselben Gegenden. Da die staatlichen Unterstützungen nach dem Erdbeben oft nicht einmal ausreichten, die Häuser wiederher- oder fertigzustellen und den Hausrat zu ersetzen, überließen zahlreiche Inselbewohner Häuser und Äcker den älteren Familienmitgliedern und Frauen und suchten einen neuen Erwerb als ungelernte Arbeiter in den Industriebetrieben Amerikas, in den letzten Jahren

Westeuropas und vor allem Westdeutschlands. Es kommt vor, daß von einer zehnköpfigen Familie nur noch eine alte Frau allein bei dem Anwesen zurückbleibt und als einzige Person ein zweistöckiges Haus bewohnt. In Argostolion aber waren bis 1966 noch nicht die Flüchtlingsviertel im Süden verschwunden, und viele Familien mußten in Notunterkünften und Bretterhütten hausen.

Mit den neuen Lebensmaßstäben, die die Auswanderer aus den Gastländern mitbrachten, wuchs die Unzufriedenheit mit dem kargen ländlichen Leben und den unzureichenden Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten im Heimatland. Ein zweijähriger Deutschlandaufenthalt eines Familienvaters aus Skinea (1964-1966) hat die Bereitwilligkeit zur Auswanderung bei allen Familienmitgliedern gefördert. Die Familie will nicht mehr nach Kephallenia zurückkommen oder mindestens solange fortbleiben, bis das Weiterkommen der Kinder gesichert ist.

Sichtbare Zeugen der Abwanderung (Stand 1966) sind auf Kephallenia die verfallenden Fluren (zerstörte Terrassenmauern, überwachsene und verwilderte Weingärten) in den abgelegenen Teilen der Insel (bei Assos auf der Halbinsel Eressos und im oberen Teil der Halbinsel Lixuri), aber auch in der Nähe von Argostolion (Kranea, Becken von Troianata, Rückgang des Weinbaus bei Pherentikata) und die vielen verfallenden Rohbauten und verrammelten neuen Häuser in allen Teilen der Insel (außer in den größeren Orten Argostolion, Lixuri und Sami).

Dagegen sind die Häuser in den Livatho-Dörfern, Besitzungen der Amerika-Heimkehrer, sehr gut in Stand. Sie liegen, als Landhäuser prächtig ausgestattet, inmitten von gepflegten Parks und Rasengärten an asphaltierten Straßen (Metaxata, Kurkumelata).

Die Haupterwerbsquelle der seßhaften Bevölkerung ist weiterhin die Landwirtschaft. Wenige Bewohner sind in Steinbruchsbetrieben tätig. Ähnlich sind die Zustände auf Ithaka, in dessen Hauptort Vathy viele hübsche Neubauten am Hafen verlassen dastehen.

2.2 Bevölkerungsentwicklung in den Städten

In den Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern, die 1879 72 %, 1920 61,8 % und 1961 nur noch 43,8 % aller Ortschaften (bzw. Gemeinden) ausmachten, hatte die Bevölkerung zwischen 1920 und 1961 nur um 600.000 Personen zugenommen. Zwischen 1956 und 1960 verloren diese Gemeinden vor allem an die Städte 210.000 Einwohner.

Tab. 63: Binnerwanderung 1956 - 1960

Stadtregion	Bevölkerung in 1000				
	Zuwanderer	Abwanderer	gleicher Wohnort‡	Zunahme	Abnahme
Groß-Athen	218,2	40,5	+	177,7	-
Groß-Thessaloniki	46,9	15,7	+	31,1	-
Groß-Patras	9,7	8,4	+	1,3	-
Übrige Städte	117,5	104,7	16,2	12,8	-
Kleinstädte	67,4	80,3	9,0	-	12,9
Dörfer	51,4	261,4	108,6	-	210,0
Gesamtgriechenland	511,1	511,1	133,8	-	-

\+ Wohnortwechsel innerhalb der Stadt nicht als Wanderung erfaßt
++ Ohne Wohnortwechsel zwischen Groß-Athen, Groß-Thessaloniki, Groß-Patras und anderen Städten (110.900 Personen)

Quelle: A:9, Athen 1963, S. 41

Seit 1928 hatte die Bevölkerung in den Orten der Größenklasse 500 bis 1.000 Einwohner von 1,7 Millionen auf 1,2 Millionen (bei gleichbleibender Zahl der Ortschaften, 1.705 bzw. 1.702[317]) abgenommen. Gleichzeitig hatte die Größenklasse 1.000 bis 5.000 Einwohner um 150 Orte und 300.000 Einwohner zugenommen.[318]

Beim Rückgang der Bevölkerungszahlen der kleinen Orte spielten neben der Abwanderung die Aussiedlung und die Teilung von Gemeinden nur eine geringe Rolle.

Während die Bevölkerung in den Dörfern kontinuierlich abnahm, war die Bevölkerungszahl der Städte starken Schwankungen unterworfen, erklärlich daraus, daß die Städte als Zwischenstationen aufgesucht wurden. Besonders hoch war zwischen 1956 und 1960 die Mobilität in den Städten mit 10.000 bis 70.000 Einwohnern: 117.500 Zuwanderer gegenüber 104.000 Abwanderern. [319] Hinzugerechnet werden müssen die Auswanderer, deren Zahl mit der steigenden Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zunahm. Es handelte sich bei der Bevölkerungszunahme der Städte also nicht um eine Zunahme infolge stetiger Zuwanderung.

Die höchsten Zuwanderer-, aber auch die höchsten Auswandererzahlen hatten Thessaloniki und Athen. In Patras glichen sich Zu- und Abwanderung zahlenmäßig fast aus (9.700:8.400). In Thessaloniki war in diesem Zeitraum die Zuwanderung vom Land fast dreimal so groß wie die Abwanderung. Der Prozentsatz der Gesamtbevölkerung, der seinen Wohnsitz in Groß-Athen, Groß-Thessaloniki und Patras hatte, war von 13 im Jahre 1951 auf 28 im Jahre 1961 angestiegen. [320]

In Athen waren für die zwischen 1940 und 1948 Zugewanderten (200.000 Personen) die östlichen Stadtteile ausgebaut worden [321] und vor allem nach 1955 die Stadtteile westlich des Kephissos und nördlich der Hafenstadt Piräus (Beilage 5 und Tabelle 64).

In Thessaloniki hatte nach 1951 eine rege Bautätigkeit in den Stadtteilen Ampelokipi, Stavrupolis, Sykeai und Kalamaria eingesetzt. Die Wachstumsrate dieser Vororte war bedeutend höher als die der Altstadt, in der alte Häuser durch mehrstöckige Mietshäuser und Hochhäuser ersetzt wurden (Abbildung 24 und Tabelle 65)

Das Zuwanderungsgebiet Thessalonikis läßt sich am besten durch den Einzugsbereich seiner Arbeitskräfte festlegen. Es umfaßte 1957-1960 Makedonien, Thrakien und Ostthessalien. Das übrige Thessalien, das Pindosbergland, West-, Mittel- und Südgriechenland und alle Inseln im Ägäischen Meer und Kreta gehörten zum Athener

Tab. 64: Bevölkerungswachstum in den Vororten von Athen und Piräus 1940 - 1951 - 1961

		1940	1951	1961	alter Name
a) W,NW	Korydallos	9.640	15.125	30.859	Kutsukari,
	Ag. Varvara	.	3.481	13.726	[Pachy
	Aigaleon	17.686	29.464	57.840	
	Chaidari	3.352	6.641	20.733	
	Peristeri	21.537	35.733	79.335	
	Petrupolis	.	1.612	8.520	
b) N	N.Liosia	3.551	4.149	31.810	
	Ag. Anargyri	4.642	8.416	18.448	
	Galatsi	.	9.600[1]	13.743	1) 1954
	N.Chalkidon	.	3.504	6.695	
	N.Philadelphia	8.871	10.187	15.564	Podoniphtis
	N.Ionia	27.775	33.821	48.149	Podarades
	Iraklion	3.457	5.360	12.228	Arakli
	Metamorphosis	.	2.807	7.952	Kukuvaunes
c) NO	Amarusion	8.253	12.080	20.135	
	Chalandrion	11.149	14.350	25.774	
	Psychikon	.	3.707	7.209	
	N.Psychikon	.	3.305	7.560	
	Cholargos	1.054	2.775	13.637	
	Ag. Paraskevi	3.557	6.977	12.122	
d) O	Zographos	6.165	16.208	27.185	
	Vyronos	25.482	31.448	37.628	
e) S	Ymittos	6.799	8.968	12.193	
	Daphni	12.108	17.342	23.747	Katsipodi
	Ag. Dimitrios	2.500	4.621	21.365	Brachami
	Iliupolis	3.911	8.052	27.638	Karas
	N.Smyrni	15.114	22.074	32.856	
	Kallithea	36.572	46.986	54.720	
	Moschaton	10.348	12.905	18.536	
	Pal. Phaliron	9.087	12.894	22.157	
	Kalamakion	.	2.930	8.383	
	Glyphada	3.148	8.256	12.361	
	Ag. Ioannis Rentis	4.183	5.375	11.204	
f) SW	Nikaia	59.552	72.176	83.266	N.Kokkinia
	Ag.Georgios Keratsiniu	36.358	39.734	61.673	
	Perama	1.462	4.900	14.694	

Unterlagen: Stat.Jb. 1959/60, 1964, Bevölkerungsstatistiken 1940, 1951, 1961 und Berechnungen

Tab. 65: Bevölkerungswachstum in Thessaloniki und dessen Vororten 1940 - 1951 - 1961

	1940	1951	1961
Thessaloniki, Stadtkern	191.847	217.049	250.920
Thessaloniki mit Vororten	278.145	297.164	378.444
Menemeni	.	3.615	4.955
Ampelokipi	8.876	10.806	15.619
Stavrupolis	4.046	5.273	11.695
Neapolis	13.025	14.825	17.586
Sykeai	7.298	9.626	16.697
Ag. Pavlos	.	4.707	3.018
Triandria	.	3.210	4.446
Pylaia (=Strepha=Kaputzides)	.	4.640	5.014

Unterlagen: Stat.Jb. 1959/60, 1964, Bevölkerungsstatistiken 1940, 4951, 1961 und Berechnungen

Einzugsbereich. [322] Die meisten Zuwanderer erhielt Athen von den Kykladen, aus Arkadien, von Kephallenia und Ithaka, nach diesen von den anderen Ionischen Inseln, von Lesbos, dem südlichen Pindos (Nomen Evritania, Aitolia und Akarnania und Phokis) und der südlichen Peloponnes (Nomen Messinia und Lakonia) (Zahl der Arbeitskräfte gemessen an der Bevölkerungszahl ihrer Herkunftsgebiete).

In der Karte der langfristigen Bevölkerungsentwicklung (Beilage 11) sind alle Orte berücksichtigt, die im Zeitraum von 1853 bis 1961 eine Einwohnerzahl von mehr als 2.700 Einwohnern erreicht oder überschritten hatten. [323] Als Verteilungskarte gibt sie Auskunft über den Schwerpunkt der städtischen Besiedlung in dem weiträumigeren und dichter besiedelten Ostgriechenland. Aus den Signaturen ist die Schnelligkeit und das Ausmaß des Wachstums und damit zugleich die Anziehungskraft der Orte abzulesen, außerdem die Größenklasse, die die Städte 1961 einnahmen (Farbgebung und Kreisgröße).

Für ihre Einordnung war der Verlauf der Wachstumskurve (Anstieg) maßgebend, daneben die Zuwachsrate zwischen den Volkszählungsterminen. [324] Bei äußerst stark schwankendem Entwicklungsverlauf gibt die Farbe des Kreisrandes die jüngste Entwicklung (seit 1951 oder 1940) an und die Schraffur innerhalb den Verlauf der Wachstumskurve im vorangegangenen Zeitraum. Daß die jüngsten Tendenzen nicht unbedingt für die zukünftige Entwicklung entscheidend sind, [325] sondern vielmehr in den vorangegangenen Phasen geschaffene Grundlagen, hat die Entwicklung in den Flüchtlingszustromgebieten in Nordgriechenland gezeigt. - Dadurch, daß die Typenkennzeichen in die Kreisfläche eingetragen sind, ist es möglich, zusätzlich die heutigen Größenunterschiede der Städte darzustellen, ohne das Kartenbild zu überlasten. [326]

Nachdem die vordringlichsten Wiederaufbauarbeiten der Nachkriegszeit in den Verstädterungszonen von Athen und Thessaloniki und anderen großen Städten, deren Einwohnerzahl am schnellsten angestiegen war, wie Patras, Iraklion, Larisa und Volos, geleistet waren, ging der Bedarf an ungelernten Arbeitskräften zurück, und die Arbeitsstätten in den neuen Industriebetrieben reichten für die Zugewanderten und die weiterhin Zuwandernden nicht aus. In Athen lag die Arbeitslosigkeit 1961 bei 10,2 %, in Thessaloniki bei 13,4 %, in Patras bei 9,2 %, dagegen in den südlichen Gebieten nur bei 3 %. [327] Am höchsten war sie in den nordgriechischen Städten (über 20 %) (Tabelle 66).

So konnte der Umzug in die Stadt nur dann zu dem gewünschten sozialen Aufstieg führen, sichtbar gemacht durch die Eröffnung selbständig geführter Dienstleistungsbetriebe (Läden, Kaphenia, Transportunternehmen, Hotels), wenn ein gewisser finanzieller Rückhalt vorhanden war. Dieser war leichter im Ausland zu erwerben, wo es möglich war, im Verhältnis zu Löhnen in griechischen Betrieben und zur Bildungsstufe des Auswanderers gut bezahlte Arbeitsplätze - auch für Frauen - zu erhalten.

Tab. 66: Arbeitslose städtischer, kleinstädtischer und ländlicher Gemeinden 1961 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Wirtschafts-bereiche	Gesamt-Griechenland		Groß-Athen		Groß-Thessalon.		Groß-Patras		Übr. städt. Gemeinden		alle städt. Gemeinden		kleinstädt. Gemeinden		ländliche Gemeinden	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
Landwirtschaft	1.955,0	36,0	10,0	0,4	4,2	0,5	4,9	-	101,4	6,9	120,5	7,9	291,9	8,6	1.542,8	19,6
Abbau v. Metallen	21,3	0,4	3,1	0,1	0,3	0,0	0,0	-	2,1	0,1	5,8	0,2	3,9	0,0	11,7	0,2
Industrie, Handwerk	481,0	37,1	200,4	8,2	43,4	5,0	13,4	0,3	108,5	18,2	365,4	31,6	46,9	2,9	68,6	2,7
Öffentliche Arbeiten	166,8	19,0	60,1	7,2	14,1	2,2	2,8	0,2	36,6	5,5	113,6	15,2	18,6	2,0	34,4	1,7
Versorgungsdienste	21,1	0,1	10,2	-	1,8	-	0,7	-	5,0	0,1	17,6	0,1	2,2	-	1,3	-
Handel, Geldwesen	263,6	3,7	113,8	1,4	24,0	0,2	4,6	-	59,4	1,5	201,9	3,1	29,6	0,3	32,2	0,3
Transportwesen	159,3	9,0	65,5	3,9	13,7	0,6	2,8	0,2	36,9	2,1	118,8	6,8	17,2	1,3	23,2	0,9
Dienstleistungen	443,0	7,9	195,5	3,4	28,9	0,4	7,9	0,1	95,3	2,4	327,6	6,5	44,5	0,7	70,9	0,7
Ohne Angaben	64,4	38,0	34,8	24,1	4,8	3,5	0,3	0,2	7,9	3,9	47,8	31,9	5,4	2,4	11,2	3,9
Aspiranten	87,5	87,5	24,3	24,3	6,7	6,7	2,6	2,6	18,5	18,6	21,1	52,1	10,1	10,1	25,3	25,3
Erwerbstätige und Arbeitslose zus.[1]	3.663,1	283,9	717,6	73,1	141,9	19,1	40,1	3,7	471,8	59,4	1.371,4	155,4	470,4	28,4	1.821,5	55,2
Arbeitslose in % d.Erwerbstätigen[1]	7,7		10,2		13,4		9,2		12,6		11,3		6,0		3,0	
Erwerbstätige und Arbeitslose zus.[2]	3.638,6	215,2	706,3	60,9							1.348,1	137,1	465,1	25,0	1.825,4	53,1
Arbeitslose in % d.Erwerbstätigen[2]	5,9		8,6								10,2		5,4		2,9	

a) Erwerbstätige in 1000 Unterlagen: 1) A:7, Athen 1962, Tab.III,11, S. 33,34 (Sample elaboration für 1961)
b) Arbeitslose in 1000 2) Stat.Jb. 1964, VIII,2, S. 213

2.3 Auswanderung und natürlicher Zuwachs nach 1960

Nach 1959, im sechsten Abschnitt der Bevölkerungsentwicklungskurve, wurde die Bevölkerungsentwicklung von der sprunghaft ansteigenden Auswanderung bestimmt. Die Auswandererzahlen erreichten die des natürlichen Zuwachses und übertrafen sie 1963 um 20.000 Personen (2,1 o/oo), 1965 sogar um 33.000 Personen (3,8 o/oo). Die auf eine unverständlich hohe Zu- oder Rückwanderung zurückzuführende (nach dem miyear estimations berechnete) Zuwachsrate [328] von 7,4 bis 8,5 o/oo in den Jahren 1960, 1961 und 1966 war in den Jahren 1962 bis 1965 auf 3,6 bis 6 o/oo zurückgegangen (Tabelle 53).

Für die Alterspyramiden kennzeichnend wurden als Folge der anwachsenden Auswanderung eine schmale Basis und ein großer Anteil an über 50 Jahre alten Personen. Es kamen 1961 durchschnittlich fünf Kinder unter 15 Jahren auf zehn Erwachsene zwischen 15 und 60 Jahren. Mit dem Verhältnis 5:10 stand Griechenland dem der wirtschaftlich fortgeschrittenen westlichen Länder nahe (4:10), während das der unterentwickelten Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bei 7:10 lag. [329]

Die Auswandererzahl stieg von 1955 bis 1963 auf das Vierfache an (von 23.700 Personen auf 117.200 Personen, den höchsten Stand, der jemals erreicht wurde). Athen verließen 1963 14.800 Personen für mehr und 22.400 Personen für weniger als ein Jahr. [330]

Die USA, die bis 1949 das Hauptzuwanderungsland in Übersee waren, wurden für ein Jahrzehnt von Kanada abgelöst, an dessen Stelle dann Australien trat. 1966 gingen 15 % der Auswanderer nach Australien, 14 % nach Amerika, 7 % nach Kanada und über 50 % nach Deutschland. [331] Nach dem Abschluß von Auswanderungsverträgen mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1960 war diese noch vor Australien erstes Zuwanderungsland geworden. Zwischen 1959 und 1960 hatte sich die Zahl der Auswanderer nach Deutschland verzehnfacht, und 1962 hatte sie mehr als das

Doppelte der Gesamtzahl der Auswanderer von 1959 erreicht. In die USA, nach Kanada, Australien und nach Deutschland wanderten fast ebensoviel Frauen wie Männer aus (Aussiedlung von Familien), während die übrigen Länder vorwiegend von männlicher Bevölkerung aufgesucht wurden (zu 80-90 %). [332]

Das Alter der männlichen Auswanderer lag meistens zwischen 25 und 30 Jahren (1963 18 %). Die 20- bis 24jährigen und die 30- bis 34jährigen waren 1963 mit 10 und 11 % an der Auswanderung beteiligt; je 6 bis 7 % aller Auswanderer waren 15- bis 20- und 35- bis 40jährige Männer.

Von den Frauen, die 38 % der Auswanderer von 1963 stellten, waren fast die Hälfte 20 bis 29 Jahre alt (18 % aller Auswanderer) und je 1/6 bis 1/7 15 bis 19 und 30 bis 34 Jahre alt (je 5-6 % aller Auswanderer). Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren und der Erwachsenen über 45 Jahre an der Gesamtzahl der Auswanderer war verhältnismäßig gering (zusammen ungefähr 11 %) (Abbildung 25).

Als Folge der Abwesenheit eines großen Teiles der heiratsfähigen und jungverheirateten Bevölkerung ist der Geburtenrückgang auf weniger als 18 o/oo (1963 17,5 o/oo) anzusehen.

Die Auswanderung hat dazu beigetragen, daß die Frau nicht nur im Ausland und in den Städten Griechenlands, sondern allgemein als Mitverdiener anerkannt wird. [333] Sie hatte früher mit Ausnahme der weiblichen Angehörigen höherer Schichten im öffentlichen Leben eine untergeordnete Stellung eingenommen, wie heute noch - als Erbe der Türkenzeit, ablesbar an dem hohen Prozentsatz des Analphabetentums (1961 27 % der weiblichen gegenüber 8 % der männlichen Bevölkerung über 10 Jahre) - in abgelegenen Gegenden.

Allerdings ist die alleinstehende Frau, die Frau als Hauptnährer einer Familie und die Frau in leitender Position selten

zu finden. Die Mehrheit der weiblichen Erwerbspersonen arbeitet nach wie vor in unbezahlter Stellung im Haus, in der Landwirtschaft und in Beherbergungsbetrieben. Mehr als die Hälfte der 1961 im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft beschäftigten unbezahlten Familienmitglieder - diese machten fast den gesamten Anteil (95 %) der unbezahlten Familienmitglieder unter den Erwerbspersonen (29 %) aus - waren Frauen. [334]

Nach 1961 wurde der Abwanderungsverlust nicht mehr durch den natürlichen Zuwachs aufgewogen in den Nomen Evros, Kavalla, Drama und Kilkis im Nordostgriechischen Raum, in den Nomen Phlorina, Kastoria, Kozani und Katerini auf der nordöstlichen griechischen Halbinsel, in den epirotischen Nomen Ioannina, Thesprotia und Preveza, auf den westgriechischen Inseln, in den Nomen Lakonia und Arkadia Südgriechenlands, in denen die Auswandererzahlen ständig zunahmen, und außerdem in den Nomen Lesvos, Samos und Dodekanisos. Auf eine etwas geringere Bevölkerungsabnahme zu schließen war in den Nomen, die Anteil an größeren Fruchtebenen haben (Xanthi, Rhodopi, Serres, Imathia und Pella, Korinthia und Messinia) und im Nomos Chios (Beilage 12).

Im Vergleich zum natürlichen Zuwachs war schon vor 1958 die Auswanderung groß in den Nomen Xanthi, Komotini, auf den Inseln vor der kleinasiatischen Küste, im Nomos Kastoria, auf den mittleren Ionischen Inseln mit Zakynthos und im Nomos Arkadia. [335] Im Nomos Phlorina hatten zu jenem Zeitpunkt Auswanderung und natürlicher Zuwachs denselben Stand, und im Nomos Lakonia war die Auswanderung ganz erheblich größer als der natürliche Zuwachs.

Von den Nomen, in denen die Bevölkerung zwischen 1940 und 1961 stark angewachsen war, hatten nach 1961 nur Arta, Aitolia-Akarnania, Karditsa, Larisa, Volos, Viotia, Attika und Groß-Athen eine verhältnismäßig hohe Wachstumsrate behalten, nicht aber die Nomen Mittel- und Ostmakedoniens. Eine Bevölkerungszunahme, die durch Binnenwanderung wieder verloren gehen konnte, hatten die Nomen Phthiotis, Evvia, Achaia, Argolis und Kyklades zu erwarten.

3 Gründe für die Wanderungsbewegungen und Auswirkungen der Wanderungsbewegungen

Das Ausmaß der Wanderungsbewegungen richtete sich nach der Größe des Gefälles von den Stadtregionen zum Land, das sich bei allen Versorgungseinrichtungen (Wasser, Strom), in der Verkehrserschließung (Eisenbahn-, Bus- und Autoverbindungen zu Versorgungs- und Absatzmärkten), in der Nachrichtenvermittlung (Zeitung, Radio, Fernsehen), in kulturellen Einrichtungen, im Gesundheitswesen, in Ausbildungs- (höhere Schulen, Berufsschulen) und Verdienstmöglichkeiten (Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft) zeigt.

Neben dem Streben nach besser bezahlten Berufen und zu diesem Zweck nach höherer Bildung ist es das Verlangen nach einem abwechslungsreicheren Leben, das die Landbevölkerung zur Auswanderung drängt. [336)]

Den höchsten Anteil an Auswanderern stellten nach 1962 die Wirtschaftsbereiche Industrie und Handwerk (1963 die Hälfte der Auswanderer, 1965 ein Viertel) und Landwirtschaft (1965 ein Viertel), und zwar zusammen fast den gesamten Anteil der Erwerbspersonen unter den Auswanderern. [337)]

3.1 Bildungsstand und soziale Stellung im Beruf

Die unzureichende Schulbildung (1961 unter 6,9 Mill. Personen über 10 Jahre 18 % Analphabeten) hatte dazu beigetragen, daß ungelernte Arbeiter 1960 16 % der Erwerbspersonen ausmachten. 28 % waren Handwerker und Arbeiter, über die Hälfte Bauern und Landarbeiter, dagegen nur 5 % Verwaltungsbeamte, Techniker und Freiberufliche.

Von 100 Selbständigen (1,2 Mill. Personen, 32 % der Erwerbspersonen) waren 66 in der Landwirtschaft, je 11 % in Handel und

Industrie mit Handwerk beschäftigt. Im Wirtschaftsbereich Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei waren von 100 Erwerbstätigen 51 unbezahlte Familienmitglieder, 8 Lohnempfänger und 39 Selbständige. In allen anderen Wirtschaftsbereichen war der Anteil an unbezahlten Familienmitgliedern sehr gering (beim Handel 6 %, dafür 49 % Selbständige). [338] Arbeitgeber waren wenig mehr als 3 % der Erwerbspersonen. Von den 100.000 Arbeitgebern hielten sich 1961 35.000 in Athen auf. 29.000 gehörten zum Wirtschaftsbereich Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei, 26.000 zum Bereich Industrie und Handwerk, 23.000 zum Bereich Handel, 13.000 zum Bereich Dienstleistungen und 9.000 zum Bereich Bau- und Transportwesen (Abbildung 26 und Tabelle 67).

Die mit einem hohen Bildungsniveau nicht zu vereinbarende Kinderarbeit wurde in den letzten Jahren durch die Heraufsetzung der Pflichtschuljahre von sechs auf neun Jahre eingeschränkt. Kinder unter 15 Jahren arbeiteten bisher vor allem in der Landwirtschaft und in Gaststättenbetrieben mit. Schulbesuch und Universitätsstudium sind frei; doch war die finanzielle Unterstützung für alle Bildungsstufen mit 1,41 % des Volkseinkommens zu gering. [339]

Während 1936 13,6 % aller Väter und 54,7 % aller Mütter nicht lesen und schreiben konnten, gab es 1963 unter den Eltern nur noch 3,1 bzw. 9,7 % Analphabeten. [340] Von den Ehepartnern hatten 1956 2 % und 1963 4,2 % einen Hochschulabschluß und 4 % (1956) bzw. 8,9 % (1963) einen Abschluß an einer Sekundarschule erlangt (jeweils ein Elternteil). [341]

Obwohl die Landwirtschaft die Haupterwerbsquelle bildet und technische und Verwaltungsbeamte in führenden Stellungen der öffentlichen und privaten Wirtschaft dringend benötigt werden, stehen bei Studien an den Hochschulen Athen, Thessaloniki, Ioannina und Patras aus Prestigegründen meist die Geisteswissenschaften den

Tab. 67: Erwerbspersonen nach ihrer beruflichen Stellung 1960/61

1961	%	Mill. Personen
Arbeitgeber, Unternehmer[1)]	3,2	0,1
Selbständige[2)]	31,9	1,2
Unbezahlte Familienmitglieder	28,6	1,0
Lohn- und Gehaltsempfänger	33,5	1,2
Ohne Angaben	2,8	0,1
Zusammen	100,0	3,6

1960	
Höherer Dienst, Verwaltung, freie Berufe	2,3
Mittlere Dienste, Techniker	2,6
Handwerker, Arbeiter	28,3
Ungelernte Arbeiter	16,2
Bauern, Landarbeiter	50,6
	100,0

1) Dazu gehören auch die Leiter landwirtschaftlicher Großbetriebe, die Löhne und Gehälter an Arbeitnehmer zahlen.

2) Dazu gehören Kleinbauern, Händler, Handwerker mit eigenen Betrieben (ohne bezahlte Arbeitskräfte, aber z.T. mit unbezahlten Familienmitgliedern).

Quellen: A:7, Vol. III, Athen 1962, XV, S. 50-53 (für 1961) und Stat.Jb. 1964, S. 216 (für 1960).

technischen und Naturwissenschaften voran. [342] Dorfbewohner, die in den Städten oder im Ausland eine gute Schul- und Fachausbildung erhalten haben - im ländlichen Bereich fehlen weiterbildende Schulen - kehren nur selten in ihre Heimatgemeinden zurück, in denen sie die erworbenen Kenntnisse kaum anwenden können. [343]

Wie andere Entwicklungsländer ist Griechenland daher nicht nur auf geldliche Unterstützungen, sondern auch auf technische Hilfe und die Stellung von Führungskräften durch das Ausland angewiesen.

3.2 Wirtschaftslage in den ländlichen Gebieten

Für die Landflucht gab den Ausschlag vor allem die Kleinheit der Betriebe, mit denen kaum das Existenzminimum erwirtschaftet werden konnte. [344]

Unter besitzlosen Bauern war nämlich 1952 der noch bestehende Grundbesitz von mehr als 25 ha Ackerland und 100 ha Weideland zu kleinen Losen aufgeteilt worden, [345] und damit der kleinbäuerliche Eigenbesitz zum Kennzeichen der griechischen Landwirtschaft geworden. 1961 wurden 97,6 % aller bäuerlichen Betriebe und 88 % der Anbauflächen von Eigentümern bewirtschaftet. Nur noch 0,05 % aller Betriebe hatten mehr als 50 ha Land (1951 0,2 %), das insgesamt 1,5 % der Anbauflächen bedeckte (1951 14 %) (Tabellen 68 und 69).

Reste alter Großgrundbesitze (Familienbetriebe) sind noch in der Kampania von Thessaloniki [346] und in der Ebene von Larisa erhalten.

Die mittleren Besitzgrößen in den messenischen Ebenen und auf den höheren Terrassen westlich der Ebenen liegen unter 2 ha - Betriebe mit mehr als 5 ha sind sehr selten -, in Meropi zum

Tab. 68: Größenklassen der bäuerlichen Betriebe 1950 und 1961 (zum Vergleich: Tab. 41)

Größen-klasse	1950 Zahl der Betriebe		Fläche der Betriebe		Größen-klasse	1961 Zahl der Betriebe		Fläche der Betriebe	
	in 1000	%	ha	%	ha	in 1000	%	ha	%
unter 0,9	438,5	36,6	230.849,9	6,4	unter 0,9	278,6	24,5	131.988,2	3,6
1,0 - 1,9	299,4	22,7	413.843,9	11,5	1,0 - 1,9	242,6	20,7	340.313,3	9,1
2,0 - 2,9	175,9	13,4	418.141,5	11,6	2,0 - 2,9	183,4	15,8	437.954,2	12,0
3,0 - 3,9	116,6	8,9	391.917,2	10,9	3,0 - 3,9	135,9	11,7	458.322,2	12,5
4,0 - 4,9	77,6	6,0	338.872,0	9,4	4,0 - 4,9	96,6	8,4	421.749,8	11,5
Zwergbetr.	1.153,0	87,6	1.793.600,0	59,6		937,0	81,1	1.790.400,0	48,7
5,0 - 5,9	49,3	3,8	262.733,9	7,3	5,0 - 5,9	64,5	5,5	345.372,5	9,4
6,0 - 6,9	32,1	2,5	202.425,7	5,7					
7,0 - 7,9	19,2	1,5	140.569,4	3,8	6,0 - 7,9	74,1	6,4	499.771,9	13,6
8,0 - 8,9	14,2	1,1	117.814,3	3,2					
9,0 - 9,9	7,8	0,7	73.188,2	2,0	8,0 - 9,9	34,1	3,0	298.130,8	8,1
Kleinbetr.	123,0	9,5	796.700,0	22,1		172,7	14,9	1.143.300,0	31,1
10,0 - 19,9	28,2	2,2	365.887,1	10,2	10,0 - 19,9	38,9	3,4	498.130,8	13,6
20,0 - 29,9	4,4	0,3	100.111,7	2,7					
30,0 - 39,9	1,3	0,1	44.100,5	1,2	20,0 - 39,9	6,9	0,6	185.291,8	5,1
über 40	2,6	0,2	505.030,3	14,1	über 50	0,7	0,05	56.316,7	1,5
Mittel- und Großbetriebe	37,0	2,7	1.015.300,0	28,1		46,4	4,0	739.700,0	20,2
alle Betriebe	1.312,0[1]	100,0	3.605.485,5[2]	100,0		1.156,2[3]	100,0	3.673.275,6[4]	100,0

1) Einschließlich Gutssiedlungen an den Stadträndern. Anbaufläche: 30.797 km^2 (unterschätzt)
2) Einschließlich Weide-, Brachland und Privatwäldern in den Ebenen.
3) Davon 16.009 Betriebe ohne Kulturland (nur Vieh); 1.140.163 Betriebe mit 32.387 km^2 eigenem Kulturland
4) Fläche der gen. 1.140.163 Betriebe. Anbaufläche nach :i. Athen 1962, 37.745,5 km^2, davon 32.387,1 km^2 vom Eigentümer bewirtschaftet (Stat.Jb. 67, VIII,1,1)

Quellen: Kienitz 1960, S. 105, Tab. 2 (nach Klimis 1955)
für 1951;
Stat.Jb. 1967, VIII,1,2 für 1961

Tab. 69: Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft 1961

Region	Betriebe mit Ackerland		vom Eigentümer bewirtschaftete Betriebe			
	in 1000	km^2	in 1000	%	km^2	%
Groß-Athen	13,7	275,6	13,2		256,7	
Mittelgrld.	14,4	5.993,8	164,7		5.366,8	
Peloponnes	196,5	6.819,2	193,0		6.172,0	
Ionische I.	40,2	764,1	39,2		670,3	
Epirus	61,2	1.275,5	60,2		1.154,6	
Thessalien	108,5	4.657,2	107,3		4.311,0	
Makedonien	290,0	9.405,3	280,9		7.924,4	
Thrakien	66,5	2.506,9	64,5		2.243,9	
Ägäische I.	91,1	2.015,8	87,6		1.531,1	
Kreta	104,0	3.019,5	102,9		2.756,4	
Ges. Grld.	1.140,2[1]	36.732,8[1]	1.113,4[2]	98	32.387,1[2]	88

Quelle: 1) Stat.Jb. 1967, VIII,1, S. 146-149
2) Stat.Jb. 1967, VIII,2, S. 150-153

Beispiel bei 1,7 ha, die auf 4-8 Parzellen verteilt sind. Dagegen hielt Sauerwein 1968 eine Betriebsgröße von mindestens 3 ha in den Ebenen und 5 ha in den Hügelländern für erforderlich und außerdem die Zusammenlegung der zersplitterten (oft als Ausmärkerbesitz in fremden Gemeinden gelegenen) Parzellen.[347] Es hat sich nämlich gezeigt, daß bei größerem Grundbesitz, wie er durch die Mitbewirtschaftung von Anbauflächen der Ausgewanderten entstehen kann, die Abwanderung nicht so groß ist. [348]

In der elischen Niederung nördlich von Pyrgos registrierte Vouras Betriebsgrößen von durchschnittlich 2 - 3 ha, und für die nordgriechischen Ebenen gab er 4 - 7 ha/Familie an, für die Gebirge 1 - 4 ha/Familie, verteilt auf 3 - 12 Parzellen. [349]

Durch die Abwanderung hervorgerufen wurde ein Arbeitskräftemangel in den Hauptarbeitszeiten, [350] der neben schlechten Verkehrsverbindungen mit den Absatzmärkten die rechtzeitige Ablieferung verderblicher und an bestimmte Verkaufszeiten gebundener Produkte (Obst, Frühgemüse, Oliven) an Industriebetriebe und Exportunternehmen behindert. Mindere Qualitätserzeugnisse verringern die Einnahmen und mit ihnen die Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftslage.

In Altgriechenland und auf den Inseln war durch den Bevölkerungsdruck der Besitz so sehr verkleinert worden, daß der bei dem bestehenden Arbeitskräftemangel nötige Einsatz von Maschinen, wenn nicht unmöglich, so für den Einzelnen zu teuer oder zu unrentabel werden mußte.

Nur wenige Bauern sind Genossenschaften angeschlossen, die Maschinen zur Verfügung stellen, den Absatz regeln und den Bauern bei der Einführung neuer Wirtschaftspflanzen und -systeme (z.B. bei Bewässerungskulturen) behilflich sind, damit Fehlinvestitionen und Mißernten vermieden werden. [351] Genossenschaftliche oder staatliche Hilfe ist besonders dann erforderlich, wenn einseitig auf die Marktwirtschaft des In- und des Auslandes

ausgerichtete Betriebe durch Schädlingseinfall, Mißernten, Geschmacksänderungen der Käufer und Konkurrenzunternehmen in Not geraten. [352]

3.3 Verkehrslage

Zu den wirtschaftlich-sozialen Faktoren, die auf die Wanderungsbewegungen der ländlichen Bevölkerung einwirken, gehören auch die schlechten Verkehrs- und Versorgungsmöglichkeiten. Viele Dörfer, vor allem im Südosten der Peloponnes, waren 1966 noch nicht an das Versorgungsnetz angeschlossen, sondern auf Talg- und Gaslampen, Holzkohle und Zisternen- und Brunnenwasser angewiesen. [353] Da Bewässerungsanlagen fehlten, wurden vorherrschend Oliven, Getreide und Wein angepflanzt. Die meisten Dörfer waren gar nicht oder höchstens mit einer Fahrt täglich an das ohne Querverbindungen strahlenförmig auf Athen, Thessaloniki und einige größere Orte ausgerichtete Buslinienetz angeschlossen. [354]

Neue Fern- und Durchgangsstraßen und die Straßen in der Umgebung der größeren Städte sind asphaltiert, doch in rein ländlichen Gebieten, in Bergländern und in Gebirgen sind für kurze Entfernungen stundenlange, langsame Fahrten auf staubigen, oft geröllüberdeckten Karrenwegen die Regel. [355] Die Schaffung besserer Verkehrsnetze wurde weitgehend den Gemeinden überlassen und Stiftungen von Auslandsgriechen. Manchmal sind Straßen nicht über die Gemeindegrenzen hinaus ausgebaut. [356]

Die Haupteisenbahnlinie wurde als Durchgangslinie zwischen Thessaloniki und Athen angelegt ohne Rücksicht auf den Lokalverkehr. [357] Daher liegen die Haltepunkte meist weitab von den Ortschaften.

Die Nachrichtenübermittlung erfolgt auf dem Land über Transistorradios; Zeitungen gibt es nicht einmal in allen Landstädten

(Lokalzeitungen) und Postämter nur in den großen Orten. Briefe und Pakete werden mit Personenbussen weitergeleitet. [358]

Abgeschiedenheit und Mangel an Abwechslung in den Dörfern (besonders für die Frauen) lassen das Stadtleben mit Kinos, Theatern, Plätzen mit Kaphenia und Xenodochia um so anziehender erscheinen. [359] Für die Inseln vor der türkischen Küste gibt es eine Art Grenzlandfonds der auch dafür verwendet wird, den dort wohnenden Familien von Zeit zu Zeit für ein bis zwei Wochen Abwechslung in Athen zu bieten (Fahrt, Übernachtungen, Theaterbesuche und Rundfahrten sind kostenlos oder sehr verbilligt).

So werden manche Landschaften vollkommen abgekapselt und zum Verharren in der Selbstversorgungswirtschaft [360] gezwungen, die, wenn die Auswanderung eingesetzt hat, von Frauen, Kindern und Alten betrieben wird. Diese Landschaften kennzeichnet lange Zeit ein geringer Nutzungswert der Anbauflächen, aber ein um so höherer Nutzungsgrad (Terrassenanbau). Allmählich entstehen teilweise Orts- und Flurwüstungen, und zwar um so größere, je mehr Familien geschlossen abwandern, da dann die geldlichen Unterstützungen durch die Ausgewanderten ausbleiben. [361] Intensiv genutzte Flächen durchsetzen fleckenhaft die von Bodenerosion geprägten verödeten Fluren an Hängen und in Ursprungsmulden, seltener in Tälern und Becken. Für die Ausfuhr erzeugt wird nur in verkehrsmäßig günstig gelegenen Gebieten (an Durchgangsstraßen, Eisenbahnlinien, in der Nähe von Häfen), während doch eine planvolle Verkehrserschließung zu einer Erweiterung des Wirtschaftsraumes führen könnte.

Eisenbahnstationen, Motels und Tankstellen an Durchgangsstraßen und Anlegestellen von Schiffen wurden zu Kernen neuer Siedlungen (Ortsnamen wie Stathmos, Skala). Den Anstoß [362] für diese überall in Griechenland zu beobachtenden Neugründungen gab die Vorstellung, dort "zentraler" wohnen und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse leichter absetzen zu können. Im allgemeinen blieben jedoch Neubauten für Wohnzwecke auf die Großstadtregionen beschränkt. [363]

4 Maßnahmen zur Einschränkung der Wanderungsbewegungen

Das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land kann nicht aufgehoben werden durch die Verbundenheit der Auswanderer mit ihren Heimatorten, die sich in geldlichen Unterstützungen und Stiftungen (Bau von Häusern, Schulen, Zisternen, Anschaffung von Haushaltsgegenständen, Radios, Fernsehapparaten) ausdrückt, [364] da die Gelder willkürlich und oft ziellos verbraucht werden (z.B. Straßenbau in Gebirgen und auf Inseln ohne Anschluß an das bestehende Wegenetz; Bewässerungsanlagen ohne geregelte Wasserzufuhr) oder in den Zurückbleibenden am Ort unerfüllbare Wünsche erwecken. Ebenso wenig ändern einmalige staatliche Investitionen die schwierige Lage der ländlichen Gebiete.

Solange der Fortzug der jungen arbeitsfähigen Bevölkerung anhält - es wanderten längst nicht mehr allein die Arbeitslosen ab - ist auch mit ausländischen Hilfsprogrammen nur eine vorübergehende Besserung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten.

Nur durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in größeren, konkurrenzfähigen Industriebetrieben (Schwer-, Leichtmetall-, Maschinenindustrien und Industrien zur Verarbeitung ländlicher Erzeugnisse), durch eine Verbesserung der Anbaumethoden (möglichst verbunden mit einem höheren Maschineneinsatz zur Entlastung der Arbeitskräfte), eine Rationalisierung und Koordinierung in der Verarbeitung und im Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, d.h., eine engere Verknüpfung der ländlichen Produktionsgebiete mit den Verarbeitungsorten (Orten mit zentralen Funktionen) und die Sicherung des Absatzes zur Zeit der höchsten Qualität des Produktes, und durch die Schaffung einer breiteren Basis für den Export, dessen Gewinne oft durch Mißernten oder Überproduktion, verbunden mit Qualitätsminderung, beeinträchtigt werden, [365] kann die Auswanderungsziffer gesenkt und der Lebensstandard der Bevölkerung angehoben werden.

Gleichzeitig müssen die sozialen Einrichtungen verbessert werden und sollte mit dem Ausbau des Straßen- und Nachrichtenverkehrsnetzes den Land- und Inselbewohnern die Möglichkeit gegeben werden, sich weiterzubilden und am kulturellen Leben teilzunehmen. 366)

Mit einem planvollen Ausbau der Industriewirtschaft und der ihr zugeordneten Landwirtschaft als neue Erwerbsgrundlagen müssen neue Siedlungsformen entstehen, die sich erheblich von den dem traditionellen Stil verhafteten Neusiedlungen an den Bahnlinien und den neuen Autostraßen unterscheiden. Aus Untersuchungen, die unter der Leitung des Städteplaners Kriesis 1963 vorgenommen wurden, haben sich folgende Gesichtspunkte für ein Aufhalten der Auswanderung ergeben: Kleine Orte sollen ersetzt werden durch Städte mit weitreichenden regionalen Funktionen, die dem Straßen- und Eisenbahnnetz angeschlossen sind und von denen aus die zu bewirtschaftenden Fluren in einer Stunde mit dem Traktor oder Auto zu erreichen sind. Orte mit Bevölkerungsabnahme und verfallende Dörfer sollen zu lebensfähigen Gemeinden zusammengeschlossen werden, verlassene Dörfer weiterhin als Außenstationen für saisonale Arbeiten in Land- und Viehwirtschaft und als Ferienkolonien (dies in der Hauptsache) zur Verfügung stehen.

Auf Karten in 1:1 Mill. hat Kriesis einander gegenübergestellt die bestehende Verwaltungsgliederung von Epirus, Euböa und der Peloponnes und eine Neugliederung derselben Gebiete unter Berücksichtigung des bestehenden Verkehrsnetzes und der bestehenden Siedlungen; eingetragen ist die Reichweite der theoretisch nach den physisch-morphologischen Bedingungen lagemäßig bestimmten Agrarstädte - als solche müßte man diese Städte wohl ansprechen - und die mögliche Einwohnerzahl dieser Städte.

Kriesis weist selber darauf hin, daß sich bei der Durchführung einer solchen Planung große politische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Schwierigkeiten und psychologisch-soziale Probleme ergeben würden. Es bleibt die Frage, ob sich diese geplanten

Städte unter veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie sie sich aus einer stärkeren Industrialisierung und aus dem Bevölkerungswachstum ergeben werden, bewähren oder ob nicht einige unter ihnen in der Entwicklung zurückbleiben, an Bevölkerung verlieren und dann wie heute die Bergdörfer allmählich verfallen. [367)]

A B S C H N I T T V

Zusammenfassung und Ausblick

Die Arbeit hatte zum Ziel, die aus Statistiken und eigenen Beobachtungen im Jahre 1966 gewonnenen Kenntnisse der Bevölkerungsverteilung in Griechenland genetisch zu deuten.

1 Siedlungsverteilung, Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen

Allgemein bedeutende Wendepunkte für die Bevölkerungsentwicklung waren die Freiheits-, Balkan- und Weltkriege. Im nordgriechischen Raum haben Flüchtlingsbewegungen und Zwangsumsiedlungen ab 1912 die ethnische Zusammensetzung und die Verteilung und Dichte der Bevölkerung grundlegend verändert und den Anstoß zu Bodenreformen, zum Aufbau einer Industriewirtschaft und zum Aus- und Neubau von städtischen und ländlichen Siedlungen gegeben. In Altgriechenland hatten Binnenwanderungsbewegungen, die in anderer Weise, viel langsamer und ohne unmittelbares Eingreifen des Staates vor sich gingen, schon im 19. Jahrhundert eingesetzt (dazu die Abschnitte II und III). Viele der heutigen Abwanderungsgebiete waren bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts dicht besiedelt und Räume starker Bevölkerungszunahme.

Auffallende Kennzeichen einer Veränderung der Siedlungslandschaft sind einerseits der Verfall von Siedlungsstätten, manchmal ganzer Dörfer (vor allem auf den Inseln außerhalb derjenigen Hauptorte, die zugleich Hafenorte sind, und in den Bergländern des Festlandes) - verlassen wurden nicht nur Alt- sondern auch Neubauten,[368] andererseits der Aus- und Neubau bäuerlicher Siedlungen an den Hauptverkehrswegen und randlich oder inmitten der Anbaugebiete, das Aussiedeln aus geschlossenen Ortschaften auf die Äcker und das rasche Anwachsen von Industrie- und Hafenstädten - an deren Spitze Athen-Piräus-Eleusis, Thessaloniki, Patras und Iraklion - und von größeren Landstädten wie Larisa, sowie die Ausbreitung von Kurorten, der Ausbau von Hafensiedlungen und das Entstehen von Erholungslandschaften.

Die sich im Erscheinungsbild von Siedlungen und Fluren niederschlagenden, nicht an bestimmte Wirtschaftsformen gebundenen freiwilligen Wanderungsbewegungen sind vom Land zur Stadt, von den Gebirgen zu den Ebenen, Tiefländern und Küsten, von den Inseln zum Festland, vor allem in die Region Athen, von früher bevorzugten, heute verkehrsfern gelegenen Gebieten in verkehrsgünstige, wirtschaftlich ertragreiche oder neu erschlossene Anbaugebiete (besonders dann, wenn dort Gemeindeland vorhanden war) und in die Landstädte und von allen Teilen des Landes ins Ausland gerichtet. Gebietsweise ist ein weiterer Schritt bereits vollzogen: die Abwanderung von diesen Zuwanderungsgebieten in die Industrie- und Hafenstädte und ins Ausland.

Von ähnlichen räumlichen Bevölkerungsbewegungen wurden auch andere Mittelmeerländer und die Alpenländer betroffen. [369)] Besondere Probleme treten bei dem Verhältnis zwischen Stadt und Land auf: wie sich zum Beispiel unter den bestehenden, unveränderlichen natürlichen Voraussetzungen das Verhältnis für beide Seiten gewinnbringend - d.h., zu einem stabilen, aber reaktionsstarken Verhältnis - entwickeln kann. Ausgleichsbewegungen oder enge wirtschaftliche und soziale Beziehungen - das Land gibt Nahrungsmittel und Arbeitskräfte, die Stadt industrielle Güter, Geld, Abwechslung - bestehen nur zwischen Stadt und Land in Räumen vergleichbarer Ausstattung, also zwischen verkehrsgünstig gelegenen Städten und Dörfern in den Ebenen und nicht zwischen Ebenenstädten und abgelegenen Gebirgsdörfern. Auf die besondere Stellung von Groß-Athen und Groß-Thessaloniki innerhalb des griechischen Raumes wurde immer wieder hingewiesen.

Vor allem in Krisenzeiten machten sich in Bevölkerungsbewegungen die Übervölkerung und die Rückständigkeit mancher Landschaften und der Rückstand ganz Griechenlands gegenüber der Agrar- und Industrieentwicklung besonders der westeuropäischen Länder bemerkbar.

Keine Landschaftseinheit innerhalb von Griechenland hat aufgrund ihrer natürlichen Ausstattung einen bleibenden Wert zu verzeichnen. Doch bestimmen die Eigenheiten des Naturraumes in agrarischen Rückzugsgebieten und in extensiv genutzten und dünn bevölkerten Landstrichen die äußeren Grenzen des Lebensraumes, die Bevölkerungsdichte und die Art der Landnutzung. [370] Sie treten heute auch dort hervor, wo sich bessere wirtschaftliche Voraussetzungen und ein höherer Lebensstandard einstellen. [371]

Als hemmend für eine positive Bevölkerungsentwicklung erweisen sich durch Gebirgs- und Meeresarme zergliederte und abgesonderte und nahe den Staatsgrenzen gelegene Landschaften, als Gebiete mit Bevölkerungszunahme offene Landschaften, die an das Verkehrs- und Versorgungsnetz angeschlossen sind oder werden können. [372]

Die Gebirge wurden im Gegensatz zu Ebenen und sogenannten Durchgangslandschaften einmal als Gebiete angesehen, in denen es möglich ist, in Freiheit ein Gemeindeleben einzurichten und einen höheren Lebensstandard zu erlangen, in anderen Fällen oder zu anderen Zeiten als hemmend für eine höhere Entwicklung des Gemeinwesens, als verkehrsabgelegen und rückständig, während in den vormals gemiedenen Niederungen die Voraussetzungen für eine dichte Besiedlung und für ein Bevölkerungswachstum gegeben zu sein scheinen.

Man kann nicht von einer einseitigen Abhängigkeit des Lebensraumes vom Naturraum sprechen, wohl aber von einer Anpassung der Bevölkerung an den jeweils bevorzugten Naturraum in Wirtschafts- und Lebensweise und von einem Einwirken der Naturfaktoren auf die Wirtschafts- und Lebensweise. Für die Wahl eines neuen Lebensraumes sind jedenfalls nicht Naturfaktoren allein, sondern vor allem politisch-soziale Faktoren maßgebend. Veränderte politisch-soziale Umweltbedingungen leiten den Bedeutungswandel der Naturräume ein. Mit ihnen ändern sich die Verteilung der Bevölkerung, die Form und Lage der Siedlungen, die Art der

Bodennutzung und die Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschafts- und Sozialgruppen.

Die Naturfaktoren treten deutlich hervor beim Aufsuchen eines neuen Lebensraumes, dann setzt der Vorgang der Anpassung an die natürlichen Verhältnisse ein oder die Suche nach der Erkenntnis, welche natürlichen Faktoren sich zu welchem Zweck ausnutzen lassen. Sie treten wiederum hervor, wenn das aus der Verbundenheit mit der Umwelt, das durch des Menschen regelndes Eingreifen in die Naturvorgänge und die Ausnutzung der für ihn günstigen Faktoren hervorgegangene Gleichgewicht gestört wird, d.h., wenn sich die Einstellung des Menschen zu dem von ihm geschaffenen Lebensraum derart ändert, daß er geneigt ist, ihn zu verlassen oder daß er ihn verläßt. Mit dem beginnenden Verfall der Kulturlandschaft wächst das Bedürfnis, an anderer Stelle neu anzufangen und in immer größerer Zahl abzuwandern.

Diese Vorgänge spielten und spielen sich auch in Griechenland ab. Es werden nur noch die am einfachsten nutzbaren und die ertragreichsten Böden angebaut. Die Hangterrassen verfallen, und natürliche Vorgänge (Badlandbildungen, Überwachsen der Nutzflächen mit Macchie und Phrygana, Ausbreitung von Sümpfen (Malariaherden)) treten wieder in den Vordergrund.

Die Siedlungsverlagerungen und Wanderungsbewegungen wurden ausgelöst durch die räumlich und zeitlich wechselnde wirtschaftliche Sicherheit und die ebenso veränderliche soziale Stellung der Bevölkerung eines bestimmten Wirtschaftsraumes. Wirtschaftsformen wie die Kalyviawirtschaft kamen einer allmählichen Siedlungsverlegung entgegen. [373] Die Bewegungen richteten sich schließlich danach, wie tiefgreifend die Funktionen der einzelnen Landschaften und der Orte seit ihrer Zugehörigkeit zu Griechenland und durch die Kriege nach 1912 und 1940 verändert wurden (veränderte Rechtsstellung und Wirtschaftslage).

Die Ursachen für die verschiedenartige Verteilung, Dichte und Siedlungsweise der Bevölkerung auf den Kykladen sind weniger in

der Größe und Bodenbeschaffenheit der Inseln als in der von historischen Faktoren abhängigen Bedeutung ihrer Lage zwischen dem griechischen Festland, Kreta und Kleinasien zu suchen, wie auch die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wechselnden Bevölkerungszahlen auf die Einflüsse historischer Ereignisse zurückzuführen sind.

In Abhängigkeit von der Entwicklung auf den Festländern und von der Beziehung der Festländer zueinander wurden die größeren Inseln - die randlich gelegenen entgingen meist dem Schicksal der anderen - als Knotenpunkte des Handels und Verkehrs und als Rückzugsgebiete dicht besiedelt oder als Vorposten für die Eroberung der Festländer entvölkert, geplündert und verheert; als Grenzland und Verbannungsorte verloren sie jegliche Bedeutung. In den Zeiten der Aufspaltung des Ägäisraumes in einen Ost- und einen Westteil - bei sich feindlich gegenüberstehenden Staaten oder Staaten mit verschieden ausgerichteter Wirtschaftspolitik - hatten sie mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Siedlungen an offenen Buchten und in fruchtbaren Küstenebenen wurden aufgegeben und entstanden neu im unzugänglicheren Inneren, auf kahlen Hochflächen oder in versteckten Tälern in geschlossener Form, nun als Siedlungen einer rein bäuerlichen Bevölkerung.

Nach Zeiten und Landschaften wechselten so Umfang (Einzelwanderungen oder Wanderungen in geschlossenen Gruppen), Zielrichtung und Reichweite (Binnen- oder Auswanderung), Dauer (zeitweise oder ständige Abwanderung) und Gründe (freiwillige oder erzwungene) der Wanderungen. Die Haupttriebkraft der seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts unter dem Einfluß wirtschafts- und siedlungspolitischer Maßnahmen ständig zunehmenden Wanderungsbewegungen war zunächst wirtschaftliche Not, dann, immer stärker hervortretend, der Wunsch, das soziale Ansehen zu heben.

In Insel- und Gebirgslandschaften sind bis in die Gegenwart, durch die Bindungen an eine patriarchalische Lebensordnung und die Lehren der orthodoxen Kirche aufrechterhalten, noch

weitgehend die Lebens- und Wirtschaftsweisen bestimmend geblieben, die unter türkischer Herrschaft auf der Balkanhalbinsel und in Griechenland üblich waren.

Dagegen ist in den agrarisch genutzten Zuwanderungsgebieten - zu ihnen zählten die Ebenen, in denen bewässerbares Neuland gewonnen werden konnte und Bodenverbesserungsarbeiten durchgeführt worden sind - mit staatlicher Hilfe eine Umstellung von der bis zum 2. Weltkrieg noch allgemein betriebenen Selbstversorgungswirtschaft (mit Viehhaltung) auf eine marktorientierte Wirtschaft (gleichzeitig Einschränkung oder Aufgabe der Viehwirtschaft) erfolgt.

Der durch das Fehlen staatlicher Investitionen in den abgelegenen Gebieten immer mehr hervortretende Gegensatz zu den Gebieten mit höherem Lebensstandard - von einem Ausgleich zwischen ehemals dicht und dünn besiedelten Gebieten kann man also nicht sprechen - verstärkt die Bereitschaft zu Abwanderung und damit die Auflockerung des Gemeindeverbandes.

2 Möglichkeiten der kartographischen Darstellung von Bevölkerungsverteilung und -entwicklung

Die kartographische Darstellung der heutigen Bevölkerungsverhältnisse in Griechenland - der Verteilung, Dichte und Entwicklung der Gesamtbevölkerung oder einzelner Gruppen - stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Erstens ist das Grundlagenmaterial (Statistiken, Karten) unzulänglich, und zweitens ist eine eindeutige Zuordnung der Bevölkerung zu ihren Wohn- und Wirtschaftsbereichen für große Teile des Landes und für einen großen Teil der Bevölkerung nicht möglich. Es gibt keine klare Scheidung der Lebensräume von Städtern, Bauern und Nomaden wie in den orientalischen Ländern. [374)]

Fischer, Seefahrer, Kaufleute, Gewerbetreibende, Garten-, Wein- und Ackerbauern, Hirten und Köhler sind oft in derselben Gemeinde beheimatet, die, vom Talboden bis in die Felsregion eines Gebirges hinaufreichend intensiv genutztes und nicht nutzbares Gelände, das in den verschiedensten Verhältnissen zueinander steht, und verschiedenartige Siedlungen (Kalyvia, Einzelsiedlungen, geschlossene Dörfer, Städte) umfassen kann. Weder die Siedlungs- noch die Wirtschaftsgebiete von Bauern und nomadisierenden Viehzüchtern sind voneinander zu trennen, da die Winterweiden und Wintersiedlungen der Viehzüchter in den Wirtschaftsgebieten der Bauern in den Niederungen liegen und viele Bauern wie die Viehzüchter Sommerweiden in den Gebirgen besitzen. Es war nicht möglich, die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Siedlungen über mehrere Jahrzehnte hinweg zu verfolgen, oft nicht einmal, ihre Entwicklungstendenzen als zunehmend, stagnierend oder abnehmend zu kennzeichnen, d.h., Zu- und Abwanderungsräume kartographisch zu erfassen. [375] Für die meisten kleinen Orte verfälschen die jahreszeitlichen, durch die Wirtschaftsformen bedingten Differenzen und die verschiedenen Erhebungsmethoden die Bevölkerungszahlen und lassen keinen eindeutigen Kurvenverlauf erkennen.

Besonders problematisch ist die Darstellung von Bevölkerungsverteilung und -entwicklung im hohen Pindos, da zum Zeitpunkt der Erhebungen die Wanderhirten oft noch nicht in ihren Sommer(Stamm-)dörfern eingetroffen waren. [376]

Die Hirten kehren von ihren Winterweidegebieten zwischen dem 23.IV. (Georgstag) und dem 6.V. in die Sommerorte zurück. Beim Einsetzen der Regenzeit ziehen zuerst die Familien (8.IX.-21.IX.), danach die Hirten (26.X. (Ag. Dimitrios) - 8.XI.) in die Niederungen. So wird das Bevölkerungsverteilungsbild je nach dem Zeitpunkt der Erhebung in den Gebirgen oder in den Ebenen ungenau. Nach den Frühjahreserhebungen erscheint der hohe Pindos (wie auch die Gebiete der Kalyvienwirtschaft in Mittelgriechenland und der Pelo-

ponnes) als Streusiedlungslandschaft mit Siedlungsstätten von weniger als 50 Einwohnern, oft sogar weniger als 10 Einwohnern.

Zur Klärung der Verhältnisse kann nur eine Statistik wie die von 1940 beitragen, in der neben der anwesenden und der heimatberechtigten Bevölkerung auch die Wohnbevölkerung angegeben ist.

Tab. 70: Bevölkerungszahl in den Berggemeinden des Pindos und den Winterquartieren der Hirten 1940 u. 1961

Statistik vom		16.X.1940		19.III.61
Anwesende	Heimat-berecht.	Wohnbev.	Ortsname (Berggemeinden)	Anwesende
424	1.277	744	Avdela	2
699	951	738	Perivoli	15
1.175	1.420	834	Samarina	5
586	789	532	Smixi	1
1.388	2.380	618	Syrraku (Sirakon)	18
1.049	1.298	1.083	Kalaryton (Kallari-(tai)	357
			(Niederungsgem.)	
1.905	1.683	1.707	Karperon	2.001
1.880	1.618	1.676	Ag. Georgios	2.134
1.447	950	1.332	Mulkion(Aliartos)	2.365

Quelle: Bevölkerungsstatistiken 1940 und 1961

Die Bewohner der auf dem Gemeindegebiet der Niederungsdörfer gelegenen Hüttendörfer wurden nach 1940 bei der ständig in den Dörfern wohnenden Bevölkerung aufgeführt; vorher wurden die Wanderhirten wenigstens in den Zählungslisten als skinites (Zeltbewohner) vermerkt.

Es ist also nicht möglich, für die von solchen Wanderungen betroffenen Gegenden Bevölkerungsveränderungskarten zu entwerfen.

So können zur Erfassung der Veränderungen im ländlichen Raum nur Kartogrammdarstellungen auf Eparchiegrundlage herangezogen werden. Für die Entwicklung in Streusiedlungsgebieten, wie sie auf Kephallenia (Halbinseln Eressos und Lixuri), im Aliakmonhügelland, in den Flyschgebieten des Pindos, in der westlichen Peloponnes, auf einigen Kykladen (vor allem Paros, Antiparos, Mykonos, Anaphi) und anderen ägäischen Inseln (z.B. Karpathos) und auf Kreta zu finden sind, fehlen statistische Unterlagen, da Einzelhäuser oder Weiler unter einem Namen zu Gruppen zusammengefaßt (aber nicht bei jeder Zählung in gleicher Weise) angegeben wurden. Getrennt von den zugehörigen Landorten wurden in den neuesten Statistiken jung entstandene Hafensiedlungen (skales) aufgeführt; unberücksichtigt blieben Kalyves, Metochia, Exochai (als bewohnt aufgeführt nur auf kleineren Inseln).

Die mühsame Kartierung des Zustandes von Häusern, Fluren, Grundriß der Siedlungen und Siedlungsstätten für einen (nicht immer möglichen!) Vergleich mit früheren Zuständen, die durch Kartierung, Beschreibung oder Luftbilder festgehalten worden sind, wäre die einzige Möglichkeit, Bevölkerungszu- und Abnahmegebiete gegeneinander abzugrenzen und nach ihren verschiedenen Entwicklungstendenzen abzustufen.

Der Vergleich der Bevölkerungszahlen der Städte war erschwert dadurch, daß Vororte bei manchen Erhebungen gesondert angegeben wurden, bei anderen in der Einwohnerzahl der Städte enthalten waren (bei Korfu, Chios, Lesbos/Mytilini, Athen, Piräus, Thessaloniki) [377] oder daß dort vorübergehend stationiertes Militär zur Ortsbevölkerung gerechnet wurde (Chalkis 1889) oder bei Hafenorten die Besatzung von Schiffen mitgezählt wurde.

Die Karte der langfristigen Bevölkerungsentwicklung (Beilage 11),

ist als ein Versuch anzusehen, trotz und mit dem unzulänglichen statistischen Material wenigstens für die größeren Orte eine brauchbare Arbeitsgrundlage herzustellen.

Ebenso wie die Bevölkerungsentwicklungskarten werden Bevölkerungsverteilungskarten von den geschilderten Mängeln und sachlich begründeten Schwierigkeiten betroffen.

Die Kleingliederung der Landschaften, mit der die Verzahnung unterschiedlich zu bewertender Wirtschafts- und Siedlungsräume eng zusammenhängt, läßt eine Darstellung nach Verwaltungseinheiten wenig sinnvoll erscheinen. [378] Oft ist ein eindeutiger Bezug auf die landwirtschaftliche Nutzfläche aus den oben genannten Gründen nicht möglich (Abbildung 27). Besonders schwierig ist die Abgrenzung von Anbau-, Weide- und Ödland. Die Ausdehnung des agraren Nutzlandes - Brachflächen, verlassene Anbauflächen und völlig unnutzbar erscheinendes Land werden zuweilen nach Jahren wieder kultiviert oder werden beweidet - wechselt von Jahr zu Jahr.

Eine Darstellung nach natürlichen Landschaftseinheiten, die sich kartographisch mit Hilfe topographischer Karten, eigener Geländebeobachtungen und ersatzweise landeskundlicher Beschreibungen festlegen lassen, ist zwar sinnvoll, um die Verdichtung der Bevölkerung in den Tälern, Becken, Küstenkammern, an den Schwemmlandküsten und an den Hauptverkehrswegen aufzuzeigen, sie ist aber nicht vollkommen geeignet, einen Überblick über die wahren Bevölkerungsverhältnisse zu verschaffen. Denn die Bezugsflächen dürfen nicht allein in den Ebenen und nicht allein in den Bergländern liegen, wenn die Orte wirtschaftlich auf beide Landschaftseinheiten ausgerichtet sind. [379]

Bei Bevölkerungsdichtekarten taucht zusätzlich die Frage auf, ob oder in welchem Maße die städtische Bevölkerung in die Berechnung miteingeschlossen werden soll. Da ein großer Teil der Landbevölkerung in Städten lebt, [380] müßte dieser zusammen mit

der dörflichen Bevölkerung wiedergegeben werden. Ogilvie hat Athen und führende Seehäfen, nicht aber Orte im Inland, die als Marktplätze von landwirtschaftlichen Gebieten aufzufassen waren, von der Dichteberechnung ausgeschlossen. [381)]

Bei allen Griechenland betreffenden Bevölkerungskarten ist eine Forderung, die für die Auswertung äußerst wichtig ist, ihre Vergleichbarkeit mit Karten früherer oder späterer Bevölkerungsstände, nur schwer oder gebietsweise gar nicht zu erfüllen, da die Benennung und die Größe der statistischen Zähleinheiten und die Bevölkerungsweise innerhalb des erfaßten Raumes in vielen Fällen von Zählung zu Zählung wechselten. Im Zuge des Siedlungsausbaus in den Ebenen wurden (teilweise durch Teilung von Gemeindeflächen der Doppeldörfer oder durch Zusammenfassung von Teilstücken aneinandergrenzender Gemeinden) neue Gemeinden geschaffen, auf die oft der Name der Muttergemeinde im Gebirge übertragen wurde. Daher sind Zahlen aus älteren Statistiken nicht ohne vorherige Nachprüfung zu übernehmen. Ganz besonders bei der Berechnung von Dichtewerten und beim Vergleich verschiedener Bevölkerungsdichte- und Bevölkerungsentwicklungskarten ist darauf zu achten, in welcher Weise seit den letzten Erhebungen Orte, Gemarkungen oder Teile von ihnen zusammengefaßt oder abgetrennt wurden. [382)]

Die beigegebene nach der absoluten Methode [383)] hergestellte Karte (Beilagen 13, 14) liefert ein klares Bild der Bevölkerungsverteilung, der Streuung und Ballung der Siedlungen. Entsprechend der Einwohnerzahl von 1961 verschieden groß gewählte Kreise bedecken je einen besiedelten Ort (Definition des Siedlungsplatzes nach dem Volkszählungswerk). Diese Verteilungskarte ist unabhängig von veränderlichen und unzusammenhängenden Bezugsflächen und läßt siedlungsleere Räume gut erkennen. Der Bezug zur Fläche muß durch die Beschreibung ersetzt werden, [384)] vor allem auch dann, wenn die statistischen Erhebungseinheiten nicht klein genug sind, daß sie Streusiedlungsgebiete als solche erkennen lassen, oder wenn eine Landschaft aus den oben angeführten Gründen zeitweise

eine außerordentlich hohe oder zu geringe Bevölkerungszahl aufweist.

Um ein allgemein gültiges, über das Augenblicksbild der Zählung von 1961 hinausgehendes und gewisse Zufälligkeiten der Erhebung ausschließendes Verteilungsbild der Bevölkerung zu erhalten, war es ratsam, die Ortschaften in Größenklassen zusammengefaßt wiederzugeben, deren Grenzwerte nach einem Häufigkeitsdiagramm für die Einwohnerzahlen von 1961 ermittelt wurden. Gegenüber der Zählung von 1951 sind die Größenklassen nur wenig verschoben.

Die Abstufung der Signaturen wurde nach den Hauptabschnitten der Verteilungskurve vorgenommen. Bei solcherart gestuften Maßstäben fallen allerdings die Signaturen locker gebauter Siedlungen und von Ortschaften an der oberen Schwellengrenze im Verhältnis zu der tatsächlichen Ausdehnung der Siedlungen und zu den Siedlungen, die der nächsthöheren Größenklasse angehören, zu klein aus, dagegen zu groß bei dicht bebauten Städten, bei Orten, die als Winterquartiere benutzt werden, und solchen, die an der unteren Schwellengrenze liegen.

Von Werteinheitssignaturen, wie sie Witthauer benutzte, [385] wurde abgesehen, weil bei der Häufung der Signaturen an einer Stelle zu große Flächen bedeckt werden und damit der Eindruck einer zu dichten Besiedlung entsteht und ein Größenvergleich verschiedener Orte oder gar verschiedener Siedlungsräume besonders schwer fällt. [286] Um gut vergleichen zu können, ist es nötig gewesen, die einzelnen Siedlungsgrößen durch verschieden große Ausdehnung derselben Signatur wiederzugeben und nicht wie bei der Siedlungsverteilungskarte von Ogilvie [387] durch Punkte, Kreise und Quadrate, bei denen das Farbgewicht die Größengruppen ausdrücken soll. Die Signaturengrößen wurden empirisch ermittelt am Beispiel der Bevölkerungsverteilung von Attika, der messenischen Ebenen und der Inseln Leukas, Kephallenia und Ithaka.

Nahe beieinanderliegende Ortschaften haben häufig keinerlei Beziehung zueinander, und das zwischen ihnen liegende unbesiedelte Land ist vielfach unbesiedelbares Land. Die Orte können zum Beispiel durch lange, tiefe Schluchten voneinander getrennt sein. Es wäre falsch, wenn sich an solchen Stellen zwei zu groß gewählte Signaturen teilweise überdecken würden, so daß ein Doppelort vermutet werden könnte. Gerade in Streu- oder Weilersiedlungslandschaften wie im Aliakmonhügelland ist ein kleiner Signaturenmaßstab wichtig, um das besiedelte Gebiet nicht überzubetonen, ebenso bei Siedlungsketten, wie sie über dem Aliakmon südöstlich von Kozani anzutreffen sind, die bei der Wahl eines zu großen Signaturenmaßstabes als zusammenhängender Siedlungsstreifen angesehen würden. Dabei bestehen über die steilwandigen, tiefen Täler hinweg keine Verbindungen von Ort zu Ort.

Je nach ihrer Lage in Hochgebirgsbecken oder Niederungen, in schwach oder stark besiedelten Gebieten haben die Orte einen recht verschieden großen Einflußbereich. Aus diesen Gründen mußten die Signaturen nach dem Lageprinzip eingeordnet (Mittelpunkt der Signaturen = Ortsmittelpunkt) und möglichst klein gehalten werden, etwa in entsprechender Größe zum Grundriß der Ortschaften, [388] für den als Richtlinie das geschlossene Dorf zugrundegelegt wurde. So ist in den Teilen Griechenlands, in denen die geschlossene Dorfform vorherrscht, namentlich in Makedonien, mit der Einzeichnung sämtlicher Siedlungen die genaue Bevölkerungsverteilung wiedergegeben. Ein Aufdruck der Ortsgrößensignaturen auf eine Kartenunterlage, die Morphologie und Siedlungsausdehnung wiedergibt, [389] wäre wünschenswert, da dem Betrachter damit schon Erklärungen für die Art der Bevölkerungsverteilung beigegeben werden könnten.

Die in den Statistiken aufgezählten Siedlungsstätten waren nicht immer zu lokalisieren, [390] weil sich die Namen vieler Orte wiederholt geändert haben. Nicht einmal in dem vom Statistischen Amt herausgegebenen Nomoskartenwerk von 1963, das die damals gültigen amtlichen Bezeichnungen der Erhebungseinheiten wiedergibt,

waren alle in der Bevölkerungsstatistik von 1961 genannten Orte wiederzufinden. Die Eparchiehauptorte sind auf diesen Karten in ihrem Grundriß festgehalten. Bei allen übrigen Siedlungen und kleinsten Zähleinheiten tritt an dessen Stelle ein Hohlkreis im statistisch bestimmten Bevölkerungsschwerpunkt. Klöster und Einzelsiedlungen sind nur dann beachtet, wenn sie eine Zähleinheit bilden. Ein amerikanisches Kartenwerk 1:50.000 aus der Nachkriegszeit bringt zwar eine genaue Geländeaufzeichnung, dazu Einzelhäuser, Kirchen, Klöster, Kapellen, Ruinen und sämtliche Siedlungen in ihrem genauen Grundriß (bei zerstörten oder teilzerstörten Siedlungen ist der Erhaltungszustand vermerkt), doch sind das Wegenetz (wie auch bei den Nomoskarten und den einzelnen Blättern der griechischen geologischen Karte 1:50.000 [392]), manche Ortslagen, -größen und -namen nicht im Gelände überprüft worden. Ein Vergleich der Nachkriegskartenwerke mit der nur für Teilgebiete vorliegenden deutschen Heereskarte 1:100.000 aus den Jahren 1940 - 1944 und ihrer kartographischen Grundlage, der griechischen topographischen Karte desselben Maßstabes aus der Vorkriegszeit, ist kaum möglich, da sowohl Geländedarstellung als auch Orts- und Flurnamen erheblich voneinander abweichen, dieselben Ortsnamen an verschiedenen Stellen auftreten und offensichtlich zahlreiche Verwechslungen vorliegen. [393] Weiterhelfen können ältere Kartenwerke und Lagebeschreibungen in den Werken Philippsons (für Altgriechenland) und Schultze-Jenas und J.H. Schultzes (für Neugriechenland). [394]

ANMERKUNGEN

Digitized by Google

ABSCHNITT I

1) Stat. Jb. 1964, Tab. II,7, S. 32.

2) Länge der Küstenlinie: das. I,4, S. 2.

3) Entfernungsangaben nach dem vom Nationalen Statistischen Amt des Griechischen Königreiches 1963 herausgegebenen Nomos-Kartenwerk (1:200.000) und den beiden Übersichtskarten von Griechenland (1:500.000) des Touring Club Italiano.

4) Länge der Grenzabschnitte: Stat.Jb. 1964, I,3, S. 2.

5) Über die Zugehörigkeit des Evros-Deltas (95 km^2) wurde 1926 zugunsten von Griechenland entschieden. In Abänderung des Vertrages von Neuilly (1919) wurde am 18.XII. 1953 die Inselkette des Evros statt des sich ständig verlagernden Flußbettes zur Grenze gegen Bulgarien erklärt (Ploetz, Auszug 1962, S. 1376).

6) Fläche von Euböa: Stat.Jb. 1964, I,4, S. 2; Länge des Evripos und des Isthmos von Konrinth: das. I,5, S. 4.

7) Alle Flächenangaben, auch die folgenden, sind dem Stat. Jb. 1964 entnommen (I,4; II,6; II,7) (nach Vermessungen von 1963; Verbesserungen dazu im Stat.Jb. 1967).

8) Stat.Jb. 1964, I,1 und I,2, S. 1.

9) Zum Klima: Philippson 1947 und 1948.

10) Die entsprechenden türkischen Verwaltungs-einheiten (gültig für Nordgriechenland bis 1912) waren die Vilayets, Sandschaks, Mutesarrifliks und Kazas.

11) In der Größenordnung entspricht die Region ungefähr einem deutschen Bundesland, der Nomos einem Bezirk, die Eparchie einem Kreis, der Dimos einer Stadt-, die Kinotis einer Landgemeinde und der Ikismos einer Ortschaft, Siedlung oder Siedlungsstätte.

12) 1963 ist der Nomos Larisa mit 5.555 km^2 der größte. Der Nomos Kozani wurde aufgeteilt in zwei Nomen (Kozani und Grevena).

13) Im Text sind die neugriechischen Bezeichnungen Nomos und Eparchie beibehalten, dagegen die diamerismata geographika mit "Regionen", die dimi und kinotites im allgemeinen mit "Gemeinden" und die ikismi mit "Ortschaft" oder "Siedlung" wiedergegeben.

14) Einwohnerzahl von Griechenland 1963: Schätzung für den 30. Juni aufgrund der Volkszählungsergebnisse von 1961, der danach registrierten Geburten, Todesfälle und Auswandererzahlen (Stat.Jb. 1964, II,2, S. 17). Schätzung für 1966: 8,6 Mill. Menschen. Einwohnerzahl der Inseln: das., II,7, S. 32.

15) Vergleichszahlen: das., S. 489.

16) Zur wirtschaftlich tätigen (erwerbstätigen) Bevölkerung wurden gezählt alle Personen über 10 Jahre, die vor dem 12. - 18.III.1961 mindestens 10 Stunden pro Woche für ihren Lebensunterhalt gearbeitet oder gewöhnlich gearbeitet hatten (Beschäftigte ein-schließlich Unterbeschäftigten und Arbeit- suchenden (Unbeschäftigten)). Ausgenommen waren Personen, die den Militärdienst versahen oder eine Freiheitsstrafe verbüßen mußten. Von zwei Berufen brauchte nur der wichtigere angegeben zu werden. Definition in A:7, Athen 1962, S. 4, 9.
Der Begriff der erwerbstätigen Bevölkerung war für die Erhebungen von 1951 anders formuliert worden. Daher sind die Ergebnisse der beiden Zählungen nicht miteinander vergleichbar.

17) Weltatlas 1968, S. 136, Diakartogramm "Berufliche Gliederung".

18) Das geht für 1951 aus einem Vergleich der Zahl der Agrarbevölkerung (Rés.Rec.Pop. 1951, Vol.I, Tab. XIII,11, S. CL, CLI) und der Zahl der in Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen (das., Tab. XII,18, S. CLXVII - CLXIX) hervor.

19) Besitzer von Ackerland oder Herden in den Nomen: A:7, Vol. III, Athen 1962, S. 42 - 49, Tab. III,14.

20) Stat.Jb. 1964, XI,1, S. 268, 269; das., XI, 5-7, S. 274-281.

21) das., XIV,14, S. 335; 15, S. 337; 17, S. 343-346.

22) Alle Zahlenangaben sind bezogen auf die de-facto-Bevölkerung (Personen die zum Zeitpunkt der Zählung (19.III.1961) am Ort der Erhebung anwesend waren ohne Beachtung der Länge der Berechtigung und des Grundes ihrer Anwesenheit). Eingeschlossen sind also Touristen, Ausländer, Militär, auf einigen Inseln Gefangene.

23) Zahl der Erwerbstätigen in den angegebenen Wirtschaftssektoren nach Nomen: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. III,13, S. 38-41.

24) Diese Werte sind enthalten in den Dichtestufen 2-4 der Beilage 2.

25) Definition erstmals für die Vorarbeiten zur Volkszählung von 1961 (in: I:1, Athen 1961, S. 5 (für 1958)), wiederverwendet bei dieser Zählung (abgedruckt und ergänzt in Γ :1, Athen 1962, S. XI).

26) Einwohnerzahlen von Groß-Athen und Groß-Thessaloniki: Stat. Jb. 1964, II,9, S. 43 (für 1961).

27) Bei den Angaben für die Gebirgsbevölkerung ist das Erhebungsdatum (19.III.) zu beachten. Ein Teil der Gebirgsbevölkerung ist nämlich in ihren Wintersiedlungen in den Tiefländern erfaßt. Dadurch sind in einigen großen Gebirgssiedlungen (bis 1.000 E) 1961 weniger als 50 Einwohner registriert worden; s.a. Text S.193-194.

28) Zur Tektonik und Morphologie Nordgriechenlands: Untersuchungen von Cvijić, Oestreich, Ogilvie, Wurm; Gellert 1927, Lehmann 1941, Kosack 1957, Marinos 1957, J.H. Schultze 1937; Jaranoff 1936.

29) Tektonik, Geologie und Morphologie der griechischen Halbinsel: Bibliographie Haralambous 1961; Geologische Karte 1:500.000, Athen 1954; Metallogenetikos Chartis tis Ellados 1:1.000.000, Athen 1965; Geologisches Kartenwerk 1:50.000, ab 1956; Geologische Übersichtskarten 1:200.000 ab 1967; altes geologisches Kartenwerk 1:300.000 (griechische geologische Karten, ergänzt durch geol. Landesaufnahmen von Philippson); Übersichtskarten, Beschreibungen und Einzeluntersuchungen bei Philippson, Renz, Maull, Trikkalinos, Kiskyras, Aubouin, Birot; und in Praktika, Pragmateiai, Annales géol. des Pays Helléniques, Guide 1965; von Seidlitz 1928, 1931; Schwan 1961; Kossmat 1924.

Fortleben tektonischer Vorgänge:
1. An die tektonischen Schwächelinien gebunden sind Erdbeben (Haupterdbebengebiete aufgezählt in: Stat.Jb. 1936, Teil 1,4, S. 7). Deren Folgen sind Rutschungen, Hebungs- und Senkungserscheinungen, die allmählich zur Veränderung des Landschaftsbildes führen (Änderung der Erosionsbasis der Flüsse, verstärkte Tiefenerosion oder Aufschotterung, Veränderung der Küstenlinien); Absinken der südlichen Peloponnes um 1-2m /1000 Jahren und gleichzeitige Hebung der Nordküste entlang dem Golf von Korinth (Pritchett 1963, S. 13). Folgen für die Besiedlung: Zerstörung von Siedlungen und Hafenanlagen (Neusiedlungen und Siedlungsverlegungen). Dazu: Siebers 1928, Galanopoulos 1955, Kiskyras 1959, Müller-Miny ab 1956 (für die Ionischen Inseln).

2. Vulkanismus. Häufigste Erscheinungen: warme Quellen (vielfach als Heilquellen genutzt; eine der Voraussetzungen für das Entstehen von Fremdenverkehrsorten), Fumarolen, Solfataren, aber auch tätige (Thera) und untätige (Methana) Vulkane (Auswirkungen der Ausbrüche des Thera-Vulkans, zuletzt 1956, sind Veränderungen in der Gestalt und der Höhe der Inseln, die Entstehung neuer Inseln, die Zerstörung und Verschüttung von Siedlungen, Hebungs- und Senkungserscheinungen). Dazu: von Leyden 1940, Philippson, Landsch. IV.

Erzlagerstätten, abbauwürdige Steine und Erden: Dobranski 1942; Catrakis 1948/49; Trikkalinos 1948/49; Köchli 1955; Kiskyras 1960.

30) Höhenabgaben aus dem Nomoskartenwerk 1:200.000 von 1963.

31) Im Sommer bringen die Etesien oder Meltemia trockene Luftmassen aus der Balkanhalbinsel und aus Südrußland nach Ostgriechenland, während auf der Westseite gleichzeitig Seewinde von Nordwest und West wehen (Philippson 1948, S. 13, ders. ^{4}1922, S. 90-93); Klimaprovinzen: ders. 1948, S. 10, 86-87; ^{4}1922, S. 102, 117-118; ausführlich abgehandelt 1948, S. 169-197. Unterschiede West- und Ostseite: ders. 1947.

32) In den Gebirgen und überall dort, wo reichlich Niederschläge fallen, haben die Häuser pyramidenförmige Dächer (W-Griechenland, Pindos, Pelion, Gebirge der Peloponnes, Inseln vor der kleinasiatischen Küste, Nordost-Griechenland). In den trockeneren Gegenden wird auf Flachdächern das Regenwasser aufgefangen und von dort in Zisternen geleitet.
Philippson 1948: Auswirkungen des Klimas auf die Hausformen (S. 210), Kulte (S. 217 ff), auf Landwirtschaft und Viehzucht (S. 218-221) und auf die Volksdichte (S. 201, 202, 232 ff).

33) Morphologie, Petrographie und Bodenbildung als Voraussetzungen für den Anbau: Lehmann 1927, S. 21-29 (Peloponnes); Philippson 1947, S. 160; ders. ^{4}1922, S. 437-438; Maull 1922, S. 6, 18, 19.

34) Landzuwachs seit dem Altertum: Westermann-Atlas 1963, S. 13, Karten II, III und S. 18/19, Karte I: erheblicher Landzuwachs an den Mündungen der Flüsse Thyamis/Kalamas, Acheron/Glykis, Luros, Arachthos/Artinos (Epirus), Acheloos/Aspropotamos/Inachos (Akarnanien und Ätolien; dazu Aufschüttung der Lagune von Mesolongion mit Inseln der Echinaden als äußere Landzungen), Evinos (Ätolien), Peneios und Alpheios (Elis), Pamisos (Messenien), Eurotas (Helos, Lakonien); weitaus stärkere Veränderungen der westkleinasiatischen Küstenlinie, da dort Flüsse mit einem viel größeren Einzugsbereich ihre Mündung nach Westen vorgeschoben haben. Auf der Ostseite Griechenlands hat der Spercheios den Golf von Lamia aufgefüllt (Malis), der Peneios/Salamvrias (Thessalien) eine Schwemmlandspitze gebildet. Mit der Auffüllung der Meeresbucht von Pella (Ludiassee) durch die Ablagerungen der Flüsse Aliakmon/Vistritsa, Moglenitsa, Axios/Vardar und Gallikos (Mittelmakedonien) hängt der Landzuwachs an der pierischen Küste zusammen. (Zu den Veränderungen in Makedonien: Fels 1944, S. 15, 17, 20-25 (Aliakmon, Axios), 37 (Strymon).) In Thrakien haben Nestos/Mesta und Evros/Maritza ihre Deltas ins Meer vorgeschoben.
Junger Landzuwachs auf der Bevölkerungsverteilungskarte 1:1 Mill. (Beilagen 13 und 14) ersichtlich aus dem Umfang der Küstensümpfe und des trockengelegten Landes (Entwässerungsgräben).

35) Geologische Karte 1:500.000, Athen 1954 und geologische Karten 1:300.000 der Peloponnes und der Kykladen von Philippson (1892, 1901).
Das Kristallin der sogenannten peloponnesisch-kretischen Masse ist nach Creutzburg 1958 keine alte Masse, sondern Bestandteil einer autochthonen Geosynklinale.

36) Philippson 1901, 1902, Landschaften IV, 1959; von Leyden 1940; Desio 1931.

37) Beispiele Amorgos u.a. Orte auf den Kykladen; Monodendri/Zagori.

38) Philippson 1888, S. 449.

39) Kalyva oder Kalyvi im Sinne von Feldhütte: Philippson 1892, S. 586; Fels 1927, S. 163 (bienenkorbartige, 2-3 m hohe Steinkalyven auf Kephallenia und Ithaka); Baedeker 1904,

S. 155: Kalyvia Arachovitika, ein zur Zeit der Feldarbeiten bewohntes Sommerdorf (!) von Arachova im nordöstlichen Teil der Hochebene Livadi (eine Stunde von Arachova/Phokis); Füldner 1967, S. 32 (Feldhütten bei Giannitsa; dort auch Scheunen). Einzelhäuser und Höfe auf dem Fruchtland um Lixuri/Kephallenia, um Vathy/Ithaka, auf Korfu, im Ostteil der Insel Mykonos, in der Binnenebene von Chalkis und der Gartenlandschaft der Chora von Naxos, auf Paros, Thera, Anaphi, den anderen Kykladen, auf Chios (Stadtebene, Fruchtland von Emporio), Lesbos, Kreta.
Steinkalyven der Hirten: Philippson ^{4}1922, S. 181, Fels 1927, S. 164 (Kephallenia, Ithaka); Rundhütten im Hochland von Lixuri und auf der Halbinsel Eressos (Kephallenia), bei Apiranthos auf Naxos, bei Karya auf Chios.

40) Im Juni/Juli in den Nachmittags- und Abendtemperaturen Unterschiede von 10-15°C zwischen Küstenebenen und 800-900 m höher gelegenen Talkammern.

41) Der Viehbestand belief sich 1962 auf 11,6 Mill. in Herden und 1,7 Mill. als Hausvieh gehaltene Ziegen und Schafe, 1,0 Mill. Pferde, Maultiere und Esel, 1,1 Mill. Stück Großvieh, 0,5 Mill. Schweine, 16,1 Mill. Stück Federvieh, 1,2 Mill. Kaninchen und 0,8 Mill. Bienenstöcke (Stat.Jb. 1964, IX,5, S. 248; das. IX,6, S. 249, 250).

42) Wirtschafts- und Lebensformen: Philippson ^{4}1922, S. 180, 181, 207; Fels 1927, S. 164; Hoeg 1925, S. 3-14, 28, 33, 34, 40, 59-64, 81-83, 92 (Sarakatsanen); Beuermann 1955, S. 413; ders. 1959, S. 276-290; ders. 1967, S. 92-97, 100, 18, 19; Campbell 1964 (Sarakatsanen); Haufe 1939 (Rumänien).

43) Die Zusammengehörigkeit von Stamm- und Zweitsiedlungen ist (noch) oft am Namen ablesbar. Dem Namen der Stammsiedlung wurde ein erläuterndes Beiwort vorangestellt (wie Ano-/Ober-, Kato-/Unter-) oder der allgemeinen Bezeichnung der Zweitsiedlungen als Kalyvia oder Chimadion der mit einer besitzanzeigenden Endung (Genitivform oder -aiika, -itika) versehene Name der Stammessiedlung beigefügt.

44) So besonders im Pelion und auf den südlichen Sporaden (Schwammfischerinseln). Dazu Gaitanides 1963.

45) Zur Kalyvienwirtschaft: Beuermann 1954, 1959, 1967; Formen der Viehhaltung (allgemein): Arbos 1923; Blache 1933, 1934; Boesch 1951; Hofmeister 1961; Viehzucht und Hirtenleben 1961; Beuermann 1954, 1956, 1959, 1967.

46) Zu den Trägern der nomadischen Viehzucht in Südosteuropa: Weigand 1885; Wace/Thompson 1914; Hoeg 1925; Capidan 1941; Beuermann 1959, 1967; Dobrowolski 1961; Marinow 1961; Kavadias 1965.
Die Zahl der Wanderhirten ist nich statistisch erfaßt. Anhaltspunkte geben die Zahl der Haushalte in "nicht regulären Wohnungen" (für 1961 im Stat.Jb. 1964, S. 53: 36.400 in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten) und der Anteil der nomadischen Viehzucht an der gesamten Viehzucht (1961 1,97 Mill.

Stück Nomadenvieh (Schafe, Ziegen) (Stat.Jb. 1964, S. 249)). In den großen Ebenen Thessaliens und Makedoniens, sogar auf der Insel Lesbos waren 1966/68 auch Zigeuner (mit Pferden) anzutreffen.

47) Verbreitung der Wanderhirten kartographisch dargestellt bei Weigand 1895,I (1:1,7 Mill.); Cvijić 1913 (1:1,5 Mill.); Wace/Thompson 1914, Karte II (1:2,05 Mill.); Capidan 1941, Karte 1, Anhang (1:1,5 Mill); Beuermann 1967, Karten.

48) Stammesgliederung der Aromunen: Weigand 1895,I, S. 273 bis 278; Wace/Thompson 1914, S. 29; Philippson, Erdk. 3o.1895, S. 438.

49) Lage und Form der bodenvagen Siedlungen der Wanderhirten: Hoeg 1925, S. 4-7; Beuermann 1956, S. 284, 280; ders. 1967, S. 18, 179, 180, 182, 184-188; Clemmensen 1933.
Zelte zur Zeit der Wanderung; auf den Weiden Rund- oder Rechteckthütten aus Reisig, Rohr, selten Laub (Plateau von Lala/Elis). Hütten teilweise mit Wellblech gedeckt.

50) S. Anm. 39

51) Brachland: 1961 3.535 km^2 von 37.745,5 km^2,
1962 3.735 km^2 von 38.120,0 km^2.
(Γ :4, Athen 1964, S. X)

52) Anbau von Futterpflanzen für Groß- und Schlachtvieh v.a. in den Ebenen. Trockenfutter: Laub immergrüner Eichen und von Maulbeerbäumen statt Heu (mähbare Wiesen vereinzelt im Bergland).
Bei der ackerbautreibenden Bevölkerung werden die Arbeitstiere und das Milchvieh allabendlich - auch im Sommer - in das Dorf zurückgetrieben. Nur das Jungvieh bleibt unter Aufsicht von Hirten monatelang auf den Hochweiden.
Trocken- und Grünfutteranbau 1938/61/62: Γ :4, Vol.I, Athen 1964, Tab. VI, S. XV und Tab. VII, S. XVI; das. Tab. 6, S. 40-59 (Anbauflächen); Γ :6, Vol.II, Athen 1964, Tab. V, S. 16, Tab. VI, S. 17; das. Tab. 1, S. 55-56, Tab. 6, S. 89 bis 98 (Erzeugung in Tonnen).

53) s. Tab. 11

54) Verbreitung von Wald und Macchie eingetragen im Nomoskartenwerk 1:200.000 (1963) und nach Luftbildern (auch Fruchtbäume und Wein) im Kartenwerk 1:50.000.
Verbreitung des Waldes einschließlich Buschwald und der wichtigsten Holzarten nach Unterlagen von 1957: Karten 1:2 Mill. im Weltforstatlas (Ortsnamen und -lagen in vielen Fällen falsch; Verlauf von Flüssen, Küstenlinien und die Ausdehnung von Seen ungenau, oft vollkommen verkehrt wiedergegeben. Karteninhalt wegen des kleinen Maßstabes (nah beieinanderliegende kleine Waldstücke treten als geschlossenes Verbreitungsgebiet auf) schwer überprüfbar; einzelne Waldvorkommen fehlen (z.B. Tschamlik/Lesbos (Pinus maritima)), die meisten sind überbewertet. Die Wald-Buschwald-Verbreitungskarte erweckt sogar den Eindruck, die Ostseite der griechischen Halbinsel

sei viel stärker bewaldet als die Westseite (Flyschgebiete von Epirus und des Pindos!)).
Zu den Vegetationsverhältnissen: Adamović, Rikli, Grandjot, Huxley/Polunin, Horvat, Philippson (Vegetationskarte 1895), Knapp, Chloros, Rothmaler, Beuermann (Erdkunde 1956), Kontos, Prentice, Strehlke, Turill, Fels (Ölbaum 1925), Fischer 1904, Hoops 1942/43.

55) 1962 Fruchtbaumhaine auf 1/7 der Anbaufläche (5.524 km^2) (Γ :4, Vol.I, Athen 1964, Tab. 1, S. 3).

56) Zur Aufforstung seit 1935: Stat.Jb. 1964, IX,10, S. 258; allgemein: Strehlke 1959, Prentice 1958.

57) Grigorakis 1967, S. 8. Nach Engelhardt 1963, S. 269 weisen nur 2 % der Gesamtfläche des Landes einen unversehrten A-Horizont auf.
Ursachen, Folgen und Bekämpfung der Bodenerosion: ders. a.a.O., S. 262-263, 268-270; Grigorakis, S. 10; Philippson ^{4}1922, S. 139-140; Olsen 1952; Olschowy; Christopoulos 1959; Katakouzinos 1962; Hollstein 1934, 1937, 1938.

Bodentypen, deren Verbreitung und Bildungsbedingungen: Liatsikas 1933, 1934, 1942; Grigorakis 1967, S. 6-8; Weinmann 1965; Mückenhausen, Vorlesung WS 1966/67. Auslösende Faktoren für die Bodenerosionen: Ganssen, Bodengeographie 1957, S. 80-87.

58) Von den 1951 gezählten 1 Mill. ländlichen Familien besaß jede durchschnittlich 6,5 Parzellen zu je 0,47 ha, d.h., auf eine Familie kamen durchschnittlich 3,6 ha (zu einem Haushalt gehörten durchschnittlich 4,3 Personen) (Stat.Jb. 1955, VIII,1, Tab. 78, S. 136, Tab. 76, S. 133; Rés.Rec.Agricult. Grèce 1950, Athen 1958, I, S. XVI).

59) Größe der Anbauflächen in den einzelnen Regionen:

Thessalien	5,5 ha	Peloponnes	3,3 ha
Thrakien	4,3 ha	Kreta	3,0 ha
Mittelgriechenland mit Euböa	4,0 ha	Epirus	2,7 ha
Makedonien	3,8 ha	Ägäische Ins.	2,3 ha
		Ionische Ins.	1,96 ha

(Berechnungen aus: Stat.Jb. 1955, Tab. 78, S. 136).
1961 waren in der Region Thessalien 64 % der Betriebe (mit 23 % der Anbauflächen) weniger als 4 ha groß, auf den Ägäischen Inseln 85 % der Betriebe (mit 44 % der Anbauflächen) (Betriebsgröße und -zahl nach Regionen 1961: Stat.Jb. 1967).

Kleine, verstreut liegende Parzellen mit einzeln oder in Gruppen gepflanzten Obstbäumen erschweren auch die bei Bewässerungsprojekten nötig werdende Flurbereinigung (Bergmann 1965, S. 74, 75, Füldner 1967).

60) Extensive Landwirtschaft mit großen Traktoren in den Nomen Larisa, Thessaloniki, Kilkis, Böotien usw.; 70 % der kleinen Traktoren in den vier Nomen mit Frucht- und Gemüseanbau: Iraklion, Korinth, Argolis, Achaia (Γ :4, Vol.I, Athen 1964, Text und Tab. XIII, S. XXI; Tab. 15, S. 161).

61) Einige extreme Beispiele:
In der Ebenengemeinde Ag. Athanasios standen 1961 24 km^2 von 26,1 km^2 unter Kultur, in den Berggemeinden Silli 2 km^2 von 579 km^2, Skaloti 1 km^2 von 90 km^2, Mikromilea 1,1 km^2 von 129,4 km^2, Livaderon (Mokros) 0,5 km^2 von 124 km^2 (Kinotites der Eparchie Drama) (Γ :1, Athen 1962, Tab. I,4, S. 145-147).

62) Anbauflächen nach Nomen (und der Höhenlage gemäß der Definition in Anm. 22): Γ :4, Athen 1964 (für 1962).

63) Zur Bewässerung:
Ecconomides 1959; Evelpidis 1963; Kallinsky 1955; Landwirtschaftliche Bewässerung, OECD und FAO 1955. Damaskenides 1965, S. 30: geplant für 1964: 6,1 km^2; für 1970: 8,5 km^2.

64) Durch Bewässerung kann der Ertrag von Mais, Klee und Baumwolle verdoppelt, der Ertrag von Obst verdreifacht werden. Bewässerung von Baumwolle und Tomaten: Γ :4, Vol.I, Athen 1964, S. XXI.

65) Niederschlag auf den Kykladen im Sommer durch Taufall ersetzt (Philippson 1947, S. 158).

66) Philippson 1947.

67) Stat.Jb. 1964, XIII,5, S. 308; XXI,2, S. 430-433.

68) Anbautechniken und Ackergeräte beschrieben in den Jahrbüchern des Laogr. Arch.

69) Hausbau und Hausformen: s. Anm. 171.
Steinhäuser: meist lose Schichtung unbehauener großer und kleiner Steine. Beschreibungen in den Jahrbüchern des Laogr. Arch. und bei G.K. Spyridakis 1960 und G.H. Megas 1967/68. Für Ostmakedonien: Schultze 1937, S. 429.

70) Stat.Jb. 1964, VII, S. 205; s.a. Text S. 12/13.

71) Stat.Jb. 1964, S. 14; poleodom. synkr.: ausgeschlossen an die Siedlungskerne angrenzende Straßendörfer.

72) das. II,12, S. 48.

73) z.B. Pindosdörfer der Aromunen und Sarakatsanen.

74) Stat.Jb. 1964, S. 13, 14 und II,10, S. 46.

75) Berechnungen aus A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. III,13, S. 38-41 (In Land-, Vieh-, Forstwirtschaft und Fischerei tätige Bevölkerung in % der gesamten aktiven Bevölkerung in den Eparchien 1961) und Stat.Jb. 1964, II,11, S. 47-48 (ländliche Bevölkerung (Gemeinden mit weniger als 2.000 E) in % der Gesamtbevölkerung der Nomen 1961).

76) Maull 1922, S. 61.

77) Zimpel 1965, S. 54: auf der Arabischen Halbinsel sind in Siedlungen mit 2.000 - 3.000 Einwohnern oft nur noch 30-50 % der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig. Er legte die Grenzen zwischen ländlicher und städtischer Siedlung auf die Größenklasse von 5.000 Einwohnern fest.

78) A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. XI.

79) Obst- und Gemüsegärten oder in anderer Form landwirtschaftlich genutztes Gelände durchsetzen oder umgeben die größeren Städte, so Patras (Gärten mit Einzelhäusern), nordwestlich und nördlich des Stadtkerns gelegene Vororte Athens, Ägion, Kalamata, Arta, Korfu, die in Makedonien und Thrakien landeinwärts gelegenen Städte. Südlich der Stadt Chios breitet sich eine Gartenebene aus. An den Hängen über der Stadt Mytilini liegen Obst- und Olivengärten.

80) Industriebezirk Thessaloniki: D. Thessaloniki, D. Ampelokipi, D. Kalamaria, D. Neapolis, D. Sykeai, K. Ag. Pavlos, K. Elevtherion, K. Evosmon, K. Menemeni, K. Polichni, K. Pylaia, K. Stavrupolis, K. Triandria.

Industriebezirk Patras: K. Vrachnaiika, K. Mintilogli, K. Monodendri, K. Ovria, K. Paralia, K. Rogitika.

Industriebezirk Ptolemais: D. Ptolemais, K. Kardia, K. Karyochorion, K. Komanos, K. Mavropigi, K. Proastion.

80a) Nikolinakos S. 36.

81) dazu: Stat.Jb. 1964, XI,7, S. 277.

82) dazu: Tab. 17 und Kayser, Atlas Karte 402.

ABSCHNITT II

83) Zur Änderung der Nationalitätenverteilung auf der Balkanhalbinsel:

Établissement 1926 (mit Diagrammen zur Nationalitätenverteilung in den makedonischen Eparchien 1912 und 1926)
Ancel 1925; 1926; 1927
Andreades 1956
Ardaillon 1897
Baldacci 1900; 1918
Batakliew 1939
Blanchard 1925
Boué, Ethnographische Karte des Osmanischen Reichs europäischen Teiles und von Griechenland. 1:3,8 Mill., Gotha 1847, 1855
Capidan (1937), 1941 (mit Verbreitungskarte der Aromunen 1:1,5 Mill. im Anhang)
Cvijić 1902; 1906; 1913 (mit ethnogr. Karte der südl. Balkanhalbinsel 1:1,5 Mill.)
Fels 1927
Gellert 1934
Gopcević, S., Ethnographische Karte von Mazedonien und Altserbien (1:1,75 Mill.). In: PM 1889, Taf. 4
Gubernatis, Carta d'Epiro. Compilata dietro gli studi fatti negli anni 1869-1875. Rom 1880 (1:400.000)
Hadzopoulos 1927, S. 122-124, 126
Hasluck 1908
Hopf 1867/68

Iorga 1913
Kiepert 1876; 1890; ders., Ethnographische Karte von Epirus 1:500.000 mit Nebenkarten (Sprache und Religion nach Unterlagen von Aravandinos) 1:1,5 Mill., In: Zeitschr.Ges.Erdk. XIII, 1878, Taf. 5
Krebs 1918
Lejean 1861 (mit ethnograph. Karte)
Maull 1915 (mit Karte des makedonisch-albanischen Grenzgürtels 1:17,5 Mill.); ders. 1917
Oberhummer 1917
Oestreich 1905
Pallis 1925
Pentzopoulos 1962
Petermann, Die Ausdehnung der Slawen in der Türkei und den angrenzenden Gebieten. In: PM 1869, Taf.22
Philippson, Ethnographie 1890 (mit Karte), ders. 1939, S. 92ff -/Kirsten, Landsch. II,1, Anhang: Karten von Epirus 1:500.000
Ristelhueber 1950
Sax, Ethnographische Karte der europäischen Türkei und ihrer Dependenzen zu Anfang des Jahres 1877. In: Mitt.Geogr.Ges. Wien 1878
Schultze, J.H., PM Erg.-H. 233, 1937, S. 167, 174, 197-199, 214, 420 (mit schematischer Karte der Nationalitätenverteilung um 1910 in Neugriechenland: Taf. 17; dazu Erläuterungen: S. 127-134, 427-428; Kartenmaßstab 1:1 Mill.)
Schultze-Jena 1927, S. 33, 36, 40, 165, 167, 173-174, 180-181
Stavrianos 1959
Vasmer 1941
Wace/Thompson 1914 (mit Verbreitungskarte der Aromunen; ca. 1:2,05 Mill.)
Weigand 1888; 1892; Globus; 1907; 1924; ders. 1895 (mit ethnogr. Karte der südwestl. Balkanhalbinsel 1:1,7 Mill.)

84) Zum Wert ethnischer Statistiken: Oberhummer 1891, S. 394-395 (in: Rez. zu Philippson, Ethnographie 1890).

85) Philippson 1906, S. 295.

86) Rês.Rec.Pop. 1951.

87) Stadtmüller 1950, S. 202-210, Karte 11 auf S. 204: Albanische Siedlungsausbreitung 11.-20.Jh. u. Kirsten in Ploetz, Raum u. Bev.I, 1956, Karten 56,57, S. 67; Kirsten/Kraiker 1962, S. 43.

88) Philippson 1891/92; 1890 Ethnographie (in der Peloponnes 90.000 Albaner von 730.000 Einwohnern, d.s. 12,3 % der E!); Landschaften I,3, III, S. 195, 294, 298, IV; Kirsten in Philippson Landschaften I,2, S. 720, Anm. 110, 111; S. 680, 681; I,3, S. 1025, 1026; II,2, S. 595, 617; Ploetz, Raum II, 1955, S. 57.

89) Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 296.

90) Zu den von Philippson 1906 für 1881 angegebenen 25.000 Mohammedanern in Thessalien gehörten griechische, albanische und und türkische Gutsherren und türkische Bauern (Koniariden). Dazu: Philippson, Landschaften I,1, S. 29, 72, 90; Kirsten das. S. 280, 281; Philippson Erdk. 1895, S. 195, Anm. 1.

91) Weigand 1895, I, S. 172-174, 202-203; Wace/Thompson 1914, S. 1, 174, 176; Chalikiopoulos 1905, S. 470-471; Philippson, Landsch. I,1, S. 90.

92) Zur Flüchtlingsansiedlung: Abschnitt IV,3 und Tab. 44, 45, 49; Pentzopoulos 1962, Karte S. 106.

93) Türken und Griechen bewohnten eigene Stadtteile: Kasaba = türkisch-mohammedanisches Stadtviertel mit Moschee, Bädern und Bazar; Varusi (Varoshi) = christliches Viertel mit Metropolis der Griechen und Aromunen. (Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 296).

94) Philippson, Landsch. I,1, S. 90; Schultze-Jena 1927, S. 174; Weigand 1895, I, S. 130.

95) Oestreich 1905, S. 286.

96) Schultze-Jena 1927, S. 106, 180.
Griechische Bevölkerung in Bulgarien bis 1913: über 200.000 Personen (n. Heisenberg zitiert in Oberhummer/Klute S. 238). Griechenstädte in Bulgarien: Melenikon, Philippopolis, Anchialos.

97) Pentzopoulos 1962, S. 128.

98) Hallmann 1949, S. 62; Kirche und Sprache: Stadtmüller 1950, S. 351, 361-362; Onasch 1962, S. 168-175; Tsakonas 1965, S. 17-21, 37.

99) Zuletzt Oxé 1967.

100) Philippson, Landsch. II,1, S. 20, 124-126;
Kirsten in Philippson, Landsch. II,1, S. 276, Anm. 92-94; griechisch-orthodoxes Rückzugsgebiet nördlich der albanischen Sprachgrenze: ders. das. S. 232-233, 236-237; Ethnographie von Epirus um 1900: Philippson 1906, S. 256; ders. Erdk. 1896, S. 292, 291.

101) Kayser 1963, S. 67 berichtete über "Tourcotsamidès", die er auf den folgenden Seiten einfach "Türken" nannte, die 1944 aus Südepirus vertrieben worden waren. Es handelte sich aber um Tosken. Zu diesen: Philippson, Landsch. II,1, S. 124, 126; Kirsten a.a.O., S. 289, Anm. 92a.

102) Grenzverschiebungen in Epirus 1878-1914: Karte 1:1,5 Mill. in PM 1915, Taf. 17; dazu: Baldacci 1918.
1912 griechische Banden im türkischen Epirus; im Frieden von London (30.V.1913) wurde Griechenland das Gebiet nördlich des Golfes von Ambrakia bis über die Linie Thyamismündung-Konitsa-Pharka hinaus zugesprochen, im Frieden v. Bukarest nach dem 2. Balkankrieg Südepirus ohne Valona. In den Grenzgebirgen gingen die Balkankriege weiter um die ehemaligen Sandschaks Argyrokastro und Koritsa (Grenzlinie Tepeleni-Ochridsee), die 1914 von Griechenland besetzt wurden, aber noch im selben Jahr für autonom erklärt wurden. März 1916 wurden sie einschließlich Valona von Griechenland annektiert und nach der italienischen Eroberung und Besetzung (1917 auch Ioannina) 1919 auf der Friedenskonferenz von Paris Griechenland vorübergehend zugesprochen.

103) Aromunen = Vlachen = Kutzovlachen. Zur Namengebung s. Weigand 1895, I u. Beuermann 1967.

104) Verbreitung: Weigand I, 1895, I, S. 132.
Die Graveurarbeiten, die Herstellung von Spitzen, Seiden, Wollzeug bezeichnet A. Baldacci PM 59, 1913, S. 222 als albanische Industrie. Auch unter den Handel treibenden im Ausland erwähnt er die Aromunen nicht. - Zerstörung reicher Aromunenorte unter dem Tosken Ali Pascha von Ioannina, in dessen Herrschaftsgebiet Epirus, S-Albanien, Thessalien und SW-Makedonien die größte Zahl der Aromunen lebte.

105) Weigand 1895, I, S. 296-300, 302, 303, 155, 163, 190, 266; Wace/Thompson 1914, S. 186, 187, 224; Schultze-Jena 1927, S. 55, 57; Zuwanderungsgebiete der Aromunen des Pindos und vom Moskopolje seit dem Ende des 18. Jahrhunderts (in Makedonien): Beuermann 1967, S. 130, Karte 11. Vlachische Besiedlung im ätolischen Pindos im 19. Jh.: Kirsten in Ph. II,2, S. 598-99.

106) Griechische, türkische und aromunische Schule in Grevena (Wace/Thompson 1914, S. 29; Weigand 1895, I, S. 130) aromunische Schule in Metsovon; Weigand 1895, I berichtet über die Einrichtung aromunischer Schulen und über ihren Erfolg bei der Bevölkerung.
1905 ließ der Sultan die Aromunen als nationale Minderheit anerkennen, aber schon ein Jahrzehnt später wurden alle rumänischen Schulen wieder aufgehoben.

107) Die Gräzisierung wurde beschleunigt durch Mischheiraten und den Besuch griechischer Schulen. Hellenisierte Aromunen zwischen Greneva und den Pindosorten (Kupatshari n. Wace/Thompson 1914, S. 30, 31, 33) betrieben Ackerbau, Wein- und Obstanbau; seßhaftgewordene und gräzisierte Aromunen in Trikkala, Larisa, Karditsa, bei Volos und Velestinon erwähnt Weigand 1895,I, S. 174, 175, 204. Seßhaftwerdung von Aromunen (und Sarakatsanen) im 19. Jahrhundert: Beuermann 1967, S. 194-196; im 20.Jahrhundert: das. S. 201-213 (Beuermann betont, daß der Übergang zum Ackerbau bei den Aromunen äußerst selten vollzogen wurde. Dies war der Fall bei den Aromunen im Ovče-Polje (Trifunoski 1959, S. 35-50), die ihre ethnographische Selbständigkeit verloren haben. Die bäuerliche Bevölkerung im nördlichen Thessalien und um Karditsa erinnerte in Sitten und Bräuchen wie in ihrem Namen (Karagúnides) an die aromunische Bevölkerung des Pindos, von der sie wahrscheinlich abstammte (Weigand 1895, I, S. 276; Philippson, Landsch. I,1, S. 228). Die seit einigen Jahren in einem neuen Dorf am Fuß des Paläogardiki, in Petroporos ansässigen Karagúnides aus dem hohen Pindos betreiben neben der Viehzucht (Auftrieb im Sommer auf die Berge der Antichassia) Baumwoll- und Getreideanbau. Griechischsprechende, bei Karditsa ansässige Karagúnides: Philippson, Erdk. 1895, S. 437, 438.

108) Capidan 1941, S. 25; 117; Schultze-Jena 1927, S. 56, 70-96; Cvijić PM Erg.-H. 162, 1908. Die seßhafte Lebensweise der bei Schultze-Jena und Cvijić geschilderten Aromunengruppen

zweifelte Beuermann (1967, S. 135) an (Cvijić 1908, S. 162; Schultze-Jena 1927, S. 56, 70-96; Capidan 1941, S. 117).

109) Leake, Travels in N.-Greece 1835 und v. Hahn, Albanische Studien, Jena 1854: etwa 500.000 Aromunen; Rizos Rangabé, Zts. Pandora 1856: 600.000 Personen in Griechenland, Thessalien, Epirus und Makedonien (zitiert bei Capidan 1941, S. 25); Weigand 1895, I, S. 281-285: 373.520 Aromunen im Pindos, in Makedonien, Albanien, Epirus, Thessalien, Griechenland; Cvijić PM 1913, S. 188: nach 1900 im Pindos 150.000-160.000 Aromunen (wie bei Weigand),in Westmakedonien weitere 50.000 Aromunen; Wace/Thompson 1914, S. 10: nicht weniger als 500.000 Aromunen mit aromunischer Muttersprache. Rumänische Schätzung zitiert bei Wace/Thompson.

110) So erklärt sich die geringe Zahl der Aromunen innerhalb der Grenzen von 1907, wie sie in den amtlichen Statistiken angegeben wurde (Rés.Rec.Pop. 1907, T.1, Kap. 2,9: 10.400 Personen, s.Tab. 23). Oft gaben sich die Aromunen absichtlich als Griechen aus. Wie willkürlich die Angaben sind, zeigt der Vergleich der Statistiken von 1928, 1940 und 1951: s. Tab. 20, sprachliche Gliederung.

111) Beuermann 1967, S. 140: 15.000-20.000 Personen in 51 rein aromunischen Gemeinden des Pindos; in Griechenland 70.000 bis 80.000 Aromunen, die eine Fernweidewirtschaft mit nomadischer Struktur betreiben, doppelt so viele, wenn zu der viehwirtschafttreibenden männlichen Bevölkerung die übrigen, nahe den Niederungsgebieten lebenden Familienmitglieder (Frauen, Kinder, Greise) hinzugerechnet werden. Die griechische Statistik nannte für 1951 nur 5,2 o/oo mit aromunischer Muttersprache (s. Tab. 20).

112) Capidan 1941, S. 23, 145; Beuermann 1967, S. 139, Anm. 57.

113) Cvijić PM 1913, S. 246,I; Weigand 1895,I; Schultze-Jena 1927, S. 40, 165, 166; S. 174: griechisch-slawische Grenze 7-8 km südlich Kastoria. Bedeutung Kastorias als griechische Bildungsstätte: Kirsten/Kraiker 1962, S. 694, 703, 704; Vordringen der Serben: ders. das. S. 704-706, 280.

114) Struck 1903, S. 215.

115) Lehmann 1929, S. 116, 117.

116) das.; Schultze-Jena 1927, S. 40, 105.

117) ders. das. S. 181; J.H. Schultze 1937, S. 136.

118) Schultze-Jena 1927, S. 180, 181; Cvijić 1913 PM, S. 246,I

119) J.H. Schultze 1937, S. 214; Nationalitätenverteilung um Kavala: Ivanoff 1918.

120) s. Tab. 26. Zur Verteilung ethnischer Gruppen in Makedonien und Thrakien um 1900: Philippson 1906, S. 257, 262-267; Gellert/Lorenz 1934 (s. Anm. 83, Schwarzmeerküste).

121) Statesman's Yearbook 1912; Oberhummer in Klute: 1881 279.000 E, davon 73.000 Türken; 1900 310.000 E, davon 32.000 Türken.

122) Mit dieser langsamen Gräzisierung war ein Bevölkerungsrückgang und die Ausbreitung von Weideländereien verbunden (s. Abschnitt III,1). Diesen Vorgang schildert Schultze-Jena 1927, S. 51. Einen anderen Grund für eine Gräzisierung führt J.H. Schultze 1937, S. 174 an: das Aussterben der Türken von Rodolivos durch Krankheit.

123) Frieden von Bukarest 10.VIII.1913. Thrakien und Makedonien als türkische Rückzugsgebiete: J.H. Schultze 1937, S. 198, 420.

124) Statesman's Yearbook 1912: 1902 gehörten zu Samos 53.400 Insel- und 15.000 Festlandsbewohner.
Das überwiegend griechisch besiedelte Zypern (seit 1878 unter britischer Verwaltung) wurde 1925 britische Kronkolonie.

125) 1912 bulgarisch-serbisches und bulgarisch-griechisches Bündnis; 1913 bis 1919 bulgarischer Zugang zum Ägäischen Meer zwischen Evros und Nestos (Oberhummer in Klute, S. 246). Balkan- und Weltkriege und deren Folgen: Stavrianos 1959.

126) im folgenden sind alle Zahlenangaben, die die Flüchtlinge in Nordgriechenland betreffen, aus Pallis 1925 zitiert (rezitiert in J.H. Schultze 1937, S. 250, 251), soweit nicht andere Quellen genannt werden.

127) Hadzopoulos 1927, S. 123.

128) Nach dem Brand der Altstadt von Thessaloniki am 18.VIII.1917, durch den im Judenviertel 6000 Häuser zerstört wurden, verließen viele Juden die Stadt.
1912 waren von etwa 160.000 Einwohnern 60.000 Spaniolen und 15.000 Dönme. 1912 zogen die Angehörigen der türkischen Garnison und türkische Beamte fort (Oberhummer in RE-Artikel Thessalonike).
Im 2. Weltkrieg emigrierten die restlichen Juden von Thessaloniki sowie die von Korfu und anderen griechischen Städten nach Spanien. Ihr spanisches Bürgerrecht war ihnen nach der Flucht im 15. Jahrhundert nicht abgesprochen worden. Dazu Kirsten/Kraiker 1962, S. 673-675.

129) Hadzopoulos 1927, S. 123.

130) Ploetz, Raum II, 1955, S. 233.

131) Kienitz 1960, S. 34.

132) Hadzopoulus 1927, S. 67.

133) J.H. Schultze 1937, S. 198, 199.

134) Ehemalige Siedlungsgebiete und Flucht- bzw. Umsiedlungswege von Griechen und Türken bis 1926: Westermann, Atlas zur Weltgeschichte 1963, S. 153, V (1:12,5 Mill.) und Iro-Landkarte Griechenland-Türkei Nr. 202 (1:4,5 Mill.).

135) Pallis 1925; Hadzopoulos 1927, S. 123-124.

136) Ploetz, Raum und Bevölkerung II, S. 295, 306: 1918-1926 Auswanderung von 123.000 Bulgaren, Einwanderung von 30.000 Griechen aus Bulgarien; Gaitanides 1955, S. 236: nach 1919 und 1923 Auswanderung von 53.000 Bulgaren, davon 33.800 aus Makedonien und 19.200 aus Westthrakien.

137) Vertrag von Sèvres 10.VIII.1920. Zu den Verträgen: Ploetz, Auszug; Hallmann 1949; Stavrianos 1959.

138) Das Umland von Smyrna wurde auf den politischen Karten in unterschiedlich großer Ausdehnung agegeben; ebenso unterschiedliche Abgrenzung Ostthrakiens gegen die Dardanellen: Westermann, Atlas 1963, S. 153, Karte V; Iro-Weltkarte 202; Muir/Philip, Historical Atlas, London 1924; PM 1924, Taf. 1, Nebenkarte; Oberhummer in Klute, S. 242, Abb. 198.

139) Gaitanides 1955, S. 217: etwa 600.000 Personen; Hadzopoulos 1927, S. 12: 1919-1922 zwei Millionen Christen.

140) Ploetz, Raum und Bevölkerung II, S. 354.

141) Pallis 1925; Verteilung der Flüchtlinge in Griechenland: s. Abschnitt IV,3.

142) Pallis 1925; andere Zahlen bei Gaitanides 1955, S. 236, Tabelle.

143) Die Rück- bzw. Abwanderung von Türken aus Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, von der Krim, aus dem Kaukasus, aus Syrien und Persien in die Türkei ist bis heute noch nicht abgeschlossen.

144) Gaitanides 1955, S. 236; Hadzopoulos 1927, S. 46-47.

145) Ploetz, Raum und Bevölkerung II, S. 354.

146) Zu den Umsiedlungen von 1950-53: Kostanick 1957, 1955 82.000 E mit griechischer Muttersprache in die Türkei (Winkler, S. 158).

147) Gaitanides 1955; Mohammedaner aus Kreta seit 1897 in Rhodos (Kirsten/Kraiker 1962, S. 577, 578). Zur Veränderung der sprachlichen und religiösen Zugehörigkeit s. Tab. 20, 21, 31, 32.

148) Legende zum Kartogramm (Beilage 3): Vermischung der Begriffe Volkstum, Sprach- und Religionsgemeinschaft.

149) Zunahme der Zahl der Griechen in Makedonien 1912-1926: nach Hadzopoulos 1927, S. 123-124 828.000 Personen, nach Andreades 1956, S. 140 776.000 Personen.

150) Über die ethnische Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung Makedoniens und Thrakiens vor und nach den Kriegen und Umsiedlungen: Schultze-Jena 1927 und J.H. Schultze 1937. Beispiele:
Drama: von den 9-10.000 E von 1902 waren 2/3 Türken. 1913 Abwanderung von Türken, Zuzug griechischer Flüchtlinge (800-900 Familien) aus nahegelegenen bulgarischen Orten; Zuzug weiterer griechischer Flüchtlinge (v.a. Händler und

Gewerbetreibende) bis 1924 aus den kriegszerstörten Städten Serres und Kavalla und anderen Orten.
Serres: Nach 1913 Abwanderung von 4 - 5.000 Türken und einigen hundert Bulgaren. Serres wurde in den Kriegen fast vollkommen zerstört.

151) Andreades 1956, S. 9 - 10, 27; Aufzählung der von Pomaken bewohnten Orte: das. S. 44.

152) Dazu auch Schultze 1937, S. 420; ders. 1934, S. 7. Sprachliche und konfessionelle Zugehörigkeit der Bevölkerung nach Nomen und der Siedlungsweise: Rés.Rec.Pop. 1951, Vol.II, Athen 1958, Tab. VI-VIII.

153) Andreades 1956, S. 20.

154) So finden sich heute kaum noch slawische und türkische Namen; aber auch mittelalterlich-fränkisch/venezianische wurden gräzisiert oder gegen (häufig falsch lokalisierte) antike Namen ausgewechselt. Bei der Bevölkerung leben die alten Bezeichnungen fort, in Statistiken, auf Straßenschildern und in Fahrplänen erscheinen die neuen (vielfach alltägliche Ortsnamen wie Neochori, Dendrochori, Kephalovrysi, Pyrgos, Polydendron, Platanos, Polydroson, Daphni). Zur Änderung der Ortsnamen (verzeichnet in den Bevölkerungsstatistiken): Kiepert 1884; Oberhummer 1891, S. 398; Fels 1951; an verschiedenen Stellen Philippson und Kirsten; Beuermann 1957, S. 102ff.
Beispiele für Namensänderungen: Vrachori-Agrinion; Salona-Amphissa, Zeitun/Zituni-Lamia, Kiurka-Aphidnai, Menidi-Acharnai, Sopoton-Aroania, Charvati-Mykenai, Vostitsa-Ägion, Levetsova-Krokeai, Lygudista-Chora, Veristia-Stavros, Vovusa/Vogiusa-Aoos, Kalamas-Thyamis, Salamvrias-Peneios, Xerias-Titariseos, Vistritsa-Aliakmon, Vardar-Axios, Karasmak-Ludias.

ABSCHNITT III

155) Der seit der spätbyzantinischen Zeit in allen großen Ebenen auf der Balkanhalbinsel verbreitete Feudalbesitz war nach den türkischen Eroberungen im 15. Jahrhundert enteignet und vom Staat als geistliches Lehen (vakuf) an Moscheen, Kirchen, Klöster und Schulen oder als weltliches, nicht erbliches Lehensgut (timar=Kleinlehen oder ziamet=Großlehen, vom 16. Jahrhundert an erblich) an verdiente Krieger vergeben worden. (Oestreich 1905, S. 277; Mathiopoulos 1961, S. 28, 29). Erblichkeit der Lehen: Stadtmüller 1950, S. 334, 335.
Es wurden auch einige türkische bäuerliche Kolonien angelegt; J.H. Schultze 1937, S. 136, 423; s. Text S. 65/66 u. 77/78; türkische Bauern in der Chalkidike und am Vardar; Ansiedlung von Türken aus Konia im Becken von Ptolemais (Kaïlar): Struck 1903, S. 215. Koniariden in der östlichen

thessalischen Ebene (um Larisa): Philippson, Landsch. I,1, S. 29, 72, 90; Kirsten das. S. 281. Ansiedlung von Tscherkessen im türkischen Thessalien 1876: Hallmann 1949, S. 87.

156) An Kirchen und Klöster fiel jeglicher ohne Testament sowie von Klerikern hinterlassener Grundbesitz (in Griechenl. bis 1833).

157) Tschiftlikwirtschaft im Becken von Serres: J.H. Schultze 1937, S. 136; der Baumwollanbau im Becken von Serres, der der Stadt Anfang des 19. Jahrhunderts zur Blüte verhalf, wurde von Kleinbauern betrieben, die einen großen Teil der Ernte an den türkischen Amtmann abtreten mußten (Schultze-Jena 1927, S. 194). In Thessalien: Chalikiopoulos 1905, S. 459, 460; Philippson, Landsch. I,1, S. 229; Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 296-298; 281, 280. In Westgriechenland: Kirsten in Philippson, Landsch. II,2, S. 618-620; 641, Anm. 58. In Böotien: ders. das. I,2, S. 682, 683, 706. In Epirus: ders. das. II,1, S. 258, 259, 262.

158) Kleine Tschiftlikgüter in den Karstbecken, Talfluchten und Küstenlandschaften von Epirus, Mittelgriechenland und der Peloponnes; im nördlichen Teil der griechischen Halbinsel war die Tschiftlikwirtschaft unter Ali Pascha von Ioannina auch in die Hügelländer (Chassia: Philippson, Erdk. 1895, S. 476, 477; Wace/Thompson 1914, S. 18-20), Bergländer (Tschiftlik bei Samarina: Wace/Thompson 1914, S. 72) und in die Seitentäler der thessalischen Ebenen (Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 282, 298) ausgeweitet worden. Tschiftlikbesitz Ali Paschas: ders. das. I,2, S. 720 (zitiert aus Andreadis 1912, S. 439, II,2, S. 620).
In den thessalischen Ebenen gab es kleine Güter von 100 ha; randlich gelegene (davon 9/10 Hügelland) umfaßten 2.000 - 3.000 ha; in der Ebene von Almyros gab es am Ende des 19. Jahrhunderts ein Tschiftlik mit 4.000 ha Land (Chalikiopoulos 1905, S. 459).

159) Weigand 1895, I, S. 11-13; Lehmann 1929, S. 115; J.H. Schultze 1937, S. 51, 423; Busch-Zantner 1938; Kirsten in Philippson I,1, S. 282.

160) Zum Beispiel Abgaben für die türkische oder albanische Garnison; die Bauern wurden zu öffentlichen Arbeiten (Bahnen- und Straßenbau) herangezogen (J.H. Schultze 1937, S. 137).

161) Wirtschaftlicher Rückhalt der Hörigen: J.H. Schultze 1937, S. 137; Chalikiopoulos 1905, S. 459, 460. Islamisierte Juden (Dönme) hatten Anrecht auf Landbesitz (Oberhummer in RE-Artikel Thessaloniki). Aufkauf der Tschiftliks von Städtern (Kaufleuten): J.H. Schultze das. (Makedonien).

162) Die 460 Tschiftliks in Thessalien verfügten 1881 über 271.786 ha Anbauland und 70.746 ha nicht bearbeiteten Boden (Evelpidis 1926, S. 12).
Karte des Olympgebietes bei Heuzey 1860: 23 türkische und Tschiftlikdörfer, 24 freie (griechische und vlachische) Dörfer.

163) Abhängige Vlachendörfer: der ganzjährig bewohnbare Ort Furka (Ackerbau und Schafzucht) nw Samarina (Tschiftlik unter Ali Pascha; angeführt bei Wace/Thompson 1914, S. 205) und das Sommerdorf Xerolivadon im sö Vermion nahe Veria (ausschließlich Viehzucht; ärmliche Steinhütten für die Bewohner, die aus Perivoli und Avdela im Pindos stammten). Der Ort gehörte zwei Herren in Veria, einem Türken und einem Griechen, am Ende des 19. Jahrhunderts (Weigand 1895, I, S. 217).

164) Tschiftlikdörfer mit hohem Herrenhaus aus Stein und in einiger Entfernung regelmäßig angelegte erdgeschossige Lehmhütten der Hörigen (Philippson, Landsch. I,1, S. 126). Siedlungslage in den thessalischen Becken und Bergländern: Chalikiopoulos 1905, S. 473. Freie Kleinbauerndörfer an Quellursprüngen am Rand der Ebene (Fruchtwechselwirtschaft mit künstlicher Bewässerung und Gartenbau; Chalikiopoulos 1905, S. 460, 461). Freidörfer in Makedonien und Thrakien in der Yakaregion (J.H. Schultze 1937).

165) Gegensatz von Ebene und Gebirge als unfreie und freie Gebiete: Chalikiopoulos 1905, S. 469; Philippson, Landsch. I,1, S. 294, 295 (Kirsten), 266, 267.

166) Siedlungsverlegungen: Kirsten/Kraiker 1962, S. 21, 22, 44; Kirsten in Philippson, Landsch. II,2 S. 620 (Epirus), 618 (sw Mittelgriechenland); I,2, S. 702, 705, 728 (Böotien); I,3, S. 1027 (Attika); I,1, S. 281, 295 (Thessalien); Kirsten/Kraiker 1962, S. 536, 537, 544, 636, 647 (Ägäische Inseln); Chalikiopoulos 1905, S. 473 (Thessalien); Verlegungen im Frühmittelalter: Kirsten 1956, S. 63, 64; Araberein-fälle: Kirsten in Ploetz, Raum I, S. 326, 327 und Normanneneinfälle: ders. a.a.O., S. 327; Sarazenen in Saloniki: Kirsten/Kraiker 1962, S. 672.

167) Rückzugsgebiete: Philippson 1897 (Agrapha); ders. Landsch. I,1, S. 49 (Chassia), S. 166, III,2, S. 298, 299 (Arkadien); Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 268, 278, 279, 281, 283 (Pelion); Kirsten/Kraiker 1962, S. 445, 449, 451 (Kreta); Philippson das. III,2, S. 298, 299 (Arkadien); Kougeas 1963 (Mani); Heuzey 1860; ders. 1927; Vacalopoulos 1963; Hallmann 1949, S. 18, 19.

168) Tinos bis 1714 venezianisch; dort und auf Naxos, Syros und Thera die meisten Anhänger der katholischen Kirche (Kirsten/Kraiker 1962, S. 511, 522; Philippson, Landsch. IV, S. 205, 206). Rückzugssiedlungen auf den Inseln: Philippson, Landschaften IV.

169) Zolotas 1926, S. 54, 55; Hallmann 1949, S. 25; Handelsschifffahrt entwickelt aus familienwirtschaftlich betriebener Schiffahrt; russischer Schutz seit 1779 (Zolotas 1926, S. 13) Stadtmüller 1950, S. 362-364.

170) Z.T. unter Beibehaltung des Grundbesitzes in den Tälern. Entstehung eines zweiten Dorfes für die Zeit der Bewirtschaftung der tiefer gelegenen Fluren. Das als Stammsiedlung angesehene Hochdorf wurde nur im Sommer bewohnt, das "Hüttendorf" im Winter und zur Erntezeit; Doppel- oder Filialdörfer

seit dem 19. Jahrhundert Ausbau des Unterdorfes zum ständigen Wohnsitz. (Philippson 1922, S. 207; ders. Landsch. III,1, S. 174, 175). Alter der Gebirgsdörfer im Pelion-Ossa-Gebiet: 13. Jh. (Kirsten in Philippson, Landsch. I,1).

171) Nur Privathäuser durften in der nachbyzantinischen Zeit nach eigenem Geschmack gebaut und ausgestattet werden (Kriesis 1965, S. 217). Turmhäuser (Pelion, Skyros, Paros, Naxos, Mykonos, Mani): ders. a.a.O., S. 218-221; Herrenhäuser (Kastoria): Kirsten/Kraiker 1962, S. 623, 624; Turmhäuser von Amolochos (Andros): Philippson, Landsch. IV, S. 95; Hausbau der Aromunen des Pindos: Weigand 1895, I, S. 268, 269; Wace/Thompson 1914, S. 95 (Samarina); Burghäuser im Hügelland von Philiatai: Philippson, Erdk. 1896, S. 247, 249 , in Paramythia (Aïdonat): ders. das. S. 251 . Hausbau der byzantinischen Zeit: Kriesis 1965, S. 182-194 (Mastixdörfer von Chios; Mistra; Monemvasia).

Man kann vier Haupttypen unterscheiden:

1. die fast schmucklosen festungsartigen hohen Turmhäuser aus Naturstein, Wehrtürme:
   a) Naxos (Binnenebene v. Chalki, Apiranthos, Komiaki)
   b) Mani (Gesemann 1943; Schaal 1943; Wagstaff 1965). Ähnliche Bauformen: toskanische Städte, Landhäuser in Sizilien (Sergi 1957), albanische Land- und Stadthäuser; arabische Dörfer; Weiler in Afghanistan (Hochtäler der Provinz Paktiya, 2300 m). Kula in Albanien abgebildet in Scriven 1921 .
2. schmucklose, mehrstöckige, aneinandergebaute Häuser mit wenigen, kleinen Fenstern im oberen Stock, der über eine Außentreppe erreicht wird; Flachdach:
   a) Mastichochoria auf Chios (Pyrgi 2-3stöckig mit Balkonen in beiden Obergeschossen, verputzt und bemalt).
   b) Lithi (würfelförmig bis turmartig, reihenweise aneinandergebaut, manchmal mit niedrigen Nebengebäuden, unverputzt; ähnliche Bauweise: Amolia/Chios).
   c) Kykladen und Skyros (würfelförmig, fensterlose Straßenfront, verputzt und geweißt, nicht so geschlossen gebaut wie a), Blumengärten in Innenhöfen).
   d) Kreta (agglutinierende Bauweise; Creutzburg 1933).
3. mehrstöckige Häuser mit fensterlosem, turmartigen Unterbau, oberstes Geschoß mit Fensterreihen, z.T. überdachten Balkonen oder Galerien aus Holz, z.T. vorkragendes Obergeschoß mit Fachwerk. Hanglage.
   a1) Dimitsana; reicher ausgestattet Langadia (schmal und hoch; dichte Bebauung, z.T. aneinander; ein Teil des Daches über den Balkon vorgezogen);
   2) Andritsaina (breitere Häuser, 4-5 Fenster im Obergeschoß, überdachte Galerien; meist nur 2stöckig; Lokkere Bebauung, hohe Bäume in den Hausgärten und Höfen). Ähnlich Lampia, Aroania.
   b1) Lutra/Lesbos (z.T. vorkragendes Obergeschoß; Höhe wie a), 3-4 Fenster breit; dichtere Bebauung als a). Einzeln stehende Turmhäuser südl. Mytilini (Aklidiu).

2) Peliondörfer (Bauform wie b), keine Balkone; Bebauung aufgelockert durch Obst- und Gemüsegärten oder Baumgruppen; Häuser einzeln stehend, verputzt und geweißt). Vorherrschender Bautyp in den Peliondörfern. Ähnlich: Kamaria/Kephallenia (unverputzte Häuser aus Naturstein).
c) Peliondörfer (Makrinitsa, Portaria, Zagora) (abweichend vom einfachen Rechtecktgrundriß von a) und b), Ausstattung des Wohnstocks mit Erkern, bemalte Blenden, Hausfront oft mehr als 6 Fenster). Vornehmste Häuser im Pelion (Archonten), in der Ausstattung vergleichbar mit den holzverkleideten Turmhäusern in Petra und Metymna auf Lesbos. Ebenso lockere Bauweise wie 3a) und 3b2) bzw. 3c);

4. Aromunendörfer im Pindos (Weigand a.a.O., Wace/Thompson a.a.O.) (2-3stöckige Häuser aus Bruchsteinen, Ecken, Tür- und Fensterfassungen aus Hausteinen, niedriges, mit Schieferplatten gedecktes Dach).

172) Klöster in Rückzugslage: Philippson, Landsch. I,1, S. 37, Kirsten/Kraiker 1962, S. 24; Duskon (Dussiko) bei Porta/Thessalien: Anf. 14. Jh. (Philippson, Erdk. 1895, S. 450), Meteora: Philippson a.a.O., S. 35, 36; Kirsten/Kraiker, a.a.O., S. 708, 709; Patmos: ders. a.a.O., S. 556-559; Athos: ders. a.a.O., S. 775 und 51967, S. 774f., 705ff., 852ff.; Sherrard 1959; Kjepine: Weigand 1895, I, S. 161; Pan. Spilaiotissa/Zakynthos: Partsch 1891; Spilaion am Venetikos: Wace/Thompson 1914, S. 157 (1854 Versteck eines Aromunenführers vor den Türken); Mega Spilaion: Philippson, Landsch. III,1, S. 173, 174 und Pückler-Muskau 1840, Ndr. 1968, S. 59, 64, 67, 68, 70, 71; an einer Felswand über dem Meer liegt das Kloster Chozoviotissa auf Amorgos.

173) Festungsstädte der südlichen Peloponnes (Kirsten/Kraiker 1962, S. 395): Koroni, Methoni, Navarino (ders. a.a.O., S. 428, 429), Mistra (ders. a.a.O., S. 410-415), Monemvasia (ders. a.a.O., S. 415, 416; Miller 1907); Chios: Eden 1950; Smith 1962, Kriesis 1965, S. 130-134. Siedlungsform und -lage der Pindosdörfer: Weigand 1895, I, S. 268, 269, 266, 17, 18, 150, 160; Wace/Thompson 1914, S. 39, 94, 95, 98; der Peliondörfer: Philippson, Landsch. I,1, S. 142, 156-158, 166; Chalikiopoulos 1905, S. 472; der Dörfer in Nordarkadien: Philippson a.a.O., III,1, S. 213; Monodendri/Zagoria: Engelhardt 1963, S. 268, 265, 267. Lagebeschreibungen von Dörfern aus fast allen Teilen Griechenlands in den Werken von Philippson; Siedlungstypen: Beuermann 1956; Klute, Handbuch 1933; Jaranoff 1934, 1937, Wilhelmy 1935, 1936, Ogilvie 1921.

174) Großdörfer mit 2-3.000 E im Gebirge: Philippson 41922, S. 207; Bevölkerungszahl der Aromunenorte im 18. Jahrhundert: Samarina 10.000 - 15.000 E, Perivoli 10.000 E, Vlacho-Livadi 12.000 E, Moskopolje 60.000 E (Weigand 1895, I, S. 134, 302); Tschelnikverfassung: Weigand 1895, I, S. 186, 187; Selbstverwaltung: Tsakonas 1965, S. 26-31; Pantazopoulos 1967

175) Stadtmüller 1950, S. 352; Pantazopoulos 1961; Tsakonas 1965, S. 30. Freidörfer im Pindos: Kirsten in Philippson, Landsch. II,2, S. 597.

176) Mehlan 1939;
Serres: griechische und aromunische Baumwollverkäufer in Wien und Deutschland; Ausfuhr von Saffianleder, Eisen; Einfuhr belgischer und brabanter Tuchware; (Schultze-Jena 1927, S. 194).
Kastoria: Teppiche, Möbel, Kleidungsstücke nach Leipzig und Dresden, Wein nach Rußland; heute noch bedeutender Pelzhandel; (ders. a.a.O., S. 175).
Siatista: im 18. Jahrhundert Handel mit Italien, Ungarn, Österreich, Deutschland. Abwanderung der reichen Kaufleute nach Erpressungen von Ali Pascha (ders. a.a.O., S. 168).
Kozani: Ausfuhr von Safran nach Deutschland (ders. a.a.O.).
Kalamata: Ausfuhr von Seide und Lederwaren in die Levante.

177) Handelsprodukte von Zagora und anderen Peliondörfern: außer Seide Wettermäntel aus verfilzter Wolle und Ziegenhaar (Philippson, Landsch. I,1, S. 166). Zu Ampelakia: Boulanger 1875.

178) Handelsbeziehungen der Aromunenorte (im 16. und 17. Jahrhundert Schipiska, Nikolitsa, im 17. und 18. Jahrhundert Moskopolje, Metsovon, Siraku, Kalarites; Wohlstand bis zum Ende des 18. Jahrhunderts oder zum Anfang des 19. Jhs. (Überfälle und Erpressungen von Ali Pascha)): Weigand 1895, I, S. 297, 302; Cvijić PM 1913, S. 188, Sp. II; Jorga 1916; Wace/Thompson 1914, S. 186, 187 ; Capidan 1941, S. 99ff; "Aromunische Kaufleute brachten den größten Teil der mitteleuropäischen Waren besonders von der Leipziger Messe auf die Märkte der Balkanhalbinsel (Cvijić a.a.O.). Moskopolje: Handel mit den westlichen Mittelmeerländern. Schipiska: v.a. Stoffhandel. Metsovon 18./Anfang 19. Jahrhundert: Geschäftshäuser in Venedig, Neapel, Triest, Marseille, Wien, Moskau, Odessa, Konstantinopel, Saloniki, Serres, Alexandria, Handel mit Wollwaren, Ziegenhaarmänteln, Käse (Wace/Thompson 1914, S. 186)
Lastenfahren: Capidan 1941, S. 95-98. In abgelegenen Gebieten Albaniens ersetzten ihre Karawanenzüge bis zum 2. Weltkrieg den Straßen- und Eisenbahnverkehr (Capidan 1941, S. 98). Aromunen waren den Griechenlandreisenden im 19. Jahrhundert und auch noch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts die besten Führer (Agogiaten).
Koloniegründungen: Capidan 1941, S. 99, 101, 107, 112; Weigand 1895, I, S. 303; Iorga 1916; Schultze-Jena 1927, S. 57. 17./18. Jahrhundert Koloniegründungen im Ausland, Ende 18. Jahrhundert um Monastir und in Serres; größere Gemeinden in Wien, Pest, Belgrad, Bukarest; Verbreitung der Kaufleute in Albanien (bes. Koritsa), Bulgarien, Südslawien, Rumänien, Ungarn, Österreich, Rußland, Polen, Türkei, N-Afrika, Italien (Venedig), Frankreich. Kolonien griechischer Kaufleute: Stadtmüller 1950, S. 365.

179) Zur Kalyvienwirtschaft und zur Entstehung der Doppeldörfer in der Peloponnes und in Mittelgriechenland: Beuermann 1967, S. 92-99; ders. 1954, S.229-238 (Kalyvienwirtschaft = Almwirtschaft mediterranen Typs).

180) Herkunft der Sarakatsanen:
Weigand (1895, I, S. 277) hält sie für Griechen: Cvijić (PM 1913, S. 187, 188) unterscheidet nicht zwischen Farserioten und Sarakatsanen; Hoeg (1925, S. 82, 83, 92) hält sie für Griechen, die seit dem Altertum nomadisieren; Capidan (1941, S. 104) für Rumänen, die die griechische Sprache angenommen, Tracht und Bräuche aber bewahrt haben; Beuermann (1967, S. 140-145) schließt sich der Auffassung von Kirsten (in Philippson, Landsch. II,1, Anm. 17, S. 281/282 und Anm. 82, S. 288/289) an: Sarakatsanen sind vermutlich Griechen aus dem Thessalisch-Epirotischen Pindos bzw. im hohen Mittelalter gräzisierte slawische Einwanderer (Kirsten in Philippson, Landsch. II,1, Anm. 105, S. 277; II,2, S. 620), die erst in türkischer Zeit (17./18. Jh.) zum Vollnomadentum überzugehen gezwungen waren (also keineswegs Nomaden seit dem Altertum). Sie übernahmen (warum und innerhalb welchen Zeitraumes?) die Sitten und Gebräuche der Farserioten (einer anderen ethnischen Gruppe!) mit geringen Abweichungen, so daß sie sich nicht ohne weiteres von jenen unterscheiden lassen. Mit dem Besitz hoch gelegener, fester Sommerdörfer (Kirsten a.a.O., S. 289) vor der Annahme der neuen Wirtschafts- und Lebensform war entweder eine Kalyvienwirtschaft oder, wie bei den Karagunides, eine nomadische Viehwirtschaft verbunden. Wie einschneidend mußten die äußeren Einwirkungen sein, und wie mußten die politischen Verhältnisse in den Niederungsgebieten beschaffen sein, daß es nicht zu einer teilweisen oder zeitweisen Abwanderung und zur Niederlassung in anderen Gebirgsgegenden oder in den Landstädten kam, wie es zur Zeit der Aufstände und Unruhen in Epirus, Thessalien und Südmakedonien im 19. Jahrhundert bei den Aromunen des Pindos der Fall war (Wace/Thompson 1914, S. 155-169, 173-175), sondern zur völligen Aufgabe fester Siedlungen!

181) Nur beschränkter Anbau von Futterpflanzen für Arbeitstiere (Philippson [4]1922, S. 181). In den Hausgärten von Samarina Anbau von Gemüse (Bohnen, Kohl, Salat, Gurken, Kürbisse, Tomaten, Kartoffeln) und Obst (Kirschen, Pflaumen, Äpfel, Birnen) (Wace/Thompson 1914, S. 94); bewässerte Gemüsegärten gibt es auch in Metsovon und den Orten des Metsovitikos-Tales, in weiterer Entfernung von den Orten Wiesen und Wälder, kein Anbau. Monodendri: Engelhardt 1963, S. 266.

182) Besitzverhältnisse: Das Land um die Aromunenorte gehörte der Gemeinde. Jeder Bürger hatte für dieses Land freies Weiderecht, von Fremden mußte für die Nutzung ein Entgelt entrichtet werden. Auf Gemeindebeschluß konnten für bestimmte Zeit einige Landstücke von der Nutzung ausgeschlossen werden. Jeder Bürger hatte außerdem das Recht, in den Gemeindewäldern Bau- und Brennholz zu schlagen (Wace/Thompson 1914, S. 72/73 Beispiel Samarina). Ähnliche Bestimmungen galten für die

Bewohner der Peliondörfer (Chalikiopoulos 1905, S. 464-466). Bei den Farserioten pachtete der Tselnik, bei den Sarakatsanen der Tselingas fremdes Gemeindeland zur Beweidung (Weigand 1895, I, S. 186/187). Marktorte am Ostfuß des Pindos: Grevena, Trikkala, Muzaki, Karditsa- Sophades.

183) In der Umgebung von Samarina gab es Dreschplätze, die um 1880 noch benutzt wurden. An der Gemeindegrenze lag im 19. Jahrhundert ein Tschiftlik, auf dem 30 bis 40 Familien jahrelang Getreide anbauten. 1912 diente es nur noch als Schafweide. (Wace/Thompson 1914, S. 72).

184) Vertreibungen durch Ali Pascha von Ioannina: Kirsten in Philippson, Landsch. II,2, S. 620f (Ätolien, Akarnanien); Zerstörung und Plünderung von Moskopolje (1769, 1788), Linotope, Nikolitsa, Kallaritai; gleichzeitig Unsicherheit des Handels durch Räuberbanden. Dadurch wurden Metsovon, Perivoli, Vlacho-Livadi, Vlacho-Klisura, Sirakon und die genannten Orte betroffen (s. auch Anm. 178)

185) Flucht nach Parga, Korfu, Leukas (Sulioten; auf Leukas Gründung des Ortes Phryni hoch über der Stadtebene von Sulioten: Partsch PM Erg. 1889, S. 10), von Mittelalbanien bis nach Stratos am Acheloos (Weigand 1895, I, S. 190), von Avdela in das Vermion-Bergland (Wace/Thompson S. 174), in die Balkanstädte Bitoli, Veles, Berat, Kruševo, Ioannina, Saloniki, Serres (Weigand 1895, I, S. 266; Schultze-Jena 1927, S. 266) und in die makedonischen Berge (Sommerweiden um Phlorina, Edessa, Kozani, Kavalla, Winterweiden in der Kampania von Thessaloniki, bei Langadas, Serres und in der Chalkidike ; Schultze-Jena 1927, S. 54). Im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurden von einem Tschiftlikbesitzer von Ali Pascha vertriebene Griechen unter bulgarischer Bevölkerung in Pyrsopolis (N-Teil des Beckens von Serres) angesiedelt (J.H. Schultze, 1937, S. 161).

186) Hallmann 1949, S. 27.

187) Barth/Kehrig-Korn 1960, S. 279, 284-286.

188) Kougeas 1963.

189) Hallmann 1949, S. 19-49; Kirsten/Kraiker 1962, S. 44; Mathiopoulos 1961, S. 30, 41; Tsakonas 1965, S. 60; Manesis 1962; Barth/Kehrig-Korn 1960, S. 29-40, Anm. 1 von S. 51/52, 188-191, 207-208, 219, 244-248 .

190) Die Grenze von 1830 entspricht ungefähr der Grenze der römischen Provinz Achaia.

191) Zerstörung von Patras: Mathiopoulos 1961, S. 41; Patras soll 1820 16.000 Einwohner gehabt haben und 1828 nur noch 4.000 (Philippson, Landsch. III,1, S. 192). Zerstörungen im südlichen Westgriechenland durch die Freiheitskriege: Philippson, Landsch. II,2, S. 410, 411; Kirsten das., S. 621; in Böotien: ders. a.a.O., I,2, S. 707. In der Peloponnes hatten die Truppen Ibrahim Paschas, des ägyptischen Verbündeten der Türken,

durch Vernichtung Tausender von Fruchtbäumen einem großen Teil der überlebenden Bevölkerung den Lebensunterhalt genommen. Dazu: Pückler-Muskau 1840, Ndr. 1968, S. 293.

192) 1832 gab es keine befahrbaren Straßen. Die Anlage von Chanis und Bazaren gleichzeitig mit dem Straßenbau fand im neuen Griechenland keine Fortsetzung. Straßenzustand in Thessalien am Ende des 19. Jh.: Philippson 1890, S. 347; in Mittelgriechenland: das., S. 404, 405.

193) Zu den Einwohnerzahlen und der Veränderung der ethnischen Zusammensetzung s. Tab. 22 (Zeitraum 1821 bis 1832/1839).

194) Veränderungen der Bevölkerungszahl: s. Tab. 22. Zuzug nach den Freiheitskriegen: Philippson, Landsch. IV, S. 154; Zuzug von Seefahrern, Fischern, Kaufleuten. Die Einheimischen hatten diese Berufe an die Venezianer abgegeben und waren selbst Bauern geworden und es unter türkischer Herrschaft geblieben (ders. a.a.O., S. 205, 206). Zuwanderer nach Syros: ders. a.a.O., S. 85. Zustand der Kykladen nach den Freiheitskriegen: ders. a.a.O., S. 206, 207.

195) Klephtenwesen: Stadtmüller 1950, S. 339, 351.

196) Der Landverkehr in den Grenzgebieten war bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts nur unter Polizeischutz oder mit Militärbegleitung möglich. Sicherheit boten nur die Städte.

197) Zu den Einwohnerzahlen der Städte: Bevölkerungsstatistik und Ergebnisse der Volkszählung von 1907 (Rés.Rec.Pop. 1907, Athen 1909) und Stat.Jb. 1930, T.3, Tab. 4,4, S. 421-422.

198) Pachtsysteme und Landwirtschaftsgesetze: Mathiopoulos 1961, S. 36, 114-116.

199) Gaitanides 1955, S. 174, 184.

200) Die Vergabe von Olivenbäumen zur Veredlung und Pflege gegen Abgabe des halben Ernteertrages (12 Jahre lang) wurde gesetzlich geregelt (Gaitanides 1955, S. 174).

201) Erst ab 1860 gibt es Aufzeichnungen für die natürliche Bevölkerungsbewegung. Für 1862, 1863, 1886, 1887, 1888 liegen kaum Statistiken vor, für 1891-1920 überhaupt keine (Stat. Jb. 1936, Anm. S. 426).

202) Politische und wirtschaftliche Stellung der Westgriechischen Inseln: Philippson, Landsch. II,2, S. 451, 452; Kirsten das. S. 452 Anm. 1 und 2, S. 560, 561; Eingreifen der Türken: ders a.a.O., S. 560, 597; auf Leukas: Philippson a.a.O., S. 487; auf Ithaka: ders. a.a.O., S. 501; auf Kephallenia: ders. a.a.O., S. 525; Zuwanderung (Überbevölkerung): Partsch PM 1890, S. 45, 46; Philippson a.a.O., S. 449, 453, 539; Kirsten a.a.O., Anm. 1 auf S. 449, S. 623 und Anm. 65 auf S. 642, S. 623, 625.
Unter venezianischer Herrschaft Förderung der Olivenkultur (auf Korfu, Leukas, Kephallenia, Zakynthos) und des Korinthenanbaus (auf Kephallenia, Leukas, Zakynthos) im 16. und 17. Jahrhundert.

Großgrundwirtschaft und Pachtsysteme: Partsch a.a.O., S. 106-108 (Drittel- und Halbpacht); Mathiopoulos 1961, S. 1, 8, Anm. 6 auf S. 115, S. 119; auf Kephallenia: Philippson a.a.O., S. 524, 525; auf Ithaka: ders. a.a.O., S. 501; auf Zakynthos: ders. a.a.O., S. 539.
Einfluß der englischen Herrschaft (1809-1864) auf Korfu: Partsch PM 1887, auf Zakynthos: ders. PM 1891, auf Kephallenia: ders. PM 1890, S. 49, 51; auf Kythera: Leonhard 1899, S. 36. Bau von Fahrstraßen, Reform des Rechtswesens, Verbesserung der Landwirtschaft, Förderung des Handels .
Auswanderung: nach Kämpfen der Adelsfamilien im 17. Jahrhundert und dem Verlust der venezianischen Besitzungen in der Peloponnes ließen sich Kephallenioten zwischen Patras und Gastuni als Wein- und Korinthenbauern nieder, in Korinth als Fischer, in Mesolongion als Handelsschiffer und im westlichen Akarnanien (Partsch PM 1890); im 19. Jahrhundert besaßen Kephallenioten Handelsbetriebe in den Seestädten Südrußlands; Auswanderung nach Peru, Kalifornien, Neuseeland, in die Türkei, nach Ägypten (Partsch PM 1890, S. 77, 252) und nach Nordamerika (Philippson, Landsch. II,2, S. 526). Beschäftigung im Schiffergewerbe.
Ithaka: Auswanderung im 19. Jahrhundert besonders nach Australien (ders. a.a.O., S. 501 ; Schiffergewerbe).

203) Kythera: Arbeiterwanderung nach Griechenland, später (im 19. Jahrhundert) dauernde Auswanderung nach Südamerika (Argentinien) (Leonhard 1899, S. 37). Kaum Auswanderung von Korfu, Leukas, Zakynthos.

204) Bittschrift der Aromunen erwähnt bei Wace/Thompson 1914, S. 167. Nach dem Plan der Berliner Konferenz vom Juni 1880 sollte Griechenland auch das epirotische Küstenland von Preveza bis zum Thyamis einschließlich des Beckens von Ioannina und des Metsovon-(Katara-)Passes erhalten; zu den Grenzziehungen in Epirus: PM 1915, Taf. 17 (Karte 1:1,5 Mill.).

Nach wiederholten Unruhen und von griechischer Seite unterstützten Aufständen auf der Insel Kreta (1826, 1833, 1841, 1866, 1876), zuletzt der Landung von Kriegsschiffen 1897, erklärte die Türkei Griechenland den Krieg, der nach einem Monat (7.IV. bis 18.V.1897) in Thessalien zur griechischen Niederlage führte. Kreta erhielt auf Verlangen der europäischen Mächte eine selbständige Verwaltung unter türkischer Oberhoheit.

205) Wichtige strategische Lage des Markt- und (bis 1912) Distrikthauptortes Grevena: Wace/Thompson 1914, S. 21-23.

206) Wanderwege der Aromunen von Samarina, Smixi, Avdela, Perivoli: Wace/Thompson 1914, S. 11, 46, 171, 178; Wanderwege der Hirten und ihrer Familien vor 1912: Weigand 1895, I, S. 301, 302; Beuermann 1967, Karte 9 auf S. 121; Wanderung albanischer Wanderhirten über den Metsovon-Paß nach Thessalien: Weigand 1895, I, S. 169; in die Ebene von Thessaloniki usw.: Schultze-Jena 1927, S. 53.

207) Weigand 1895, I, S. 134, 135.

208) Gründe für die Ab- und Auswanderung und für den Rückgang des Wohlstandes: Weigand 1895, I, S. 134, 135, 299; Wace/Thompson 1914, S. 76, 77, 168.
Auswanderung aus Samarina um 1900: Wace/Thompson 1914, S. 171. Zur Seßhaftwerdung in den thessalischen und makedonischen Niederungen s. Anm. 91. Als Ansiedler in der Umgebung von Volos und Velestinon nennt Weigand 1895, I, S. 202, 203 Aromunen aus Perivoli und Farserioten (Ende 18./Anf. 19. Jh. und nach 1881), Chalikiopoulos 1905, S. 470, 471 dagegen nur Karagúnides; dazu: Kirsten RE Pherai (Suppl. VII) u. Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 122. Aufstände, Unruhen und Kriege 1854, 1878, 1886, 1897, 1903 bis 1908: Wace/Thompson 1914, S. 77, 155, 156, 159, 160, 167-171, 174, 187. Bis 1877 besaß Samarina etwa 80.000 Schafe, 1912 nur noch 17.000 (Wace/Thompson 1914, S. 76).

209) Gleich hohe Abgaben der Dorfbewohner nach Verringerung der Kopfzahl (Weigand 1895, I, S. 135). Ebenso war es zur Zeit Ali Paschas in den thessalischen Ebenen (Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 282, 298). Nach 1881 in den Pindosorten auch Abgaben für Straßenbauten, die die Gemeinde nicht berührten oder für sie nicht von Nutzen waren (Weigand 1895, I, S. 135).

210) Die verfallenen Orte (Samarina hatte 1877 1.200 Häuser, 1912 nur noch 800 (Wace/Thompson 1914, S. 47, 159)) wurden von den Auswanderern als Sommerfrische aufgesucht (Weigand 1895, I, S. 18, 304) wie auch die Peliondörfer, die allerdings zur Sommerzeit auch griechische Städter aufnahmen (Sion 1934, S. 8).

211) Zu den Einwohnerzahlen der Pindosorte s. Anm. 174. Bevölkerungsstatistiken von 1928 und 1940 und Abschn. II.

212) Chalikiopoulos 1905, S. 446, 474; Philippson, Landsch. I,1, S. 229, 230. 1840 Entstehung der griechischen Stadt Volos. Nebenerwerb der Pelionbewohner: Fischerei. Abwanderung aus dem Pelion: Chalikiopoulos 1905, S. 474 (referiert bei Sion 1934, S. 14, 15).

213) Abwanderung nach 1881: Philippson, Landsch. I,1, S. 29.

214) Zur wirtschaftlichen Situation in den thessalischen Ebenen nach 1881: Philippson Erdk. 1895, S. 205.
Anbau: Chalikiopoulos 1905, S. 458-460 (Zweifelderwirtschaft) S. 460-466 (Gartenbau, Frucht-Hackbau); Eigentumsrechte türkischer Besitzer und Stellung der Landarbeiter und der Pächter: ders. S. 459, 460, 469, 471, 472; Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 298; Kienitz 1960, S. 30, Mathiopoulos 1961, S. 115.

215) Zahl der Tschiftliks: Hollmann 1930.

216) Verschuldung nach den Kriegszerstörungen: Chalikiopoulos 1905, S. 471-472.

217) Zur Teilpächterfrage und zu den Landwirtschaftskrisen: Zolotas 1926, S. 40, 41; Hadzopoulos 1927, S. 66; Kienitz 1960, S. 31, 32, 34; Mathiopoulos 1961, S. 116-120, 18; Tsakonas 1965, S. 127.

218) 1907-1914 Kauf von 51 Tschiftliks durch den Staat, auf denen 4.898 einheimische Bauernfamilien (auf 105.870 ha) und 2.624 Flüchtlingsfamilien (auf je 1,5 ha - 6 ha) angesiedelt wurden (Mathiopoulos 1961, S. 117).
Ländliche Neusiedlungen in der Ebene von Alymros (beide mit schachbrettförmigem Grundriß): Nea Anchialos, 1907 491 E, 1928 2.210 E (Flüchtlinge aus Anchialos am Schwarzen Meer) und Evxinupolis, 1928 1.679 E.

219) Zu den Trockenlegungsarbeiten: Fels 1944 - 1958; Philippson 1894; Supan 1889.

220) Abwanderungsgründe: Staatsbankrott 1893; hohe Reparationszahlungen nach dem Krieg von 1897 führten zu neuen Wirtschaftskrisen; internationale Finanzkontrolle; dazu: Georgii 1888; um die Jahrhundertwende Absatzkrisen für die Korinthen aus der Peloponnes und von den Ionischen Inseln; 1906 Vernichtung vieler Korinthenpflanzungen durch Krankheit; starker Produktionsrückgang, bis die neu eingeführten widerstandsfähigeren amerikanischen Reben herangewachsen waren.

221) Stat.Jb. 1936, T. III, Tab. 13,3, S. 429.

222) Geringes Bevölkerungswachstum oder Rückgang der Einwohnerzahlen zwischen 1879/89 und 1920:
1. Korfu, Leukas, Argostolion, Zakynthos
2. Mesolongion, Arta
3. Tirnavos
4. Amphissa, Levadia
5. Megara
6. Ermupolis
7. Patras, Aigion, Pyrgos
8. Tripolis
9. Argos, Nauplia, Kranidion
10. Kyparissia, Philiatra, Gargaliani, Messini
11. Sparti, Gythion

223) Eine Diskrepanz zwischen Anm. 6 und 7 zu Tab. 36 ergibt sich daraus, daß 1961 für 6 der Begriff der meistbevölkerten (Kern-) Siedlung verwendet ist (s. Abschn. I, S. 45). Es ist zu beachten, daß die Zugehörigkeit einzelner Ortschaften mehrfach gewechselt hat und einige Ortschaften einmal als selbständige Gemeinde, ein anderes Mal als Glieder einer größeren Gemeinde erscheinen (dazu Abschn. V, S. 195) und Stat. Jb. 1964, Anm. 1, S. 48; das. Anmerkungen S. 45). Vergleichbar sind die Zahlen ab 1928, da für die Zählungen vor 1961 die Bevölkerungszahlen auf die Gemeindegrenzen von 1961 umgerechnet worden sind.

224) Zahlenangaben für 1907: Rés.Rec.Pop. 1907, Athen 1909, Bd. I, Tab. 1, S. 3; Tab. 3, S. 19; Tab. 5, S. 27; Tab. 7, S. 42; für 1920: Rés.Rec.Pop. 1920, T. 1, Tab. 1,1, S. 3-4 und Stat.

Jb. 1936, I,2, Tab. 2, S. 47.
Attika, 27.X.1907: von 280.300 Heimatberechtigten waren 227.100 anwesend, 34.400 im Ausland, 18.800 in anderen Gemeinden; von 341.200 Anwesenden waren 227.100 heimatberechtigt, 96.200 aus anderen Gemeinden, 17.900 Ausländer.

225) Hadzopoulos 1927, S. 66: 1906 Aufnahme von 50.000 Griechen, die nach Unruhen in Makedonien und Ostrumelien (1902) und nach der Annektierung Ostrumeliens durch Bulgarien (1906) ausgewandert waren. Rambaud 1910, S. 178: in Thessalien Ansiedlung von 30.000 Griechen aus Bulgarien und Ausweisung von 40.000 Bauern muselmanischen Glaubens.

226) Auswanderung aus Mavronoron und Samarina: Wace 1914, S. 33, 71. Vorher hatten sich Aromunen aus Kallaritai durch Grenzübertritt nach Sirakon dem griechischen Heeresdienst entzogen (Weigand 1895, I, S. 163).
Zur Auswanderung: Rambaud 1910.

227) Frauenüberschuß: Stat.Jb. 1964, II,14, S. 49.

228) Geschlecht und Altersgruppen der Auswanderer 1869/99 bis 1924: Stat.Jb. 1936, T. 3, Tab. 13, 1,2, S. 428 (Auswanderer in die USA).

229) Rambaud 1910, S. 180 zitiert Zahlenangaben aus L'Hellénisme Jg. 3, 1906 und Jg. 5, 1908: etwa 2.000 Griechen als Händler in London, weitere in Manchester, Liverpool; 12.000 Griechen in New York, 14.000 in Chikago, 5.000 in Lowell, je 2.000 in San Francisco, Kansas City, Saint-Louis, Boston; 2.000 Schwammfischer in Florida.
Zuwanderungsgebiete von Aromunen aus Samarina und Milea: Wace/Thompson 1914, S. 171, 182.

230) Nach der Eröffnung des Suezkanals war Indien Baumwolliefe-rant für Europa geworden.

231) Ausweitung der Handelsbeziehungen: Rambaud 1910, S. 181.

232) Höhe der Geldrücksendungen: Fels 1927, S. 173, 174. Aufbau von Lebensmittelindustrien mit ausländischem Kapital: Zolotas 1926, S. 49. Wachstum von Aromunenorten durch Amerikagelder: nach 1908 Avdela (Wace/Thompson 1914, S. 175/177), Samarina 1908 bis 1912 (das. S. 170, 171). Kauf von Land: J.H. Schultze 1937, S. 137.

233) Wace/Thompson (1914, S. 184) berichteten, daß Auswanderer aus Metsovon, die in der Levante als Händler reich geworden waren, keine Verbindung mehr zum Heimatort besaßen. Auflokkerung der Familienverbände: Beuermann PM 1956, S. 278; Lowenthal/Comitas 1962, S. 203-204.

234) Rückwanderung aus den USA 1908-1924: Stat.Jb. 1936, T. 3, Tab. 14.

235) Zur Flüchtlingsansiedlung:
Ancel 1925; 1929; 1930;
Fels 1927;
Hadzopoulos 1927;
Hollmann 1930;
Lehmann 1929 (mit zwei Karten);
Papenhusen 1933;
Pentzopoulos 1962 (mit Karte der ländlichen Flüchtlingsansiedlungen 1926-1928, Maßstab 1:4 Mill.; umfangreiches Literaturverzeichnis zur Flüchtlingsfrage);
Schultze, J.H., Kol. 1934 (mit Karte 1:1 Mill.);
ders. Malaria 1934; ders. Kol. 1935 (mit Karte 1:1 Mill.);
ders. PM Erg.-H. 233, 1937 (Karten wie Kol. 1934/35)
ders. 1948; ders. 1950;
Voyadzis 1939;
Établissement 1926.

236) Hadzopoulos 1927, S. 67 (Ende 1917: 324 bäuerliche Kolonien mit 21.617 Familien/ 86.437 Personen; davon lagen 156 Kolonien (mit 11.432 Familien) in dem während des Weltkrieges besetzten ostmakedonischen Gebiet).

237) Kartographische Darstellung der regionalen Verteilung der Flüchtlinge: J.H. Schultze 1937, Taf. 25; ders. 1934, Taf. 41; Lehmann 1929, S. 117; Pentzopoulos 1962, S. 106.

4 % (= 206.900 Pers.) der Bevölkerung von 1920 und 19 % der Bevölkerung von 1928 waren im Ausland geboren, und zwar 5 % bzw. 20 % der Region Mittelgriechenland-Euböa, 7,6 % bzw. 40 % der Region Makedonien, 6 % bzw. 33 % der Region Thrakien, 5 % bzw. 17 % der Region Ägäische Inseln und 2 % bzw. 8 % von Kreta (Stat.Jb. 1936, I,14, S. 72, 73 und Stat. Jb. 1930, I, 32-35, S. 84-96; s. Tab. "Zahl der Flüchtlinge nach Regionen"); Geburtsländer: Stat.Jb. 1930, S. 96, 97.

238) Andreades 1956, S. 140; andere Zahlen bei Pallis 1925.

239) Andererseits sind öffentliche Bäder ein Merkmal der nordgriechischen Städte geworden, da die Siedler aus Kleinasien ihre dort angenommenen Gewohnheiten nicht aufgeben wollten. Veränderungen in Nordgriechenland: Kirsten/Kraiker 1962, S. 632, 633.

240) Von den in Tab. 40 genannten 2259 Tschiftliks waren 419 in Eigenbewirtschaftung, (Mathiopoulos, S. 116) davon 56 bei Larisa. Kirsten in Philippson, Landsch. I,1, S. 298: 584 Tschiftliks in den thessalischen Ebenen, davon 149 im O-Teil in Eigenbewirtschaftung! (Zitat aus Hollmann).

241) Schultze-Jena 1927, S. 196; J.H. Schultze 1937, S. 135. Veränderungen im Becken von Serres vom 19. Jahrhundert bis 1933: J.H. Schultze 1937, S. 134-138.

242) Kienitz 1960; s.a. Anm. 249.

243) Kultivierte Flächen nach Regionen: Stat.Ann.Rend.Agr. Grèce 1923, Athen 1926, I, Tab. III,2; Stat.Jb. 1930, III,1,1, S. 145; das. 1936, III,1,1, S. 116;

Kultivierte Flächen nach Nomen: Stat.Ann.Rend.Agr. Grèce 1923, Athen 1926, I, Tab. III,3a, S. 9 für 1916-1923; das. 1926, Athen 1927, II, Tab. III,3, S. 41 für 1924-1926.

244) 1928 nahmen 7,84 % der Anbaufläche Industrie- und Aromatische Pflanzen ein; es entfielen auf Tabak 5,85 % der Anbaufläche, auf Sesam 0,93 %, auf Baumwolle 0,97 % und auf die übrigen Pflanzen 0,09 %; Korinthen und Sultaninen wurden auf 4,13 %, Wein auf 8,28 % der Anbaufläche gezogen (Stat. Jb. 1930, Taf. IX).
Die Tabakanbauflächen hatten durchschnittlich den vierfachen Wert von Getreideanbauflächen. In O-Makedonien wurde Drama zum Zentrum des Tabakanbaus.

245) Lehmann 1929, S. 120; Hadzopoulos 1927, S. 34, 51, 98; J.H. Schultze 1937, S. 203, 376.

246) Einschränkung der Winterweideflächen und Verkürzung der Wanderwege in Makedonien nach 1913: Beuermann 1967, S. 131, Karte 12. Verdreifachung des Pachtpreises für die Winterweiden zwischen 1921 und 1922: Hoëg 1925, S. 28.

247) Es bestanden 1921 Generalsiedlungsdirektionen in Adrianopel (für Thrakien) und in Thessaloniki (für Makedonien); Zweigstellen für Mittelmakedonien in Thessaloniki, für O-Makedonien in Drama, für W-Makedonien in Kozani; Siedlungsbüros in Ioannina, Preveza, Mesolongion, mehrere in Attika und Böotien; außerdem gab es einen Generalkontrolleur für die Ansiedlung auf Kreta.
Aufgaben der Büros waren der Transport, die Verteilung, Ansiedlung und finanzielle Versorgung der Flüchtlinge. Die Flüchtlinge der Balkankriege wurden von den örtlichen Verwaltungen und privaten Siedlungsausschüssen betreut; der 1914 gebildete Zentralausschuß für Flüchtlinge in Thessaloniki wurde 1917 bei der Verlegung der provisorischen Regierung von Thessaloniki nach Athen dem Finanzministerium in Athen und dem Generalgouvernement in Makedonien unterstellt (Hadzopoulos 1927, S. 67-89).

248) Enteignungen: Mathiopoulos 1961, S. 121-124.

249) Zu den Agrarreformen: Hadzopoulos 1927, S. 74; Kienitz 1960, S. 33, 37, 41; Gaitanides 1955, S. 237-239; Mathiopoulos 1961, S. 121; Hollmann 1930; Michalis 1930.

250) s. Tab. 49; Ansiedlung gegen Schuldverschreibungen über 30 Jahre (Landwirtschaftsgesetz von 1917) oder 20 Jahre (Gesetze von 1924).

251) Gaitanides 1955, S. 240.
Umzug in einen anderen Ort nur mit Genehmigung des Siedlungsausschusses (Hadzopoulos 1927, S. 76). Parzellengröße: 1,5 ha pro Familie in fruchtbaren Gebieten, 3-8 ha pro Familie gut kultiviertes Ackerland; die Größe der Äcker richtete sich nach der Bodengüte. Dazu: Lehmann 1929, S. 118; Hadzopoulos 1927, S. 74; Hollmann 1930; J.H. Schultze, Kol. 1934/34; Kienitz 1960, S. 39, S. 104, Tab. 1. Recht auf Landbesitz: Mathiopoulos 1961, S. 123; Parzellengröße: ders. das. S. 124.

252) 500 km lange Frontlinie. Thessaloniki war 1915-1918 Hauptquartier der Orientarmee der Entente.

253) Abgebrannte Dörfer traf J.H. Schultze noch 1934 auf seinen Reisen in Neugriechenland an (1937, S. 135, 137); Zuzug von Flüchtlingen in das nicht zerstörte Drama; deshalb stieg dort die Bevölkerungszahl sehr stark an und sank nach 1928 wieder.

254) Vernichtung eines großen Teils der Getreideernten wegen Trockenheit (Hadzopoulos 1927, S. 100). 1932: Trockenheit im Becken von Serres (Fels 1944, S. 44).

255) Infolge des dadurch eingetretenenFuttermangels ging der Viehbestand um 60-90 % zurück.

256) s. Tab. 43: Anbaufläche der Industriepflanzen 1930/1932. Ankauf von bulgarischen und türkischen Tabaken, nicht griechischen.

257) Stat.Jb. 1930, III,14, S. 161; Hadzopoulos 1927, S. 59, 75.

258) Hadzopoulos 1927, S. 59.

258a) Lehmann 1929, S. 119.

259) 1922 Gesetz über die Förderung der Industrie. Arbeiterfrage gleichzeitig mit der Flüchtingsnot: Mathiopoulos 1960, S. 100, 113. Industrieentwicklung bis 1925: Zolotas 1926. Von den Flüchtlingen eingeführte oder ausgebaute Industriezweige: Tabakverarbeitung, Teppichindustrien, Spitzen- und Seidenherstellung.
Zahl der Industriebetriebe 1867-1917, 1920, Neugründungen 1921-1928, Zahl der Beschäftigten 1920 (nach Industriezweigen und räumlicher Verteilung): Stat. Jb. 1930, IV,1,2, S. 177, 178; Neugründungen 1931-1935: das. 1936, IV,2, S. 150; Industrieerzeugnisse 1921-1929: das. 1930, IV,3, S. 179-182; 1931-1935: das. 1936, IV,3, S. 150-153.

260) Tabakindustrie:
Zahl der Arbeiter, Verdienst: Stat.Jb. 1930, IV,24, S. 195, 196. Zahl der Maschinen in den Tabakfabriken der einzelnen Städte 1928 (von 143: 47 in Athen-Piräus, 18 in Volos, 10 in Saloniki, 7 in Kalamata, 4 in Xanthi, 5 in Patras, 13 in Pyrgos): Stat.Jb. 1930, IV,21, S. 194. Bis 1910 hatte es keinen Maschinenbetrieb zur Tabakverarbeitung gegeben. (Zolotas 1926, S. 134).

261) Dazu: Zolotas 1926, S. 131; Andreades 1939, zitiert bei Mathiopoulos 1960, S. 82.

262) 1930: 25,5 %; Stat.Jb. 1936, IV,1, S. 143.

263) Hadzopoulos 1927, S. 137.

264) Zolotas 1926, S. 125; Hadzopoulos 1927, S. 136, 137.

265) Stat.Jb. 1930, IV,18,1, S. 192; für 1935: das. 1936, IV,18, S. 162; Alter und Zahl der Arbeiter 1925-1929: das. 1930, IV,18, S. 192; das. IV,25, S. 196.

266) Kienitz 1960, S. 37, 39, 104.

267) Filialen in Thessaloniki, Ioannina, Mytilini und 5 auf Kreta; bis 1939 Niederlassungen in allen Landstädten. Ihre Aufgaben sind erläutert bei Kienitz1960, S. 78-79.

268) In Thrakien wurden 1923 Griechen, Armenier und Kaukasier in Baracken und alten Bauernhöfen untergebracht (Hadzopoulos 1927, S. 81-83). Bis 1926 wurden aus Geldmangel v.a. übernommene Häuser instandgesetzt (ders. S. 93). Die Siedlungskommission übergab bis 1930 943 türkische und bulgarische Siedlungen an Flüchtlinge und ließ 590 altgriechische Dörfer ausbauen und 533 Neusiedlungen anlegen.

269) J.H. Schultze, Kol. 1934, S. 462. Die Häuser mußten von den Siedlern selbst errichtet werden. Zu den Sumpf- und Seengebieten in Makedonien: Ancel 1930, S. 106; Fels 1944.

270) J.H. Schultze 1937, S. 332-333; ders. Malaria 1934, S. 6.

271) Seit 1955 malariafrei; bis 1947 höchste Sterblichkeit an Malaria in Europa; zur Sterblichkeit in den thessalischen Ebenen: Philippson, Landsch. I,1, S. 230. Zu den Trockenlegungsarbeiten: Fels 1944; Negroponti-Delivanis 1962, S. 58-64; Vouras 1962, S. 27-33; Trokengelegte und bewässerte Gebiete in Nordgriechenland 1926 - 1958: Karten in Vouras 1962, S. 30 (Fig. 18), S. 31 (Fig. 19).
1930-1935: Austrocknung der Sümpfe von Philippi, Senkung des Flußbettes der Angista.
1930-1939: Trockenlegungsarbeiten im Becken von Serres (Austrocknung des Achinossees, Eindämmung und Regulierung des Strymon, Bau des Stausees von Kerkini). Ebene von Giannitsa: 1903 90 km^2 Sumpf, fast 5 km^2 See; in Marschgegenden Anbau von Mais, Baumwolle, Reis. Infolge von Malaria nur dünne Besiedlung. 1892 lagen Pläne zur Entwässerung vor, zu ihrer Durchführung war jedoch kein Geld vorhanden (Struck 1903, S. 241-243).
1929-1938: Austrocknung des Sees und der Sumpfregion des Ludias; 1926-1934/39: Dammbauten an Aliakmon, Axios und Gallikos; Bau des Peripheriekanals südlich des ehemaligen Sees; Aufstau des Axios bei N. Chalkidonos. Fortsetzung der Arbeiten (auch westlich des Axios und an der Golfküste) nach 1950. Ab 1961 großflächiger Bewässerungsanbau (Füldner 1967).

272) Unterbringung städtischer Flüchtlinge: Hadzopoulos 1927; Wohnungsnot in Serres: J.H. Schultze, Kolonisation 1934, S. 481; Barackensiedlungen von Athen kartiert in: Géogr. Univ., T. VII,2, Paris 1934, S. 544, Abb. 144.

273) Stat.Jb. 1936, I,14, S. 73.

274) Zur Siedlungsausbreitung von Athen zwischen 1920 und 1940: Hönigsberg 1928; Almagia 1953, S. 927; Géogr. Univ. 1934, S. 544; Oberhummer in Klute, S. 267, Abb. 210; Karte in Philippson, Landsch., I,3; Baedeker 1885, 1908; s.a. Quellen in Anm. 272.
Kartogramm der prozentualen Verteilung der Flüchtlinge in den Gemeinden von Groß-Athen : Böhme 1955, S. 152.

275) Noch 1966 traf man auf solche Barackensiedlungen an den Ausfallstraßen von Athen und im Festungsring von Iraklion.

276) Verbreitung der Griechen in den USA um 1930: Karte 1:40 Mill. bei Smith 1960, S. 141; 1931-1936 100.000 Auswanderer; in Ägypten 1927 76.000 griechische Staatsbürger, in Frankreich 1931 21.000 Griechen (einschließlich Naturalisierten), in den USA 1930 175.000 Griechen(Ploetz, Raum II, S. 296; s. auch Tab. 53).
Nach 1924 wurden alle überseeischen Länder als Auswanderungsländer nach griechischem Gesetz zugelassen (gleichzeitig Quotenbeschränkung).
Bei den Auswanderern in die USA Verschiebung in den Altersgruppen: 1902-1914: über 90 % 15-44 Jahre; ab 1921 70-77 % 15-44 Jahre, je über 10 % über 45 und unter 14 Jahre; Anteil der Frauen bis 1913 unter 10 %; nach 1914 (bis 1924) 12-65 % Frauen (Stat. Jb. 1930, II,2, S. 137). Stärke der Auswanderung: 1929 und 1930 noch um 7 o/oo (44.000 Pers.), 1931-1935 2,4 - 2,9 o/oo (15.000 - 20.000 Pers.).
Bevorzugt wurden die europäischen und die mediterranen Länder (1929 von 78 %, 1930 86 % aller Auswanderer). 1929 wanderten 17 % aller Auswanderer nach Ägypten aus (7.300 Pers.), 16 % nach Frankreich (6.900), 14 % in die USA (5.900), 9 % nach Albanien (3.800), 7 % nach Jugoslawien (3.000), 6 % in die Türkei (2.500) (Stat.Jb. 1930, II,6, S. 140, 141). Die starke Zuwanderung nach Palästina setzte erst nach 1933 ein (1935 2.000 von 16.400 Pers.) Herkunft der Auswanderer 1935: von 7.000 kamen 3.800 aus Gemeinden mit über 10.000 E, davon 2/3 aus Athen und Thessaloniki; 500 hatten die Eparchie Ioannina verlassen, je 600 Chios und die Kykladen und 300 Kephallenia und Ithaka (Stat.Jb. 1936, II,5, S. 108, 109). Von den insgesamt 16.400 Auswanderern 1935 hatten 6.000 das Land zum wiederholten Mal verlassen (das.).
Berufsgruppen: Stat.Jb. 1936, II,6, S. 110; das. 1930, II,2, II,3,2, S. 103, 104; das. II,3,1, S. 101, 102.
Altersgruppen: Stat.Jb. 1930, II,2, S. 137; das. 1936, II,4, S. 108.

277) Serres vor 1912: Schultze-Jena 1927, S. 180; Ogilvie,G.R. 1921, S. 180; nach 1922: J.H. Schultze, Kol. 1934, S. 481 (Flüchtlinge aus O-Thrakien, Kleinasien, Kaukasien und von der Schwarzmeerküste).
Drama: J.H. Schultze Kol. 1934, S. 483; ders. 1937, S. 162-165.
Kavalla: ders. Kol. 1934, S. 484, 485 und Taf. 39 (Flüchtlingsviertel).

278) Ansiedlung von Fischern in Nordgriechenland: Lehmann 1929, S. 122; dort gibt es heute bedeutende Fischfarmen (Vouras 1962, S. 142, 143). 1924 waren Fischer und Seeleute in Tripolis (!) untergebracht worden (Hadzopoulos 1927, S. 34; er führt noch weitere Beispiele für eine willkürliche Zerstreuung der Flüchtlinge an). Dazu auch: E. Venezis: Friede in attischer Bucht.

279) J.H. Schultze, Kol. 1934, S. 462, 481-487; ders., Zweite Reise 1934, S. 7.

280) Flurwüstungen und Ortschaften mit z.T. nur 1 % der früheren Bevölkerung im östlichen Boz Dagh nordöstlich von Drama, im Pangaion, Transnestos-Waldgebirge, im Karsi Dagh nordnordöstlich von Kavalla, im Grenzwaldgebirge des Tokatdzig Dagh nordöstlich von Komotini.

281) J.H. Schultze, Zweite Reise 1934, S. 2, 4; ders. 1937, S. 323; Karten: ders. 1937, Taf. 25, Abb. 50; ders. Kolonisation 1934, Taf. 41; Aufzählung der neuen Flüchtlingsdörfer und der Dörfer mit über 50 % Flüchtlingen in J.H. Schultze 1937. Dazu auch Hollmann 1930, S. 277.

282) Für 1928 ist die Zahl der im Ausland lebenden Rechtsbevölkerung nicht angegeben, sondern nur die Zahl der nicht an ihrem rechtlichen Wohnsitz erfaßten Personen (für Gesamtgriechenland 635.000 Personen von 6.131.300 Pers., 10,4 %; nach Nomen: Kykladen 25 %; Kephallenia 18,5 %; Zakynthos 13,4 %; Korfu 11 %; Samos 13,6 %; Chios 13,2 %; Lesbos 11,5 %; Euböa 13 %; Rhethymnon 10,5 %; Chania 10,2 %; Chalkidike 10 %; Kozani 10,4 %; Ioannina 17,8 %; Arta 13,7 %; Larisa 11,2 %; Trikkala 10,8 %; Phthiotis-Phokis 11,9 %; Ätolien-Akarnanien 10,7 %; Argolis-Korinthia 14,3 %; Arkadien 12,7 %; Lakonien 11,8 %).

283) Wanderungsbewegungen auch der nicht geflohenen Bevölkerung; Fortsetzung der Binnen- und Auswanderung, die vor der Jahrhundertwende einsetzte.

284) Stat. Jb. 1936, I,4, S. 48.

285) In allen anderen Nomen weniger als 10 %. Quelle: Stat. Jb. 1936, I,2, S. 47.

286) Ersetzung spanischer Exporte z.Zt. des spanischen Bürgerkrieges (Mathiopoulos 1961, S. 102).

287) Arbeitsbeschaffungsprogramm und Entschuldungsgesetz von Metaxas 1937; dafür strenge Anbauvorschriften für Tabak und Korinthen, Förderung des Anbaus von Brotgetreide (Kienitz 1960, S. 41); Ertragssteigerung landwirtschaftlicher Produkte: Stat. Jb. 1936 und 1955.

288) Kienitz 1960, S. 41; in Makedonien 1936-1939 40.000 ha Neuland für 25.035 Familien auf 223 Siedlerstellen (Kienitz 1960, S. 40). Neulandverteilung in Makedonien: Fels 1944, S. 51-53.

ABSCHNITT IV

289) Rückgang
a) in der Förderung von Mineralien: Tsakonas 1948; Stat. Jb. 1955, IX, S. 170, 171, 173-175, 177;
b) in der Landwirtschaft: Stat. Jb. 1955, VIII, S. 133-147, 152, 155, 159, 160;

c) in der Industrie: Stat. Jb. 1955, X, S. 181, 184-189;
d) der Handelsflotte: das., XIV, S. 287, 288;
e) des Schiffsverkehrs: das., XIV, S. 289-292.

290) Ausmaß der Zerstörungen und Folgen des 2. Weltkrieges und der Bandenkriege: Mathiopoulos, S. 135-154; für Nordgriechenland: Negreponti-Delivanis 1962, S. 40-46; Vouras, Balkan Stud. I, 1960; ders. 1962, S. 19-23.
Vertreibung von Griechen aus Bulgarisch-Makedonien und Thrakien: Gaitanides 1955, S. 272; Delivanis 1962, S. 261. Westermann-Atlas 1963, S. 160, I, II: Umsiedlung von 90.000 Griechen aus dem bulgarisch besetzten Ostmakedonien nach Westmakedonien und Rücksiedlung nach Westthrakien. Griechisches Festland 1941 bis Ende 1944 unter italienischer Militärverwaltung (mit deutschen Reservatbereichen); 1941 Eroberung von Kreta (Ploetz, Auszug 1962). Zerstörung von Patras 1940 durch einen Luftangriff. Pfeffer 1957, S. 5: Oktober 1949 über 550.000 Tote und Vermißte.

291) Ploetz, Auszug 1962; Delivanis 1962, S. 261; Kienitz 1960, S. 41; Gaitanides 1955, S. 296: 100.000 Wohnungen zerstört, 50.000 teilweise zerstört; Pfeffer 1957, S. 5.6. Ab 1950 wurden 3/8 aller staatlichen Ausgaben für die Flüchtlingsfürsorge verwendet (Ploetz, Auszug 1962, S. 1375).
Nach den schweren Erdbeben auf den Ionischen Inseln (1953, Argostolion und zahlreiche Dörfer völlig zerstört) und in Thessalien (1955, Volos völlig zerstört) gab es erneut etwa 200.000 Obdachlose. 1950-1960 wurden über 50 % aller staatlichen Investitionen für den Wohnungsbau, die Verkehrserschließung und die Nachrichtenübermittlung verwendet.

292) Zur Neubesiedlung: Pfeffer 1957, S. 13-14; Vouras 1960; ders. 1962.
Beispiele für die Neubesiedlung kriegszerstörter Dörfer:
a) Neubesiedlung des nach dem italienischen Einmarsch verlassenen und in den Partisanenkriegen zerstörten Ortes Dendrochori (N. Kastoria) durch besitzlose Nomaden: von der Regierung unterstützter Hausbau (bis 1960 nur Flechthütten); vorgesehen war eine Dauerbesiedlung, die Verbindung von Landwirtschaft und Viehzucht trotz ungünstigen Voraussetzungen (schlechte Böden, Bodenabspülung von den Hängen, geringer Viehbestand, fehlende Energieversorgung, Verkehrsabgelegenheit, Überbevölkerung) (Vouras 1960, Balkan Studies I).
b) Beispiele für die Seßhaftwerdung von Sarakatsanen in Dörfern, die im Krieg z.T. von Aromunen verlassen wurden, und in neuen anstelle von kriegszerstörten Dörfern erbauten (wie N.Kerdyllia/Chalkidike) in Beuermann 1967.
c) Ansiedlung besitzloser Bauern aus übervölkerten Teilen des Nomos Kavalla in der bis zum 2. Weltkrieg von Viehzüchtern bewohnten Derion-Bergregion (N.Evros); Terrassierung der Hügel um das Dorf zum Anbau von Getreide, Kartoffeln, Tabak mit Hilfe der Regierung (Vouras 1962, S. 22, 23).

293) Dazu Beuermann 1967.

294) Nach Kayser, Etudes rurales 1963, S. 73 Zuwanderung bis 1951-52.

295) Nur 20 % der Einwohner von Margariti von 1961 waren vor 1943 im Ort selbst geboren (Kayser, das. S. 77), 21 % waren 1961 Vlachen (ders. S. 74).

296) K. Karteri 170 von 1.250 ha; K. Mazarakia 700 von 2.100 ha; K. Spatharaii (mit Spatharaii und Morphion) 290 von 3.980 ha; K. Elevtherion (mit Elevtherion und Pyrgion) 370 von 1070 ha; D. Igumenitsa 290 von 3.450 ha. (Γ :1, Athen 1962, I,4, S. 111).

297) Kayser, das. S. 74, 75.

298) Wenige Heiraten zwischen 1940 und 1949 (ebenso wie vor 1923). Alterspyramiden s. Abb. 23.
Die Kurven sind besonders bei der älteren weiblichen Bevölkerung alle fünf bzw. alle zehn Jahre ausgezackt, weil mit Vorliebe "runde" Alterszahlen angegeben werden (Auf- oder Abrundungen).

299) Dazu: Diagramme in Stat. Jb. 1964, S. 71 und A:21, Athen 1965, S. XXI.

300) Stat.Jb. 1964, S. 55; 1929-1931: Sterblichkeit von Kindern unter 1 Jahr 20 %, von Einjährigen 8 %.

301) 1953 Durchführung der Währungsreform und Liberalisierung der Einfuhren aus den OECD-Ländern. Wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit, Aufzählung der Hilfsprogramme: Mathiopoulos 1961, S. 162-164; Pfeffer 1957 (bis 1954). Wirtschaftsentwicklung 1949-1959: Piperoglou 1963. Industrieentwicklung in der Nachkriegszeit: Vosynioti 1958.

302) Zur Verbreitung der Abbaubetriebe: Metallogenetikos chartis 1965, 1:1 Mill.; Kayser, Atlas.
Seit der Nachkriegszeit: Ausbau der Schwerindustrie (verstärkter Erzabbau) und Förderung der Leichtmetallindustrie (Bauxitabbau). Doch ist die Maschinenindustrie bisher weitgehend auf Rohstoffeinfuhren oder Einfuhr von Fertigteilen aus dem Ausland angewiesen; Manufakturgüter, Maschinen und Transportausrüstungen machten 1962/63 wertmäßig über 50 % der Importe, aber nur 8 % der Exporte aus (Stat. Jb. 64, XIV, 15, S. 337).

303) Dazu: Pfeffer 1957, S. 10, 11 und Abschnitt III, Anm. 271. Nordgriechenland: 1926-1958: 113.000 ha vor Überschwemmung geschützt, 86.100 ha bewässert, 95.000 ha zur Bewässerung vorgesehen. Dazu Vouras 1962, S. 30 Fig. 18 und S. 31 Fig. 19. Über 80 % des bewässerten Landes 1960 bebaut mit Baumwolle, Mais, Bohnen, Melonen, Gemüse (Vouras 1962, S. 33). Reisanbau in der Deltazone der Ebene von Thessaloniki (Füldner 1967, S. 106, 107).

1950-1959/60: Meliorationen am Evros (griechische und türkische Arbeiten), ab 1960: Eindämmung des Nestros (dazu: Vouras 1962, S. 27-33).

Weitere Trockenlegungs- und Meliorationsarbeiten nach 1952: Saringiol/Südwest-Makedonien; Acheron-Niederung/Ep.; Nordteil des Karlasees (Verlegung von Beton-Bewässerungskanälen in den beiden thessalischen Becken; Anbau von Baumwolle, Sesam und Zuckerrüben; gleichzeitig Flurbereinigung: Bergmann 1965); Spercheios-Mündungsebene (dichtes Netz von Be- und Entwässerungskanälen; Anbau von Futterpflanzen und Baumwolle); Xynias-See; Anlage des Sees von Tripotama 1966. Elis: Alpheios-Aufstau 1968 (südl. Platanos, Bewässerungsrohre verlegt, auch bei Gastuni) und Peneios-Stausee 1968/69 (Topographische Skizzen in AAA 1,1, 1968, S. 46 (Peneios); 1,2, 1968 (Alpheios)); Pylos: Entwässerung der Lagune Osman Aga; Helos, untere Messenische Niederung: Be- und Entwässerungskanäle (Anbau von Reis und Baumwolle); Messenische Niederung: Pamisos-Stauwerk bei Aris (Sauerwein 1968, S. 168-70). Anbau der unteren Ebene: Sauerwein S. 272, 273. S.a. Tab. 13 und 14.

304) Stat.Jb. 1964.

305) Erhöhung der Erträge durch regelmäßige Bewässerung und Düngung: auf das Doppelte bei Baumwolle und Klee, auf mehr als das Doppelte bei Mais und auf das Dreifache bei Obst. Einkommenssteigerung bei Bewässerungsanbau bis auf das Fünffache (Tabellen bei Füldner 1967, S. 42 und Sauerwein 1968, S. 171, 172). Produktionsanstieg bei Baumwolle: Γ:4, Athen 1964, S. XX, XXI. S.a. Tab. 14.

306) Dazu Pfeffer 1957, S. 11, 12. Bauherren und Baujahre der Kraftwerke: Negreponti-Delivanis 1962, S. 68, 69; Vouras 1962, S. 190, 191.

307) Kraftwerke und Versorgungsnetz: Karte in Kayser, Atlas.

308) Ausbeutung eigener Erdöl- und Erdgaslager nach 1965.

309) Kylkaden 1961: von der de-facto-Bevölkerung, 99.959 Pers. (1928 129.702) waren 86.647 Heimatberechtigte (1928 118.417), 12.928 Bürger aus anderen Gemeinden (1928 10.169) und 384 Ausländer (1928 1.116); von der de-iure-Bevölkerung, 141.242 Personen (1928 157.829), waren 86.597 in ihren Gemeinden (1928 118.417), 50.170 in anderen Gemeinden (1928 zusammen mit den im Ausland Lebenden39.412) und 4.475 im Ausland.
Paros 1961: 8.461 de facto, 12.343 de iure; von der de-iure-Bevölkerung 7.439 in ihren Gemeinden, 4.713 in anderen Gemeinden und 191 im Ausland.
Thera 1961: 12.921 de facto,19.802 de iure; von der de-iure-Bevölkerung waren 11.688 in ihren Gemeinden, 7.762 in anderen Gemeinden und 352 im Ausland.
Nomos Arkadia 1961: von der de-facto-Bevölkerung, 135.042 Personen (1928 166.141), waren 117.730 Heimatberechtigte (1928 157.936), 17.174 Bürger aus anderen Gemeinden (1928 8.032) und 138 Ausländer (1928 173).
Unterlagen: Stat.Jb. 1964, II,8, S. 41-42 (für 1961); das. 1955, I,18 und 19, S. 32-33 (für 1951); das. 1936, I,14, S. 72-73 (für 1920 und 1928).

310) Dazu Karten in Kayser, Paris 1964, S. 107 und Kayser, Atlas.

311) Die Bevölkerungszunahme der Stadt Patras war in beiden Zeiträumen größer als die der gesamten Eparchie, d.h., die Landbevölkerung hatte abgenommen.

312) Zur Abwanderung von Paros (1951-1962 26-27 % der Gesamtbevölkerung, meist nach Athen) und vom Zagori/Epirus (gleichzeitig 13-14 % der Bevölkerung, meist nach Ioannina und Athen): Moustaka 1964, S. 1,2.
Abwanderung aus dem Becken von Megalopolis und den Randgebieten der messenischen Ebenen: Sauerwein 1968, S. 239; Untersuchung des Statistischen Amtes, Athen, zur Abwanderung aus ländlichen Gemeinden (Beispiele Triada/Euböa, Skyros, Ag. Mammas/Chalkidike, Langadia/Peloponnes) in A:4, Athen 1962 (für Ende 1959).
Untersuchung von Wanderungsbewegungen in Kerasia/Pelion, Kotta/Alban. Grenze (Auswanderung nach Kanada, Australien), Panagitsa/Makedonien (Abwanderung nach Thessaloniki und in andere griechische Städte und Auswanderung nach Deutschland), N. Elevtherochorion/Makedonien (Abwanderung v.a. in griechische Städte), Alt-Korinth (neben Zuwanderung von den peloponnesischen benachbarten Bergländern Auswanderung nach Athen und Übersee) und Kardamyli (Mani, Abwanderung nach Kalamata und zum Piräus): McNeill 1967, S. 308-312 (für 1956-1966). Abwanderung aus dem Hügelland von Giannitsa: Füldner 1967, S. 51. Zu Wanderungsbewegungen zwischen 1956 und 1960 allgemein: A:9, Athen 1963.

313) Zum Bevölkerungswachstum in der Kampania von Thessaloniki, dem Funktionswandel der randlich gelegenen Städte Veria, Naussa und Edessa und zu der Verlagerung eines Teiles der wirtschaftlichen Funktionen in neuentstandene Orte in der Ebene (Skydra, Kopanos, Giannitsa und N. Alexandria durch ihre verkehrsgünstige Lage inmitten von Obst- und Ackerbaulandschaften als Konkurrenz für Veria, Naussa und Edessa): Füldner 1967, S. 49, 124, 132, 133, 138; bei Skydra und N. Kopanos Kühlhäuser, Konservenfabriken und Verladeeinrichtungen an den Bahnstationen: ders. S. 90.

314) Giannulaïka und Arkadikon wie Ligurion weitläufig gebaute Orte, Häuser über die Anbauflächen (Oliven, Tabak, Getreide, Mais, Wein; auf den umgebenden Hängen Phrygana oder niedrige Macchie) verteilt; schematischer Ausbau der Kalyviendörfer (Anbau von Korinthen, Wein, Agrumen, Obst, Tabak, im Helos auch Baumwolle; Bewässerungskulturen). Dazu Beuermann 1954 und 1967, S. 98-119. Zuwanderung nach Alt-Korinth: McNeill 1967, S. 310.

315) Zahlenmäßige Erfassung ausländischer Touristen: Stat.Jb. 1964, XVI, 6-9, 10, S. 406-415; Badeplätze (meist Thermalbäder) und ihre Besucherzahlen (vorwiegend innergriechischer Tourismus): Stat.Jb. 1964, XVII,1, S. 416-421. Zwischen 1961 und 1963 meistbesuchte Bäder: Sidirokastron, N. Apollonia (bei Thessaloniki), Langada (bei Thessaloniki), Smokovon (bei Karditsa), Ypati (Phthioti), Aidipsos (Euböa),

Kamena Vurla (Lokris), Vuliagmeni (südlich Athen), Methana (Saronischer Golf), Lutraki (bei Korinth), Kyllini (Elis), Kaïapha (Triphylia) und Ikaria.
Ausbau von Touristenzentren in den letzten zehn Jahren: Küsten Attikas, Lokrische Küste, Küsten der Achaia in der Umgebung von Patras, Argolische Küsten; Bau von Xenia-Hotels bei allen wichtigen Ausgrabungsplätzen (meist an Ortsrändern oder an den Grabungsplätzen selbst, wie bei Epidauros); Hotels und Ferienhäuser auf den Inseln; Fremdenverkehrszentren in Nordgriechenland: Ag. Triada, Paliuri, Uranupolis, Thasos, Orphani-Küste.

316) s. Anm. 312.

317) Das könnte allerdings auch heißen, daß die Bevölkerung in den Orten dieser Größenklasse zugenommen hat, daß die Orte mit weniger als 500 Einwohnern die obere Schwelle erreicht haben und die mit 500 bis 1.000 Einwohnern die 1.000 Einwohner-Schwelle überschritten haben.

318) Zur Landflucht und den Binnenwanderungsbewegungen bis 1961: Kayser, Paris 1964, S. 37ff, 91ff, 104ff; ders. 1968; Moustaka 1964 und 1968; Evelpidis 1968.

319) Dazu: Stat. Jb. 1955, Tab. 19; das. 1964, S. 41, 42; zum Vergleich: Stat. Jb. 1936, S. 47, Spalten 3 und 10 und Beilage 4.

320) 1920 lebte in 29 Orten mit mehr als 10.000 Einwohnern wenig mehr als 1/5 der Bevölkerung (1,16 Mill. Pers.), 1951 waren es schon über 1/3 der Bevölkerung (2,8 Mill. Personen in 49 Städten) und 1961 42 % der Bevölkerung (3,6 Millionen Personen in 54 Städten) (s. Tab. 36 und Abb. 16).

321) Primitive neue Stadtviertel mit Geldern des Marshall-Planes in Athen errichtet (Böhme 1955, S. 146).

322) Kayser, Atlas 1964.

323) Zum Entwurf der Karte der langfristigen Bevölkerungsentwicklung (Beilage 11) wurden die Diagramme in Abschnitt III herangezogen.

324) Entsprechende Darstellungen bei Arnberger 1960 und Anders 1966.
Zum Bevölkerungswachstum:
Nordrhein-Westfalen-Atlas: "Wanderungsbilanz, Geburten- und Sterbeüberschuß" 1:300.000; "Zu- und Abnahme der Bevölkerung 1939-1946-1954" 1:300.000;
Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk: "Bevölkerungsverteilung 1956 und ihre Veränderung 1950-1956" 1:200.000 (Karte II,4), "Bevölkerungsentwicklung im Ruhrkohlenbezirk" 1:200.000 (Karte III,4);
Louis, Türkei 1957; Grob 1966; Arnberger 1960, S. 298-304; ders. 1966, S. 232, 358, 359; Boustedt 1957; ders. 1958; Burgdörfer 1951; ders. 1954; Dickinson 1955; Fehre 1933; ders. 1949/50; Smith 1960; Sorre 1955; Baxevanis 1965.

325) wie Anders 1966, S. 673 behauptet.

326) Bei der Darstellung von Anders (s.o.) sind die Kreisgrößen anders abgestuft (zwischen 500 und 2.000 E schlecht unterscheidbar und zwischen 15.000 und 50.000 E im Vergleich zum Kartenmaßstab unverhältnismäßig stark zunehmend). Für den Vergleich einzelner Orte ist die Ortsgrößendarstellung Arnbergers schwer lesbar.
Arnbergers Karte gewinnt erst Aussagekraft durch die durch Flächenfarbe zusammengefaßt dargestellte ländliche Bevölkerungsentwicklung.
Die Bedeutung der Signaturen ist nicht leicht erfaßbar, da Zu- und Abnahme einmal durch Farben (rot, schwarz), zum anderen durch die Form (Kreis, Quadrat) der Signatur gekennzeichnet sind.

327) Januar 1966: Zahl der Arbeit-suchenden in Athen 17.614 (11.857 Männer, 5.757 Frauen), in Saloniki 5.761 (4.131 Männer, 1.630 Frauen); Zahl der Arbeitslosen in Athen 25.772 (17.433 Männer, 8.339 Frauen), in Saloniki 13.360 (8.355 Männer, 5.005 Frauen). Hohe Arbeitslosenzahlen in Serres (3.900), Volos (3.500), Kavalla (6.300) (Stat. Mon.-H. März 1966, Tab. III,3, S. 22).

328) Stat. Jb. 1964, S. 392-393; das. 1967, S. 146-153, 18, 28, 41-48.

329) Untersuchung über den Altersaufbau der Bevölkerung von Greveniti: Damianakos/Foundoukou 1968.

330) An der Auswanderung auf Zeit waren zu 3/4 bis 4/5 Mitglieder von Schiffsmannschaften beteiligt, daher vorwiegend Männer (1959: 20.000, 1965: 60.000 Personen). Vorübergehend Auswandernde: Angehörige von Schiffsmannschaften oder griechische Bürger, die als Gastarbeiter dem Heimatland für eine kürzere Zeit als ein Jahr fernbleiben.
"Auswanderer" (= Bezeichnung im Text): Griechische Bürger, die das Heimatland für längere Zeit als ein Jahr verlassen.

331) Stat. Jb. 1964, XVI,4, S. 401-405; das. 1967, II, 23a, S. 47, 48. Zahl und Verbreitung der Griechen in den USA: Karte 1:40 Mill. in Smith 1960, S. 141.
Sehr verschiedene Zahlenangaben zur Verbreitung der Auslandsgriechen: Riccardi, Boll. 1960, S. 191; Brockhaus-Enzyklopädie, Artikel Griechenland (für 1961).

332) Stat. Jb. 1964, a.a.O.; das. 1959/60. Dazu Tab. 53 u. Abb. 18.

333) Moustaka 1964, S. 47; Zolotas 1926, S. 67, 68: Grund für die Beteiligung von Frauen und Kindern an der Fabrikarbeit war nicht ein Arbeitskräftemangel, sondern das geringe Einkommen der männlichen Bevölkerung. So ist es in den meisten Fällen bis heute geblieben.

334) A:7, Vol. III, Athen 1962, XV, S. 50-53.

335) Auswanderer 1962 in o/oo der Bevölkerung der Nomen von 1961: Kayser, Atlas, Karte 217, II.

336) A:4, Athen 1962, Tab. 6, S. 22: es suchten 75 % Arbeit, 13 % höheres Einkommen. Gründe für die Abwanderung: das. Tab. 5, 6, 7, S. 21-23; Tab. 18, 19, S. 34-35.

337) Berufsgliederung der Auswanderer: Stat. Jb. 1964, XVI,3, S. 393-400.

338) Quellen: A:7, Vol. III, Athen 1962, XV, S. 50-53 (für 1961) und Stat. Jb. 1964, S. 216 (für 1960).

339) Türkei 2,05 %, USA 4,53 %; Nikolinakos 1967, S. 38.

340) A:21, Athen 1965, S. XXIV.
Schulbildung von über zehn Jahre alten Personen 1907 bis 1961: Stat. Jb. 1964, V,1, S. 110.

341) Über 10 % Analphabeten unter der männlichen Bevölkerung in den Regionen Ionische Inseln (10,5), Thrakien (19,1) und Ägäische Inseln (18,7); über 30 % Analphabeten unter der weiblichen Bevölkerung in den Regionen Mittelgriechenland mit Euböa (35,3), Peloponnes (31,8), Ionische Inseln (40,2), Epirus (35,8), Thessalien (35,0), Thrakien (39,4); alle Angaben für 1961, bezogen auf Personen über 10 Jahre (Stat. Jb. 1964, V,2, S. 111).
1920 über 60 % Analphabeten in den ehemals türkischen Nordprovinzen; 1928 von 4,7 Mill. Personen 42 % Analphabeten, über 60 % Analphabeten in Griechisch-Thrakien (Stat. Jb. 1930, Tab. 5).

342) Auffallend gering war 1961 die Zahl der Landwirtschaftsschulen (21) und Wirtschaftsschulen (42) und die Zahl ihrer Schüler (1,6 % der Sekundarschüler) (Stat. Jb. 1964).

343) Aus den Dörfern wanderten die Geistesarbeiter ab (A:4, Athen 1962).
Sauerwein betont für Messenien, daß die Ausbildung der Landbevölkerung in den Städten den Dörfern nicht zugute kommt.

344) Sauerwein 1968, S. 323; es entstand ein in Armut lebendes ländliches Proletariat.

345) Zur Agrarreform: Kienitz 1960, S. 42.

346) Füldner 1967, S. 47.

347) Mittlere Betriebsgröße in den messenischen Ebenen: 1,2 bis 1,3 ha (Sauerwein 1968, S. 267; auf den Terrassen (rote Sande) meistens unter 2 ha (de Vooys 1960, S. 63, Beispiel Karteroli); in der oberen messenischen Ebene (Korinthenanbau) 1,6 ha (Sauerwein 1968, S. 275, 315, Beispiel Kentrikon). Zu Meropi: Sauerwein 1968, S. 316; nötige Besitzgrößen: ders.

348) Sauerwein 1968, S. 239.

349) Die ehemaligen Besitzer der (enteigneten) Großbetriebe wurden mit einem Drittel des Marktwertes, der ihnen innerhalb von zwanzig Jahren auszuzahlen war, entschädigt. Dazu: Pfeffer 1957, S. 9f.

Betriebsgrößen nach Regionen: s. Abschn. I, Anm. 59. Beispiel Ag. Georgios in der elischen Niederung (Anbau von Wein, Korinthen, Oliven, Weizen): de Vooys 1960, S. 68; Dikaia/Orestias (Weizen, Mais, Bohnen), durchschnittlich 0,5 ha/Betrieb, einige Betriebe 15 ha: Vouras 1962, S. 24; Ag. Germanos/Ep. Phlorina, durchschnittlich 0,5 ha/Betrieb: ders. S. 26.

350) Zum Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und dessen Folgen (auch Auseinandersetzung mit der Literatur wie McNeill 1957, Kayser 1964, Wapenhans 1960, Pepelasis/Yotopoulos 1962) Sauerwein 1968, S. 120-122; Beispiel Valyra/Messenien: Wanderarbeiter für die Olivenernte aus Arkadien, für die Feigenernte aus der Umgebung, Arbeiter aus dem Dorf selbst, die sons in Ölmühlen beschäftigt sind; in anderen Orten Rückkehr von Gastarbeitern zur winterlichen Erntezeit (ders. S. 121).

Überzählige Arbeitskräfte in ländlichen Gebieten Nordgriechenlands, in bestimmten Gegenden auch während der Hauptarbeitszeiten: Damaskenides 1965, S. 29 (besonders dort, wo Maschinen eingesetzt werden).
Unterbeschäftigung im Dorf: Moustaka, 1964, S. 48; Gründe dafür: dies. S. 59; McNeill 1967, S. 310 (Beispiel Panagitsa/Makedonien).

Handarbeit bleibt nötig bei der Ernte von Obst, Trauben, Oliven, beim Pflanzen von Tabak und beim Verlesen der Tabakblätter. Ein Arbeitskräftemangel zur Zeit der Olivenernte und der Beschneidung der Bäume wird für Korfu schon bei Partsch 1887 erwähnt.

351) Kienitz 1960.

352) Tabakkrisen in Thrakien (Geschmackswandel nach 1950; damit wurde die Einführung neuer Sorten notwendig; Beschränkung des Tabakanbaus auf gute Lagen durch Regierungsbeschluß). Auswirkungen dieser Krisen auf die industrielle Produktion in den nordgriechischen Verarbeitungsbetrieben und damit auf die Zahl der Arbeitsplätze und die Preise.
Nach 1960 in Gemeinden mit eingeschränktem Tabakanbau in den Eparchien Xanthi, Drama, Kavalla, Serres Kultivierung von brachliegenden und bis dahin mit Tabak angebauten Flächen mit Getreide (zum Eigenverbrauch).
In der Ebene von Vasiliki auf Leukas (s. Abb. 27) führte die durch Schädlingseinfall ausgelöste Korinthenkrise zurück zur Selbstversorgungswirtschaft (verschiedene Arten von Getreide nach 1949 angebaut, keine Korinthen mehr).

353) Beispiele: Orte der Halbinsel Mani, Monemvasia/Parnonhalbinsel, Niata/Parnon, Aroania/Achaia, Phiskardon/Halbinsel Eressos auf Kephallenia, Vasiliki und Karyai auf Leukas, viele Orte auf den Kykladen und im Pindos, besonders Orte in Kalkgebirgen.

Engelhardt 1963, S. 266: in Monodendri/Epirus kein elektrischer Strom, Zisternenwasser, im Winter Regen- und Schneewasser; die nächste Quelle liegt einen halben Tagesmarsch entfernt.

Nikolinakos 1967, S. 33: 1961 gingen 42,6 % der Privatinvestitionen in den Wohnungsbau, nicht in die Versorgungs- oder Verkehrswirtschaft.

354) Den Personenverkehr zwischen den Orten übernahmen Busse (meist Privatunternehmen), den Güterverkehr Trecker und Lastwagen.

355) Zum Straßenzustand: nur Schotter- und Staubwege von Pyrgos nach Aroania und Andritsaina, von Sparta (bzw. Krokeai und Molai) oder Skala nach Niata und Monemvasia, von Igumenitsa nach Margariti und Parga, von Agrinion zum Stausee von Tripotama, von Argostolion zur Halbinsel Eressos, im Nordteil von Korfu, auf Leukas, abgesehen von der östlichen Küstenstraße, auf den Kykladen, aber auch auf den großen Inseln Chios (asphaltiert nur die Küstenstraße zwischen Chios und Vrontades) und Lesbos (Asphaltstraßen von Mytilini bis Morea, zum Flughafen, bis Ag. Dimitrios (= Strecke nach Agiassos) und Kalloni), ebenso in Gebirgen Mittel- und Nordgriechenlands.

356) Staatlicher Straßenbau bis 1958: Stat. Jb. 1959/60, XIV,6, S. 254; Verkehrsmittel: das. XIV, 7, 8, S. 255; bis 1963: Stat. Jb. 1964, XIII,5, 6, S. 308-309.

357) Das Eisenbahnnetz wurde seit den 20er Jahren kaum weiter ausgebaut. Vorgesehen war der Anschluß Westgriechenlands, doch wurde nur die Bahn Agrinion-Mesolongion fertiggestellt. In Nordgriechenland Güterverkehr zwischen Kozani, Veria, Edessa, Giannitsa und Thessaloniki auf den Schienen. Dagegen sind die thessalischen Eisenbahnen und die kleinen Stichbahnen in der Peloponnes wenig besetzt (weder Personen- noch Güterverkehr mit Ausnahme der von griechischen Touristen benutzten Zahnradbahn Diakopton-Kalavryta). Als regionales Verkehrsmittel benutzt wird die Eisenbahn zwischen Argos und Tripolis.
Ausbau des Verkehrsnetzes bis 1925: Zolotas 1926, S. 48; bis 1935 (einschließlich Häfen): Stat. Jb. 1956, S. 253, 255, 261.
Ausbau des Verkehrsnetzes in Nordgriechenland zwischen den Weltkriegen: Negreponti-Delivanis 1962.

358) Engelhardt 1963, S. 265: 'Einmal im Monat, wenn der Filmvorführwagen des Kultusministeriums kommt, wird der Dorfplatz zum Freilichtkino'. Ebenso war es 1966 in Niata und Areopolis.

359) Moustaka 1964, S. 26, 59; A:4, Athen 1962, Tab. 5-7, S. 21-23; Zielgebiete der Auswanderer aus Triada, Ag. Mammas, Langadia und Skyros: 55 o/oo Athen, 16,4 o/oo andere Städte und 13,4 o/oo Ausland (das. S. 16).

360) Zur Selbstversorgungswirtschaft: Sauerwein 1968, S. 240, 258-259, 322 (in den Hügel- und Gebirgsregionen Messeniens; Wechselwirtschaft Getreide/Brache); Füldner 1967, S. 78 ('Selbstversorgungswirtschaft dort, wo qualitativ zweitrangige Anbauvoraussetzungen bestehen und die

Bewässerung schwierig ist, bzw. der Bau der Bewässerungsanlagen noch aussteht'), S. 11, 79, 115 (Randgebiete der Ebene von Thessaloniki, Hügelland von Giannitsa mit erosionsgefährdeten Böden, die eine geschlossene Bewässerung verhindern, einzelne Inseln im Obstanbaugebiet am westlichen Ebenenrand (Hofgrundstücke mit Garten; Obst, Gemüse, Vieh für Eiweißbedarf und Wolle, S. 79); Engelhardt 1963.

Von den staatlichen Ausgaben für Straßenbau wurde 1963 die Hälfte in Mittelgriechenland und Athen verwendet; für Wasserversorgung: 1/4 in der Peloponnes, 1/4 in Makedonien, 1/5 in Kreta; für landwirtschaftliche Meliorationen: 3/8 in Mittelgriechenland, 1/5 in der Peloponnes, 1/6 in Makedonien (Stat. Jb. 1964, XII, 5, 6, S. 308-309).

361) Müller-Miny 1957: 'Absinken des Kulturspiegels' auf den Ionischen Inseln.
So extrem negativ wie auf den mittleren Ionischen Inseln (s.o. Text S. 147-149) (weniger stark ausgeprägt auf dem festlandsverbundenen Leukas) sind die Verhältnisse in den oben, Anm. 353, genannten Dörfern.

Für das Zurückbleiben im Dorf wurden von Moustaka 1964, S. 91 folgende Gründe genannt: Wohlhabenheit dieser Bewohner, festes Arbeitsverhältnis, Zufriedenheit mit dem Leben im Dorf, Zusammengehörigkeitsgefühl, Flucht vor dem Unbekannten und hohes Alter.
Abwanderung von Familien: A:4, Athen 1962, Tab. 16, S. 32; Tab. 17, S. 33 (für 1959 in den vier vom Statistischen Amt untersuchten Siedlungen Ag. Mammas, Skyros, Ag. Triada und Langadia).

362) Abwanderung der Bevölkerung der Dörfer an die neuen Straßen (1966-1968) zu beobachten bei Ag. Vasilios (Straße Argos-Korinth), an der Küstenstraße Korinth-Patras, an der Straße Kalamata-Pylos, an der Straße Pyrgos-Tripolis (Abzweigung Tropaia). bei N. Kerdyllia/Chalkidike, am südlichen Ausgang des Beckens von Serres über dem ehemaligen Tachynossee, wo Eisenbahn und Straße zusammentreffen. Dazu auch Friedl, Vasilika.

Motels und Tankstellen an Durchgangsstraßen als erster Ansatz für Siedlungsverlegungen: Beispiel von Stratos an der Straße Arta-Agrinion (1966: Motel und Kaphenion; 1968: eine Anzahl von Privathäusern hinzugekommen); Motel Xenia unmittelbar nördlich von Igumenitsa als Ansatz für eine Erweiterung des Ortes an der Straße nach Ioannina.

363) Stat. Jb. 1964, XII,5: von den staatlichen Ausgaben für den Hausbau wurden in Athen über 1/3, in Makedonien über 1/6 (hauptsächlich für Thessaloniki) und in der Peloponnes nur 1/7 verwendet. Nach Papageorgiou 1967, S. 86 wurden bis 1963 in Athen (von 1955 an gerechnet) mehr Häuser gebaut als im gesamten übrigen Griechenland.

364) Geldrücksendungen der Auswanderer in Mill. US-Dollar 1919-1937, 1946-1964: Botsas 1969, S. 133.

Verbindung mit dem Heimatort: A:4, Athen 1962, Tab. 21, S. 37; McNeill 1967, S. 308 (Kotta), S. 309-310: Autos, Traktoren und neue Häuser in Panagitsa mit Geldern der Auswanderer erworben.

365) Aufgaben der Landwirtschaft:
1. Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln; größere einheimische Getreideerzeugung; Erweiterung der Anbauflächen; Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Anwendung geeigneter landwirtschaftstechnischer Verfahren;
2. Erweiterung der Spezialkulturen (für die Ausfuhr) und Qualitätsverbesserung; Senkung der Produktionskosten (Kienitz 1960, S. 17).

Dazu kommen müßten: Stellung von Düngemitteln, Schutz gegen Erosion, Anleitung für den Anbau geeigneter und gewinnbringender Kulturen, allgemein die Erweiterung der Kenntnisse der Bauern durch Schulbildung und Kurse, Starthilfe bei der Umstellung auf neue Kulturen oder Anbauverfahren, Schaffung von Sammelstellen und Absatzmärkten für Spezialprodukte, Anschaffung von Speicheranlagen und Kühlwagen für den Transport verderblicher Produkte, Bau von Fabriken in den Erzeugungsgebieten zur sofortigen Verarbeitung verderblicher, nicht für die Ausfuhr bestimmter Produkte und die Versorgung mit Lebensmitteln (wenn eine Eigenversorgung nicht möglich oder rentabel ist).

366) Vouras 1962, S. 25, schlägt für die in der nordgriechischen Bergregion beschäftigten Lehrer, Geistlichen und Beamten eine höhere Bezahlung als für die in den Städten beschäftigten vor.

367) Kriesis 1963.

ABSCHNITT V

368) Der Verfall von Häusern ist auch in Gebieten mit Bevölkerungszunahme zu beobachten, so um Agrinion und am Nordrand der Peloponnes. Dieser ist hier wie teilweise auf Kephallenia und Leukas auf die häufigen Zerstörungen durch Erdbeben zurückzuführen und den geringen Eifer der Griechen, deren Spuren zu beseitigen. Die intensiv betriebenen Tabak- und Gartenkulturen bezeugen die gesunde Entwicklung der genannten dicht bevölkerten Landstriche.

Ebenso braucht manches Brachliegen und Veröden von Hangfluren nicht in einer Abwanderung begründet zu sein; der zugehörige Ort kann sogar anwachsen. An die Stelle des Trokkenbaus auf Hangterrassen (meist Getreide) ist möglicherweise eine intensivere Bewirtschaftung der Talfluren durch künstliche Bewässerung und Verwendung von Düngemittel getreten (oft Industriepflanzenanbau; Ortsausbau in Richtung auf diese neuen Anbauflächen). Die alten Anbauflächen, die für

die Anwendung neuer technischer Hilfsmittel zu ungünstig liegen, werden dann noch oft als Weideland gebraucht.

369) Dazu: Arnberger 1960; Burgdörfer 1954; Dickinson 1954, TESG 1955, 1955; Giorgi 1955, 1957, 1967; Hahn 1957; Horstmann 1955; Jaranoff 1937; Kiefer 1964; Kühne 1967; Louis, Türkei 1957; Mori 1961; Paschinger 1962; Rother 1968; Smith 1960; Sorre 1955; Zimpel 1965, 1966; Dinev 1967; Trifunoski 1963.

370) Zur Volkskapazität: Lehmann 1927.

371) Louis, Türkei 1957, S. 72.

372) Dazu Karten in Ploetz, Raum und Bev. I (27, 28, 179).

373) Dorfverlegungen auf tiefer gelegene Fluren der eigenen Gemeinde: Philippson 1891-92, S. 587; ders. ^{4}1922, S. 207; Schultze-Jena 1927, S. 177 (Aliakmontal/Paßgebiet von Losnica (= Losnitsa = Germas) - Gorenci (= Gorentsi = Korisos) östlich und südöstlich von Kastoria); J.H. Schultze 1937, S. 145 (Karlikon (= Karli Kioi = Chionochorion = Chionochoron) im Becken von Serres); Beuermann 1954, 1956, 1957.

374) Eine Charakterisierung der hauptsächlichen Lebensräume und eine Zonengliederung der Siedlungslandschaften, wie sie Zimpel 1965, S. 73, 75 als wichtigstes Ziel der Bevölkerungskarte herausgestellt hat, ist daher nicht möglich. Dazu: Text S. 21-

Zu den Darstellungsmethoden von Bevölkerungsverteilung und -dichte, deren Grundlagen und Hilfemittel: Arnberger 1960 (besonders S. 271, 294-297); ders. 1966 (besonders S. 335, 336, 346); Atlas du Nord de la France 1961, Karte 5; Auerbach 1913; Duncan 1957; Eckert 1925; Enequist 1960; Geisler 1930; Klöpper 1954; Mackenroth 1953; Monkhouse 1952; Nellner 1953; Ogilvie 1943; Ratzel 1891; Scharner 1958; Smith 1960; Stöckl 1952; Wilhelmy 1966; William-Olsson 1962/63; Witthauer 1956; ders. 1958. Weitere Angaben s. Text S. 12/13.

375) Als Muster für eine einfache Art der Darstellung von Bevölkerungsveränderungen sollen die Karten von Chios, Lesbos und der Ebene von Argos gelten, auf denen die Tendenzen des Siedlungswachstums seit 1940 eingezeichnet sind (s. Beilage 9, 10).

376) Die Erhebung von 1961 fand am 19.III. statt, die von 1920 am 19.XII., die Erhebungen von 1951, 1889 und 1879 erfolgten im April (7.-21.), die von 1928 und 1870 im Mai (2.-17.), die von 1940, 1907 und 1896 im Oktober (6.-27.).

377) Dazu: Stat. Jb. 1964, S. 45.

378) Das zeigt deutlich der Vergleich von Gemeinde- mit Landschaftsgrenzen auf der Insel Leukas. Zu beachten ist die Siedlungslage. Dazu Abb. 27.
Das Polje von Karyai im Nordteil der Insel ist aufgeteilt unter drei Gemeinden; der größte Teil gehört zu Karyai, dessen Gemeindeland sich über das westlich des Ortes aufsteigende Gebirge hinweg bis zu einem Landeplatz an der

Westküste erstreckt. Das Gebiet zwischen Karyai und der Küste ist vollkommen siedlungsleeres Karstland.

379) Auf die Schwierigkeiten bei der Berechnung der Bevölkerungsdichte der Ebenen (Beispiel Kephissos-Ebene) wies Philippson (Erdk. 1895, S. 158) hin.
Ogilvie (1943, S. 252) schied als Einheiten für seine Karte der Bevölkerungsdichte von Griechenland (1:1.750.000, auf der Grundlage der Bevölkerungszählung von 1928) die Inseln aus und auf dem Festland Gebiete, in denen die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung ähnlich waren oder die Bevölkerungsverteilung gleichartig war. Deutlich hervorgehoben sind Becken und Ebenen, die zusammen mit den Berghängen dargestellt sind. Die einzelnen Gebirgszüge treten nicht hervor, höchstens Gipfelplateaus oder -regionen, da in den Bergen die Grenzen meist über die Wasserscheiden gezogen wurden. Am schwersten fiel die Abgrenzung des unbewohnten oder nicht nutzbaren Landes (unter 5 E/km^2), das teil- oder zeitweise beweidet wird. Auf der Karte von Ogilvie beruht die vereinfachte Darstellung in Ploetz, Raum und Bev., Kt. 179; Landschaftsgrenzen das. Kt. 28.

380) s. Text S. 48-51 und Tabelle 16.

381) Ogilvie a.a.O.

382) Die Ausdehnung der Nomen und Eparchien hat sich oft geändert, ebenso die Zugehörigkeit mancher Gemeinden zu der einen oder der benachbarten Eparchie. Auch die territoriale Abgrenzung größerer Ortschaften ist sehr unterschiedlich. Manchmal werden in den Statistiken Vororte gesondert aufgeführt, nach anderen Zählungen wieder mit dem Hauptort (bei Mytilini, Chios, Korfu) oder mit einem benachbarten Vorort zusammen (dann meist unter einem neuen Namen).

Die Insel Kythera gehörte zuerst zu den Ionischen Inseln, dann zu Lakonien, später zur Argolis, zuletzt zu Athen, und seit der Bildung des Nomos von Piräus ist sie Glied desselben. Dazu Text S. 12/13.

Solche Veränderungen sind nicht beachtet bei Müller-Miny 1957, S. 402: Die Bevölkerungszahlen in der Tabelle lassen sich nicht vergleichen, weil sie in einigen Fällen für die Inseln allein, in anderen für die Eparchien, d.h., für mehrere Inseln zusammen gelten. Bei Kephallenia betreffen alle Zahlen die Inseln (eingeschlossen ist nur eine winzige, ihr vorgelagerte Insel), bei Zakynthos sind die wenigen Einwohner der Strophaden eingeschlossen. Bei Leukas gelten die Zahlen von 1889 und 1928 für die Insel selbst, die von 1940 und 1951 für die Eparchie, bei Ithaka die von 1889 und 1928 ebenfalls für die Insel. Die für 1940 angegebene Bevölkerungszahl stimmt weder für die Insel noch für die Eparchie, während die für 1951 angegebene für die Eparchie gilt. Die Bevölkerungszahl hat also auf Leukas und Ithaka noch viel stärker abgenommen und keinesfalls zugenommen! Die unter "Leukas und Ithaka mit Nebeninseln" angegebenen Zahlen sind auf den damaligen Nomos Leukas zu beziehen. Bei Korfu

sind nur die Nomoszahlen aufgeführt (warum nicht auch die früheren?). Die Herkunft der Zahlen für die Regionen ist völlig unklar.

383) Zur Darstellung der Bevölkerungsverteilung nach der absoluten Methode:
Anders 1966, S. 675 (Signaturenmaßstab); Arnberger 1960, S. 297; ders. 1966, S. 305-306, 337-338; Atlas de la France de l'Est 1960, Karte 21 A; Atlas du Nord de la France 1961, Karte 6; Burgdörfer 1954; Louis 1940; ders. 1957, S. 19-20; Narr 1964; Ogilvie 1921; Robinson 1960, S. 164-165, Fig. 9.2, 9.9; Schmidt 1959; ders. 1960; Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1960, Karte II,4; Witthauer 1962; ders. 1966; Zimpel 1965; Riccardi.

384) Auf den Bevölkerungsentwicklungskarten von Lesvos und Chios (Beilage 9 und 10), Ausschnitten aus der Bevölkerungsverteilungskarte im Originalmaßstab 1:200.000, sind die Hauptlandschaftsgrenzen eingetragen.

Auf die morphologisch oder ethnisch bedingten Siedlungsformen konnte keine Rücksicht genommen werden. Nur für die 146 Eparchiehauptorte sind aus der Nomoskarte Grundrisse in die Bevölkerungskarte übernommen worden. Eine Überarbeitung der Landumrisse, deren Feinheit aber möglichst gewahrt bleiben sollte, und eine neue Einteilung des Gradnetzes - damit sich die Landstücke besser abheben, wurde es nur auf Wasserflächen durchgezogen - waren erforderlich. Da grundsätzlich die Bevölkerungskarte und die Nomoskarte als zusammengehörig zu betrachten sind, wurde auf die Einzeichnung von Höhenlinien und Gewässernetz (bis auf breite Flußmündungen, Seen, Sümpfe und Kanäle in jungen Entwässerungsgebieten) verzichtet.

385) Auf der von Witthauer entworfenen Bevölkerungskarte der DDR ("Verteilung der Stadt- und Landbevölkerung in der DDR", 1:500.000, Stand 31.XII.1964, in: PM 1966, H.4, Taf. 51) wurden "die sich an Flüssen und Straßen entlang ziehenden Orte nach Möglichkeit so dargestellt, daß eine lagemäßig entsprechende Reihe von Signaturen zur gegebenen Einwohnerzahl zu summieren ist" (das. S. 309, Sp. 1). Damit wird die eigentliche Kartenaussage belastet durch topologisch-morphologische und städteplanerische Zufallserscheinungen. Was ist mit einer solchen Verteilung der Signaturen auf die Siedlungsform gewonnen, wenn die Gebäude einer Hochhaussiedlung nur einen Teil der Kreisscheibe einnehmen, während die einer Eigenheimsiedlung gleicher Einwohnerzahl weit darüber hinausreichen? Denn in die Größe einer Siedlung geht neben ihrer Grundrißausdehnung die - besser einer Grundkarte zu entnehmende - Bebauungsdichte ein und außerdem die Bebauungshöhe. Die Lage der Größenpunkte ist zwar möglichst dem Siedlungsschwerpunkt zugeordnet (eine Schwierigkeit, auf die Arnberger 1960, S. 297 hinweist), aber da man die Einwohnerzahl eines Ortes wie bei einer Mengenpunktdarstellung erst durch die Addition mehrerer Punktgrößen ermitteln kann, ist der Vergleich mit Bevölkerungszahlen anderer Orte, sogar der Nachbarorte, sehr erschwert und oft gar nicht möglich. Was durch die Auszählbarkeit gewonnen

wird, geht an Klarheit und Lesbarkeit des Kartenbildes verloren (dazu Arnberger 1966, S. 235).

386) Dazu Arnberger 1960, S. 306; ders. 1966, S. 235.

Die Bevölkerungsverteilungskarte wurde entworfen im Maßstab 1:200.000 auf Transparentpapier als Auflage zu der Nomoskarte. Aus technischen Gründen, das Original mißt vier Meter im Quadrat, mußte sie photographisch auf 1:1 Mill. verkleinert werden. Dabei verschwanden auf den Lichtpausen die auf der Astralonkopie noch sichtbaren Punkte für Siedlungen mit weniger als 50 Einwohnern.

387) Ogilvie 1921, S. 194: Karte der Siedlungsverteilung zwischen Ludias und Strymon, Doïran-See und Chalkidike, Maßstab ca. 1:1,4 Mill.

388) Regeln für die Darstellungen nach dem Lageprinzip: Arnberger 1966, S. 337-341, 187, 232.

389) Wie bei den Karten im NRW-Atlas und bei Zimpel 1965.

390) Das hatte schon Ogilvie (1943, S. 253) zu beklagen. Er konnte zusammen 2-3 % der Orte nicht lokalisieren. Zur Änderung der Ortsnamen: Abschnitt II , Anm. 154.

391) Die Grundlagen sind Luftbilder aus den 40er Jahren. Der Verlauf der Höhenlinien stimmt weitgehend mit dem auf den Nomoskarten überein.

392) Im geologischen Kartenwerk ist das Gelände roh und ungenau wiedergegeben. Bei den aneinandergrenzenden Kartenblättern Almyros und Stylis ist das Straßennetz nicht richtig weitergeführt. Orte, auch Einzelhäuser, sind im Grundriß angegeben.

393) Sehr auffällig sind falsche Bezeichnungen auf den Inseln, zum Beispiel auf Leukas, Ithaka und Kephallenia (wo allerdings infolge von Erdbeben in den letzten Jahrzehnten viele Dörfer verlegt worden sind).

Abkürzungen für die folgende Aufstellung:

- = nicht aufgeführt;
o.B. = aufgeführt, aber ohne Bezeichnung;
das. = dieselbe Schreibweise;
(...) = Hinweise auf die Ortslage oder -größe.

1. Leukas (Einzelbeispiele)

Kartenmaßstäbe 1:50.000 (1954)	1:200.000 (1963)
o.B. (wenige Einzelhäuser)	Lygia
Episkopos (Einzelhäuser)	Nikiana
Fraxi (")	-
Rekatsinata	Ag. Andreas
o.B. (Streusiedlung)	Pigadisani
O.B. (")	Ag. Nikitas
Drimonas	Kato Exanthia
Achuria	Perigialion
Paläokatouna	Mega Avlakion

Paläochori	Ag. Christophoros
Achuria (Einzelhäuser)	Genion

2. Ithaka (Nordteil)

Kartenmaßstäbe:			
1:100.000 (1944)	1:50.000 (1954)	1:100.000 (1961)	1:200.000 (1963)
-	o.B.	-	Mesavunion/-vunon
-	-	Ag.Ilias	Limnai (Kolieri?)
-	Kalamos	Kolieri	Nea Kolieri
Exogi	das.	das.	das.
o.B.	Drimonas	Platythria	Platitirias
Lakos	Lakkos	Lachos	-
Ammoudachi	das.	-	zu Ag. Saranta
Saranda	Ag.Saranda	das.	" " "
-	Platrithia	-	" " "
Lako	Lachos	?	Lachos

3. Kephallenia (Einzelbeispiele)

1:100.000 (1944) (1943)	1: 50.000 (1954)	1:100.000 (1961)	1:200.000 (1963)
Eparchie Palis			
Anganas	Ano/Kato Angon	Ankon (zu weit nördlich)	Ankon
Ano Kardakato	Ano Kardakata	Kardakata	das.
Kato "	Kato "	-	Katochorion
Ano "	Riza	-(Riza, zu n.)	Riza
" "	Sterata	Stephata	"
Vilkata	Vlichata	Vlychata	das.
Ilari	Illari	das.	Sullari
-	Tipaldata (sö. Chavriata)	Typaldata (sw. Chavriata)	Tipaldata (sö.Chavr.)
Eparchie Kranaias			
Chassata	Razata		das.
Kurupata	Kokolata		das.
Travgliata	Travliata		Mazarakata
Peratata	o.B.		Travliata
Magulata	Peratata		das.
Klismata	Klimata		Korianna
Korianna	das.		Klismata
Tsakaressianu	Tsakartsianou		Tsarkasianos
Karoussa	das.		Ag. Irini
-	Ag. Irini		"
Ambela	das.		"
Solomata	das.		"
o.B.	Korisianou		"
Korisianou	Vlachoulata		"
Wlachulata	Komendorata		"
Walerianu	Thiramona		Thiramonas

Eparchie Samis		
Pastra	das.	Pastra
Walta	Thoriki	"
"	Valta	"
Fournioti	das.	"
Kremnidi	Cremidi	Kremmydion
Markupulon	Petrouli	"
Kambanata	Steliata	das.
Markanitonata	Frapata	Phrapata
Adipata	Markandonata	Markantonata
Chalikeri	Chakeri	Chalikeri
-	Pilarou	Antipata
Makrotika	das.	das.
Markata	"	"
Walianata	Markata	das.
-	Vallianata	Vasilopulata
Raftopulata	o.B.	Raphtopulata
o.B.	Rautopoulata	Pherentinata
Ferendinata	das.	Chamolakkos
Marketata	das.	Potamianata
-	o.B.	Pnevmatikata
o.B.	o.B.	Dendrinata

394) Zu den Karten von Griechenland: Oberhummer 1891, S. 427-436; Fels 1934; ders. 1944.

L I T E R A T U R N A C H W E I S

Digitized by Google

Abkürzungen:

AAA	Archaiologika Analekta ex Athinon (Athens Annals of Archeology)
a.a.O.	am angegebenen Ort; bezogen auf das letztgenannte Werk des Verfassers
das., ders.	daselbst, dasselbe, derselbe; bezogen auf den unmittelbar zuvor genannten Verfasser bzw. das unmittelbar zuvor genannte Werk
PM (Erg.-H.)	Petermanns Geographische Mitteilungen (Ergänzungsheft)
Rez.	Rezensionen, Kurzfassungen, Referate
TAG	Tijdschrift van het koninklijk Nederlandsch Aardrijkskundig Genootschap
TESG	Tijdschrift voor economische en sociale Geografie
Vj.-Schr.	Vierteljahresschrift
WAA	World agricultural economics and rural sociology abstracts, prepared by Commonwealth Bureau of Agricultural Economics, Oxford

1. Atlanten, Kartenwerke, Einzelkarten

a) Atlanten

Atlas de la France de l'Est, Straßburg 1960

Atlas du Nord de la France, Paris 1961

Burgdörfer, F.: Weltbevölkerungsatlas. Verteilung der Bevölkerung der Erde um das Jahr 1950, Hamburg 1954

Kayser, B., K. Thompson: Ikonimikos kai kinonikos atlas tis Ellados. Economic and social Atlas of Greece, Athen 1964 (neugr., engl., französ.)

Nordrhein-Westfalen-Atlas: Hrsg. vom Ministerpräsidenten des Landes NRW, Landesplanungsbehörde Düsseldorf

Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk: Regionalplanung, Essen 1960

Weltatlas 1968: Der große Weltatlas, Geographie, Klima, Bevölkerung, Wirtschaft. Bertelsmann. Gütersloh 1968

Weltforstatlas: Berlin 1952 ff

Westermann Atlas: Westermanns Atlas zur Weltgeschichte, Braunschweig 1963 (1965/66)

Zeiss, H.: Seuchenatlas, Gotha 1942-1945

Rodenwaldt, E., Jusatz, H.J. u.a.: Welt-Seuchen-Atlas. Weltatlas der Seuchenverteilung und Seuchenbewegung, Hamburg 1952 ff.

b) Kartenwerke

Generalkarte des Königreichs Griechenland 1:300.000. Hrsgg. v. Wiener Militärgeographischen Institut, Wien 1885

Epitelikos Chartis tis Ellados (Carte de l'Etat-major) 1:100.000, Geographiki Ypiresia Stratu.

Genikos geologikos chartis tis Ellados 1:300.000. Ypurgion Ethnikis Ikonomias (Sporaden, Euböa, Kykladen)

Deutsche Heereskarte Griechenland 1:100.000 Ausgaben 1940-1944 (Festland)

Greece 1: 50.000. U.S. Army Map Service (ab 1954)

Geologiki chartai tis Ellados (Geological Map of Greece) 1:50.000. Instituton Geologias kai Erevnon Ypedaphus (Institute for Geology and Subsurface Research), Athen (ab 1956), (22 Blätter)

Nomoskarte 1:200.000 Chartai ton Nomon tis Choras 1:200.000, Katigoria Hrsg.: Ethniki Statistiki Ypiresia tis Ellados, Athen 1963 (54 Karten)

c) Übersichtskarten für Gesamtgriechenland

Carte géologique internationale de l'Europe, Feuille 39 (D VI), 1:1,5 Mill.

Vegetationskarte der Peloponnes 1:625.000 In: Philippson, Vegetationskarte 1895

Genikos edaphologikos chartis tis Ellados, 1:1 Mill. von N. Liatsikas, Athen 1942

Karten der Waldverbreitung und der wichtigsten Holzarten (1957) 1:2 Mill. In: Weltforstatlas, Berlin

Karten zur Siedlungsgeschichte 1:500.000 von Kirsten in Philippson/Kirsten 1950-1959

Geologikos chartis tis Ellados (Geologic Map of Greece), 1:500.000, Institutu Geologias kai Erevnon Ypedaphus (Inst. f. Geol. and Subsurface Res.), Athen 1954 (2 Blätter)

L'Egeo e l'Anatolia occidentale 1:500.000 Consociazione turistica Italiana, Mailand 1941

Carte routière d'Europe Nr. 31, 1:500.000 Alliance Internationale de Tourisme, Touring Club Italiano, Mailand 1963 (griech. Festland)

Griechenland 1:1 Mill. Kümmerly und Frey, Autokarte Nr. 62

Metallogenetikos chartis tis Ellados (Carte metallogénique de la Grèce), 1:1 Mill., Instituton Geologias... (Inst. f. Geol....), Athen 1965

Carta della distribuzione della popolazione in Italia 1:1 Mill., elaborata in base ai dati del censimento 1951 di M. Riccardi, Novara 1964

Ethnographische Karten: S. Anm. 47 und 83

Karten von Attika 1:100.000 und 1:25.000 hrsgg. v. Curtius - Kaupert Berlin 1883 ff (10 Bl.)

2. Statistiken

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes in Athen:

Stat. Jb. — Statistische Jahrbücher von 1930-1936, 1955, 1959/60, 1963, 1964, 1967

Stat. Monatshefte, verschiedene Jahrgänge

Tabellen zu Wirtschaft und Bevölkerung veröffentlicht in:
Kayser, B., K. Thompson 1964
Synchroni Geographia-Atlas

Bevölkerungsstatistiken: Ortsanwesende vom 16.IV.1889, 27.X.1907, (19.XII.1920), 16.V.1928, (16.X.1940), 7.IV.1951, 19.III.1961.

Stichia 1962: — Stichia systaseos kai exelixeos ton dimon kai kinotiton, Athen 1962 (Ortsanwesende z.Zt. der Volkszählungen von 1920, 1928, 1940, 1951, 1961)

Bevölkerungsstatistik 1940:
Population de la Grèce d'après le recensement du 16 octobre 1940. Population de fait (pragmatikos), de droit (nomimos) et d'habitation permanente (monimos). Athen 1946

Rés. Rec. Pop.: — Résultats statistiques du recensement général de la population 27.X.1907, T. 1, T. 2, Athen 1909

Recensement de la population de la Grèce 19.XII.1920. Résultats statistiques généraux. A Population, B Familles. Athen 1928

Résultats du recensement de la population effectué le 7 Avril 1951.
Vol. I: Aperçu historique. Rapport méthodologique. Analyse des résultats. Tableaux par superficie et altitude. Athen 1961
Vol.II: Tableaux des caractéristiques démographiques et sociales de la population. Athen 1958
Vol.III: Tableaux des caractéristiques économiques de la polupation. Athen 1958

A:1 — Mouvement naturel de la population de la Grèce en 1956, Athen 1960

A:2 — Mouvement naturel... en 1957, Athen 1960

A:3 — Mouvement naturel... en 1958, Athen 1961

A:21 — Mouvement naturel... en 1963, Athen 1965

A:4 Report on the exploratory survey into motivations and circumstances of rural migrations. Athen 1962

A:7 Results of the population and housing census of 19 March 1961. Sample elaboration.
Vol. III: Employment. Economically active population, employed and unemployed, hours of work. Athen 1962

A:8 Results of the ... Sample elaboration.
Vol. IV: Economically non-active population. Athen 1962

A:9 Results of the ... Sample elaboration.
Vol. V: Internal migration. Athen 1963

Stat. Ann. Rend. Agr. Grèce:
Statistique annuelle du rendement agricole de la Grèce 1922, 1923, 1924, 1926, Athen 1926-1927

Rés. Rec. Agricult. Grèce:
Résultats du recensement de l'agriculture de la Grèce. Année 1950. Athen 1958

Γ :1 Katanomi tis ektaseos tis choras kata vasikas katigorias chriseos. Proapographika stichia tis apographis georgias kai ktinotrophias tis 19.III.1961. Athen 1962

Γ :4 Agricultural statistics of Greece. Year 1962. Crop areas, irrigated land, number of trees and agricultural tractors. (Results of Agricultural Statistical Survey)
Vol. I, Athen 1964

Γ :5 Résultats du recensement de l'agriculture-élevage effectué le 19 Mars 1961.
Vol. I: Tableaux par lieu de domicile des chefs (possesseurs) des exploitations.
Athen 1964/65

:6 Agricultural statistics of Greece. Year 1962. Crops and Livestock production, number of domesticated animals etc.
Vol. II, Athen 1964.

I:1 Report on a sample survey of land use in Greece, May 1958. Athen 1961

Tsakonas, A.: Statistiki tis metallevtikis viomichanias tis Ellados kata ta eti 1940-1946.
Athen 1948

Λ:11 Résultats du recensement des industries manufacturières-artisanat et des industries extractives effectué le 28 septembre 1963. Vol. I: Tableaux synoptiques suivant les grandes branches d'activité économique, par départements et par centres industriels. Athen 1965

Λ:12 Annual statistical survey on mines, quarries and salterns for the year 1962, Athen 1965

Außerhalb von Griechenland erscheinende Statistiken:

Statesman's Yearbook: The Statesman's Year-Book. Statistical and historical annual of the states of the world. London

Demographic Yearbook: Statistical Office of the United Nations. Demographic yearbook.

3. Zeitschriften und Jahrbücher

Ann. Géol. Pays Helléniques: Annales géologiques des pays Helléniques (Geologika chronika ton ellinikon choron)

Balkan Studies: Balkan Studies. A biannual publication of the Institute for Balkan Studies (Idryma meleton tis Chersonisu tu Ainu)

Laogr. Arch.: Epetiris tu Laographiku Archiu. Akadimia Athinon
Ab 1965/66: Epetiris tu Kentru Erevnis tis Ellenikis Laographias

Population: Revue trimestrielle de l'Institut National d'Études Démographiques, Paris

Pragmateiai: Pragmatiai tis Akadimias Athinon

Praktika: Praktika tis Akadimias Athinon

4. Monographien und Zeitschriftenaufsätze

Adamović, L.:	Die Vegetationsstufen der Balkanländer. In: PM 1908, S. 195-203
-	Die Vegetationsverhältnisse der Balkanländer. In: Vegetation der Erde IX, Leipzig 1909
Agapitides, S.:	Emigration from Greece. In: Migration Vol.1, Intergovernmental Committee for European Migration, Genf 1961, S. 53-61
Alivizatos, B.:	La réforme agraire en Grèce en point de vue économique et social, Paris 1932
Almagia, R.:	La popolazione della zona d'occupazione italiana dell'Albania meridionale. In: Rivista geogr. ital. 25, 1918, S. 200-203
-	Il mondo attuale Bd. 2: West-, Mittel-, Nord-, Süd-, Südosteuropa, Turin 1953
Ancel, J.:	Les migrations de peuples dans la Grèce actuelle. In: Ann. Géogr. 34, 1925, S. 277-280
-	Peuples et nations des Balkans, Paris 1926
-	L'hellénisation de la Macédoine méridionale. In: Bull. Ass. Géogr. Franç. 13, 1927, S. 21-24
-	La Colonisation de la Macédoine septentrionale. In: Bull. Ass. Géogr. Franç. 31, 1929, S. 33-36
-	La Macédoine, étude de colonisation contemporaine, Paris 1930
Anders, N.:	Methode zur Darstellung der langfristigen Bevölkerungsentwicklung. In: Informationen d. Inst. f. Raumforschung, Bad Godesberg, Jg. 16, Nr. 22, 1966, S. 665-675
Andreades, K.G.:	The Moslem Minority in Western Thrace. Veröff. d. Inst. f. Balkan-Studien Nr. 12, Thessaloniki 1956
Andreadis, St.G.:	Discontinuités sociales et problèmes de développement économique en Grèce. In: Contributions to mediterranean sociology 1968, S. 315-324
Aravantinos, A. u.a.:	Regionalplanung und Vorschlag für eine Siedlungsumordnung im Raum Ilia (Elis) in West-Peloponnes. In: Erde 98, 1967, S. 281-291

Arbos, Ph.: The geography of pastoral life. In: Geogr. Rev. 1923

Ardaillon, E.: Répartition des chrétiens et des musulmans dans l'île de Crète. In: Ann. Géogr. 6, 1897, S. 255-257

Armao, E.: Superficie e popolazione delle isole del Mar Egeo. In: Boll. Soc. Geogr. Ital. Ser. 7, 12, 1947, S. 266-274

Arnberger, E.: Grundlagen und Methoden zur kartographischen Darstellung der Bevölkerungsentwicklung der letzten 100 Jahre in Österreich. In: Mitt. Österr. Geogr. Ges. Wien 102, Wien 1960, S. 271-313

- Handbuch der thematischen Kartographie, Wien 1966

Aubouin, J.: Sur la géologie de l'Epire. Remarque sur le massif de Gavrovo (Makrinoros) (N.Arta). Sur la géologie du Pinde méridional. Remarque sur le massif du Koziakas (N. Trikkala).
Sur la tectonique du Pinde méridional. Remarque sur le massif du Triggia (N. Trikkala). In: Praktika 32, 1957, S. 52-68

- Esquisse paléographique et structurale des chaines alpines de la Méditerranée moyenne. In: Geol. Rundsch. 53, 1964, S. 480-534

- , J.N. Brunn, P. Celet, J. Dercourt, J. Godfriaux, J. Mercier: Esquisse de la géologie de la Grèce. Livre à la mémoire du P. Fallot, Paris 1963

Auerbach. F.: Das Gesetz der Bevölkerungskonzentration. In: PM 59,1, 1913, S. 74-76
Dazu: Maurer, H. in: PM 59,1, 1913, S. 229-230; Weise, L. das. S. 231-232

Baedeker, K.: Griechenland, Handbuch für Reisende. Leipzig, 3. Aufl. 1888, 4. Aufl. 1908

Baldacci, A.: La popolazione dell'Epiro. In: Boll. Soc. Geogr. Ital. Ser. 4,1, 1900, S. 102-104

- Der neue albanische Staat und seine Grenzen In: PM 59, 1918, S. 221-222

- L'Albania. Publ. Ist. Europa Orient. II,17, Rom 1930

Barth, W., M. Kehrig-Korn: Die Philhellenenzeit. Schriftenreihe d. Inst. f. Auslandsbeziehungen Stuttgart, wissensch.-publizist. Reihe Bd. 3, München 1960

Batakliew, J.: Bevölkerungsverschiebungen, Wirtschafts- und Siedlungspolitik Bulgariens, besonders nach dem Weltkriege. In: Leipziger Vj.-Schrift f. Südosteuropa 3, 1939, S. 38-49

Baxevanis, J.: Population, internal migration and urbanization in Greece. In: Balkan Studies 6,1, 1965, S. 83-98

Beaujeu-Garnier, J.: Géographie de la population, 2 Bde., Paris 1956, ^{2}1959

Beloch, J.: Die Bevölkerung der griechisch-römischen Welt. Historische Beiträge zur Bevölkerungslehre Bd. 1, Leipzig 1886

Bergmann, H.: Flurbereinigung bei griechischen Bewässerungsvorhaben. In: Zeitschr. f. ausl. Landwirtsch. Jg. 4, H. 1, 1965, S. 73-76

Beuermann, A.: Kalyviendörfer im Peloponnes. In: Schr. d. Akad. f. Raumforschung und Landesplanung, Abh. Bd. 28, Bremen 1954 (Mortensen-Gedenkschrift), S. 229-238

- Strukturwandel ländlicher Siedlungen in Griechenland. In: Verh. d. Dt. Geogr. tages Hamburg 1955, Bd. 30, S. 409-415 (Wiesbaden 1957)

- Typen ländlicher Siedlungen in Griechenland. In: PM 1956, S. 278-285

- Die Waldverhältnisse im Peloponnes unter besonderer Berücksichtigung der Entwaldung und Aufforstung. In: Erdkunde X, H. 2, 1956, S. 84-95, 122-136

- Tripolis und seine Umwelt. Ein Beitrag zur Landeskunde des Peloponnes. In: Erde 88, Berlin 1957, S. 255-274

- Studien zur griechischen Agrarlandschaft. In: Abh. d. Dt. Geogr.tages Würzburg 1957, S. 456-464

- Formen der Fernweidewirtschaft (Transhumanz-Almwirtschaft-Nomadismus). In: Abh. d. Dt. Geogr.tages Berlin 1959, S. 277 ff

- Fernweidewirtschaft in SO-Europa. Ein Beitrag zur Kulturgeographie des östlichen Mittelmeergebietes, Braunschweig 1967

Bevölkerungswissenschaftliche Vorträge: Bevölkerungswissenschaftliche Vorträge auf der Arbeitstagung in Marburg 1964: Demographisch bedingte Veränderungen der Sozialstruktur. Veröff. d. Dt. Akad. f. Bevölkerungswiss. Hamburg, Reihe A, Nr. 8, Hamburg 1965

Bevölkerung und Gesellschaft: Informationen zur politischen Bildung. Folge 130, Sept./Okt. 1968

Birot, P.: Esquisse morphostructuale des montagnes dinariques dans la domaine hellénique. In: Ann. Géogr. 1965, S. 513-533

Blache, J.: L'homme et la montagne, Paris 1933

- Les types de migrations pastorales montagnardes. Essai de classification. In: Rev. Géogr. Alpine XXII, Grenoble 1934

Blanchard, R.: The exchange of polulations between Greece and Turkey. In: Geogr. Review 15, 1925, S. 449-456

Bobek, H.: Soziale Raumbildungen am Beispiel des Vorderen Orients. In: Verh. d. Dt. Geogr. tages München 1948, S. 193-207

- Zur Problematik der unterentwickelten Länder. In: Mitt. Österr. Geogr. Ges. Wien, 1962, S. 1-24

Böhme, H.: Die Gestalt des modernen Athen. In: Dt. Geogr. Blätter Bd. 47, H. 3, Bremen 1955

Boesch, H.: Nomadismus, Transhumance und Alpwirtschaft. In: Die Alpen 1951

Bolas, C., Sp. Katsos: Meliorationen von steinigem Unland in Griechenland. In: Fatis Revue 4, Hiltrup 1961, S. 120-122

Bon, A.: L'île de Thasos. Etude de géographie comparée ancienne et moderne. In: Ann. Géogr. 41, 1932, S. 269-286

Bortkiewicz, L. v.: Bevölkerungswesen. Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 67, Leipzig, Berlin 1919

Botsas, E.N.: Emigration and capital formation: The case of Greece. In: Balkan Studies 10,1, 1969, S. 127-134

Boustedt, O.: Wachsende, stagnierende und schrumpfende Gemeinden. In: Raumforsch. u. Raumordnung Jg. 15, 1957, S. 134-145

- Grundzüge der regionalen Bevölkerungsentwicklung in Bayern. In: Raumforsch. und Landesplanung, Beitr. z. regionalen Aufbauplanung in Bayern H. 5, München 1958, S. 1ff

Bürchner, L.: Neue Verwaltungseinteilung des Königreiches Griechenland. In: PM 1915, S. 255

Burchard, A.: Die ländlichen Siedlungen in Bulgarien. In: Klute Handbuch, Breslau 1933, S. 37-46

Burgdörfer, F.: Bevölkerungsdynamik und Bevölkerungsbilanz, München 1951

- Weltbevölkerungsatlas. Verteilung der Bevölkerung der Erde um das Jahr 1950, Hamburg 1954

Burgel, G.: Pobia. Etude géographique d'un village crétois. Centre des sciences sociales d'Athènes, Athen 1965

Burri, C., G. Šoptrajanova: Petrochemie der jungen Vulkanite der Inselgruppe von Milos und deren Stellung im Rahmen der Kykladenprovinz. In: Vj.-Schr. d. naturforsch. Ges. Zürich 112, 1969, S. 1-27

Busch-Zantner, R.O.: Zur Kenntnis der osmanischen Stadt. In: Geogr. Zeitschr. 38, 1932, S. 1-13

- Agrarverfassung, Gesellschaft und Siedlung in Südosteuropa unter besonderer Berücksichtigung der Türkenzeit. Diss. Erlangen; Leipziger Vj.-Schrift f. SO-Europa 3. Beiheft 1938
Rez. Wilhelmy, PM 1939, S. 99
Ipsen, Zt. Volkskunde 1939, S. 131

Campbell, J.K.: Honour, family and patronage. A study of institutions and moral values in a Greek mountain community, Oxford 1964
Rez. Loukatos, Balkan Studies 5,2, 1964, S. 363-377,
Stoianovich, das. 7,2, 1966, S. 501-505

Capidan, Th.: Les Macédo-Roumains, Bukarest 1937
Die Makedo-Rumänen, Bukarest 1941

Carter, F.W.: Population Migration to Greater Athens. In: TESG 1968, S. 100-105

Casson, St.: Macedonia, Thrace and Illyria, Oxford 1926

Catrakis, St.: General map of industrial minerals and ores of Greece. In: Ann. Géol. Pays Helléniques 2, 1948/49, S. 1-15

Chalikiopoulos, L.: Sitia, die Osthalbinsel Kretas. Veröff. d. Inst. f. Meereskunde Berlin, H. 4, 1903

- Wirtschaftsgeographische Skizze Thessaliens. In: Geogr. Zeitschr. H 8, Leipzig 1905, S. 445-475

Charalambakis, S.N.: Contribution à la connaissance du neogene de l'Attique. In: Meletai Geologias Nr. 4, Athen 1951 (ngr. m. Frz. Zus.fassung)

Christopoulos, K.P.: Wasser- und Bodenprobleme im Griechenland. In: Wasser und Nahrung 4, H. 2, 1959

Clemmensen, M.: Primitive Hustyper in Aitolien. In: Geogr. Tids. 36, 1933, S. 146-167 (Sarakatsanensiedlungen)

Common, R.: Some recent developments in Greece. In: TESG 49, 1958, S. 253-266

- Population changes on the Salonika Campagna. In: The Canadian Geographer 1959, Nr. 13, S. 31-40

- , A. Prentice: Some observations on the lowland Macedonian village. In: TESG 1956

Constantopoulos, C.S.: Thessaloniki, sein Hinterland und sein Hafen. Diss. Hamburg 1940

Contributions to mediterranean sociology: Mediterranean rural communities and social change. Actes of the Mediterranean Sociological Conference Athens, July 1963. Ed. J.G. Peristiany. Publications of the Social Science Centre Athens IV, Paris, Den Haag 1968

Coulmas, P.: Die Bewertung der Berufe in Griechenland. In: Leipziger Vj.-Schrift f. SO-Europa 4, 1940, S. 106-115

Creutzburg, N.: Die Landschaften der Insel Kreta. In: Verh. und wiss. Abh. d. 22. Dt. Geogr.tages Karlsruhe 1927, Breslau 1928, S. 155-163

- Kreta, Leben und Landschaft. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin 1928, S. 16-38

- Die ländlichen Siedlungen der Insel Kreta. In: Klute, Handbuch, Südost- und Südeuropa, Breslau 1933, S. 55-66

- Probleme des Gebirgsbaues und der Morphogenese auf der Insel Kreta. Freiburger Univers. reden NF, H. 26, 1958

- Die mykonischen Inseln, insbesondere ihre Siedlung und Wirtschaft. In: Regio Basiliensis 1960, S. 212 ff

- Die südägäische Inselbrücke. In: Erdkunde XX, 1966, S. 20-30

Cvijić, J.: Die macedonischen Seen. Ein vorläufiger Bericht. In: Mitt. Ungar. Geogr. Ges. Bd. 28, Budapest 1900

Cvijić, J.: Die Tektonik der Balkanhalbinsel. In: Comtes Rend. IX. Congr. Intern. Géol., Wien 1904

- Remarques sur l'éthnographie de la Macédoine. In: Ann. Géogr. XV, Paris 1906

- Anthropogeographische Probleme der Balkanhalbinsel, Belgrad 1902 (serb.)
Rez. PM 51, 1905, S. 67
Geogr. Zeitschr. Jg. XII, 1906, S. 507

- Grundlinien der Geographie und Geologie von Mazedonien und Altserbien nebst Beobachtungen in Thrazien, Thessalien, Epirus und Nord-Albanien. PM Erg.-H. 162, 1908

- Die ethnographische Abgrenzung der Völker auf der Balkanhalbinsel. In: PM 59,I, 1913, S. 113-118, 185-189, 244-246

- La Pénisule Balkanique. Géographie humaine. Paris 1918
Rez. Krebs, Geogr. Zeitschr. 1921, S. 120-126; Hassert, PM 1922, S. 233

Czajka, W.: Lebensformen und Pionierarbeit an der Siedlungsgrenze, Hannover 1953

- Systematische Anthropogeographie. In: Geogr. Taschenbuch 1962/63, S. 287-313

Damaskenides, A.N.: Problems of the Greek rural economy. In: Balkan Studies 6, 1965,1, S. 21-34

Damianakos, St., V. Foundoukou: Analyse démographique de la structure des âges de la population du village de Greveniti (1961). In: Contributions to mediterranean Sociology, Paris, Den Haag 1968, S. 127-140

Davis, E.N.: Zur Geologie und Petrologie der Inseln Nisyros und Yali (Dodekanes). In: Geol. Rundsch. 57, 1968, S. 811-821

Delano-Smith, C., V. Watson: La géographie et l'histoire dans la region d'Argos. In: Mediterranée 1964, S. 330-340

Delis, D.A.: Außenhandel und wirtschaftspolitische Verflechtung Griechenlands. In: Südosteuropa-Jb. 4, München 1960, S. 35-45

Delivanis, D.J.: Die deutsch-griechischen Handelsbeziehungen. In: Südosteuropa-Jb. 2, 1958, S. 136-162

- Achievements in the North of Greece. In: Balkan Studies 3,2, Thessaloniki 1962, S. 257-266

Delivanis, D.J.: Planning and economic development in Greece. In: Balkan Studies 4,1, Thessaloniki 1963, S. 47-66

- Marshall plan in Greece. In: Balkan Stud. 8,2, 1967, S. 333-338

Dercourt, J.: Sur la géologie du Peloponnèse occidental. Remarques sur le massif du Skolis (N. Achaia). In: Praktika 34, 1959, S. 96-100

Desio, A.: Le isole italiane dell'Egeo. Studi geologica e geografico-fisici. Mem. descrittive della carta geologica d'Italia Vol. 24, Rom 1931

DGB, Auslandsnachrichten: UNO: Bevölkerungszuwachs und Lebensstandard in unterentwickelten Gebieten. In: DGB, Auslandsnachrichten Nr. VI, 5-6, Mai/Juni 1955, S. 37-38

Dickinson, R.E.: Land reform in Southern Italy. In: Economic Geogr. Vol. 30, 1954, S. 157-176

- Geographic aspects of unemployment in Italia agriculture. In: TESG 1955, S. 86-97

- The population problem of Southern Italy. An Essay in social geography, Spracuse 1955

Dicks, T.R.B.: Graeter Athens and the Greek planning problem. In: TESG 58, 1967, S. 271-275

Dinev, L. Changements dans la géographie de la population et des localités en Bulgarie après la deuxième guerre mondiale. In: Mélanges de géographie physique, humaine, économique, appliqué. Tulippe-Festschrift I, 1967, S. 552-559

Dobranski, R.: Der Erzbergbau in Griechenland. In: Metall und Erz 1942, S. 89ff

Dobrowolski, K.: Die Haupttypen der Hirtenwanderungen in den Nordkarpaten vom 14. bis zum 20. Jh.. In: Viehzucht und Hirtenleben... Budapest 1961, S. 113-146

Doxiades, K.A.: Plan for the city of Athens. In: Ekistics 2, Nr. 66, 1961, S. 271-275

Duncan, O.D.: The measurement of population distribution. In: Population Studies Vol. 11, 1957

Ecconomides, P.: Die Bedeutung der Bodenbewässerung für Griechenland. In: Wasser und Nahrung 4, H. 2, 1959

Eckert, G.: Siedlungsgeographische Beobachtungen aus der Chalkidike. Saloniki 1943
Rez. J.H. Schultze PM 90, 1944, S. 92

Eckert, M.: Die Bevölkerungskarte. In: Eckert, Die Kartenwissenschaft Bd. 2, Berlin, Leipzig 1925, S. 152-211

Eden, W.A.: The plan of Mesta-Chios. In: Ann. Brit. School at Athens XLV, 1950, S. 16-20.

Eggers, H.: Leben und Wirtschaftsweise auf den griechischen Kykladen im Umbruch. In: Verh. d. Dt. Geogr.tages Heidelberg 1963, Wiesbaden 1965, S. 140-151

Enequist, G.: A method for mapping population density. In: Norsk Geogr. Tide. 1960, S. 271

Engelhardt, W.: Griechische Impressionen eines Landschaftsökologen. In: Kosmos 6, Stuttgart 1963, S. 261-270

Etablissement: L'établissement des refugiés en Grèce. Société des Nations. Hrsg. Ch. P. Howland. Genf 1926

Evelpidis, C.: La réforme agraire en Grèce, Athen 1926

- Irrigation in Greece. In: Int. Journ. Agrarian Affairs, Oxford 1963, III,4, S. 199-204
Rez. WAA 5, 1963, Nr. 1549

- L'exode rural en Grèce. In: Contributions to Mediterranean sociology 1968, S. 201-205

Eumorphopoulos, L.: Veränderungen des Golfes von Thessaloniki. In: Geogr. Helvetica 18, 1963, S. 269-277

Fehre, H.: Neues Verfahren der kartenmäßigen Darstellung der Bevölkerungsentwicklung, In: PM 1933, S. 191-195, 252-255

- Zum Entwurf einer korrelativen Volksdichtekarte. Ein Beitrag zur bevölkerungsgeographischen Kartographie. In: Ber. z. Dt. Landeskunde 7, 1949/50, S. 102

Fels, E.: Die Küsten von Korfu. Ein Beitrag zur Landschaftskunde der Insel. In: Mitt. Geogr. Ges. München 16, 1923, H. 3, S. 21*-114*

- Der Ölbaum in Griechenland und seine wirtschaftliche Bedeutung. In: Freie Wege vergleichender Erdkunde (Drygalski-Festschrift) 1925, S. 70-86; verkürzt in: Hellas 5, 1925, S. 38-43

- Korfu - Kefallenia - Ithaka. Ein wirtschafts- und kulturgeographischer Vergleich. In: Mitt. Geogr.Ges. München 1927, Bd. 20, H. 2, S. 148-178

Fels, E.: Die griechische Völkerwanderung. In: Geogr. Zeitschr. 38, 1927, S. 576-588

- Die amtlichen Kartenwerke Griechenlands. In: Geogr. Wochenschr. 2. Jg., 1934

- Landgewinnung in Griechenland. PM-Erg.-H. 242, 1944

- Junge Flußverlagerungen des Wardar. In: Naturwiss. Rundsch. 1, 1948, H. 4, S. 174-176

- Die griechischen Seen. In: Die Erde 1, 1949/50, S. 38-45

- Die Vielfältigkeit griechischer geographischer Namen. In: Byzant. Zeitschr. 44, 1951, S. 135-142

- Landgewinnung in der Kopais-Senke in Griechenland. In: Geogr. Rundsch. 1951, S. 34-36

- Untersuchungen über die griechischen Seen in: Erde 3, 1952, S. 304-318; Erde 6, 1954, S. 316-335; PM Erg.-H. 262, 1957, S. 241-249; Stuttgarter Geogr. Stud. 69, 1957, S. 247-252; Erde 88, 1957, S. 275-297; Kienzl-Festschr. Innsbruck 1958, S. 45-51

Fine, Sh. L.: Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern. Hrsgg. v. OECD, Maschinenschr., Stand 1962

Fischer, Th.: Der Ölbaum. PM Erg.-H. 1904

Flaskämper, P.: Allgemeine Statistik. Grundriß der Statistik. Teil 1, Leipzig 1944

- Bevölkerungsstatistik. Hamburg 1962

Forman, J., M. Forman: Islands of the Eastern Mediterranean. American Geogr. Soc. New York 1965

Freyberg, B. v.: Artesische Brunnen im Peloponnes. In: Ann. Géol. Pays Helléniques, Athen 1953, S. 75-87

Friedl, E.: Vasilika: A village in modern Greece. Case studies in Cultural Anthropology. New York 1962
Rez. J.E. Rexine, Balkan Stud. 4,2, Thessaloniki 1963, S. 435-436
J.T. Sanders, Balkan Stud. 8,2, Thessaloniki 1967, S. 323-325

- Lagging emulation in post-peasant society: a Greek case. In: Contributions to Mediterranean sociology. 1968, S. 93-106.

Füldner, E.: Agrargeographische Untersuchungen in der Ebene von Thessaloniki. Frankfurter Geogr. H. 44, 1967

Gaitanides, H.: Bevölkerungsprobleme Griechenlands. In: Leipziger Vj.-Schrift f. SO-Europa Jg. 2, 1938, S. 69

Gaitanides, J.: Griechenland ohne Säulen. München ^{1}1955, ^{2}1962

- Inseln der Ägäis - Schwestern der Aphrodite. München 1963

Galanopoulos, G.A.: Erdbebengeographie von Griechenland. In: Ann. Géol. Pays Helléniques 6, Athen 1955, S. 83-121

Gassner, E.: Städtebau auf dem Lande. Aufgaben und Probleme. Bonner Akademische Reden, 34. Heft, 1968

Gearing, F.: Preliminary notes on ritual in village Greece. In: Contributions to Mediterranean sociology. 1968, S. 93-106.

Geisler, W.: Absolute oder relative Methode? Probleme der Bevölkerungs- und Wirtschaftskartographie. In: Kartogr. Mitt. 1930, S. 16-19

Gellert, J.: Zur Morphologie des Balkangebietes. In: Geol. Rundsch. 18, 1927

Gellert, J., H. Lorenz: Die Innenkolonisation Schwarzmeerbulgariens, Breslau 1934

Georgalas, G.K., P. Gabreseas: Megali Geographia-Atlas tis Ellados. Bd. 1, Athen 1960

George, P.: Questions de géographie de la population. Inst. Nation. d'Etudes Démogr., Cahiers de Travaux et Documents 34, Paris 1959

Georgiadou-Dikeoulia, E.: Beiträge zur Kenntnis des Pliozäns auf Kephallenia. In: Praktika 38, Athen 1963, S. 25-33

Georgieff, K.: Wirtschaftsprobleme der Vardarlandschaft. Zugleich eine Untersuchung zur Problematik Mazedoniens. In: Leipziger Vj.-Schr. f. SO-Europa 7, 1943, S. 34-52

Georgii Griechenlands Finanzen im Jahre 1888 und seine handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland. Georgii u. Harr, M. Deffner. Druckerei Stuttgart

Gesemann, G.: Heroische Lebensform. Zur Literatur und Wesenskunde der balkanischen Patriarchalität. Berlin 1943

Giorgi, G.: Neubauern in Italien. In: Die Landfamilie. Schriftenreihe f. ländl. Sozialfragen. Veröff. d. Agrarsoz. Ges. Göttingen, Hannover 1955

- Stand und Planung der Bodenreform und Siedlung in Italien. In: Innere Kolonisation Jg. 6, Berlin, Bonn 1957

- Aktuelle Probleme der Bodenreform in Italien und die Entwicklungstätigkeit. In: Zeitschr. f. ausländ. Landwirtschaft Jg. 6, H. 2, 1967, S. 186-191

Grandjot, W.: Reiseführer durch das Pflanzenkleid der Mittelmeerländer, Bonn ^{3}1965

Grigorakis, Chr.: Erosionsprobleme in Griechenland. In: Zeitschr. f. Kulturtechnik u. Flurbereinigung 8. Jg., H. 1, 1967, S. 1-12

Grob, A.: Typisierung und kartographische Darstellung der schweizerischen Bevölkerungs-Entwicklung (1850-1960). Ein Beitrag zur Bevölkerungsgeographie und Kulturraum-Gliederung der Schweiz. Diss. Zürich 1965, Zürich 1966

Guides Bleus, Les: Grèce, Paris 1962

Guide to Geology and Culture of Greece: Petroleum Exploration Society of Libya. Seventh Annual Field Conference 1965

Hadzopoulos, A.: Die Flüchtlingsfrage in Griechenland, Athen 1927

Hahn, H.: Die Boden- und Agrarreform in Süditalien. In: Geogr. Rundsch. 9, 1957, S. 89-96

Hahn, J.G. von: Albanesische Studien, Jena 1854

Hallmann, H.: Neugriechenlands Geschichte 1820-1948, Bonn 1949

Haralambous, D.: Geological and physicogeographical bibliography of Greece, Athen 1961

Hasluck, F.W.: Albanian settlements in the Aegean Islands. In: Ann. of the British School at Athens 15, 1908, S. 223-228

Haufe, H.: Die Lebensform des rumänischen Gebirgsbauerntums. In: Leipziger Vj.-Schr. f. SO-Europa 1939, S. 116-129

Herzog, R.: Seßhaftwerden von Nomaden. Forschungsber. d. Landes NRW Nr. 1238, Köln-Opladen 1963

Heuzey, L.: Excursion dans la Thessalie turque en 1858, Paris 1927

- Le Mont Olympe et l'Acarnanie, Paris 1860

Hiller von Gaertringen, F.: Die Insel Thera in Alterum und Gegenwart. 4 Bde., Berlin 1899-1903

Hochholzer, H.: Strukturen und Probleme des griechischen Wirtschaftslebens. In: Zeitschr. f. Wirtschaftsgeogr. H. 7, 1967, S. 193-205

- Die Wirtschaft Jugoslawiens. In: Zeitschr. f. Wirtschaftsgeogr. 4. 1968

Hoeg, C.: Les Saracatsans, une tribu nomade grecque. Étude linguistique précédée d'une notice ethnographique. Bd. I, Paris-Kopenhagen 1925

Hönigsberg, E.: Athen. In: Mitt. Geogr. Ges. Wien 71, 1928, S. 123-146

Hoffmann, G.W.: Thessaloniki. The impact of a changing hinterland. In: East European Quarterly 2,1, 1963, S. 1-7

Hofmeister, B.: Wesen und Erscheinungsformen des Transhumanz. In: Erdkunde 1961

Hollmann: Die Agrarreform, Flüchtlingskolonisation und Entwicklung der Landwirtschaft in Griechenland. In: Ber. Ü. Landwirtsch. NF 13, Berlin 1930, S. 270-280

Hollstein, W.: Die Böden des Mittelmeergebiets. In: Geogr. Wochenschr. 1934, S. 917ff

- Eine Bonitierung der Erde auf landwirtschaftlicher und bodenkundlicher Grundlage. PM Erg.-H. 234, 1937

- Beiträge zur Bodenkunde des Mittelmeergebietes. In: Bodenkundl. Forsch. VI,2, 1938, S. 91-121

Hopf, K.: Geschichte Griechenlands vom Beginn des Mittelalters bis auf unsere Zeit. 2 Bde, Leipzig 1867-1868

Horstmann, K.: Die Binnenwanderung in den Ländern Europas. In: Raumforschung u. Raumordnung 13,4, 1955

Horvat, I.: Die Vegetation Südosteuropas in klimatischem und bodenkundlichem Zusammenhang. In: Mitt. Geogr. Ges. Wien, 104, 1962, S. 136-160

Inglieri, R.U.: Carta archeologica dell'Isola di Rodi. Fogli al 50.000. R. Istituto Geogr. Militare, Florenz 1936

Iorga, N.: Auf- und Niedergang des türkischen Herrschaftsgebiets in Europa. In: PM 59,I, 1913

Ischirkoff, A.:	Die Bevölkerung in Bulgarien und ihre Siedlungsverhältnisse. In: PM 1911, S. 118
Ivanoff, J.:	La région de Cavalla. Bern 1918
Jaranoff, D.:	Die Siedlungstypen in der östlichen und zentralen Balkanhalbinsel. In: Zeitschr. Ges. Erdk., Berlin 1934, S. 183-191
-	Geomorphologische Untersuchungen in S-Makedonien. In: Mitt. Bulgarische Geogr. Ges. 4, 1936, S. 79-109
-	L'évolution de l'habitat rural en Europe méridionale. In: Comtes Rend. Congr. Int. Géogr. Warschau 1934, III. Warschau 1937, S. 459-465
Kalitsunakis, D.:	Probleme des Seehandels und der Seeschiffahrt Griechenlands. In: Südosteuropa-Jb. 1, München 1957, S. 197-213
Kallinsky, A.:	Die Bedeutung der Bewässerung im Wiederaufbauprogramm. In: OECD u. F.A.O. 1955, S. 27-34
Karapiperis, L.N.:	Sur la distribution de la pluie sur la peninsule grecque pendant les diverses saisons. In: Praktika 31, 1956, S. 50-62 (ngr. m. frz. Zusammenfassung)
Kasperson, R.E.:	The Dodecanese: diversity and unity in island politics. Department of Geogr., Univers. Chicago, Research Papers 108, 1966
Katakouzinos, D.S.:	Ta edaphi tis Ellados. In: Synchroni Geographia-Atlas, S. 120-147
- , D.A. Kaphiris:	Chartis edaphokinonion kai endedigmenis chriseos avton = Carte des associations des sols et de leur capacité d'utilisation. Zone d'experimentation et demonstration de l'Epire 1:50.000 (Ep. Konitsa). Inst. d. Pédologie, Fertilisation et Climatologie, Athen 1962 (ngr. u. frz.)
Kavadias, G.B.:	Pasteurs nomades méditerranéens: Les Saracatsans de Grèce. Paris 1965 Rez. Stoianovich, Balkan Studies 8,2, 1967, S. 488-493
Kayser, B.:	Margariti (Epire). L'échec d'une colonisation spontanée. In: Etudes rurales 11, 1963, S. 65-101
-	Nouvelles données sur l'émigration grecque. In: Population 4, 1964, S. 707-726

Kayser, B.: Géographie humaine de la Grèce. Paris 1964
Rez. M.Negreponti-Delivanis, Balkan Studies 5,2, 1964, S. 395-397

- Les transformations de la Grèce du Nord. In: Bull. de l'Assoc. d. Géogr. Franç. 1964, S. 59-70

- La Grèce en voie de développement. In: L'Information Géogr. 29, Paris 1965, S. 93-103

- Les migrations intérieures en Grèce. In: Contributions to mediterranean sociology 1968, S. 191-200

- , K. Thompson: Economic and social Atlas of Greece. Athen 1964 (ngr., engl. u. frz.)

Kelch, K.: Strukturwandel durch Agrarreform in Griechenland. In: Inform. d. Inst. f. Raumforsch. u. Raumordnung, Bonn 1953, S. 205-210

Keramopoulos, A.: Die heutige Bauweise der Stadt Athen. In: Praktika 5, 1930, S. 281-290 (ngr.)

Kiefer, D.: Jugoslawien. In: Bevölkerungsentwicklungen in SO-Europa. Jugoslawien, Ungarn, Rumänien. Untersuchungen zur Gegenwartskunde SO-Europas 5, München 1964, S. 9-50

Kienitz, F.K.: Existenzfragen des griechischen Bauerntums. Agrarverfassung, Kreditversorgung und Genossenschaftswesen. Entwicklung und Gegenwartsprobleme. Berlin 1960
Rez. D.J. Delivanis, Balkan Studies 2,1, 1961, S. 156-157

Kirsten, E.: Die griechische Polis als historisch-geographisches Problem des Mittelmeerraumes. Colloqu. Geogr. 5, Bonn 1956

- , E.W. Buchholz, W. Köllmann: Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte. Bevölkerungs-Ploetz. 2 Bde, Würzburg 1955/56

- , W. Kraiker: Griechenlandkunde. Ein Führer zu klassischen Stätten. ^{4}1962, (^{5}1967) Heidelberg.

Kiepert, H.: Ethnographische Übersicht des europäischen Orients, Berlin 1876

Administrativ-Einteilung und Bevölkerungsstand der neuen nördlichen Provinzen des griechischen Königreiches. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin 1884, S. 55-64

Kiepert, H.: Die Verbreitung der griechischen Sprache im pontischen Küstengebirge. In: Zeitschr. Ges. Erk. XXV, 1890, S. 317-330

Kiskyras, D.: Bebenepizentren in Beziehung zu tektonischen Linien. In: Praktika 34, 1959, S. 82-92 (ngr. m. frz. Zus.fassung)

- Über den geotektonischen Zustand des griechischen Raumes. In: Praktika 35, 1960, S. 45-54 (ngr. m. dt. Zus. fassung)

- Quelques remarques sur la géologie des bauxites de la Grèce occidentale. In: Praktika 37, 1962, S. 370-379 (ngr. m. frz. Zus.fassung)

- Ta iphaistia stin Ellada. In: Synchroni Geographia-Atlas S. 91-93

- I sismi stin Ellada. Das. S. 94-100

Kling, O.: Geographische Grundlagen der Industrie Griechenlands. Wien 1935

Klöpper, O.: Die Statistik in der Geographie. Entwicklung, Möglichkeiten, Grenzen. In: Ber. z. Dt. Landeskunde 1954

Klute, F.: Skizzen aus Mazedonien und Albanien. In: Hettner-Festschrift, Breslau 1921

- (Hrsg.) Handbuch der Geographischen Wissenschaft. Die Länder der Erde in Natur, Kultur und Wirtschaft. Potsdam, Leipzig, Bd. Südost- und Südeuropa

Knapp, R.: Vegetationsuntersuchungen im mittleren Griechenland und über Probleme der Entstehung anthropopogener Pflanzengesellschaften. In: Geobotan. Mitt. 31, 1964

Knidlberger, L.: Santorin. München 1965

Köchli, P.: Geologie und Erzlagerstätten in Griechenland. In: Jber. Geogr. Ges. Bern 42, 1955, S. 12ff

Koldewey, R.: Die antiken Baureste der Insel Lesbos. Berlin 1890

Kolodny, E.J.: La Crète. Mutations et évolution d'une population insulaire grecque. In: Rev. d. Géogr. de Lyon 43, 1968, S. 227-290

Konferenz Bevölkerungsgeographie: Konferenz zur Bevölkerungsgeographie in der Sowjet-Unicn 30.I. - 3.II. 1962. In: PM 1962, S. 232-238

Konstantinides, K.: Meliorationsmaßnahmen in Mazedonien und Thrazien. In: Wasser und Nahrung 4,2, 1959

Kontos, P.:	Die Waldverteilung im Peloponnes. In: Praktika 5, 1930, S. 40-48
Kopp, K.O.:	Über das Relief einer ägäischen Insel. In: Geol. Rundschau 58,1, 1968, S. 51-61 (Samothrake)
Kosack, H.P.:	Epirus. Beitrag zur Kenntnis einer nordgriechischen Landschaft. In: Geogr. Helvetica 4, 1949, S. 78-92
-	Kartographische Ergebnisse von Luftkrokierungen in Nordgriechenland. In: PM Erg.-H. 264, 1957, S. 287-302 (Haack-Festschrift)
-	Luftkrokieren. Ein Beitrag zur Frage geographischer Kartierungsmethoden, dargestellt am Beispiel Nordgriechenlands. In: Stuttgarter Geogr. Studien 69, 1957 (Lautensach-Festschrift)
Kossmat, Fr.:	Die Beziehung des südosteuropäischen Gebirgszuges zur Alpentektonik. In: Geol. Rundsch. XV,3, 1924
Kostanick, H.L.:	Turkish resettlement of Bulgarian Turks 1950-1953. In: Univers. Californ. Publ. in Geogr. 8,2, Berkeley 1957, S. 65-164
Kougeas, S.:	Neai idisis peri tis en Mani igemonias (1774-1821). In: Praktika 38, 1963, S. 7-18 (ngr. m. dt. Zus.fassung)
Koulopoulos, D.:	L'agriculture hellénique. In: Mediterranea 7, 1965, S. 170-178
Kriesis, A.:	Greek Town Building. Athen 1965
- (Hrsg.)	A regional planning scheme for a country under development. Veröff. v. Service of Regional Development of the Peloponnes. Ministry of Co-Ordination. Patras 1963
Kühne, I.:	Gebirgsentvölkerung im toskanisch-emilianischen Apennin. In: Abh. d. Dt. Geogr. tages Bad Godesberg 1967, S. 290-299
Kuhnen, F.:	Zustandsbild und Entwicklungsmöglichkeiten eines türkischen Dorfes. In: Zeitschr. f. ausländ. Landwirtsch. Jg. 5, H. 2, Frankfurt 1966, S. 104-119
Lambiri, I.:	Social change in a Greek country town, Athen 1965 Rez. Sanders, Balkan Studies 8,2, 1967, S. 320-323
-	The impact of industrial employment of the position of women in a Greek country town. In: Contributions to mediterranean sociology 1968, S. 261-268

Launay, M.L. de:	La géologie des îles de Mételin (Lesbos), Lemnos et Thasos, Paris 1898
Lee, E.S.:	A theory of migration. In: Ekistics 23, Nr. 137, S. 211-216
Lehmann, H.:	Über die potentielle Volkskapazität im Peloponnes. Diss. Berlin 1927
-	Zur Flüchtlingsansiedlung in Griechenland. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin 1929, S. 113-122
-	Zur Kulturgeographie der Ebene von Argos. In: das. 1931, S. 38-59
-	Thessalien. In: Geogr. Zeitschr. 38, 1932, S. 335ff
-	Argolis. Landeskunde der Ebene von Argos und ihrer Randgebiete. Athen 1937
-	Die Siedlungsräume Ostkretas im Wandel der Zeiten. In: Geogr. Zeitschr. 45, 1939, S. 212-228
-	Aufgaben und Methoden morphologischer Karten. In: Jb. d. Kartographie 1941, S. 109-133 (darin: morphographische Karte von Neugriechenland 1:1 Mill.)
Lejean, G.:	Ethnographie der europäischen Türkei. In: PM Erg.-H. 1861
Leonhard, R.:	Die Insel Kythera. Eine geographische Monographie. PM Erg.-H. 128, 1899
Leyden, R. v.:	Der Vulkanismus des Golfes von Ägina und seine Beziehungen zur Tektonik. Zürich 1940
Liatsikas, N.:	Salzbödenvorkommen auf den braunen Steppenböden der thessalischen Ebene. In: Praktika 8, 1933, S. 185-190
-	Die Verbreitung der Bodentypen in Griechenland. In: Bodenkundl. Forsch. Bd. IV,4, 1934, S. 413-441
-	Genikos edaphologikos chartis tis Ellados 1:1 Mill., Athen 1942
Liedtke, H.:	Bulgarien. In: Geogr. Taschenbuch 1962/63. S. 127-141
Livi, L.:	Prime linee per una storia demografica di Rodi e delle isole dipendenti dall'eta classica ai nostri giorni. Centro di Studi Coloniali XXVII, Florenz 1944

Lolling, H.G.: Hellenische Landeskunde und Topographie. Handb. d. Altertumswiss. III, Nördlingen 1887

Louis, H.: Albanien. Eine Landeskunde. Geogr. Abh. R. 2, H. 3, Stuttgart 1927

- Die Bevölkerungskarte der Türkei (1:4 Mill.). In: Berliner Geogr. Arb. H. 20, Berlin 1940

- Über Aufgaben und Möglichkeiten einer Bevölkerungsdichtekarte der Erde. In: PM 96, 1952

- Die junge kulturgeographische Entwicklung der Türkei. In: Tagungsber. u. wiss. Abh. d. Dt. Geogr.tages Hamburg 1955, Wiesbaden 1957, S. 59-72

- Über die Grundformen des kartographischen Ausdrucks. In: PM Erg.-H. 264, 1957, S. 13-24

Lowenthal, D., L. Comitas: Emigration and depopulation, some neglected aspects of population geography. In: Geogr. Review 52,2 1962, S. 195-210 (Beispiel Ithaka S. 202-205)

Lüttig, G.: Italienisches und griechisches Pliopleistozän. In: Zeitschr. Dt. Geol. Ges. Bd. 114,I, 1962, S. 7ff

Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953

Manessis, N.: L'activité et les projets politiques d'un patriote Grec dans les Balkans vers la fin du XVIIe siècle. In: Balkan Studies 3,1, 1962, S. 75-118 (Rhigas)

Maratu, G.: Oryktos Plutos. In: Synchroni Geographia-Atlas S. 73-90

Marinos, G.: Zur Gliederung Ostgriechenlands in tektonische Zonen. In: Geol. Rundsch. 46, 1957, S. 421-426

Marinow, W.: Die Schafzucht der nomadisierenden Karakatschanen in Bulgarien. In: Viehzucht und Hirtenleben in Ostmitteleuropa. Budapest 1961, S. 147-196

Martonne, E. de: Recherches sur la distribution géographique de la population en Valachie. In: Boll. Soc. Geogr. 23, Rom

Mathiopoulos, B.P.: Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821-1961). Hannover 1961

Matkovic, D.: Die wirtschaftliche Struktur Griechenlands. In: Geogr. Rundsch. 1958, S. 311-315

Matton, R.: La Crète au cours des siècles. Paris ^{1}1957, ^{2}1960

- Corfou. Coll. Inst. Franç. d'Athènes 64, Athen 1960

- , L., R. Matton: Athènes et ses monuments du XVIIe siècle à nos jours. Athen 1963

Maull, O.: Kultur- und politisch-geographische Entwicklung und Aufgaben des heutigen Griechenlands. In: Mitt. Geogr. Ges. München X,2, 1915, S. 89-171

- Die politischen Probleme des östlichen Mittelmeeres. In: Geogr. Zeitschr. 1917, S. 233-257, 294-315

- Beiträge zur Morphologie des Peloponnes und des südlichen Mittelgriechenland. Geogr. Abhandl. X,2, Leipzig-Berlin 1921

- Griechisches Mittelmeergebiet. Breslau 1922

- Länderkunde von Südosteuropa. Enzyklopädie d. Erdk. 22, Leipzig, Wien 1929

- Einheit und Gliederung Südosteuropas. In: Leipziger Vj.-Schr. f. SO-Europa Jg. 1, 1938, S. 3-90

Mavrogordatos: Makedonien. Abhandlung über Bevölkerung und Wirtschaft. Thessaloniki 1931 (ngr.)

McNeill, W.N.: Dilemmas of modernization in Greece. In: Balkan Studies 8,2, 1967, S. 305-316

Megas, G.A.: Ai agrotikai ikisis tis Andru. In: Charistirion is A.K. Orlandu, Athen 1966, S. 84-118

Mehlan, A.: Der Bazar auf dem Balkan in der Türkenzeit. In: Südostdt. Forsch. S. 832-863

- Die Handelsstraßen des Balkans während der Türkenzeit. In: Südostdt. Forsch. IV. Jg., H. 2, 1939, S. 243-296

- Der Einfluß der Raja-Privilegierung auf die Balkanwirtschaft zur Türkenzeit. In: Leipziger Vj.-Schr. f. SO-Europa 5, 1941, S. 205-222

Meyers Reisehandbücher: Griechenland und Kleinasien. Leipzig, Wien, 6. Aufl. 1906

Michaelides, C.E.: Hydra: A Greek island town. Its growth and form. Chicago/London 1967

Michalis, K.G.: Die neuere Agrar- und Siedlungsgesetzgebung Griechenlands. In: Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa, Hrsg. M. Sering, Berlin - Leipzig 1930, S. 447-483

Miller, W.: Monemvasia. In: Journ. of Hellen. Stud. XXVII, 1907, S. 229-241

Mirambel, A.: Blood vengeance in Southern Greece and among the Slavs. In: Byzantion 16, 1944

Monkhouse, F.J., H.R. Wilkinson: Maps and Diagrams. London, New York 1952

Mori, A.: Osservazioni sull' emigrazione vitalizia nell'Italia meridionale. In: Boll. Soc. Geogr. Ital. 1961, S. 224-235

Moustaka, C.: Sociological charakteristics of the migrants from Zagori. Genf 1962

- The internal migrant. A comparative study in urbanization. Athen 1964
Rez. J.J. Baxevanis, Balkan Studies 6,2, Thessaloniki 1965, S. 456-457

Müller-Miny, H.: Die Wandlungen der Landschaft auf den mittleren Ionischen Inseln seit den Reisen von J. Partsch. In: Abh. d. Dt. Geogr. tages Hamburg 1955, Wiesbaden 1957, S. 397-406

- Beiträge zur Morphologie und Geologie der Mittleren Ionischen Inseln. In: Ann. Géol. Pays Hellén. 8, 1956, S. 1-28; 9, 1958, S. 73-89; 16, 1965, S. 178-187

- Katastrophe und Landschaft. Ein Beitrag zur Kulturlandschaftserforschung am Beispiel griechischer und deutscher Landschaft. In: Ber. z. Dt. Landeskunde 1959, Bd. 23, H. 1, S. 95-124

Nahm, P.P.: Griechenlands Maßnahmen gegen die Landflucht. In: Raumforschung und Raumordnung Jg. 20, 1962, S. 32-33

Narr, R.L.: Der Bevölkerungsschwerpunkt und weitere, die Bevölkerung repräsentierende Punkte. Theorie und Anwendung auf den Kanton Basel-Land. In: Regio Basiliensis V,2, 1964

Negreponti-Delivanis, M.: Le développement de la Grèce du Nord depuis 1912. Balkan Studies. Beiheft 51, Thessaloniki 1962
Rez. M.G. Papaconstantinou, Balkan Stud. 2,1, Thessaloniki 1961, S. 163-164

Nellner, W.: Bevölkerungsgeographische und bevölkerungsstatistische Grundbegriffe. In: Geogr. Taschenbuch 1953, S. 459-470

Nestor, St.: Greek Macedonia and the Convention of Neuilly (1919). In: Balkan Stud. 3,1, 1962, S. 169-184

Nevros, K., I. Zvorykin: Zur Kenntnis der Böden der Insel Kreta. In: Bodenkundl. Forsch. VI, 1959

Nikolinakos, M.: Der heutige Entwicklungsstand Griechenlands. In: Hellas, Zeitschr. z. Förderung d. deutsch-griech. Beziehungen, Bonn 1967, Bd. 6, H. 18, S. 29-49

Oberhummer, E.: Akarnanien, Ambrakia, Amphilochien, Leukas im Altertum. München 1887

- Jahresbericht über Geographie von Griechenland. I. Allgemeiner Teil 1874-1890. In: Jber. ü. d. Fortschritte d. Klass. Altertumswiss. Bd. 64, Berlin 1891, S. 347-446

- Die Türken und das Osmanische Reich, Leipzig 1917

- Die Balkanvölker. Vortr. d. Vereins z. Verbreitung naturwiss. Kenntnisse 57, Wien 1917, H. 11

- Griechenland. In: Klute, Handbuch, Südost- und Südeuropa, Abschn. VI, S. 220-288

Obst, E.: Das Klima Thrakiens als Grundlage der Wirtschaft. Leipzig-Berlin 1921

Oekonomides, G.: Die Süd-Ägäis vom Tertiär bis zur heutigen Zeit. In: Centralblatt f. Min., Geol., Pal., Abt. B. Nr. 5, Stuttgart 1934, S. 217-227

- Die vortertiären metamorphen Gebiete der östlichen Kykladen. In: Mitt. Geol. Ges. Wien XXVI, 1953, S. 137-153

Oestreich, K.: Beiträge zur Geomorphologie Makedoniens. In: Geogr. Zeitschr. XI, 1905; das. XVI, 1910; Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin 1916; Abh. Geogr. Ges. Wien IV,1, 1902

- Die Bevölkerung von Makedonien. In: Geogr. Zeitschr. 11, H. 5, 1905, S. 268-292

Ogilvie, A.G.: A contribution to the geography of Macedonia. In: Geogr. Journ. 55, 1, 1920, S. 1-34

- Physiography and settlements in Southern Macedonia. In: Geogr. Review 11, 1921, S. 172-197

Ogilvie, A.G.: Population density in Greece. In: Geogr. Journ. 101, 1943, S. 251-260; Papers from the Department of Geogr., Edinburgh Univers. Vol.I, 1941-1946, hrsgg. 1947

Olschowy, G.: Bodenerosion und Bodenschutz auf tertiären Tonböden unter besonderer Berücksichtigung italienischer Erosionsgebiete.

Olsen: Zentralproblem der mediterranen Landwirtschaft. In: Landbauforsch. Völkenrode, H. 3, 1952
Rez. in: Die Bodenerosion als Weltproblem, Umschaudienst d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung 1952

Onasch, K.: Einführung in die Konfessionskunde der orthodoxen Kirchen, Berlin 1962

Oxé, E.: Die Sulioten. In: Hellas Bd. 6, H. 18, Bonn 1967, S. 57-60

Pallis, A.A.: Racial migrations in the Balkans during the Years 1912-1924. In: Geogr. Journ. 66,4, 1925, S. 315-330

Pantazopoulos, N.: Community laws ans customs of Western Macedonia under Ottoman rule. In: Balkan Studies 2,1, 1961, S. 1-22

Papageorgiou, G.: Growth of the capital of Greece. In: Ekistics Vol. 24, Nr. 140, 1967, S. 64-71

Papagiannakis, S.D.: Kairos kai klima tis Ellados. In: Synchroni Geographia-Atlas, S. 101-111

Papalekas, J.Ch.: Zur Problematik der griechischen Sozialstruktur. In: Griechische Entwicklungsprobleme. Studien an einem kontinentaleuropäischen Entwicklungsland. Veröff. d. Inst. f. Siedlungs- und Wohnungswesen d. Univers. Münster Bd. 56, 1962

Papenhusen, F.: Das Vardargebiet. Ein Beitrag zur Landeskunde Mazedoniens. Dresden 1931
Rez. Burchard, PM 1932, S. 209
Oestreich, Geogr. Zeitschr. 1933, S. 54

- Die Neubesiedlung Griechenlands. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin 1933, S. 34-52

Paraskevaïdis, C.: Die alte Agia Paraskevi, Mytilini 1936 (ngr.)

Partsch, J.: Geographische Monographien über die Ionischen Inseln. PM-Erg.-H. 88, 1887; das. 95, 1889; das. 98, 1890; in: PM 37, 1891, S. 161-174

Paschinger, H.: Die Türkei als Entwicklungsland. In: Mitt. Geogr. Ges. Wien 104, 1962, S. 25-42

Péchoux, P.Y.: Les problèmes du travail et de l'emploi dans une ville de province en Grèce. L'exemple de Kavala. In: Revue de Géogr. de Lyon, vol. 41, 1966, S. 339-365

Penck, A.: Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie. In: Zeitschr. f. Geopolitik 1925

Pentzopoulos, D.: The Balkan exchange of minorities and its impact upon Greece. Paris - Den Haag 1962. (Umfangreiches Literaturverzeichnis)
Rez. K.M. Joannou, Balkan Stud. 6,1, Thessaloniki 1965, S. 238-244

Pepelasis, A.A., K. Thompson: Agriculture in a restrictive environment. The case of Greece. In: Economic Geogr. 36,2, Worcester/Mass. 1960, S. 145-157
Rez. World Agricultural Abstracts 2, 1960, Nr. 1120

- , P.A. Yotopoulos: Surplus labour in Greek agriculture 1953-1960, Athen 1962

Petridis, J.: Regionalplanung der Insel Kreta. In: Informationen d. Inst. f. Raumordnung Bad-Godesberg, Jg. 18, Nr. 8, 1968, S. 242-247

Pfeffer, K.H.: Landesplanung im Rahmen der Staats- und Wirtschaftsplanung. Griechenland als Beispiel. In: Forschungs- und Sitzungsber. d. Akademie f. Raumforschung und Landesplanung, Bd. V., Lieferung 3, Bremen-Horn 1957

- , I. Schaafhausen: Griechenland. Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg. Schr. d. Hamburger Weltwirtschafts-Arch. Sonderreihe Nr. 9, Hamburg 1959

Philippson, A.: Über Besiedlung und Verkehr in Morea. In: Verh.d.Ges.f. Erdk. Berlin, XV, 1888, S. 442-455

- Der Isthmos von Korinth. Eine geologisch-geographische Monographie. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin XXV, 1890, S. 1-98

- Bericht über eine Reise durch Nord- und Mittelgriechenland. Das. S. 331-406

- Zur Ethnographie des Peloponnes. In: PM 1890, S. 1-11, 34-41
Rez. Oberhummer 1891, S. 394f

- Der Peloponnes. Versuch einer Landeskunde auf geologischer Grundlage. Berlin 1891-92

Philippson, A.: Forschungsreise in Nord-Griechenland. In: Verh. d. Ges. f. Erdk. XXI, 1894, S. 52-69

- Der Kopaissee in Griechenland und seine Umgebung. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin XXIX, 1894, S. 1-90

- Zur Schreibweise griechischer geographischer Namen. In: Globus LXVII, 1895, S. 314-315; LXVIII, 1895, S. 19

- Zur Vegetationskarte des Peloponnes. In: PM 1895, S. 273-279

- Reisen und Forschungen in Nordgriechenland. In: Zeitschr. Ges. Erdk. Berlin XXX, 1895, S. 135-225, 417-198; XXXI, 1896, S. 193-294, 385-450; XXXII, 1897, S. 244-302

- (Das.:) Thessalien und Epirus. Reisen und Forschungen im nördlichen Griechenland. Berlin 1897

- Die Bevölkerungszunahme in Griechenland. In: Geogr. Zeitschr. 3, 1897, S. 409-411; 4, 1898, S. 167-169

- Die griechischen Inseln des Ägäischen Meeres. In: Verh. d. Ges. f. Erdk. Berlin XXIV, 1897, S. 264-280

- La tectonique de l'Egéide. In: Ann. d. Géogr. VII, 32, 1898, S. 112-141

- Beiträge zur Kenntnis der griechischen Inselwelt. PM Erg.-H. 134, 1901

- Nachträge zur Kenntnis der griechischen Inselwelt. In: PM 48, 1902, S. 106-110

- Europa. Leipzig (^{1}1894), ^{2}1906

- Reisen und Forschungen im westlichen Kleinasien. PM Erg.-H. 167, 172, 177, 180, 183, Gotha 1910-1915

- Zusammenhang der griechischen und kleinasiatischen Faltengebirge. In: PM 60, II, 1914, S. 71-75

- Zur Völkerkarte des westlichen Kleinasien. In: PM 1919, S. 17-19

- Das Mittelmeergebiet. Seine geographische und kulturelle Eigenart. Leipzig (^{1}1904), ^{4}1922

Philippson, A.: Beiträge zur Morphologie Griechenlands. In: Geogr. Abh. R. III, H. 3, Stuttgart 1930; Zeitschr. f. Geomorphologie VII, 1932, S. 69-73

- Das Byzantinische Reich als geographische Erscheinung. Leiden 1939

- Land und See der Griechen. Bonn 1947 (Ndr. v. Dt. Rundschau CXXII, 1905, S. 365-389)

- Landgewinnung in Griechenland. In: Erdk. 1, 1947, S. 109-111

- Griechenlands zwei Seiten. In: Erdk. 1, 1947, S. 144-162

- Das Klima Griechenlands. Bonn 1948

- Vollständiges Werkverzeichnis (regional und nach Sachgruppen geordnet) in Kirsten 1956, S. 15-25

- , E. Kirsten: Die griechischen Landschaften Bd. I-IV, Frankfurt 1950-1959

Pichler, H., R. Stengelin: Petrochemische und nomenklatorische Revision der Vulkanite des süd-ägäischen Raumes. In: Geol. Rundsch. 57, 1968, S. 795-810

Piket, J.J.C.: Een fysisch-geografische verkenning van het bekken van Trikkala. In: TAG 76, 1959, S. 379-396

Piperoglou, J.C.: Le développement planifié de la Grèce et ses problèmes. In: Problèmes du développement économique dans les pays méditerranéens. Actes du Colloque Intern. de Naples 1962, Paris 1963, S. 267-286

Ploetz, Raum und Bevölkerung: s. Kirsten/Buchholz/Köllmann

- , Auszug: Auszug aus der Geschichte. Würzburg ^{26}1960

Polunin, O., A. Huxley: Blumen am Mittelmeer. Ein Bestimmungsbuch. München-Basel-Wien 1968

Polyzos, N.: Evolution démographique en Grèce. In: Weltbevölkerungskongreß Wien 1959, S. 443

Prentice, A., R. Common: Some observations on the Lowland Macedonian village. In: TESG 47, 1956

Pritchett, W.K.: Studies in ancient Greek topography. Part. I. Publ. of the Univers. of California. Classical Studies Vol. I, Berkeley-Los Angeles 1965

Pückler-Muskau, Fürst H. von: Südöstlicher Bildersaal. Griechische Leiden. Stuttgart 1840. Ndr. Stuttgart-Heilbronn 1968

Quezel, P.: Végétation des hautes montagnes de la Grèce méridionale. In: Vegetatio, Acta Geobotanica 12, 1964, S. 289-385

- La végétation des hauts sommets du Pinde et de l'Olympe de Thessalie. In: Vegetatio, Acta Geobotanica 14, 1967, S. 127-228

Rambaud, J.: L'émigration grecque. In: Ann. Géogr. XIX, 1910, S. 177-182

Ratzel, F.: Anthropogeographie II. Die geographische Verteilung des Menschen. Stuttgart 1891

Rauh, W.: Klimatologie und Vegetationsverhältnisse der Athos-Halbinsel und der ostägäischen Inseln Lemnos, Eustratios, Mytilene und Chios. Sitz.ber. Akad. Wiss. Heidelberg 1949

RE Pauly-Wissowa. Real-Encyclopädie der class. Altertumswiss. 1ff., Stuttgart 1894ff. (Beiträge von Oberhummer, Philippson, Kirsten)

Rechinger, K.H.: Grundzüge der Pflanzenverbreitung in der Ägäis. In: Vegetatio 2, 2-3, 1949-1950, Den Haag 1950, S. 55-119, 239-308, 365-386

- , F. Rechinger-Moser: Flora Aegaea. Flora der Inseln und Halbinseln des ägäischen Meeres. Akademie d. Wiss. Wien, mathem.-naturwiss. Kl., Denkschrift 105, 1. Halbbd., 2. Abt., Wien 1951

Reck, H.: Santorin. Der Werdegang eines Inselvulkans und sein Ausbruch von 1925-28. 2 Bde. Berlin 1936

Renz, C.: Die Tektonik der griechischen Gebirge. In: Pragmateiai 8, Athen 1940, S. 1-171

- Die vorneogene Stratigraphie der normalsedimentären Formationen Griechenlands. 2 Teile. Athen 1955

Riccardi, M.: Il recente sviluppo demografico ed economico della Grecia. In: Boll. Soc. Geogr. Ital. Ser. IX, Vol. I, Rom 1960, S. 186-205

Ristelhueber, R.: Histoire des peuples balkaniques, Paris 1950

Riedl, H.: Zum Spitzenwachstum der Stadt Athen. In: Zeitschr. f. Wirtschaftsgeogr. H. 3, 1964, S. 84-88

Rikli, M.: Das Pflanzenkleid der Mittelmeerländer. Bde. 1-3, Bern 1943-1948

Robinson: Elements of cartography. New York, London (^{1}1953), ^{2}1960

Rodenwaldt, E.: Seuchenbekämpfung durch Gebietssanierung. In: Erde 1961, S. 181

Rother, K.: Saisonwanderung und Tabakanbau am Golf von Tarent. In: Geogr.Rundschau 8, 1968, S. 296

Rothmaler, W.: Die Waldverhältnisse im Peloponnes. In: Intersylva 3. Jg., Berlin 1943, S. 329-342
Rez. Fels PM 90, 1944, S. 294

Rousseau, R.: Evolution de la population en Grèce. In: L'Information Géogr. 5, 1962, S. 209-215

Roussopoulos, A.: Le rôle des municipalités et des communes dans le développement de l'économie en Grèce. In: Les Annales de l'économie collective 45, Genf 1957, S. 434

Saloutos, T.: The Greeks in the United States. Harvard Univ. Pr. 1964,
Rez. Manolis, Balkan Studies 6,1, 1965, S. 472-482

Sanders, I.T.: Rainbow in the rock: The people of rural Greece. Cambridge/Mass. 1962
Rez. Vouras, Balkan Studies 3,1, 1962, S. 207-208

- Greek society in transition. In: Balkan Studies 8,2, 1967, S. 317-332

Sauerwein, F.: Landschaft, Siedlung und Wirtschaft Innermesseniens. Frankfurter Wirtsch.- und Sozialgeogr. Schr. H. 4, 1968 (=Innermessenien. Eine Landeskunde. Diss. Frankfurt 1968)

Schaal, H.: Die Insel des Pelops. Streifzüge durch Landschaft und Geschichte Südgriechenlands. Abh. u. Vorträge hrsgg. v. d. Wittheit zu Bremen, Bd. 15, H. 2/3, Bremen 1943

Schaffer, F.X.: Landeskunde von Thrakien. Schriften z. Kunde d. Balkanhalbinsel XIX, Serajewo 1918

Scharner, F.: Ein Beitrag zur Frage der Dichtedarstellung in Kartogrammen. In: Allgem. Stat. Arch. 42, 1958, S. 125-139

Schildt, G.: Im Kielwasser des Odysseus. Frankfurt, Hamburg 1968

Schmidt, E.: Die Bevölkerungskarte von Afrika 1:5 Mill.. Diss. München 1959; veröff. in 1:10 Mill. in: Mitt. Geogr. Ges. München 1960

Schneider, H.E.: Zur quartärgeologischen Entwicklungsgeschichte Thessaliens. Beitr. z. ur- u. frühgeschichtl. Arch. d. Mittelmeer-Kulturraumes Bd. 6, Bonn 1968

Schroeder, Reiseführer: s. Grandjot

Schultze, J.H.: Vorläufiger Bericht über eine Reise nach Neugriechenland. In: Geogr. Wochenschr. 1, 1933

- Zweite Reise nach Neugriechenland. Das. 2, 1934

- Geographie der Malaria in Neugriechenland. Das. S. 754-760

- Die neugriechische Kolonisation Ostmakedoniens. In: Geogr. Anz. 1934

- Die neugriechische Kolonisation Westthrakiens. Das. 1935

- Neugriechenland. Eine Landeskunde Ost-Makedoniens und West-Thrakiens mit besonderer Berücksichtigung der Geomorphologie, Kolonistensiedlung und Wirtschaftsgeographie. PM Erg.-H. 233, Gotha 1937

- Umsiedlung und Raumforschung. In: Raumforsch. u. Raumordnung, Bremen 1948, H. 1

- Die Lehren der griechisch-türkischen Umsiedlung 1922/23. In: Abh. d. Akademie f. Raumforsch. u. Landesplanung Bd. 1, Bremen 1950

Schultze-Jena, L.: Makedonien. Landschafts- und Kulturbilder. Jena 1927

Scriven, G.P.: Some highways of Albania and a forgotten Riviera. In: Geogr. Review XI, 1921, S. 198-206

Seidlitz, W. v.: Der Einbruch der Ägäis und die Bruchbildung im levantinischen Gebiet. In: Jenaische Zeitschr. f. Naturwiss. Bd. 64, NF 57. Bd., Jena 1928, S. 21-32

- Diskordanz und Orogenese der Gebirge am Mittelmeer. Berlin 1931

Sergi, G.M.: Distribuzione delle dimore rurali sorte per necessità di difesa nel Salento. In: Atti XVII Congr. Geogr. Ital. III, Bari 1957, S. 368-376

Setta, N. Chr.: Die Landwirtschaft der Insel Lesbos. Athen 1962 (ngr.)

Sherrard, Ph.: Athos, Berg des Schweigens. Olten, Lausanne, Freiburg i.Br. 1959

Sibbles, P.C.: Ano Vlasia. Analyse van een bergdorp in de Peleponnesos. In: TAG 1960, S. 177-200

- , A.J. Schrijvers: Vrynena. Analyse van een bergdorp in Midden-Griekenland. Das. 1962, S. 315-332 (Ep. Almyros)

Sieberg, A.: Das Korinther Erdbeben vom 22. April 1928 in seinen Beziehungen zu den Erdbeben und dem geologischen Aufbau des östlichen Mittelmeergebietes. In: Jenaische Zeitschr. f. Naturwiss. Bd. 64, NF 57. Bd., 1928, S. 1-20

- Untersuchungen über Erdbeben und Bruchschollenbau im östlichen Mittelmeergebiet. In: Denkschr. d. Medizin.-Naturwiss. Ges. Jena 18, 1932, S. 161-273

Sion, J.: En Thessalie. In: La Géogr. 61, 1934, S. 1-16

- La Grèce. In: Géogr. Univers. VII, 1934, T. 2, Kap. 36-41, S. 512-575

Sivignon, M.: Aspects d'une plaine méditerranéenne. La Thessalie. In: Revue de Géogr. de Lyon Vol. 40, 2, 1965, S. 101-129

Smith, A.C.: The architecture of Chios, London 1962

Smith, T.L.: Fundamentals of population study. Chicago-Philadelphia-New York 1960

Sonder, R.A.: Zur Geologie und Petrographie der Inselgruppe von Milos. In: Zeitschr. f. Vulkanologie VIII, 1924, S. 181-237

Sorre, M.: Les migrations des peuples. Essai sur la mobilité géographique. Paris 1955

Spieß, A.: Die orthodoxen Handelsleute aus dem Balkan in der Slowakei. In: Balkan Studies 9,2, 1968, S. 381-428

Spyridakis, G.K.: Symvoli is tin meletin tis laikis ikias is Ikarian. In: Charistirion is A.K. Orlandu, Athen 1966, S. 56-60

Stadtmüller, G.: Osmanische Reichsgeschichte und balkanische Volksgeschichte. In: Leipziger Vj.-Schr. f. SO-Europa Jg. 3, 1939, S. 1-23

- Geschichte Südosteuropas. München 1950

Stavrianos, L.S.: The Balkans since 1453. New York ^{2}1959 Rez. Rexine, Balkan Studies 5,1, 1964, S. 178-179

Stählin, F.: Das hellenische Thessalien. Landeskundliche und geschichtliche Beschreibung Thessaliens in der hellenischen und römischen Zeit. Stuttgart 1924
Rez. Maull PM 1925, S.229
Philippson, Geogr. Zeitschr. 1926, S. 159

Stöckl, R.: Die Bevölkerungsdichte und verwandte Begriffe. In: PM 96, 1952, S. 168-179

Strehlke, E.G., H.H. Hilf, A. Oekonomopoulos: Griechenland - Waldland ohne Wald. In: Holz-Zentralblatt 85, 1959, Nr. 83, 91, 92

Struck, A.: Die macedonischen Seen. In: Globus 83, Nr. 14, Braunschweig 1903, S. 213-219, 238-243

- Makedonische Fahrten. I. Chalkidike. Wien-Leipzig 1907 (Zur Kunde der Balkanhalbinsel, 4)
II. Die Makedonischen Niederlande. Serajewo 1908 (Zur Kunde der Balkanhalbinsel, 7)

- Zur Landeskunde von Griechenland. Frankfurt/M. 1912

Supan, A.: Die Trockenlegung des Kopaissees. In: PM 35, 1889, S. 71-73

Svoronos, N.: Le commerce de Salonique au XVIIIe siècle. Paris 1956
Rez. Kyriakides, Balkan Studies 1, 1960, S. 157-160

Synchroni Geographia-Atlas: Synchroni Geographia-Atlas tis Ellados. Hrsg. P. Rodakis, K. Triantaphyllo. 2 Bde. Athen

Trifunoski, J.F.: Über die neuesten Bevölkerungswanderungen in Mazedonien (Jugoslawien). In: Mitt. Österr. Geogr. Ges. Wien, Bd. 105, 1963, S. 260

Trikkalinos, I.: Greek minerals and their importance. In: Ann. Géol. des Pays Hellén. 2, 1948/49, S. 61-85

- Beiträge zur Erforschung des tektonischen Baus und der Geologie von Griechenland in: Praktika ab 7, 1932; Ann. Géol. Pays Hellén. ab 1, 1942-47; Geology of Greece, 2, 1951; Pragmateiai 18,2, 1954

Trikkalinos, I.: Die Auswirkungen junger, sehr starker diluvialer und rezenter orogener Bewegungen in Gebieten Griechenlands. In: Stille-Festschrift, Stuttgart 1956, S. 64-76

Troni, A.: Griechenland und seine Wirtschaft. In: Universo 41, Florenz 1961, S. 927-942 (ital.)

Tsakonas, A.: Statistiki tis metallevtikis viomichanias tis Ellados kata ta eti 1940-1946, Athen 1948

Tsakonas, D.: Geist und Gesellschaft in Griechenland. Bonn 1965

Tsouderos, I.E.: The agricultural co-operatives within the framework of Greek social structure. Athen 1960 (ngr.)
Rez. Papaconstantinou, Balkan Studies 2,1, 1962, S. 164-167

Turill, W.B.: The plant life of the Balkan Peninsula. Oxford 1929

Ungern-Sternberg, R. v., H. Schubnell: Grundriß der Bevölkerungswissenschaft. Stuttgart 1950

Vacalopoulos, A.E.: La retraite des populations Grecques vers des régions éloignées et montagneuses pendant la domination Turque. In: Balkan Studies 4,2, Thessaloniki 1963, S. 265-276

Vasmer, M.: Die Slawen in Griechenland. Abh. d. Preuß. Akademie d. Wiss., phil.-hist. Kl. 12, Berlin 1941

Vassios, N.: Grundlagen und Möglichkeiten einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landbevölkerung auf dem Peloponnes. Diss. Bonn 1964

Viehzucht und Hirtenleben: Viehzucht und Hirtenleben in Ostmitteleuropa. Ethnographische Studien. Budapest 1961

Vöchting, F.: Die italienische Südfrage. Entstehung und Problematik eines wirtschaftlichen Notstandsgebietes, Berlin 1951

Vooys, A.C. de: Western Thessaly in Transition. In: TAG 1959, S. 31-54

- Messenia and Ilia. An analysis of two currant-growing regions. Das. 1960, S. 58-69

- Griekenland. Het heden van Hellas. Meppel 1962

Vooys, A.C. de, J.J.C. Piket: A geographical analysis of two villages in the Peleponnesos. In: TAG 1958, S. 30-55

Vosynioti, Chr. I.: The survival and development of Greek industry. In: Praktika 33, 1958, S. 25-38 (ngr. m. engl. Zus.fassung)

Vouras, P.P.: Northern Greece in our times. Problems and achievements. In: Balkan Studies 1, Thessaloniki 1960, S. 33-48

- The changing economy of Northern Greece since World War II. Balkan Studies, Beiheft 57, Thessaloniki 1962
Rez. Negreponti-Delivanis, Balkan Studies 4,2, 1963, S. 459-462

- The development of the resources of the island of Rhodes. In: Balkan Studies 4,1, Thessaloniki 1963, S. 37-46

Voyadzis, B.: Die Siedlungspolitik Griechenlands in der Nachkriegszeit. In: Leipziger Vj.-Schrift f. Südosteuropa 3, 1939, S. 275-280

Wace, A.J.B., M.S. Thompson: The nomads of the Balkans, London 1914
Rez. Iorga, Bull. de l'Inst. pour l'Etude de l'Europe Sud-Orientale, 2. Jg., Bukarest 1915, S. 105-130

Wagemann, E.: Menschenzahl und Völkerschicksal. Hamburg 1948

Wagstaff, J.M.: An outline of the agriculture in the Mani region of Southern Greece. In: TAG 82, 1965, S. 270-280

- House types as an index in settlement study: A case study from Greece. In: Transactions of the Inst. of Brit. Geogr. 37, 1965, S. 69-75

- Traditional houses in modern Greece. In: Geography 226, London 1965, S. 58-84

- The economy of the Mani Peninsula in the 18th century. In: Balkan Studies 6,2, 1965, S. 293-304

- Anonymous settlement planning in the Mani peninsula. In: Ekistics 22, Nr. 130, Athen 1966, S. 196-198

- A small coastal town in Southern Greece (Yithion). Its evolution and present condition. In: The Town Planning Review Bd. 37, Nr. 4, 1967, S. 255-270

- Rural migration in Greece. In: Geography 53, 1968, S. 175-179

Wapenhans, W.:	Griechenland. Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinental-europäischen Entwicklungslandes. Gießener Abh. z. Agrar- und Wirtschaftsforsch. d. europ. Ostens Bd. 15, Gießen 1960
Weigand, G.:	Die Sprache der Olymp-Walachen nebst einer Einleitung über Land und Leute, Leipzig 1888
-	Vlacho-Meglen. Eine ethnographisch-philosophische Untersuchung. Leipzig 1892
-	Ein Besuch bei den Walachen der Manjana in Akarnanien. In: Globus 63, 6, 189, S. 88
-	Die Aromunen. Bd. 1, Leipzig 1895
-	Rumänen und Aromunen in Bulgarien. Leipzig 1907
-	Ethnographie von Makedonien. Leipzig 1924
Weinmann, B.:	Die Böden der Insel Kefallinia (mit einer Bodentypenkarte). Gießener Abh. z. Agrar- und Wirtschaftsforsch. d. europ. Ostens, Bd. 28, Gießen 1964
-	Versalzungstendenzen in den Böden Griechenlands. Das. Bd. 32,Wiesbaden 1965, S. 53-72
-	Die Böden der Kykladeninsel Amorgos (Griechenland) und ihre landwirtschaftliche Nutzung. Das. Bd. 36, Wiesbaden 1967
Wilhelmy, H.:	Hochbulgarien I: Die ländlichen Siedlungen und die bäuerliche Wirtschaft. Schr. d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel 1935
-	Völkische und koloniale Siedlungsformen der Slawen. In: Geogr. Zeitschr. 1936
-	Thematische Kartographie. Hirts Kartographie in Stichworten II. III, Kiel 1966
William-Olsson, W.:	Die Bevölkerungsweltkarte 1:1 Mill.. In: Geogr. Taschenbuch 1962/63, S. 320-322
Winkler, E.:	Die Türkei. In: Geogr. Taschenbuch 1962/63, S. 156-179
Witthauer, K.:	Bevölkerungsdichte und -zunahme. Beziehungen der Zahlenwerte am Beispiel Jugoslawien. In: PM 1956

Witthauer, K.: Die Bevölkerung der Erde. Verteilung und Dynamik. PM Erg.-H. 265, 1958

- Eine Bevölkerungskarte der DDR. Versuch zur Vorbereitung der Weltbevölkerungskarte 1:1 Mill.. In: PM 1962, S. 217-219

- Zur Verteilung der Stadt- und Landbevölkerung in der DDR. In: PM 1966, S. 307-309

Wurm, A.: Zur Geologie von Ostmazedonien. In: Neues Jb. f. Min. I, 1921, S. 21-52

Zimpel, H.G.: Bevölkerungsdichte und Siedlungsverteilung im Bereich der mediterranen Randschwelle der Arabischen Halbinsel. Zum Entwurf einer vierfarbigen Karte 1:1 Mill. In: Mitt. Geogr. Ges. München 50, 1965, S. 47-75 (Louis-Festschrift)

- Die Verteilung der syrischen Bevölkerung 1960. In: PM 1966, S. 57-67

Zolotas, X.: Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung. Leipzig, Berlin 1926

Zorzi, A.: Le Cicladi Settentrionale. In: Le Vie del Mondo 3, 1966, S. 228-243

ABBILDUNGEN

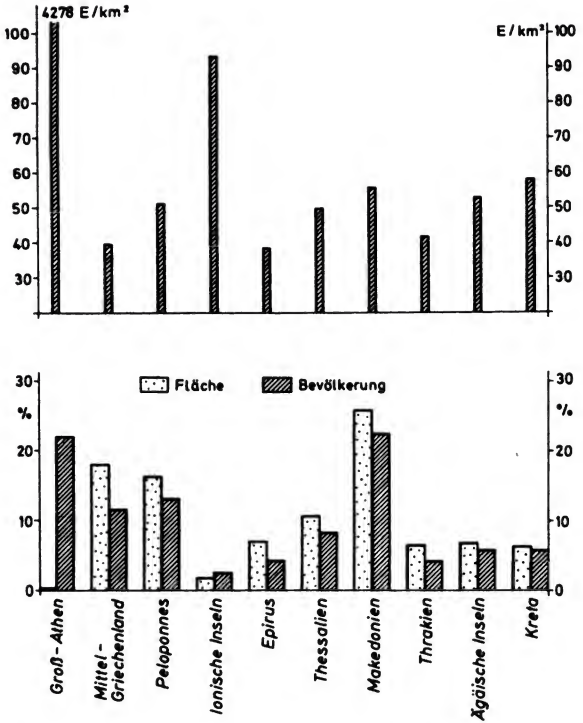


Abb. 1: Bevölkerungsdichte und Anteil der Regionen an Staatsfläche und Gesamtbevölkerung von Griechenland 1961

Unterlagen: s. Tab. 6

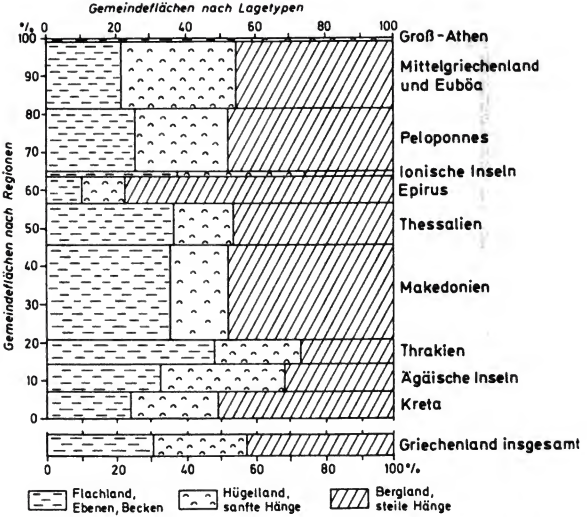


Abb. 2: Verteilung der Gemeindeflächen der einzelnen Regionen auf Ebenen, Hang- und Steil-(Gebirgs-)lagen 1961

Unterlagen: Stat. Jb. II, 6; Γ:1, Athen 1962 S XIX; s.a. Tab. 8

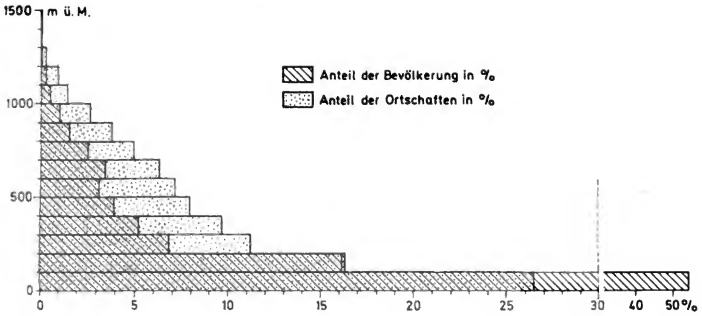


Abb. 3: Verteilung der Bevölkerung nach der Höhenlage der Ortschaften 1961

Unterlage: Stat. Jb. 1964, II, 13, S. 49

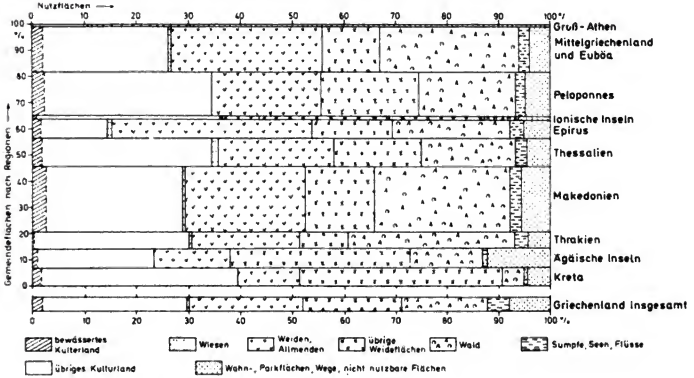


Abb. 4: Nutzung der Gemeindeflächen in den einzelnen Regionen 1961; bewässertes Kulturland in % der Gesamtfläche der Regionen 1962

Unterlage: [1], Athen 1962, S. XIII, Tab. B
[4], Athen 1964, Vol. I, Tab. 12, S. 120
s.a. Tab. 10

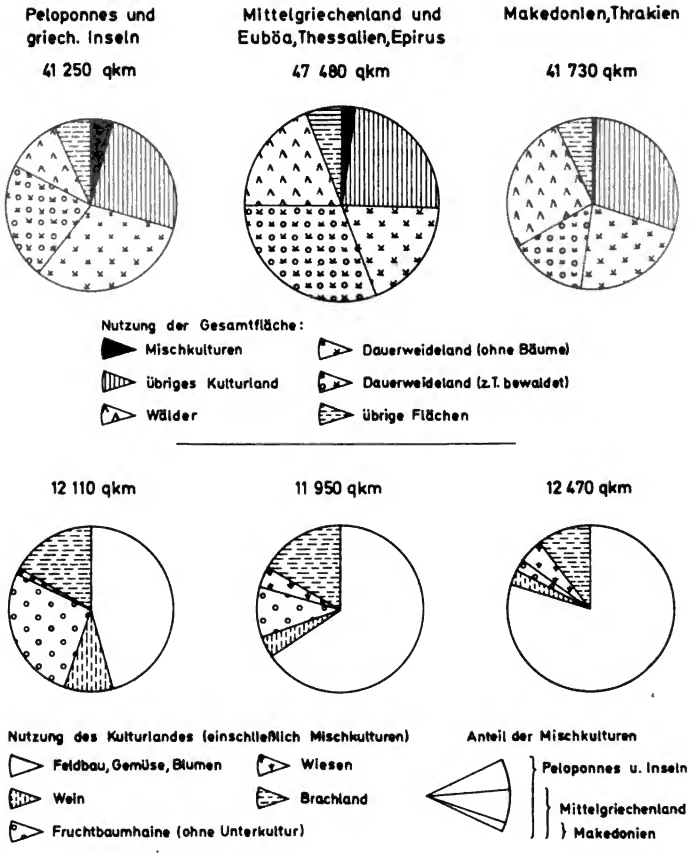


Abb. 5: Bodenbedeckung und Landnutzung in Nord-, Mittel- und Südgriechenland 1958

Quelle: I:1, Athen 1961, Diagramm S. 28

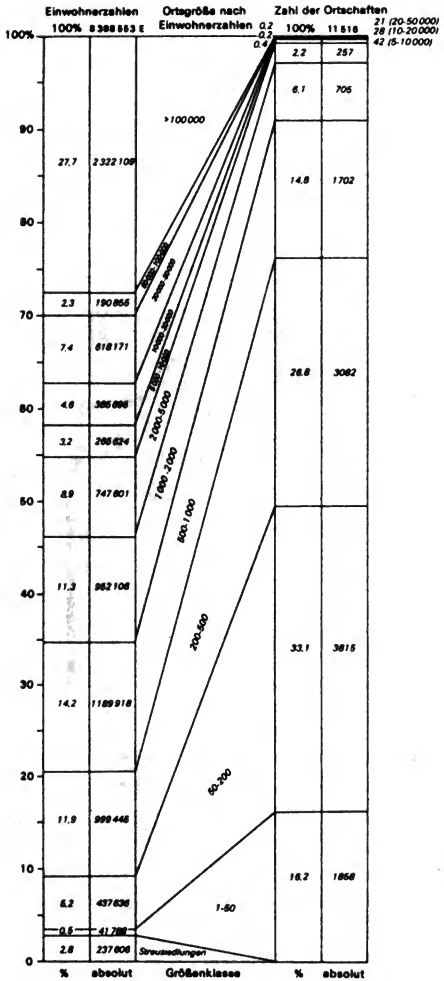


Abb. 6: Zahl der Ortschaften und ihrer Bewohner nach der Siedlungsgröße 1961

Unterlage: Stat. Jb. 1964, II, 12, S. 48

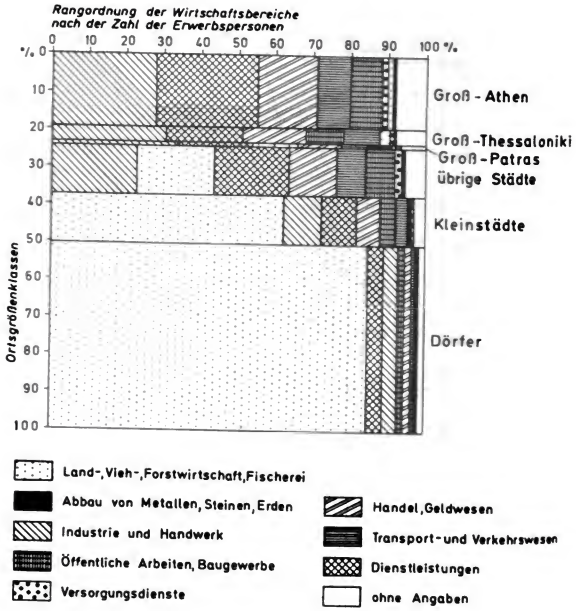


Abb. 7: Zugehörigkeit der ländlichen, klein-(halb-)städtischen und städtischen Gemeinden zu Wirtschaftsbereichen 1961

Unterlage: A:7, Vol.III, Athen 1962, Tab. XI
s.a. Tab. 16

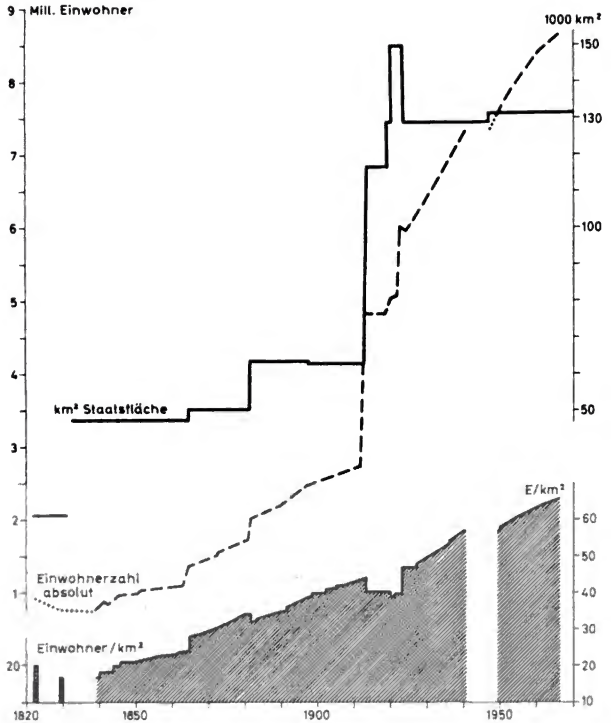


Abb. 8: Erweiterung der Staatsfläche und Anstieg von Bevölkerungszahl und -dichte zwischen 1821 und 1966

Unterlagen: s. Tab. 19

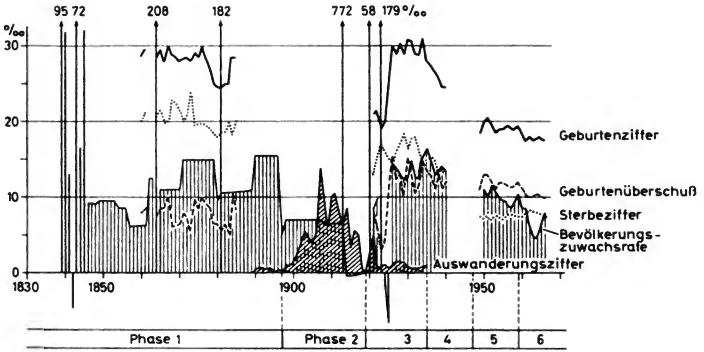


Abb. 9: Natürliche und tatsächliche Zuwachsraten 1839 - 1966; Entwicklungsabschnitte

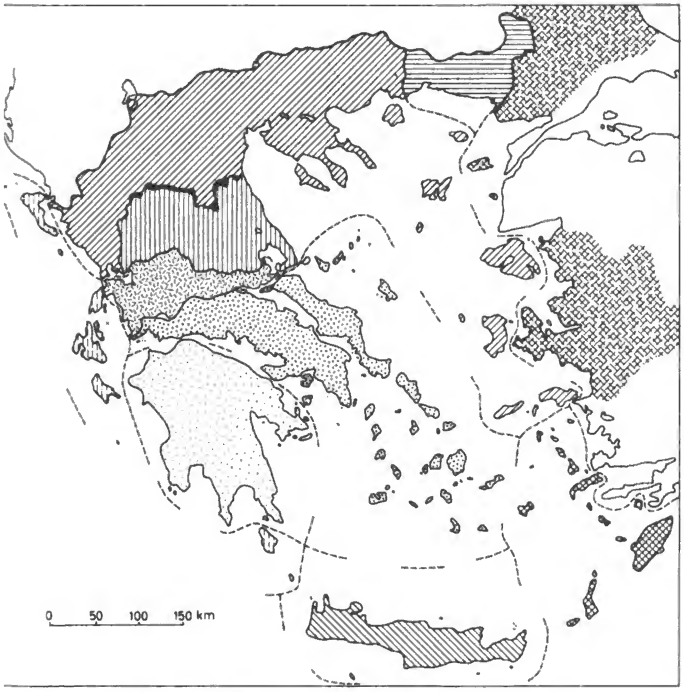


Abb. 10: Veränderungen des griechischen Staatsgebietes zwischen 1826 und 1947

Unterlagen: s. Tab. 19

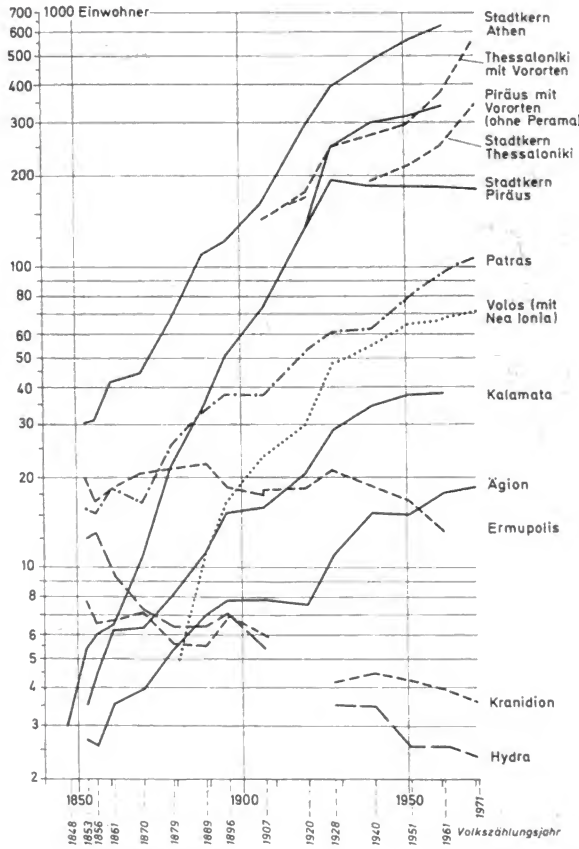


Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung in Athen und einigen Hafenstädten 1853-1961

Unterlagen: s. Beil. XI

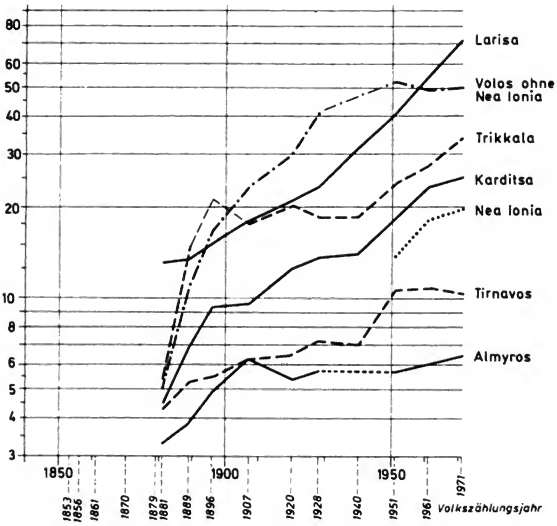


Abb. 12: Bevölkerungsentwicklung in den thessalischen Städten 1881-1961

Unterlagen: s. Beil. XI

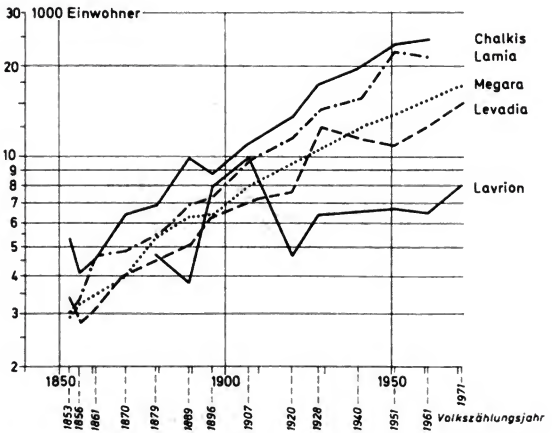


Abb. 13: Bevölkerungsentwicklung in den Städten des östlichen Mittelgriechenland 1853-1961

Unterlagen: s. Beil. XI

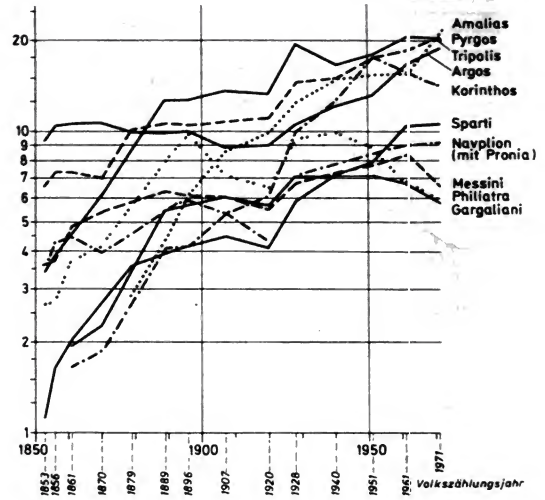


Abb. 14: Bevölkerungsentwicklung in den Städten der Peloponnes 1853-1961

Unterlagen: s. Beil. XI

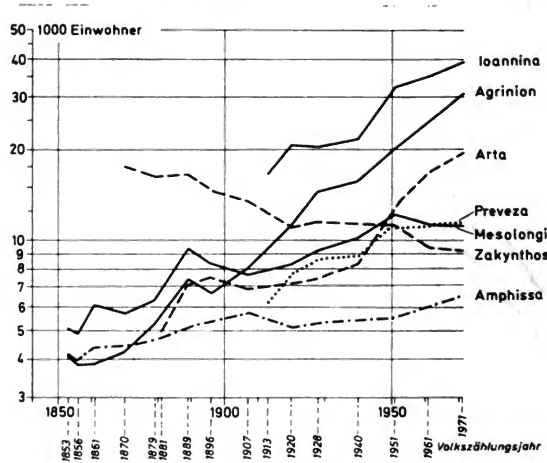
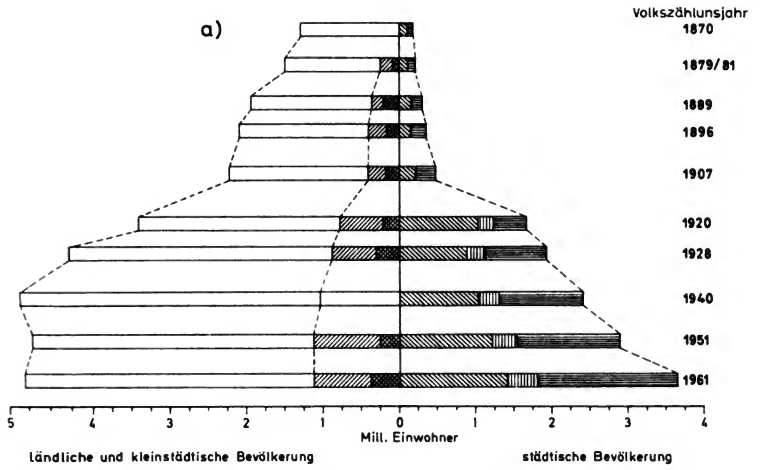


Abb. 15: Bevölkerungsentwicklung in den Städten des nördlichen und mittleren Westgriechenland 1853/1913-1961

Unterlagen: s. Beil. XI



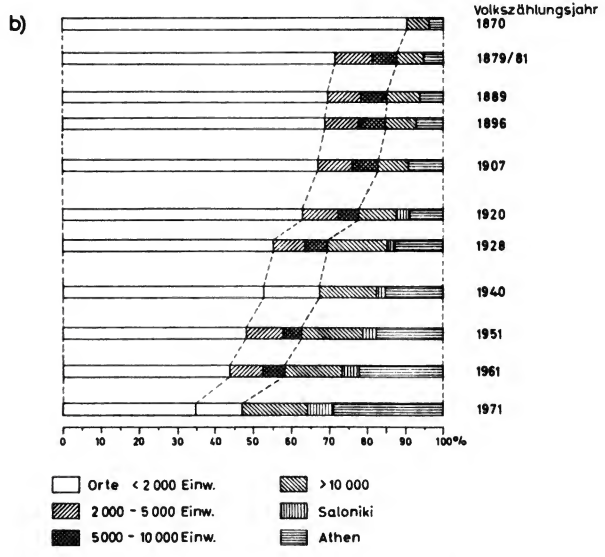


Abb. 16: Bevölkerungswachstum in ländlichen, kleinstädtischen und städtischen Gemeinden zwischen 1870 und 1961 und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 1870 und 1971

Unterlagen:s. Tab. 36

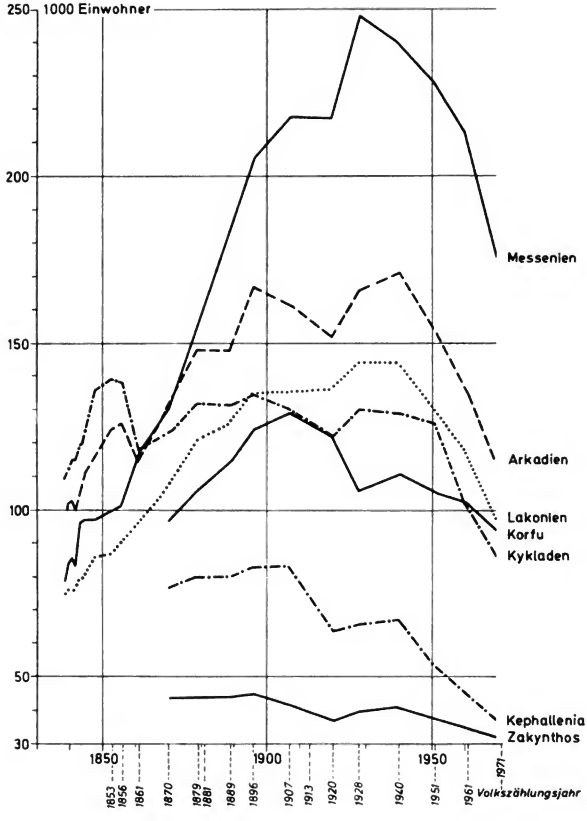


Abb. 17: Bevölkerungskurven der Abwanderungsgebiete. Bevölkerungsentwicklung auf den Ionischen Inseln, den Kykladen und der mittleren und südlichen Peloponnes zwischen 1838 und 1971

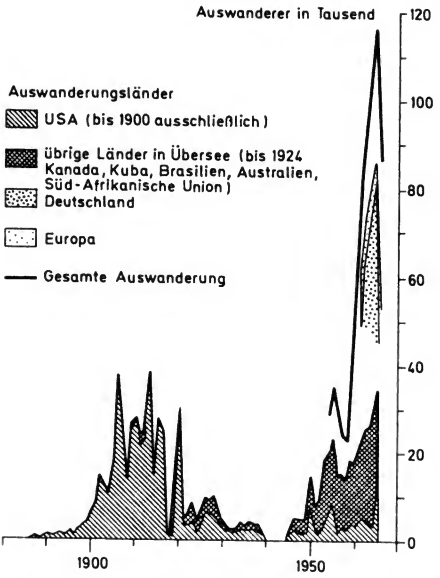


Abb. 18: Auswanderung aus Griechenland 1885-1966; Zahl der amtlich registrierten Auswanderer

Unterlagen: Stat. Jb. 1936, T. 3, Tab. 3 und 12; Stat. Jb. 1964, T. 1, II,2 und XVI, 4 und 5; Stat. Jb. 1967, I,1, II,23a
s.a. Beil. XII und Tab. 53

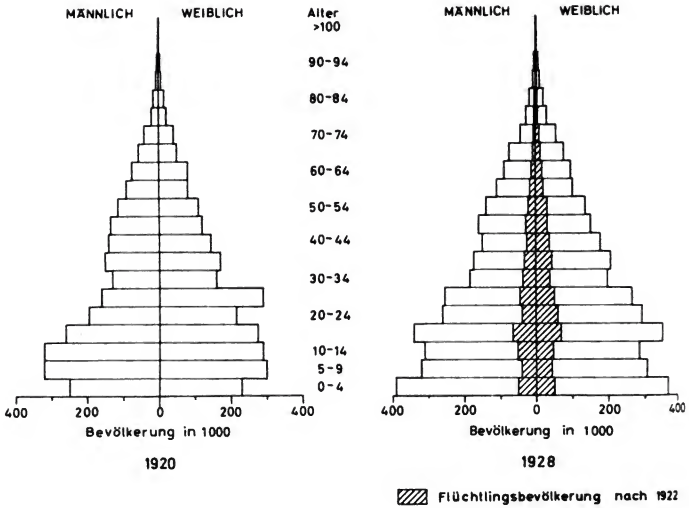


Abb. 19: Altersgliederungen von 1920 und 1928

Unterlagen: 1920: Res. Rec. Pop. 1920
1928: Stat. Jb. 1930, I, Tab. 22, S. 58

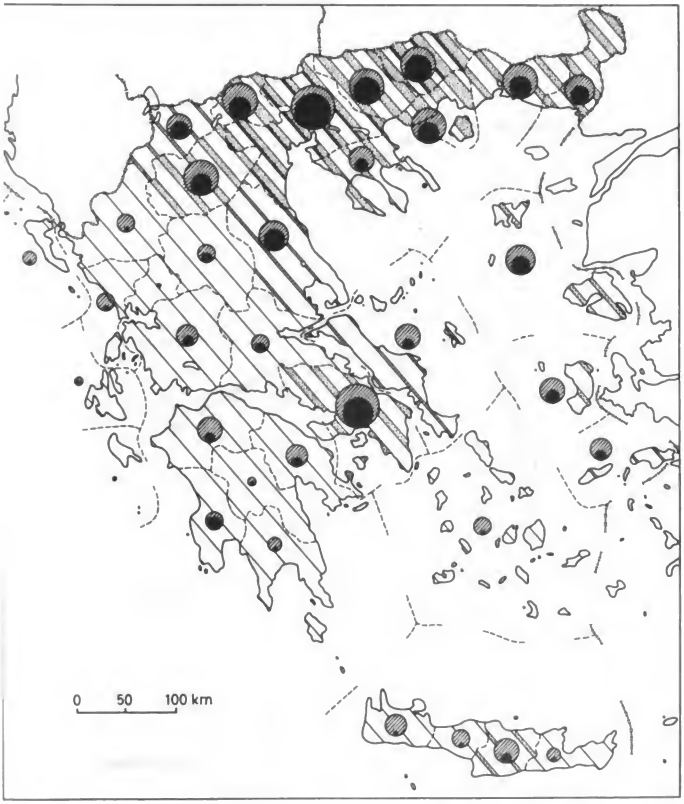


Abb. 20: Flüchtlingszustrom vor und nach 1922

Unterlagen: Stat. Jb. 1931, I,5 nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1928

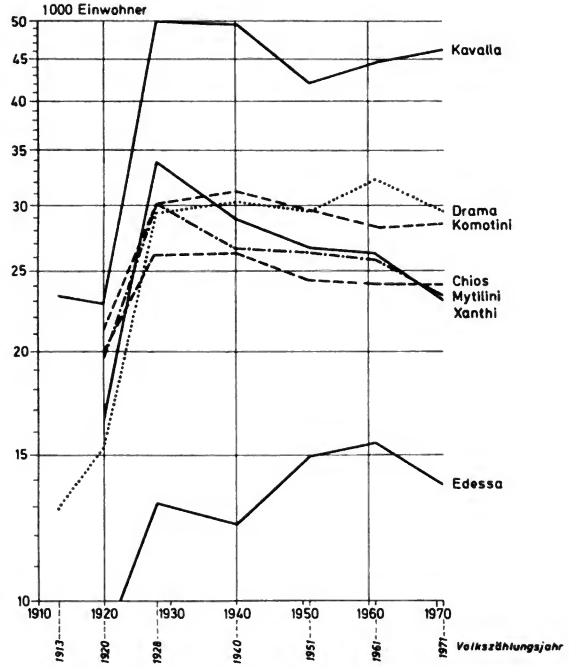


Abb. 21: Bevölkerungsentwicklung von Chios und Mytilini und einigen nordgriechischen Städten 1913/1920-1971

Unterlagen: s. Beil. XI

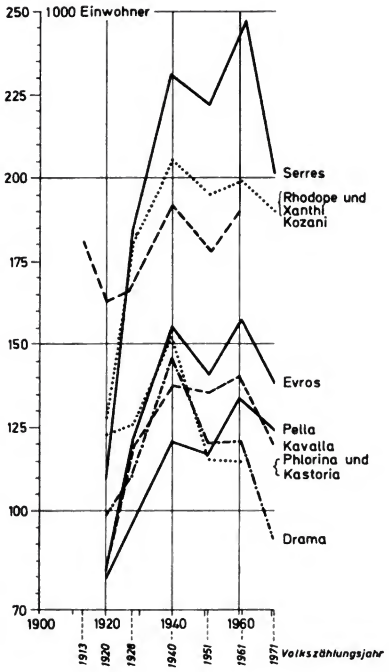


Abb. 22: Bevölkerungsentwicklung in den nordgriechischen Nomen zwischen 1913 bzw. 1920 und 1971

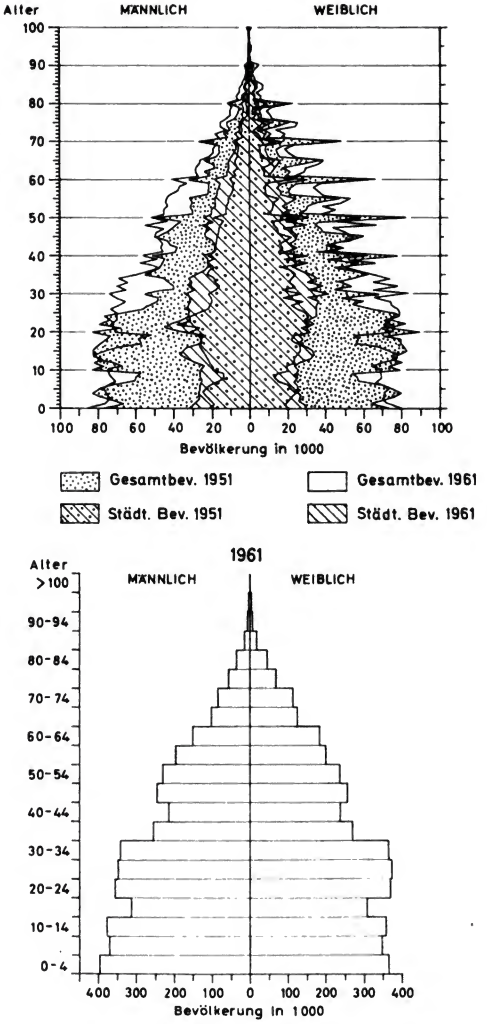


Abb. 23: Altersaufbau der städtischen und ländlichen Bevölkerung 1951 und 1961

Unterlagen: Jahresgliederung 1951 und 1961: Stat. Jb. 1964, S. 18-21; 5-Jahresgliederung 1961: Stat. Jb. 1964, S. 18 und 20

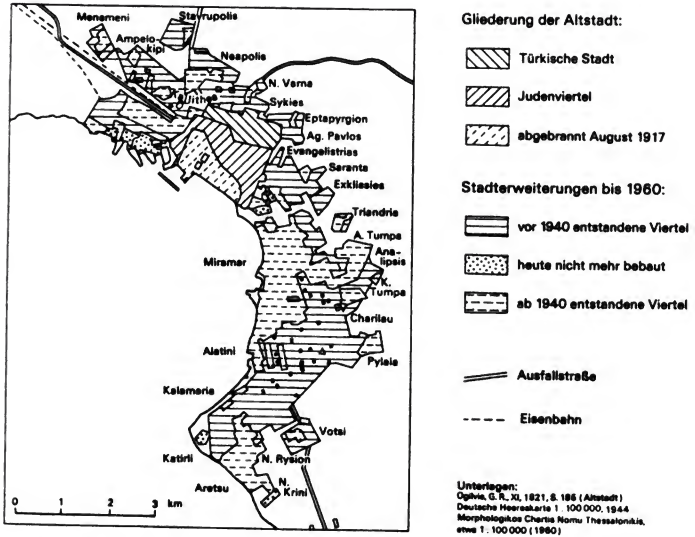


Abb. 24: Wachstum von Thessaloniki zwischen 1920 und 1960

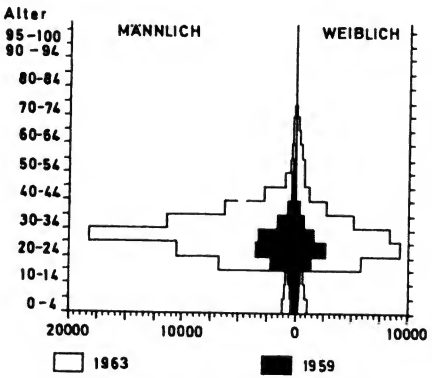


Abb. 25: Altersgliederung der Auswanderer 1959 und 1963 (Gesamtzahl der Auswanderer: 1959: 23.700 Pers., 1963: 100.100 Personen)

Unterlagen: Stat. Jb. 1959/60, S. 64; Stat. Jb. 1964, XVI,1, S. 388

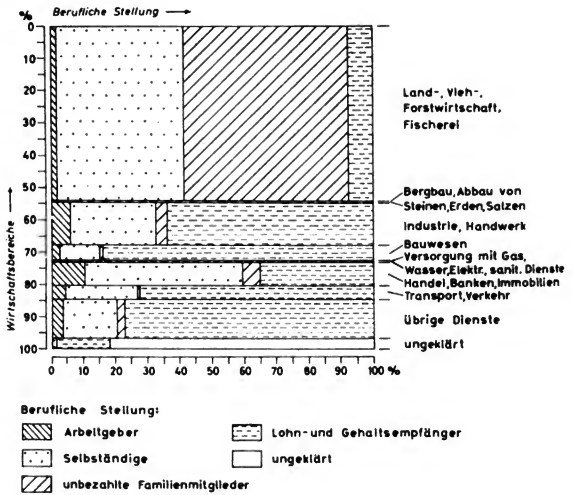


Abb. 26: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung 1961

Unterlage: Stat. Jb. 1964, VIII,3, S. 216-217

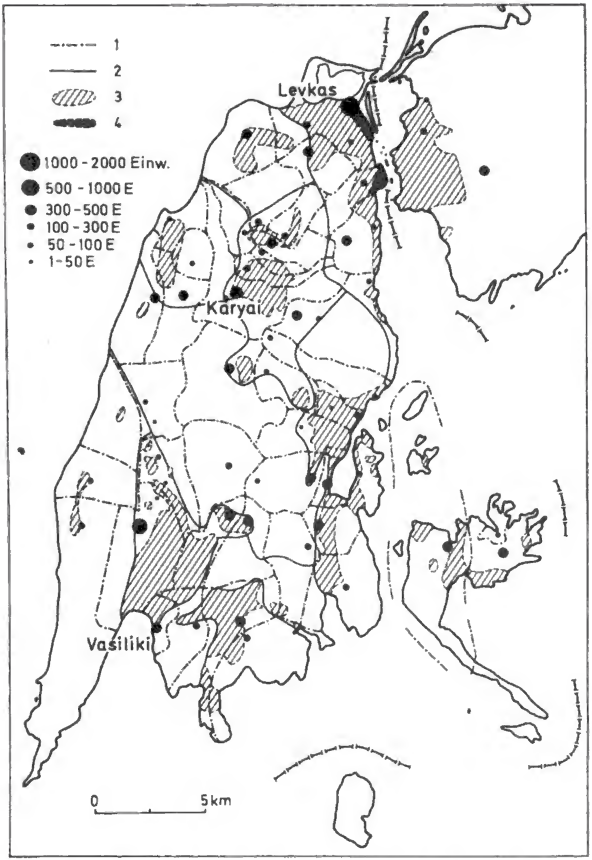


Abb. 27: Gemeinde- und Landschaftsgrenzen auf der Insel Leukas; 1. Verwaltungsgrenzen, 2. Landschaftsgrenzen, 3. Küstenebenen, Talzüge, Becken, Poljen mit Anbau von Obst, Wein, Getreide, Oliven, 4. Salinen

Unterlagen: Topogr. Nomoskartenwerk 1:200.000, 1963, und eigene Kartierungen

COLLOQUIUM GEOGRAPHICUM

Herausgegeben von C. Troll, H. Hahn, W. Kuls, W. Lauer

Band 1: *von Wissmann, Hermann:* Über seitliche Erosion. Beiträge zu ihrer Beobachtung, Theorie und Systematik im Gesamthaushalt fluviatiler Formenbildung. 1951. 71 S. *

Band 2: *Conzen, M. R. G.*: Geographie und Landesplanung in England. 1952. 83 S. DM 6,—

Band 3: *Lautensach, Hermann:* Der geographische Formenwandel. Studien zur Landschaftssystematik. 1953. 191 S. *

Band 4: *Waibel, Leo †:* Die europäische Kolonisation Südbrasiliens. Bearbeitet von *G. Pfeifer*. 1955. 152 S. DM 8,—

Band 5: *Kirsten, Ernst:* Die griechische Polis als historisch-geographisches Problem des Mittelmeerraumes. 1956. 154 S. *

Band 6: *Büdel, Julius:* Die Frostschuttzone Südost-Spitzbergens. 1960. 104 S. DM 10,—

Band 7: *Pardé, Maurice:* Influences de la Perméabilité sur le Régime des Rivères. 100 S. DM 13,20

Band 8: *Büdel, Julius:* Die Reliefтypen der Flächenspülzone Süd-Indiens am Ostabfall Dekans gegen Madras. 1965. 100 S. DM 14,75

Band 9: *Troll, Carl (Hrsg.):* Geo-Ecology of the Mountainous Regions of the Tropical Americas. 1968. 223 S. DM 20,—

Band 10: *Lauer, Wilhelm; Schöller, Peter; Aymans, Gerhard:* Beiträge zur geographischen Japanforschung. Hrsgeg. von *W. Lauer*. 1969. 80 S. DM 3,—

Band 11: *Hard, Gerhard:* Die „Landschaft" der Sprache und die „Landschaft" der Geographen. 1970. 278 S. DM 29,—

Band 12: *Argumenta Geographica.* Festschrift Carl Troll zum 70. Geburtstag. Hrsgeg. von *W. Lauer*. 1970. 295 S. DM 28,—

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN *(Fortsetzung)*

Heft 30: *Leidlmair, Adolf:* Hadramaut. Bevölkerung und Wirtschaft im Wandel der Gegenwart. 1961. 47 S. DM 6,50

Heft 31: *Schweinfurth, Ulrich:* Studien zur Pflanzengeographie von Tasmanien. 1962. 61 S. DM 8,50

Heft 32: *Jennings, J. N. and Sweeting, M. M.:* The Limestone Ranges of the Fitzroy Basin, Western Australia. A Tropical Semi-Arid Karst. 1963. 60 S. DM 13,20

Heft 33: *Zimmermann, Josef:* Die Indianer am Cururú (Südwestpará). Ein Beitrag zur Anthropogeographie Amazoniens. 1963. 111 S. DM 19,70

Heft 34: *Hahn, Helmut:* Die Stadt Kabul (Afghanistan) und ihr Umland. Teil I: Gestaltwandel einer orientalischen Stadt. 1964. 88 S. *

Heft 35: *Hahn, Helmut:* Die Stadt Kabul (Afghanistan) und ihr Umland. Teil II: Sozialstruktur und wirtschaftliche Lage der Agrarbevölkerung im Stadtumland. 1965. 79 S. DM 11,30

Heft 36: *Schweinfurth, Ulrich:* Neuseeland. Beobachtungen und Studien zur Pflanzengeographie und Ökologie der antipodischen Inselgruppe. 1966. 351 S. DM 43,—

Heft 37: *Ern, Hartmut:* Die dreidimensionale Anordnung der Gebirgsvegetation auf der Iberischen Halbinsel. Eine geographisch-ökologische Feldstudie. 1966. 132 S. DM 19,50

Heft 38: *Hansen, Folker:* Die Hanfwirtschaft Südostspaniens. Anbau, Aufbereitung und Verarbeitung des Hanfes in ihrer Bedeutung für die Sozialstruktur der Vegas. 1967. 155 S. DM 22,—

Heft 39: *Sermet, Jean:* Toulouse et Zaragosa. Comparaison des deux villes. 1969. 75 S. DM 16,—

Heft 40: *Bähr, Jürgen:* Kulturgeographische Wandlungen in der Farmzone Südwestafrikas. 1968. 137 S. DM 19,80

Heft 41: *Monheim, Rolf:* Die Agrostadt im Siedlungsgefüge Mittelsiziliens. Erläutert am Beispiel Gangi. 1969. 196 S. DM 21,—

Heft 42: *Heine, Klaus:* Fluß- und Talgeschichte im Raum Marburg. Eine geomorphologische Studie. 1970. 195 S. DM 20,—

Heft 43: *Eriksen, Wolfgang:* Kolonisation und Tourismus in Ostpatagonien. Ein Beitrag zum Problem kulturgeographischer Entwicklungsprozesse am Rande der Ökumene. 1970. 289 S. DM 29,—

Heft 44: *Rother, Klaus:* Die Kulturlandschaft der tarentinischen Golfküste. Wandlungen unter dem Einfluß der italienischen Agrarreform. 1971. 246 S. DM 28,—

Heft 45: *Bahr, Wolfgang:* Die Marismas des Guadalquivir und das Ebrodelta. Zwei spanische Reisbaulandschaften. 1972. 282 S. DM 26,—

Heft 46: *Toepfer, Helmuth:* Wirtschafts- und sozialgeographische Fallstudien in ländlichen Gebieten Afghanistans. 1972. 177 S. DM 16,—

Heft 47: *Golte, Winfried:* Das süddchilenische Seengebiet. Besiedlung und wirtschaftliche Erschließung seit dem 18. Jahrhundert. 1973. 183 S. DM 28,—

Heft 48: *Stephan, Johannes:* Die Landschaftsentwicklung des Stadtkreises Karlsruhe und seiner näheren Umgebung. 1974. 190 S. DM 40,—

Heft 49: *Thiele, Adelbert:* Luftverunreinigung und Stadtklima im Großraum München. 1974. 175 S. DM 39,—

Heft 50: *Bähr, Jürgen:* Migration im Großen Norden Chiles. (im Druck)

Heft 51: *Stitz, Volker:* Studien zur Kulturgeographie Zentraläthiopiens. 1974. 395 S. DM 29,—

Heft 52: *Braun, Cornel:* **Teheran, Marrakesch und Madrid Ihre Wasserversorgung mit Hilfe von Qanaten.** DM 32.–

Heft 53: *Klaus, Dieter:* **Niederschlagsgenese und Niederschlagsverteilung im Hochbecken von Puebla – Tlaxcala.** Im Druck

* **Johnson Reprint Corp. im Buchhandel erhältlich**

** **Vergriffen**

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN
ISSN 0373—0468
Herausgegeben von
H. Hahn W. Kuls W. Lauer P. Höllermann K. A. Boesler
Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Heft 55

Welf Selke

Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Eine politisch-geographische Studie

1977

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
— Dümmlerbuch 7555 —

Heft 3: *Zimmermann, Josef:* Bodenkultur und Landschaft der Erftniederung. 1949. 193 S. DM 12,—

Heft 4: *Hahn, Helmut:* Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks. 1950. 96 S. DM 4,50

Heft 5: *Timmermann, Liselotte:* Das Eupener Land und seine Grünlandwirtschaft. 1951. 92 S. DM 6,—

Heft 6: *Pfannenstiel, Max:* Die Quartärgeschichte des Donaudeltas. 1950. 85 S. DM 4,50

Heft 7: *Weis, Dieter:* Die Großstadt Essen. 1951. 84 S. *

Heft 8: *Bobek, Hans:* Die natürlichen Wälder und Gehölzfluren Irans. 1951. 62 S. DM 6,—

Heft 9: *Lauer, Wilhelm; Schmidt, Rolf-Dietrich; Schröder, Rudolf* und *Troll, Carl:* Studien zur Klima- und Vegetationskunde der Tropen. 1952. 182 S. *

Heft 10: *Hueck, Kurt:* Urlandschaft, Raublandschaft und Kulturlandschaft in der Provinz Tucumán im nordwestlichen Argentinien. 1953. 102 S. *

Heft 11: *Lautensach, Hermann:* Das Mormonenland als Beispiel eines sozialgeographischen Raumes. 1953. 46 S. *

Heft 12: *Schwalb, Mechthild:* Die Entwicklung der bäuerlichen Kulturlandschaft in Ostfriesland und Westoldenburg. 1953. 80 S. **

Heft 13: *Bartz, Fritz:* San Francisco-Oakland Metropolitan Area. Strukturwandlungen eines US-Amerikanischen Großstadtkomplexes. 1954. 72 S. *

Heft 14: *Nowack, Ernst †:* Land und Volk der Konso (Südäthiopien). 1954. 60 S. **

Heft 15: *Pardé, Maurice:* Beziehungen zwischen Niederschlag und Abfluß bei großen Sommerhochwassern. 1954. 59 S. *

Heft 16: *Braun, Günter:* Die Bedeutung des Verkehrswesens für die politische und wirtschaftliche Einheit Kanadas. 1955. 96 S. DM 8,—

Heft 17: *Schmithüsen, Josef; Klapp, Ernst* und *Schwabe, G. Helmut:* Forschungen in Chile. 1956. 190 S. **

Heft 18: *Hahn, Helmut:* Die deutschen Weinbaugebiete. 1956. 159 S. DM 8,—

Heft 19: *Steinmetzler, Johannes:* Die Anthropogeographie Friedrich Ratzels und ihre ideengeschichtlichen Wurzeln. 1956. 151 S. **

Heft 20: *Schweinfurth, Ulrich:* Die horizontale und vertikale Verbreitung der Vegetation im Himalaya. 1957. 375 S. DM 24,—

Heft 21: *Zimmermann, Josef:* Studien zur Anthropogeographie Amazoniens. Der Wirtschaftsraum Santarém. 1958. 97 S. DM 9,20

Heft 22: *Hahn, Helmut:* Die Erholungsgebiete der Bundesrepublik. Erläuterungen zu einer Karte der Fremdenverkehrsorte in der deutschen Bundesrepublik. 1958. 182 S. DM 10,80

Heft 23: *von Bauer, Peter-Paul:* Waldbau in Südchile. Standortskundliche Untersuchungen und Erfahrungen bei der Durchführung einer Aufforstung. 1958. 120 S. DM 10,80

Heft 24: *Butzer, K. W.:* Quaternary Stratigraphy and Climate in the Near East. 1958. 157 S. *

Heft 25: *Troll, C.:* Die tropischen Gebirge. Ihre dreidimensionale klimatische und pflanzengeographische Zonierung. 1959. 93 S. *

Heft 26: *Fränzle, O.:* Glaziale und periglaziale Formbildung im östlichen Kastilischen Scheidegebirge (Zentralspanien). 1959. 80 S. DM 9,20

Heft 27: *Bartz, Fritz:* Fischer auf Ceylon. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Bevölkerungsgeographie des indischen Subkontinents. 1959. 107 S. DM 10,—

Heft 28: *Lautensach, Hermann:* Maurische Züge im geographischen Bild der Iberischen Halbinsel. 1960, 98 S. DM 10,50

Heft 29: *Koepcke, Hans-Wilhelm:* Synökologische Studien an der Westseite der peruanischen Anden. 1961. 320 S. DM 26,—

(Fortsetzung siehe 4. Umschlagseite)

Welf Selke / Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN
ISSN 0373—0468
Herausgegeben von
H. Hahn W. Kuls W. Lauer P. Höllermann K. A. Boesler
Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Heft 55

Welf Selke

Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Eine politisch-geographische Studie

1977

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
— Dümmlerbuch 7555 —

Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Eine politisch-geographische Studie

von

Welf Selke

Mit 24 Tabellen, 3 Abbildungen, 10 Karten (3 davon als Beilage) und einer 4-seitigen spanischen Zusammenfassung

In Kommission bei

FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN

G
58
.B72
no.55

Dümmlerbuch 7555

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-427-75551-7

Herstellung: city-druck *Leopold* bonn Verlagsdruckereigesellschaft mbH
Postfach 1947 · 5300 Bonn 1

V o r w o r t

Die vorliegende geographische Untersuchung über die raumordnungspolitische Bedeutung der Ausländerwande-
[illegible] Wirtschaftsrezession nicht
[illegible] einer vergangenen "Wachs-
[illegible] die die Zuwanderung ausländ-
[illegible] ikator ungehemmten Wirt-
[illegible] t der Zuwanderung der Aus-
[illegible] haben sich im Zuge der kon-
[illegible] n der Quantität her sicher-
[illegible] esfalls gelöst.

[illegible] trotz einer Million Arbeits-
[illegible] dische Arbeitnehmer mit ihren
[illegible] zur deutschen Bevölkerung
[illegible] sgruppe angesehen werden
[illegible] empirischen Teils dieser
[illegible] nenwanderung der Ausländer.

[illegible] politisch relevantes Problem
[illegible] in diesem Frühjahr im Raumord-
[illegible] ierung vorgelegten Zielvor-
[illegible] henswerte regionale Verteilung
[illegible] 1. April dieses Jahres in
[illegible] zur Regulierung des Zuzuges
[illegible] sgebiete.

[illegible] -geographische Studie möchte
[illegible] wischen den Binnenwanderungs-
[illegible] der und den diesbezüglichen
[illegible] ungen - unter Einschätzung der
[illegible] erungsinstrumenten - systema-
tisch darstel[illegible] wonnenen Ergebnisse können

G
58
.B72
no.55
Selke, Wolf.
Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland : ein politisch-geographische Studie. Bonn : Dümmler, 1977.
167 p. (Bonner geographische Abhandlungen, Heft 55)
ISBN 3427755517
Series used
TOE MEK 5-17-77
TEMPORARY ONE ENTRY
UNIV. OF MICHIGAN LIBRARIES

G
58
.B72
no.55

ümmlerbuch 7555

Alle R

BN 3-427-75551-7

Herst

Leopold bonn Verlagsdruckereigesellschaft mbH
ostfach 1947 · 5300 Bonn 1

Vorwort

Die vorliegende geographische Untersuchung über die raumordnungspolitische Bedeutung der Ausländerwanderung ist auch angesichts der Wirtschaftsrezession nicht als "historische" Betrachtung einer vergangenen "Wachstumsphase" aufzufassen, für die die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer ein Indikator ungehemmten Wirtschaftswachstums war. Die mit der Zuwanderung der Ausländer verbundenen Probleme haben sich im Zuge der konjunkturellen Abschwächung von der Quantität her sicherlich verringert, jedoch keinesfalls gelöst.

Heute leben im Bundesgebiet trotz einer Million Arbeitsloser zwei Millionen ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien, die im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung als eine mobile Bevölkerungsgruppe angesehen werden müssen. Im Mittelpunkt des empirischen Teils dieser Studie steht daher die Binnenwanderung der Ausländer.

Daß es sich hierbei um ein politisch relevantes Problem handelt, davon zeugen die in diesem Frühjahr im Raumordnungsbericht der Bundesregierung vorgelegten Zielvorstellungen über eine wünschenswerte regionale Verteilung der Ausländer sowie das am 1. April dieses Jahres in Kraft getretene Verfahren zur Regulierung des Zuzuges von Ausländern in Ballungsgebiete.

Die vorliegende politisch-geographische Studie möchte das Spannungsverhältnis zwischen den Binnenwanderungsentscheidungen der Ausländer und den diesbezüglichen politischen Zielvorstellungen - unter Einschätzung der Raumwirksamkeit von Steuerungsinstrumenten - systematisch darstellen. Die gewonnenen Ergebnisse können

vielleicht dazu beitragen, die Diskussion über raumordnungspolitische Handlungskonzepte fortzusetzen, die sich nicht nur an einem regionalen Disparitätenabbau, sondern an der Problemlage einzelner Bevölkerungsgruppen orientieren.

Für sein reges Interesse an dieser Arbeit, für zahlreiche klärende Ratschläge, danke ich meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Boesler. Er hat die Arbeit in ihrer Entwicklung und Gestaltung wissenschaftlich betreut.

Herrn Professor Dr. Ganser und Herrn Dr. Gatzweiler von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung danke ich für ihre Anregungen und die Bereitstellung umfangreichen Datenmaterials, den Herausgebern der Bonner Geographischen Abhandlungen für die Aufnahme der Arbeit in diese Reihe.

Bonn-Bad Godesberg, im Dezember 1975

Wolf S e l k e

I N H A L T

		Seite
1.	PROBLEMFORMULIERUNG UND UNTERSUCHUNGSZIELE	1
2.	METHODISCHES VORGEHEN	5
3.	DIE POSITION DER AUSLÄNDER IN DER GESELLSCHAFTSORDNUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	9
3.1.	Rechtliche Situation	9
3.2.	Sozio-ökonomische Position	13
4.	ANALYSE DER AUSLÄNDERVERTEILUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UNTER RAUMORDNUNGSPOLITISCHEN ASPEKTEN	20
4.1.	Das Zielsystem zur räumlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland	20
4.2.	Verteilung der Ausländer über die 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms	26
5.	REGIONALE MOBILITÄT DER AUSLÄNDER IM VERGLEICH ZUR DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG	30
5.1.	Bewertung der Datenbasis	30
5.2.	Struktur des Außenwanderungssaldos der ausländischen Bevölkerung	35
5.3.	Regionale Verteilung der Außen- und Binnenwanderungssalden in den 38 Gebietseinheiten der Bundesrepublik	41
5.4.	Wanderungsverflechtungsanalyse für ein ausgewähltes Untersuchungsgebiet	52
5.4.1.	Abgrenzung und regionale Einteilung des Untersuchungsraumes	52
5.4.2.	Regionale Konzentration der Wanderungen von Ausländern und Deutschen	57

Seite

5.4.3. Nodalstruktur des Untersuchungsraumes und raumzeitliche Dynamik der interregionalen Mobilität 61

6. ERKLÄRUNGSMODELL DER AUSLÄNDERWANDERUNG 71

6.1. Außenwanderung 71

6.2. Binnenwanderung 79

7. ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER REGIONALEN MOBILITÄT DER AUSLÄNDER 85

7.1. Die Funktion der Prognose im Raumplanungsprozeß 85

7.2. Regionale Arbeitsmarktbilanzen als Grundlage der Wanderungsvorausschätzung 88

7.3. Prognose der Ausländer für das Bundesgebiet 92

7.4. Prognose der Ausländer für ausgewählte Gebietseinheiten 101

8. ZIELVORSTELLUNGEN ZUR REGIONALEN MOBILITÄT DER AUSLÄNDER 105

8.1. Zielprojektion für das Bundesgebiet 105

8.2. Regionalisierte Zielprojektionen 111

8.2.1. Methoden der Zielfindung zur regionalen Bevölkerungsverteilung 111

8.2.2. Regionale Zielprognosen für die Ausländerwanderung 116

9. BEURTEILUNG DER RAUMWIRKSAMKEIT EINER STEUERUNG DER AUSLÄNDERWANDERUNG 125

9.1. Administrative Regulierung der Außenwanderung 125

9.2. Regional differenzierende Steuerungsinstrumente 134

ZUSAMMENFASSUNG WESENTLICHER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE 142

Resúmen de los resultados más importantes 146

(Spanische Zusammenfassung)

LITERATURVERZEICHNIS 150

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

		Seite
1	Quadratische Matrix	32
2	Entwicklung der Nationalitätenstruktur der ausländischen Arbeitnehmer, 1954-1972	36
3	Entwicklung des inländischen Arbeitskräftepotentials und des Arbeitskräftebedarfs von 1960-1990 - in Mio.	99

VERZEICHNIS DER KARTEN

1	Gebietseinheiten für das Bundesraumordnungsprogramm (als Beilage)	
2	Schwerpunkträume mit besonderen Strukturschwächen (als Beilage)	
3	Problemräume der großräumigen Bevölkerungsverteilung (als Beilage)	
4	Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in den Gebietseinheiten, 1973	29
5	Rotation der Ausländer innerhalb des Bundesgebietes, 1966/71	45
6	Gebietseinheiten, nach gruppenspezifischen Typen regionaler Binnenmobilität gegliedert	47
7	Untersuchungsgebiet der Wanderungsverflechtungsanalyse	56
8	Nodalstruktur des Untersuchungsgebietes	62
9	Wanderungsgefälle zu ausgewählten Kernräumen	64
10	Wanderungsgefälle von und zur Peripherie-Region "Oberwesterwald"	66

VERZEICHNIS DER TABELLEN

1	Beschäftigtenstruktur der in- und ausländischen abhängigen Beschäftigten sowie Ausländerquote 1971	15
2	Fluktuationsgrad nach der Staatsangehörigkeit 1965 (in %)	19

		Seite
3	Ausländerbeschäftigung im internationalen Vergleich	26
4	Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in den Räumen mit Zuwanderungsdruck, 1973	27
5	Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in abwanderungsgefährdeten Räumen, 1973	27
6	Struktur des Außenwanderungssaldos der Ausländer 1962 - 1970 - ausgewählte Strukturdaten in % -	38
7	Wanderungssaldo der 38 Gebietseinheiten, 1966-1971	42
8	Außenwanderungssaldo - Ausländer - der Schwerpunkträume mit besonderen Schwächen in der Infra- und / oder Erwerbsstruktur, 1966/1971	41
9	Ausländerbinnenwanderung - Gebietseinheiten mit positivem Saldo, 1966/71 -	44
10	Binnenwanderungssalden der 38 Gebietseinheiten, gegliedert nach gruppenspezifischen Typen regionaler Mobilität - Jahresdurchschnitt 1966/71 auf 1 000 Einwohner, VZ - 1970 -	48
11	Untersuchungsgebiet der Wanderungsverflechtungsanalyse - Wohnbevölkerung und Ausländerstand, VZ 1970 -	55
12	Entropie gruppenspezifischer Wanderungen im Untersuchungsgebiet	58
13	Normierte Entropie der Zuzüge H*(Z) von Ausländern und Deutschen für ausgewählte Untersuchungsregionen	59
14	Normierte Entropie der Zuzüge H*(Z) von Ausländern und Deutschen für ausgewählte Untersuchungsregionen - Umlandregionen -	60
15	Mittlere Erstdurchlaufzeiten ausgewählter Randregionen nach Kernräumen	67
16	Mittlere Erstdurchlaufzeiten zwischen Kernräumen	68

		Seite
17	Mittlere Erstdurchlaufzeiten zwischen Kernraum und Randregion	69
18	Mittlere Erstdurchlaufzeiten zwischen Kernräumen und Regionen im Ruhrgebiet	70
19	Status quo-Prognose im Bundesraumordnungsprogramm	94
20	Prognose der Ausländer für 1985 in der Bundesrepublik Deutschland in Anlehnung an das Bundesraumordnungsprogramm	96
21	Prognose der Ausländerentwicklung aufgrund des generativen Verhaltens - unter besonderer Annahme zur Außenwanderung	97
22	Status quo-Prognose der Ausländer für 1985 in expandierenden Gebietseinheiten in Anlehnung an das Bundesraumordnungsprogramm	102
23	Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung sowie ausländische Erwerbspersonen 1972 bis 1988 - Zielprojektion -	109
24	Steuerungsinstrumente der Außenwanderung europäischer Industriestaaten	127

1. PROBLEMFORMULIERUNG UND UNTERSUCHUNGSZIELE

Der ständige Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland seit ca. 15 Jahren ist von einer umfangreichen Zahl von Publikationen und öffentlichen Diskussionsbeiträgen begleitet worden. Dabei wurden insbesondere die wirtschaftlichen Ursachen und Folgen der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sowie die damit verbundenen sozialen Aspekte erörtert.[1)]

Untersuchungen, die von der Prämisse ausgehen, daß eine größere Anzahl ausländischer Arbeitskräfte mit ihren Familien ein fester Bestandteil der Bevölkerung im Bundesgebiet sind, fehlen derzeit. Das Problem der gesellschaftspolitischen Integration der ausländischen Bevölkerung, das sich mit ihrem weiteren Zuzug verschärfte, wurde zumeist mit dem Hinweis abgewertet, daß ausländische Arbeitnehmer in der Regel nur einige Jahre in Deutschland arbeiten, um anschließend wieder in ihr Heimatland zurückzukehren. Erst die zunehmende Aufenthaltsdauer der Ausländer und der damit verbundene wachsende Nachzug von Familienangehörigen machten deutlich, daß sich viele Ausländer für einen längeren Zeitraum, wenn nicht für immer, im Bundesgebiet aufhalten werden.

Es waren als erstes die großen Kommunen, die mit den Folgelasten einer ständig wachsenden Ausländerzahl konfrontiert wurden und darauf aufmerksam machten, daß in der Bundesrepublik Deutschland "eine Ausländerpolitik betrieben wird, die der Tatsache der dauernden Einwanderung von Ausländern offensichtlich nur bedingt Rechnung trägt".[2)] Die hohe regionale Konzentration der Ausländer in einigen Verdichtungsgebieten ist dabei als ein Indikator eines ungehemmten regionalen Anwachsens der Arbeitsplätze auf engem Raum anzusehen. Dieser Konzentrationsprozeß steht im Gegensatz zu dem Auftrag der Raumordnungspolitik, "in allen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogene wirtschaft-

---

1) Vgl.-DEUTSCHER BUNDESTAG, WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE (Hrsg.), 1973.
-BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.), 1972.

2) LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN, STADTENTWICKLUNGSREFERAT (Hrsg.) 1972, S. 1.

liche, soziale und kulturelle Verhältnisse zu schaffen, zu sichern und weiter zu entwickeln".[1]

Als Konsequenz der Ausländerwanderungsgewinne - insbesondere nach Überwindung der Rezession 1967 - wurde auf kommunaler Ebene die Integration des ausländischen Bevölkerungsanteils "als kommunale Querschnittsaufgabe im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung" in Angriff genommen.[2] Diese kommunalpolitische Aufgabe kann wegen des regional unterschiedlichen Ausländerwachstums nur dann erfolgreich angegangen werden, wenn sie durch flankierende Maßnahmen, die die interregionale Mobilität der Ausländer unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten steuern, unterstützt wird.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Wanderungsdynamik heute entscheidend von ausländischen Arbeitskräften ausgeht.[3] Entsprechende Wanderungsanalysen, speziell über die ausländische Bevölkerung, sind allerdings im Rahmen der regionalen Mobilitätsforschung noch nicht erstellt worden.[4] Daher sollen derartige Analysen sowie die raumstrukturellen Auswirkungen der Wanderungen von Ausländern im Mittelpunkt des empirischen Teils dieser Studie stehen.

Die Arbeit untersucht, in welchem Ausmaß die regionale Mobilität der Ausländer zur Verwirklichung der raumordnungspolitisch angestrebten Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland beiträgt. Werden die raumordnungspolitischen Bemühungen der Bundesregierung, die den Abbau regionaler Disparitäten in der Infrastrukturversorgung, die Schaffung einer hohen Umweltqualität sowie die Sicherung der Grundlagen für eine lang-

---

1) Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm), 1975, S.3.

2) ROTHAMMER, P. u. Mitarbeiter.

3) Raumordnungsbericht 1972, S. 27.

4) Vgl. MACKENSEN, R., VANBERG, M., KRÄMER, K, 1975, S. 15.

fristige und ausgewogene Wirtschaftsentwicklung in allen Teilräumen des Bundesgebietes fordert, durch die Migrationsprozesse der Ausländer begünstigt oder erschwert?

Bund und Länder haben 1975 ein Bundesraumordnungsprogramm verabschiedet, in dem diejenigen Räume ausgewiesen werden, die bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen eine besondere Beachtung finden sollen.[1] Für eine langfristig angelegte Raumordnungspolitik ist es wichtig zu wissen, inwieweit die regionale Mobilität der Ausländer

- den Abwanderungstendenzen aus den abwanderungsgefährdeten Problemräumen der großräumigen Bevölkerungsverteilung entgegenwirkt oder fördert (vgl. Karte 3),
- den Grad der Überlastung speziell der Verdichtungsräume, die in Problemräumen mit Zuwanderungsdruck liegen, beeinflußt (vgl. Karte 3),
- die raumordnungspolitische Strategie einer Schwerpunktbildung in Schwerpunkträumen mit besonderen Strukturschwächen fördert (vgl. Karte 2).

Aufgrund dieser Erkenntnisse ist es möglich, eine raumordnungspolitisch motivierte Konzeption in die Diskussion über eine Lösung des Problems der Ausländerbeschäftigung einzubringen.

Die Bundesregierung hat 1973 eine politische Konzeption zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer beschlossen, die von der Einsicht ausgeht, daß bei einer weiterhin ungesteuerten Entwicklung der Ausländerbeschäftigung soziale Konflikte nicht mehr ausgeschlossen werden können. Zur Verhinderung derartiger Spannungen wird es als notwendig angesehen, eine Politik der sozialverantwortlichen Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung einzuleiten.[2] Inwieweit administrative Eingriffe in die regionale Ausländermobilität in ihren Auswirkungen die räumlich

---

1) Vgl. Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, Abschnitt III.
2) Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung, 1973, S.693 f.

strukturelle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland unterstützen, läßt sich aus der raumordnungspolitischen Diagnose der Ausländerwanderung entnehmen.

Jedoch sollten in einer derartigen Untersuchung die ausländerspezifischen Mobilitätsvorgänge nicht nur interessieren, um veränderte räumliche Strukturen zu beschreiben und die derzeit praktizierte Ausländerpolitik aus der Sicht der Raumordnung zu bewerten. Die Ergebnisse der Analyse und Prognose der Ausländerwanderung sind generell zur Beurteilung raumordnungspolitischer Zielsetzungen zur Bevölkerungsverteilung von besonderem Gewicht. Dabei geht es in dieser Arbeit um die Frage, ob Zielprojektionen zur Ausländerverteilung ein geeignetes Instrument für den Abbau regionaler Disparitäten im Sinne des Bundesraumordnungsprogramms sind.[1] Eine differenzierte Betrachtung der räumlichen Bevölkerungsbewegung, aufgeschlüsselt nach Deutschen und Ausländern, kann letztlich dazu beitragen, raumordnungspolitische Zielvorstellungen zur Bevölkerungswanderung und darauf ausgerichtete Steuerungsmaßnahmen zu überprüfen und eventuell revidieren zu helfen.

---

1) Vgl. Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, Abschnitt I.

2. METHODISCHES VORGEHEN

Die vorliegende Arbeit geht von jenem raumwissenschaftlichen Ansatz der Wirtschafts- und Sozialgeographie aus, der sich durch die Beschäftigung mit der Analyse der Ziele und Mittel staatlichen Handelns zur Ordnung des Raumes auszeichnet. Die methodologischen Grundgedanken dieses Ansatzes bauen auf der "strukturellen Phase" der anthropogeographischen Wissenschaft auf, für die die Sozialgeographie BOBEKs und HARTKEs repräsentativ ist.[1)]

Forschungsobjekt einer "anthropogenen Kräftelehre" sind die Wechselbeziehungen zwischen "handelnden Sozialgruppen"[2)] bzw. "komplexen Sozialkörpern"[3)] einerseits und dem anthropogen überformten Raum andererseits. In dieser Untersuchung wird nun "der politische Faktor dieses Kraftfeldes"[4)] untersucht. Der Raumbewertung durch bestimmte Sozialgruppen (im vorliegenden Fall die Ausländer in der Bundesrepublik) wird die Beurteilung der regionalen Mobilität durch den Staat (wie sie sich in Raumordnungs- und Ausländerpolitik widerspiegelt) gegenübergestellt.

In dem Maße, in dem die Wirtschafts- und Sozialgeographie ihre idiographische Betrachtungsweise überwunden hat und sich mehr der Untersuchung von gesetzmäßigen Auswirkungen des gesellschaftlichen Zusammenhanges - der Interaktionssysteme - auf die Raumstruktur zuwandte, haben sich Ansatzpunkte für eine neue Sicht erdräumlicher Strukturmuster bis hin zu sogenannten chorologischen Systemen bzw. Modellen ergeben.[5)] Damit kann die Sozialgeographie zunehmend die Stellung einer Grundlagendisziplin für die staatliche Raumordnungspolitik erfüllen.

---

1) Vgl. THOMALE, E. 1973, S. 262 ff.
2) HARTKE, W., 1963, S. 55.
3) BOBEK, H., 1962, S. 164.
4) BOESLER, K.-A., 1969, S. 13.
5) Vgl. BARTELS, D., 1970, S. 35.

deren Aufgabe es u.a. ist, veränderte räumliche Strukturmuster zu schaffen, die der Erfüllung gesamtstaatlicher Zielvorstellungen dienen.

Auf der Basis quantitativer Methoden der analytischen Statistik zur Erklärung ausländerspezifischer Mobilitätsvorgänge können die raumstrukturellen Auswirkungen bewertet werden, und zwar durch Zusammenführung von Wanderungsdaten mit raumordnungspolitischen Vorstellungen über eine zielgerechte Bevölkerungsverteilung. Das Erkennen der regelhaften raumveränderten Prozesse schafft zudem die Grundlagen für Prognosen der Raumentwicklung, wie sie durch die Ausländerwanderung induziert werden. In dieser Arbeit werden Arbeitsmarkt-Prognosemodelle zur Erstellung von Wanderungsprognosen der Ausländer herangezogen.

Prognosen der räumlichen Entwicklung, so betont BARTELS, müssen die künftigen Entscheidungen der Handlungsträger, insbesondere die bewußten oder indirekten Steuerungsmaßnahmen, die von staatlicher Seite in das vorauszusagende Geschehen eingreifen, analysieren. Dieser sogenannte politische Aktionsparameter kann die Entwicklung eines Raumes nachhaltig beeinflussen. Aufgabe der Raumordnungspolitik ist es, auf der Basis einer umfassenden Raumanalyse die Steuerungsinstrumente und zeitlichen Wege aufzuzeigen, auf denen die raumordnungspolitischen Ziele "von der Ausgangssituation der Gegenwart erreicht werden können".[1)]

Hier liegt der entscheidende politische Ansatz der Wirtschafts- und Sozialgeographie, der in dieser Untersuchung zum Tragen kommen soll. Es kann nicht Aufgabe der Geographie sein, durch Erkennen der raumprägenden Kräfte und Vorausschätzungen der Wirksamkeit raumordnungspolitischer Maßnahmen ein getreues Bild der künftigen Kulturlandschaft - im Sinne einer Status quo-Prognose - zu erstellen. Dieser prospektive Ansatz bietet vielmehr die Möglichkeit, diejenigen politischen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen, die zur Realisierung raumordnungspolitischer Zielvorstellungen als notwendig angesehen werden.

---

1) BARTELS, D., S. 40.

Durch diese Möglichkeit entwickelt sich die Wirtschafts- und Sozialgeographie zu einer zielgerichteten gesellschaftspolitischen Wissenschaft, die im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge-Planung ihren Beitrag zur Verwirklichung "des gesellschaftspolitischen Leitzieles 'Verbesserung der Lebensqualität' für alle Bürger" zu leisten in der Lage ist.[1] Eine derart auf politisches Handeln orientierte Geographie kann politische Steuerungsinstrumente zur Verwirklichung einer zielgerechten Raumstruktur beurteilen sowie - durch Entwicklung geeigneter raumrelevanter Indikatoren - die jeweiligen Veränderungen in der Raumentwicklung mit den ursprünglichen Zielvorstellungen überprüfen. Die Festlegung raumordnungspolitischer Ziele geschieht im Rahmen eines politischen Prozesses - die Zielanalyse hingegen ist eine Aufgabe der Geographie.

In diesem Sinne sieht BOESLER - in Weiterentwicklung des chorologischen Ansatzes von BARTELS - das Untersuchungsobjekt der neuen "Politischen Geographie" in den erdoberflächlichen Verbreitungs- und Verknüpfungsmustern im Bereich staatlichen Handelns u n d in der politischen Entscheidungsfindung über Ziele und Instrumente, die jene bedingen. Dieser Politischen Geographie fällt damit die Aufgabe zu, "die raumwirksame Staatstätigkeit in Prozeßabläufen und Zielalternativen zu analysieren, um zu Entscheidungshilfen für die Planungsträger und zugleich zur besseren Transparenz für die Betroffenen zu gelangen."[2] Damit trägt dieser auf das staatliche Handeln bezogene Ansatz der Wirtschafts- und Sozialgeographie dem zunehmenden Interesse der Gesellschaft Rechnung, "ihre räumliche Umwelt verantwortungsbewußt und vorausschauend zu planen".[3]

---

1) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 6.
2) BOESLER, K.-A., 1974, S. 10.
3) GANSER, K., 1970, S. 184.

Während diesbezügliche geographische Untersuchungen - beeinflußt durch die neuere Infrastrukturtheorie und unter dem Eindruck wachsender Investitionsquoten der öffentlichen Haushalte - primär die raumwirksamen Effekte der staatlichen Investitions- und Subventionspolitik untersuchen[1], wird in dieser Arbeit ein Bereich der "nichtinvestiven"[2] raumwirksamen Staatstätigkeit behandelt. Die sinkenden Investitionsquoten im Bundeshaushalt deuten darauf hin, daß in den nächsten Jahren in der Raumordnungspolitik den nichtinvestiven Ordnungsmaßnahmen möglicherweise ein stärkeres Gewicht zur Verwirklichung der angestrebten Kulturlandschaft zukommen wird als in der Vergangenheit.[3]

---

1) Vgl. dazu beispielsweise BOESLER, K.-A., 1969, und KÜHN, A., 1972.

2) Raumordnungsbericht 1974, S. 120.

3) Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.), 1974, S. 96 ff.

3. DIE POSITION DER AUSLÄNDER IN DER GESELLSCHAFTS-ORDNUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1. Rechtliche Situation

Die staatsrechtliche Abgrenzung der Ausländer von der deutschen Bevölkerung erfolgt durch das Grundgesetz (GG). Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind alle Personen - unabhängig von ihrem Aufenthaltsort -, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen... (Vgl. Artikel 116 GG). Staatenlose bzw. Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit nehmen eine Sonderstellung ein, werden aber in dieser Untersuchung, wie auch in der amtlichen Statistik, unter dem Begriff "Ausländer" geführt.

Die Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern gemäß der Legaldefinition des Grundgesetzes mag aus soziologischer Sicht nicht befriedigen, da die Unterscheidung ausländischer Bevölkerungsgruppen von der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf Sprache und soziale Verhaltensweisen fließend ist.

- Unter den Ausländern in der Bundesrepublik befinden sich ungefähr "400.000 Menschen, die z.T. schon seit Generationen im Bundesgebiet wohnen und sich durch die Sprache, Kultur und Lebensgewohnheiten von der deutschen Bevölkerung kaum mehr unterscheiden".[1] Sie könnten daher aus soziologischer Sicht der Gruppe der deutschen Bevölkerung zugerechnet werden.
- Ebenfalls zur Gruppe der deutschen Bevölkerung wären die Personen zu rechnen, die z.B. durch Heirat die deutsche Staatsangehörigkeit zugunsten einer fremden Staatsangehörigkeit aufgegeben haben, jedoch im Bundesgebiet geblieben sind.
- Zur Gruppe der Ausländer müßten die Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gerechnet werden, die erst in den letzten Jahren durch Heirat mit einem deutschen Staats-

---

1) SCHWARZ, K., 1972, S. 41 f.

angehörigen dessen Nationalität erworben, sich in ihren Verhaltensweisen jedoch noch nicht integriert haben.

Für die Bewohner der Bundesrepublik ohne die deutsche Staatsangehörigkeit ergeben sich eine Fülle von staatsrechtlichen Konsequenzen, die ihren Aufenthalt entscheidend beeinflussen, so daß zur Lösung der ausländerspezifischen Probleme aus der Sicht der Raumordnungspolitik das Kriterium der Staatsangehörigkeit von wesentlicher Bedeutung ist. Im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung unterliegen die Ausländer bei der Selbstbestimmung ihrer räumlichen Umwelt einer Reihe von rechtlichen Restriktionen.

Von der Konstituierung der Staatsgewalt durch Wahlen sind Ausländer ausgeschlossen. Das Grundgesetz enthält bestimmte Wahlrechtsgrundsätze, dazu gehört neben dem Grundsatz der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl die Begrenzung des Kreises der Wahlberechtigten auf das "Volk" (Art. 20 Abs. 2, Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG). Im verfassungsrechtlichen Schrifttum wird die Auffassung vertreten, daß Volk im Sinne des Art. 20 GG das "Deutsche Volk" ist.[1] Auch andere Grundrechte des Grundgesetzes werden Ausländern nicht ohne weiteres gewährt. So genießen nur Deutsche im ganzen Bundesgebiet Freizügigkeit gemäß Art. 11 GG. Ebenfalls nur Deutsche haben das Recht innerhalb der Bundesrepublik Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen (Art. 12 GG).

Dieser Einschränkung der Mobilität steht allerdings Art. 12 Abs. 1 des UN-Paktes über staatsbürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966 gegenüber, wonach "jedermann, der sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Staates aufhält, das Recht hat, sich dort frei zu bewegen und seinen Wohnsitz frei zu wählen".[2] Arbeitnehmer, die aus einem Land der EG kommen,

---

1) Vgl. HAMANN, A., 1956, Art. 20 GG, Anmerkung C 5.

2) FRANZ, F., 1973, S. 665.

können sich innerhalb der Gemeinschaft frei bewegen. Die Aufenthaltserlaubnis für diesen Personenkreis wird für fünf Jahre erteilt, und sie wird auch bei Arbeitslosigkeit nicht entzogen.[1] Die übrigen Ausländer benötigen für ihren Aufenthalt im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis, die in der Regel für ein Jahr ausgestellt wird:[2]

- Die Aufenthaltserlaubnis kann räumlich beschränkt werden (§ 7 Abs. 1 Ausländergesetz).
- Die Aufenthaltserlaubnis kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden (§ 7 Abs. 3 Ausländergesetz).
- Die Aufenthaltserlaubnis kann nachträglich räumlich oder zeitlich beschränkt sowie mit Bedingungen und Auflagen versehen werden (§ 7 Abs. 4 Ausländergesetz).

Nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt kann einem Ausländer, der sich in das wirtschaftliche und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland eingefügt hat, eine zeitlich und räumlich unbegrenzte Aufenthaltsberechtigung erteilt werden (§ 8 Abs. 1 Ausländergesetz).

Die Aufenthaltserlaubnis für Ausländer ist in der Regel an eine Arbeitserlaubnis gekoppelt.[3] Diese kann durch die Bundesanstalt für Arbeit auf bestimmte Betriebsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden. In der Vergangenheit wurde sie zumeist für ein Jahr erteilt; nach Ablauf eines Jahres konnte der ausländische Arbeitnehmer Arbeitsstätte und Wohnort wechseln.

---

1) EWG-Vertrag, Art. 48, 52, 59; Verordnung Nr. 38/64 EWG vom 25.3.1964 (Amtsblatt Nr. 62, S. 965); neugefaßt durch Verordnung Nr. 1612/68 EWG vom 15.10.1968 (Amtsblatt, L 257 vom 19.10.1968) über Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft; Richtlinie Nr. 68/360 EWG zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihrer Familienangehörigen innerhalb der Gemeinschaft (Amtsblatt, L 257 vom 19.10.1968).

2) Ausländergesetz vom 28.4.1965.

3) Vgl. Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer - Arbeitserlaubnisverordnung - vom 2.3.1971.

Der Familienzusammenführung, das heißt in der Regel dem Nachzug von nicht erwerbstätigen Frauen und Kindern der im Bundesgebiet arbeitenden Ausländer, wird normalerweise erst nach dreijährigem Aufenthalt des Antragstellers zugestimmt. Dabei muß der ausländische Arbeitnehmer über eine Wohnung verfügen. "Nach Lage der Konjunktur im Berufszweig, nach seinem beruflichen Werdegang und seinen fachlichen Qualifikationen muß die Aussicht auf eine längere Beschäftigung im Bundesgebiet gegeben sein".[1)]

Die Bestimmungen des Ausländergesetzes geben somit den Behörden ausreichenden Spielraum, die regionale Mobilität von Ausländern, die keine Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft bzw. keine Aufenthaltsberechtigung haben, je nach Bedarf elastisch zu lenken, "sobald der Zweck des Aufenthaltes, nämlich Arbeitnehmertätigkeit und damit Hilfe für die deutsche Wirtschaft und Industrie, nicht mehr vorliegt".[2)]

---

1) LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN, STADTENTWICKLUNGSREFERAT (Hrsg.), 1972, Anlage II, S. 6.

2) FRANZ, F., 1974, S. 54.

2. Sozio-ökonomische Position

Die ausländischen Zuwanderer stellen innerhalb der deutschen Gesellschaftsordnung eine Minderheitengruppe dar, die sich nicht nur durch eine unsichere Rechtsposition, sondern auch durch Sprache und Verhaltensweise von der einheimischen Bevölkerung abhebt. Es handelt sich bei den Ausländern nicht um eine geschlossene Gruppe, sondern um Gruppierungen heterogener Zusammensetzung, die sich schon ihrer Nationalität nach voneinander unterscheiden. Da ihr gesellschaftlicher Status in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend durch dieselben Lebens- und Arbeitsbedingungen determiniert wird, darf ihre multinationale Zusammensetzung nicht überbewertet werden.

Die neuere soziologische Literatur stuft die Ausländer, die aus den sogenannten Anwerbeländern[1] kommen und im Sprachgebrauch als "Gastarbeiter"[2] klassifiziert werden, als eine unterpriviligierte Gruppe am Ende der sozialen Schichtung der deutschen Gesellschaft ein. Die zentrale These in der Untersuchung von NEUBECK-FISCHER - "Situation und Problematik der Gastarbeiter erklären sich aus der sozio-ökonomischen Position in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland"[3] - geht davon aus, daß Gastarbeiter als eine neue soziale Gruppe anzusehen sind.

---

1) In den "Anwerbeländern" Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Türkei und Tunesien unterhält die Bundesanstalt für Arbeit Büros für die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften.

2) Der Begriff "Gastarbeiter" ist nicht dem Begriff "Ausländer" gleichzusetzen. Jene 17% der ausländischen Arbeitnehmer, die nicht aus den Anwerbeländern kommen, sondern z.B. aus Österreich und den Niederlanden, werden im allgemeinen Sprachgebrauch nicht als Gastarbeiter bezeichnet.

3) NEUBECK-FISCHER, H., 1972, S. 6.

LOHRMANN und HADJIANDREOU nennen die folgenden Zuordnungskriterien, die den Status der Gastarbeiter im Vergleich zur deutschen Bevölkerung charakterisieren:[1]

- relativ niedriger Bildungsstand,
- geringe Berufsqualifikation,
- überwiegend Beschäftigung als Hilfskräfte,
- geringes Einkommen,
- schlechte Wohnversorgung.

Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der unselbständigen Erwerbstätigen (Ausländerquote) weicht in den einzelnen Wirtschaftsbereichen erheblich von der durchschnittlichen Ausländerquote ab. Den Prozeß der immer stärkeren branchenspezifischen Differenzierung in der Nachfrage nach Ausländern zeigt die unterschiedliche Steigerungsrate der Ausländerquote von 1967 bis 1971. Die hierdurch hervorgerufene Beschäftigtenstruktur der ausländischen Arbeitskräfte unterscheidet sich in allen drei Wirtschaftsbereichen deutlich von der deutschen Arbeitnehmerstruktur (vgl. Tabelle 1). Eine Bestimmung der Gründe, die den unterschiedlich großen Anteil ausländischer Arbeitnehmer einer Branche im Verhältnis zur deutschen Arbeitnehmerschaft erklären (Strukturdifferenz), kann wesentliche Anhaltspunkte über die Funktion der ausländischen Bevölkerungsgruppe im Wirtschaftsprozeß der Bundesrepublik liefern; dies wiederum kann zur Erklärung und Prognose der Ausländerwanderung dienen. Da ein Modell zur Erklärung der Beschäftigtenstruktur von ausländischen Arbeitnehmern nicht existiert, sollen die Ursachen ihrer Abweichung von der Beschäftigtenstruktur der deutschen Arbeitnehmer in Form einer Überprüfung folgender 4 Thesen dargestellt werden.[2]

---

1) LOHRMANN, R., HADJIANDREOU, E.J., 1974, S. 98.

2) Vgl. SCHOLTEN, W., 1968, S. 98 ff.

Wirtschaftsabteilung Wirtschaftszweig/-gruppe	Abhängig Erwerbstätige Ende April 1971	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer Ende September	Ausländerquote in % Ende September			Beschäftigtenstruktur, 1971 in %		Strukturdifferenz 1971 in %
			1971	1970	1967	Deutsche	Ausländer	
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Sektor								
Land- u.Forstwirtschaft, Tierhaltung u.Fischerei	278.100	21.673	7,8	5,9	3,7	1,3	1.0	./. 23
II.Sektor (ohne Bau)	10.209.200	1.419.212	13,9	12,5	6,4	45,0	63,3	40
davon Steinkohlenbergbau	248.500	28.025	11,3	9,3	5,0	1,1	1,3	18
Eisen- u.Metallerzeugung u.Verarbeitung	5.541.200	818.177	14,8	13,7	6,4	24,2	36,5	51
Chemische Industrie	674.300	65.474	9,7	9,2	5,3	3,1	2,9	./. 6
Kunststoff-, Gummi- u. Asbestverarbeitg.	327.700	60.994	18,6	18,4	10,5	1,4	2,7	93
Gewinnung u.Verarb. v. Steinen u. Erden, Grob- u.Feinkeramik Glasgewerbe	389.700	74.014	19,0	16,1	8,8	1,6	3,3	106
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	1.124.100	184.733	16,4	13,6	8,2	4,8	8,3	83
Baugewerbe	1.777.700	398.581	22,4	17,5	8,3	7,1	17,8	151
III.Sektor	9.528.000	401.327	4,2	3,4	2,3	46,7	17,9	./. 62
davon Handel	2.446.800	111.075	4,5	3,6	2,3	12,0	5,0	./. 58
Reinigung	318.100	23.430	7,4	5,3	3,7			
Gaststättengew.	398.200	76.140	19,1	14,8	8,6	1,7	3.4	100
Haushalt	134.900	6.026	4,5	3,4	2,5	0,7	0,3	./. 57
Alle Wirtschaftsabteilungen/ -gruppen	21.793.000	2.240.793	10,3	9,0	4,7			

Quelle: Spalte 1,2,3,4 BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.), 1972.
Spalte 5 DIES., 1971.
Spalte 6,7,8 eigene Berechnung

These 1:

Durch überproportionale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Wachstumssektoren wird eine abweichende Struktur hervorgerufen.[1)]

Diese These ist nur eine partielle Erklärung für die Strukturdifferenz der deutschen und ausländischen Beschäftigten. So ist innerhalb einzelner stark expandierender Industriesektoren[2)] die Strukturdifferenz der beschäftigten Arbeitnehmergruppen in der chemischen Industrie minimal (Strukturdifferenz ./. 6%), in der Kunststoff, Gummi und Asbest verarbeitenden Industrie extrem hoch (Strukturdifferenz 93%).

Umgekehrt ist ein überdurchschnittlicher Anteil ausländischer Arbeitnehmer in Wirtschaftszweigen konzentriert, die durch Schrumpfung bzw. unterdurchschnittliche Wachstumsraten charakterisiert sind (Strukturdifferenz in der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie: 83%).

Auffällig ist die Tatsache, daß im III. Sektor die Differenz der Beschäftigtenstruktur - mit Ausnahme des Gaststättengewerbes (Strukturdifferenz 100%) - nachteilig für die Ausländer ausfällt (Strukturdifferenz ./. 62%), obwohl gerade dieser Sektor in den letzten Jahren eine Steigerung der unselbständigen Beschäftigtenzahlen aufwies.

These 2:

Durch Qualifikationsunterschiede zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften wird eine Strukturdifferenz hervorgerufen:

Die These geht davon aus, daß sich ausländische Arbeitnehmer in Sektoren, die einen überdurchschnittlich hohen Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften aufweisen, konzentrieren. Das Baugewerbe - ein diesbezüglicher Wirtschaftsbereich - hat mit

---

1) Die Strukturdifferenz von z.B. 100% bedeutet, daß in dem betreffenden Sektor der Anteil ausländischer Arbeitskräfte doppelt so hoch ist wie derjenige der deutschen Arbeitnehmerschaft - jeweils bezogen auf die Gesamtzahl der abhängigen ausländischen bzw. deutschen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik.

2) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1974, S. 235.

einer Strukturdifferenz von 151% die größte Abweichung in der Arbeitnehmerstruktur beider Bevölkerungsgruppen. Die Bundesanstalt für Arbeit weist daher mit Recht darauf hin, daß der Qualifikationsabstand ein wesentlicher Faktor zur Erklärung der Strukturdifferenz ist.[1] Jedoch reicht dieses Ergebnis zur Verifizierung der These nicht völlig aus. So ist z.B. der Ausländeranteil in verschiedenen Sektoren unterdurchschnittlich, obwohl diese Berufsgruppen ebenfalls keine qualitativen Leistungen erfordern. Die Strukturdifferenz beträgt z.B. in der Landwirtschaft ./. 23%, in der Reinigung ./. 58% und im Haushalt ./. 57%.

These 3:

Durch intersektorale Lohndifferenz wird eine abweichende Struktur bewirkt:

Diese These besagt, daß ausländische Arbeitnehmer in Branchen mit relativ niedrigen Löhnen überdurchschnittlich repräsentiert sind, eine Auffassung, die z.B. eine Studienkommission in der Schweiz vertreten hat.[2] Für die Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik trifft diese Feststellung nicht generell zu.

- Die Ausländerquote in den Industriezweigen des Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbes ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen; diese Industriezweige weisen in der Tat einen erheblich unterdurchschnittlichen Bruttowochenverdienst je Arbeiter(in) auf.[3]
- Lohnintensive Zweige der Industrie der Steine und Erden, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der NE-Metallindustrie haben aber ebenfalls eine positive Beschäftigtenstruktur zugunsten der Ausländer.

---

1) BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.), 1971, S. 8.

2) Vgl. SCHOLTEN, W., 1968, S. 101.

3) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1974, S. 470 f.

These 4:

Im Rahmen eines auf sektoralen Attraktionsdifferenzen basierenden Umschichtungsprozesses der inländischen Bevölkerung entsteht eine abweichende Struktur der Beschäftigten.[1]

Diese These sagt aus, daß sich die deutschen Arbeitnehmer in Sektoren mit überdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen konzentrieren; anders ausgedrückt, die Fluktuation inländischer Arbeitskräfte orientiert sich auf Berufe mit einem hohen Sozialprestige.

So sank im Zeitraum 1961/1970 der Anteil der Arbeiter an den deutschen Erwerbstätigen von 47,9% auf 44,2%, gleichzeitig stieg der Anteil der Angestellten und Beamten von 29,5% auf 37,1%.[2]

MERX hat empirisch nachgewiesen, daß die Ausländerbeschäftigung nicht nur dazu dient, die Belegschaft expandierender Sektoren zu vergrößern, sondern die durch die Fluktuation und Intergenerationsmobilität ausscheidenden deutschen Arbeitnehmer einzelner Branchen zu ersetzen. So verloren im Zeitraum 1961/1970 von 39 untersuchten Industriezweigen 35 von ihnen 1,1 Mio deutsche Arbeitskräfte; gleichzeitig nahm die Industrie 0,96 Mio ausländische Arbeitnehmer auf.[3] Die Zunahme des Anteils der Ausländer in der Arbeitnehmerschaft hat somit zu einer "Erneuerung der Arbeiterschicht" geführt.[4]

Aber auch durch einen Arbeitsplatzwechsel ergeben sich Abweichungen in der Beschäftigtenstruktur. Die inländische Fluktuation der ausländischen Arbeitskräfte, die größtenteils mit einer Binnenwanderung verbunden ist, ist in vielen Fällen

---

1) SCHOLTEN, W., 1968, S. 106.

2) WANDER, H., 1972, S. 186, Tabelle 8.

3) MERX, V., 1972, S. 30 ff.

4) LOHRMANN, R., HADJIANDREOU, E.J., 1974, S. 100.

mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen.

Tabelle 2: Fluktuationsgrad nach der Staatsangehörigkeit 1965 (in %).

Griechen	29,5
Jugoslawen	28,2
Türken	27,6
Italiener	22,5
Spanier	21,5
Portugiesen	13,8
Ausländer insgesamt	22,5
Deutsche	11,0

Quelle: BUNDESANSTALT FÜR ARBEITSVERMITTLUNG UND ARBEITSLOSENVERSICHERUNG (Hrsg.), 1967, S. 55.

Nicht das Sozialprestige der einzelnen Berufszweige motiviert dabei die Fluktuation der ausländischen Arbeitskräfte, die außerhalb der deutschen Normvorstellung stehen, sondern das Lohnniveau. Diese These wird durch eine Repräsentativuntersuchung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik aus den Jahren 1968 und 1972 bestätigt.[1] Vierfünftel aller ausländischen Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz innerhalb der Bundesrepublik gewechselt hatten, gaben ihr altes Beschäftigungsverhältnis freiwillig auf. Dabei nannten von den männlichen Arbeitnehmern aus den europäischen Anwerbeländern 57% als Grund für den Arbeitsplatzwechsel eine Einkommensverbesserung.

Im Gegensatz zu den ausländischen Arbeitnehmern ist bei der deutschen Bevölkerung die Motivationsskala für einen Berufswechsel breiter gestreut. Nur 25% der deutschen Erwerbstätigen nannten höhere Verdienstmöglichkeiten für ihren Arbeitsplatzwechsel.[2] Somit erklärt sich die abweichende Strukturdifferenz der in- und ausländischen Arbeitnehmer auch durch ein unterschiedliches soziales Verhalten im Arbeitsprozeß:

- inländische Arbeitskräfte streben in Berufe mit hohem Sozialprestige,
- ausländische Arbeitskräfte bevorzugen Berufe mit hohem Lohnniveau für un- bzw. angelernte Arbeitskräfte, unabhängig vom Sozialprestige.

1) BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.), 1973, S. 63 f.
2) HOFBAUER, H. KÖNIG, P., 1973, S. 52.

4. ANALYSE DER AUSLÄNDERVERTEILUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UNTER RAUMORDNUNGSPOLITISCHEN ASPEKTEN

4.1. Das Zielsystem zur räumlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

Die Raumordnungspolitik hat lange Zeit ihre Anstrengungen auf die Erarbeitung "grundsätzlicher" Zielvorstellungen gerichtet, die einen wichtigen Niederschlag in den Diskussionen um das Leitbild der Raumordnung gefunden haben.[1] WAGENER definiert die Ziele der Raumordnung als "Richtungsangaben über eine gewünschte Entwicklungstendenz von veränderten Maßnahmen der Erdoberfläche."[2] In einer Analyse des Systems der in der Bundesrepublik Deutschland auf öffentlich-rechtlicher Grundlage geltenden Ziele der Raumordnung kommt er zu dem Ergebnis, daß aus den gegenwärtig geltenden Plänen und Programmen der Länder sich ein genügend konkretes Zielsystem für die Raumordnung in der Bundesrepublik ableiten läßt. WAGENER konnte aus 833 Einzelzielen "ein bis auf sechs Fälle in sich widerspruchsfreies und damit weitgehend konsistentes Zielsystem[3] bilden.

Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine Deduktion von Zielen im Sinne eines Zielableitungsprozesses, sondern um eine Systematik von Ziel- und Wunschvorstellungen der einzelnen Länder zur Entwicklung und Ordnung des Raumes, die durch einen hohen Grad an Unbestimmtheit gekennzeichnet sind und daher als "Richtschnur" für eine raumordnungspolitische Diagnose z.B. der Ausländerwanderung nicht befriedigen. JOCHIMSEN betont, daß für eine systematische Zusammenfassung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen gemäß § 4 Abs. 1 ROG[4] "die

---

1) BRÖSSE, U., 1972, S. 33.
2) WAGENER, R., 1972, S. 1.
3) Ebenda, S. 200.
4) Raumordnungsgesetz vom 8.4.1965.

Konkretisierung allgemeiner Ziele für einen aktuellen Planungszeitraum erforderlich" ist.[1] Dabei kann die Ableitung von Zielen nicht isoliert vorgenommen werden, sondern es ist die Entwicklung ganzer "Ziel-Mittel-Systeme" mit relevanten Verlaufsalternativen notwendig.[2]

Dieses Vorgehen hat den Vorzug, daß es zum Aufdecken von Zielkonflikten auf der Konkretisierungsebene führt, die der politischen Entscheidung bedürfen. In diesem Zusammenhang weist HESSE darauf hin, daß die planende Verwaltung, die sich ausschließlich an Leitbildern als oberstes Planungsprinzip orientiert, die eigentlichen Wertentscheidungen im Rahmen eines Vollzugs ihrer Programme vornimmt und damit zugleich der politischen Diskussion entzieht.[3]

Ein raumordnungspolitischer Zielableitungsprozeß auf Bundesebene zur Erlangung von operational formulierten Zielen wurde erstmals im Bundesraumordnungsprogramm versucht. Mit diesem Programm haben der Bund und die Länder sich eine Konzeption für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Die im Raumordnungsgesetz enthaltenen Ziele und Grundsätze sollen in diesem Programm operationalisiert, d.h. in konkrete Handlungsanweisungen für alle Träger raumwirksamer Planungen und Maßnahmen umgesetzt werden.

Die räumliche Entwicklung des Bundesgebietes soll dabei in einer Weise gefördert werden, daß großräumige Disparitäten im Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge abgebaut werden.[4] "Nur so kann verhindert werden, daß als Folge besonderer Strukturschwächen größere Teilräume sich in zunehmendem Maße entleeren und für die verbleibende Bevölkerung

---

1) JOCHIMSEN, R. und Mitarbeiter, 1972, S. 1.

2) Ebenda, S. 4

3) HESSE, J.J., 1972, S. 25.

4) Mit dem Terminus "großräumige Disparitäten" werden in der Raumordnung Unterschiede zwischen den 38 Gebietseinheiten verstanden.

die soziale Benachteiligung zunimmt."[1]

Das Zielsystem der Raumordnung umfaßt einen grundsätzlichen und einen instrumentellen Teil. Grundsatzziel der Raumordnung ist die 'Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen'. Dieses Grundsatzziel ist in drei wesentliche Zieldimensionen zerlegt worden:

- Abbau von Disparitäten in der Infrastrukturversorgung;
- Abbau von Disparitäten in der Wirtschaftsstruktur;
- Abbau von Disparitäten in den natürlichen Lebensvoraussetzungen.

Im instrumentellen Teil strebt die Raumordnung durch eine gezielte Verteilung von Bevölkerung, Infrastrukturinvestitionen und Subventionen eine Raum- und Siedlungsstruktur an, die sich förderlich auf das Grundsatzziel auswirkt.

Das regionale Raster zur Diagnose der großräumigen Struktur der Bundesrepublik bilden 38 Gebietseinheiten (vgl.Karte 1). Diese Gebietseinheiten stellen keine Planungsräume im Sinne des § 5 Abs. 3 ROG dar, sondern sie bilden den regionalen Rahmen für raumordnungspolitische Analysen und Aussagen zur angestrebten Verteilung der Bevölkerung und der raumwirksamen Mittel.

Bei Abgrenzung dieser raumordnungspolitisch relevanten Regionen wurde "insbesondere dem Prinzip Rechnung getragen, Gebiete funktionaler Verflechtung zwischen Oberzentren bzw. Verdichtungsräumen und den ihnen zugeordneten Räumen in einer Gebietseinheit zusammenzufassen."[2] Teilräume des Bundesgebietes, die keinem oberzentralen Einzugsbereich zuzurechnen sind, werden als eigenständige Einheit ausgewiesen mit der Zielsetzung, daß mindestens ein Oberzentrum oder ein Bereich mit stärkerer Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten innerhalb der Gebietseinheit schwerpunktmäßig entwickelt

---

1) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 4.
2) Raumordnungsbericht 1972, S. 76.

werden soll. [1] TREUNER sieht den Vorteil dieses Raumrasters darin, daß "die Berücksichtigung (potentieller) funktionaler Zusammengehörigkeiten möglich war, die von bestehenden Regierungs- und Verwaltungsgrenzen vielfach in einer Weise durchschnitten werden, daß auf ihnen aufbauende Analysen in ihrer Aussagefähigkeit stark eingeschränkt werden."[2]

"Zur zielstrategischen Diskussion"[3] in der Raumordnungspolitik müssen die Gebietseinheiten als politisch relevante Programmregionen zugrundegelegt werden. Für eine Analyse der Wanderungsverflechtungen sind sie dagegen wegen ihrer Größe und der damit zusammenhängenden Nivellierungstendenzen innergebietlicher Strukturunterschiede wenig geeignet.[4] Hinzu kommt, daß in mehreren Fällen bei der Abgrenzung der Gebietseinheiten das Funktionalprinzip zugunsten politischer Vorstellungen aufgegeben werden mußte. "So konnten z.B. in einzelnen Fällen nach Maßgabe der strukturellen Verflechtungen Landesgrenzen überschritten werden, in anderen Fällen, wie z.B. bei der Gebietseinheit Neckar-Franken (30), war dies nicht möglich mit der Konsequenz, daß gewisse schwachstrukturierte Randräume in Nordbaden und Hohenlohe einem expandierenden Verdichtungsraum (Stuttgart) zugeschlagen wurden, mit dem nur geringe funktionale Verflechtungen bestehen."[5]

Das raumordnungspolitische Instrumentarium ist künftig verstärkt in "Schwerpunkträumen mit besonderen Strukturschwächen" und in "Problemräumen der großräumigen Bevölkerungsverteilung" einzusetzen (vgl. Karte 2 und 3). Diese Räume setzen sich teilweise aus mehreren Gebietseinheiten zusammen.

---

1) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 12.

2) TREUNER, P., 1974, S. 205.

3) BOESLER, K.-A., 1974, S. 9.

4) Aus diesem Grund werden die Aussagen zur Ausländerwanderung in dieser Untersuchung auf zwei unterschiedlich große Raumraster abgestellt.

5) Raumordnungsbericht 1974, S. 106.

- In den Schwerpunkträumen, die in der Infrastrukturversorgung und/oder in den erwerbsstrukturellen Möglichkeiten am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt liegen, sollen durch den verstärkten Einsatz raumwirksamer Maßnahmen der einzelnen Fachressorts in Entwicklungszentren und großräumig bedeutsamen Achsen "nachhaltige und weiträumige Entwicklungsimpulse"[1] ausgelöst werden.

- Die Problemräume umfassen abwanderungsgefährdete Schwerpunkträume und Räume mit Zuwanderungsdruck. In den Schwerpunkträumen, die von einer passiven Sanierung bedroht sind, sollen die o.g. Maßnahmen "mit einer gewissen Priorität"[2] einsetzen. In den Räumen mit Zuwanderungsdruck soll der ökonomisch determinierten Nachfrage nach Arbeitskräften "durch Orientierung dieses Nachfrageüberhanges auf die abwanderungsgefährdeten Räume entgegengewirkt werden".[3] Für diese konkrete Zielsetzung nennt das Bundesraumordnungsprogramm allerdings nicht die dazu geeigneten Instrumente.
  ABRESS zählt hierzu die restriktive Ausweisung von Bau- und Industriegelände sowie die Entwicklungsgenehmigung der Bundesbaugesetz-Novelle.[4]

Eine quantifizierte Zielwertplanung, wie sie der Landesentwicklungspolitik in einigen Bundesländern zugrunde liegt,[5] ist auf Bundesebene mit dem Bundesraumordnungsprogramm nicht erreicht worden, da u.a. die qualitativen Aussagen des Zielsystems in ihrem räumlichen Bezug nicht nur für das Raumraster der Gebietseinheiten gelten, sondern auch für räumliche Einheiten (Verdichtungsräume, ländliche Räume, Zonenrandgebiet, zentrale Orte, großräumige Achsen u.a.), die sich innerhalb der Gebietseinheiten überschneiden und teilweise nicht abge-

---

1) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 4.

2) Ebenda, S. 35.

3) Ebenda, S. 35.

4) Vgl. ABRESS, H., 1974, S. 39 f.

5) Vgl. WATERKAMP, R., 1974, S. 79 ff.

grenzt sind. Zwar trug einer der ersten Referentenentwürfe "starke Züge einer umfassenden, sachlichen, räumlichen, zeitlichen und finanziellen Entwicklungsplanung", doch standen einer bundeseinheitlichen quantifizierten Zielwertplanung neben den o.g. Sachzwängen auch das in der Verfassung verankerte Ressortprinzip (Art. 65 Satz 2 GG) und der föderative Staatsaufbau entgegen."[1)]

1) GANSER, K., (a) 1974, S. 37.
Zum rechtlichen Gesamtcharakter des Bundesraumordnungsprogramms vgl. BUCHSBAUM, R., 1975.

4.2. Verteilung der Ausländer über die 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms

Der Anteil der Ausländerbeschäftigung in den westeuropäischen Industriestaaten erreichte 1973 einen vorläufigen Höhepunkt. Knapp 4 Mio Ausländer - davon 2,5 Mio ausländische Arbeitskräfte - lebten in jenem Jahr in der Bundesrepublik, während es zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung erst 2,4 Mio - davon 1,7 Mio Arbeitnehmer - waren.[1] Im internationalen Vergleich lag die Bundesrepublik damit in der Spitzengruppe der 11 mittel-, west- und nordeuropäischen Aufnahmeländer.

Tabelle 3: Ausländerbeschäftigung im internationalen Vergleich

Land	Erwerbstätige ohne Militär 1973 in 1000	Ausländerbeschäftigung 1973 in 1000	Ausländerquote 1973 in %
Belgien	3 914	265	6,8
Dänemark	2 406	49	2,0
BR Deutschland	26 475	2 500	9,4
Frankreich	21 403	1 930	9,0
Großbritannien	25 129	1 835	7,3
Luxemburg	154	43	27,9
Niederlande	4 681	160	3,4
Norwegen	1 680	21	1,3
Österreich	2 950	236	7,9
Schweden	3 904	222	5,7
Schweiz	3 050	861	28,2
Europ.-Länder	95 746	8 122	8,5

Quelle: KUNTZE, O.-E., 1975, S. 3.

Das Interesse der Raumordnung an der ausländischen Bevölkerung liegt jedoch weniger in ihrer absoluten Zahl begründet, als vielmehr in ihrer regionalen Konzentration,besonders in den raumordnungspolitischen Problemräumen mit Zuwanderungsdruck.

1) Stichtage: Volkszählung (VZ) 23.5.1970.
Ausländerzentralregister (AZR) 30.9. eines jeden Jahres.

Lebten 1973 knapp ein Viertel aller Einwohner der Bundesrepublik in den betreffenden 5 Gebietseinheiten, konzentrierten sich jedoch 2/5 aller Ausländer in diesen Räumen.

Tabelle 4: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in den Räumen mit Zuwanderungsdruck, 1973

Raum mit Zuwanderungsdruck (Vgl.Karte 3)	Gebietseinheit	Ausländer in 1000	Ausländer in %
(A) Düsseldorf/Köln	16, 18	508,7	8,6
(B) Frankfurt	24	314,5	10,4
(C) Stuttgart	30	409,9	11,7
(D) München	34	339,5	11,5
S u m m e		1 572,6	10,2
zum Vergleich Volkszählung 1970		1 103,6	7,5

errechnet nach: LANGKAU, J., MEHRLÄNDER, U., 1975, S. 12.

Umgekehrt ist der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in den Problemräumen, die von einer Abwanderung bedroht sind, gering.

Tabelle 5: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in abwanderungsgefährdeten Räumen, 1973

Abwanderungsgefährdeter Raum (vgl.Karte 3)	Gebietseinheit	Ausländer in 1000	Ausländer in %
(I) Nördliches Schleswig-Holstein	1	8,4	1,9
(II) Nordwestdeutschland	6, 7, 8, 15	315,9	4,7
(III) Westliches Rheinland-Pfalz und Saarland	19, 26	49,9	3,1
(IV) Ostbayern, östliches Mainfranken	22, 32, 33	80,9	2,5
S u m m e		455,1	3,8
zum Vergleich Volkszählung 1970		259,6	2,2

errechnet nach: LANGKAU, J., MEHRLÄNDER, U., 1975, S. 12.

Einen deutlich unterdurchschnittlichen Ausländeranteil haben ferner die Gebietseinheiten Mittelholstein-Dithmarschen und Lüneburger Heide, während die Mehrzahl der süddeutschen

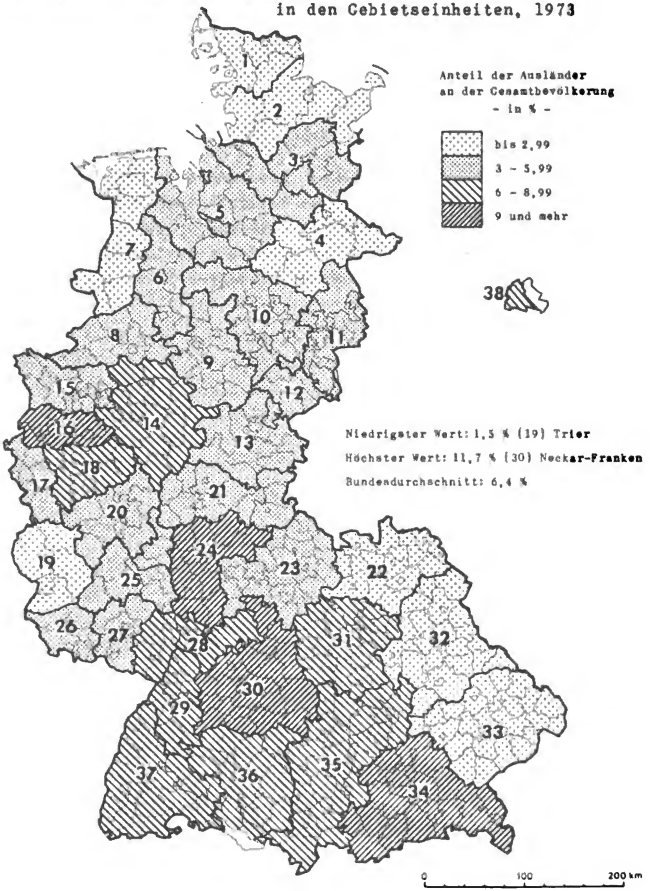
Gebietseinheiten hohe Ausländerquoten aufweisen (vgl. Karte 4).

Ein Vergleich der Ausländeranteile in den Gebietseinheiten der Jahre 1970 und 1973 zeigt, daß sich die regionale Konzentration bei einem Anstieg der Ausländerzahlen stabilisiert hat. Es wäre jedoch voreilig, aus einem derartigen Zeitreihenvergleich des regionalen Ausländerstandes den Schluß zu ziehen, daß sich derartige Konzentrationstendenzen in Zukunft lockern würden. Vielmehr soll unter raumordnungspolitischen Aspekten untersucht werden, inwiefern diese Ausländerverteilung durch Wanderung über die Auslandsgrenzen (Außenwanderung) oder durch interregionale Binnenwanderung hervorgerufen wird. Die Ausländerverteilung veranlaßt RAUCH zu dem Schluß, daß "die vielfach disktutierten Ausländerprobleme für zwei Drittel des Bundesgebietes nahezu nicht relevant sind."[1] Dennoch erscheint es notwendig, der Frage nachzugehen, ob Ansätze zur Lösung des Problems der regionalen Ausländerverteilung in Regionen mit geringem Ausländeranteil zu finden sind. Daher werden in der folgenden Analyse auch die Auswirkungen der regionalen Mobilität der Ausländer auf Gebiete mit unterdurchschnittlichen Ausländerquoten untersucht.

---

1) RAUCH, P. 1972, S. 53.

Karte 4: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in den Gebietseinheiten, 1973



5. REGIONALE MOBILITÄT DER AUSLÄNDER IM VERGLEICH ZUR DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

5.1. Bewertung der Datenbasis

Das Grundlagenmaterial für die vorliegende Untersuchung bietet die "Wanderungstabelle W 13".[1] Es handelt sich bei diesem Tabellenprogramm um eine Flußmatrix, die den jährlichen Nachweis der Zu- und Fortzüge auf Kreisbasis einschließlich der jeweiligen Ziel- und Herkunftskreise liefert. Ferner werden in diesem Tabellenprogramm, das bis heute nur ausschnittweise als amtliches Material vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht ist,[2] detaillierte Angaben über die kreisweisen Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes sowie Wanderungen innerhalb der einzelnen Kreise gemacht.

Die Wanderungen innerhalb der Bundesrepublik (Binnenwanderung) und über die Grenzen der Bundesrepublik (Außenwanderung) sind weitgehend sachlich disaggregiert. Folgende Wanderungsgruppen lassen sich aus der W 13 eliminieren - jeweils nach männlich und weiblich differenziert -:

1) Wandernde insgesamt
2) Erwerbspersonen insgesamt
3) Deutsche insgesamt
4) Ausländer insgesamt
5) sechs Altersgruppen:
   0 bis 15 Jahre, 16 bis 20 Jahre, 21 bis 34 Jahre, 35 bis 49 Jahre, 50 bis 64 Jahre, 65 Jahre und älter.

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Wanderungsgruppe "Ausländer" im Vergleich zur Wanderungsgruppe "Deutsche". Merkmalskombinationen dieser Wanderungs-

---

1) Eine ausführliche Beschreibung des Tabellenprogramms und der Auswertungsmöglichkeiten geben LIEDTKE, B.H., PRÖGER, A., 1973.

2) Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.), Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 3, Wanderungen, erscheint vierteljährlich und jährlich.

gruppen mit den jeweiligen Altersgruppen oder Erwerbspersonendaten lassen sich allerdings aus dem statistischen Urmaterial nur sehr bedingt aufstellen.[1)]

Im ersten Teil der Untersuchung erfolgt eine Auswertung der Wanderungsdaten auf der Basis der 38 Gebietseinheiten.[2)] Dabei werden die regionalisierten Binnen- und Außenwanderungssalden von Ausländern und Deutschen und der übrigen Wanderungsgruppen ausgewertet, soweit sie aus dem Tabellenprogramm erhoben werden können.

Der wesentliche Vorteil der Wanderungstabelle W 13 liegt darin, daß es sich hier um eine Wanderungsmatrix aller Kreise der Bundesrepublik handelt. Die Wanderungsverflechtungen zwischen den Kreisen lassen sich - gesondert für jede Wanderungsgruppe - in Form einer quadratischen Matrix darstellen.

Dabei ist es selbstverständlich möglich, die Kreisdaten der quadratischen Matrix zu Regionen zu aggregieren. Diese Darstellungsform ist Ausgangspunkt für die Wanderungsverflechtungsanalyse der ausländischen und deutschen Bevölkerung im 2. Teil der Mobilitätsuntersuchung (vgl. Kapitel 5.4).

Für die künftige Raumordnungspolitik spielen regionale Wanderungsverflechtungsanalysen eine große Rolle. Die Kenntnis von Herkunfts- und Zielgebieten der mobilen Bevölkerung ist von wesentlicherer Bedeutung als die bloße Feststellung des regionalen Wanderungssaldos. Die Beeinflussung von Wanderungsströmen im Sinne der raumordnungspolitischen Zielvorstellungen, setzt die Kenntnis

---

1) Aus der bekannten Altersstruktur der Ausländer ist es möglich, in gewissem Umfang Kombinationen mit altersspezifischen Gruppen zu bilden. So dürfte die Binnen-Wanderungsgruppe der über 50jährigen fast ausschließlich aus Deutschen bestehen.

2) Die Aggregation des kreisweise aufbereiteten Datenmaterials zu den 38 Gebietseinheiten erfolgte in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg.

Abb. 1: Quadratische Matrix

von \ nach	Kreis 1	. . .	j	. . .	m	
Kreis 1	w_{11}	. . .	w_{1j}	. . .	w_{1m}	$w_{1.}$
.	.		.		.	.
.	.		.		.	.
.	.		.		.	.
i	w_{i1}	. . .	w_{ij}	. . .	w_{im}	$w_{i.}$
.	.		.		.	.
.	.		.		.	.
.	.		.		.	.
n	w_{n1}		w_{nj}		w_{nm}	$w_{n.}$
	$w_{.1}$	. . .	$w_{.j}$	. . .	$w_{.m}$	

$w_{ij}, i \neq j$ Anzahl der Personen, die von dem Kreis i nach dem Kreis j wandern.

$w_{ij}, i = j$ Anzahl der Personen, die innerhalb eines Kreises wandern.

$\sum_{i=1}^{n} w_{ij} = w_{.j}$ Summe der Zuzüge nach dem Kreis j.

$\sum_{j=1}^{n} w_{ij} = w_{i.}$ Summe der Fortzüge aus dem Kreis i.

$\sum_{i=1}^{n} w_{.j} = \sum_{j=1}^{n} w_{i.}$ Konsistenzbedingung ist erfüllt, d.h. es ist sichergestellt, daß die Summe der Zuzüge gleich der Summe der Fortzüge ist.

der wanderungsauslösenden Faktoren im Herkunftsgebiet ebenso wie die der Attraktivitätskriterien der Zielgebiete voraus. "Nach den bisherigen Ergebnissen der Wanderungsforschung ist nicht zu bezweifeln, daß Zuzüge nicht ausschließlich aus Faktoren am Zuzugsort (im Sinne der "Pull"-Hypothesen) und Fortzüge nicht ausschließlich aus Faktoren am Fortzugsort (im Sinne der "Push"-Hypothesen) erklärbar sind."[1)]

Das Tabellenprogramm der Wanderungsstatistik W 13 weist allerdings eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf, die bei der Beurteilung der Analyseergebnisse berücksichtigt werden müssen. Mehrfach sind bestimmte Wanderungsgruppen und Wanderungsströme nicht programmgemäß gesondert aufgeführt. Derartige Lücken in der Wanderungstabelle W 13 haben zur Folge, daß die Binnenwanderung für das Bundesgebiet nicht vollständig erfaßt wird und die Außenwanderungsstatistik durch das Fehlen der hessischen Daten für 1966 nicht vollständig ist.

Ferner ergeben sich Ungenauigkeiten dadurch, daß nicht alle Wanderungsströme zwischen den Kreisen aufgelistet werden. Für verschiedene Kreiskategorien werden unterschiedliche Abschneidegrenzen verwendet.[2)] Dies hat zur Folge, daß Wanderungsströme, die sich nur aus einer geringen Personenzahl zusammensetzen, in der Matrix nicht nach Herkunfts- und Zielkreis aufgenommen, sondern unter der Kategorie "übrige Kreise" addiert werden. Die Wanderungsverflechtungsmatrix ist daher unvollständig.[3)]

---

1) LIEDTKE, B.H., PRÖGER, A., 1973, S. 19.

2) Ebenda, S. 33.

3) Auch Unzulänglichkeiten im statistischen Material, die auf Übertragungsfehlern oder sonstigen Faktoren beruhen, sind nicht auszuschließen. Diese Informationsverluste werden statistisch als sogenannte "Binnenwanderungsdifferenz des Bundesgebietes" sichtbar.

Trotz der Unzulänglichkeiten der Wanderungstabelle W 13 ist dieses statistische Material für die Wanderungs- und Regionalforschung von großer Bedeutung. Mit seiner Hilfe ist es möglich, gruppenspezifische Wanderungsvorgänge in regionaler Differenzierung mit statistisch-analytischen Methoden zu untersuchen. Auch wenn die in dem Tabellenprogramm ausgewiesenen Wanderungen die regionale Bevölkerungsbewegung nicht eindeutig quantifizieren, so spiegeln sie dennoch signifikante Trends im Mobilitätsverhalten der einzelnen Bevölkerungsgruppen wider.[1] Durch regionale Auswahl der Untersuchungsgebiete und des Untersuchungszeitraumes ist es allerdings möglich, die Fehlerquellen im statistischen Material zu minimieren.

1) Schon bei der Erstellung des Urmaterials tritt eine wesentliche Fehlerquelle dadurch auf, daß die Meldepflicht regionaler Mobilitätsvorgänge nicht beachtet wird. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die große Zahl der illegalen Gastarbeiter.

5.2. Struktur des Außenwanderungssaldos der ausländischen bevölkerung

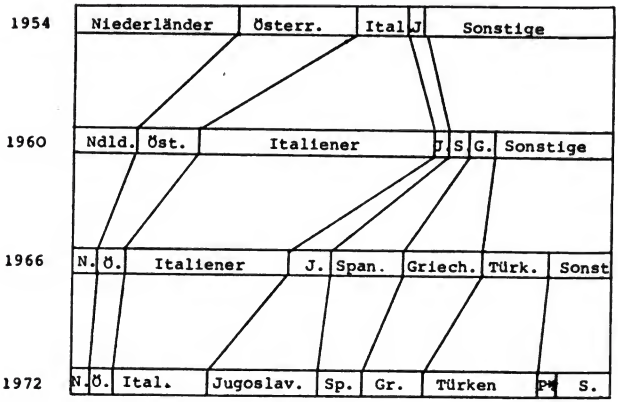
Die Zuwanderung von Ausländern ging in den letzten 20 Jahren mit wachsender Intensität vor sich. Da Daten aus der Wanderungstabelle W 13 erst ab 1966 vorliegen, ist es notwendig, für eine längere Zeitreihenanalyse auf Daten zur Entwicklung der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer (ohne Familienangehörige) zurückzugreifen.

Durch die starke Zuwanderung von Arbeitskräften aus den Anwerbeländern seit 1960 nahm der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der im Bundesgebiet beschäftigten Arbeitnehmer von 2,3 % (1960) auf 10,8 % (1972) zu. Der Anteil der "Gastarbeiter" - der Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern - an der ausländischen Arbeitnehmerschaft stieg im gleichen Zeitraum von 56 % auf 83 %.

Mit einer relativ hohen Fluktuation hat sich die Nationalitätenstruktur in der Ausländerbeschäftigung periodisch verändert. Kamen 1954 annähernd zwei Drittel der im Bundesgebiet tätigen Ausländer aus den benachbarten Ländern Niederlande und Österreich, waren es 1972 lediglich 7,2 %. Umgekehrt betrug der Anteil der italienischen Arbeiter an der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte 1954 nur 9 %. Er stieg in den folgenden 6 Jahren auf 44 % an, fiel dann allerdings zugunsten von Arbeitnehmern aus Spanien und Griechenland ab.

Die Phase 1966 bis 1972 ist dadurch gekennzeichnet, daß neben dem sinkenden Anteil der Italiener auch der Prozentsatz der Spanier und Griechen an der ausländischen Arbeitnehmerschaft abnahm, der der Türken und Jugoslaven dagegen anstieg. Diese periodischen Veränderungen der Nationalitätenstruktur gibt die folgende Abbildung wieder.

Abb. 2: Entwicklung der Nationalitätenstruktur der ausländischen Arbeitnehmer 1954 bis 1972



P* : Portugiesen

errechnet nach: BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, 1974, S. 70,
in Anlehnung an:
SCHOLTEN, W., 1968, S. 152.

Diese Phasenverschiebungen beruhen auf der zeitlichen Differenz zwischen dem Abschluß von Anwerbeverträgen der Bundesregierung mit den einzelnen Heimatländern der Ausländer. Diese Verträge regeln die Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte sowie die Durchführung und Kontrolle der Außenwanderung aus den jeweiligen Herkunftsländern.[1)]

Der steigende Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung war das Ergebnis einer sehr intensiven Fluktuation der Wanderungsströme über die Auslandsgrenzen. Faßt man die Zeit von 1962 bis 1974 zusammen, so wurden in diesen 13 Jahren rund 8,8 Millionen Ausländer im Bundesgebiet aufgenommen; zugleich haben 5,2 Millionen das Bundesgebiet wieder verlassen.

Die Literatur zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland stimmt darin überein, daß die Zuwanderung der Ausländer von der Nachfrage nach Arbeitskräften der Deutschen Wirtschaft abhängt, wie sie durch die Konjunkturlage hervorgerufen wird. PUTZ belegt diese Konjunkturabhängigkeit der Außenwanderung durch einen Vergleich der Indizes der Anlageinvestitionen und der Zuzüge von Ausländern und Staatenlosen über die Auslandsgrenzen. "Einer Erhöhung der Anlageinvestitionen folgt mit einer gewissen Verzögerung eine Zunahme der Zuzüge, die jedoch im weiteren Verlauf die Erhöhung der ersteren übertrifft. Eine Abschwächung der Investitionsneigung führt bereits zu einer deutlichen Abnahme des Index der Zuzüge."[2)]

So wies die Bundesrepublik auf dem Höhepunkt der Rezession 1967 einen negativen Wanderungssaldo mit dem Ausland auf.

---

1) Eine ausführliche Beschreibung des Anwerbeverfahrens findet sich in der folgenden Literatur:
   - GEISELBERGER, S. (Hrsg.), 1972, S. 39 ff.
   - MANFRASS, K., 1974, S. 255 ff.
   - NEUBECK-FISCHER, 1972, S. 29 ff.

2) PUTZ, F., 1972, S. 57.

Schon ein Jahr später hatte sich die Situation allerdings grundlegend geändert. Der Außenwanderungssaldo stieg stark an und erreichte 1970 seinen Kulminationspunkt. In den folgenden vier Jahren verringerte er sich, insbesondere mit Einsetzen der ausländerpolitischen Steuerungsmaßnahmen der Bundesregierung.[1] 1974 hatte die Bundesrepublik erstmals seit dem Rezessionsjahr 1967 wieder einen negativen Außenwanderungssaldo in Höhe von 42.000 Ausländern zu verzeichnen.[2]

Für eine raumordnungspolitische Bewertung des Wanderungssaldos der Ausländer ist eine differenzierte Aufschlüsselung nach Erwerbspersonen, Alter und Geschlecht von erheblicher Bedeutung; denn Ausländer müssen, wie die folgenden Zahlen belegen, bei regionaler Konzentration als eine raumbedeutsame Gruppe angesehen werden, die die Altersstruktur und das Erwerbspersonenpotential einer Region langfristig beeinflussen können.

Tabelle 6: Struktur des Außenwanderungssaldos der Ausländer 1962 - 1970 - ausgewählte Strukturdaten in % -

Anteil der... am Außenwanderungssaldo in %	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Erwerbspersonen	84,4	76,1	82,4	81,6	61,8	95,4 ./.	77,5	81,6	76,6
Männer	72,8	60,7	70,4	65,6	25,0	82,8 ./.	62,4	66,9	66,1
Kinder (unter 15 Jahre)	5,3	8,4	7,0	8,5	16,3	5,5 ./.	10,7	9,1	12,0
15 - unter 45jährige	87,5	86,1	87,0	84,7	82,2	86,0 ./.	84,6	86,7	84,3

Quelle: PUTZ, F., 1972, S. 54 ff.

(./. Anteil der ... am negativen Außenwanderungssaldo)

1) Am 29.11.1973 erließ die Bundesregierung einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus Ländern, die nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehören (vgl. Kapitel 9.1).

2) Wirtschaft und Statistik, 1975, S. 380.

Die Erwerbsquote der Bevölkerung im Bundesgebiet betrug 1970 ca. 44 %.[1] Demgegenüber lag der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte am Außenwanderungssaldo - mit Ausnahme von 1966 (62 %) - zwischen 76 % und 84 %. Einzig und allein im Rezessionsjahr 1967 betrug er bei negativem Außenwanderungssaldo 95 %. Die insgesamt abnehmende Tendenz dieses Anteils von 84 % im Jahre 1962 auf 76 % im Jahre 1970 ist auf den sich im Laufe der Zeit verstärkten Zuzug von Familienangehörigen zurückzuführen.

Der Anteil der Männer am Außenwanderungssaldo ist überdurchschnittlich hoch. Auffällig ist, daß mit Einsetzen der Rezession 1966 der Außenwanderungssaldo zu 75 % aus Ausländerinnen bestand und daß im Rezessionsjahr 1967 die Frauen am negativen Außenwanderungssaldo nur zu 17 % beteiligt waren. Diese Daten lassen den Schluß zu, daß in Zeiten eines konjunkturellen Abschwungs der Nachzug von Familienangehörigen der dominante Zuzugsfaktor ist. Diese These wird durch die Entwicklung der Außenwanderungssalden der ausländischen Kinder bestätigt.

Die Aufgliederung der Salden nach dem Alter zeigt, daß Ausländer einen äußerst günstigen demographischen Einfluß auf den stagnierenden Altersaufbau der einheimischen Bevölkerung ausüben. Der Anteil der Kinder (bis einschließlich 14 Jahren) am jährlichen Außenwanderungssaldo nahm von 1962 (5,3%) bis 1970 (12,0%) um mehr als das Doppelte zu. Bei Einsetzen der Rezession 1966 stieg er kurzfristig auf 16,3 % an, 1967 war diese Altersstufe am Außenwanderungsverlust nur zu 5,5 % beteiligt. Als dominante Altersgruppen unter den Ausländern sind jedoch die Jahrgänge der 15- bis 45jährigen anzusehen. Ihr Anteil am Außenwanderungsgewinn schwankte in den sechziger Jahren zwischen 82 % und 87 %.

---

1) In dieser Zahl sind die 1970 im Bundesgebiet beschäftigten Ausländer mit erfaßt. Die Erwerbsquote der deutschen Bevölkerung liegt unter 44 %.

Infolge ihrer günstigen Altersstruktur, einer zunehmend ausgeglichenen Sexualproportion sowie höherer Geburtenraten weisen Ausländer im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung einen hohen Geburtenüberschuß auf. 1972 betrug ihr Geburtenüberschuß ca. 80.000 Personen bei einem Sterbeüberschuß der deutschen Bevölkerung von knapp 190.000 Personen (vergl. dazu auch Tabelle 21).

.3. Regionale Verteilung der Außen- und Binnenwanderungssalden in den 38 Gebietseinheiten der Bundesrepublik

Eine flächendeckende Deskription der Wanderungssalden wird auf der regionalen Basis der 38 Gebietseinheiten für die Jahre 1966 bis 1971 durchgeführt. Dieser Zeitraum dürfte repräsentativ für einen Konjunkturzyklus sein. Er umfaßt sowohl die Rezession der Jahre 1966/67 als auch die Phase der Hochkonjunktur zu Beginn der siebziger Jahre.

Im gesamten Untersuchungszeitraum 1966/71 verzeichneten alle Gebietseinheiten Außenwanderungsgewinne von Ausländern (vgl. Tabelle 7). Den größten positiven Saldo erzielten dabei die raumordnungspolitischen Problemräume mit Zuwanderungsdruck; auf sie entfielen 38 % des Wanderungsgewinns der Bundesrepublik.

Für die raumordnungspolitische Analyse der Außenwanderung ist die Tatsache von Bedeutung, daß nicht nur die Räume mit Zuwanderungsdruck, sondern auch die Schwerpunkträume mit besonderen Schwächen in der Infra- und/oder Erwerbsstruktur beträchtliche Wanderungsgewinne an Ausländern erzielten.

Tabelle 8: Außenwanderungssaldo - Ausländer - der Schwerpunkträume mit besonderen Schwächen in der Infra- und/oder Erwerbsstruktur, 1966/71

Schwerpunktraum (vgl. Karte 2)	Ausländerwanderungssaldo 1966/71
Schleswig-Mittelholstein	22.047
Unterweser-Nordostniedersachsen	33.926
Emsgebiet	15.799
Münsterland-Niederrhein	94.636
Südostniedersachsen	32.250
Nord-, Mittel- und Ost-Hessen	45.684
Eifel-Westerwald	37.434
Saar-Westpfalz	16.807
Mainfranken	35.120
Ostbayern	25.617
Bodensee-Schwaben	103.597
S u m m e :	462.917

Tabelle 7: Wanderungssaldo der 38 Gebietseinheiten 1966 - 1971

Gebietseinheiten	Außenwanderungssaldo Ausländer	Deutsche	Binnenwanderungssaldo Ausländer	Deutsche
(1) Schleswig	4.199	./.461	./. 2.010	9.729
(2) Mittelholstein-Dithmarschen	17.848	1.412	./. 8.089	16.415
(3) Hamburg	51.484	6.793	1.199	6.269
(4) Lüneburger Heide	6.628	1.829	./. 1.356	620
(5) Bremen	27.298	3.445	./. 2.040	./. 1.001
(6) Osnabrück	9.550	978	./. 1.473	./. 6.584
(7) Ems	6.249	290	./. 1.326	./. 8.414
(8) Münster	17.127	764	./. 438	7.834
(9) Bielefeld	40.006	6.409	./. 5.569	7.485
(10) Hannover	32.791	5.821	2.807	./. 958
(11) Braunschweig	24.937	5.422	./. 2.430	./. 11.630
(12) Göttingen	7.313	1.456	./. 1.851	./. 3.528
(13) Kassel	15.474	2.711	./. 873	./. 3.372
(14) Dortmund-Siegen	85.133	39.360	./. 1.428	./. 75.958
(15) Essen	77.509	3.627	./. 4.340	./.215.225
(16) Düsseldorf	97.628	2.442	25.322	7.557
(17) Aachen	18.474	./. 352	./. 2.062	4.209
(18) Köln	73.638	3.778	14.789	82.447
(19) Trier	2.467	451	./. 50	./. 12.314
(20) Koblenz	16.493	1.446	545	10.882
(21) Mittel-Osthessen	30.210	2.372	./. 8.141	2.433
(22) Bamberg-Hof	16.532	2.559	./. 5.751	./. 23.085
(23) Aschaffenburg-Schweinfurt	18.588	1.591	./. 2.052	./. 2.263
(24) Frankfurt-Darmstadt	100.874	8.601	21.845	85.295
(25) Mainz-Wiesbaden	31.901	1.589	./. 228	18.078
(26) Saarland	10.646	1.454	./. 5.477	./. 26.721
(27) Westpfalz	6.161	./. 1.027	./. 141	./. 11.779
(28) Rhein-Neckar-Südpfalz	51.350	3.768	1.974	11.039
(29) Oberrhein-Nordschwarzwald	43.702	3.428	./. 4.677	15.164
(30) Neckar-Franken	146.479	10.182	./. 6.998	8.115
(31) Ansbach-Nürnberg	52.195	7.293	./. 9.521	14.924
(32) Regensburg-Weiden	13.472	4.231	./. 3.410	./. 8.591
(33) Landshut-Passau	12.145	3.517	./. 988	./. 5.493
(34) München-Rosenheim	184.619	9.970	4.403	158.911
(35) Kempten-Ingolstadt	50.882	5.626	./. 644	13.389
(36) Alb-Oberschwaben	52.715	3.068	./. 6.083	11.715
(37) Oberrhein-Südschwarzwald	61.554	4.048	./. 9.574	31.447
(38) Berlin (West)	80.925	18.473	17.629	./.115.394

Quelle: Wanderungstabelle W 13

Auf diese Schwerpunkträume verteilten sich knapp 30 % des Ausländer-Außenwanderungsgewinns der Bundesrepublik.

Für die spätere Bewertung der raumordnungspolitischen Zielvorstellungen zur Bevölkerungsverteilung (vgl. Kapitel 8) ist es wichtig zu wissen, daß durch die Zuwanderung der Ausländer Binnenwanderungsverluste der deutschen Bevölkerung der Gebietseinheiten

(5) Bremen,
(6) Osnabrück,
(7) Ems,
(10) Hannover,
(13) Kassel,
(14) Dortmund-Siegen,
(11) Braunschweig
(12) Göttingen
(23) Aschaffenburg-Schweinfurt
(32) Regensburg-Weiden
(33) Landshut-Passau

ausgeglichen, die der Gebietseinheiten

(15) Essen,
(19) Trier,
(26) Saarland,
(22) Bamberg-Hof
(27) Westpfalz
(38) Berlin

vermindert wurden. Hierbei handelt es sich allerdings nur statistisch gesehen um einen gegenläufigen Mobilitätsprozeß. Die genannten Gebietseinheiten verzeichneten in der Binnenwanderung nicht nur Wanderungsverluste an Deutschen, sondern, mit Ausnahme von Berlin, auch an Ausländern. Im Zeitraum 1966/71 hatten insgesamt 17 Gebietseinheiten einen negativen Binnenwanderungssaldo von 532.000 Deutschen, 31 Gebietseinheiten wiesen im gleichen Zeitraum einen Binnenwanderungsverlust von 91.000 Ausländern auf. Während also die Außenwanderung tendenziell regionale Binnenwanderungsverluste der deutschen Bevölkerung überdeckt, wird dieser "Ausgleichseffekt" in der Binnenwanderung der Ausländer teilweise aufgehoben.

Die Binnenwanderung der Ausländer konzentrierte sich dabei auf 7 Gebietseinheiten. Zwei Drittel des positiven Saldos entfielen auf die beiden Räume mit Zuwanderungsdruck "Köln/Düsseldorf" und "Frankfurt".

Tabelle 9: Ausländerbinnenwanderung - Gebietseinheiten mit positivem Saldo, 1966/71

Gebietseinheit		Binnenwanderungssaldo
(16)	Düsseldorf	25.322
(24)	Frankfurt-Darmstadt	21.845
(38)	Berlin	17.629
(18)	Köln	14.789
(34)	München-Rosenheim	4.403
(10)	Hannover	2.807
(28)	Rhein-Neckar-Südpfalz	1.974
(3)	Hamburg	1.199
(20)	Koblenz	545
	S u m m e	90.513

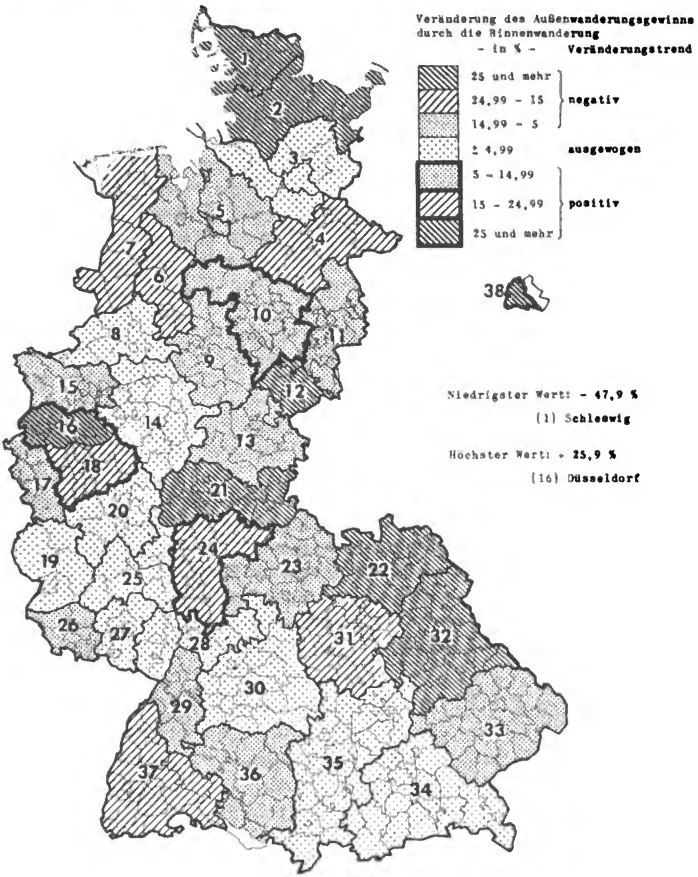
Die relativ homogene Verteilung der Außenwanderungsgewinne auf alle 38 Gebietseinheiten und die hohe regionale Konzentration der Ausländer-Binnenwanderung führte im Ergebnis zu einer Umverteilung der Ausländer in der Bundesrepublik. Der Mehrzahl der Gebietseinheiten kommt im Rahmen der Ausländer- Außen- und Binnenwanderung die Funktion eines "Durchlaufstadiums" zu. Durch diese "Rotation" der Ausländer (gemessen am Verhältnis ihres Binnenwanderungssaldos zum Außenwanderungssaldo) verloren die Gebietseinheiten (1) Schleswig, (2) Mittelholstein-Dithmarschen, (12) Göttingen, (21) Mittel-Osthessen, (22) Bamberg-Hof und (32) Regensburg-Weiden in den Jahren 1966 bis 1971 mehr als ein Viertel des ursprünglichen Wanderungsgewinns (vgl. Karte 5).

Umgekehrt zeigt sich, daß nicht die Gebietseinheiten mit dem höchsten Außenwanderungsgewinn die Binnenwanderungen der Ausländer an sich ziehen. Die Ausländerzahlen der Räume mit Zuwanderungsdruck "München" und "Stuttgart" veränderten sich im Gegensatz zu den Räumen "Düsseldorf/Köln" und "Frankfurt" aufgrund der Binnenwanderung nur unwesentlich.

Vergleicht man die Binnenwanderung der Ausländer mit der der deutschen Bevölkerung auf der regionalen Basis der 38 Gebietseinheiten und untersucht, in welchen Teilräumen des Bundesgebietes Ausländer und Deutsche

- ein unterschiedliches
- ein gleichgerichtetes

Karte 5: Rotation der Ausländer innerhalb des Bundesgebietes 1966/71



Wanderungsverhalten zeigen, lassen sich die 38 Gebietseinheiten nach folgenden gruppenspezifischen Typen regionaler Mobilität gliedern.

1. Gebietseinheiten gleichen Wanderungsverhaltens
   Saldo: a) Ausländer positiv - Deutsche positiv
          b) Ausländer negativ - Deutsche negativ
2. Gebietseinheiten unterschiedlichen Wanderungsverhaltens
   Saldo: c) Ausländer positiv - Deutsche positiv
          d) Ausländer negativ - Deutsche negativ

Eine derartige Differenzierung verdeutlicht die räumlichen Konzentrationstendenzen der geographischen Binnenmobilität der deutschen und ausländischen Bevölkerung unabhängig von der Außenwanderung (vgl. Karte 6). Ein Vergleich dieser gruppenspezifischen Wanderungsdaten mit altersspezifischen Daten und Angaben zum Saldo der Erwerbspersonen kann zur Erklärung dieser Mobilitätsvorgänge dienen (vgl. Tabelle 10).

Positiver Wanderungssaldo Ausländer und Deutsche (Typ 1 a)

Bei den Gebietseinheiten, die durch diesen Wanderungstyp charakterisiert sind, handelt es sich um Räume, die durch Struktur und Wirtschaftskraft der sogenannten "Rheinachse" zwischen dem südlichen Rhein-Ruhr-Verdichtungsraum und dem Rhein-Neckar-Verdichtungsraum geprägt sind - ergänzt um die Gebietseinheiten (3) Hamburg und (34) München-Rosenheim.

Die Gebietseinheiten (16) Düsseldorf, (24) Frankfurt-Darmstadt und (18) Köln haben eine hohe Attraktivität für Ausländer, während für die deutsche Bevölkerung die Gebietseinheit (34) München-Rosenheim die höchsten Attraktivitätswerte zeigt.

Karte 6: Gebietseinheiten, nach gruppenspezifischen Typen regionaler Binnenmobilität 1966/71 gegliedert

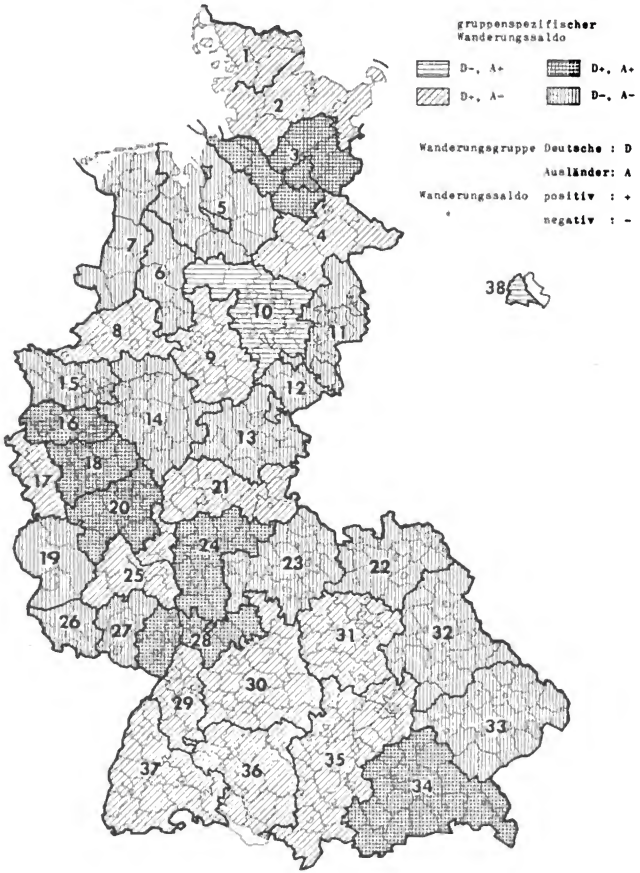


Tabelle 10: Binnenwanderungssaldo der 38 Gebietseinheiten, gegliedert nach gruppenspezifischen Typen regionaler Mobilität - Jahresdurchschnitt 1966/71 -

(Saldo auf 1 000 Einwohner, Volkszählung 1970, bzw. auf 1 000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe)

Gebietseinheit	Ausländer	Deutsche	Erwerbspersonen	A l t e r s g r u p p e unter 16	16-20	21-34	35-49	50-64	über 64
(Typ 1a)	Positiver Wanderungssaldo Ausländer und Deutsche								
16	1.3	0.4	2.1	1.7	-0.6	8.3	5.0	-0.7	-2.0
24	1.3	4.9	4.4	4.2	11.1	16.2	4.0	1.2	0.5
18	1.0	5.5	3.7	5.1	17.1	14.9	4.2	0.5	0.8
34	0.3	9.6	6.4	5.2	47.3	17.0	5.8	3.6	1.9
28	0.2	1.0	0.2	1.0	3.4	3.1	0.0	-0.1	0.6
20	0.1	1.8	0.2	2.2	-9.9	-2.7	2.8	6.8	6.2
3	0.1	0.4	0.3	-0.6	11.0	3.9	-0.7	-1.1	-0.6
(Typ 1b)	Negativer Wanderungssaldo Ausländer und Deutsche								
22	-0.9	-3.9	-3.1	-2.9	-22.0	-12.8	-1.8	0.2	-0.3
26	-0.8	-4.0	-3.7	-4.2	-12.9	-11.1	-2.9	-0.8	0.3
12	-0.7	-1.4	-3.3	-2.5	7.8	-9.2	-2.0	1.6	-0.2
32	-0.6	-1.4	-1.9	-1.7	-13.3	-4.5	-0.3	1.1	1.8
6	-0.4	-1.8	-1.8	1.1	-14.4	-8.9	0.3	0.5	0.8
7	-0.3	-1.9	-1.4	1.4	-13.6	-8.8	1.0	0.3	0.7
11	-0.3	-1.6	-1.6	-0.7	-3.1	-8.7	-0.2	1.0	0.6
23	-0.3	-0.3	-1.3	-0.3	-5.7	-3.6	0.2	2.0	1.9
5	-0.2	-0.1	-0.0	0.4	1.2	-1.2	-0.4	1.0	1.2
13	-0.2	-0.6	-0.8	1.0	-12.7	-6.6	1.3	3.1	2.4
15	-0.2	-8.5	-3.9	-9.1	-16.2	-13.9	-7.0	-5.0	-4.1
33	-0.2	-0.8	-1.8	-0.0	-31.4	-3.3	1.6	4.6	5.2
14	-0.1	-3.9	-1.8	-2.8	-15.6	-6.2	-2.5	-1.9	-1.5
19	-0.0	-4.3	-2.5	-2.6	-22.2	-12.8	-1.1	1.8	1.4
(Typ 2c)	Positiver Wanderungssaldo Ausländer - negativer Wanderungssaldo Deutsche								
38	1.4	-9.1	-2.0	-9.7	33.5	-7.1	-8.4	-12.0	-11.1
10	0.2	-0.1	-0.2	1.2	-4.3	-1.8	0.7	0.7	0.9
(Typ 2d)	Negativer Wanderungssaldo Ausländer - positiver Wanderungssaldo Deutsche								
1	-0.8	3.8	1.2	3.9	10.2	-3.1	4.6	4.9	2.6
2	-1.0	2.0	0.8	1.2	10.8	-5.4	2.8	3.0	0.8
4	-0.4	0.2	-0.1	1.5	-4.2	-11.3	2.2	4.1	4.0
8	-0.1	1.2	-1.0	1.2	15.9	-3.6	0.1	0.9	1.6
9	-0.5	0.7	0.1	2.7	-11.7	-0.6	2.1	2.8	2.6
17	-0.4	0.8	-1.3	-0.5	4.2	-0.1	-1.1	1.2	2.2
21	-1.2	0.4	-3.0	-0.1	12.5	-11.2	-1.6	2.4	2.8
25	-0.0	2.3	0.9	1.5	3.7	4.2	1.7	1.8	1.6
29	-0.6	2.1	-0.1	0.6	1.5	0.8	0.3	3.0	4.0
30	-0.3	0.4	0.7	-0.2	-0.6	2.5	-0.7	-1.0	-0.8
31	-1.0	1.6	-0.5	1.6	3.8	-1.9	0.3	0.9	1.0
35	-0.1	1.2	0.6	2.1	-6.4	0.6	1.9	3.0	2.3
36	-0.7	1.4	-0.6	1.7	3.3	-1.5	-0.2	1.1	1.6
37	-0.9	2.8	-0.2	2.4	-0.4	0.9	1.4	3.5	3.4

Quelle: Wanderungstabelle W 13

Ein Vergleich der Wanderungssalden untereinander belegt, daß in die meisten dieser Gebiete neben Ausländern auch deutsche Erwerbspersonen ziehen. Umgekehrt fällt bei den Gebietseinheiten (20) Koblenz und (28) Rhein-Neckar-Südpfalz ein minimaler Wanderungsgewinn von Ausländern mit einem höheren an deutscher Bevölkerung zusammen. Dabei handelt es sich in der Mehrzahl um nicht erwerbstätige Personen: in der Gebietseinheit (20) Koblenz um ältere Menschen, in der Gebietseinheit (28) Rhein-Neckar-Südpfalz um Personen der Altersgruppe 16 bis 34 Jahre.

Die Analyse dieser Wanderungsdaten bestätigt die Hypothese, daß die Zielregionen der Ausländer-Binnenwanderung Räume sind, die auch von deutschen Erwerbspersonen bevorzugt werden.

Negativer Wanderungssaldo Ausländer und Deutsche (Typ 1 b)

Ein derartiges Wanderungsverhalten charakterisiert flächenmäßig den größten Teil der Bundesrepublik Deutschland. Die Mehrzahl der Gebietseinheiten, die das Zonenrandgebiet umfassen, der gesamte nordwestdeutsche Raum, die Gebietseinheiten (19) Trier und (27) Westpfalz, Nord- und Ostbayern, die Montanreviere an Ruhr und Saar sowie die Industriezone um Salzgitter sind durch Binnenwanderungsverluste von Deutschen und Ausländern gekennzeichnet (vgl. Karte 6).

Diese Gebietseinheiten weisen hohe Abwanderungsquoten von Erwerbspersonen auf, wodurch die These unterstützt wird, daß sich Ausländer in ihrem Wanderungsverhalten den deutschen Erwerbspersonen anpassen. Dies gilt weniger für strukturschwache Montanreviere als für ländlich geprägte Gebietseinheiten (vgl. dazu die Feinanalyse in Kapitel 5.4.3.).

Der Trend zur großräumigen passiven Sanierung peripherer Gebiete der Bundesrepublik wird durch die Ausländer-Binnenmobilität beträchtlich verstärkt, wie der z.T. hohe Anteil der Ausländer am Wanderungssaldo belegt.

Positiver Wanderungssaldo Ausländer - negativer Wanderungssaldo Deutsche (Typ 2 c)

Ein derartig unterschiedlich gerichtetes Wanderungsverhalten der beiden Bevölkerungsgruppen gilt nur für die Gebietseinheiten (38) Berlin und (10) Hannover. Beide Gebietseinheiten weisen Wanderungsgewinne von Ausländern auf, während gleichzeitig die deutsche Bevölkerung abwandert.

Die Attraktivität Berlins auf die ausländische Bevölkerung ist mit 1,4 pro 1.000 Einwohner dabei höher als die der Gebiete im Rhein-Ruhr bzw. Rhein-Main-Verdichtungsraum. Aus Berlin wandern von der deutschen Bevölkerung insbesondere Erwerbspersonen und ältere nicht mehr erwerbstätige Bevölkerungsgruppen ab, aus der Gebietseinheit Hannover die Jahrgangsgruppen der 16-34jährigen.

Negativer Wanderungssaldo Ausländer - positiver Wanderungssaldo Deutsche (Typ 2 d)

Ein derart entgegengesetztes Wanderungsverhalten charakterisiert eine große Anzahl heterogen strukturierter Räume mit teilweise geringer Wirtschaftskraft. Ein Vergleich der Wanderungsdaten von Deutschen und Erwerbspersonen zeigt, daß in vielen Gebietseinheiten die zuwandernden Deutschen nicht erwerbstätige Personen sind.

So sind beispielsweise die Gebietseinheiten (21) Mittel-Osthessen und (8) Münster durch Abwanderungsverluste von Erwerbspersonen geprägt. Die positive Zuwanderungsrate bei der Gruppe der deutschen Wanderer wird durch den starken Zuzug der Altersgruppe der 16-20jährigen verursacht. Offensichtlich haben die Universitätsstädte Münster und Gießen eine hohe Attraktivität auf sogenannte "Bildungswanderer".[1] Zu dieser Gruppe zählen jedoch nicht Ausländer.

---

1) Vgl. dazu die Aussagen im Raumordnungsbericht 1974, S. 96 - 100.

Eine Reihe anderer Gebietseinheiten dieses Typs sind Zuzugsregionen älterer zumeist nicht erwerbstätiger Menschen. Dazu gehören beispielsweise die Gebietseinheiten (4) Lüneburger Heide, (35) Kempten-Ingolstadt bzw. (29) Oberrhein-Nordschwarzwald. Es dürfte sich hierbei um Zielregionen sogenannter "Alterswanderer" handeln. Zu dieser Wanderungsgruppe zählen Ausländer ebenfalls nicht. Teilweise überlagern sich derart strukturierte Wanderungsströme wie beispielsweise in den Gebietseinheiten (17) Aachen oder (36) Alb-Oberschwaben.

Das Ergebnis der Verteilung von Außen- und Binnenwanderungssalden läßt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Außenwanderung der Ausländer gleicht regionale Binnenwanderungsverluste speziell der raumordnungspolitischen Schwerpunkträume mit besonderen Strukturschwächen nur statistisch aus; durch ihre Binnenwanderung tragen Ausländer in einer zweiten Phase ihrer Wohnortverlagerung erheblich zur tendenziellen Abwanderung aus einer Reihe von Gebieten der Bundesrepublik bei.
- Die regionale Konzentration der Binnenwanderung von Ausländern trägt in starkem Maße zur regionalen Bevölkerungskonzentration in einigen raumordnungspolitischen Problemräumen mit Zuwanderungsdruck bei.
- Durch die Außenwanderung der Ausländer werden regionale Binnenwanderungsgewinne dieser Problemräume mit Zuwanderungsdruck verstärkt.

5.4. Wanderungsverflechtungsanalyse für ein ausgewähltes Untersuchungsgebiet

5.4.1. Abgrenzung und regionale Einteilung des Untersuchungsraumes

Wanderungssalden sind das Ergebnis unterschiedlich gerichteter Wanderungsströme. Jeder regionale Binnenwanderungssaldo setzt sich aus inter- bzw. innerregionalen Wanderungsverflechtungen zusammen. Erst die Kenntnis der Wanderungsströme zwischen den Herkunfts- und Zielregionen ermöglicht erklärende Analysen, die wiederum Aufschluß über die Möglichkeiten der Steuerung von Wanderungen mittels raumordnungspolitischer Instrumente geben können. Aus diesem Grunde werden im folgenden Wanderungsverflechtungen der Ausländer im Vergleich zur deutschen Bevölkerung dargestellt.

"Seit Ravenstein 1885 die Wanderungen nach der zurückgelegten Entfernung klassifizierte, ist dieses Kriterium der räumlichen Distanz Element von Definitionen und Modellen."[1] Auch heute noch unterscheiden praxisorientierte Mobilitätsstudien Wanderungen nach ihrer räumlichen Distanz.[2]

RÖDER sieht es als Aufgabe der Mobilitätsforschung an, "einen theoretischen Bezugsrahmen zu entwickeln, der die Analyse des mit der Wanderung verbundenen Wechsels von einem räumlich fixierten Interaktionssystem zu einem anderen ermöglicht."[3] Voraussetzung jeglicher Mobilitätsanalyse ist jedoch, "eine theoretisch begründete Abgrenzung der Regionen."[4]

---

1) RÖDER, H., 1974, S. 80.

2) Vgl.-METRA DIVO- Stadt- und Regionalforschung (Hrsg.), 1971.
-INSTITUT FÜR ANGEWANDTE SOZIALWISSENSCHAFTEN (Hrsg.), 1972.

3) RÖDER, H., 1974. S. 84.

4) Ebenda, S. 98.

Die neuere geographische Literatur definiert interregionale Wanderungen als "Wechsel des Wohnstandortes, wenn damit eine Aufgabe des gesamten räumlichen Aktionsfeldes und damit letztlich des funktionsgesellschaftlichen Aktionsfeldes NOTWENDIGERWEISE verbunden ist."[1] Für die deutsche Bevölkerung ist dieses funktionale Beziehungsfeld mehrdimensional sowohl als oberzentraler Einzugsbereich, als auch als zentralörtlicher Bereich mittlerer Stufe anzusehen.[2] Zum Unterschied zur deutschen Bevölkerung dürfte der Aktionsraum der Ausländer sehr stark auf Wohnort und Arbeitsplatz begrenzt sein. Aus diesem Grunde wird die regionale Einteilung des Untersuchungsraumes in Anlehnung an die von KLEMMER abgegrenzten "Arbeitsmarktregionen" vorgenommen, die durch folgende Grundstrukturen gekennzeichnet sind:

> "Um ein örtliches Arbeitsplatzzentrum lagert sich ein Arbeitskräftepotential, das pendelmäßig auf dieses Zentrum ausgerichtet ist. Das Arbeitsplatzzentrum ist hierbei in der Regel mit einem städtischen Bevölkerungsschwerpunkt ab einer bestimmten Mindestgröße identisch. Das Zentrum spiegelt das lokalisierte Angebot an Arbeitsplätzen wider, der Pendlerbereich die innerhalb bestimmter Grenzen mobile Nachfrage nach diesen Arbeitsplätzen." 3)

Die Untersuchung der regionalen Verteilung der Binnenwanderungssalden für die 38 Gebietseinheiten hat ergeben, daß die Problemräume mit Zuwanderungsdruck "Düsseldorf/Köln" und "Frankfurt" einen großen Zuwachs an Ausländern aus der Binnenwanderung erzielten. Um die entsprechenden Wanderungsströme genauer analysieren zu können, wurde als Untersuchungsraum der Verflechtungsanalyse die "Rhein-Achse" zwischen dem Rhein-Ruhr- und

---

1) GATZWEILER, H.P., (a) 1975, S.32.
Vgl. dazu auch, ROSEMAN, C.R., 1971.

2) Zur Regionalen Abgrenzung dieser Bereiche vgl.KLUCZKA,G., 1970.

3) KLEMMER, P., 1972, S.9.

Rhein-Main-Verdichtungsraum, erweitert um einige strukturschwache Regionen im Mittelgebirgsbereich westlich und östlich des Rheins, ausgewählt. Dieses Untersuchungsgebiet umfaßt Regionen mit expandierenden Arbeitsmärkten und hohem Lohnniveau, sowie strukturschwache Gebiete mit ungünstiger Arbeitsplatzentwicklung und niedrigem Lohnniveau,[1] die zum großen Teil seit 1972 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"[2] gefördert werden (vgl. Karte 7).

Die 83 Kreise des Untersuchungsraumes werden nach dem o.g. Pendlerkriterium zu 23 Regionen aggregiert. Um auch die innerregionale Verteilung der interregionalen Wanderungsverflechtungen beurteilen zu können, wurden für 6 Regionen der Kernraum und das Umland gesondert ausgewiesen, so daß die Wanderungsverflechtungen insgesamt zwischen 29 Raumeinheiten untersucht werden.

Die Verflechtungsanalyse wird für das Jahr 1970 vorgenommen - ein Jahr, in dem die Rezession 1966/67 überwunden war, und eine sehr große Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften bestand. Die Wanderungen der Ausländer und Deutschen zwischen den 29 Regionen und Kernräumen werden dabei als ein geschlossenes System betrachtet; Wanderungen mit dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland werden in dieser Feinanalyse nicht berücksichtigt.

Am Tag der Volkszählung 1970 lebten im Untersuchungsraum 15,4 Mio Deutsche und 0,7 Mio Ausländer (vgl. Tabelle 11). Von diesen im Untersuchungsgebiet lebenden Personen wanderten 1970 1,9 % der deutschen Bevölkerung (294.723) und 7,6 % der Ausländer (55.657) zwischen den 29 Untersuchungseinheiten.[3] Die Ausländer wiesen also eine um das Vierfache höhere Mobilität auf als die Deutschen.

---

1) Vgl. dazu DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.), 1973 sowie Karte 7.

2) Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur für den Zeitraum 1972 bis 1975.

3) Errechnet aus der Verflechtungs-Matrix der Wanderungstabelle W 13.

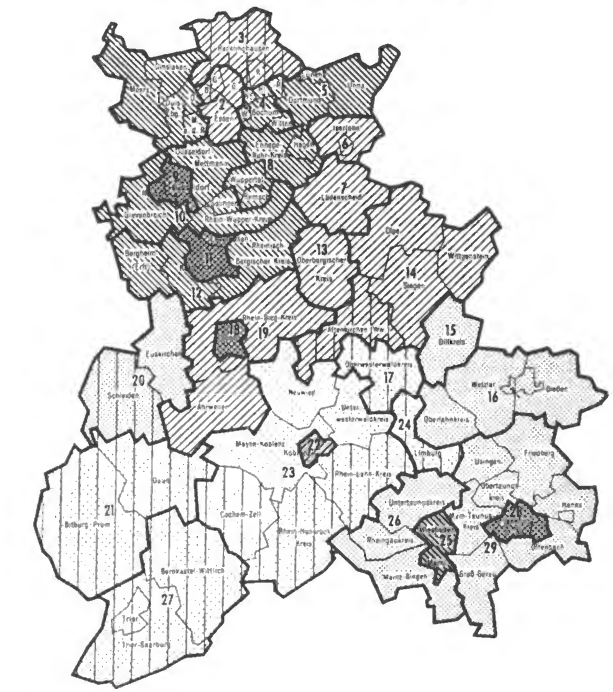
Diese Zahl verdeutlicht das Ausmaß der von der Binnenwanderung der Ausländer beeinflußbaren raumstrukturellen Prozesse.

Tabelle 11: Untersuchungsgebiet der Wanderungsverflechtungsanalyse - Wohnbevölkerung und Ausländerstand - VZ - 1970

Region/Kernraum Nr.	Name	Wohnbevölkerung in 1.000	Ausländer in 1.000	Ausländer in % der Wohnbevölkerung
1	Duisburg	1.385	57,5	4,2
2	Essen	1.236	30,8	2,5
3	Recklinghausen	478	8,5	1,8
4	Bochum	725	18,6	2,6
5	Dortmund	1.022	26,0	2,5
6	Iserlohn	258	7,5	2,9
7	Lüdenscheid	241	14,8	6,1
8	Wuppertal-Hagen	1.019	57,8	5,7
9	Düsseldorf (Kernraum)	779	55,2	7,1
1o	Düsseldorf (Umland)	1.062	65,8	6,2
11	Köln (Kernraum)	956	70,2	7,3
12	Köln (Umland)	642	29,9	4,7
13	Gummersbach	148	7,3	4,9
14	Siegen	526	15,7	3,0
15	Dillkreis	102	4,4	4,3
16	Gießen-Wetzlar	409	15,3	3,7
17	Oberwesterwald	77	0,8	1,0
18	Bonn (Kernraum)	275	11,6	4,2
19	Bonn (Umland)	481	17,3	3,6
20	Euskirchen-Schleiden	187	3,8	2,0
21	Bitburg-Prüm-Daun	150	1,1	0,7
22	Koblenz (Kernraum)	119	1,6	1,4
23	Koblenz (Umland)	691	11,3	1,6
24	Limburg	92	1,8	2,0
25	Mainz-Wiesbaden (Kernraum)	422	21,0	5,0
26	Mainz-Wiesbaden (Umland)	282	7,5	2,7
27	Trier	332	2,7	0,8
28	Frankfurt (Kernraum)	787	80,6	10,2
29	Frankfurt (Umland)	1.274	86,5	6,8
	Untersuchungsraum	16.157	732,9	4,5

Quelle: VZ 1970

Karte 7: Untersuchungsraum der Wanderungsverflechtungsanalyse - Lohnniveau, 1969 und Fördergebiete, 1972 -



Lohnniveauindex, 1969
Bund = 100 (DM 11.654,--)

- über 115
- 115 - 105
- 104,9 - 95
- 94,9 - 80
- unter 80

Kreise, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gefördert wurden (Stand: 1.1.1972)

27 Nummer und Grenze der Regionen und Kernräume

Kernraum

0 50 km

.4.2. Regionale Konzentration der Wanderungen von Ausländern und Deutschen

Als Maßzahl zur Beschreibung der Konzentration der räumlichen Verteilung von Wanderungen bietet sich die Entropie an. Die theoretisch-methodischen Grundlagen dieses Konzeptes liefert die mathematische Informationstheorie.[1] Auf der Basis von "Wahrscheinlichkeiten" - d.h. relativer empirischer Häufigkeiten - werden Maßzahlen gebildet, die Auskunft über die Homogenität bzw. Inhomogenität der Verteilung von Zu- und Fortzügen innerhalb des Untersuchungsraumes geben. "Aufgrund seiner wahrscheinlichkeitstheoretischen Unterlegung bietet sich das Konzept der Entropie immer dann zur Analyse an, wenn es darum geht, einen Einblick in Systeme zu bekommen, welche gekennzeichnet sind durch die Unbestimmtheit und Indeterminiertheit der die Systemabläufe steuernden Prozesse."[2]

Grundlage für die Berechnung der Entropie ist die Wahrscheinlichkeit P_{ij} einer Wanderung w_{ij} aus einer Region i nach einer Region j. Dabei ist die Entropie bzw. der Informationsgehalt des Ereignisses w_{ij} eine monoton fallende Funktion der Wahrscheinlichkeit P_{ij} des Ereignisses w_{ij}.

Die Entropie h eines Einzelereignisses, z.B. der Wahrscheinlichkeit P_{ij} einer Wanderung von der Region i nach der Region j, ist wie folgt definiert:

$$h(P_{ij}) = \log (1/P_{ij}) = - \log P_{ij}$$

Für die Entropie H einer Vielzahl von Ereignissen, z.B. der Matrix P der Wanderungswahrscheinlichkeiten zwischen den Untersuchungsregionen, ergibt sich folgender Ausdruck:

$$H(P) = \sum_{i=1}^{n} \sum_{j=1}^{m} \cdot P_{ij} \cdot \log 1/P_{ij} = -\sum_{i=1}^{n} \sum_{j=1}^{m} \cdot P_{ij} \log P_{ij} \quad i \neq j, \; n=m$$

---

1) Vgl. - GEISENBERGER, S., MÄLICH, W., 1971.
- GEISENBERGER, S., MÜLLER, J.H., 1972.

2) GATZWEILER, H.P., (a) 1975, S. 92.

Die Entropie H (P) erreicht ihr Maximum (log n, n = Anzahl der Einzelereignisse), wenn die Wahrscheinlichkeit einer Wanderung nach bzw. aus einer Region für alle Regionen gleich ist; sie ist 0, wenn die Wanderungen innerhalb des Untersuchungsgebietes auf eine einzige Region konzentriert sind.

Um Entropiewerte untereinander vergleichbar zu machen, ist es sinnvoll, die Entropie zu normieren. Dabei wird die tatsächliche Entropie in Beziehung zur maximal möglichen Entropie gesetzt (H* = H/log n · 100). Diese relative oder normierte Entropie H* eignet sich für den Vergleich von Verteilungen mit unterschiedlicher Anzahl von Ereignissen. Ist die normierte Entropie 100, so liegt eine völlig gleichmäßige (homogene) Verteilung vor; je kleiner die normierte Entropie ist, um so stärker konzentriert ist eine Verteilung.

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Verteilungsstruktur der Wanderungen innerhalb des Untersuchungsgebietes (vgl. Karte 7) sowie von Zu- und Fortzügen der zu untersuchenden Wanderungsgruppen.[1)]

Tabelle 12: Entropie gruppenspezifischer Wanderungen im Untersuchungsgebiet, 1970

Wanderungsgruppe	Wanderungen zwischen den Untersuchungsregionen		Verteilung der Zuzüge auf die Untersuchungsregionen		Verteilung der Fortzüge auf die Untersuchungsregionen	
	H (P)	H* (P)	H (Z)	H* (Z)	H (F)	H* (F)
Ausländer	2,19	75,18	1,26	85,84	1,29	88,13
Deutsche	2,30	79,07	1,34	91,82	1,35	92,05

Diese Entropiewerte sind wie folgt zu interpretieren:

- Die Wanderungsverflechtungen innerhalb des Untersuchungsgebietes weisen eine stärkere Konzentration bei der Gruppe der Ausländer als bei der der deutschen Bevölkerung auf.

1) Die formalen Ausführungen, die diesen Berechnungen zugrundeliegen, sind bei GATZWEILER nachzulesen. GATZWEILER, H.P., (a) 1975, S. 82 ff.

- Bei der deutschen Bevölkerung zeigt die Entropie sowohl der Verteilung der Zuzüge als auch der Fortzüge eine sehr große Homogenität an.

- Bei den Ausländern sind dagegen Zu- und Fortzüge insgesamt stärker konzentriert, wobei die Zuzüge stärker konzentriert sind als die Fortzüge. D.h. relativ wenige Untersuchungsregionen machen auf Kosten vieler bei den Ausländern Wanderungsgewinne.

Mittels des Konzeptes der Entropie läßt sich nachweisen, daß im Untersuchungszeitraum die deutsche Bevölkerung in regionaler Hinsicht ein sehr homogenes Wanderungsverhalten zeigt, während die Binnenwanderung der ausländischen Bevölkerung durch Konzentrationstendenzen charakterisiert ist.

Die Entropiewerte von Wanderungen der Deutschen und Ausländer geben ferner einen detaillierten Einblick in die Verteilungsstruktur der Zu- und Fortzüge einzelner Regionen bzw. Kernräume des Untersuchungsgebietes. Eine sinnvolle Interpretation sowie ein Vergleich der Entropiewerte ist nur für solche Regionen möglich, die mit allen Regionen des Untersuchungsraumes Wanderungsbeziehungen verzeichnen. Betrachtet man unter dieser Prämisse die regionale Verflechtungsstruktur, so weisen folgende Regionen eine deutlich stärkere Konzentration bei den Zuzügen von Ausländern als von Deutschen auf:

Tabelle 13: Normierte Entropie der Zuzüge $H^*(Z)$ von Ausländern und Deutschen für ausgewählte Untersuchungsregionen

Region	$H^*(Z)_{Ausl.}$	$H^*(Z)_{Deut.}$
(29) Frankfurt (Umland)	33,77	45,57
(28) Frankfurt (Kernraum)	44,85	58,24
(9) Düsseldorf (Kernraum)	63,86	71,94
(11) Köln (Kernraum)	74,61	79,14

Im Gegensatz dazu weisen die Entropiewerte einiger Regionen auf eine Konzentration von Zuzügen der deutschen Bevölkerung im Gegensatz zur ausländischen hin. Es handelt

sich hierbei um das Umland der Regionen (10) Düsseldorf, (12) Köln und (19) Bonn.

Tabelle 14: Normierte Entropie der Zuzüge H* (Z) von Ausländern und Deutschen für ausgewählte Untersuchungsregionen - Umlandregionen -

R e g i o n	$H^*(Z)_{Ausl.}$	$H^*(Z)_{Deut.}$
(12) Köln (Umland)	60,78	51,02
(10) Düsseldorf (Umland)	66,55	62,73
(19) Bonn (Umland)	74,12	70,15

Die Aussagen über die Struktur der Wanderungsverflechtungen des Untersuchungsraumes können in regionaler Hinsicht wie folgt konkretisiert und zusammengefaßt werden:

- Die Ausländerwanderung zeigt eine deutliche Konzentration der Zuzüge auf die Kernräume der Regionen (9) Düsseldorf, (11) Köln und die Region (28/29) Frankfurt. Die Zuzüge der deutschen Bevölkerung - generell durch eine homogenere Verteilung gekennzeichnet - konzentrieren sich auf das Umland der Kernräume.

- Im Gegensatz zur Konzentration der Ausländer auf die Kernräume wird die Konzentration der Zuzüge der deutschen Bevölkerung auf das Umland nicht durch interregionale Wanderungen (= Wanderungen zwischen den Regionen) hervorgerufen, sondern durch eine mehr innerregionale Stadt-Umland-Wanderung. Dies beweist die Verteilungsstruktur der Fortzüge der Deutschen. Die Fortzüge der deutschen Bevölkerung aus den Kernräumen (9) Düsseldorf, (11) Köln und (18) Bonn konzentrieren sich stärker als die Fortzüge der Ausländer aus diesen Zentren auf das Umland.

.3. Nodalstruktur des Untersuchungsraumes und raumzeitliche Dynamik der interregionalen Mobilität

Im vorherigen Kapitel wurde die regionale Verteilungsstruktur der Wanderungen innerhalb des Untersuchungsraumes beschrieben, ohne die Zuordnung von Herkunfts- und Zielregionen der Migranten im einzelnen zu konkretisieren. Aus den Daten der Verflechtungsmatritzen der Wanderungstabelle W 13 lassen sich die einzelnen Regionen durch die stärksten Wanderungsströme deutlich den 6 Kernräumen zuordnen. Dabei werden durch diese Wanderungsbewegungen "Wanderungsfelder" unterschiedlicher Größe abgegrenzt, die charakteristische Nodalregionen bilden (vgl. Karte 8). HAGGETT definiert Nodalregionen als Raumeinheiten, die "im Hinblick auf irgendeinen Brennpunkt organisiert sind".[1] Bis auf wenige Ausnahmen können die einzelnen Regionen aufgrund des stärksten Wanderungsstromes beider Bevölkerungsgruppen deckungsgleich ihrem "Brennpunkt" zugeordnet werden. Die Wanderungsfelder der Kernräume (18) Bonn, (22) Koblenz und (25) Mainz/Wiesbaden reichen allerdings über ihr jeweiliges Umland nicht hinaus. Diejenigen der Kernräume (9) Düsseldorf, (11) Köln und (28) Frankfurt sind durch interregionale Wanderungen über eine größere Distanz geprägt. Es handelt sich bei diesen Städten um die Zentren der raumordnungspolitischen Problemräume "Düsseldorf/Köln" und "Frankfurt", die unter einem Zuwanderungsdruck stehen (vgl. Karte 3). Unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten ist daher die Frage bedeutsam, inwieweit durch die interregionalen Wanderungsverflechtungen dieser drei Kernräume mit dem übrigen Untersuchungsgebiet Veränderungen der regionalen Bevölkerungsverteilung hervorgerufen werden.

Mit Hilfe der Entropie wurde festgestellt, daß die ausländischen Migranten eine deutliche Konzentration der Zuzüge auf diese drei Kernräume aufweisen. Diesen räumlich

---

1) HAGGETT, P., 1973, S. 303 f.

Karte 8: Nodalstruktur des Untersuchungsgebietes

Hauptwanderungsstrom in die Kernräume — Kreisgrenzen VZ 1970

Deutsche

Ausländer

Begrenzung der Nodalregionen

keine eindeutige Abgrenzung infolge unterschiedlich gerichteter Wanderungsströme von Ausländern und Deutschen

konzentrierten Zuzügen stehen aber auch Fortzüge gegenüber, die bei einer entsprechenden Wanderungsverflechtungsanalyse mit berücksichtigt werden müssen.

Das Verhältnis zwischen dem Wanderungssaldo und der Summe der Zu- und Fortzüge (dem Wanderungsvolumen) eignet sich als Maßzahl zur Charakterisierung des Wanderungsgefälles zwischen einzelnen Regionen. In ihr drückt sich die Effektivität der Wanderungen aus; der entsprechende Zahlenausdruck wird als "Effektivitätsziffer" (E) bezeichnet.[1)]

$$\text{Effektivitätsziffer (E)} = \frac{\text{Wanderungssaldo} \times 100}{\text{Wanderungsvolumen}}$$

Eine hohe Effektivität - d.h. ein großes Wanderungsgefälle - ergibt sich beispielsweise dann, wenn bei geringem Wanderungsvolumen zwischen zwei Regionen die eine einen hohen positiven bzw. die andere einen hohen negativen Saldo verzeichnet.

Das maximale gruppenspezifische Wanderungsgefälle zu den drei Kernräumen (9) Düsseldorf, (11) Köln und (28) Frankfurt wird in Karte 10 dargestellt. Für alle drei Kernräume zeigt sich eine charakteristische Struktur:

- Regionen in unmittelbarer Nähe zu den Kernräumen weisen ein stärkeres Wanderungsgefälle der deutschen als der ausländischen Bevölkerung auf,
- Regionen in größerer Entfernung von den Kernräumen haben ein stärkeres Wanderungsgefälle der ausländischen als der deutschen Bevölkerung.

Daraus kann gefolgert werden, daß die Wanderungsbewegungen der Ausländer im Unterschied zu denen der Deutschen eine erhebliche Verschiebung ihres Bevölkerungsanteils aus den Randregionen in die Kernräume der raumordnungspolitischen Problemräume mit Zuwanderungsdruck hervorrufen. Eine wesentliche Ursache des ausgeprägten Wanderungsgefälles der Aus-

1) SCHWARZ, K., 1969, S. 79.

Karte 9: Wanderungsgefälle zu ausgewählten Kernräumen

(9) Düsseldorf

(11) Köln

(27) Frankfurt

Wanderungsgefälle der

Ausländer stärker

Deutschen stärker

länder von den Randregionen in die Kernräume liegt - zum Unterschied zur deutschen Bevölkerung - in ihrer geringen Fluktuation zwischen Randregion und Kernraum.

Im Beziehungsfeld des interregionalen Wanderungsgefälles zeigen einige ländlich strukturierte Regionen an der Peripherie der Wanderungsfelder geradezu ein gegenläufiges Wanderungsgefälle der Deutschen. Dies läßt sich besonders gut am Beispiel der Region (17) Oberwesterwald belegen (vgl. Karte 10). Einem hohen Wanderungsgefälle an Ausländern, besonders zu den nordwestlichen Kernräumen, steht ein ausgeprägtes Wanderungsgefälle der deutschen Bevölkerung aus dem Kernraum (9) Düsseldorf sowie dem südlichen Ruhrgebiet gegenüber. Hierbei dürfte es sich in der Mehrzahl um nicht mehr erwerbstätige Deutsche handeln, die wegen der landschaftlichen Attraktivität des Westerwaldes ihren Altersruhesitz aus den verdichteten Regionen hierher verlagert haben.

Für die raumordnungspolitische Analyse interregionaler Mobilitätsvorgänge interessieren nicht nur die regionalen Auswirkungen, sondern auch der dynamische Ablauf der Wanderungsverflechtungen. Die raum-zeitliche Dynamik interregionaler Mobilität läßt sich in der sogenannten "mittleren Erstdurchlaufzeit" quantifizieren. ROGERS und BROWN interpretieren die Maßzahl der mittleren Erstdurchlaufzeit als nicht räumliche "migrant-distances".[1] Mit ihr wird die Anzahl fiktiver Zeitperioden ausgedrückt, die im Durchschnitt eine zufällig ausgewählte wanderungsbereite Person benötigt, um zum erstenmal aus einer Region in eine bestimmte Zielregion zu gelangen.

Die mittleren Erstdurchlaufzeiten der ausländischen und deutschen Bevölkerung zwischen den 29 Untersuchungseinheiten werden mit einem zeithomogenen MARKOFF-KETTEN-MODELL berechnet. Die Wahl dieses Modells geht von der Hypothese aus, daß Wanderungen als stochastische Prozesse

---

1) ROGERS, A., 1968, S. 96.
BROWN, L.A., 1970, S. 394.

Karte 10: Wanderungsgefälle von und zur Peripherie-Region "Oberwesterwald"

Wanderungsgefälle (Effektivitätsziffer E ≥ 40) der

Ausländer

Deutschen

letztlich indeterminiert sind. "Eine Berücksichtigung der begrenzten Rationalität menschlichen Verhaltens in Entscheidungssituationen läßt die Anwendung eines wahrscheinlichkeitstheoretischen Ansatzes zur Analyse von Wanderung zweckmäßig erscheinen."[1] Die wichtigste Kenngröße stochastischer Prozesse, die die Markoff-Eigenschaft besitzen, sind die Übergangswahrscheinlichkeiten $p_{ij}(t)$. Dabei ist $p_{ij}(t)$, $j \neq i$ die Wahrscheinlichkeit, daß eine mobile Person während eines bestimmten Zeitraumes $t - t + 1$ aus der Region i in die Region j wandert. Die Annahme der Zeithomogenität besagt, daß die Übergangsmatrix P zeitunabhängig ist, d.h. die im Untersuchungszeitraum beobachteten Übergangswahrscheinlichkeiten bleiben zeitlich konstant.[2]

Die raum-zeitliche Dynamik des Wanderungsgefälles von den zumeist ländlich geprägten Randregionen in die Kernräume fällt deutlich zugunsten der Ausländer aus; ihre "migrant distances" sind wesentlich kürzer als die der deutschen Bevölkerung.

Tabelle 15: Mittlere Erstdurchlaufzeiten ausgewählter Randregionen nach Kernräumen

von \ nach	Ausländer (9) Düsseldorf	Ausländer (11) Köln	Ausländer (28) Frankfurt	Deutsche (9) Düsseldorf	Deutsche (11) Köln	Deutsche (28) Frankfurt
(17) Oberwesterwald	15,7	12,4	16,2	22,5	14,8	26,6
(21) Bitburg-Prüm-Daun	15,4	10,4	17,6	21,8	11,0	29,7
(27) Trier	15,4	11,0	15,9	22,3	13,3	27,0

1) GATZWEILER, H.P., (b), 1975.

2) Die formalen Ausführungen, die den Rechengängen des Modells zugrundeliegen, sind bei GATZWEILER nachzulesen. Vgl. GATZWEILER, H.P., (a) 1975, S. 92 ff.

Ein zufällig ausgewählter Ausländer, der beispielsweise in der Region Trier wohnt, braucht rd. 16 Zeiteinheiten, bis er in den Kernraum Frankfurt/Offenbach gelangt, ein Deutscher dagegen braucht schon 27 Zeiteinheiten. Ausländer wandern demnach schneller von der Peripherie in die Kernräume als Deutsche.

Untersucht man die mittleren Erstdurchlaufzeiten von den Kernräumen in das übrige Untersuchungsgebiet, zeigt sich, daß sehr kurze interregionale "migrant distances" zwischen den Kernräumen auftreten; die Effektivität dieser Wanderungen ist dabei aber sowohl bei den ausländischen Migranten als auch bei den deutschen wegen der großen interregionalen Fluktuation der jeweiligen Wanderungsströme gering.

Tabelle 16: Mittlere Erstdurchlaufzeiten zwischen Kernräumen

von \ nach	Ausländer (9) Düsseldorf	Ausländer (11) Köln	Ausländer (28) Frankfurt	Deutsche (9) Düsseldorf	Deutsche (11) Köln	Deutsche (28) Frankfurt
(9) Düsseldorf	--	10,9	18,9	--	13,4	30,9
(11) Köln	13,5	--	18,7	21,1	--	31,0
(28) Frankfurt	18,3	15,3	--	24,9	17,8	--

Die interregionale Fluktuation der Ausländer geht zwischen den Kernräumen mit größerer Schnelligkeit vor sich als diejenige der Deutschen.

Bedeutend größere gruppenspezifische Abweichungen der "migrant distances" ergeben sich für die Wanderungen aus den drei Kernräumen in die Randregionen. Das Wanderungsgefälle aus den ländlich geprägten Randregionen in die Kernräume muß sich notwendigerweise auch in den mittleren Erstdurchlaufzeiten widerspiegeln.

Tabelle 17: Mittlere Erstdurchlaufzeiten zwischen Kernraum und Randregion

von \ nach	Ausländer (17) Oberwesterwald	(21) Bitburg Prüm Daun	(27) Trier	Deutsche (17) Oberwesterwald	(21) Bitburg Prüm Daun	(27) Trier
(9) Düsseldorf	503,8	902,8	495,9	134,4	168,1	90,2
(11) Köln	504,3	901,4	495,7	135,2	165,0	89,0
(28) Frankfurt	502,6	903,6	497,4	133,4	172,7	90,6

Bei einem Vergleich der Tabellen 15 und 17 fällt auf, daß die "migrant distances" aus den Kernräumen in die Randregionen bei beiden Bevölkerungsgruppen wesentlich größer sind als aus den Randregionen in die Kernräume. Benötigt ein zufällig ausgewählter deutscher Wanderer, um beispielsweise aus der Region (21) Bitburg-Prüm-Daun in den Kernraum (9) Düsseldorf zu gelangen, im Durchschnitt 22 Zeiteinheiten, so erfolgt der umgekehrte Wanderungsvorgang erst nach 168 Zeiteinheiten. Insgesamt betrachtet, wandern Deutsche ca. dreizehn- bis fünfzehnmal schneller aus den Randregionen in die Kernräume als umgekehrt, wenn man einmal von der unterschiedlichen Bevölkerungsgröße der Regionen abstrahiert. Dieses Verhältnis erhöht sich bei der ausländischen Bevölkerung erheblich. Während die mittlere Erstdurchlaufzeit eines Ausländers aus der Region (21) Bitburg-Prüm-Daun in den Kernraum (9) Düsseldorf 15 Zeiteinheiten beträgt, braucht er für die entgegengesetzte "migrant distances" immerhin vierzigmal so lang; die mittlere Erstdurchlaufzeit vom Kernraum Köln/Leverkusen ist sogar fast neunzigmal länger.

Raumordnungspolitisch interessant ist die Feststellung, daß die "migrant distances" der Ausländer aus den drei Kernräumen in Regionen mit hohem Verdichtungsanteil, die im Ruhrge-

biet liegen, kürzer als die der Deutschen sind. Zwar weisen diese Regionen generell ein Wanderungsgefälle zu den Kernräumen auf, doch wandern im Rahmen einer interregionalen Fluktuation Ausländer schneller in diese Regionen als deutsche Migranten.

Tabelle 18: Mittlere Erstdurchlaufzeiten zwischen Kernräumen und Regionen im Ruhrgebiet

von \ nach	Ausländer			Deutsche		
	(2) Essen	(4) Bochum	(8) Wuppertal-Hagen	(2) Essen	(4) Bochum	(8) Wuppertal-Hagen
(9) Düsseldorf	22,5	36,8	16,7	28,6	44,7	24,5
(11) Köln	23,9	38,0	18,1	30,8	46,7	26,8
(28) Frankfurt	27,4	42,3	22,5	33,8	50,2	30,9

Die Analyse der raum-zeitlichen Dynamik des Wanderungsgefälles von den Randregionen in die Kernräume des Untersuchungsgebietes

- zeigt ein deutlich stärkeres Wanderungsgefälle der Ausländer im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung an,
- weist erheblich schnellere Zeiteinheiten für Ausländer als für Deutsche auf.

Dieses Ergebnis verdeutlicht die Schwierigkeiten einer raumordnungspolitischen Strategie, die eine längerfristige Ansiedlung von Ausländern in ländlich geprägten Randregionen vorsieht (vgl. dazu Kapitel 8.2.2.). Hingegen dürfte die Tatsache, daß Ausländer aus den Kernräumen mit hoher Ausländerdichte in kürzeren Zeiteinheiten in verdichtete Regionen des Ruhrgebietes mit geringer Ausländerdichte wandern als Deutsche, unter dem Gesichtspunkt einer Steuerung der Ausländerwanderung nicht unbedeutend sein (vgl. dazu Kapitel 9.2.).

ERKLÄRUNGSMODELL DER AUSLÄNDERWANDERUNG

. Außenwanderung

Eine Theorie der Wanderungen von Ausländern, welche über die ökonomisch determinierten Gründe hinaus ihre Herkunftsgebiete und Zielregionen umfaßt, läßt sich aus der geographischen Literatur nicht entnehmen. Ansätze für ein Erklärungsmodell der Außenwanderung sind jedoch im Rahmen der Theorie der Wirtschaftspolitik vorhanden.

SCHILLER und NIKOLINAKOS sehen in der Wanderung ausländischer Arbeitnehmer ein Element des westeuropäischen Wachstumsprozesses.[1)] Die Wanderungen der Ausländer innerhalb West- und Südosteuropas sind das Ergebnis eines Prozesses der Umstrukturierung wirtschaftlicher Aktivitäten zu einer neuen Größenordnung. Der Zwang zum wirtschaftlichen Wachstum der westeuropäischen Industrienationen - insbesondere in Konkurrenz zu den USA - sprengt die Grenzen der traditionellen nationalen Wirtschaftsräume und hat in Europa eine industrielle Wirtschaftsregion geschaffen, die über die Grenzen der europäischen Gemeinschaft hinaus ganz West- und Südosteuropa umfaßt.

In diesem Raum können sich Güter und Produktionsfaktoren relativ frei bewegen, da die Staatsgrenzen als Beschränkung der Wirtschaftsräume, als Barrieren für die Mobilität der Produktionsfaktoren, überwunden werden.

Das wirtschaftliche Wachstum dieses sich formierenden kontinentalen Wirtschaftsraumes verteilt sich nicht gleichmäßig über einzelne Staaten und Regionen, sondern konzentriert sich in wenigen Zentren. Der Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie- bisher auf den nationalen Raum beschränkt - verstärkt sich. Die regionalen Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung Europas steigen an.

---

1) NIKOLINAKOS, M., 1973.
SCHILLER, G., 1972.

SCHILLER sieht in der Gastarbeiterwanderung ein Element der Transferbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie im europäischen Maßstab. Die Arbeitskräfte "strömen in die Industriestaaten Mitteleuropas, aber auch in die nationalen Wachstumskerne, welche aus einem spill-over des mitteleuropäischen Produktionszentrums erklärt werden können."[1]

Diese Entwicklung verläuft in verschiedenen Phasen. NIKOLINAKOS leitet ein empirisch belegtes dynamisches Schema der Wanderungsbewegung der Ausländer in die zentralen Industriestaaten ab.[2] Überträgt man dieses Modell auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland, lassen sich folgende Phasen der Einwanderung von Ausländern ableiten:
(vgl. dazu auch Abb. 2).

(1) Die ausländischen Arbeitnehmer kamen bis zur zweiten Hälfte der fünfziger Jahre aus Italien - geographisch wie politisch in relativer Nähe zur wirtschaftlich erstarkenden Bundesrepublik gelegen.

(2) In den sechziger Jahren schied Italien wegen fortschreitender Industrialisierung und zunehmender Integration in das Wirtschaftssystem Westeuropas als Arbeitskräftereserveland aus und wurde von den peripheren Ländern zweiten Grades (Griechenland, Spanien) ersetzt.

(3) Im Laufe der zweiten Hälfte der sechziger Jahre scheiden zunehmend auch Griechenland und Spanien wegen der gleichen Gründe wie zuvor Italien als Arbeitskräftereserveländer für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland aus und werden heute von den peripheren Ländern dritten Grades, der Türkei und - weniger geographisch als politisch zu verstehen - Jugoslawien ersetzt.

---

1) SCHILLER, G., 1972, S. 92.
2) NIKOLINAKOS, M., 1973, S. 143.

(4) Eine Projektion dieser Phasenverschiebung Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre bei unveränderten ökonomischen Prämissen hat notwendigerweise ein "Hinausschieben" der Anwerbeländer an die Peripherie vierten Grades, die etwa nord- und schwarzafrikanische Länder umfaßt, zur Folge. Diese Phase wurde schon durch entsprechende Anwerbeabkommen mit Marokko (1963) und Tunesien (1965) vorbereitet. In der Tat hat sich die Zahl der Arbeitskräfte aus diesen Ländern zu Beginn der 70er Jahre - vor Einsetzen der Wirtschaftskrise 1973/74 - verdoppelt.[1)]

Parallel zu dieser Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bilden sich in den peripheren Ländern ersten und zweiten Grades nationale Wachstumszentren heraus, die ihrerseits eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften haben. Dies führt einmal zur Rückwanderung eines Teils der in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden Ausländer in ihre Heimatländer, andererseits werden auch in diesen ehemaligen "Gastarbeiterabgabeländern" ausländische Arbeitnehmer aus einer erweiterten Peripherie beschäftigt. So arbeiten in Griechenland schon Arbeitnehmer aus Somalia, in Italien und Spanien - wie in der Bundesrepublik Deutschland - Tunesier und Marokkaner.[2)]

Zentrum und Peripherie sind folglich nicht nur als Ausgangs- und Zielgebiete in sich geschlossener dyadischer Beziehungen zu verstehen, sondern jede Abhängigkeitsbeziehung zwischen Zentrum und Peripherie muß in dem gesamten dynamischen Entwicklungsprozeß internationaler Wirtschaftsbeziehungen und stufenförmiger Abhängigkeiten eingebettet werden. GALTUNG sieht folgende Beziehung in Form ökonomischer - und letztlich machtpolitischer - Aktivitäten zwischen Zentrum und Peripherie:[3)]

---

1) Vgl. BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.),(a) 1974, S.70.
2) NIKOLINAKOS, M. 1973, S. 1949.
SCHILLER, G., 1974, S. 155.
3) GALTUNG, J., 1972, S. 29 ff.

- o Eine Interessenharmonie besteht in den Beziehungen zwischen dem Zentrum in der Zentralnation und dem Zentrum in der Peripherienation.
- o Innerhalb der Peripherienationen besteht eine größere Interessendisharmonie als innerhalb der Zentralnationen (die regionalen Disparitäten an der Peripherie wachsen stärker als in Zentralnationen, in denen sie unter Umständen sogar konstant bleiben).
- o Zwischen der Peripherie in der Zentralnation und derjenigen in der Peripherienation besteht Interessendisharmonie.

Von entscheidender Bedeutung in GALTUNGs "Zentrum-Peripherie-Theorie" ist die Aussage, daß es in den Zentralnationen zwischen Zentrum und Peripherie weniger Interessendisharmonie gibt, als in den Peripherienationen.

So wäre es durchaus möglich, den Arbeitskräftebedarf der Verdichtungsräume innerhalb der Bundesrepublik (als Zentralnation) durch einheimische Arbeitskräfte aus der Peripherie zu decken. Dies hätte notwendigerweise eine starke Binnenwanderungsbewegung von den Randgebieten der Bundesrepublik in die zentralen Verdichtungsräume zur Folge, mit allen Konsequenzen einer sozialen Erosion; und dies würde konsequenterweise zu einer starken Interessendisharmonie zwischen diesen Teilräumen führen. Die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland - wie aller Zentralnationen - läuft jedoch darauf hinaus, die wirtschaftlich determinierte Interessendisharmonie zwischen Zentrum und Peripherie durch Raumordnungspolitik, regionale Wirtschaftspolitik oder Verkehrspolitik abzubauen. So heißt es beispielsweise im Bundesraumordnungsprogramm:

> "Das Ziel, großräumige Disparitäten abzubauen, kann im Einzelfall zu Konflikten führen. Ein solcher Zielkonflikt kann auftreten zwischen dem Streben nach einem möglichst hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstum, das sich vor allem in Räumen mit hoher Verdichtung konzentrieren würde, und dem Ziel, insbesondere in ländlich geprägten Gebieten eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Die Erwerbstätigen würden zwar durch Abwanderung in die

> stark verdichteten Gebiete dort kurzfristig einen größeren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt erbringen; dennoch müssen die Voraussetzungen für ihr Verbleiben in den ländlich geprägten Gebieten geschaffen werden, zumal dadurch - längerfristig gesehen - ein höherer sozialer Nutzen und damit zugleich ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürger erzielt werden könnte." 1)

In der Bundesrepublik soll dieser Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie durch eine Raumordnungspolitik der "dezentralen Konzentration" abgebaut werden. An der Peripherie der Bundesrepublik Deutschland, im nördlichen Schleswig-Holstein, in Nordwestdeutschland, im westlichen Rheinland-Pfalz und in Ostbayern (vgl. Karte 3) sollen gemäß der raumordnungspolitischen Strategie mit Priorität Entwicklungszentren ausgebaut werden, die ihrerseits Entwicklungsimpulse für die sie umgebende kleinräumige Peripherie auslösen; während andererseits in den Räumen mit einem ökonomisch determinierten Zuwanderungsdruck diesen ökonomischen Wachstumskräften entgegengewirkt werden soll.

Die Zielregionen der Ausländer, die heute zumeist aus den Randräumen der Peripherienationen kommen,[2] sind neben den zentralen Gebietseinheiten mit expandierenden Arbeitsmärkten, auch Gebietseinheiten mit stagnierender Arbeitsplatzentwicklung an der Peripherie der Bundesrepublik (vgl. Kapitel 5.3.). Ihre Funktion, "die regional konzentrierte Arbeitskräftenachfrage zu befriedigen, konnten und können die ausländischen Arbeitskräfte deshalb so gut wahrnehmen, weil die neu Zuwandernden zum großen Teil nicht auf bestimmte Zielorte festgelegt sind. Sie wandern im Sog der Nachfrage an die Stelle des dringenden Bedarfs oder werden durch die Arbeitsverwaltungen dorthin dirigiert."[3]

---

1) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 8.

2) Eine laufende Berichterstattung über die Herkunftsregionen der von der Bundesanstalt für Arbeit vermittelten Arbeitskräfte findet sich in den Erfahrungsberichten "Ausländische Arbeitnehmer - Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung" (hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg).

3) MERX, V., 1972, S. 100.

Die Arbeitskräftenachfrage expandierender Verdichtungsräume in Gebietseinheiten mit Zuwanderungsdruck wurde in der Vergangenheit durch ausländische Arbeitnehmer gedeckt, ohne daß es zu einer raumordnungspolitisch unerwünschten Abwanderung von deutschen Erwerbspersonen in großem Umfang aus den Randzonen des Bundesgebietes kam. Trotz eines ökonomischen Wachstumsdrucks im Zentrum konnte durch die verstärkte Zuwanderung der Ausländer die Interessenharmonie mit der Peripherie des Bundesgebietes gewahrt bleiben.

Die Funktion der ausländischen Arbeitskräfte in den Randgebieten definiert MERX wie folgt: "Durch ausländische Arbeitskräfte wurden also nicht nur globale Arbeitskräftedefizite in den Expansionsräumen gedeckt, sondern auch spezifische Angebotslücken, die in Regionen entstanden sind, aus denen bei stagnierender Gesamtbeschäftigung Deutsche abwanderten."[1]

Derartige Angebotslücken in Regionen mit erwerbsstrukturellen Schwächen werden jedoch auch durch regionalpolitische Fördermaßnahmen zum Abbau räumlicher Disparitäten hervorgerufen. 1970/71 wurden beispielsweise in den stärker ländlich strukturierten abwanderungsgefährdeten Problemräumen[2] 12.425 neue industrielle Arbeitsplätze geschaffen - 11.580 industrielle Arbeitsplätze stillgelegt.[3] Per Saldo konnte dieses Arbeitsplatzangebot durch deutsche Arbeitskräfte, die aus den

---

1) MERX, V., 1972, S. 99.

2) Vgl. Karte 3. Bei den summierten Arbeitsplatzzahlen wurden die Gebietseinheiten (15) Essen, im Problemraum II gelegen, und (26) Saar, im Problemraum III gelegen, nicht berücksichtigt.

3) Errechnet nach Erhebungsunterlagen der Bundesanstalt für Arbeit, vgl. dazu DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.), 1974.

stillgelegten Betrieben kamen oder durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft freigesetzt wurden, besetzt werden.

Die deutsche Bevölkerung zeigt jedoch eine geringere Mobilitätsbereitschaft als die Ausländer an. "Die Bindung an ein eng umrissenes Berufsbild, an einen bestimmten Betrieb und an den Wohnort verhindert selbst bei strukturellen Schwächen des Arbeitsmarktes eine verstärkte Mobilität."[1] Daher müssen in den strukturschwachen Randgebieten des Bundesgebietes Ausländer zumindest temporär die Arbeitsplätze einnehmen, die nach regionalpolitischen Vorstellungen für deutsche Arbeitnehmer geschaffen werden.

Zu einem autonomen, ungesteuerten Arbeitsplatzwachstum in Gebietseinheiten mit Zuwanderungsdruck addiert sich ein gefördertes Wachstum in einzelnen strukturschwachen Regionen, so daß letztlich in allen Gebietseinheiten eine Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften besteht, die sich nur der Intensität nach unterscheidet.

Auch für die Landesplanung einiger Flächenstaaten in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen Ausländer als Entwicklungspotential für die landesinterne Peripherie immer mehr an Bedeutung;[2] insbesondere, da die deutsche Bevölkerung aufgrund eines Geburtendefizites der Zahl nach ständig abnimmt (vgl. Tabelle 23). So heißt es im Entwurf des Landesentwicklungsprogramm Bayerns:

> "Nach der status quo-Prognose würde die Bevölkerung der Region Oberfranken-Ost im Zeitraum 1971/90 fast um 10 % abnehmen. Der durch niedrige Geburtenraten und schlechte Altersstruktur wesentlich mitbestimmte Bevölkerungsrückgang könnte nur vermieden werden, wenn entweder

---

1) SCHRÖDER, D., 1969, S. 394.

2) Auf den "starken Potentialcharakter" der Wohnbevölkerung weisen BIEHL, D., HUSSMANN, E., SCHNYDER, S. hin, 1973, S. II - 3.

der zu erwartende Wanderungsverlust in Höhe von 26.000 in einen Wanderungsgewinn von etwa 50.000 umgewandelt werden kann oder die natürliche Bevölkerungsentwicklung einen günstigeren Verlauf nähme. Ohne entsprechende Ausländerzuwanderung und eine Beseitigung des negativen Wanderungssaldos gegenüber dem übrigen Bundesgebiet dürfte eine Tendenzumkehr in der Bevölkerungsentwicklung bei dieser Region nicht zu schaffen sein, auch wenn sich der unter status quo-Bedingungen zu erwartende innerbayerische Wanderungsverlust entscheidend verringern läßt. Eine Ausländerzuwanderung in die Region Oberfranken-Ost in dem den Richtzahlen zugrunde gelegten Ausmaß (rd. 35.000 im Zeitraum 1971/90) wirft zwar im Hinblick auf die gesellschaftlichen Integrationsmöglichkeiten Probleme auf; diese müssen jedoch im Interesse der Entwicklung der Region in Kauf genommen werden." 1)

Auf derartige Zielvorstellungen wird in Kapitel 8 näher eingegangen.

Als Ergebnis der Analyse von Wanderungen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik kann festgestellt werden:

- Die Außenwanderungsgewinne der expandierenden zentralen Gebietseinheiten mit hohem Verdichtungsanteil sind nachfrageorientiert.
- Die Außenwanderungsgewinne der peripheren, in ihrer Mehrzahl ländlich geprägten Gebietseinheiten sind entwicklungspolitisch bedingt.

1) Landesentwicklungsprogramm Bayern, 1974, S. 119.

2. Binnenwanderung

Die Analyse der regionalen Verteilung von Außen- und Binnenwanderungssalden der Ausländer zeigt, daß fast dem gesamten Bundesgebiet die Funktion eines "Durchlaufstadiums" der Ausländer-Wanderung von den Heimatländern in einige wenige Gebietseinheiten mit hohem Verdichtungsanteil zukommt. Eigentliche Zielregionen dieser Wanderungsbewegung sind dabei die Kernräume des südlichen Rhein-Ruhr- und des Rhein-Main-Verdichtungsraumes sowie Berlin.

Die Wanderungsgewinne dieser eng begrenzten Räume stehen dabei nicht mit dem regionalen Industriebesatz in Verbindung, wie es auf den ersten Anschein vermutet werden könnte (vgl. die Thesen in Kapitel 3), vielmehr weisen auch Regionen mit einem hohen Anteil von Industriebeschäftigten ein starkes Wanderungsgefälle von Ausländern zu den Kernräumen Düsseldorf, Köln und Frankfurt auf (z.B. die Regionen (4) Bochum, (6) Iserlohn und (14) Siegen).

Die Motivation der ausländischen Migranten, die diese einseitig ausgerichteten Binnenwanderungsströme induzieren, werden anhand der drei folgenden Hypothesen untersucht.

These 1:

Während die Außenwanderung der Ausländer nachfrageorientiert bzw. entwicklungspolitisch gesteuert wird, ist ihre Binnenwanderung stärker einkommensorientiert.

Wanderungszielregionen der Ausländer sind Gebiete mit einem sehr hohen Lohnniveau. So liegt der Lohnniveauindex der Kernräume Köln, Düsseldorf und Frankfurt um 20 % bis 28 % über der durchschnittlichen Summe der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer in der übrigen Bundesrepublik, derjenige der Regionen Trier, Oberwesterwald und Bitburg-Prüm um 13 % bis 15 % unter dem durchschnittlichen Niveau (vgl. Karte 7). Die These, daß die Binnenwanderung der ausländischen Arbeitnehmer stärker

einkommensorientiert ist als die der deutschen, läßt sich durch die zuvor erwähnte Repräsentativuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit verifizieren (vgl. Kapitel 3.2.). Ein großer positiver Binnenwanderungssaldo von Ausländern in einer Region kann somit durchaus als ein Indikator für ein hohes regionales Lohnniveau angesehen werden.

Für mobile deutsche Erwerbspersonen ist dagegen weniger eine Einkommensverbesserung als vielmehr der Wohnortwert einer Region ein Anziehungsfaktor von relativ großer Bedeutung.[1] MONHEIM kommt zu dem Ergebnis, daß "immaterielle und atmosphärische Ortsqualitäten sowie Erholungsmöglichkeiten und Freizeitmöglichkeiten" von mobilen deutschen Arbeitnehmern hoch bewertet werden, "während die Vorstellungen über die materiellen und wirtschaftlichen Ortsqualitäten von geringer präferenzmäßiger Bedeutung sind".[2]

Eine hohe Korrelation zwischen Wanderungszielregionen der Ausländer und regionaler Einkommenshöhe reicht allerdings nicht aus, die Bündelung der Ausländer-Binnenwanderungsströme in den Kernräumen der Zielregionen zu erklären, vielmehr spielen bei der Bestimmung ihrer Wanderungsziele - unter Umständen stärker als bei der deutschen Bevölkerung - sozial-psychologische Faktoren eine Rolle.

These 2:

Die Bündelung der ausländerspezifischen Wanderungsströme erklärt sich aus sozial- psychologischen Motiven.

ALBRECHT sieht in der Wanderungsentscheidung eines Individuums ein persönliches "Problemlösungsverhalten" beispielsweise in bezug auf die Anpassung an die Umwelt, die Verwirklichung seiner Ziele und die Erhaltung seiner

---

1) Vgl. SCHRÖDER, D., 1968, S. 116 ff.
2) MONHEIM, H., 1972, S. 107.

Wertmuster.[1] Richtung und große Distanzlänge der Ausländer-Binnenwanderung deuten darauf hin, daß die ausländischen Migranten offensichtlich nur in wenigen Zielgebieten der Bundesrepublik Deutschland eine sozio-kulturelle Umwelt vorfinden, die ihrer spezifischen Wertorientierung entspricht.

In der Tat bewahrt sie die starke räumliche Konzentration vor einer völligen Aufgabe ihrer traditionsbestimmten Wertvorstellung durch Anerkennung der sozialen Kontrolle der deutschen Bevölkerung, wie dies bei disperser Ausländerverteilung eher der Fall wäre. GALLE, COVE, MILLER McPHERSON betonen, daß "je niedriger der soziale Status und je geringer das Ansehen einer ethnischen Gruppe sind, umso eher die Wahrscheinlichkeit besteht, in einem Gebiet mit hoher Bevölkerungsdichte zu leben".[2]

Die Ausländer, die - im Rahmen einer relativ homogenen Verteilung der Außenwanderung - in die Bundesrepublik zuwandern, befinden sich in den jeweiligen Zielregionen in der Regel in einer sozialen Isolation. Die Literatur zur regionalen Mobilität stimmt weitgehend darin überein, daß "die Integration in die Ausgangsgemeinde über Richtung und Reichweite der Wanderungsströme entscheidet".[3] ALBRECHT warnt zwar in diesem Zusammenhang davor, aus diesem empirisch gewonnenen Ergebnis zu folgern, diese Migranten würden "durch Migration eine stärkere Integration in soziale Beziehungen" anstreben.[4] Bezogen auf die Binnenwanderung der Gastarbeiter als Minderheitengruppe in der deutschen Gesellschaftsordnung scheint dies jedoch durchaus der Fall zu sein.

---

1) ALBRECHT, G., 1972, S. 164.
2) GALLE, O.R., GOVE, W.R., MILLER McPHERSON, J., 1973, S.15.
3) ALBRECHT, G., 1972, S. 114.
4) EBENDA, S. 114, Fußnote 25.

BINGEMER, MEISTERMANN-SEEGER und NEUBERT machen auf die Identitätskrise der zuwandernden ausländischen Arbeitnehmer aufmerksam.[1] Die Gastarbeiter, herausgerissen aus der heimatlichen Gesellschaftsordnung, stehen unvorbereitet einer industriellen Leistungsgesellschaft und ihren entsprechenden bürokratischen Institutionen gegenüber. Der aus dieser Konfrontation entstehenden persönlichkeitsspezifischen Verunsicherung begegnen sie durch stärkeren Gruppenzusammenschluß, der sich in kleinräumlicher Segregation widerspiegelt. Das setzt einen interregionalen Migrationsprozeß in Gang, der sich innerhalb der Kernräume fortsetzt und zu den sogenannten "Gastarbeiter-Gettos" führt:

> "Gesellschaftlich nicht eingebundene Minderheiten neigen zur räumlichen Absonderung; vertraute Lebensgewohnheiten lassen sich in gleichgesinnter Umgebung leichter und ungestörter aufrechthalten; die räumliche Nähe zu Bekannten und zu Menschen gleicher Sprache und Lebensart ist in einer fremden Umgebung ein Ersatz für die Heimat."[2]

Eine erfolgsversprechende Klärung der Motivationsstrukturen, die die Bündelung der Ausländer-Binnenwanderungsströme bewirkt und damit zu Ansatzpunkten ihrer regionalen Steuerung führen könnte, dürfte daher der Forschungsansatz der Umweltwahrnehmung (environmental perception bzw.) perceived environment) bieten.[3]

These 3:

Eine steuernde Wirkung der Ausländer-Binnenwanderung auf wenige Kernräume ist im Prozeß der "Kettenwanderung" zu sehen.

Als Kettenwanderung (chain migration) bezeichnet man eine Wanderung, "die durch Briefe und Besuche früherer Auswanderer in der alten Heimat unter den bisher Zurückgebliebenen

---

1) BINGEMER, K., MEISTERMANN-SEEGER, E., NEUBERT, E., 1972, S. 151 ff.

2) LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN (Hrsg.), 1972, S. 44.

3) Vgl. HARD, G., 1973, S. 200 ff.

ausgelöst worden ist."[1] SCHOLTEN weist darauf hin, daß Nachrichten von günstigen Arbeitsbedingungen in bestimmten Regionen der Bundesrepublik auf den weiteren Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern eine steuernde Wirkung ausüben und somit deren räumliche Konzentration verstärken.[2]

Im Grunde genommen handelt es sich bei der Kettenwanderung um ein Migrationsphänomen, das zur Erklärung der Herkunfts- und Zielregionen der Außenwanderungsströme dienen kann, da der Kommunikation der Ausländer mit ihren heimatlichen Herkunftsregionen quasi als Rückkopplungseffekt eine große Bedeutung für Auslösung und Richtung der Außenwanderung zukommt. Am Beispiel der Einwanderung in die USA und Australien ist das Phänomen der Kettenwanderung nachgewiesen worden.[3]

Wenn in der Bundesrepublik die Kettenwanderung der Ausländer im Rahmen der Binnenwanderung von Bedeutung ist, liegt dies an den besonderen administrativen Formen des Anwerbeverfahrens ausländischer Arbeitnehmer durch die Verbindungsstellen/Kommissionen der Bundesanstalt für Arbeit in den jeweiligen Anwerbeländern.

Die Zahl der angeworbenen Arbeitskräfte richtet sich generell nach den Anforderungen der Betriebe. NEUBECK-FISCHER unterscheidet zwei Formen der betrieblichen Anforderung:[4]

- die anonyme Anforderung,
- die namentliche Anforderung.

In der Regel nennt ein Unternehmer der Bundesanstalt für Arbeit die gewünschte Anzahl von ausländischen Arbeitskräften; er hat aber auch die Möglichkeit, einen bestimmten

---

1) ALBRECHT, G, 1972, S. 118.
2) SCHOLTEN, W., 1968, S. 233.
3) Vgl. ALBRECHT, G,, 1972, S. 118, Fußnote 43 u. 44.
4) NEUBECK-FISCHER, H., 1972, S. 29 ff.

Arbeitnehmer - beispielsweise den Bruder eines Arbeiters, der schon im Betrieb beschäftigt ist, namentlich anzufordern. Dem steht "der Widerstand staatlicher Stellen gegenüber", wegen der damit verbundenen Möglichkeit, "den Aufenthalt illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereister Gastarbeiter nachträglich zu legalisieren".[1]

So gibt es in der Regel für einen ausländischen Migranten aus einem Anwerbeland, der sich in seinem Herkunftsort für ein bestimmtes regionales Ziel in der Bundesrepublik Deutschland entscheidet, vielfach nur die Möglichkeit, sich über den Weg der "anonymen Anforderung" in das Bundesgebiet vermitteln zu lassen, um über die Binnenwanderung sein eigentliches Ziel zu erreichen. Daß dabei nicht selten sogar der einjährige Arbeitsvertrag gebrochen bzw. vorzeitig gekündigt wird (vgl. dazu Kapitel 3.1.), haben MEHRLÄNDER wie auch BORRIS festgestellt.[2] 18 % der ausländischen Arbeitskräfte in Frankfurt, die aus ihrem ersten Arbeitsverhältnis vorzeitig ausgeschieden waren, gaben als Grund an, daß sie sich zuerst einmal in irgendeine deutsche Stadt hatten vermitteln lassen, "waren aber schnell nach Frankfurt gezogen, wo Verwandte oder Ehegatten eine Stelle besorgten".[3]

---

1) NEUBECK-FISCHER, H., 1972, S. 36.

2) MEHRLÄNDER, U., (a) 1974, S. 104 ff.

3) BORRIS, M., 1973, S. 72.

. ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER REGIONALEN MOBILITÄT DER AUSLÄNDER

1. Die Funktion der Prognose im Raumplanungsprozeß

Prognosen haben sich in der planenden Verwaltung zu einem wichtigen Instrument entwickelt. Das Verhältnis von Prognose und Planung läßt sich dabei wie folgt definieren. Die Prognose ist zielsuchend und entscheidungsvorbereitend, indem sie den Spielraum von politischen Maßnahmen erkundet; Planung hingegen ist zielsetzend und entscheidungsdurchführend.[1)]

Im Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes liefert eine Prognose der regionalen Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverteilung bis 1985 eine wichtige Entscheidungsgrundlage, "in welchen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland künftig ein konzentrierter Einsatz raumwirksamer Mittel für den Ausbau sogenannter Entwicklungszentren mit einer gewissen Priorität einsetzen soll."[2)] Damit wird der Stellenwert von Prognosen als politisches Steuerungsinstrument für den Raumplanungsprozeß deutlich.

Nach der Konzeption für das erste Bundesraumordnungsprogramm sollte die Prognose allerdings als eine Orientierungs- und Entscheidungshilfe für die Zielbestimmung im Rahmen des Bundesraumordnungsprogramms verwendet werden. "Die Ziele im Programm werden unter Berücksichtigung der voraussehbaren räumlich-strukturellen Entwicklungstendenzen festgelegt".[3)] Diese "zielsuchende" Funktion kommt der Prognose im Bundesraumordnungsprogramm nicht mehr zu; die

---

1) Vgl. SCHÄFERS, B., 1973, S. 37.

2) PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.), 1974, S. 2.

3) DIETRICHS, B., 1971, S. 25.

Zielsetzungen zur regionalen Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverteilung wurden - unabhängig von Analyse- und Prognoseergebnissen - aus grundlegenden raumordnungspolitischen Zielvorstellungen abgeleitet (vgl. Kapitel 8.2.1.).

Die Prognose im Bundesraumordnungsprogramm hat vielmehr analytischen Charakter für das "Aufzeigen von regional unterschiedlichen Entwicklungstendenzen".[1] Derartige Prognosen werden als Status quo-Prognosen bezeichnet.

In ihnen "wird derjenige Entwicklungspfad für Arbeitsplätze und Bevölkerung vorausgeschätzt, der eintreten würde, wenn die gegenwärtigen raumordnungspolitischen Randbedingungen unverändert weitergelten und Bund und Länder einer zielgerechten raum- und siedlungsstrukturellen Entwicklung des Bundesgebietes keine stärkere Bedeutung beimessen würden".[2]

Status quo-Prognosen zeigen also im Gegensatz zu Zielprognosen nicht den Endzustand einer Entwicklungsplanung an; sie dienen vielmehr zur Problemschärfung momentaner Entwicklungstrends. Die Forderung nach politischen Maßnahmen zur Veränderung negativer Entwicklungstendenzen soll mit den Argumenten der Status quo-Prognose unterstützt werden. "Status quo-Prognosen können daher nicht falsifiziert werden",[3] da bei einem hohen Zielerreichungsgrad der Raumordnungspolitik "negative regionale Entwicklungstendenzen beseitigt werden und sich die positiven Tendenzen weitgehend durchsetzen können".[4]

---

1) DIETRICHS, B., 1975, S. 138.
2) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 27.
3) DIETRICHS, B., 1975, S. 139.
4) Raumordnungsbericht 1972, S. 66.

Ausgehend von dem prognostischen Modellansatz, dem die Vorausschätzungen der Arbeitsplatzentwicklung und Wanderungssalden der 38 Gebietseinheiten im Bundesraumordnungsprogramm zugrundeliegen, soll der Versuch unternommen werden, das künftige Bild der Ausländerwanderung unter Status quo-Bedingungen zu skizzieren.

7.2. Regionale Arbeitsmarktbilanzen als Grundlage der Wanderungsvorausschätzung

Grundlage der Prognose im Bundesraumordnungsprogramm sind regionalisierte Arbeitsmarktbilanzen für 1985 aller 38 Gebietseinheiten. In einer Arbeitsmarktbilanz werden die Entwicklung der einheimischen erwerbstätigen Bevölkerung und der Nachfrage nach Arbeitskräften getrennt prognostiziert und einander gegenübergestellt.[1] Statistische Grundlage der Prognoserechnungen sind die Daten der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung 1970.

- Das Angebot an Arbeitskräften wird auf der Basis von Prognosen der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten vorausberechnet (=Erwerbspersonenangebot). Nach Abzug einer vorausgeschätzten Arbeitslosenquote erhält man die Zahl der Erwerbstätigen.
- Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird auf der Basis von Prognosen der sektoralen Arbeitsplatzentwicklung berechnet. Strukturbedingte regionale Entwicklungstendenzen werden mit Hilfe regionsspezifischer Einflußgrößen (Struktur-, Erwerbs- und Wohnortfaktor) korrigiert.[2]

Im Rahmen dieser Modellrechnung ergibt sich bei der Gegenüberstellung dieser beiden Prognosen für 1985 in den Gebietseinheiten ein Überschuß oder ein Defizit an Erwerbstätigen gegenüber dem Arbeitskräftebedarf.

---

1) Eine Beschreibung der "Gegenüberstellung von internen Erwerbspersonen - Angebot und Erwerbspersonen - Nachfrage als prognostisches Modell" gibt MÜLLER, J.H., 1973, S. 136 ff.

2) Zur Methode der regionalen Arbeitsplatzvorausschätzung vgl. SCHRÖDER, D. und Mitarbeiter, 1968.

Eine Kurzdarstellung des methodischen Ansatzes des regionalen Arbeitsmarkt-Prognosemodells enthält der Raumordnungsbericht 1968, S. 26 ff.

In der Prognose für die 38 Gebietseinheiten wird postuliert, daß der Ausgleich regionaler Ungleichgewichte in der Arbeitsmarktbilanz durch Wanderungen erfolgt, d.h. der Produktionsfaktor Arbeit reagiert allein auf das tatsächliche Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Arbeitsplätzen. Expandieren die Arbeitsplätze schneller als Arbeitskräfte nach dem natürlichen Bevölkerungsentwicklungsprozeß nachwachsen, so wird unterstellt, daß diese Lücke durch einen positiven Wanderungssaldo gefüllt wird. Ergibt sich in der Arbeitsmarktbilanz ein regionaler Überhang an Arbeitskräften, so wird auf dessen Abbau durch Nettoabwanderung geschlossen. Der Anteil der nicht erwerbstätigen Familienangehörigen - die Mantelbevölkerung - wird mit 50 % angenommen.[1)]

Eine kritische Auseinandersetzung aus geographischer Sicht mit den in der Raumordnung verwendeten Arbeitsmarkt-Prognosemodellen als eine Entscheidungsgrundlage für den Einsatz raumwirksamer Mittel steht noch aus. Im Rahmen dieser Mobilitätsuntersuchung soll speziell die Prognose der Wanderungssalden näher analysiert werden. Wesentlich für die Beurteilung dieses Prognosemodells ist die Tatsache, daß die nichtökonomisch induzierten Wanderungen z.B. der Bildungs- oder Alterswanderer, die den Saldo einer Gebietseinheit entscheidend beeinflussen können (vgl. Tabelle 10), in diesem Modell nicht erfaßt werden. Ferner wird in den Ergebnissen derartiger Modellrechnungen die zeitliche Dynamik der Wanderungen nicht berücksichtigt. Es wird nur der hypothetische Endzu-

---

1) Die nach diesem Verfahren geschätzten Wanderungssalden der Arbeitskräfte bilden in der Raumordnung die Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der Problemräume für die großräumige Bevölkerungsverteilung (vgl. Karte 3); und sie sind ein prospektiver Indikator zur Abgrenzung der raumordnungspolitischen Schwerpunkträume mit besonderen Schwächen in der Erwerbsstruktur (vgl. Karte 2).
Vgl. BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG, (Hrsg.), 1975, Teil B.

stand einer Entwicklung für das Jahr 1985 ermittelt. Daraus folgt, daß beispielsweise die Beeinflussung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Regionen durch die regionale Mobilität im Prognosezeitraum 1970/85 nicht prognostiziert wird. Hierdurch kann jedoch eine erhebliche Veränderung gerade der Erwerbspersonenentwicklung bis 1985 hervorgerufen werden, wodurch sich wiederum die Arbeitsmarktbilanz im Jahre 1985 verändern kann.

Generell muß festgestellt werden, daß Methoden zur Berechnung regionalisierter Prognosen gruppenspezifischer Wanderungen im Gegensatz zu den differenzierten regionalen Arbeitsplatz-Prognose-Modellen in den Raumwissenschaften erst im Aufbau begriffen sind.[1] Eine Ursache liegt sicherlich darin begründet, daß in der Vergangenheit Untersuchungen über die Gesetze bzw. Gesetzmäßigkeiten der Arbeitsplatzentwicklung im Vordergrund der Regionalpolitik standen. Dementsprechend können Prognosen regionalisierter Arbeitsmarktbilanzen zur Berechnung der Arbeitsplatzentwicklung auf ein umfassendes statistisches Material und umfangreiche Methoden zur Analyse der Standortverteilung von Arbeitsplätzen sowie intra- und interregionalen Verflechtungen ökonomischer Aktivitäten aufbauen.[2]

Um dagegen Prognosen interregionaler Wanderungsverflechtungen einzelner Bevölkerungsgruppen aufzustellen, fehlen derzeit noch abgesicherte Analyseergebnisse, aus denen Gesetzmäßigkeiten der Mobilitätsvorgänge erklärt und in die Zukunft projiziert werden können. So ist im Gegensatz zu der Industrieberichterstattung - mit deren Daten das "basic non basic-Konzept", dem die Arbeitsplatzprognose im Bundesraumordnungsprogramm folgt, berechnet wird - die

---

1) Vgl. GATZWEILER, H.P., KOCH, R., 1975.

2) Eine Übersicht derartiger Denk- und Untersuchungsmethoden hat Elisabeth Lauschmann zusammengestellt LAUSCHMANN, E., 1973.

Statistik der Wanderungsverflechtungen in der Bundesrepublik Deutschland erst im Aufbau begriffen (vgl. Kapitel 5.1.).

Regionalisierte Arbeitsmarktbilanzen können somit nur als eingeschränkte Status quo-Prognosen verwendet werden, die derzeit bestehende regionale Ungleichgewichte in der Arbeitsmarktsituation durch Projektion auf einen künftigen Endzustand verschärft darstellen. Dies dient sicherlich zur besseren Beurteilung des raumordnungspolitischen Instrumentariums, das zur Minderung der Ungleichgewichte in der Regionalstruktur beitragen soll. Doch sind derartige Prognosemodelle nicht geeignet, die künftige Bevölkerungsentwicklung mit all ihren Komponenten (natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsverhalten) unter Status quo-Bedingungen vorauszuschätzen. Für Prognosen der Bevölkerungsentwicklung einer Region müßte daher ein eigenständiger Modellansatz angestrebt werden, wobei die Komponente der regionalen Arbeitsplatzentwicklung sicherlich als eine wichtige Einflußgröße Berücksichtigung finden muß.

7.3. Prognose der Ausländerzahl für das Bundesgebiet

Die Analyse der Ausländerwanderung hat gezeigt, daß für diese Gruppe in der Vergangenheit die Zuwanderung weitgehend von der regionalen Nachfrage nach Arbeitskräften abhängig war. Bei aller Kritik an den in der Raumplanung derzeit verwendeten Arbeitsmarktmodellen kann somit unterstellt werden, daß für die Vorausschätzung des Ausländerwanderungssaldos ein derartiger Modellansatz geeignet ist, da die regionale Mobilität der Ausländer stärker ökonomisch induziert wird als die Wanderungen der deutschen Bevölkerung.

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Prognosen zur Entwicklung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik veröffentlicht worden. In ihrer Mehrzahl waren sie jedoch nach kurzer Zeit bereits überholt.[1] Die letzte amtliche Prognose zur Entwicklung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von 1970 bis 1985 ist im Rahmen der "Perspektiven des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1985" berechnet worden. In einer mittleren Variante, die als die wahrscheinliche und zugleich wünschenswerte zur Sicherung eines langfristigen Wirtschaftswachstums angesehen wird, ist eine kontinuierliche Erhöhung der ausländischen Arbeitskräfte von 1,8 Mio (1970) um 700.000 auf 2,5 Mio (1985) vorausberechnet. Für 1975 wurden 2,1 Mio, für 1980 2,3 Mio im Bundesgebiet tätige Ausländer prognostiziert.[2] Ende 1973 arbeiteten allerdings schon ca. 2,5 Mio Ausländer in der Bundesrepublik (vgl. Tabelle 3).

Eine Erklärung für die Fehleinschätzung der Ausländerprognosen liegt darin begründet, daß in nicht-regionalisierten Arbeitsmarkt-Prognosemodellen ein Ausgleich regionaler Ungleichgewichte durch die Produktionsfaktoren

---

1) Vgl. TERIET, B., 1973, S. 224 f.

2) DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT (Hrsg.), 1970.

"Arbeit" (Binnenwanderung der Arbeitskräfte) und "Kapital" (Standortverlagerungen von Betrieben) unterstellt wird. Die Analyse der geographischen Mobilität der Ausländer hat jedoch gezeigt, daß Ungleichgewichte in der regionalen Arbeitsmarktsituation eher durch Außenwanderung als durch Binnenwanderung deutscher Erwerbspersonen ausgeglichen werden.

Die Prognose der Arbeitsmarktbilanzen, denen die im Bundesraumordnungsprogramm ausgewiesenen Wanderungssalden zugrunde liegen, schätzt für 1985 unter Status quo-Bedingungen

- in 23 Gebietseinheiten eine Nachfrage nach 1,7 bis 1,8 Mio Erwerbspersonen
- in 13 Gebietseinheiten ein Defizit von ca. 0,3 Mio Arbeitsplätzen für die einheimischen Erwerbspersonen.

Als Residualgröße dieser regionalisierten Arbeitsmarktbilanzen wird im Zeitraum 1970 bis 1985 ein Wanderungsgewinn der Bundesrepublik mit dem Ausland von ca. 1,4 bis 1,5 Mio Erwerbspersonen ermittelt (vgl. Tabelle 19).

Bei einem hohen Zielerreichungsgrad der raumordnungspolitischen Maßnahmen in den abwanderungsgefährdeten Räumen muß sogar mit einer noch größeren Zuwanderung von Erwerbspersonen aus dem Ausland gerechnet werden, da eine Abwanderung von Erwerbspersonen zur Deckung defizitärer Arbeitsmarktbilanzen der expandierenden Gebietseinheiten verhindert werden soll. Eine Größenordnung der Zuwanderungsrate von maximal 1,7 bis 1,8 Mio Arbeitnehmern aus dem Ausland im Zeitraum 1970 bis 1985 erscheint durchaus als realistisch, sofern dem Arbeitswachstum in den expandierenden Gebietseinheiten nicht entgegengewirkt wird.

Die Ermittlung des Außenwanderungssaldos als Residualgröße zwischen der Entwicklung des regionalen Erwerbspotentials und des regionalen Arbeitsplatzwachstums

Tabelle 19: Status quo-Prognose im Bundesraumordnungsprogramm

Gebietseinheit	Arbeitsplätze 1985		Erwerbspotential 1985		Wanderungssal an Erwerbsper sonen 1980/85	
	- in 1 000 -				-	
	min. (1)	max. (2)	min. (3)	max. (4)	min. (5)	max. (6)
1 Schleswig	158	158	170	170	- 12	- 12
2 Mittelholstein-Dith.	541	541	541	541	0	0
3 Hamburg	1.400	1.432	1.289	1.289	+ 111	+ 143
4 Lüneburger Heide	224	224	225	225	- 1	- 1
5 Bremen	843	843	830	830	+ 13	+ 13
6 Osnabrück	263	263	285	285	- 22	- 22
7 Ems	290	290	329	329	- 39	- 39
8 Münster	447	447	490	489	- 43	- 42
9 Bielefeld	776	776	741	741	+ 35	+ 35
10 Hannover	961	961	874	874	+ 87	+ 87
11 Braunschweig	562	562	529	529	+ 33	+ 33
12 Göttingen	193	193	185	185	+ 8	+ 8
13 Kassel	425	425	404	404	+ 21	+ 21
14 Dortmund-Siegen	1.406	1.406	1.371	1.371	+ 35	+ 35
15 Essen	1.621	1.621	1.677	1.677	- 56	- 56
16 Düsseldorf	1.623	1.623	1.488	1.488	+ 135	+ 135
17 Aachen	377	377	377	377	0	0
18 Köln	1.244	1.244	1.133	1.133	+ 111	+ 111
19 Trier	186	186	208	208	- 22	- 22
20 Koblenz	410	410	416	416	- 6	- 6
21 Mittel-Osthessen	474	474	481	481	- 7	- 7
22 Bamberg- Hof	471	471	469	469	+ 2	+ 2
23 Aschaffenburg-Schweinf.	512	512	510	510	+ 2	+ 2
24 Frankfurt-Darmstadt	1.532	1.532	1.357	1.357	+ 175	+ 175
25 Mainz-Wiesbaden	606	617	564	564	+ 42	+ 53
26 Saarland	437	446	498	498	- 61	- 52
27 Westpfalz	221	221	226	226	- 5	- 5
28 Rhein-Neckar-Südpfalz	919	919	848	848	+ 71	+ 71
29 Oberrhein-Nordschwarzwald	640	640	571	571	+ 69	+ 69
30 Neckar-Franken	1.865	1.865	1.695	1.695	+ 170	+ 196
31 Ansbach-Nürnberg	805	830	742	753	+ 63	+ 77
32 Regensburg-Weiden	428	428	452	452	- 24	- 24
33 Landshut-Passau	456	459	486	486	- 30	- 27
34 München-Rosenheim	1.491	1.491	1.221	1.221	+ 270	+ 270
35 Kempten-Ingolstadt	899	899	852	852	+ 47	+ 47
36 Alb-Oberschwaben	732	732	699	689	+ 33	+ 43
37 Oberrhein-Südschwarzwald	949	949	877	867	+ 72	+ 82
38 Berlin (West)	900	900	829	829	+ 71	+ 71
Bundesgebiet	28.287	28.393	26.939	26.929	1.348	1.464

Quelle: FRANZEN, D., SCHRÖDER, D., ZUBEIL, G., 1974, sowie Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 33.

ist insofern gerechtfertigt, da ausländische Arbeitnehmer vielfach unqualifizierte Arbeitsplätze einnehmen, die durch eine intersektorale Fluktuation bzw. Intergenerationsmobilität der deutschen Erwerbspersonen frei werden (vgl. Kapitel 3.2.).[1)]

Geht man von der Arbeitsplatzprognose im Bundesraumordnungsprogramm aus, so lassen sich bei ungesteuerten Ausländerwanderungen für das Jahr 1985 ca. 5,0 bis 5,5 Mio Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland prognostizieren; damit würde der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung 8 - 9 % betragen (vgl. Tabelle 20).

---

1) Das Bundesraumordnungsprogramm fordert allerdings, daß derartige Arbeitsplätze im Sinne einer ausgewogenen Raumstruktur durch innerbetriebliche Rationalisierung eingespart werden, um damit die "Sogwirkung" der expandierenden Gebietseinheiten auf ausländische Arbeitnehmer zu verringern.

Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 28.

Tabelle 20: Prognose der Ausländer für 1985 in der Bundesrepublik Deutschland in Anlehnung an das Bundesraumordnungsprogramm

		- in Mio -
ausländische Arbeitnehmer	(VZ - 1970)	1,7
Ausländerstand	(VZ - 1970)	2,4
Erwerbsquote	71 %	
Wanderungssaldo an Erwerbspersonen mit dem Ausland		
	- maximum	1,8
	- minimum	1,4
davon ausländische Arbeitnehmer ca. 90 % (vgl. Tabelle 7)		
	- maximum	1,6
	- minimum	1,3
ausländische Arbeitnehmer 1985		
	- maximum	3,3
	- minimum	3,0
ausländische Bevölkerung 1985 (Erwerbsquote 60 %		
	- maximum	5,5
	- minimum	5,0

Das Absinken der Erwerbsquote der Ausländer im Zeitraum 1970/85 wird als Folge eines verstärkten Nachzuges von Familienangehörigen und des generativen Verhaltens der ausländischen Bevölkerung angesehen. Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen den hohen Geburtenüberschuß der Ausländer im Bundesgebiet.

Tabelle 21: Prognose der Ausländerentwicklung aufgrund des generativen Verhaltens - unter besonderer Annahme zur Außenwanderung

	ohne Wanderung	bei jährlich 15 % Rotation[3]	33 1/3 %
	- in 1.000 -		
Ausländerstand 1.1.1974[1]	3.991	3.991	3.991
Geburtenüberschuß 1974/79[2]	395	412	433
Ausländerstand 1.1.1980	4.386	4.403	4.424
Geburtenüberschuß 1980/84[2]	247	293	350
Ausländerstand 1.1.1985	4.633	4.696	4.774
Geburtenüberschuß 1985/89[2]	190	258	342
Ausländerstand 1.1.1990	4.823	4.954	5.116

Quelle: Unveröffentlichte Proberechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Vorbereitung der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung.

Bei einem ausgeglichenen Außenwanderungssaldo und einer jährlichen Rotation von 15 %, die dem bisher beobachteten Umfang der Fortzüge der Ausländer entspricht, würde sich die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer im Zeitraum 1974/90 um knapp ein Viertel erhöhen.

Während sich aus der Prognose im Bundesraumordnungsprogramm - ausgehend von der Seite der Nachfrage nach Arbeitskräften der einzelnen Gebietseinheiten - für Mitte der achtziger Jahre eine Zahl von 3,0 bis 3,3 Mio ausländischen Arbeitnehmern ableiten läßt, rechnet die Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung ausgehend "von der Seite des potentiellen Angebots an Arbeits-

1) Fortgeschriebener Ausländerstand nach Alter und Geschlecht.

2) Konstanz der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der ausländischen Bevölkerung des Jahre 1973/Konstanz der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten der Gesamtbevölkerung der Jahre 1970/72.

3) 15 % bzw. 33 1/3 % der Ausländer jeder Altersgruppe werden jährlich durch die gleiche Anzahl der jeweils jüngeren Altersgruppe ersetzt.

kräften aus den Anwerbeländern" für 1985 mit 3,7 bis 4,0 Mio ausländischen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik.[1)]

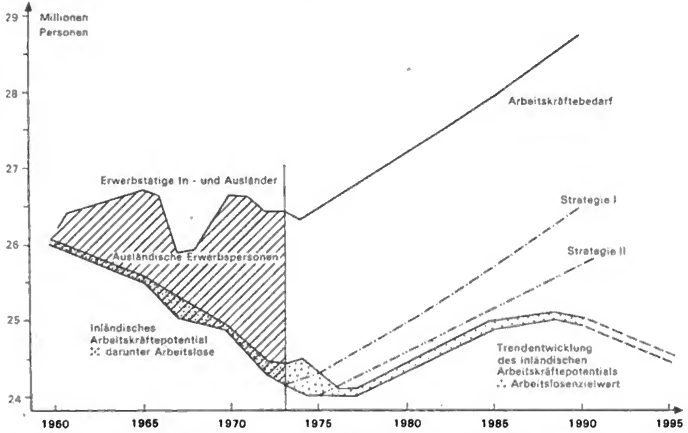
KÜHL stellt in einer Arbeitsmarktbilanz das deutsche Erwerbspersonenpotential und den gesamten Arbeitskräftebedarf für 1990 gegenüber. Trotz einer relativ hohen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (1972/85: 4,5 bis 4,7 %) und der Stundenproduktivität (1972/85: knapp 5 %) ermittelt er eine inländische Angebotslücke von 3,9 Mio Arbeitnehmern. "Die langfristigen Perspektiven für das deutsche Arbeitskräftepotential werden im allgemeinen überschätzt, weil sie auf überhöhten Bevölkerungsvorausschätzungen, zu hohen Vergangenheitswerten der Erwerbsquoten, ohne die Trennung der Erwerbsquotentrends für In- und Ausländer und ohne die Berücksichtigung der Zusatzeffekte von Bildungsplanung und flexibler Altersgrenze zustandegekommen sind."[2)]

Die Zusammenhänge zwischen inländischem Erwerbspotential, Arbeitsplatzentwicklung und Ausländerbeschäftigung veranschaulicht die folgende Graphik:

---

1) HÖPFNER, K., RAMANN, B., RÜRUP, B, 1973, S.34.
2) KÜHL, G., 1974, S. 19.

Abb. 3: Entwicklung des inländischen Arbeitskräftepotentials und des Arbeitskräftebedarfs von 1960 - 1990 - in Mio.



Strategie I : Konstanz der 1973 erreichten Ausländerzahl von 2,55 Mio erfordert bis1990 zusätzlich 1,2 Mio Erwerbspersonen
Strategie II : Langfristiger Anstieg auf 3 Mio Ausländer erfordert zusätzlich 0,7 Mio Erwerbspersonen bis 1990

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), (b) 1974, S. 32.

Die Bundesanstalt für Arbeit stellt dazu fest:

> Bis 1972 wurde die Angebotslücke aus einem rückläufigen deutschen Arbeitskräftepotential einschließlich Arbeitslosen zunehmend durch ausländische Arbeitnehmer ausgeglichen. Bei Konstanz der 1972 erreichten Ausländerzahl von 2,5 Mio Erwerbspersonen - dies ist inzwischen die Zielvorstellung der Bundesregierung zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung - wären inländische Reserven in Höhe von 1,2 Mio zusätzlich zu aktivieren, um den bis 1990 vorausgeschätzten Arbeitskräftebedarf zu decken (Strategie I). Ein Weniger an Aktivierung von Binnenreserven erfordert entweder ein entsprechendes Mehr an ausländischen Arbeitnehmern oder schafft ein dementsprechendes Arbeitsmarktungleichgewicht (Strategie II). Weiterhin veranschaulicht die Abbildung eine Änderung der Arbeitsmarktbilanz in den vergangenen 15 Jahren. Während bisher die Gesamtzahl

> der erwerbstätigen In- und Ausländer stagniert und der erhebliche Rückgang des deutschen Arbeitskräftepotentials durch ausländische Arbeitskräfte bei konstanter Gesamtbeschäftigung ersetzt wurde, steigen künftig sowohl das deutsche Arbeitskräftepotential von 1977 bis 1988 um 0,8 Mio Erwerbspersonen als auch der gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftebedarf erheblich an.[1]

Die Prognose im Bundesraumordnungsprogramm lehnt sich dabei - entsprechend der Status quo-Entwicklung - an die Strategie II an.

---

1) BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.), (b) 1974, S. 31.

4. Prognose der Ausländerzahl für ausgewählte Gebietseinheiten

Für eine raumordnungspolitische Beurteilung der Ausländerentwicklung ist weniger der wachsende Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung als vielmehr ihre räumliche Konzentration. Während eine Reihe von Ausländerprognosen für die Bundesrepublik aufgestellt wurden, sind regionalisierte Status quo-Prognosen der Ausländerentwicklung bisher nicht berechnet worden.

In diesem Kapitel soll eine Prognose der regionalen Ausländerentwicklung für diejenigen Gebietseinheiten aufgestellt werden, die eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften haben. Die Analyse der Ausländerwanderung hat zwar gezeigt, daß alle Gebietseinheiten einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland aufwiesen, und diese Entwicklung kann bei ungesteuerter Wanderung auch für die Zukunft unterstellt werden. Modellrechnungen für schwachstrukturierte Gebietseinheiten zeigen jedoch an, daß der Ausländerstand in diesen Gebietseinheiten auch künftig unterdurchschnittlich sein wird.[1] Eine hohe Ausländerkonzentration ist in denjenigen Gebietseinheiten zu erwarten, die auch eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften haben. Nach der Prognose im Bundesraumordnungsprogramm werden sich 86 % der Nachfrage nach Arbeitskräften auf nur 12 Gebietseinheiten konzentrieren (vgl. Tabelle 22).

Die Prognose der Ausländerzahl in diesen Gebietseinheiten wird wie folgt berechnet. Die jeweilige positive Arbeitsmarktbilanz einer Gebietseinheit wird mit dem Wanderungsverhalten der Deutschen und Ausländer, wie es sich aus der Vergangenheitsanalyse ergibt, unterlegt. Restriktionen im Datenmaterial lassen eine Unterscheidung zwischen deutschen

---

1) SELKE, W., 1974, S. 45.

Tabelle 22: Status quo-Prognose der Ausländer für 1985 in expandierenden Gebietseinheiten in Anlehnung an das Bundesraumordnungsprogramm

Gebietseinheit	Ausländerstand 1970 (1) in 1.000	Arbeitsmarktbilanz - gemäß Bundesraumordnungsprogramm - (2) in 1.000	Analyse der Wanderungssalden 1966/71 (Anteil der Ausländer am Saldo) (3) in %	prognostizierter Ausländersaldo der Erwerbspersonen (4) - in 1.000 -	Ausländerstand 1985 (Erwerbsquote des Zuwachses 1970/85: 50 %) (5) - in 1.000 -	in % der Wohnbevölkerung (6)
3 Hamburg	80	111 - 143	80,1	89 - 115	258 - 309	9 - 11
10 Hannover	60	87	87,9	77	214	11
16 Düsseldorf	197	135	92,5	125	447	14
18 Köln	137	111	50,6	56	249	11
24 Frankfurt-Darmstadt	207	175	56,7	99	405	13
28 Rhein-Neckar-Südpfalz	96	71	78,3	56	208	11
29 Oberrhein-Nordschwarzwald	74	69	67,8	47	168	13
30 Neckar-Franken	309	170 - 196	88,4	150 - 173	609 - 655	16 - 17
31 Ansbach-Nürnberg	66	63 - 77	65,8	42 - 51	150 - 168	9 - 10
34 München-Rosenheim	185	270	52,8	143	471	15
37 Oberrhein-Südschwarzwald	108	72 - 82	59,4	43 - 49	194 - 206	10
38 Berlin (West)	76	71	≥ 100,0	71	218	12

Quelle:

Spalte (1) VZ - 1970
(2) Tabelle 19
(3) errechnet aus Tabelle 7
(4) errechnet aus Spalte 2 und 3
(5) errechnet aus Spalte 4
(6) errechnet aus Spalte 5 und den Ergebnissen von FRANZEN, D., SCHRÖDER, D., ZUBEIL, G., 1974.

und ausländischen Erwerbspersonen nicht zu; aus diesem Grunde wird das Wanderungsverhalten der gesamten Bevölkerungsgruppe in Relation gesetzt und in die Zukunft projiziert. Zur Aussagekraft derartiger Projektionen schreibt WILD:

> "Eine prinzipielle Überlegenheit der aus Gesetzen oder Theorien logisch deduzierten Prognosen gegenüber den sogenannten Projektionen (als ad hoc Extrapolationen), wie sie von vielen Wissenschaftstheoretikern und Fachwissenschaftlern zumindest implizit angenommen wird, besteht nicht. Denn ob man bisherige Erfahrungen in die Zukunft projiziert oder Gesetzeshypothesen verwendet, ist in Hinsicht auf das Faktum der Unsicherheit der jeweils abgeleiteten Prognosen ohne Belang."1)

Der Unsicherheitsgrad derartiger Projektionen nimmt jedoch in dem Maße zu, wie das Analysematerial für die Prognosen nicht genügend differenziert werden kann. In der Modellrechnung (vgl. Tabelle 22) muß aus datentechnischen Gründen - analog zum Bundesraumordnungsprogramm - die gleiche Erwerbsquote für die mobile deutsche und ausländische Bevölkerung unterstellt werden; nur dadurch lassen sich die Anteile der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 1985 ermitteln. Für die ausgewählten Gebietseinheiten läßt sich diese Bedingung insofern rechtfertigen, da ihre Bevölkerungsentwicklung stärker durch ökonomisch induzierte Wanderungen, als durch sogenannte Bildungs- oder Alterswanderer geprägt wird. Der verstärkte Nachzug von Familienangehörigen sowie der hohe natürliche Bevölkerungszuwachs der Ausländer (vgl. Tabelle 21) lassen eine Erwerbsquote ihrer Zuwachsrate 1970/85 von 50 % für die ausgewählten Gebietseinheiten als realistisch erscheinen.

Die quantifizierten Aussagen der Prognoseberechnungen dürfen nicht überinterpretiert werden; sie geben - wie Prognosen generell - nur eine mögliche Entwicklungslinie an, die von den einzelnen Prognoseprämissen bestimmt wird. Trotz dieser

---

1) WILD, J., 1970, S. 572 f.

Einschränkung läßt die regionalisierte Status quo-Prognose der Ausländerentwicklung klar erkennen, daß 1985 in allen untersuchten Gebietseinheiten der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung über dem Bundesdurchschnitt liegen würde. Besonders hohe Ausländeranteile würden die Problemräume mit Zuwanderungsdruck verzeichnen (vgl. Karte 3). Wenn die Regionalentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht stärker durch das raumordnungspolitische Instrumentarium beeinflußt wird, so konzentrieren sich 1985 ca. 2,2 Mio Ausländer in diesen vier Problemräumen.

Projiziert man ferner die Aussagen der Verflechtungsanalyse, die die starke innergebietliche Konzentration der Ausländer anzeigen, in die Zukunft, bedeutet dies, daß die zuwandernden Ausländer sich nicht gleichmäßig über die betreffenden Gebietseinheiten verteilen werden, sondern daß sich der Prozeß ihrer Konzentration in den Kernräumen der Problemräume mit Zuwanderungsdruck verfestigen wird. Der hohe natürliche Bevölkerungszuwachs der ausländischen Bevölkerung verstärkt darüber hinaus den durch die Wanderungen hervorgerufenen Segregationsprozeß.[1] Die Integrationsprobleme in diesen Räumen werden sich folglich weiter verschärfen.

Die Prognoseergebnisse machen auch deutlich, daß bei positiven Außenwanderungssalden der Bundesrepublik Deutschland die regionale Ausländerkonzentration mit der Folge von Herausbildung sogenannter "Gastarbeiter-Gettos" in Gebietseinheiten droht, die 1970 noch einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil aufwiesen. Diese Aussage trifft beispielsweise für die Gebietseinheiten (3) Hamburg und (10) Hannover zu; die Probleme, die die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer mit sich bringen, würden demnach auch auf den norddeutschen Raum übergreifen.

---

1) Vgl. BOUSTEDT, O., 1975, S. 137 ff.

8. ZIELVORSTELLUNGEN ZUR REGIONALEN MOBILITÄT DER AUSLÄNDER

8.1. Zielprojektion für das Bundesgebiet

Parallel zu dem schnellen Anwachsen der Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland wurden zu Beginn der siebziger Jahre in der Öffentlichkeit Ansätze einer Ausländerpolitik diskutiert, die sich nicht allein an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren sollte. Im Mittelpunkt derartiger Überlegungen stand die Frage, welche Integrationsformen bzw. -stufen für die Ausländer anzustreben seien.

In einer Analyse der Zielvorstellungen der einzelnen politischen Institutionen in der Bundesrepublik faßt SCHILDMEIER den Diskussionsstand einer anzustrebenden Ausländerpolitik in folgenden drei Modellen zusammen:[1)]

(1) Das "Einwanderungsmodell" sieht eine Reduzierung der Zuwanderungsrate ausländischer Arbeitnehmer vor und fordert ihre soziale und rechtliche Gleichstellung gegenüber der deutschen Bevölkerung.

Dieses Modell wurde besonders von der Evangelischen Kirche Deutschlands befürwortet.

(2) Das "Rotationsmodell" strebt an, bei Neuanwerbung ausländischer Arbeitnehmer ihre Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet auf drei bis fünf Jahre zu beschränken (Zwangsrotation), und lehnt den Familiennachzug ab.

Dieses Modell präferierten beispielsweise die Bayerische Staatsregierung und die Landesregierung von Schleswig-Holstein.

(3) Das "Eingliederungsmodell" geht davon aus, daß die Mehrzahl der Ausländer, die in der Bundesrepublik arbeiten, nach einigen Jahren freiwillig

---

1) SCHILDMEIER, A. und Mitarbeiter, 1973, S. 32 ff.

in ihre Heimatländer zurückkehrt (freiwillige Rotation), schließt aber nicht aus, daß ein kleinerer Teil von ihnen für längere Zeit oder für immer in der Bundesrepublik bleiben möchte. Für die Dauer ihres Aufenthaltes wird die völlige Gleichberechtigung der Ausländer gegenüber der deutschen Bevölkerung mit Ausnahme der staatsbürgerlichen Wahlrechte angestrebt. Auch dieses Modell geht wie das Einwanderungsmodell von einer Globalsteuerung der Außenwanderungsströme aus.

Der Berliner Senat, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Städtetag haben diesem Modell den Vorzug gegeben.

Die Bundesregierung hat sich im Juni 1973 für das Eingliederungsmodell entschieden. Ziel des von ihr aufgestellten "Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung" ist es, "das auch in Zukunft unvermindert große Interesse an der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer mit den Notwendigkeiten ihrer angemessenen Eingliederung in Einklang zu bringen".[1)]

Welche der möglichen Integrationsformen zur Eingliederung der Ausländer angestrebt werden, darüber äußert sich das Aktionsprogramm allerdings nicht. BINGEMER, MEISTERMANN - SEEGER und NEUBERT unterscheiden drei infrage kommende Integrationsformen:[2)]

- monistische Integration

  Die Minderheitengruppe gibt ihre nationalitätsspezifischen Eigenarten so gut wie vollständig auf und paßt sich der Mehrheitsbevölkerung an, deren soziale Kontrolle anerkannt wird (Nationalisierungsmodell). Das soziale Verhalten der Mehrheit bleibt unverändert.

---

1) Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung, 1973, S. 693.

2) BINGEMER, K., MEISTERMANN - SEEGER, E., NEUBERT, E., 1972, S. 19 f.

- pluralistische Integration

  Die Integration soll durch Assimilation erreicht werden. Das Ziel ist ein Mindestmaß von beiderseitiger Veränderung; jedoch behalten die Gruppen ihre spezifischen Eigenarten. Sie leben im Sinne einer Koexistenz nebeneinander. Auf eine Nationalisierung der Minderheitengruppe wird verzichtet. Das Eingliederungsmodell der Bundesregierung lehnt sich an diese Integrationsform an.

  Das Getto ist das Beispiel einer mißglückten pluralistischen - einer dissimilierten - Integration.

- interaktionistische Integration

  Die Integration erfolgt durch wechselseitige Beeinflussung. Minderheit und Mehrheit stehen in einem Prozeß ständiger und gegenseitiger Interaktion. Beide Gruppen ändern sich mit Hilfe ihrer elastischen Strukturen und finden im günstigen Fall zu einer gemeinsamen Lebensform (Schmelztiegelmodell).

Die Zielvorstellungen im politisch administrativen Bereich über eine wünschenswerte Größenordnung der Ausländer im Bundesgebiet orientieren sich allerdings weniger an der Integrationskraft der deutschen Bevölkerung als vielmehr an den vorhandenen Infrastrukturkapazitäten. Damit wird der Wandel in der ausländerpolitischen Konzeption der Bundesregierung deutlich. In Zukunft soll nicht mehr die Summe aller einzelwirtschaftlichen Entscheidungen den Umfang der Ausländerbeschäftigung bestimmen, sondern "die Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur".[1)]

Die Festsetzung einer Höchstgrenze der Ausländerzahl im Bundesgebiet (Plafondierung) wird mit dem Aktionsprogramm nicht ins Auge gefaßt. Eine derartige Höchstgrenze für die Ausländerzahl auszumachen, wäre nicht

---

1) ERNST, H., 1973, S. 186.

nur methodisch äußerst schwierig, sondern es wären auch erhebliche Nachteile für die Überprüfung der Ausländerbeschäftigung zu erwarten. "Es würde sich binnen kurzem ein schwarzer Markt entwickeln, der immer weitere administrative Maßnahmen mit einer sich ständig vergrößernden Bürokratie erforderlich machen würde."[1)]

Die Ziele der neuformulierten Ausländerpolitik wurden dennoch in einer "Sachverständigengruppe für mittel- und langfristige Vorausberechnungen der Erwerbspersonen" in Planungsdaten umgesetzt. "Die ...Methode zur Ermittlung der Daten der ... ausländischen Wohnbevölkerung basiert ..., und das ist das Novum dieser Vorausschätzung, auf einer politischen Entscheidung über die künftige Zahl der ausländischen Arbeitnehmer."[2)]

Diese quantifizierten Zielvorstellungen zur Ausländerentwicklung sehen vor, daß die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen und ihrer Familienangehörigen bis 1988 nicht über den Stand von 1974 wächst.

---

1) ERNST, H., 1973, S. 184.

2) STRIEBEK, H., 1974, S. 6.

Tabelle 23: Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung sowie ausländische Erwerbspersonen,[1] 1972 bis 1988

- Zielprojektion -

Jahresdurchschnitt	deutsche Wohnbevölkerung	ausländische Erwerbspersonen [2]	ausländische Wohnbevölkerung	Gesamtbevölkerung
	1 000			
1972	58 214 [3]	2 276 [5]	3 420 [6]	61 669
1973	58 105 [4]	2 476 [5]	3 803 [6]	61 908
1974	57 966	2 550	3 920	61 886
1975	57 800	2 550	3 920	61 720
1976	57 617	2 550	3 920	61 537
1977	57 431	2 550	3 920	61 351
1978	57 243	2 550	3 920	61 163
1979	57 055	2 550	3 920	60 975
1980	56 868	2 550	3 920	60 788
1981	56 686	2 550	3 920	60 606
1982	56 508	2 550	3 920	60 428
1983	56 337	2 550	3 920	60 257
1984	56 172	2 550	3 920	60 092
1985	56 015	2 550	3 920	59 935
1986	55 863	2 550	3 920	59 783
1987	55 716	2 550	3 920	59 636
1988	55 570	2 550	3 920	59 490

[1] Ohne Einpendler.- [2] Ausländische Erwerbspersonen = ausländische Arbeitnehmer und Selbständige (einschließlich mithelfender Familienangehöriger).- [3] Quelle: Statistisches Bundesamt (noch nicht veröffentlichte Vorausschätzungen).- [4] Deutsche Wohnbevölkerung gemäß der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung, Variante 2. - [5] Schätzung des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen", Mai 1973; einschließlich jeweils 50 000 Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger aufgrund der Mikrozensurergebnisse von 1971.- [6] Schätzung des Statistischen Bundesamtes, November 1973 (nicht veröffentlicht). Quelle: STRIEBEK, 1974, S. 5.

Da die Ausländer in der Bundesrepublik relativ hohe Geburtenüberschüsse aufweisen und in den nächsten Jahren ausländische Kinder in das erwerbsfähige Alter hineinwachsen (vgl. Tabelle 21), bedeutet das Festhalten an diesen Planungsdaten, daß bis 1988 nicht nur die Zuwanderung von Ausländern verhindert, sondern ihre Rückwanderung aus der Bundesrepublik erreicht werden muß. Diese Zielprojektion zur Ausländerentwicklung liegt deutlich unter den Status quo-Prognosen (vgl. Kapitel 7.3.). Damit ist eine Zielvorstellung zur Bevölkerungsentwicklung im Bundesgebiet aufgestellt worden, die sich nicht mehr an den bisherigen Annahmen einer liberalen, ökonomisch induzierten Außenwanderung anlehnt, sondern dirigistische Steuerungsinstrumente voraussetzt.

Mit dem Aufstellen derartiger Zielprojektionen ist ein Ansatzpunkt für eine potentielle Bevölkerungspolitik geschaffen. Nach JÜRGENS umfaßt Bevölkerungspolitik "alle Maßnahmen, die eine Bevölkerung quantitativ oder qualitativ, das heißt hinsichtlich ihrer Gesamtzahl oder hinsichtlich ihrer demographischen Struktur oder ihrer geographischen Verteilung mit einer gegebenen Zielvorstellung verändern sollen".[1] Ein umfassendes Konzept einer Bevölkerungspolitik ist in der Bundesrepublik zwar noch nicht zu finden, im Bereich der Raumordnung ist allerdings schon versucht worden, Zielprognosen zur regionalen Bevölkerungsverteilung abzuleiten.

---

1) JÜRGENS, H.W., 1973, S. 192.

8.2. Regionalisierte Zielprojektionen

.2.1. Methoden der Zielfindung zur regionalen Bevölkerungsverteilung

Grundlage einer räumlichen Entwicklungskonzeption für das Bundesgebiet sind nach Auffassung von BRENKEN Zielprognosen, die sich "auf Teilräume der Bundesrepublik erstrecken, da eine Aussage allein für das Bundesgebiet in seiner Gesamtheit zu unergiebig wäre".[1] Auch DIETRICHS und HÜBLER betonen, daß in einem Bundesraumordnungsprogramm "zunächst die anzustrebende großräumige Verteilung der Bevölkerung" festgelegt werden müsse, wenn die Raumordnung den geeigneten Rahmen für eine wirksame Koordinierung der raumwirksamen Mittel bilden soll.[2]

Im Gegensatz zu Status quo-Prognosen stellen regionale Zielprognosen "den statistisch meßbaren Orientierungsrahmen für die aus der Sicht der Raumordnung wünschenswerte und mit Mitteln der Raumordnungspolitik anzustrebende Entwicklung in den Regionen" dar.[3]

Quantifizierte Zielvorstellungen zur Bevölkerungsverteilung können dabei aus

- originär bevölkerungsbezogenen Zielen oder
- derivativen Zielen, d.h. aus Zielvorgaben anderer Sektoren

hergeleitet werden.[4]

---

1) BRENKEN, G., 1970, S. 31.

2) DIETRICHS, B., HÜBLER, K.-H., 1969, S.661.

3) BAUDREXL, L., 1975, S. 178.

4) Vgl. Ergebnisbericht des Fortbildungsseminars der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung am 23./24. April 1975 zum Thema, Regionalsierte Zielprojektionen für Bevölkerung und Arbeitsplätze, 1975, S. 121 ff.

Bei der Projektion originärer Ziele - z.B. Verhinderung von unter Status quo-Bedingungen prognostizierten Abwanderungsraten - werden Zieldaten für die regionale Bevölkerung ausgewiesen, "um möglichst quantitative Anhaltspunkte für die an Bevölkerungszahlen bemessenen Infrastrukturbedarfe zu erhalten".[1)]
Derivative Ziele lassen sich dagegen aus einem politisch festgelegten regionalen "Anspruchsniveau für die infrastrukturelle Ausstattung ableiten".[2)] Derartige sogenannte infrastrukturelle Mindeststandards kennzeichnen "eine im Urteil der betreffenden Gesellschaft zufriedenstellende Versorgung mit diesen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen".[3)] Dabei wird der "Mindestauslastungsgrad infrastruktureller Einrichtungen oder - was im Ergebnis dasselbe ist - die Einwohnerdichte" ermittelt, "unterhalb derer Bürger ... eine Unterversorgung mit infrastrukturellen Leistungen in Kauf nehmen" müßten.[4)]

"Originäre und derivative Ziele beeinflussen sich wechselseitig."[5)] Sofern jedoch "Zielprojektionen, die in der Stadt-, Regional- und Landesplanung entstanden sind, auf Prognoseberechnungen im Sinne der Status quo-Prognosen"[6)] fußen, handelt es sich in der Regel um originär bevölkerungsbezogene Ziele. Dies wird besonders dann deutlich, wenn für Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte, die von einer Abwanderung bedroht sind, die Zielprojektionen von einem ausgeglichenen Wanderungssaldo ausgehen, obwohl bei sinkenden Bevölkerungszahlen eine funktionsgerechte Infrastrukturversorgung gewährleistet wäre.

---

1) DIETRICHS, B., 1975, S. 141.
2) JANSEN, P.G., TÖPFER, K., 1970, S. 402.
3) Ebenda, S. 402.
4) EWERS, H.-J., 1974, S. 48.
5) Ergebnisbericht des Fortbildungsseminars, 1975, S. 121.
6) DIETRICHS, B., 1975, S. 141.

Das Verfahren zur Ableitung von Zielprognosen aus Status quo-Prognosen skizziert GANSER wie folgt:[1)]

- Man geht von einer Prognose aus, in der die künftige Entwicklung unter der Annahme vorausgeschätzt wird, daß keine anderen als die bisherigen staatlichen Einflußnahmen erfolgen (Status quo-Prognose).
- Dann formuliert man in erster Annäherung Richtzahlen, die die verbalen Zielsetzungen des Programms quantifizieren (Zielquantifizierung).
- Daraufhin wählt man die Maßnahmen aus, die zur Verwirklichung der Zielwerte geeignet erscheinen, prüft ihre Wirksamkeit und schätzt ihre politische Durchsetzbarkeit ab (Instrumentierung).
- In Kenntnis der Wirksamkeit dieser Maßnahmen schätzt man schließlich den wahrscheinlichen Erreichungsgrad für die vorläufig formulierten Richtzahlen ab, korrigiert diese um den nicht erreichbar erscheinenden Betrag und erhält auf diese Weise die endgültigen Richtzahlen (Zielerreichungs-Korrektur).

Allerdings stößt diese Vorgehensweise in der Praxis der planenden Verwaltung auf die Schwierigkeit, die Wirksamkeit der Instrumente zur Steuerung der Status quo-Entwicklung abzuschätzen. Ferner treten bei der Ableitung regionaler Zielprognosen aus Status quo-Prognosen Zielkonflikte zwischen wachstumsstarken und -schwachen Regionen auf. Prognostizierte Wanderungsverluste sollen nach den Zielvorstellungen der Landes- oder Regionalplanung verhindert werden, die prognostizierten Zuwachsraten der Bevölkerung expandierender Regionen werden jedoch nicht im gleichen Maße reduziert.

Derartige Zielkonflikte werden häufig durch eine äußerst optimistische Einschätzung regionalisierter Außenwan-

---

1) GANSER, K., (b), 1974, S. 1 f.

derungssalden verdeckt. Dies hat beispielsweise zur Konsequenz, daß die Verwirklichung der summierten Bevölkerungszielwerte der 11 Bundesländer einen Außenwanderungssaldo der Bundesrepublik voraussetzen würde, der über dem Saldo von Status quo-Prognosen (vgl. Tabelle 20) liegt.[1]

Ein möglicher Weg zur Vermeidung derartiger Zielkonflikte wird in der Anwendung formalisierter Planungs- und Entscheidungsmodelle gesehen. THOSS hat ein ökonometrisches Entscheidungsmodell entwickelt, mit dessen Hilfe Schwerpunkte und zeitliche Prioritäten im Sinne einer optimalen Allokation des Entwicklungspotentials (Infrastrukturinvestitionen, Subventionen, Arbeitsplatz- und Bevölkerungszuwachs) quantifiziert werden können.[2] Mit Hilfe dieses Modells lassen sich Schwerpunkte für den Einsatz des Entwicklungspotentials und zeitliche Prioritäten als "bestmögliche Lösung bei der Einhaltung zahlreicher regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ziele und Bedingungen, die sich teils unterstützen oder ergänzen, teils aber auch Zielkonflikte enthalten", quantifizieren.[3] Dabei wird die regionale Lenkung der Infrastrukturinvestitionen und Subventionen in engem Zusammenhang mit der angestrebten Bevölkerungsverteilung gesehen.

Einen Nachteil der Zielquantifizierung mit Hilfe von formalisierten Entscheidungsmodellen sieht AFFELD in einer "weitgehend utopischen Vorstellung von Politik-Qualität".[4] Die Verwissenschaftlichung des Zielfindungs-

---

1) Vgl. SELKE, W., 1975, S. 154, Tabelle 1.

2) Vgl. THOSS, R., 1969 und 1973.
Eine Beurteilung dieses Modells gibt JOCHIMSEN, R., 1972, S. 84 ff.

3) DER BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hrsg.), 1973, S. 136.

4) AFFELD, D., 1975, S. 229.

prozesses kann in der Tat mit der Gefahr einer unzureichenden politischen Absicherung der einzusetzenden Steuerungsinstrumente zur Verwirklichung der gewonnenen Zieldaten einhergehen.

Die Festlegung von Zielprognosen zur Bevölkerungsverteilung ist somit weniger ein wissenschaftlicher als vielmehr ein politischer Prozeß. Status quo-Prognosen und weitergehende formalisierte Entscheidungsmodelle sind dabei als notwendige "didaktische Hilfe" im politischen Zielfindungsprozeß anzusehen. Hingegen ist die Analyse von regionalen Zielprognosen unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung in der Vergangenheit bzw. prognostizierter Trends eine wissenschaftliche Aufgabe der Geographie.

8.2.2. Regionale Zielprognosen für die Ausländerwanderung

Eine Zielprognose der Bevölkerung für 1985 in den 38 Gebietseinheiten wurde erstmals im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundesraumordnungsprogramms errechnet. Unter Status quo-Bedingungen wurde in dieser Prognose für die Bundesrepublik im Zeitraum 1970/1985 ein Bevölkerungswachstum von 3,6 % prognostiziert. Dieses Wachstum beruhte wegen rückläufiger Geburtenraten der deutschen Bevölkerung primär auf Außenwanderungsüberschüssen.

Die regionalen Zieldaten für die 38 Gebietseinheiten wurden jedoch unabhängig von den Ergebnissen regionalisierter Status quo-Prognosen mit Hilfe eines Entscheidungsmodells bestimmt. Dabei wurden im Rahmen dieser Modellrechnung als quantifizierte Zielvorstellungen für die regionale Mobilität der Bevölkerung folgende drei Normen gesetzt:[1)]

(1) $\Delta B^r \geq 0$

(2) $\Delta G^r \geq 0{,}025\ B^r\ (t - 1)$

(3) $\Delta G^r \geq 0{,}01\ W^r$

(1) Dem Ziel, die passive Sanierung größerer zusammenhängender Gebiete zu verhindern, soll in der Weise Rechnung getragen werden, daß in keiner Gebietseinheit (r) die Bevölkerungszahl 1985 unter diejenige von 1970 sinken darf.[2)]

---

1) Vgl. DER BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN und STÄDTEBAU, 1973, S. 155 f.

2) Mit dieser Norm sollte offensichtlich dem Grundsatz der Raumordnung Rechnung getragen werden, daß für ländliche Gebiete eine ausreichende Bevölkerungsdichte anzustreben ist (§ 2 Ziffer 5 Abs. 3 ROG), "da eine zunehmend geringere Besiedlungsdichte überhaupt keine tragfähige Grundlage mehr für Einrichtungen des modernen Lebens darstellt". ZINKAHN, N., BIELENBERG, W., 1965, S. 38.

(2) Da der angestrebte Bevölkerungszuwachs in den Gebietseinheiten (r) wesentlich durch Außenwanderungsüberschüsse erreicht wird, soll in den Regionen die Zahl ΔG ("Gastbevölkerung") nicht mehr als 2,5 % der Bevölkerung in einer Vorperiode (t - 1) betragen. Hinter dieser ausländerpolitischen Norm verbirgt sich die Auffassung, daß eine Begrenzung der in der Vergangenheit festgestellten hohen Außenwanderungsgewinne in einer Reihe von Gebietseinheiten der pluralistischen Integration der Ausländer förderlich wäre.

(3) Dem Ziel einer Eingliederung der Ausländer in die deutsche Gesellschaft dient auch die Vorstellung, daß der Ausländeranteil an dem Binnenwanderungsgewinn (W^r) einer Gebietseinheit mindestens einen Anteil von 1 % haben soll. Die hohe Konzentration der Ausländer-Binnenwanderung im Gegensatz zu einer relativ homogenen regionalen Verteilung der deutschen Wanderungsströme (vgl. Karte 6) könnte langfristig zu einem großräumigen Segregationsprozeß führen,[1] durch den sich der Prozeß einer pluralistischen Integration der Ausländer verzögern würde.

Die beiden ersten Zielvorstellungen zur regionalen Ausländermobilität haben sich durch veränderte ökonomische und demographische Rahmenbedingungen überholt. In jüngster Zeit haben die Zielsetzungen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer (Anwerbestopp), verbunden mit einem Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung (vgl. Tabelle 23), die Raumordnung wie die Landesplanung mit völlig veränderten Entwicklungsperspektiven konfrontiert. Diese können eine Politik des regionalen Wachstums von Bevölkerung und Arbeitsplätzen nicht mehr gewährleisten.

---

1) Vgl. zum Problem der großräumigen Segregation GANSER, K., 1972.

Galt es bisher, Bevölkerungszuwächse - im Sinne eines Entwicklungspotentials - in regionaler Differenzierung "optimal" zu verteilen, wird es Aufgabe der künftigen Raumordnungspolitik sein, den Bevölkerungsrückgang in regionaler Hinsicht zu minimieren. Ein wesentliches Teilpotential für die Entwicklung der Siedlungsstruktur wird somit die "mobile Bevölkerung" sein.[1] Im Bundesraumordnungsprogramm wurden die "originären" Zielvorstellungen einer "ausgewogenen Bevölkerungsverteilung" unter Berücksichtigung der jüngsten Wachstumsaussichten dahingehend konkretisiert, daß in keiner der 38 Gebietseinheiten - unabhängig von den Ergebnissen regionalisierter Status quo-Prognosen - Bevölkerungsabnahmen bzw. -zunahmen durch Binnenwanderung eintreten sollen.[2]

Diese Zielsetzung des Bundesraumordnungsprogramms schließt selbstverständlich eine ausgeglichene Fluktuation der Bevölkerung zwischen den einzelnen Gebietseinheiten nicht aus. Bei ausgewogenen Binnenwanderungssalden müßte sich die regionale Bevölkerungsentwicklung künftig stärker an der Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung orientieren, als dies in der Vergangenheit der Fall war. "Soweit ein Bevölkerungsrückgang auf dem allgemeinen Geburtenrückgang beruht, sollte ein Ausgleich durch Zuwanderung nur begrenzt möglich sein."[3] Diese Aussage dürfte in erster Linie für Gebietseinheiten mit relativ hohem Verdichtungsanteil gelten, für die in der Mehrzahl Geburtendefizite prognostiziert worden sind.[4]

Unter dem Eindruck sinkender Bevölkerungszahlen befürwortet die Bundesregierung einen Ausgleich von Binnenwanderungs-

---

1) Vgl. ISTEL, W., 1975, S. 75 ff.
2) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 35.
3) Ebenda, S. 35.
4) Vgl. Bundesraumordnungsprogramm, Karte S. 31.

verlusten dünn besiedelter, strukturschwacher Regionen des Bundesgebietes durch Außenwanderungsgewinne. "Raumordnungspolitisch erwünscht ist..., daß in den abwanderungsgefährdeten Gebieten durch Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern die Arbeitsmärkte vergrößert und somit die Standortvoraussetzungen für die Industrieansiedlung verbessert werden".[1] Im Rahmen eines vorgegebenen Globalplafonds soll nach dieser Zielvorstellung die Fluktuation der Ausländer über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik in Räumen mit Zuwanderungsdruck negative Salden, in dünn besiedelten abwanderungsgefährdeten Regionen positive Salden hervorrufen. Ob diese Zielvorstellung dem gewünschten Abbau von regionalen Disparitäten in der Arbeitsmarktsituation der Bundesrepublik gerecht wird, soll im folgenden Kapitel im Zusammenhang mit der Beurteilung der Raumwirksamkeit einzelner Steuerungsinstrumente untersucht werden.

Die Größenordnung einer möglichen Zuwanderung von Ausländern in strukturschwache Regionen hat BIRG untersucht. In seiner Zielprojektion der regionalen Bevölkerungsentwicklung läßt er allerdings die Frage offen, mit welchen politischen Lenkungsmaßnahmen erreicht werden soll, "daß Regionen mit einem geringen ausländischen Bevölkerungsanteil weiter Außenwanderungsüberschüsse haben werden, während die Außenwanderungssalden der Regionen mit einem hohen ausländischen Bevölkerungsanteil negativ sein werden".[2] Nach seinen Berechnungen könnten positive Außenwanderungssalden im Zeitraum 1974/90 beispielsweise die abwanderungsgefährdeten Gebietseinheiten (7) Ems (4.800), (8) Münster (6.400), (15) Essen (11.200) oder (32) Regensburg-Weiden (17.600) aufweisen, während für den Problemraum mit Zuwanderungsdruck "Düsseldorf/Köln" im gleichen Zeitraum ein negativer Außenwanderungssaldo von 72.000 Personen unterstellt wird.[3]

---

1) Raumordnungsbericht 1974, S. 46 f.

2) BIRG, H., 1975, S. 114.

3) Errechnet nach: Ebenda, Tabelle 43.

Diese Daten verdeutlichen, daß bei Einhaltung einer Höchstgrenze der Ausländerbeschäftigung infolge wachsender Verweildauer der Ausländer im Bundesgebiet die zielgerechte Fluktuation der Außenwanderungsströme nur sehr langfristig eine Auflockerung der Ausländerkonzentration bewirken würde. Dabei setzt die Realisierung dieser regionalen Zieldaten - bei Berücksichtigung der Analyseergebnisse - dirigistische Steuerungsinstrumente für die Ausländerwanderung voraus.

Während in der Raumordnung und Landesplanung originär bevölkerungsbezogene Zielvorstellungen für die Verteilung der Bevölkerung bestehen, fordert das "Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung" eine regional differenzierte Steuerung der Außen- und Binnenwanderung der Ausländer unter dem Gesichtspunkt der regional unterschiedlichen Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur. Nach diesen Zielvorstellungen soll sich die Zahl der Ausländer nach der Funktionsfähigkeit der sozialen Infrastruktur einer Region richten. Derartige regionale Zieldaten zum Ausländerwachstum müßten sich somit aus "derivativen Zielen", die aus Richtwerten für die soziale Infrastrukturausstattung einer Region gewonnen werden, bestimmen lassen.

Auf die methodischen Schwierigkeiten, die Auslastung bzw. Aufnahmefähigkeit der Infrastruktur zu messen, hat STIENS hingewiesen.

> "Vorausgesetzt, begründbare Richtwerte bzw. Ausstattungsmaßstäbe für einzelne Bereiche der Infrastruktur sind vorhanden, so genügt das allein noch nicht, eine begründete Aussage darüber zu treffen, ob die soziale Infrastruktur insgesamt in einer bestimmten Region so überlastet sei, daß die Bevölkerung nicht mehr anwachsen dürfe. Zur Mängelbestimmung in bezug auf den Gesamtkomplex der Sozialinfrastruktur gehört eine geeignete Technik zur zusammenfassenden Ermittlung und Bewertung von Infrastrukturbeständen."[1]

1) STIENS, G., (a) 1974, S. 51.

Doch bisher liegt noch nicht einmal eine "auch nur in etwa umfassende Ermittlung der Infrastrukturbestände einer Volkswirtschaft" vor.[1]

Abgesehen von den methodischen Unzulänglichkeiten, die im "Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung" aufgestellten Ziele in regionale Richtdaten umzusetzen, fragt sich, ob die Belastung der sozialen Infrastruktur mit einem positiven Ausländerwanderungssaldo korreliert. "Diese Hypothese scheint von ebenso unsicherer Tragfähigkeit zu sein wie jene, daß diese Verdichtungsgebiete im Verhältnis zu allen übrigen Räumen die schlechtesten sozialinfrastrukturellen Bedingungen speziell auch für die Ausländer aufzuweisen hätten".[2]

Sieht man die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften als eine Folge von "vorauslaufenden privaten Kapitallokationen und einer weitgehend darauf ausgerichteten räumlichen Verteilung der Infrastrukturinvestitionen" an, läßt sich aus dieser Hypothese folgern, daß ökonomisch induzierte Ausländerwanderungsgewinne einzelner Verdichtungsräume nicht zwangsläufig eine Überlastung der sozialen Infrastruktur mit sich bringen müssen.[3]

Die Festlegung eines regionalen Plafonds zur Ausländerbeschäftigung in Räumen mit zufriedenstellender Infrastrukturausstattung kann aber auch mit raumordnungspolitischen Zielvorstellungen übereinstimmen. Im Gegensatz zum Bundesraumordnungsprogramm, welches den Abbau von regionalen Disparitäten im Versorgungsniveau der Bevölkerung generell als raumordnungspolitisches Ziel betont, nennt das Raumordnungsgesetz für Verdichtungs-

---

1) JANSEN, P.G., TÖPFER, K., 1970, S. 402.

2) STIENS, G., (b), 1974, S. 7.

3) Ergebnisbericht zum Informationsseminar Regionalisierte Ausländerpolitik in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung vom 26./27. Juni 1974, S. 2.

räume ein Ziel, das auch auf die Interaktion einzelner sozialer Gruppen bezogen werden kann: Der Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten, die zu ungesunden .... Sozialstrukturen führt, soll entgegengewirkt werden (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 ROG).

Sofern in diesen Verdichtungsräumen eine Sozialstruktur vorhanden ist, die dem allgemeinen Leitbild des § 1 Abs. 1 ROG nicht mehr entspricht, sollen in diesen Räumen bestehende Bedingungen und Strukturen soweit notwendig verbessert werden.[1] CHOLEWA und VON DER HEIDE sehen unausgewogene Sozialstrukturen als Folge monoindustrieller oder oligoindustrieller Wirtschaftsstrukturen an.[2] Als "ungesunde Sozialstruktur" dürfte jedoch nicht nur eine unausgewogene sozioökonomische Struktur der Erwerbspersonen zu verstehen sein, sondern - angesichts wachsender Ausländergettos in Regionen mit ausgewogenen Wirtschaftsstrukturen - auch eine dissimilierte Integration einzelner sozialer Gruppen, die zu räumlicher Segregation oder gar zu sozialen Spannungen innerhalb eines Verdichtungsraumes führen kann.

Das eigentliche Ziel, dem regionale Zielprojektionen zur Ausländerwanderung dienen, bleibt somit unklar. "Geht es darum, die Integrationschancen der anwesenden Ausländer zu verbessern, oder soll die Infrastruktur zugunsten der einheimischen Bevölkerung entlastet werden?"[3]

Im Rahmen dieser Zielanalyse erscheint es durchaus diskussionswürdig, ob die Ursache hoher Ausländerkonzentration, ihre mangelhafte Integration und die Herausbildung von Gettos wirklich ein Problem der sozialen

---

1) ZINKAHN, W., BIELENBERG, W., 1965, S. 39.

2) Vgl. CHOLEWA, E.W., VON DER HEIDE, H.J., 1969, ROG § 2 Abs. 1 Grundsatz Nr. 6, Erläuterung der Begriffe, Ziffer 9 b.

3) KOCH, R., 1974, S. 1.

Infrastruktur ist. Handelt es sich hierbei nicht um sozialräumliche Prozesse, von denen verschiedene Minderheitengruppen erfaßt werden, die nur am Beispiel der Ausländer lediglich deutlicher hervortreten und durch die schnell anwachsende Ausländerzahl in den letzten Jahren eine quantitative Verstärkung erfahren haben? Die Antwort auf diese Frage muß kleinräumigen Untersuchungen zum Ausländerproblem vorbehalten bleiben.

Regionale Zielprognosen der Ausländerwanderung sollten sich daher nicht nur an der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur orientieren, sondern sich auch an eine integrationsfähige Bevölkerungsverteilung anlehnen. Eine zu hohe Konzentration der Ausländer erschwert sowohl ihre "pluralistische" als auch "interaktionistische" Integration - eine homogene Ausländerverteilung im Sinne der raumordnungspolitischen Zielvorstellungen führt ebenfalls zu Integrationsschwierigkeiten. Bei gegebener disperser Siedlungsstruktur und vergleichsweise geringer Bevölkerungsdichte werden in vielen Fällen nicht die Mindestkonzentrationen an Ausländern erreicht, die notwendig sind, um ausländerspezifische Infrastruktureinrichtungen, die ihre Eingliederung erleichtern sollen, zu vertretbaren Kosten anzubieten (deutscher und heimatsprachlicher Unterricht, Beratungsstellen, Dolmetscher, Unterhaltungs- und Freizeitangebote, fremdsprachige regionale Zeitungen u.ä.). Gleichzeitig kann die Geschlossenheit des Sozialmilieus in den ländlich geprägten, schwachstrukturierten Gebieten erheblich größer sein, als in den Verdichtungsräumen, wodurch die Integration zusätzlich erschwert wird.

Um die pluralistische Integration der Ausländer durch eine geeignete räumliche Verteilung zu unterstützen, sollte daher nicht ihre Verteilung auf alle Gebietseinheiten angestrebt werden. Die Ergebnisse der Wanderungsverflechtungsanalyse verdeutlichen, daß eine längerfristige Ansiedlung von Ausländern beispielsweise in den Regionen

der Gebietseinheit (19) Trier keine Aussicht auf Erfolg zeigt (vgl. Tabelle 17), während die Unterstützung bestehender Wanderungstrends aus Kernräumen mit hohem Ausländeranteil in verdichtete Regionen des Ruhrgebietes mit geringem Ausländeranteil wie beispielsweise die Regionen (2) Essen oder (4) Bochum erfolgversprechend zu sein scheint (vgl. Tabelle 18).

9. BEURTEILUNG DER RAUMWIRKSAMKEIT EINER STEUERUNG DER AUSLÄNDERWANDERUNG

9.1. Administrative Regulierung der Außenwanderung

Zur Verminderung der Außenwanderungsgewinne der Bundesrepublik werden im "Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung" folgende Maßnahmen vorgeschlagen:[1]

- spürbare Erhöhung der Gebühr für die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer,[2]
- schärfere Überprüfung der vom Arbeitgeber bereitzustellenden Unterkünfte für die ausländischen Arbeitskräfte,
- schärfere Bekämpfung der illegalen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer,
- Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die den Kapitalexport in die Herkunftsländer der Ausländer begünstigt.

Der Widerspruch zwischen diesem Aktionsprogramm, das keine Globalplafondierung der Ausländerzahl vorsieht, und den ausländerpolitischen Zielsetzungen, auf denen die globalen Planungsdaten basieren (vgl. Tabelle 23), erklärt sich aus der im Herbst 1973 einsetzenden Konjunkturkrise, zu deren Beginn die Bundesregierung am 22.11.1973 einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte aus den sogenannten Drittländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, erließ. "Es handelt sich dabei um eine vorsorgliche Maßnahme zur Eindämmung der Ausländerbeschäftigung,"[3] die für die ganze Bundesrepublik gilt. Dieser Anwerbestopp ist als ein politisches Lenkungsinstrument zur Vermeidung von Außenwanderungsgewinnen anzusehen, der solange in Kraft bleiben

---

1) Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung, 1973, S.693 f.

2) Mit Wirkung vom 1.9.1973 wurde die Anwerbepauschale für die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer von DM 300 auf DM 1.000 erhöht.

3) DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.), 1973, S. 164.

soll, "wie es nach Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angebracht erscheint".[1] Im Gefolge dieses Anwerbestopps forciert die Bundesregierung durch administrative Maßnahmen und finanzielle Vergünstigungen die Rückwanderung eines Teils der beschäftigungslosen ausländischen Arbeitnehmer.

Das "Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung" wird durch den Anwerbestopp nicht außer Kraft gesetzt. Dennoch dürfte diese mobilitätshemmende Maßnahme das wohl sichtbarste Zeichen eines Umdenkprozesses in der Ausländerpolitik sein. Der grundlegende Wandel in der Gastarbeiterpolitik berührt dabei nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern alle westeuropäischen Industrieländer (vgl. Tabelle 24).

1) DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.), 1973, S. 164.

Tabelle 24: Steuerungsinstrumente der Außenwanderung europäischer Industriestaaten

Land	Maßnahmen zur Einschränkung der Ausländerbeschäftigung+)	Mit Wirkung von	bis
Belgien	Zuwanderungsstopp	Aug.1974	unbefristet
Dänemark	Zuwanderungsstopp	Nov.1973	unbefristet
Bundesrepublik Deutschland	Zuwanderungsstopp	Nov.1973	unbefristet
Frankreich	Zuwanderungsstopp	Juli 1974	unbefristet
Großbritannien	restriktives Kontrollsystem	Jan.1973	unbefristet
Luxemburg	keine	---	---
Niederlande	stoppartige Kontrollen	Dez.1974	unbefristet
Norwegen	Zuwanderungsstopp	Feb.1975	Jan.1976
Österreich	stoppartige Kontrollen	März 1975	unbefristet
Schweden	restriktives Kontrollsystem	Jan.1967	unbefristet
Schweiz	stoppartige Kontrollen	Jan.1975	unbefristet

+) Bei skandinavischen Ländern und EG-Staaten jeweils nur gegenüber Staatsbürgern aus Drittländern.

Quelle: KUNTZE, O.E., 1975, S. 3.

Die Beschränkungen der internationalen Wanderungen und der zu beobachtende Wandel in den Zielvorstellungen der Ausländerpolitik lassen darauf schließen, daß es auch bei einem wirtschaftlichen Aufschwung keine Wiederholung der vergangenen Immigrationswelle geben wird, wenngleich der Anwerbestopp unter günstigen konjunkturellen Bedingungen sicherlich für einzelne Wirtschaftsbranchen

gelockert wird.[1]

Trotz der in einigen Verdichtungsräumen zutage getretenen Wachstumsprobleme wird diese Entwicklung der künftigen Ausländerwanderung unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten nicht uneingeschränkt positiv beurteilt. "Bei einer Globalplafondierung mit Freizügigkeit für ausländische Arbeitnehmer werden sich für die Ziele der Raumordnung und der regionalen Entwicklungsförderung negative Auswirkungen ergeben."[2] Im Bundesraumordnungsprogramm wird die Befürchtung geäußert, daß die prognostizierten Wanderungsgewinne einer Reihe von Gebietseinheiten "in Zukunft durch Abwanderung aus anderen Gebietseinheiten erreicht werden".[3] Dadurch wird der Zielerreichungsgrad der raumordnungspolitischen Vorstellungen einer ausgewogenen Bevölkerungsverteilung verringert.

Im Gegensatz zu diesen Befürchtungen sieht GIERSCH eine Ursache des wirtschaftlichen Strukturgefälles gerade in der Ausländerzuwanderung.

> "Als ..... die Arbeitskräfte knapp wurden, vor allem kurz nach dem Bau der Berliner Mauer und bevor der Gastarbeiterstrom richtig begann, gab es eine Zwischenphase harmonischer Regionalentwicklung: Die Industrie wanderte mit Arbeitsplätzen zu den immobilen,

---

1) Auf eine Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, FDP betr. Ausländerbeschäftigung erklärte die Bundesregierung ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Anwerbestopps, "daß dieser für einzelne Betriebe und Wirtschaftszweige Anpassungsschwierigkeiten gebracht hat. Dies gilt vor allem für saisonabhängige Branchen, die ihren periodischen Spitzenbedarf an Arbeitskräften vielfach durch Neuanwerbung von Arbeitnehmern aus dem Ausland deckten". Vgl. BT-Drucksache 7/2215 vom 10.6.1974, S. 1.

2) MEHRLÄNDER, U., (b), 1974, S. 3.

3) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 35.

alteingesessenen Arbeitskräften in ländlich und industriell zurückgebliebenen Regionen. Der Gastarbeiterzustrom hat diesen Prozeß beendet und erneut die Ballungsgebiete begünstigt." 1)

Diese These wird unter dem Gesichtspunkt der Qualität der Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen von KLÖPPEL in Frage gestellt: "Insgesamt gesehen zeigt die Branchenstruktur der den ländlichen Gebieten zukommenden Mobilitätsströme des Kapitals ein unerfreuliches Bild, das dazu angetan ist, die Problemlage dieser Regionen zu verschärfen." 2)

Schon Mitte der sechziger Jahre haben JOCHIMSEN und TREUNER festgestellt, daß Wachstumsindustrien wegen höherer Qualitätsanforderungen an die Arbeitnehmerschaft Verdichtungsräume und größere Städte bevorzugen, während stagnierende Industriezweige den ländlichen Raum als neuen Standort präferieren. 3) Ferner weisen die beiden Autoren auf einen Unterschied in der Betriebsstruktur zwischen dem ländlichen Raum und verdichteten Siedlungsgebieten hin, der besonders zu Zeiten konjunktureller Krisen die regionalen Disparitäten in der Bundesrepublik beeinflußt hat. Im städtischen Raum sind sowohl die Verlagerung als auch die Neugründung von "Verwaltung und Führung umfassende Betriebe" überproportional vertreten, im ländlichen Raum dominieren Verlagerung und Neugründung von Zweigbetrieben. 4)

Dieses Investitionsverhalten der Industrie bestätigt auch der Raumordnungsbericht 1974. "Standorte mit leistungsfähigen Arbeitsmärkten, guter Infrastrukturaus-

---

1) GIERSCH, H., 1973, S. 29 f.
2) KLÖPPEL, W., 1973, S. 133.
3) JOCHIMSEN, R., TREUNER, P., 1967, S. 48.
4) Ebenda, S. 50.

stattung und guten Erreichbarkeitsverhältnissen" werden bevorzugt.[1] "Dagegen suchen meist kleinere Zweigbetriebe mit durchschnittlich 50 Arbeitskräften und - wie aus repräsentativen Einzeluntersuchungen hervorgeht - hohen Anteilen an Arbeitsplätzen für ungelernte bzw. angelernte Arbeitskräfte weitaus häufiger Standorte in den dünnbesiedelten peripheren Gebieten auf."[2] Derartige Arbeitsplätze wurden in der Vergangenheit auch von ausländischen Arbeitnehmern eingenommen. Allerdings ist hierdurch keine raumordnungspolitisch wünschenswerte Regionalentwicklung in Gang gesetzt worden.

In Ergänzung zu den relativ immobilen deutschen Erwerbspersonen zogen die Ausländer nach kurzer Zeit innerhalb der Bundesrepublik in wenige wachstumsträchtige Verdichtungsräume (vgl. Karte 5). Zusätzlich wanderten trotz hoher Ausländergewinne der expandierenden Verdichtungsräume "insbesondere die beruflich besser qualifizierten jüngeren Erwerbspersonen aus den benachteiligten Gebieten in die expandierenden Wirtschaftsräume ab".[3] "Diese einseitig ausgerichtete Binnenwanderung wurde vielfach durch den Zustrom von Ausländern überdeckt."[4]

In Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur wurden durch die Möglichkeit, auch in strukturschwachen Räumen ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, die Disparitäten in der regionalen Wirtschaftsstruktur vielfach nicht wahrgenommen, da die traditionellen Erfolgsindikatoren regionaler Strukturpolitik positive Wanderungssalden und hohe Arbeitsplatzzuwachsraten anzeigten. Diese Entwicklung verleitet NIKOLINAKOS zu folgendem Schluß:

---

1) Raumordnungsbericht 1974, S. 68.

2) Ebenda, S. 68.

3) Ebenda, S. 72.

4) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 15.

"Das Fortschreiten der Industrialisierung auch in früher wenig entwickelten Regionen in der Bundesrepublik Deutschland konnte ... nur dank der Ausländerbeschäftigung stattfinden, und zwar ohne Einmischung des Staates, der sonst eine aktive Regionalpolitik hätte betreiben müssen."[1]

Jeweils konjunkturelle Rezessionen verdeutlichen jedoch das wahre Gefälle in der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur.[2] In Abwandlung der These von NIKOLINAKOS läßt sich somit feststellen:

> Die permanente Zuwanderung von Ausländern während der letzten 15 Jahre hat die Gründung neuer Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen begünstigt, dadurch aber einen gesamtwirtschaftlich wünschenswerten regionalen Strukturwandel hinausgezögert.

Unter strukturpolitischen Gesichtspunkten bewirkte die Ausländerzuwanderung - in Verbindung mit den günstigen Währungsverhältnissen - eine partielle "Überindustrialisierung" der Bundesrepublik und einen Nachholbedarf an Dienstleistungen des privaten und staatlichen Sektors. Während "in den vergleichbaren hochentwickelten Industrieländern USA und Schweden der Anteil der Industrie an den Erwerbstätigen seit Jahren rückläufig ist", vermochte er sich in der Bundesrepublik "auf extrem hohem Niveau zu halten."[3]

Zur Drosselung der Ausländerbeschäftigung fordert daher der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für

---

1) NIKOLINAKOS, M., 1973, S. 88.

2) Vgl. dazu Raumordnungsbericht 1974, Kap. C. 6.2.4. Qualität regionaler Arbeitsmärkte.

3) SCHRÖDER, D., 1975, S. 254 f.

Wirtschaft einen gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel zu Lasten arbeitsintensiver Industriezweige. "Ein solcher Strukturwandel in der westdeutschen Wirtschaft würde ..... erleichtert, wenn man ..... der Auslandskonkurrenz weniger oder keine Einfuhrschranken zugunsten von arbeitsintensiv erzeugten Inlandsprodukten entgegensetzt. Vor allem die Selbstbeschränkungsabkommen, die sich gegen Importe aus Ländern mit niedrigem Lohnniveau richten, passen nicht zu einer Strategie, die den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte bremsen soll."[1)]

Die diesbezüglichen arbeitsintensiven und zumeist kapitalschwachen Branchen prägen jedoch in starkem Maße die Wirtschaftsstruktur ländlich geprägter Schwerpunkträume. Die Verwirklichung eines derartigen sektoralen Strukturwandels würde daher die Konflikte in der Regionalstruktur zwischen den beiden "konträren Typen" der "Problemräume der großräumigen Bevölkerungsverteilung" offenlegen. Selbst wenn es gelingen sollte, "die anpassungsfördernde Strukturpolitik mit einer industriellen Standortlenkung zugunsten der bedrängten Problemregionen" zu verknüpfen, werden die relativ mobilen Ausländer und auch ein Teil der an sich immobilen deutschen Bevölkerung aus jenen Regionen abwandern.[2)]

Diese Entwicklung widerspricht zwar den raumordnungspolitischen Zielvorstellungen zur Bevölkerungsverteilung, jedoch muß eine qualitative Verbesserung der Betriebsstrukturen in den Schwerpunkträumen bei gleichzeitiger Freisetzung von Arbeitskräften, die in expandierende Verdichtungsräume abwandern, nicht notwendigerweise ein Anwachsen regionaler Disparitäten in der Infrastruktur-

---

1) Probleme der Ausländerbeschäftigung. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, 1974, S. 524.

2) Ebenda, S. 574.

versorgung der verbleibenden Bevölkerung mit sich bringen. Eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung braucht sich nicht zwangsläufig negativ auf die Regionalstrukturen des Bundesgebietes auszuwirken. Sie bietet vielmehr die Chance, durch eine Überprüfung bestehender Wertvorstellungen, die eine günstige Raumentwicklung nur bei positiven Wanderungssalden verwirklicht sehen, neue Ansatzpunkte für ein raumordnungspolitisches Instrumentarium zu finden, welches bei ausbleibenden Außenwanderungsgewinnen und rückläufiger Bevölkerungszahl im Innern der Bundesrepublik wirkungsvoll eingesetzt werden kann.

9.2. Regional differenzierende Steuerungsinstrumente

Die Ergebnisse der regionalen Mobilitätsanalyse zeigen, daß die Verwirklichung der raumordnungspolitischen Zielvorstellungen zur Ausländerverteilung ein wirksames Steuerungsinstrumentarium voraussetzen würde. Bei einem Anhalten des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer wird sich die Zahl der Ausländer kaum nennenswert erhöhen. Ihre Zuwanderung in Räume mit den besseren Verdienstmöglichkeiten und heute schon hoher Ausländerdichte wird jedoch andauern. Die Ausländer werden aus den ländlich geprägten Schwerpunkträumen abwandern, ohne daß diese Binnenwanderungsverluste wie in der Vergangenheit durch Außenwanderungsgewinne ausgeglichen werden können. Bei konstanter Ausländerzahl wird daher ein noch höherer Grad der Konzentration zu erwarten sein.

Es ist in der geographischen Zielanalyse zur Ausländerwanderung darauf verwiesen, daß eine disperse Ansiedlung der Ausländer in ländlich strukturierten Gebietseinheiten ihrer Integration nicht förderlich wäre. Ferner wurde festgestellt, daß durch eine verstärkte Ausländerbeschäftigung in strukturschwachen Regionen keine qualifizierten Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aber auch die der Raumordnungspolitik zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente reichen zur Realisierung derartiger Zielprognosen nicht aus. "Die raumordnungspolitischen Möglichkeiten zur Beeinflussung der Wanderungsbewegung, z.B. die Umlenkung des knappen Bevölkerungs- und Erwerbstätigenpotentials von den Verdichtungsräumen in den ländlichen Raum" müssen derzeit noch als ungeklärt angesehen werden.[1)]

---

1) HARMS, A., 1975, S. 66.

JOCHIMSEN macht auf den "Sanktionierungscharakter" derartiger Ziele aufmerksam, die die Freizügigkeit im Bundesgebiet berühren könnten.[1] Im Raumordnungsbericht 1974 stellt die Bundesregierung fest, daß Instrumente zur direkten Beeinflussung der großräumigen Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung (z.B. Zuzugsverbote) gegen den Grundsatz der Freizügigkeit verstoßen würden. Raumordnungspolitik kann daher nur indirekt über die räumliche Verteilung von Arbeitsplätzen, der Infrastruktur, der Wohnungen und der Umweltqualität die angestrebte Bevölkerungsverteilung erreichen.[2]

In einer raumordnungspolitischen Beurteilung alternativer Steuerungskonzepte der Ausländerbeschäftigung kommen LANGKAU und MEHRLÄNDER zu dem Ergebnis, daß eine

- regional differenzierte Anwerbepauschale,
- regional gestaffelte Wirtschaftsabgabe,
- administrative Lenkung über das Instrument des Ausländerrechts

die Ziele der Raumordnungspolitik nicht erhöhen werden.[3]

Eine Erhöhung der Anwerbepauschale für ausländische Arbeitnehmer in expandierenden Räumen mit hohem Ausländeranteil würde zwar die Nachfrage nach neu anzuwerbenden ausländischen Arbeitnehmern drosseln; dieser Effekt kann jedoch durch die Binnenwanderung von Ausländern und Deutschen aufgehoben werden. "Eine Verbesserung der Beschäftigung nach Gebieten und Wirtschaftszweigen erscheint bei dieser Steuerungskonzeption nicht denkbar, da die Verteuerung der Anwerbepauschale die Unternehmer nicht zur Verlagerung von Investitionen in nicht verdichtete Gebiete

---

1) JOCHIMSEN, 1972, S. 98, Fußnote 2.

2) Raumordnungsbericht 1974, S. 46.

3) LANGKAU, J., MEHRLÄNDER, U., 1975, S. 141 ff.

veranlassen dürfte. Eine zu erwartende Abwanderung von Deutschen in Verdichtungsräume steht diesem arbeitsmarktpolitischen Ziel ebenfalls entgegen.[1]

Eine Verteuerung der Ausländerbeschäftigung mittels einer Wirtschaftsabgabe in den Wachstumsregionen mit hoher Ausländerbeschäftigung würde im Gegensatz zur regionalisierten Anwerbepauschale auch die Ausländer-Binnenwanderung beeinflussen. Doch sind auch bei Anwendung dieses Steuerungsinstrumentes negative Auswirkungen auf die Verwirklichung der raumordnungspolitischen Zielvorstellungen zu befürchten. Die Arbeitgeber in den betroffenen Regionen "werden verstärkt versuchen, deutsche Arbeitnehmer einzustellen. Das könnte sich zunächst in einer stärkeren Fluktuation der deutschen Arbeitnehmer in den verdichteten Räumen und ihren Randgebieten niederschlagen. Schließlich ist aber auch eine vergrößerte Binnenwanderung der Deutschen zu erwarten. Diese Abwanderung aus vornehmlich ländlich strukturierten Räumen ist jedoch aus der Sicht der Raumordnung unerwünscht."[2]

Aber selbst wenn es mit Hilfe dieser Steuerungskonzeption zu einer verstärkten Lenkung von Arbeitsplatzinvestitionen in die ländlich geprägten Schwerpunkträume kommen sollte, dürfte es sich dabei um konjunkturanfällige Arbeitsplätze für un- bzw. angelernte Arbeitskräfte handeln, wodurch die regionale Wirtschaftsstruktur der betroffenen Schwerpunkträume nicht nennenswert verbessert wird.

Mit Wirkung vom 1.4.1975 hat sich die Bundesregierung - in gemeinsamer Absprache mit den Bundesländern - für die administrative Lenkung der Ausländer - Außen- und Binnenwanderung über das Instrument des Ausländerrechts entschieden.[3]

---

1) LANGKAU, J., MEHRLÄNDER, U., 1975, S. 144.
2) Ebenda, S. 148.
3) Vgl. Kapitel 3.1.

Im Rahmen des angestrebten Globalplafonds zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik (vgl. Tabelle 23) soll die Zuwanderung von Ausländern aus Staaten, die nicht der EG angehören, in die folgenden Gebiete begrenzt werden:

Nordrhein-Westfalen:	Stadtgebiet von Remscheid;
Hessen:	Kreisfreie Städte Frankfurt/Main, Offenbach (Main), Landkreis Großgerau, Stadt Hanau;
Baden-Württemberg:	Stadtkreise Stuttgart, Ulm, Mannheim, Pforzheim, Landkreise Ludwigsburg, Esslingen, Böblingen, Rems-Murr, Schwarzwald-Baar;
Bayern:	Städte München, Ingolstadt, Fürth, Nürnberg, Augsburg, Landkreise Dachau, Starnberg, Fürstenfeldbruck, Ebersberg, München.

Diese Kreise wurden nicht nach Kriterien ausgewählt, die eine Überlastung ihrer Infrastruktur zum Ausdruck bringen, sondern allein aufgrund des Anteils der ausländischen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung. Danach wird ein Kreis bzw. eine kreisfreie Stadt automatisch zum überlasteten Siedlungsgebiet erklärt, wenn der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 12 % (ca. 100 % über dem Bundesdurchschnitt) und mehr beträgt. In denjenigen Fällen, in denen die Ausländerquoten zwischen 6 und 12 % liegen, kann ein Gebiet ebenfalls zum überlasteten Siedlungsgebiet erklärt werden. In derartig überlasteten Siedlungsgebieten werden ausländische Arbeitnehmer nur noch im Rahmen des "regionalen Ersatzbedarfs" zugelassen.[1)]

---

1) Zum Gesamtverfahren zur Regulierung des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer in Ballungsgebieten

Vgl. DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.), 1975, S. 21-24.

Diese Gebiete sind weder nach ihrem infrastrukturellen Versorgungsniveau noch unter Berücksichtigung der Problemräume des Bundesraumordnungsprogramms ausgewählt. Zwar liegt ein Teil der betroffenen Kreise und kreisfreien Städte in den Problemräumen mit Zuwanderungsdruck "München", "Stuttgart" und "Frankfurt", doch gerade die Stadt Berlin und der Problemraum "Düsseldorf-Köln", die beide hohe Binnenwanderungsgewinne an Ausländern aufweisen (vgl. Tabelle 9), sind - mit Ausnahme der Stadt Remscheid - von der Zuzugsbeschränkung ausgenommen.[1]

Als raumordnungspolitisch unerwünschte Nebenwirkung dieses Steuerungsinstrumentes ist "die Anwerbung von Ausländern der EG-Mitgliedsländer direkt durch die Arbeitgeber, ... das Anwachsen der Zahl der illegal beschäftigten Ausländer oder ... die Schaffung von größeren Anreizen für die Zuwanderung deutscher Arbeitnehmer in diese Gebiete von Seiten der Arbeitgeber" denkbar.[2] Die raumordnungspolitischen Zielvorstellungen einer wünschenswerten Bevölkerungsverteilung werden durch diese Steuerungskonzeption daher nicht erleichtert.

In der raumordnungspolitischen Diskussion über eine regionalisierte Ausländerpolitik wird als Alternative zu der administrativ gesteuerten Ausländerwanderung eine "langfristig wirksame Strukturpolitik unter Koordination aller wesentlichen raumwirksamen Mittel" angesehen.[3] "Aus der Perspektive des Bundesraumordnungsprogramms lassen sich spezifische siedlungsstrukturelle Fehlentwicklungen, wie die Ausländerkonzentration an wenigen Standorten, nur über den Abbau großräumiger Disparitäten verhindern."[4]

---

1) In Berlin gilt die Zuzugsbeschränkung für einzelne Stadtbezirke.

2) LANGKAU, J. und MEHRLÄNDER, U., 1975, S. 164.

3) Ergebnisbericht zum Informationsseminar Regionalisierte Ausländerpolitik, 1974, S. 5.

4) HARMS, A., 1974, S. 105.

Eine raumordnungspolitische Konzeption zur kurzfristigen Lösung der Integrationsprobleme in den Verdichtungsräumen mit hohem Ausländeranteil ist bisher nicht entwickelt worden. Darin zeigt sich eine Schwäche raumordnungspolitischen Handelns, ihren Beitrag zur Lösung sozialräumlicher Probleme innerhalb der Verdichtungsräume zu leisten. Die Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik sieht es als ihre einzige Aufgabe an, durch den koordinierten Einsatz raumwirksamer Planungen und Maßnahmen einen siedlungsstrukturellen Entwicklungsprozeß zu steuern, der die Disparitäten in den Lebensbedingungen der Bevölkerung konträrer Raumtypen (Verdichtungsraum - ländlicher Raum/Raum mit Zuwanderungsdruck - abwanderungsgefährdeter Raum) überwinden helfen soll. Dieses raumordnungspolitische Leitziel "Chancengleichheit für alle Bürger in allen Teilräumen" stellt jedoch die "Vision einer anzustrebenden Gesamtordnung"[1] dar, die - als langfristige Zielvorgabe anzustreben ist -, jedoch letztlich unerreichbar sein dürfte.

In der Diskussion über eine regional differenzierende Ausländerpolitik findet diese Grundhaltung raumordnungspolitischen Denkens ihren Niederschlag. Es wird nicht die Raumwirksamkeit des Einsatzes von Instrumenten zur schrittweisen Verbesserung ungesunder Sozialstrukturen - im Sinne einer schrittweisen pluralistischen Integration - in den betreffenden Verdichtungsräumen getestet, sondern zur Lösung des Ausländerproblems wird generell eine verbesserte räumliche Ordnung verlangt.

Durch das Zurückführen der Probleme, die eine hohe Ausländerkonzentration mit sich bringen, auf "Fehlentwicklungen in der räumlichen Struktur",[2] wird die Ursache der Ausländerverteilung richtig diagnostiziert. Mit der alleinigen Forderung, die Probleme der Ausländerbeschäftigung durch einen großräumigen Disparitätenabbau zu lösen, begibt sich die Raumordnungspolitik jedoch der Mög-

---

1) ZIMMERMANN, H., 1966, S. 245.

2) Ergebnisbericht zum Informationsseminar Regionalisierte Ausländerpolitik, 1974, S. 5.

lichkeit, gezielte, kurzfristig wirksame Steuerungsinstrumente zur Lösung der Integrationsprobleme der Ausländer zu entwickeln.

Eine Überprüfung der im Rahmen der Ausländerpolitik praktizierten regionalen Steuerungskonzeption unter dem sozialräumlichen Gesichtspunkt "Auflockerung von Gastarbeitergettos",ist derzeit schwierig, da konkretisierte Zielvorstellungen über das Zusammenleben einzelner sozialer Gruppen innerhalb der Verdichtungsräume nicht bestehen. Im Bundesraumordnungsprogramm wird als Ziel für die Entwicklung der Verdichtungsräume genannt, "ihre Leistungsfähigkeit durch eine Verbesserung der Infrastruktur und der Umweltbedingungen zu sichern und zu erhöhen";[1] der Städtebaubericht 1975 beschränkt sich auf die Zielaussage, daß in Großstädten der "sozialen Segregation der Bevölkerung" und dem Entstehen "neuer einseitiger Sozialstrukturen"[2] entgegenzuwirken sei. Die Erweiterung des raumordnungspolitischen Zielsystems um konkretisierte Zielvorstellungen zur innenstädtischen sozialräumlichen Entwicklung steht somit noch aus.

Ungeachtet fehlender Zielvorstellungen einer die Integration der Ausländer fördernden Politik, erscheint es zweifelhaft, ob die praktizierten Zuzugsbeschränkungen für Ausländer ihre Eingliederung in die jeweilige Sozialstruktur der Verdichtungsräume unterstützen. Analog zu den ausländerspezifischen Maßnahmen einzelner Kommunen und Länder, "Eingliederungshilfen zu entwickeln, die eine soziale Integration breiter Schichten dieser Bevölkerung ermöglichen,"[3] dürfte es sinnvoll sein, derartige Eingliederungsmaßnahmen gemäß den Vor-

---

1) Bundesraumordnungsprogramm, ebenda, S. 10.

2) Städtebaubericht 1975, S. 19.

3) DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER VON BERLIN, SENATSKANZLEI PLANUNGSLEITSTELLE (Hrsg.), 1972, S. 7.

stellungen des "Aktionsprogramms für Ausländerbeschäftigung" bundeseinheitlich zu koordinieren und zu unterstützen. Innerhalb einer ressortübergreifenden Eingliederungspolitik fiele der Raumordnung die Aufgabe zu,

- auf der Grundlage von Mobilitäts- und weitergehenden sozialräumlichen Analysen diejenigen Problemregionen abzugrenzen, in denen gezielte integrationsfördernde Maßnahmen eingesetzt werden sollten,
- eine regional differenzierende Steuerungskonzeption zu erarbeiten, die - unter Achtung der Wanderungsentscheidungen der Ausländer - durch eine realistische Beeinflussung der regionalen Ausländermobilität ihre Eingliederung innerhalb einzelner Gemeinden erleichtern könnte.[1)]

Dieses raumordnungspolitische Handeln im Rahmen einer anzustrebenden pluralistischen Integrationspolitik wird zwar die Ursachen regionaler Disparitäten in den Lebensbedingungen der Bevölkerung - gemessen an Versorgungsstandards zwischen den Gebietseinheiten - nicht beseitigen; es kann aber die räumlichen Voraussetzungen für eine weitestgehende Eingliederung der ausländischen Bevölkerung bestimmen. Derartige Maßnahmen dienen dem Abbau "ungesunder Sozialstrukturen" - im Sinne einer die Integration von Minderheitengruppen fördernde Politik[2)] - auch in verdichteten Regionen mit überdurchschnittlich guter Infrastrukturausstattung und günstiger Wirtschaftsentwicklung und leisten damit einen Beitrag zur Verwirklichung des allgemeinen Leitbildes des § 1 Abs. 1 ROG.

---

1) Unter dem spezifischen Gesichtspunkt der anzustrebenden Eingliederung der Ausländer, wäre beispielsweise eine Integrationsabgabe der Arbeitgeber, die Ausländer beschäftigen, zu diskutieren. Diese Abgabe müßte sich an den regional unterschiedlichen Kosten der Eingliederungshilfen orientieren. Dies hätte zur Folge, daß nicht nur die Arbeitgeber in Gebieten mit sehr hoher Ausländerdichte, sondern auch in ländlich geprägten Schwerpunkträumen mit niedrigem Ausländeranteil überdurchschnittlich durch diese Abgabe belastet würden.

2) Vgl. dazu die Aussagen in Kapitel 8.2.1.

ZUSAMMENFASSUNG WESENTLICHER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Die vorliegende Studie untersucht den Einfluß der Ausländerwanderung auf die Regionalentwicklung der Bundesrepublik Deutschland und setzt sich mit den politischen Zielvorstellungen einer wünschenswerten Ausländerwanderung kritisch auseinander.

Im empirischen Teil der Untersuchung wird nachgewiesen, daß Außenwanderungsgewinne strukturschwacher Gebiete ihre regionalen Binnenwanderungsverluste nur statistisch ausgleichen. Ausländer tragen im Zuge ihrer interregionalen Mobilität innerhalb des Bundesgebietes erheblich zur tendenziellen Abwanderung aus einer Reihe von Gebietseinheiten mit Strukturschwächen bei. Durch die Bündelung ihrer Binnenwanderung vergrößert sich zusätzlich die regionale Bevölkerungskonzentration in "Problemräumen mit Zuwanderungsdruck". Die raumordnungspolitischen Vorstellungen einer ausgewogenen Bevölkerungsverteilung werden durch die Ausländerwanderung somit nicht begünstigt.

Aussagen über die regionale Verteilungsstruktur der Wanderungsverflechtungen lassen sich mit Hilfe des Entropiemaßes konkretisieren. Die interregionalen Wanderungsströme der Ausländer konzentrieren sich auf die Kernräume der von ihnen bevorzugten Regionen, diejenigen der Deutschen - generell durch eine homogenere Verteilung gekennzeichnet - auf die betreffenden Umlandsregionen. Auf diese Weise wird der räumliche Segregationsprozeß zwischen Ausländern und Deutschen durch die interregionale Mobilität gefördert.

Eine Analyse der raum-zeitlichen Dynamik des Wanderungsgefälles von den Randregionen in die zentralen Verdichtungsräume zeigt - gemessen in Effektivitätsziffern - ein stärkeres Wanderungsgefälle der Ausländer im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung an und weist - gemessen in mittleren Erstdurchlaufzeiten - schnellere Zeiteinheiten für Ausländer als für Deutsche auf.

Diese empirisch gewonnenen Ergebnisse verdeutlichen die Schwierigkeit einer raumordnungspolitischen Strategie, die eine längerfristige Ansiedlung von Ausländern in strukturschwachen peripheren Regionen vorsieht. Zwar ist es in der Vergangenheit gelungen, unterstützt durch Maßnahmen der Landesplanung und der Regionalpolitik, ausländische Arbeitnehmer in strukturschwache Regionen zu vermitteln; im Zuge einer liberalen Binnenwanderung bevorzugt die ausländische Bevölkerung jedoch Regionen mit überdurchschnittlichem Lohnniveau und hoher Ausländerdichte.

Die in dieser Studie aufgestellte Prognose der Ausländerentwicklung kommt zu dem Ergebnis, daß - bei Freizügigkeit der Außenwanderung und konjunktureller Wiederbelebung - Mitte der achtziger Jahre 5 bis 5,5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik leben würden. Als Resultat dieser Wanderungsbewegung müßten auch norddeutsche Gebietseinheiten mit überdurchschnittlich hoher Ausländerdichte rechnen.

Die politischen Zielvorstellungen zur Ausländerentwicklung und -verteilung gehen von einer Globalplafondierung der Ausländerzahl von maximal 4 Millionen aus und befürworten ihre disperse Verteilung. Diese Zielsetzungen werden damit begründet, daß

a) die soziale Infrastruktur in den von Ausländern bevorzugten Zielregionen überlastet sei, und

b) die Ansiedlung von Ausländern in strukturschwachen Regionen zur Vergrößerung der betreffenden Arbeitsmärkte beitrage.

Als Instrument zur Erreichung der globalen Zielprojektion hat die Bundesregierung einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer erlassen. Unter traditionellen raumordnungspolitischen Gesichtspunkten wird eine Globalplafondierung der Ausländerzahl allerdings zwiespältig betrachtet. Es wird die Befürchtung geäußert, daß - bei einsetzendem Konjunkturaufschwung - ein Anwachsen regionaler Dis-

paritäten hervorgerufen würde, wenn eine künftige Nachfrage nach Arbeitnehmern in expandierenden Arbeitsmärkten nicht mehr durch Ausländer, sondern durch verstärkte Zuwanderung von Deutschen gedeckt würde. In der vorliegenden Studie wird, in Anlehnung an eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesminister für Wirtschaft, die Drosselung einer eventuell wiedereinsetzenden Ausländerzuwanderung weniger durch administrative Maßnahmen als vielmehr durch einen wirtschaftlichen Strukturwandel in der Bundesrepublik zu Lasten arbeitsintensiver Branchen mit hohem Ausländerbeschäftigungsstand befürwortet.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in konjunkturanfälligen Betrieben hat in den strukturschwachen Regionen in Zeiten der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung das wahre Disparitätengefälle zu den funktionsfähigen Arbeitsmärkten verdeckt. Alle Regionen wiesen positive Wanderungssalden, den traditionellen Erfolgsindikator regionaler Strukturpolitik auf, auch wenn sie Binnenwanderungsverluste von Deutschen und Ausländern zu verzeichnen hatten. Im Zeichen hoher Außenwanderungsgewinne konnte ein gesamtwirtschaftlich wünschenswerter regionaler Strukturwandel hinausgezögert werden.

Eine quantitative Verbesserung verbleibender Betriebsstrukturen bei gleichzeitiger Freisetzung von Arbeitskräften, die abwandern, muß nicht zwangsläufig ein Anwachsen regionaler Disparitäten mit sich bringen. Regionale Zielvorstellungen, die eine verstärkte Niederlassung von Ausländern in strukturschwachen Regionen vorsehen, werden daher in dieser Studie nicht befürwortet; ferner fehlen auch die zur Verwirklichung derartiger Verteilungsmodelle notwendigen politischen Steuerungsinstrumente. Eine Politik, die die Verteilung der Ausländer nach der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur vorsieht, muß schon aus methodischen Gründen einer Quantifizierung und Bewertung der regionalen Infrastrukturbestände scheitern.

Die Beeinflussung der Ausländer-Binnenwanderung wird in dieser Studie nur unter "Integrationsgesichtspunkten"

befürwortet. Um eine zu starke Gettobildung im Zuge einer dissimilierten Integration von Ausländern und Deutschen in den Zielregionen der mobilen Ausländer zu verhindern, könnte eine regionale Einschränkung der Ausländerwanderung gebilligt werden, auch wenn die davon betroffenen Regionen eine überdurchschnittlich gute Infrastrukturausstattung aufweisen.

Die vorliegende Studie sieht es als eine raumordnungspolitische Aufgabe an, die Eingliederung der Ausländer - im Sinne einer pluralistischen Integration - zu unterstützen, nicht aber über die Steuerung der Ausländerwanderung regionale Disparitäten abzubauen. Aus der Zielanalyse zur regionalen Mobilität der Ausländer zieht die vorliegende Studie den Schluß, daß raumbedeutsame Prozesse heute noch zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Disparitäten-Abbaus beurteilt werden. Im Mittelpunkt raumordnungspolitischer Maßnahmen stehen strukturschwache Regionen. Dabei wird übersehen, daß auch in gut ausgestatteten Verdichtungsräumen sozialräumliche Probleme einzelner benachteiligter Bevölkerungsgruppen bestehen, zu deren Lösung die Raumordnungspolitik beitragen sollte.

La migración de extranjeros como problema de la política de la ordenación del espacio en la RFA. Un estudio político-geográfico.

Resúmen de los resultados más importantes

El presente trabajo estudia la influencia de la migración de extranjeros sobre el desarrollo regional de la República Federal Alemana y analiza las finalidades políticas de una deseable migración de extranjeros criticamente.

En la parte empírica del estudio se demuestra que las ganancias de migración exterior de territorios de estructura débil solamente igualan sus pérdidas de migración interna estadísticamente. Los extranjeros contribuyen considerablemente a la emigración tendencial de una serie de unidades territoriales con debilidades estructurales debido a su mobilidad interregional dentro del territorio de la República. Debido al aglomeramiento de su migración interna se amplia además la concentración de población regional en "espacios problemáticos con presión de afluencia". Las ideas de la política de la ordenación del espacio sobre una repartición de población balanceada no son favorecidas por la migración de extranjeros.

Con ayuda de la medida de entropía se dejan concretizar afirmaciones sobre la estructura de repartición regional de los entrelazamientos de migración. Las corrientes de migración interregionales de los extranjeros se concentran en los espacios nucleares de las regiones por ellos preferidas, las de los alemanes - que son marcadas generalmente por una repartición homogénea - en las respectivas regiones circundantes. De esta manera se promueve el proceso de segregación espacial entre extranjeros y alemanes por medio de la mobilidad interregional.

Un análisis de la dinámica espacio-temporal del declive de migración de las regiones limítrofes en los espacios centrales de concentración muestra - medido en cifras de efectividad -

un mayor declive de migración de los extranjeros a diferencia de la población alemana y muestra - medido en "Mean First Passage Time" - unidades de tiempo más rápidas para extranjeros que para alemanes.

Estos resultados ganados empiricamente aclaran los problemas de una estrategia de política de ordenación del espacio, que prevee una colonización a largo plazo de extranjeros en regiones periféricas de estructura débil. Aunque en el pasado se haya logrado, apoyado por medidas de la planificación estatal y de la política regional, introducir a trabajadores extranjeros en regiones de estructura débil; debido a una migración interna liberal prefiere la población extranjera regiones con un nivel salarial sobre el promedio y con alta densidad de extranjeros.

La prognosis sobre el desarrollo de extranjeros propuesta en este estudio llega a la conclusión de que, con libertad de migración externa y revivencia conjuntural, en la mitad de los años ochenta vivirán de cinco a cinco punto cinco millones de extranjeros en la República Federal Alemana. Como resultado de este movimiento migratorio tendrían que contar también unidades territoriales del norte de Alemania con una densidad de extranjeros sobre el promedio.

Las finalidades politicas respecto al desarrollo de extranjeros y su repartición parten de una fijación global de límites del número de extranjeros de máximo cuatro millones y afirma su repartición dispersa. Estos fines son fundados en que:

a) la infraestructura social de las regiones preferidas por extranjeros esté sobrecargada y que

b) la colonización de extranjeros en regiones de estructura débil contribuya al ampliamiento de los mercados de trabajo afectados.

Como intrumento para alcanzar la proyección global del objetivo decretó el Gobierno alemán un paro de empleo para trabajadores extranjeros. Bajo aspectos tradicionales de la politica de la ordenación del espacio no entanto se considera una fijación global del límite del número de extranjeros como discrepante. Se teme que, comenzando a subir la conjuntura, se crease un crecimiento de las disparidades regionales cuando una próxima demanda de trabajadores en mercados de trabajo que se expansionen ya no se cubra más con extranjeros, sino con una mayor afluencia de alemanes. En el presente estudio - apoyado por una toma de posición de la junta consultiva científica del ministro de economía - se afirma el estrangulamiento de una tal vez reestableciente afluencia de extranjeros, menos con medidas administrativas, que por medio de un cambio de estructura económica en la República Federal Alemana a costa de ramos intensivos de trabajo con un elevado grado de ocupación de extranjeros.

La ocupación de trabajadores extranjeros en empresas de declive conjuntural ocultaron en territorios de estructura débil en tiempos de gran prosperidad y de ocupación general el verdadero declive de disparidades a los mercados de trabajo eficazes. Todas las regiones presentaron saldos de migración positivos, el tradicional indicador de éxito de la estructural política regional, también cuando hubo pérdidas de migración interna de alemanes y extranjeros. Bajo el signo de altas ganancias de migración exterior se pudo demorar un deseable cambio regional estructural para la economía general.

Una mejora cuantitativa de estructuras empresarias permanecientes con al mismo tiempo liberación de mano de obra que emigra, no necesita traer consigo necesariamente un crecimiento de disparidades regionales. Finalidades regionales, que preveen una reforzada colonización de extranjeros en territorios de estructura débil, no se afirman por ello en este estudio; además faltan también

los instrumentos de conducción políticos para la realización de tales modelos de repartición. Una política que prevee la repartición de extranjeros según la capacidad de la infraestructura social, debe fracasar ya por motivos metódicos de una cuantificación y valorización de lo existente de la infraestructura regional.

La influenciación de la migración interna de extranjeros solamente se afirma en este estudio com "puntos de vista de integración". Para evitar una demasiado fuerte formación de suburbios debido a una evitada integración de extranjeros y alemanes en las regiones metas de los extranjeros móbiles, podría ser aceptada una limitación regional de la migración de extranjeros, también cuando las regiones afectadas posean un equipamiento infraestructural sobre el promedio.

El presente estudio ve como una tarea política de la ordenación del espacio apoyar la integración de los extranjeros - la misma vista como una integración pluralística - , pero no reducir disparidades regionales sobre la conducción de la migración de extranjeros. Del análisis de las finalidades sobre la mobilidad regional de los extranjeros saca el presente estudio la conclusión de que procesos importantes para el espacio hoy en día se juzgan aún demasiado bajo el punto de vista de la reducción de disparidades. En el centro de las medidas políticas de la ordenación del espacio se encuentran regiones de estructura débil. Allí pero no se ve que también en espacios de concentración bien equipados subsisten problemas socio-espaciales de algunos grupos de población perjudicados, para cuya solución debería contribuir la política de la ordenación del espacio.

LITERATURVERZEICHNIS

ABRESS, H., Raumplanung in Verdichtungsräumen - Wunsch und Wirklichkeit, Referat auf der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung am 20.6.1974 in Wiesbaden, in: Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 96, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1974, S. 33-40.

AFFELD, D., Möglichkeiten des Einsatzes operationaler Zielprojektionen als didaktische Hilfe im raumordnungspolitischen Entscheidungsprozeß, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1975, Heft 4/5, S. 229-237.

Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung, in Bulletin der Bundesregierung Nr. 70 vom 8.6.1973, S. 693-694.

Amtsblatt der EWG
- Nr. 62, 1964
- Nr. L 257, 1968

ALBRECHT, G., Soziologie der geographischen Mobilität. Zugleich ein Beitrag zur Soziologie des sozialen Wandels, Stuttgart 1972.

Ausländergesetz vom 28.4.1965, Bundesgesetzblatt I, S. 353.

BARTELS, D., Einleitung, in: Wirtschafts- und Sozialgeographie, Hrsg.: Ders., Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 35, Wirtschaftswissenschaften, Köln - Berlin 1970, S. 13-45.

BAUDREXL, L., Richtzahlen der Bevölkerung und der Arbeitsplätze im Landesentwicklungsprogramm und in Regionalplänen in Bayern, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1975, Heft 4/5, S. 177-188.

BIEHL, D., HUSSMANN, E., SCHNYER, S., Potentialkriterien als Kriterien für die Verteilung der regionalen Fördermittel des Bundes, Endbericht zu einem Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel 1973.

BINGEMER, K., MEISTERMANN-SEEGER, E., NEUBERT, E., Leben als Gastarbeiter. Geglückte und mißglückte Integration, Opladen 1972.

BIRG, H., Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990, in: Beiträge zur Strukturforschung, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, 1975, Heft 35.

BOBEK, H., Über den Einbau der sozialgeographischen Betrachtungsweise in die Kulturgeographie, in: Deutscher Geographentag, Köln 1961, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlung, Wiesbaden 1962, S. 148-165.

BOESLER, K.-A., Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit, in: Abhandlungen des 1. Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin, Bd. 12, Berlin 1969.

DERS., Gedanken zum Konzept der politischen Geographie, in: Die Erde, 1974, Heft 1, S. 7-33.

BORRIS, M., Ausländische Arbeiter in einer Großstadt. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Frankfurt, Frankfurt a.M. 1973.

BRENKEN, C., Aktivierung der Raumordnung. Zur Aufstellung eines Bundesraumordnungsprogramms, in: Die öffentliche Verwaltung, 1970, Heft 3, S. 81-84.

BRÖSSE, U., Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik, Zielforschung und Probleme der Realisierung von Zielen, Berlin 1972.

BOUSTEDT, O., Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil II: Bevölkerungsstrukturen, in: Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 5, Hannover 1975.

BROWN, L.A., On the Use of Markov Chains in Movement Research, in: Economic Geography, Vol. 46, 1970, Nr. 2, S. 393-403.

BUCHSBAUM, R., Das Bundesraumordnungsprogramm und seine Verbindlichkeit, in: Die Öffentliche Verwaltung, 1975, Heft 16, S. 545-552.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.)
- Repräsentativuntersuchung 1972 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und ihre Familien- und Wohnverhältnisse, Nürnberg 1973.
- (b) Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, zugleich ein Beitrag der Bundesanstalt für Arbeit zu den PERSPEKTIVEN DER ARBEITSMARKTPOLITIK des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Nürnberg 1974.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEITSVERMITTLUNG UND ARBEITSLOSENVERSICHERUNG, heute BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.), Ausländische Arbeitnehmer, Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung
- Erfahrungsbericht 1966, Nürnberg 1967,
- Erfahrungsbericht 1970, Nürnberg 1971,
- Erfahrungsbericht 1971, Nürnberg 1972,
- (a) Erfahrungsbericht 1972/73, Nürnberg 1974.

BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hrsg.), Daten zum Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm), BT-Drucksache 7/3584 vom 30. April 1975, hektographiertes Exemplar, Bonn-Bad Godesberg 1975.

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.), Finanzbericht 1975, Bonn 1974.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.), Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland - Ausgewählte Veröffentlichungen als Hinweise -, o.O. 1972.

CHOLEWA, E.W., VON DER HEIDE, H.J., ROG § 2, KOHLHAMMER Kommentar zum Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965, 4. Lfg., 1969.

DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.),
- Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Neuerrichtete, verlagerte und stillgelegte Industriebetriebe in den Jahren 1970 und 1971. Bearbeitet in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg 1974, hektographierter Entwurf.
- Zuzug ausländischer Arbeitnehmer in Ballungsgebiete, in: Sozialpolitische Informationen, 1975, Nr. 6, S. 21-24.
- Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer zeitweilig gestoppt, in: Sozialpolitische Informationen, 1973, Nr. 41, S. 164.

DER BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hrsg.), Entwurf und Erläuterung zum Bundesraumordnungsprogramm (Entwurf vom 8.6.1973), hektographiertes Exemplar.

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT (Hrsg.), Perspektiven des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1985, Vorabdruck aus: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Vierteljahresbericht III, 70.

DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER VON BERLIN, SENATSKANZLEI PLANUNGSLEITSTELLE (Hrsg.), Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, Berlin 1972.

DEUTSCHER BUNDESTAG, WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE (Hrsg.), Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland - Auswahlbibliographie -, Bibliographien Heft 34, Bonn 1973.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.), Arbeitsplatzentwicklung und Lohnniveau in Arbeitsmarktregionen der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, bearbeitet von BIRG, H. und Mitarbeiter, Berlin 1973.

DIETRICHS, B., HÜBLER, K.-H., Bundesraumordnungsprogramm. Inhalt und Methoden, in: Die öffentliche Verwaltung, 1969, Heft 19, S. 657-665.

DIETRICHS, B., Langfristige Entwicklungstendenzen der Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung, hrsg. von EBERSTEIN, H.H., Lfg. 1, Köln 1971, S. 1-26.

DERS., Status-quo-Prognosen und Zielprojektionen im Raumplanungsprozeß - Funktion und Konflikte, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1975, Heft 4/5, S. 137-151.

Ergebnisbericht zum Informationsseminar Regionalisierte Ausländerpolitik in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung vom 26./27. Juni 1974, hrsg. von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Ergebnisbericht des Fortbildungsseminars der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung am 23./24. April 1975 zum Thema Regionalisierte Zielprojektionen für Bevölkerung und Arbeitsplätze, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1975, Heft 4/5, S. 119-136.

ERNST, H., Wende in der Ausländerpolitik? in: Arbeit und Sozialpolitik, 1973, Heft 6/7, S. 181-186.

EWERS, H.-J., Bündelung oder Substitution als Leitlinie der Infrastrukturpolitik, in: Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 10, Münster 1974, S. 35-69.

FRANZ, F., Fremdenrecht und Fremdenarbeiterpolitik, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 1973, Heft 18, Themenheft zur Staatsrechtslehrer-Tagung 1973, S. 662-675.

DERS., Die aufenthaltsrechtliche Stellung der ausländischen Arbeiter, in: Gastarbeiter in Gesellschaft und Recht, hrsg. von ANSAY, T. und GESSNER, V., München 1974. S. 39-55.

FRANZEN, D., SCHRÖDER, D., ZUBEIL, C., Prognose der Arbeitsplatzzahl und der Bevölkerung in den 38 Gebietseinheiten für das Bundesraumordnungsprogramm 1970 - 1985, Annahmen und Ergebnisse, hektographiertes Exemplar, Basel 1974.

GANSER, K., Thesen zur Ausbildung des Diplomgeographen, in: Deutscher Geographentag Kiel 1969, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlung, Wiesbaden 1970, S. 183-190.

DERS., Probleme unserer Zeit - Die Mobilität zwischen Stadt und Land, hektographiertes Manuskript des Deutschlandfunks, Abtlg. Politik und Zeitgeschehen, Köln 1972.

DERS., (a) Möglichkeiten und Grenzen der Verbesserung der Lebensqualität und der Sozialchancen in ländlichen Räumen durch das neue Bundesraumordnungsprogramm, in: Die Zukunft des ländlichen Raumes in Politik und Planung, Ziele - Zielkonflikte - Realisierung, hrsg. von RÖSENER, H. und OSTROP, H. im Auftrag der Evang. Kirche von Westfalen und der Diözese Münster, 1974, S. 35-48.

DERS., (b) Trendwerte und Richtzahlen für Bevölkerung und Arbeitsplätze in der Region München, hektographiertes Exemplar, Bonn 1974.

GALLE, O.R., GOVE, W.R., MILLER McPHERSON, J., Bevölkerungsdichte und Pathologie, in: Bauwelt, 1973, Heft 1, S. 13-19.

GALTUNG, J., Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, hrsg. von SENGHAAS, D., edidion suhrkamp, Bd. 563, Frankfurt a.M. 1972, S. 29-104.

GATZWEILER, H. P., (a) Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen, in: Forschungen zur Raumentwicklung, Heft 1, Bonn-Bad Godesberg 1975.

DERS., (b) Die Anwendung von regulären, homogenen Markov-Ketten-Modellen erster Ordnung zur Deskription und Analyse von Wanderungen, in: Symposium "Quantitative Geographie", Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in der Geographie, hrsg. von GIESE, E., Giessener Geographische Schriften, 1975, Heft 32, S. 156-164.

DERS. mit KOCH, R. Makroanalytisches Simultanmodell der regionalen Bevölkerungsentwicklung und -verteilung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Geographentag, Innsbruck 1975, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlung, Druck in Vorbereitung.

GEISELBERGER, S. (Hrsg.), Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter, hrsg. im Auftrag des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, Frankfurt a.M. 1972.

GEISENBERGER, S., MÄLICH, W., Informationstheoretische Messung regionaler Konzentrationserscheinungen, in: Raumforschung und Raumordnung, 1971, Heft 1, S. 19-24.

GEISENBERGER, S., MÜLLER, J.H., Analyse der räumlichen Verteilung der zentralen Orte in Baden-Württemberg, in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumordnung und Landesplanung, Bd. 72, Hannover 1972, S. 71-116.

GIERSCH, H., Wandel unserer Wirtschaftsstruktur im Zuge weltwirtschaftlicher Veränderungen, in: Standortvorteil Ausland, hrsg. vom Deutschen Industrie- und Handelstag, Schriftenreihe, 1973, Heft 134, S. 13-33.

HAGGETT, P., Einführung in die kultur- und sozialgeographische Regionalanalyse, Berlin, New York 1973.

HAMANN, A., Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin-Neuwied-Darmstadt 1956.

HARD, G., Die Geographie. Eine wissenschaftstheoretische Einführung, Berlin, New York 1973.

HARMS, A., Regionale Faktoren und Bestimmungsgründe der Wohnortmobilität - Notizen zu Elementen der räumlichen Mobilität aus der Sicht der Bundesraumordnung, in: Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungsbewegung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 95, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1975, S. 51-68.

DERS., Diskussionsbeitrag zum Thema Regionalisierte Ausländerpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1974, Heft 3, S. 102-105.

HARTKE, W., Der Weg zur Sozialgeographie. Der wissenschaftliche Lebensweg von Prof. Dr. Hans Bobek, in: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 1963, Heft 105, S. 5-22.

HESSE, J.J., Stadtentwicklungsplanung: Zielfindungsprozesse und Zielvorstellungen, in: Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Bd. 38, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972.

HOFBAUER, H., KÖNIG, P., Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1973, Heft 1, S. 37-90.

HÖPFNER, K., RAMANN, B., RÜRUP, B., Ausländische Arbeitnehmer. Gesamtwirtschaftliche Probleme und Steuerungsmöglichkeiten, in: Kleine Schriften der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, Juli 1973.

INSTITUT FÜR ANGEWANDTE SOZIALWISSENSCHAFTEN (Hrsg.), Räumliche Mobilität: Präferenzen, Motive, Tendenzen, Bonn-Bad Godesberg 1972.

ISTEL, W., Zur Frage einer zukünftigen strukturräumlichen Entwicklung bei stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung, in: Raumforschung und Raumordnung, 1975, Heft 2, S. 71-80.

JANSEN, P.G., TÖPFER, K., Zur Bestimmung von Mängeln der gewachsenen Infrastruktur, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd. 54, Berlin 1970, S. 401-426.

JOCHIMSEN, R., TREUNER, P., Zentrale Orte in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten der Schaffung zusätzlicher außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 58, Bad Godesberg 1967.

JOCHIMSEN, R. und Mitarbeiter, Grundlagen einer zusammenfassenden Darstellung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen gemäß § 4 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes vom 8.4.1965, in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumordnung, Heft 76, Bonn-Bad Godesberg 1972.

JÜRGENS, H.W., Bevölkerungspolitik, in: Dynamik der Bevölkerungsentwicklung - Strukturen - Bedingungen - Folgen, hrsg. von MACKENSEN, R. und WEWER, H., München 1973, S. 192-201.

Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, FDP, betr. Ausländerbeschäftigung, Antwort der Bundesregierung, BT-Drucksache 7/2215 vom 10.6.1974.

KLEMMER, P., Abgrenzung regionaler Arbeitsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland für die Zwecke der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur, hektographiertes Exemplar, hrsg. vom Seminar für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ruhr-Universität Bochum, Bochum 1972.

KLÖPPEL, W., Die Mobilität des privaten Kapitals und ihre Bedeutung für die Regionalpolitik, in: Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 12, Münster 1973.

KLUCZKA, G., Zentrale Orte und zentralörtliche Bereiche mittlerer und höherer Stufe in der Bundesrepublik Deutschland, in: Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 194, Bonn-Bad Godesberg 1970.

KOCH, R., Operationalisierung einer regional differenzierten Ausländerpolitik: Verfahren zur Verarbeitung von Indikatoren, Referat auf dem Informationsseminar der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg 26. /27.6.1974.

KÜHL, G., Entwicklung und Struktur der Ausländerbeschäftigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1974, Heft 1, S. 10-20.

KÜHN, A., Erarbeitung von praktisch anwendbaren Grundlagen und Methoden für die Koordinierung des Einsatzes raumwirksamer Bundesmittel in den Landkreisen Osnabrück, Melle, Wittlage, Bersenbrück und der kreisfreien Stadt Osnabrück. Gutachten erstellt im Auftrag des Bundesministers des Innern, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1972.

KUNTZE, O.-E.,Anstieg der Ausländerbeschäftigung gestoppt – Restriktive Maßnahmen in fast allen europäischen Ländern –, in: ifo-schnelldienst, 1975, Nr. 12, Schwerpunktthema: Ausländerbeschäftigung in Europa, S. 3-20.

Landesentwicklungsprogramm Bayern Teil A, in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen, veröffentlicht im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen Nr. 9, München den 26. August 1974.

LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN, STADTENTWICKLUNGSREFERAT (Hrsg.), Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München, in: Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Nr. 4, München 1972.

LANGKAU, J., MEHRLÄNDER, U., Räumliche Analyse der Ausländerbeschäftigung und Diskussion alternativer Steuerungskonzepte, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, hektographiertes Exemplar, Bonn-Bad Godesberg 1975.

LAUSCHMANN, E., Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, in: Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 2, Hannover 1973.

LIEDTKE, B.H., PRÖGER, A., Daten zur territorialen Mobilität in der BRD, Teil 2: Die Wanderungstabelle W 13, in: Arbeitshefte aus dem Institut für Soziologie an der Technischen Universität Berlin, Nr. 11, Berlin 1973.

LOHRMANN, R., HADJIANDREOU, E.J., Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf die soziale Struktur der Bundesrepublik, in: Ausländerbeschäftigung und internationale Politik. Zur Analyse transnationaler Sozialprozesse, hrsg. von LOHRMANN, R. und MANFRASS, K., Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V., Bd. 35, München, Wien 1974, S. 81-140.

MACKENSEN, R., VANBERG, M., KRÄMER, K., Probleme regionaler Mobilität. Ergebnisse und Lücken der Forschung zur gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland/Berlin (West), Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 19, Göttingen 1975.

MANFRASS, K., Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den einzelnen Herkunftsländern im Zeichen der Arbeitskräftewanderung. Das Entstehen neuer Beziehungsstrukturen im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich, in: Ausländerbeschäftigung und internationale Politik. Zur Analyse transnationaler Sozialprozesse, hrsg. von LOHRMANN, R. und MANFRASS, K., Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V., Bd. 35, München, Wien 1974, S. 255-334.

MEHRLÄNDER, U., (a) Soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung, in: Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 103, Bonn-Bad Godesberg 1974.

DIES., (b) Diskussion der Steuerungskonzepte der Ausländerbeschäftigung aus der Sicht der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Referat auf dem Informationsseminar der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg am 26./27.6.1974.

MERX, V., Ausländerbeschäftigung und Flexibilität des Arbeitsmarktes der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentlichung des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Köln 1972.

METRA DIVO- Stadt- und Regionalforschung (Hrsg.), Die Wohnort- und Arbeitsplatzmobilität der Bevölkerung in ländlichen Räumen, Gutachten erstellt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, bearbeitet von STÖCKELMANN, W., Frankfurt a.M. 1971.

MONHEIM, H., Zur Attraktivität deutscher Städte, Einflüsse von Ortspräferenzen auf die Standortwahl von Bürobetrieben, WGI-Berichte zur Regionalforschung, Heft 8, München 1972.

MÜLLER, J.H., Methoden zur regionalen Analyse und Prognose, in: Taschenbücher zur Raumplanung, Bd. 1, Hannover 1973.

NEUBECK-FISCHER, H., Gastarbeiter - eine neue gesellschaftliche Minderheit. Zur sozio-ökonomischen und politischen Situation der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, Dissertation München 1972.

NIKOLINAKOS, M., Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus, in: rororo aktuell, Bd. 1581, Hamburg 1973.

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.), Prognose der regionalen Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverteilung bis 1985 aus dem Entwurf des Bundesraumordnungsprogramms, in der Fassung der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 25. Juli 1974, in: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 76/1974.

Probleme der Ausländerbeschäftigung. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, in: Bulletin Nr. 57 vom 10. Mai 1974, S. 568-578.

PUTZ, F., Wanderung von Ausländern und Staatenlosen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes, in: Die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Ursachen und Auswirkungen ihrer Mobilität und deren Bedeutung für die Bevölkerungsvorgänge, Bericht über die Jahresarbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (Hrsg.), April 1972, S. 54-61.

Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum 1972-1975, BT-Drucksache VI/2451 vom 14. Juli 1971.

RAUCH, P., Regionale Verteilung der Ausländer nach Kreisen, in: Die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Ursachen und Auswirkungen ihrer Mobilität und deren Bedeutung für die Bevölkerungsvorgänge, Bericht über die Jahresarbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (Hrsg.), April 1972, S. 51-53.

Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, Drucksache V/3958 vom 12. März 1969.

Raumordnungsbericht 1972 der Bundesregierung, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksache VI/3793 vom 19.9.1972.

Raumordnungsbericht 1974 der Bundesregierung, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 7/3582, vom 30.4.1975.

Raumordnungsgesetz vom 8.4.1965, Bundesgesetzblatt I, S. 306.

Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm), Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 7/3584, vom 30.4.1975.

ROGERS, A., Matrix Analysis of Interregional Population Groth and Distribution, Berkeley, Los Angeles 1968.

RÖDER, H., Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen regionaler Mobilität, Ansätze zu ihrer theoretischen Erfassung, Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd.16, Münster 1974.

ROSEMAN, C.R., Migration as a spatial and temporal process, in: Annals of the Association of American Geographers. Vol. 61, 1971, No. 3, S. 589-598.

ROTHAMMER, P. und Mitarbeiter, Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien im Städtevergleich, Probleme, Maßnahmen, Steuerungsinstrumente, hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin 1974.

SCHÄFERS, B., Die wissenschaftliche Prognose als Voraussetzung der praktischen Planung, in: Gesellschaftliche Planung. Materialien zur Planungsdiskussion in der BRD, (Hrsg.Ders.), Stuttgart 1973. S. 29-41.

SCHILDMEIER, A. und Mitarbeiter, Die Integration der ausländischen Arbeitnehmer. Analyse von Zielvorstellungen der politischen Institutionen der Bundesrepublik, Vorstudie, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, hrsg. von der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e.V. (GEWOS), Hamburg 1973.

SCHILLER, G., Strukturprobleme der europäischen Arbeitskräftemobilität, in: Ursachen und Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung (Sonderauflage für die Landeszentrale für politische Bildung, NRW), hrsg. von SALOWSKY, H. und SCHILLER, G., Köln 1972, S. 87-110.

DERS., Auswirkungen der Arbeitskräftewanderung in den Herkunftsländern, in: Ausländerbeschäftigung und internationale Politik. Zur Analyse transnationaler Sozialprozesse, hrsg. von LOHRMANN, R. und MANFRASS, K., Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V., Bd. 35, München, Wien 1974, S. 141-170.

SCHOLTEN, W., Die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Dissertation Bochum 1968.

SCHRÖDER, D. und Mitarbeiter, Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum - Bestimmungsgründe der regionalen Wachstumsunterschiede der Beschäftigung und der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980, prognos studien Nr. 2, Stuttgart 1968.

DERS., Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum, prognos studien Nr. 3 (Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, hrsg. von der Prognos AG), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968.

DERS., Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, Studie im Auftrage des Bundeskanzleramtes, Basel 1969.

DERS., Künftige Entwicklung der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland unter veränderten Rahmenbedingungen, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1975, Heft 4/5, S. 247-257.

SCHWARZ, K., Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegung, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen Bd. 58, Hannover 1969.

DERS., Die Ausländer im Bundesgebiet im Spiegel der Bevölkerungsstatistik, in: Die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Ursachen und Auswirkungen ihrer Mobilität und deren Bedeutung für die Bevölkerungsvorgänge, Bericht über die Jahresarbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (Hrsg.), April 1972, S. 40-50.

SELKE, W., Regionale Prognosen der Ausländerwanderung in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten ihrer Steuerung, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1974, Heft 2, S. 39-48.

DERS., Diskrepanzen zwischen globalen und regionalen Zielprojektionen für Bevölkerung und Arbeitsplätze, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1975, Heft 4/5, S. 153-162.

Städtebaubericht 1975 der Bundesregierung, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 7/3583 vom 30.4.1975.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.),

- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1974, Stuttgart, Mainz 1974.
- Die Bevölkerungsentwicklung 1974, in: Wirtschaft und Statistik, 1975, Heft 6, S. 376-385.

STIENS, G., (a) Zur infrastrukturorientierten Plafondierung der Ausländerbeschäftigung, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1974, Heft 2, S. 49-57.

DERS., (b) Zur Operationalisierung einer regional differenzierten Ausländerpolitik, Eignung von Indikatoren zur Messung der Situation, Referat auf dem Informationsseminar der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg, 26./27.6.1974.

STRIEBEK, H., Wohnbevölkerungsvorausschätzung 1972 bis 1988, in: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen, 1974, Heft 1, S. 3-6.

TERIET, B., Kompilierte Projektion. Versuch einer Inventur mittel- und langfristiger Projektionen für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1973, Heft 3, S. 215-227.

THOMALE, E., Sozialgeographie. Eine disziplin-geschichtliche Untersuchung zur Entwicklung der Anthrogeographie, in: Marburger Geographische Schriften, Heft 53, Marburg/Lahn 1973.

THOSS, R., Ein Vorschlag zur Koordinierung der Regionalpolitik in einer wachsenden Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1969, S. 490-529.

DERS., Zwischenbericht über ein erweitertes Modell zur Koordinierung der Regionalpolitik, in: Gesellschaft für Regionalforschung, Deutschsprachige Gruppe der Regional Science Association, Seminarbericht 7. - Saarbrücken 1973, S. 183 - 210.

TREUNER, P., Methodische Anmerkungen zum Entwurf des Bundesraumordnungsprogramms, in: Innere Kolonisation, 1974, Heft 8/9, S. 204-206.

Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer - Arbeitserlaubnisverordnung - vom 2.3.1971, Bundesgesetzblatt I, S. 152.

WAGENER, F., Ziele der Raumordnung nach Plänen der Länder, in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumordnung, Heft 71, Bonn-Bad Godesberg 1972.

WANDER, H., Die Auswirkungen der Mobilität von Ausländern auf die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bundesrepublik und in den Herkunftsländern, in: Die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Ursachen und Auswirkungen ihrer Mobilität und deren Bedeutung für die Bevölkerungsvorgänge, Bericht über die Jahresarbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (Hrsg.), April 1972, S. 167-201.

WATERKAMP, R., Politische Leitung und Systemveränderung. Zum Problemlösungsprozeß durch Planungs- und Informationssysteme, Köln, Frankfurt 1974.

WILD, J., Probleme der theoretischen Deduktion von Prognosen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1970, Heft 4, S. 553-576.

ZIMMERMANN, H., Zielvorstellungen in der Raumordnungspolitik des Bundes, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd. 17, 1966, S. 225-245.

ZINKAHN, N., BIELENBERG, W., Raumordnungsgesetz des Bundes. Kommentar unter Berücksichtigung des Landesplanungsrechts, Berlin 1965.

Heft 30: *Leidlmair, Adolf:* Hadramaut. Bevölkerung und Wirtschaft im Wandel der Gegenwart. 1961. 47 S. DM 6,50

Heft 31: *Schweinfurth, Ulrich:* Studien zur Pflanzengeographie von Tasmanien. 1962. 61 S. DM 8,50

Heft 32: *Jennings, J. N. and Sweeting, M. M.:* The Limestone Ranges of the Fitzroy Basin, Western Australia. A Tropical Semi-Arid Karst. 1963. 60 S. DM 13,20

Heft 33: *Zimmermann, Josef:* Die Indianer am Cururú (Südwestpará). Ein Beitrag zur Anthropogeographie Amazoniens. 1963. 111 S. DM 19,70

Heft 34: *Hahn, Helmut:* Die Stadt Kabul (Afghanistan) und ihr Umland. Teil I: Gestaltwandel einer orientalischen Stadt. 1964. 88 S. *

Heft 35: *Hahn, Helmut:* Die Stadt Kabul (Afghanistan) und ihr Umland. Teil II: Sozialstruktur und wirtschaftliche Lage der Agrarbevölkerung im Stadtumland. 1965. 79 S. DM 11,30

Heft 36: *Schweinfurth, Ulrich:* Neuseeland. Beobachtungen und Studien zur Pflanzengeographie und Ökologie der antipodischen Inselgruppe. 1966. 351 S. DM 43,—

Heft 37: *Ern, Hartmut:* Die dreidimensionale Anordnung der Gebirgsvegetation auf der Iberischen Halbinsel. Eine geographisch-ökologische Feldstudie. 1966. 132 S. DM 19,50

Heft 38: *Hansen, Folker:* Die Hanfwirtschaft Südostspaniens. Anbau, Aufbereitung und Verarbeitung des Hanfes in ihrer Bedeutung für die Sozialstruktur der Vegas. 1967. 155 S. DM 22,—

Heft 39: *Sermet, Jean:* Toulouse et Zaragosa. Comparaison des deux villes. 1969. 75 S. DM 16,—

Heft 40: *Bähr, Jürgen:* Kulturgeographische Wandlungen in der Farmzone Südwestafrikas. 1968. 137 S. DM 19,80

Heft 41: *Monheim, Rolf:* Die Agrostadt im Siedlungsgefüge Mittelsiziliens. Erläutert am Beispiel Gangi. 1969. 196 S. DM 21,—

Heft 42: *Heine, Klaus:* Fluß- und Talgeschichte im Raum Marburg. Eine geomorphologische Studie. 1970. 195 S. DM 20,—

Heft 43: *Eriksen, Wolfgang:* Kolonisation und Tourismus in Ostpatagonien. Ein Beitrag zum Problem kulturgeographischer Entwicklungsprozesse am Rande der Ökumene. 1970. 289 S. DM 29,—

Heft 44: *Rother, Klaus:* Die Kulturlandschaft der tarentinischen Golfküste. Wandlungen unter dem Einfluß der italienischen Agrarreform. 1971. 246 S. DM 28,—

Heft 45: *Bahr, Wolfgang:* Die Marismas des Guadalquivir und das Ebrodelta. Zwei spanische Reisbaulandschaften. 1972. 282 S. DM 26,—

Heft 46: *Toepfer, Helmuth:* Wirtschafts- und sozialgeographische Fallstudien in ländlichen Gebieten Afghanistans. 1972. 177 S. DM 16,—

Heft 47: *Golte, Winfried:* Das süddhilenische Seengebiet. Besiedlung und wirtschaftliche Erschließung seit dem 18. Jahrhundert. 1973. 183 S. DM 28,—

Heft 48: *Stephan, Johannes:* Die Landschaftsentwicklung des Stadtkreises Karlsruhe und seiner näheren Umgebung. 1974. 190 S. DM 40,—

Heft 49: *Thiele, Adelbert:* Luftverunreinigung und Stadtklima im Großraum München. 1974. 175 S. DM 39,—

Heft 50: *Bähr, Jürgen:* Migration im Großen Norden Chiles. 1975. 286 S. DM 30,—

Heft 51: *Stitz, Volker:* Studien zur Kulturgeographie Zentraläthiopiens. 1974. 395 S. DM 29,—

Heft 52: *Braun, Cornel:* Teheran, Marrakesch und Madrid. Ihre Wasserversorgung mit Hilfe von Qanaten. Eine stadtgeographische Konvergenz auf kulturhistorischer Grundlage. 1974. 160 S. DM 32,—

Heft 53: *Klaus, Dieter:* Niederschlagsgenese und Niederschlagsverteilung im Hochbecken von Puebla-Tlaxcala. 1976. 172 S. DM 32,—

Heft 54: *Banco, Irmela:* Studien zur Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung von Griechenland. 1976. 297 S. DM 38,—

In Kommission bei Ferd. Dümmlers Verlag, Bonn

* Johnson Reprint Corp.; im Buchhandel erhältlich.
† Vergriffen.

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN
ISSN 0373-0468
Herausgegeben von
W. Kuls W. Lauer P. Höllermann K. A. Boesler
Schriftleitung: H.-J. Ruckert

G
58
.B72
no.56

Heft 56

Hans-Jörg Sander

Sozialökonomische Klassifikation der kleinbäuerlichen Bevölkerung im Gebiet von Puebla-Tlaxcala (Mexiko)

1977

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
-Dümmlerbuch 7556-

G
58
B72
no. 56

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN

Heft 1: *Weimann, Reinhold:* Fragen des Wasserhaushalts im Mittelrheingebiet. 1947. 197 S. *

Heft 3: *Zimmermann, Josef:* Bodenkultur und Landschaft der Erftniederung. 1949. 193 S. *

Heft 4: *Hahn, Helmut:* Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks. 1950. 96 S. DM 4,50

Heft 5: *Timmermann, Liselotte:* Das Eupener Land und seine Grünlandwirtschaft 1951. 92 S. DM 6,–

Heft 6: *Pfannenstiel, Max:* Die Quartärgeschichte des Donaudeltas. 1950. 85 S. DM 4,50

Heft 7: *Weis, Dieter:* Die Großstadt Essen. 1951. 84 S. *

Heft 9: *Lauer, Wilhelm; Schmidt, Rolf-Dietrich; Schröder, Rudolf* und *Troll, Carl:* Studien zur Klima- und Vegetationskunde der Tropen. 1952. 182 S. *

Heft 10: *Hueck, Kurt:* Urlandschaft, Raublandschaft und Kulturlandschaft in der Provinz Tucumán im nordwestlichen Argentinien. 1953. 102 S. *

Heft 11: *Lautensach, Hermann:* Das Mormonenland als Beispiel eines sozialgeographischen Raumes. 1953. 46 S. *

Heft 13: *Bartz, Fritz:* San Francisco-Oakland Metropolitan Area. Strukturwandlungen eines US-Amerikanischen Großstadtkomplexes. 1954. 72 S. *

Heft 15: *Pardé, Maurice:* Beziehungen zwischen Niederschlag und Abfluß bei großen Sommerhochwassern. 1954. 59 S. *

Heft 22: *Hahn, Helmut:* Die Erholungsgebiete der Bundesrepublik. Erläuterungen zu einer Karte der Fremdenverkehrsorte in der deutschen Bundesrepublik. 1958. 182 S. DM 10,80

Heft 23: *von Bauer, Peter-Paul:* Waldbau in Südchile. Standortskundliche Untersuchungen und Erfahrungen bei der Durchführung einer Aufforstung. 1958. 120 S. DM 10,80

Heft 24: *Butzer, K. W.:* Quaternary Stratigraphy and Climate in the Near East. 1958. 157 S. *

Heft 25: *Troll, C.:* Die tropischen Gebirge. Ihre dreidimensionale klimatische und pflanzengeographische Zonierung. 1959. 93 S. *

Heft 26: *Fränzle, O.:* Glaziale und periglaziale Formbildung im östlichen Kastilischen Scheidegebirge (Zentralspanien). 1959. 80 S. DM 9,20

Heft 28: *Lautensach, Hermann:* Maurische Züge im geographischen Bild der Iberischen Halbinsel. 1960. 98 S. DM 10,50

Heft 33: *Zimmermann, Josef:* Die Indianer am Cururú (Südwestpará). Ein Beitrag zur Anthropogeographie Amazoniens. 1963. 111 S. DM 19,70

Heft 34: *Hahn, Helmut:* Die Stadt Kabul (Afghanistan) und ihr Umland. Teil 1: Gestaltwandel einer orientalischen Stadt. 1964. 88 S. *

Heft 36: *Schweinfurth, Ulrich:* Neuseeland. Beobachtungen und Studien zur Pflanzengeographie und Ökologie d. antipodischen Inselgruppe. 1966. 351 S. DM 43,–

Heft 38: *Hansen, Folker:* Die Hanfwirtschaft Südostspaniens. Anbau, Aufbereitung und Verarbeitung des Hanfes in ihrer Bedeutung für die Sozialstruktur der Vegas. 1967. 155 S. DM 22,–

Heft 39: *Sermet, Jean:* Toulouse et Zaragoza. Comparaison des deux villes. 1969. 75 S. DM 16,–

(Fortsetzung siehe 4. Umschlagseite)

Hans-Jörg Sander

Sozialökonomische Klassifikation der kleinbäuerlichen Bevölkerung im Gebiet von Puebla-Tlaxcala (Mexiko)

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN
ISSN 0373-0468
Herausgegeben von
H. Hahn W. Kuls W. Lauer P. Höllermann K. A. Boesler
Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Heft 56

Hans-Jörg Sander

Sozialökonomische Klassifikation der kleinbäuerlichen Bevölkerung im Gebiet von Puebla-Tlaxcala (Mexiko)

1977

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
Dümmlerbuch 7556

Sozialökonomische Klassifikation der kleinbäuerlichen Bevölkerung im Gebiet von Puebla-Tlaxcala (Mexiko)

von

Hans-Jörg Sander

Mit 37 Tabellen, 7 Abbildungen, einer englischen und einer spanischen Zusammenfassung

In Kommission bei

FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN

Dümmlerbuch 7556

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Rektors
der Pädagogischen Hochschule Rheinland
gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-427-75561-4

© 1977 Ferd. Dümmlers Verlag, 5300 Bonn 1

Herstellung: Ing. H. O. Hövelborn, 5216 Niederkassel-Mondorf

Irmgard Pohl
zum 75. Geburtstag am 23. 9. 1977
in Verehrung und Dankbarkeit
gewidmet

Digitized by Google

Vorwort

In der jüngsten Phase des Mexiko-Projekts der Deutschen Forschungsgemeinschaft sind gegenwartsbezogene Fragestellungen wie z. B. die der ländlichen Sozialstruktur in den Vordergrund getreten. Die vorliegende Arbeit, die im Rahmen dieses Projekts entstand, versucht mit Hilfe empirischer Methoden die aktuelle sozialökonomische Entwicklung der kleinbäuerlichen Bevölkerung im Projektsgebiet zu erforschen. Das geschieht mit Hilfe eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells, welches sich auf Grund umfassender Stichproben- und erster systematischer Dorfuntersuchungen zu Beginn meiner Projektsmitarbeit hatte entwerfen lassen. Zum einen erfüllt dieses Klassifikationsmodell ordnende Funktion gegenüber den vielfältigen Erscheinungsformen kleinbäuerlicher Existenzen in der Region Puebla-Tlaxcala. Darüber hinaus ist damit die Intention verbunden, den offensichtlich auch im ländlichen Raum präsenten Differenzierungsprozeß der mexikanischen Gesellschaft von einer undifferenzierten Agrargesellschaft zu einer differenzierten Industriegesellschaft mit Hilfe eines sozialökonomischen Entwicklungsmodells zu beschreiben.

Auf vorausgehende empirische Untersuchungen über diesen Differenzierungsprozeß in der mexikanischen ländlichen Bevölkerung kann man bisher kaum zurückgreifen. Auch das statistische Material bietet für den in dieser Untersuchung geforderten Maßstab nicht die nötigen Voraussetzungen. Um den erschwerten Bedingungen bei der Materialbeschaffung Rechnung zu tragen, stehen deshalb am Anfang dieser Studie einige methodologische Vorüberlegungen und Entscheidungen.

Für den erfolgreichen Abschluß der vorliegenden Untersuchung schulde ich zahlreichen Kollegen, Freunden und Bekannten großen Dank. An erster Stelle danke ich Herrn Prof. LAUER, dem Vorsitzenden des Mexiko-Projekts, der mir die Mitarbeit im Projekt ermöglichte und mein Vorhaben entscheidend förderte. Bei der

Einarbeitung in die speziellen sozialgeographischen Fragestellungen war mir Herr Prof. TICHY (Erlangen) sehr behilflich. Er sorgte auch für die Einordnung meines Arbeitsthemas in die übrigen kulturwissenschaftlichen und kulturgeographischen Fragestellungen des Projekts und für die Absprache insbesondere mit den Herren Professoren PFEIFER (Heidelberg), GORMSEN (Mainz), SEELE (Vechta) und NICKEL (Freiburg).

Herrn Prof. HAHN, meinem akademischen Lehrer, danke ich für zahlreiche Anregungen und beratende Gespräche. Für viele anregende Diskussionen und ihr ständiges Interesse am Fortgang der Untersuchungen, nicht zuletzt auch für die wiederholten Beurlaubungen, danke ich ganz besonders Frau Prof. POHL, Frau Prof. SCHLARB und Herrn Dr. WENZEL, welche für mich die Vertretung in der wissenschaftlichen Verwaltung und während eines Semesters auch im Lehrangebot übernahmen.

In Mexiko waren mir bei der Durchführung der Feldarbeiten meine Begleiter GABRIEL AGUIRRE BELTRÁN, MARTÍN und TERESA REINARTZ sowie ALBERTO MENA (alle Puebla) behilflich. Sie wirkten oftmals unter Einsatz persönlicher Risiken bei der Erhebung ländlicher Strukturdaten mit. Nicht zuletzt ist es auch der (verständlicherweise nicht immer leicht zu gewinnenden) Auskunftsbereitschaft der mexikanischen Landbevölkerung zu verdanken, wenn sich mit den umfangreichen Befragungen das gewünschte Ziel erreichen ließ.

Den Herausgebern der BONNER GEOGRAPHISCHEN ABHANDLUNGEN danke ich herzlich für die Aufnahme der Arbeit in ihre Schriftenreihe, der DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel, die zur Durchführung der Forschungsreisen sowie zum Druck des Manuskripts notwendig waren.

Bonn, im April 1977

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einführung in den Gegenstand und die Methode der Untersuchung	1
I. Ziel der Untersuchung	1
II. Charakterisierung des Untersuchungsgebietes	3
III. Die sozialökonomische Klassifikation im industriestaatlichen Bereich	9
IV. Zum Stand der sozialökonomischen Klassifikationsforschung in Mexiko, dargestellt an einem ihrer bedeutendsten Repräsentanten, R. STAVENHAGEN	11
V. Entwicklung eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells, anwendbar auf das Untersuchungsgebiet	15
1. Erprobung eines industriegesellschaftlichen Klassifikationssystems im Untersuchungsgebiet	15
2. Entwicklung eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells	20
B. Durchführung der sozialökonomischen Klassifikation	27
I. Auswahl der Untersuchungsgemeinden	27
II. Die räumlich und sozial peripher gelegene landwirtschaftliche Subsistenzgemeinde ohne Anzeichen zu beruflicher Mobilität und sozialem Wandel: Xicoténcatl	30
Die Anwendbarkeit des sozialökonomischen Klassifikationsmodells	40
Zusammenfassung der Ergebnisse	45
III. Die räumlich und sozial peripher gelegene Subsistenzgemeinde mit beginnendem Wandel der Berufs- und Sozialstruktur: Benito Juárez	46

Die Anwendbarkeit des sozialökonomischen Klassifikationsmodells auf die Situation im Jahre 1971 50
Strukturwandlungen bis zum Jahre 1974 51
Gewerblich-ländliche soziale Schichtenbildung 55
Die Anwendbarkeit des sozialökonomischen Klassifikationsmodells auf die Situation im Jahre 1974 60
Sozialökonomische Klassifikation 63
Zusammenfassung der Ergebnisse 64
IV. Die ländliche Gemeinde mit stabiler landwirtschaftlicher Einkommensstruktur: Xalcaltzingo 66
Methodische Vorbemerkung 66
Sozialökonomische Klassifikation 74
Die Familien mit 2 erwerbstätigen Personen 76
Die Familien mit 3 erwerbstätigen Personen 81
Das quantifizierte sozialökonomische Klassifikationsmodell und die sozialökonomische Struktur von Xalcaltzingo 84
Zusammenfassung der Ergebnisse 87
V. Die ländliche Gemeinde mit relativ stabiler landwirtschaftlicher Einkommensstruktur: Atlamaxac 89
Sozialökonomische Klassifikation 93
Die Familien mit 2 erwerbstätigen Personen 95
Die Familien mit 3 und 4 erwerbstätigen Personen 98
Das quantifizierte sozialökonomische Klassifikationsmodell und die sozialökonomische Struktur von Atlamaxac 101
Zusammenfassung der Ergebnisse 102
VI. Die großstadtnahe ländliche Bauern- und Arbeitergemeinde: San Juan 104
Sozialökonomische Klassifikation 110
Die Familien mit 2 erwerbstätigen Personen 119
Die Familien mit 3 erwerbstätigen Personen 128
Die Familien mit 4 erwerbstätigen Personen 131

Das quantifizierte sozialökonomische Klassifikationsmodell und die sozialökonomische Struktur von San Juan (Vergleichende Interpretation der Ergebnisse) 132
Zusammenfassung der Ergebnisse 140

C. Zur Sozialräumlichen Gliederung des Projektsgebietes 145
I. Räumliche (metrische) und kommunikative Distanzen 146
II. Das NICKELsche Kommunikationsmodell 152
III. Grundgedanken zu einer künftigen sozialräumlichen Gliederung des Projektsgebietes 154

Englische Zusammenfassung – Summary 157
Spanische Zusammenfassung – Resumen 161

Literaturverzeichnis 165

Anhang 171
Tabellen: I, II, III
Fragebogen

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle		Seite
1	Das RÖHMsche sozialökonomische Klassifikationssystem (vereinfacht)	10
2	Das sozialökonomische Klassifikationsmodell (welches dieser Untersuchung zugrundeliegt)	21
3	Zensusdaten von Xicoténcatl 1970	30
4	Ausgewählte Strukturdaten von Xicoténcatl (nach der Aufnahme von 1971)	33
5	Das erweiterte sozialökonomische Klassifikationsmodell (Typ Xicoténcatl)	43
6	Zensusdaten von Benito Juárez 1970	46
7	Ausgewählte Strukturdaten von Benito Juárez (nach der Aufnahme von 1971)	49
8	Das erweiterte sozialökonomische Klassifikationsmodell (Typ Benito Juárez)	62
9	Zensusdaten von Xalcaltzingo 1970	67
10	Geschätzte Einkommensstruktur der landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person in Xalcaltzingo 1974	75
11	Die Berufsstruktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974	77
12	Die Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974	79
13	Die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974	81
14	Die Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit drei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974	83

15 Die sozialökonomische Struktur der Familien mit drei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974 84
16 Die sozialökonomische Struktur von Xalcaltzingo 1974 85
17 Zensusdaten von Atlamaxac 1970 90
18 Geschätzte Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person in Atlamaxac 1974 94
19 Die Berufsstruktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Atlamaxac 1974 95
20 Die Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit zwei Erwerbspersonen in Atlamaxac 1974 97
21 Die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Atlamaxac 1974 98
22 Die sozialökonomische Struktur von Atlamaxac 1974 100
23 Zensusdaten von San Juan 1970 104
24 Die landwirtschaftliche Einkommensstruktur der landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person in San Juan 1974 111
25 Die sozialökonomische Struktur der Familien mit einer erwerbstätigen Person in San Juan 1974 119
26 Die Einkommensstruktur der Eigenland-Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 120
27 Die sozialökonomische Struktur der Eigenland-Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 124
28 Die Einkommensstruktur der Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 125
29 Die sozialökonomische Struktur der Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 127
30 Die Einkommensstruktur der Eigenland- und Ejidofamilien mit drei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 129
31 Die sozialökonomische Struktur der Familien mit drei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 130
32 Die Einkommensstruktur der Eigenlandfamilien mit vier erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 131

33 Die sozialökonomische Struktur der Familien mit vier erwerbstätigen Personen in San Juan 1974 132
34 Die sozialökonomische Struktur von San Juan 1974 134
I Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von Xalcaltzingo 171
II Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von Atlamaxac 171
III Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von San Juan 171

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. Seite

1 Übersichtskarte des Untersuchungsgebietes 4
2 Idealtypisches Profil des Hochbeckens von Puebla-Tlaxcala 6
3 Sozialökonomische Stichprobenuntersuchungen im Projektsgebiet und Lage der Untersuchungsgemeinden 28
4 Metrisches Distanzmodell 147
5 Kommunikatives Distanzmodell 149
6 Das Verhältnis der Analphabeten zur Gesamtbevölkerung pro Munizip 1960 150
7 Das Zentrum-Peripherie-Modell nach NICKEL (1971) 152

A EINFÜHRUNG IN DEN GEGENSTAND UND DIE METHODE DER UNTERSUCHUNG

I. Ziel der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung ist ein Beitrag im Rahmen des Mexiko-Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ihre Ergebnisse dienen dem Ziel, an der Erforschung der Region von Puebla-Tlaxcala mitzuwirken, und zwar im Hinblick auf die gegenwärtige Sozialstruktur der ländlichen Bevölkerung. Die Durchführung der dazu erforderlichen Geländeuntersuchungen und die Auswertung der gesammelten Materialien standen unter dem Arbeitstitel I. Sozialökonomische Klassifikation der ländlichen Bevölkerung und II. Sozialräumliche Gliederung des Projektsgebietes. Es handelt sich dabei um zwei Problemstellungen, die nicht unbedingt miteinander verwandt sind. Die eine richtet sich auf die *vertikale* sozialökonomische Differenzierung der ländlichen Bevölkerung, die andere auf die *horizontale* sozialräumliche Gliederung des Projektsgebietes. Wenn beide Probleme in der vorliegenden Analyse jedoch in einem engen Zusammenhang gesehen werden, so deshalb, weil die Ergebnisse der Untersuchung einige Erkenntnisse anbieten, die für die im Rahmen des Projekts ebenfalls interessante Frage der sozialräumlichen Gliederung von Belang sind.

Ein solches Regionalisierungsvorhaben kann jedoch nicht am Beginn sozialgeographischer Forschungsbemühungen in einem Gebiet stehen, in dem von den sozialen Differenzierungsabläufen der ländlichen Bevölkerung noch so gut wie keine Vorkenntnisse bestehen. Das Hauptziel der vorliegenden Untersuchung ist es deshalb, diesem Mangel mit Hilfe eines empirisch abgesicherten detaillierten sozialökonomischen Klassifikationsmodells der kleinbäuerlichen Bevölkerung im Projektsgebiet abzuhelfen. Darüber hinaus dient der Schlußteil der Arbeit dem Versuch, die

Ergebnisse, welche sich aus den Untersuchungen zur sozialökonomischen Klassifikation gewinnen lassen, in eine – zunächst noch theoriebezogene – Diskussion über die Möglichkeiten einer sozialökonomischen Regionalisierung einzubringen.

Für den Hauptteil der Untersuchung erwiesen sich die Frage der Maßstabsebene, auf der sozialökonomische Klassifikation durchgeführt werden soll, und die Materialbeschaffung als die wesentlichen Schwierigkeiten. Da die gesellschaftlichen Differenzierungsabläufe im Kern erfaßt werden sollten, war die sozialökonomische Bezugseinheit möglichst klein zu wählen. Ohne dieser Diskussion im einzelnen vorzugreifen, kann gesagt werden, daß sich die Familie als die adäquate sozialökonomische Einheit erwies. Da jedoch die mexikanische amtliche Statistik, wie man es kaum in einem Staat der Erde anders erwarten kann, kein ausreichendes Material für eine solche Untersuchung bereithält, ergaben sich daraus für das weitere methodische Vorgehen folgende Konsequenzen: 1. Das erforderliche Material mußte in eigener Erhebung, d. h. in Form von Ortsbegehungen und Befragungen von Haus zu Haus gewonnen werden. 2. In Ermangelung flächendeckenden statistischen Materials konnte die Untersuchung von Anfang an nicht darauf angelegt werden, repräsentativ zu sein, was in einem frühen Stadium zu Generalisierung, Typisierung, Abstrahierung und Zuhilfenahme von Modellen zwingt.

Methodisch orientiert sich die Analyse an einem sozialökonomischen Klassifikationsmodell, welches das Ergebnis einer ersten Erkundungsstudie im Jahre 1971 in Mexiko war. Am Beispiel der einzelnen Dorfuntersuchungen wird es qualitativ verfeinert und für die quantitative Datenaufnahme verwendbar gemacht. Es stellt eine Hilfskonstruktion für die Beobachtung bestimmter sozialökonomischer Erscheinungsformen und Wandlungsabläufe dar. Nicht zuletzt soll es auch als Mittel zum Vergleich mit den Entwicklungsgängen in den ländlichen Gebieten der bereits industrialisierten Staaten dienen, die ja das ursprüngliche Erprobungsfeld des Forschungszweiges „sozialökonomische Klassifikation" sind.

Die Untersuchungsbasis bilden fünf unter einem bestimmten Kriterienschlüssel ausgewählte Dörfer aus dem näheren und ferneren Umland der Großstadt Puebla (402000 E., 1970). Unter-

suchungszeitpunkte sind das zweite Halbjahr 1971 und der Spätsommer 1974. Zwei Dörfer, Xicoténcatl und Benito Juárez, wurden sowohl 1971 als auch 1974 untersucht, so daß die Strukturdaten direkt miteinander vergleichbar sind.

II. Charakterisierung des Untersuchungsgebietes

Das Untersuchungsgebiet ist das Hochbecken von Puebla-Tlaxcala (s. Abb. 1, S. 4), welches im Winter 1962/63 von den Initiatoren des Mexiko-Projektes der DFG zum Arbeitsgebiet ausgewählt worden ist. Es ist wiederholt ausführlich beschrieben worden (PFEIFER 1964, TICHY 1968, u. a.), so daß es sinnvoll erscheint, hier nur auf die im Zusammenhang mit unserer Fragestellung interessierenden Strukturzüge einzugehen.

Naturgeographisch gliedert sich das Projektsgebiet in

- den Kernraum der fruchtbaren Schwemmlandebene von Río Zahuapan und Río Atoyac mit einer durchschnittlichen Höhe von 2200 m über dem Meeresspiegel,
- den randlichen Anstieg des Beckens, welcher im Osten von der Vulkanruine Malinche und im Westen von den Hängen der überragenden Vulkane Popocatépetl und Ixtaccíhuatl, im Norden vom Block von Tlaxcala gebildet wird,
- die Vulkane selbst, die das Becken nach Osten und Westen abschließen. Nach Norden hat diese Funktion der genannte Block von Tlaxcala mit einer um 200 bis 300 m über dem Beckeninneren ansteigenden Höhenstufe inne; nach Süden ist es zur Balsas-Senke hin nicht streng abgeschlossen.

Klimatisch stellt das Becken, verglichen mit anderen tropisch-subtropischen Höhengebieten, einen Gunstraum mit einer mittleren Januartemperatur von 14 °C und einer Amplitude der mittleren Monatstemperatur von nur 5,6 °C (in Puebla) dar (TICHY 1968 (a), S. 14 ff.). Zu den Rändern des Beckens hin verschlechtern sich diese recht günstigen Klimawerte rasch. In den nur einige hundert Meter höher liegenden Dörfern Xicoténcatl (2550 m) und Benito Juárez (2600 m), über die im weiteren Text noch ausführlicher die Rede sein wird, haben sich Versuche mit Obst- und Ge-

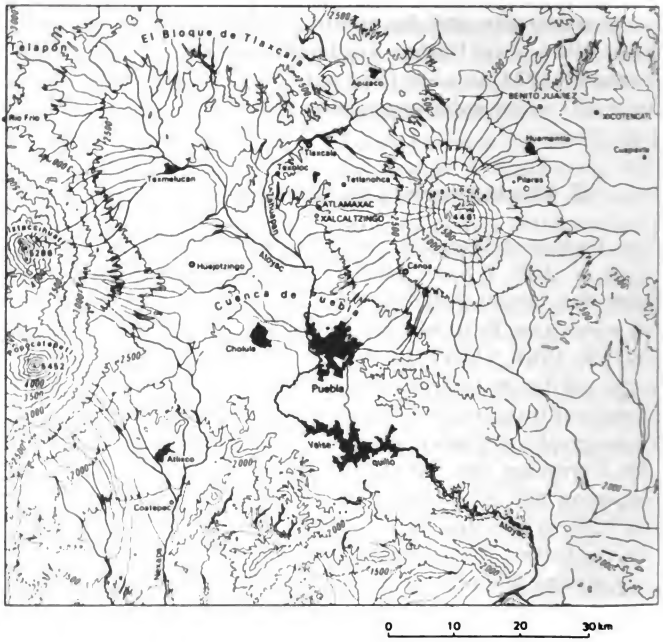


Abb. 1: Übersichtskarte des Untersuchungsgebietes

müsekulturen wegen der bis in den Mai hineinreichenden Nachtfröste als Fehlschlag erwiesen. Aber auch das innere Becken weist wenig subtropische Vegetation auf, weil es den ständigen Kaltlufteinbrüchen von Norden her (Nortes) ausgesetzt ist, die bereits Extremtemperaturen bis unter – 12 °C in das Gebiet getragen haben.

Die beherrschende Stadt des Gebietes ist Puebla, die Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates, mit 402000 Einwohnern (nach der Statistik von 1970). Sie ist durch eine schnelle Autobahn mit der 120 km entfernt liegenden Bundeshauptstadt Ciudad de México (2 903000 Einwohner, 1970) verbunden, die außerhalb des Pro-

jektsgebietes im westlich benachbarten Hochtal von Mexiko liegt. Für das Hochbecken von Puebla-Tlaxcala hat Puebla die dominierende zentrale Funktion, obwohl noch eine zweite Landeshauptstadt, die des nördlich benachbarten Bundesstaates Tlaxcala, im Projektsgebiet liegt. Die Stadt Tlaxcala verfügte 1970 über 10000 Einwohner. Von entsprechender Bedeutungslosigkeit ist ihre administrative, kulturelle und wirtschaftliche Ausstrahlungskraft. Auch für mexikanische Verhältnisse ist der Staat Tlaxcala, dessen Existenz nur historisch erklärbar ist, ein wirtschaftliches Problemgebiet. Die Pendler- und Migrationsströme seiner Bevölkerung verlaufen, sofern nicht direkt auf die Bundeshauptstadt Mexiko gerichtet, hinüber in den gewerbestarken Nachbarstaat Puebla, insbesondere seine Hauptstadt, welche über eine traditionsreiche, gut entwickelte Textilindustrie verfügt und seit über 10 Jahren auch Standort des sehr erfolgreichen mexikanischen VW-Werkes ist. Allein schon wegen dieses besonders ausgeprägten wirtschaftlichen und sozialen Süd-Nord-Gefälles dürfte es bei allen mit diesen Fragestellungen beschäftigten Untersuchungen naheliegen, entlang dieser Profillinie vorzugehen.

Landwirtschaftlich ist das Hochbecken eine große Maiskornkammer, durchsetzt von Obst- und Gemüsekulturen im zentralen Bereich und Viehweiden und Maguey-Agaven-Anbau an den Rändern. Das idealtypische Profil (Abb. 2, S. 6, nach NICKEL 1968), welches Angaben zur agrargeographischen Gliederung (nach SEELE 1967) mit Daten zur sozialökonomischen und betriebswirtschaftlichen Struktur der Region verbindet, läßt die Nutzungszonen des Beckens klar erkennen. Die zentrale Schwemmlandebene stellt den bevorzugten Siedlungsraum der Bevölkerung mit intensivster Nutzung (künstliche Bewässerung) bei kleinsten landwirtschaftlichen Betriebseinheiten dar. Die Bewirtschaftung dient überwiegend der Marktproduktion. Zu den Rändern hin nehmen die Betriebsgrößen zu. Hier überwiegt der Anbau von Mais, zusammen mit anderen Getreidesorten; speziell am Malinchehang treten Maguey-Agavenkulturen hinzu, die der Gewinnung von Pulque dienen. Die höheren Hänge der Vulkane bis etwa 3500 m werden als Waldweide genutzt. Der Holzeinschlag ist zwar wegen der beängstigend weit fortgeschrittenen Erosion der vom Höhen-

Abb. 2: Idealtypisches Profil des Hochbeckens von Puebla-Tlaxcala

wald gelichteten Berghänge verboten, aber für viele Menschen bedeutet die so betriebene Holz- und Holzkohlegewinnung die einzige Erwerbsquelle.

Das Spektrum der Sozialgruppen und Betriebstypen im Agrarbereich ist sehr differenziert. Zu den sozialen Gruppen im kleinbäuerlichen Bereich, auf den sich diese Untersuchung im wesentlichen konzentriert, gehören die Campesinos, Ejidatarios und Peones. Campesino (von span. campo – das Land) ist die Sammelbezeichnung für alle Menschen im kleinbäuerlichen Bereich, die von der Landbewirtschaftung leben. Im Gegensatz dazu gehören die Besitzer von Ranchos und Haciendas (Mittel- und Großbetriebe) nicht zu dieser Gruppe; ihre soziale Standesbezeichnung ist Ranchero bzw. Hacendado. Der Flächenanteil dieser höheren Betriebsgrößenklassen ist heute noch immens, obwohl durch die Mexikanische Revolution (1910–1917) das Latifundiensystem als abgeschafft gilt und gesetzlich der Kleinbesitz begünstigt wird. Auch in der Region Puebla-Tlaxcala sind noch eine Reihe von Rest-Haciendas vorhanden. Die heutigen Eigentumsrechte der ehemaligen Haciendas sind nicht selten umstritten, und zwar vor allem zwischen den Eigentümern und den Ejidatarios.

Die Ejidatarios, die Besitzer des Ejidolandes, sind diejenigen Campesinos, denen das durch die Zerschlagung des Latifundiensystems gewonnene Land zur Bewirtschaftung übertragen worden ist. Der Grundstein des Ejidowesens als einer Art gemeinschaftlichen Zusammenschlusses war im vorkolonialen Mexiko bereits in Form des indianischen Kommunaleigentums gelegt worden. Die Rechte auf diesen Besitz waren dem Landvolk nach und nach, teils legal, teils durch umstrittene Methoden abgerungen worden, so daß die Wiederherstellung dieser Besitzansprüche ein zentrales Ziel der Agrarrevolution war. Seit der Agrarrevolution und im Rahmen der bis heute anhaltenden institutionalisierten Agrarreform sind 50,3 Millionen ha (1970), davon 11,2 Millionen ha agrarisch genutzt, an etwa 2,5 Millionen Ejidofamilien vergeben worden.

Gegenüber den Eigenland-Campesinos sind die Ejidatarios rechtlich benachteiligt. Der Staat überläßt ihnen die Ejidoparzellen nur zur Nutzung, so daß beispielsweise die hypothekarische Belastbarkeit bei allen für die Betriebsintensivierung notwendigen Investi-

tionen entfällt. Das Recht auf Verpachtung oder gar Verkauf ist ihnen vorenthalten; die Erträge auf den Ejidoparzellen unterschreiten in der Regel diejenigen von vergleichbaren Eigenlandparzellen.

In einigen Teilen unseres Untersuchungsgebietes wendet sich der Zorn der Ejidatarios nicht nur gegen die ihrer Meinung nach zu schonungsvolle Behandlung der Hacendados und Rancheros durch die Staatsbehörden in der Enteignungsfrage, sondern auch gegen die behördliche Verfahrensweise bei der Ausweisung von Gewerbeland auf Kosten von Ejidatarios. So erfreut sich das Volkswagenwerk nicht ungeteilter Sympathie bei der ländlichen Bevölkerung, weil es z. T. auf Ejidoland errichtet worden ist, für das die Entschädigungen entweder gar nicht gezahlt worden sein sollen oder nur zögernd und unvollständig bei den Vertriebenen angekommen sind (nach Befragungsergebnissen).

Unter Peones verstand man vor der Agrarrevolution die besitzlosen und häufig durch Verschuldung an eine Hacienda gebundenen Landarbeiter. Trotz der Abschaffung der Schuldknechtschaft (peonaje, vgl. NICKEL 1976) und beträchtlicher Landzuweisungen im Zuge der Agrarreform konnte diese Gruppe sozial nicht vollkommen integriert werden. Noch heute verbindet sich mit der Bezeichnung Peón ein soziales Vorurteil; zumindest im wissenschaftlichen Sprachgebrauch ist die neutrale Bezeichnung „jornalero agrícola" üblich geworden (vgl. STAVENHAGEN 1967), deren Übersetzung etwa „landwirtschaftlicher Tagelöhner" oder „Landarbeiter" lautet.

Landarbeiter, z. T. ohne jeglichen eigenen Landbesitz, sind im Untersuchungsgebiet vor allem in den randlichen Teilen zu finden, wo ein geringes Arbeitsplatzangebot zur Annahme jeder sich bietenden Beschäftigungsmöglichkeit zwingt. Begünstigt sind diejenigen Dörfer, die an Ranchos und Rest-Haciendas grenzen, wo besonders während der Erntezeit ein beträchtlicher Personalbedarf besteht. Ein weiteres Verwendungsfeld für beschäftigungslose Landarbeiter hat sich in den letzten Jahren durch den zunehmenden Absentismus kleiner und mittlerer Landbesitzer eröffnet, die in außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen günstigere Einkommensquellen gefunden haben. Diese Entwicklung hat auch vor dem Ejidowesen nicht haltgemacht, wo solche Erscheinungen

nach dem Rechtsstatus eigentlich nicht zulässig sind (vgl. dazu auch NICKEL, 1974). Auch in einigen unserer Untersuchungsgemeinden werden solche Beispiele zu beschreiben sein.

1967 wurde die Gesamtzahl der landlosen Campesinos in Mexiko von STAVENHAGEN auf 2–3 Millionen geschätzt. Damit ist die Größenordnung des Problems umrissen. Nach wie vor bilden die Tagelöhner die ländliche Unterschicht; angesichts des erdrükkenden Überangebots ihrer Arbeitskraft besteht keine Aussicht auf Besserung der Situation. Sogar in stadtnahen Gegenden unseres Untersuchungsgebietes wurden die gesetzlich garantierten Mindestlöhne von 30.– Peso pro Tag (= etwa DM 6,– im Jahre 1974) selten erreicht. Landwirtschaftliche wie sonstige Hilfsdienste sind das übliche Betätigungsfeld dieser Bevölkerungsgruppe. Sie befindet sich noch in einem sozialökonomischen Stadium, in dem ihr Bemühen weniger auf den sozialen Aufstieg als auf das Überleben selbst gerichtet ist.

III. Die sozialökonomische Klassifikation im industriestaatlichen Bereich

Das Ziel des Forschungszweiges „sozialökonomische Klassifikation" ist es, den sozialökonomischen Differenzierungsprozeß von der vorindustriellen Agrargesellschaft zur arbeitsteiligen, hochspezialisierten Industriegesellschaft zu beschreiben und klassifikatorisch zu erfassen. Modellfall für diesen Entwicklungsgang ist die Industriegesellschaft Europas und Angloamerikas, die innerhalb der letzten 200 Jahre seit der Industriellen Revolution einen Differenzierungsprozeß sondergleichen durchlaufen hat und ihm weiterhin unterliegt. Er wird solange nicht zu Ende sein, wie der Mensch in Gemeinschaft zusammenlebt und gesellschaftbildend wirkt. Die Klassifikation, d. h. die Beschreibung der einzelnen sozialökonomischen Differenzierungsformen erfolgt durch Stufung oder Schichtung dieses an sich kontinuierlich ablaufenden Entwicklungsprozesses.

Als Beispiel für ein agrarisch orientiertes Klassifikationssystem mag die RÖHMsche „Sozialökonomische Klassifikation land-

besitzender Familien" aus dem Jahre 1957 gelten. Dieses System versucht den sozialökonomischen Standort innerhalb des agrarisch-industriellen Differenzierungsprozesses zu bestimmen, indem es Angaben über den Grad der Bodenbezogenheit der entsprechenden Sozialgruppen macht. Der Grad der Bodenbezogenheit läßt sich quantifiziert durch die Zusammensetzung des Einkommens aus landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Arbeit ausdrücken. Alle Einkommensgruppen, die über 50 % ihres Einkommens aus der Bodenbearbeitung beziehen, werden der haupterwerblichen Landwirtschaft zugeordnet. Diejenigen Gruppen, deren landwirtschaftliches Einkommen unter 50 % des Gesamteinkommens liegt, tragen je nach Prozentanteil die Bezeichnung „Nebenerwerbslandwirt, Freizeitlandwirt" usw. Die außerlandwirtschaftlichen Berufsgruppen sind nicht weiter untergliedert, so daß einzelne Differenzierungsformen im sekundär- und tertiärwirtschaftlichen Bereich nicht erfaßt werden, was mit diesem System auch nicht beabsichtigt ist. Sie können von Fall zu Fall untersucht werden, oder ein industriell orientiertes Klassifikationssystem würde hier das agrarische ablösen.

Tabelle 1: Das RÖHMsche sozialökonomische Klassifikationssystem (vereinfacht)

soz.-ök. Klasse	Betriebstyp
I – III	Hauptberufliche Landwirtschaft
I	Landw. Vollerwerbsbetriebe
II	Landw. Übergangsbetriebe
III	Landw. Grenzbetriebe
IV – VI	Nebenberufliche Landwirtschaft
IV	Landw. Nebenerwerbsbetriebe (mit Differenzierungen)
V	Landw. Freizeitbetriebe (mit Differenzierungen)
VI	Landbesitzer ohne landwirtschaftliche Marktproduktion (mit Differenzierungen)

Es leuchtet ein, daß dieses System wegen seiner Einfachheit auf Anhieb sehr klare und übersichtliche Klassifizierungen von Agrar-

gesellschaften ermöglicht. Es hat auch eine nennenswerte Verbreitung in der agrar- und sozialgeographischen Forschung gefunden.

Bevor im Rahmen dieser Untersuchung die Entscheidung gefällt werden kann, ob dieses Klassifikationsmodell auch als methodische Richtschnur im mexikanischen Agrarraum Verwendung finden kann, zunächst ein Blick auf einige mexikanische Stimmen zu diesem Komplex.

IV. Zum Stand der sozialökonomischen Klassifikationsforschung in Mexiko, dargestellt an einem ihrer bedeutendsten Repräsentanten, Rodolfo STAVENHAGEN

Zu den prominenten mexikanischen Autoren auf dem Gebiet der Agrarsoziologie und Sozialanthropologie gehört R. STAVENHAGEN. In seiner Schrift „Las Clases Sociales en las Sociedades Agrarias" ([5]1973) setzt er sich mit dem Problem der *sozialen* Klassifikation, welche nahezu gleichbedeutend mit der sozialökonomischen Klassifikation ist, auseinander. Einleitend diskutiert er das Problem, welches in dem Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis im sozialwissenschaftlichen Bereich liegt. Er stellt alles klassifikatorische Bemühen als die Projizierung eines theoretischen Konzeptes auf den realen gesellschaftlichen Zustand dar. Mit Recht weist er darauf hin, daß die soziale Klasse nicht eine in der Wirklichkeit existierende gesellschaftliche Einheit ist, sondern als Hilfsbegriff aus wissenschaftlichen Gründen zur Beschreibung und Erfassung des Phänomens „menschliche Gesellschaft" geschaffen worden ist. Mit diesen Überlegungen begründet STAVENHAGEN die Notwendigkeit, mit äußerster Sorgfalt an diese für vorkapitalistische Länder, wie er die Agrarländer gern bezeichnet, bisher noch wenig erforschte Fragestellung heranzugehen. STAVENHAGEN warnt vor einer unkritischen Übertragung industriestaatlicher Klassifikationskriterien auf die Länder der Dritten Welt: Der Forschungsgegenstand sei, wie der Industrialismus selbst, aus den Industrieländern importiert worden, und er sei kein ureigenes Problem der Agrarländer. Trotz der in diesen Passagen unüberhör-

bar mitschwingenden negativen Kritik an solchen „Importgütern" nimmt STAVENHAGEN diese Überlegungen weder zum Anlaß, den Forschungsgegenstand „Soziale Klassifikation" für Mexiko gänzlich abzulehnen noch eine völlig neue, nur für Mexiko verwendbare Klassifikationslehre zu entwickeln, sondern er übernimmt einige in Industriestaaten durchaus übliche soziale Normbegriffe wie

- das soziale Prestige des einzelnen
- die soziale Selbsteinschätzung und
- die soziale Bewertung des einzelnen von seiten der Gesellschaft.

Er erkennt jedoch klar das Problem, das mit der Quantifizierung dieser Begriffe bei der praktischen Erprobung verbunden ist. Zur Überwindung dieser Schwierigkeit schlägt er folgende Präzisierung der drei Faktoren vor:

- die Höhe des Einkommens
- die Quelle des Einkommens
- die Ausbildung
- die soziale Geltung des Berufes
- die Wohngegend
- die rassische oder ethnische Herkunft
- andere sekundäre Kriterien.

Schließlich weist STAVENHAGEN noch auf die Bezugsgröße einer solchen sozialen Klassifikation hin: Sie kann im Individuum selbst oder in der sozialen Gruppe liegen. Hinsichtlich der Definition der „sozialen Gruppe" sieht STAVENHAGEN dieselben Schwierigkeiten, deren Auftauchen gemeinhin bei der Behandlung dieser Fragestellungen beobachtet werden können.

Was an dieser Darstellung auffällt, ist die Tatsache, daß STAVENHAGEN dem „exponentiellen Bevölkerungswachstum" als Faktor, der die Vergleichbarkeit von agrar- und industriestaatlichen Entwicklungsgängen ja bekanntlich so sehr einschränkt, nur eine untergeordnete Rolle einräumt. Das dürfte gerade in Anbetracht dessen verwundern, daß das unbändige Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt, auch in Mexiko, die Industrialisierung so dringend notwendig macht. Dort jedoch, wo industrialisiert wird, spielt sich auch sozialökonomische Differenzierung ab, und zwar in dem Sinne, daß man sich von den rein agrarischen Einkommens-

grundlagen abkehrt, weil deren Reserven zur Aufnahme weiterer Arbeitswilliger samt ihrer Familien erschöpft sind.

Worauf in der mexikanischen Literatur ebenfalls nicht hingewiesen wird, ist die Tatsache, daß der sozialökonomischen Klassifikation in den Ländern der Dritten Welt eine wesentliche prognostische Rolle zufallen könnte. Indem sie den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand quantifiziert zu beschreiben und in Entwicklungssequenzen zu erkennen in der Lage ist, kann sie Material zur Abschätzung künftiger sozialökonomischer Entwicklungen liefern. Auf diese Weise könnte sie als wichtiges Planungsinstrument genutzt werden. Bei Verdoppelungszeiten der mexikanischen Bevölkerung von weniger als 30 Jahren dürfte der Nutzen eines solchen Planungsinstrumentes auf der Hand liegen. Das geringe Ausmaß jedoch, in welchem es heute genutzt wird, gibt freilich zu keinen großen Hoffnungen Anlaß. Zögernd beginnt sich überhaupt erst der Gedanke einer Geburtenkontrolle zu verbreiten, ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten, entsprechende Verhaltensweisen in der Praxis zu realisieren. Seit 1973 etwa erscheinen im mexikanischen Fernsehen Werbespots über verantwortungsbewußte Elternschaft. Es ist klar, daß damit nur ein Teil der mexikanischen Bevölkerung erreicht wird, nämlich der in Städten wohnende, der sich ohnehin schon bei höherem Lebensstandard und entsprechend geringer Kinderzahl auf dem Wege zu industriegesellschaftlichen Lebensgewohnheiten befindet. Neuesten Informationen aus Mexiko zufolge werden die Anstrengungen auf diesem Gebiet jedoch verstärkt.

An anderer Stelle in seinen Ausführungen diskutiert STAVENHAGEN in guter Kenntnis der latein- und nordamerikanischen Literatur zur Soziologie und Sozialanthropologie verschiedene Differenzierungsbeispiele für die noch ausgesprochen agrarisch orientierte lateinamerikanische Landbevölkerung zur Zeit der mexikanischen Agrarrevolution von 1915 und danach. Er referiert das sehr allgemein gehaltene Klassifikationssystem von M. DIEGUS JUNIOR (1967), das nach

1. Plantagen
2. traditionellen Latifundien oder traditionellen Haciendas,
3. Vieh-Estancias,

4. Familienbetrieben von Einwanderern und Kolonisten,
5. indianischen Subsistenzbetrieben auf Gemeindebasis und
6. Ejidobetrieben und Kleinstbetrieben

unterscheidet (STAVENHAGEN [5]1973, S. 85). Ausdrücklich erklärt er es für anwendbar auf den gesamten lateinamerikanischen Agrarsektor. Hinsichtlich der Verhältnisse in Mexiko modifiziert er jedoch dieses System, indem er auf die spezielle soziale Entwicklung im Agrarbereich seit der Agrarrevolution eingeht. Als Ergebnis kommt dabei eine Betriebsgrößenklassifizierung heraus, ohne daß damit aber genaue Aussagen zur Einkommenszusammensetzung der ländlichen Bevölkerung verbunden wären. STAVENHAGEN weist auf die allgemein bekannte Tatsache hin, daß trotz der Verbesserungen im Agrarsektor, trotz der Zerschlagung der Latifundien und der Begünstigung des Kleinbesitzes 50 % der aktiven landwirtschaftlichen Bevölkerung über keinen nutzbaren Boden verfügt. Diese Gruppe vermag er sozialökonomisch jedoch nur dadurch weiter zu untergliedern, daß er sie im wesentlichen aus Medieros (eine Art von landwirtschaftlichen Pächtern, die die Hälfte der Erträge in Naturalien dem Landherrrn als Pacht abliefern) und Tagelöhnern beschreibt. Es wäre nicht nur für unsere Zwecke von Nutzen gewesen, die Einkommensverhältnisse dieser Gruppe weiter zu verfolgen.

Einen in unserem Sinne fruchtbaren Ansatz stellt die Beschreibung der Gruppe der „ländlichen Bourgeoisie" (a. a. O., S. 95) dar. STAVENHAGEN faßt darunter alle diejenigen Landwirte mit Betriebsgrößen zwischen 25 und 100 ha zusammen, die jedoch nur 13 % des gesamten in Privatbesitz befindlichen Landes ausmachen. Es handelt sich dabei um Betriebe mit starker gewerblicher Ausrichtung, die in nennenswerter Zahl auch in unserem Untersuchungsgebiet beheimatet sind. Unter den gewerblichen Aktivitäten der Betriebsführer nennt STAVENHAGEN:

- Einzelhandelsgeschäfte (el pequeño comercio local)
- wucherischen Geldverleih (la usura) und
- den Aufkauf der Ernteprodukte (el financiamiento de los cultivos).

STAVENHAGEN nennt sie Ausbeutungseinrichtungen zu Lasten der Campesinos, was in der Regel auch den Tatsachen ent-

spricht. Angesichts der extraktiven kolonialen Tradition in Mexiko braucht man sich nicht zu wundern, daß man auch in diesem Bereich nicht von dem heute in Industrieländern geläufigen Grundmuster gewerblichen Umgangs ausgehen kann.

Unter den hier referierten mehr oder weniger echten Klassifikationskriterien im Sinne einer agrarisch-industriellen Differenzierung dürfte die zuletzt genannte Gruppe der mittelbetrieblichen Landwirte mit Nebenerwerb dem eingangs umrissenen sozialökonomischen Klassifikationsverständnis, welches auch dem RÖHMschen Vorschlag zugrundeliegt, am nächsten kommen. Bei der Darlegung des eigenen Arbeitsansatzes wird darauf zurückzukommen sein.

V. Entwicklung eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells, anwendbar auf das Untersuchungsgebiet

1. Erprobung eines industriegesellschaftlichen Klassifikationssystems im Untersuchungsgebiet

Aus der Diskussion der STAVENHAGENschen Literatur und anderer mexikanischer Autoren zu diesem Thema kann festgehalten werden, daß ein auf dortiger Seite entwickeltes sozialökonomisches Klassifikationssystem, das zur Verwendung im Rahmen dieser Untersuchung geeignet wäre, noch nicht zur Verfügung steht. Das legte es für das weitere methodische Vorgehen dieser Untersuchung nahe, zunächst auf ein aus dem industriestaatlichen Bereich stammendes Klassifikationssystem zurückzugreifen und es im mexikanischen ländlichen Raum zu erproben. Dies geschah nicht in der wohl kaum begründeten Hoffnung, das Problem an sich auf diese Weise lösen zu können, sondern in der Absicht, auf diesem Wege das erforderliche Ausgangsmaterial zur Entwicklung eines eigenen Arbeitsansatzes zu erzielen und bestimmte Positionen deutlicher herauszuarbeiten. Das RÖHMsche Klassifikationssystem bot für diesen Zweck unter anderen denkbaren industriestaatlichen Klassifikationssystemen relativ günstige Voraussetzun-

gen. Denn mit dem ihm zugrundeliegenden soziokulturell wertfreien Kriterium der Bodenbezogenheit, welches keine Vorentscheidung hinsichtlich seiner Einsetzbarkeit weder in diesem noch in jenem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmen bedeutet, fordert es nicht unbedingt die Kollosion mit den Rahmenfaktoren heraus, die die Übertragung eines industriestaatlichen sozialökonomischen Klassifikationssystems auf agrarstaatliche Verhältnisse verbieten. Um diese Faktoren noch einmal zusammengefaßt zu nennen:

1. Das exponentielle Bevölkerungswachstum, wodurch ein derartiger Druck auf die Erwerbsmöglichkeiten ausgeübt wird, daß wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt in breiter Front und in geordneten Bahnen nahezu ausgeschlossen sind.
2. Die meist durch Kolonialismus geprägte Vergangenheit der heutigen Entwicklungsländer, die zur Verfestigung der extraktiven Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft geführt hat und einen Übergang in produktiv kapitalistische Entwicklungsbahnen (s. auch bei BOBEK 1959) sehr erschwert.

Dieser Test war u. a. Gegenstand meiner ersten Erhebungen in Mexiko im Jahre 1971 (Bericht darüber a. a. O. 1972). Es wurden dazu etwa 100 Stichprobenbefragungen in den einzelnen Dörfern des Projektsgebietes durchgeführt (s. dazu die Skizze der sozialökonomischen Stichprobenuntersuchungen, Abb. 3, S. 28). Die Untersuchung ging dabei von der bei RÖHM zugrundegelegten Unterscheidung zwischen Vollerwerbslandwirten und Nebenerwerbslandwirten aus. Für die Vollerwerbslandwirte lassen sich folgende beide Gruppen erkennen:

1. die marktorientierten, mit Überschüssen arbeitenden Kleinbetriebe, die die fruchtbare, wasserreiche Schwemmlandebene im Zentrum des Hochtales von Puebla-Tlaxcala bevölkern, und
2. die Subsistenzbetriebe, die in den randlichen Trockenfeldregionen des Beckens beheimatet sind.

Die marktorientierten Überschußbetriebe repräsentieren eine sozialökonomische Entwicklungsstufe, die sich aus dem Subsistenztyp weiter differenziert hat. Vorerst decken sie in der Region Puebla-Tlaxcala nur einen kleinen räumlichen Ausschnitt ab, nämlich den, welcher wegen der recht günstigen Bewässerungsmöglich-

keiten eine äußerst arbeitsintensive Bodenbearbeitung zuläßt. Die zahlreichen Bewässerungsprojekte der in Trockenfeldlage befindlichen Dörfer und Betriebe beweisen jedoch, daß die marktorientierte Landwirtschaft ein weithin angestrebtes Entwicklungsziel vollberuflicher Bodenbearbeitung ist.

Von diesem wirtschaftlichen Ziel ist die Landwirtschaft besonders in den peripher gelegenen Trockenfeldgebieten noch weit entfernt. Allein zur Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse sind die Bauern auf landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Zugewinn angewiesen, der grundsätzlich anderer Art ist als derjenige, der nach der RÖHMschen Begrifflichkeit die Einleitung eines sozialökonomischen Differenzierungsprozesses auf der Basis bestimmter typischer Nebenerwerbsstufen signalisiert. Unter solchen lebensnotwendigen Einkünften rangieren

- Peonen- (landwirtschaftliche Gehilfen) Dienste,
- die wegen des ökologischen Raubbaus zwar verbotene, aber weit verbreitete Holzköhlerei,
- der Fischfang,
- der Lotterielosverkauf und jede Art von Aushilfsarbeit,
- kaum jedoch das Betteln, das eine typisch städtische Erscheinung ist.

Hinsichtlich der Grundlegung eines eigenen sozialökonomischen Klassifikationsmodells wären diese Erwerbsformen als Modifikation eines an sich nicht auf sozialökonomische Differenzierung angelegten Subsistenztyps einzuordnen.

Neben dieser Art der subsistenzerhaltenden (lebensnotwendigen) Nebeneinkünfte ist auch der weniger verbreitete, aber im RÖHMschen Sinne echte Nebenerwerb vertreten. Er äußert sich in gewerblich industriellen Einkommensformen der Betroffenen und besitzt Indexfunktionen für einen tatsächlich verlaufenden sozialökonomischen Differenzierungsprozeß. Im Projektsgebiet ist er im näheren Einzugsbereich der Industriestadt Puebla und in der Umgebung des Volkswagenwerkes zu beobachten, das in dem von Puebla eingemeindeten Dorf Almecatla liegt; ferner im Bereich der Landstraße Puebla-Tlaxcala, welche der zeilenförmigen Aufreihung der Gewerbebetriebe wegen die Bezeichnung „Industriegasse" voll verdient. Einer ungelenkten Differenzierung stellen sich

hier aber verschiedene innere und äußere Hindernisse entgegen, die möglicherweise jedoch nicht repräsentativ für ganz Mexiko sind.

1. Die vormaligen Landbesitzer, die zum Verkauf ihrer Ländereien bereit waren, erhielten von den sich ansiedelnden Industriebetrieben Präferenzen zur bevorrechteten Anstellung im Betrieb eingeräumt. Dadurch gehörten sie gleichsam über Nacht der Gruppe der landlosen Industriearbeiter an. Manche aber schafften sich aus Tradition mit der Zeit wieder eine kleine Landstelle an, wodurch der Differenzierungsprozeß unterbrochen war.
2. Für die Anstellung der Facharbeiter und des Büropersonals werden nur Bewerber aus der Stadt wegen ihres besseren Ausbildungsstandes berücksichtigt, wie sich im Chancenwettbewerb generell der Stadtbewohner dem Landbewohner überlegen erweist.

Obwohl der Kreis dieser Art von ländlichen Erwerbstätigen im Jahre 1971 noch sehr begrenzt ist, sollten sie als sozialökonomische Gruppe im Rahmen eines Modells berücksichtigt werden, und zwar als echte Differenzierungsform, d. h. als eine Gruppe, an der sich im Gegensatz zu der zuvor beschriebenen ein Differenzierungsfortschritt beobachten läßt.

Auf eine weitere Feststellung zum Grundsätzlichen beim sozialökonomischen Differenzierungsprozeß im Projektsgebiet soll in diesem Zusammenhang noch aufmerksam gemacht werden: Außerlandwirtschaftlicher Nebenerwerb liegt so gut wie nie vereint mit landwirtschaftlichem Haupterwerb (und umgekehrt) in einer Hand. Verfügt der Familienvorstand über einen industriellen Arbeitsplatz, so tritt in der Bodenbearbeitung bald ein anderer Familienangehöriger an seine Stelle, selbst wenn beide Verrichtungen leicht von einer Person durchgeführt werden könnten. Bei dem Überangebot an Arbeitskräften in Mexiko überrascht diese Tatsache nicht. Sie ist jedoch von Wichtigkeit, wenn man dem Problem der Übertragbarkeit von sozialökonomischen Klassifikationskriterien weiter nachgehen will.

Der Hauptunterschied zu den ländlichen Verhältnissen u. a. in der Bundesrepublik Deutschland liegt darin, daß sich in Deutsch-

land der sozialökonomische Differenzierungsprozeß allein in der Person des Betriebsführers abspielt und die Zusammensetzung seines Einkommens direkten Aufschluß über den Grad der Bodenbezogenheit gibt. Die entssprechende Vergleichsgröße auf mexikanischer Seite darf demzufolge nicht das Einkommen des Familienvaters allein sein, sondern das Gesamteinkommen der Familie. Denn allein zum Lebensunterhalt der Familie reicht in den peripheren Gebieten das Einkommen einer einzigen Person kaum aus.

Beurteilt man die Ergebnisse dieses Übertragungsversuches des RÖHMschen Klassifikationssystems, so bestätigen sie die zu Beginn dieses Kapitels geäußerten Vorbehalte. Der RÖHMsche Ansatz, wonach zwischen Haupt- und Nebenerwerbslandwirtschaft unterschieden wird, hat für die sozialökonomischen Verhältnisse im Untersuchungsgebiet geringe Relevanz. Die sozialökonomische Entwicklung ist nicht in Form des in Europa bekannten landwirtschaftlich-industriellen Kontinuums verlaufen, sondern Landwirtschaft und Industrie stehen sich konträr gegenüber, wie es aus anderen Bereichen der lateinamerikanischen gesellschaftlichen Wirklichkeit ebenfalls bekannt ist. Auch die gänzlich andersartige mexikanische Familieneinkommensstruktur schließt einen direkten Vergleich der beiden Systeme aus.

Für die Grundlegung eines eigenen sozialökonomischen Klassifikationssystems sind aber folgende Erfahrungen aus diesem Übertragungsversuch zu übernehmen:

1. Es erscheint sinnvoll, zur Erfassung der ländlichen Existenzformen zwischen der Subsistenzwirtschaft und der marktorientierten Landwirtschaft zu unterscheiden.
2. Im Subsistenzbereich sind sowohl die sozialökonomischen Formen vertreten, die nur einen modifizierten Subsistenzstatus beschreiben, als auch solche, die einen echten Differenzierungsschritt darstellen.
3. Bei den Formen der marktorientierten landwirtschaftlichen Betriebe handelt es sich ausschließlich um sozialökonomische Differenzierungsformen, die fortschreitend aufeinander aufbauen.
4. Der nicht-landwirtschaftliche Nebenerwerb ist dank der umfassenden mexikanischen Familieneinkommensstruktur durchweg

als Ergänzung des Gesamteinkommens der Familie, nicht eines Einzelverdieners oder -betriebsführers industriestaatlicher Prägung zu verstehen.

5. Was das Verständnis des Begriffes „sozialökonomisch" und die Zielsetzung der Klassifikation anbelangt, so erscheint es sinnvoll, den wirtschaftlichen und sozialen Status der zu erfassenden Person, Familie oder Gruppe innerhalb der sozialen Hierarchie durch die Zusammensetzung des Einkommens aus landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Arbeit bestimmt zu sehen. Damit sollen andere Klassifikationsindizes wie etwa das Statussymbol, bestimmte schichtungsspezifische Verhaltensweisen oder sonstige auch bei STAVENHAGEN genannte Faktoren nicht für irrelevant erklärt werden. Auf ihre Berücksichtigung muß jedoch im Rahmen dieser Untersuchung verzichtet werden, weil bei ihnen das Problem der Quantifizierbarkeit nach wie vor nicht gelöst ist.

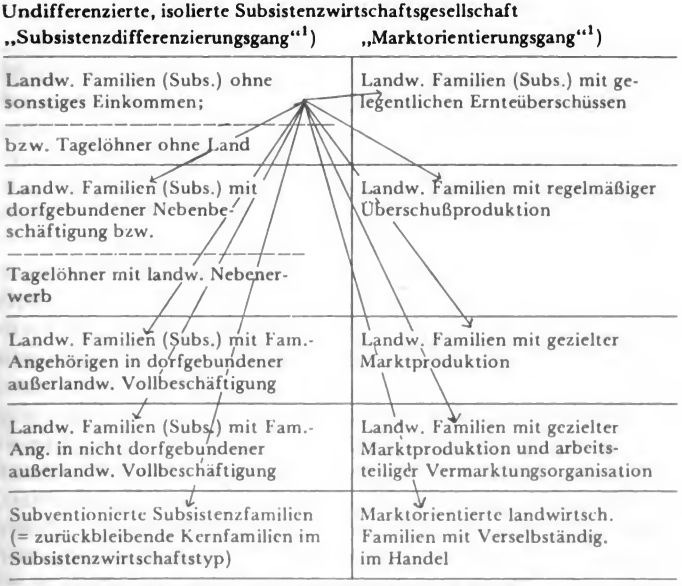
2. Entwicklung eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells

Auf deutscher Seite hat sich im Rahmen des Mexiko-Projekts H. J. NICKEL 1971 mit dem Marginalitätsproblem beschäftigt. In einer gesonderten umfangreichen Bibliographie 1973 hat er auch die einschlägige Literatur zu diesem Thema aufgearbeitet, weshalb es für die Belange dieser Untersuchung nicht sinnvoll erschien, eine weitere ausführliche Literaturkritik vorzunehmen. In seiner theoriebezogenen Untersuchung über die „Campesinos zwischen Marginalität und Integration" 1971 entwickelt NICKEL ein kybernetisches Zentrum-Peripherie-Modell, welches den Ausbreitungs- und Rückfluß von Informationen zwischen einem Zentrum und der Peripherie beschreibt. Da für NICKEL in der unzureichenden Struktur des mexikanischen Kommunikationsnetzes die Ursache für die soziale und sozialökonomische Unterentwicklung liegt, kommt diesem Modell grundsätzliche Bedeutung auch für unser sozialökonomisches Klassifikationsbemühen zu. Ausführlich ist dieses Modell wegen seiner nicht nur vertikalen, sondern auch

horizontalen Dimension im Abschnitt C (über die sozialräumliche Gliederung) dargestellt.

Das im folgenden beschriebene sozialökonomische Klassifikationssystem resultiert aus den Ergebnissen des eben referierten Klassifikationstests und den Erfahrungen, die sich aus der detaillierten Untersuchung der Ejidogemeinden Xicoténcatl und Benito Juárez (im Jahre 1971) ziehen ließen (SANDER 1973). Diese beiden Dörfer wurden 1974 – wie bereits erwähnt – erneut unter-

Tabelle 2: Das sozialökonomische Klassifikationsmodell



[1]) Die Pfeile im Modell deuten an, daß der Differenzierungsprozeß nicht ein lückenloser Durchgang durch jede einzelne Differenzierungsstufe ist, sondern daß Differenzierungssprünge sowohl innerhalb eines jeden Differenzierungsganges für sich als auch von dem einen zum anderen möglich sind. Die Sprünge sind sogar eher der Regelfall als das sukzessive Kontinuum.

sucht und gehören zum Kreis der fünf Testgemeinden, über die im Anschluß an dieses Kapitel berichtet wird, so daß auf die Vorführung der Strukturdaten (s. Tab. 4, S. 33) an dieser Stelle verzichtet werden kann.

Gegenüber seiner ersten Fassung 1973 ist das Klassifikationsmodell in der vorliegenden Form leicht verändert worden:

Leitlinie dieses Modellentwurfes ist die begründete Annahme, daß der Differenzierungsprozeß von einer „undifferenzierten, isolierten (Agrargesellschaft =) Subsistenzwirtschaftsgesellschaft" zu einer „differenzierten, integrierten, urbanen (Industrie-)Gesellschaft" abläuft. (Vgl. hierzu auch die Kritik an den Gedanken von STAVENHAGEN, Kap. IV). Die peripher gelegenen, verkehrsmäßig und kommunikativ abgeschiedenen Subsistenzfamilien im randlichen Trockenfeldgebiet, z. B. am Hang der Malinche, die im Zusammenhang mit dem Transfertest als Typen der hauptberuflichen Landwirtschaft beschrieben worden sind, sind Beispiele für die weniger differenzierten Gruppen. Die im Projektsgebiet ebenfalls beobachtbaren, in der Zahl zunehmenden, marktorientierten Betriebe stellen mit den zu ihnen gehörenden Familien die bereits stärker differenzierten Gruppen dar.

Das Modell hält zwei Differenzierungsgänge bereit, die beide zur Endstufe der integrierten, urbanen (Industrie-)Gesellschaft führen. Der linke Strang trägt allen Subsistenzbetriebstypen Rechnung, die sich wegen ausgesprochen agrarfeindlicher Naturfaktoren oder aus anderweitigen betriebswirtschaftlichen Faktoren zum Ausbau nicht eignen. Die sozialökonomische Differenzierung setzt hier zunächst scheinbar in Form der beschriebenen lebensnotwendigen Nebeneinkünfte wie Holzköhlerei, Lotterielosverkauf usw. ein, dann durch Formen von (im RÖHMschen Sinne) echtem außerlandwirtschaftlichem Nebenerwerb oder Vollerwerb, welcher sowohl ortsgebunden als auch außerdörflich stattfinden kann. Der häufig anzutreffende sowohl neben- als auch hauptberufliche dörfliche Lebensmitteleinzelhandel spielt dabei eine wesentliche Rolle. Andere Beispiele sind das Lkw- und Taxifahren u. ä.

Wie man an der Bezeichnung der einzelnen sozialökonomischen Stufen rasch erkennt, ist das Modell auf Familienebene angelegt worden. Damit ist der Versuch verbunden, die entsprechenden

Erfahrungen aus dem Transfertest zu berücksichtigen, daß die kleinste sozialökonomische Einheit in Mexiko nicht die Einzelperson beispielsweise in der Rolle des Betriebsführers ist, sondern die Großfamilie mit ihren verschiedenen Einkommenspersonen. Den sozialökonomischen Standort eines mexikanischen landwirtschaftlichen Betriebes zu bestimmen, heißt also, die Einkommenslage sämtlicher familienzugehöriger Verdiener zu kennen. Für einen solchen Ansatz sprechen auch die Erfahrungen aus den detaillierten Dorfuntersuchungen, nach denen die Träger der sozialökonomischen Differenzierungsformen jeweils außer Ortes wohnen, aber durch regelmäßige Zuwendungen das Familieneinkommen aufbessern helfen[2]).

Die Berücksichtigung dieser Tatsache macht nun unser Bemühen nicht einfacher. Denn man stelle sich die Schwierigkeiten vor, denen man bei der Ermittlung sämtlicher Einkommenspersonen einer ländlichen Familie ausgesetzt ist, wenn ein Teil dieser Personen auf Nachbargemeinden und ferne Städte verteilt lebt. Aber selbst wenn einem das gelingt, erhebt sich als neues Problem die Frage, zu welchen Anteilen Unterstützungsgelder unter den Familienangehörigen fließen oder ob die abgewanderten Familien nicht schon als selbständige ökonomische Einheiten anzusehen sind. Würde man sich der Mühe jedoch nicht unterziehen, die mexikanische Familie differenzierter zu sehen, so verfehlte man — wie im Test erprobt — prinzipiell den Sinn sozialökonomischer Klassifikation im mexikanischen ländlichen Raum. Denn dann würde man einen statischen Katalog isolierter und kontrastierender Berufszugehörigkeiten erzielen, nicht jedoch ein Strukturbild interdependenter sozialökonomischer Misch- und Entwicklungsformen.

Diese Feststellung wirkt sich auf die Anlage des Modells folgendermaßen aus: Nicht alle Gruppen bewegen sich mit der gleichen Geschwindigkeit auf das letzte Differenzierungsziel des Modells hin; ein Teil von ihnen wird es kaum erreichen. Im linken Entwicklungsstrang ist dieser Gedanke an der Gegenüberstellung der beiden Gruppen „Landwirtschaftliche Familien (Subsistenz) mit Fami-

[2]) Diese Wirtschaftsweise ist von NICKEL auch „Subventionierte Subsistenzwirtschaft" genannt worden.

lienangehörigen in nicht dorfgebundener außerlandwirtschaftlicher Vollbeschäftigung" und „Zurückbleibende Kernfamilie im Subsistenzwirtschaftstyp" erkennbar. Hier hat sich der in der vorletzten Stufe noch vorhandene Verband von „Landwirtschaftlicher Familie (Subsistenz)" und „Familienangehörigen in außerdörflicher Vollbeschäftigung" aufgelöst und zu zwei neuen sozialökonomischen Gruppen weiterentwickelt. Die eine ist die immobile und verharrt im Subsistenzbereich, die andere hat sich zu einer eigenen sozialökonomischen Einheit (= Vollfamilie) weiterentwickelt und ist jetzt an einer anderen Stelle oder gar außerhalb des Modells, das ja nur die kleinbäuerliche mexikanische Familie berücksichtigt, anzusiedeln. Für diese Gruppe müßte dann ein anderes Klassifikationsmodell außerlandwirtschaftlicher Familien geschaffen werden.

Der rechte Strang des Modells scheint weniger von solchen Differenzierungssprüngen zurückbleibender Kernfamilien und sich verselbständigender Teilfamilien zu neuen, höher differenzierten Vollfamilien gekennzeichnet. Dieser Eindruck täuscht jedoch. In der letzten Stufe des Modells ist ebenfalls – wie übrigens in allen übrigen Stufen – eine Aufspaltung in eine zurückbleibende landwirtschaftliche Familie und eine höher differenzierte Familie, die sich etwa im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten verselbständigt, denkbar. Auf solche Möglichkeiten soll hier bewußt immer wieder hingewiesen werden. Denn abrupte Übergänge, isoliert nebeneinander stehende Existenzen, städtische und ländliche Polaritäten und Disparitäten sind nicht etwa die Ausnahme, sondern der Regelfall in der mexikanischen gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Der Leser wird vermuten, daß beim Entwurf des rechten Klassifikationsganges der STAVENHAGENsche Gedanke der „ländlichen Bourgeoisie" Pate gestanden hat. Das ist insofern nur bedingt der Fall, als STAVENHAGEN eher an einen traditionellen landwirtschaftlichen Betriebstyp mit Überschußproduktion, den Rancho, gedacht hat. Die Betriebsgröße von 20–100 ha, die er zugrundelegt, spricht für diese Annahme. Bei dieser Art von Rancho handelt es sich um eine Reduktionsform, die sich nach der mexikanischen Agrarreform aus der Liquidierung der altmexikanischen Haciendas entwickelt hat. Daß dieser historisch bedingte

Typ jedoch nicht als Musterfall eines gegenwartsbezogenen Gesellschaftsentwicklungsmodells dienen kann, liegt auf der Hand.

In den letzten Jahren hat sich eine neue Form von Ranchos entwickelt, die mit den altmexikanischen nur die marktorientierte Wirtschaftsweise gemeinsam haben. Die Besitzer sind von Haus aus Kleinstlandbesitzer wie das Gros der mexikanischen Minifundistas. Durch geschickte Betriebsführung und Marktanpassung scheint es ihnen zu gelingen, Betriebskapital zur Übernahme freiwerdender Nachbarparzellen zu akkumulieren.

Vorerst konnten solche Erscheinungen nur im klimatisch äußerst benachteiligten Block von Tlaxcala und an den höheren Hängen der Malinche beobachtet werden. Dort nämlich ist es zu einer nennenswerten Bodenmobilität deshalb gekommen, weil Kleinstbetriebe ohne Aufstockung nicht mehr in der Lage sind, ein garantiertes Subsistenzminimum zu erwirtschaften. So wandert der eine Teil der Bevölkerung ab, der andere übernimmt die freiwerdenden Parzellen, sofern sie überhaupt für eine mehr als subsistenzorientierte Bewirtschaftung tauglich sind. Ausgelöst wird dieser Prozeß meist von jetzt in der Stadt lebenden Familienangehörigen, die bereits in der früheren Generation abgewandert sind und die einen beruflichen Mobilitätsgrad erreicht haben, so daß es zu einem mobilitätsfördernden Rückkopplungseffekt mit ihren agrarisch orientierten, auf dem Lande zurückgebliebenen Angehörigen gekommen ist. Auch SEELE (1970) hat die Tendenz zur Entstehung so beschaffener „neuer Ranchos" beobachten können. Ihre Betriebsgrößen überschreiten nur in Ausnahmefällen die 10 ha-Grenze.

Diese Art von Bodenmobilität ist sicher nicht die Folge gewerblicher Differenzierungsprozesse, die zu einer veränderten Bewertung der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren führen. Obwohl der Impuls für diese Entwicklung – wie beschrieben – nicht von der ansässigen Bevölkerung ausgegangen, sondern durch bestimmte Einflüsse von außen herangetragen worden ist, kündigt sich hier ein infraagrarischer Differenzierungsprozeß an, der Musterfunktion für die Verbesserung der Agrarstruktur aus sich selbst heraus erhalten kann. Deshalb schien dieser Gedanke als Ansatz für eine Differenzierungshypothese diskussionswürdig.

Es ist nicht Aufgabe dieses sozialökonomischen Klassifikationssystems, das auf den ländlichen Differenzierungsprozeß ausgerichtet ist, auch den Verbleib der solchermaßen freigesetzten Agrarbevölkerung zu erfassen. Aber zum Schluß dieser einführenden Diskussion kann dieser Aspekt zum Anlaß genommen werden, noch einmal auf die wichtigsten Bedingungen für das Funktionieren der im Modell entworfenen Differenzierungsgänge hinzuweisen. Es ist dabei grundsätzlich von der auch mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Voraussetzung auszugehen, daß sozialökonomische Differenzierung nur durch die Lösung des Menschen aus dem primären Wirtschaftsbereich möglich ist. Bis heute verbindet man in der Lateinamerikaforschung damit die Vorstellung, die Abwanderung aus der Landwirtschaft ziehe immer auch einen Standortwechsel des Betroffenen vom Land in die Stadt nach sich. Das ist nicht Voraussetzung für dieses Modell. Weitere notwendige Voraussetzung für die Funktion des Modells ist jedoch auch, und damit befindet es sich ebenfalls in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit, daß der Prozeß der agrarisch-gewerblichen Entmischung nicht umkehrbar ist. Wäre er das, so hörte nicht nur augenblicklich jede sozialökonomische Weiterentwicklung auf, sondern die mexikanische Volkswirtschaft insgesamt würde spürbar zurückgeworfen, und zwar in dem Maße, wie die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte gezwungen würden, den agrarischen Sektor erneut zu belasten.

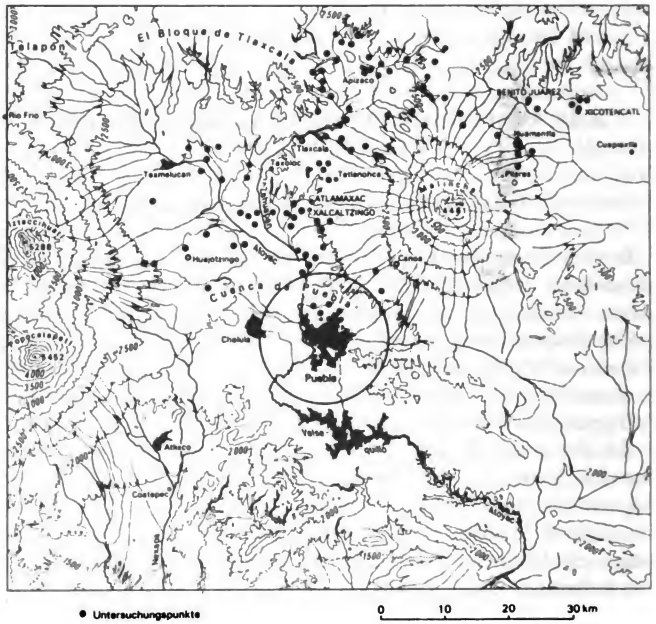
B. DURCHFÜHRUNG DER SOZIALÖKONOMISCHEN KLASSIFIKATION

I. Auswahl der Untersuchungsgemeinden

In dem folgenden Hauptteil der Untersuchung soll das in Teil A entwickelte sozialökonomische Klassifikationsmodell an der ländlichen Gesellschaft im Projektsgebiet erprobt werden. Da eine solche Untersuchung natürlich nicht flächendeckend sein kann, war es notwendig, sich auf einige ausgewählte Falluntersuchungen zu konzentrieren. Das erforderliche Material wurde in sorgfältiger Befragungsarbeit in den einzelnen Dörfern gewonnen.

Bei der Auswahl der Untersuchungsgemeinden galt das Bestreben dem Versuch, einige für die regionale Anordnung von zentralen und peripheren Räumen[3]) treffende Beispiele herauszugreifen, die zugleich auch, was ihre Wirtschafts- und Sozialstruktur anbelangt, ein Mindestmaß sozialökonomischen Repräsentativcharakters aufweisen. Diese Forderung ist leichter ausgesprochen als in die Tat umgesetzt, da bis jetzt detailliertes Grundlagenmaterial für eine wirtschaftsgeographische, geschweige denn sozialökonomische Gliederung des Projektsgebiets fehlt. Als Entscheidungshilfe bei diesem Vorgehen fungierten die agrargeographische Gliederungskarte von SEELE (1967) in Verbindung mit dem NICKELschen sozialökonomischen Idealprofil (1968) S. 6 sowie die Ergebnisse der erwähnten sozialökonomischen Stichprobenuntersuchungen aus dem Jahre 1971, deren Untersuchungsraum in Abb. 3, S. 28 dargestellt ist. Schließlich fiel die Wahl auf die folgenden fünf Dörfer. (Es soll dabei nicht verschwiegen werden, daß diese Entscheidung auch von Faktoren wie der Unterstützungsbereitschaft von administrativer Seite und der Aufgeschlossenheit der Dorfbevölkerung mitbestimmt wurde.)

[3]) „Zentrale und periphere Räume", vgl. TICHY 1970


El Bloque de Tlaxcala
Iztaccíhuatl
5286
Popocatépetl
5452
Río Frío
Tlaxcala
Tepeyanco
Tetlanohcan
ATLAMAXAC
XALCALTZINGO
Tzompantepec
Tzompantepec
Tlaxcala
Tepeyanco
Tetlanohcan
Tlaxcala
Tepeyanco
Tetlanohcan
Tlaxcala
Tepeyanco
Tetlanohcan

IV. *Atlamaxac.* Ländliche Gemeinde mit relativ stabiler landwirtschaftlicher Einkommensstruktur

V. *San Juan*[4]). Großstadtnahe ländliche Bauern- und Arbeitergemeinde.

Die Dörfer vom Typ I und II sind am stärksten im nördlichen Untersuchungsgebiet verbreitet. Sie befinden sich in den Trockenfeldbauzonen des Blocks von Tlaxcala und den Hängen des Popocatépetl, der Ixtaccíhuatl und der Malinche. Xalcaltzingo und Atlamaxac sind Vertreter der zentralen bis randlichen Schwemmlandebene von Río Atoyac und Río Zahuapan, die den landwirtschaftlichen Kernraum des Hochbeckens von Puebla-Tlaxcala darstellen. – San Juan liegt im unmittelbaren Ausstrahlungsbereich der Großstadt Puebla. Die Lage der Untersuchungsgemeinden ist ebenfalls in Abb. 3 dargestellt.

Nicht alle Dörfer wurden mit derselben methodischen Blickrichtung untersucht. Bei Xicoténcatl und Benito Juárez, für die Untersuchungsergebnisse sowohl aus dem Jahre 1971 als auch 1974 vorliegen, steht der qualitative Aspekt, der sich in der Erfassung des Strukturwandels in diesem Zeitraum ausdrückt, im Vordergrund[5]). Die übrigen drei Dörfer wurden nur 1974 untersucht, und zwar vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der quantitativen Erfassung der sozialökonomischen Struktur. Für das weitere methodische Vorgehen dieser Arbeit hat das zur Folge, daß die ersten beiden Dorfuntersuchungen vorwiegend der Überprüfung und Korrektur des sozialökonomischen Klassifikationsmodells dienen, während bei den übrigen die quantitative Erfassung der sozialökonomischen Struktur im Vordergrund steht.

[4]) Um die Sicherheit meiner mexikanischen Gehilfen zu gewährleisten, ist dieser Ortsname verschlüsselt angegeben.

[5]) Über die sozialökonomische Familienstruktur wurde jedoch kein detailliertes Zahlenmaterial aufgenommen.

II. Die räumlich und sozial peripher gelegene landwirtschaftliche Subsistenzgemeinde ohne Anzeichen zu beruflicher Mobilität und sozialem Wandel
Ejido Xicoténcatl, Municipio Huamantla, Bundesstaat Tlaxcala

Tabelle 3: Zensusdaten von Xicoténcatl 1970

1531 Einwohner
- davon: 25% erwerbstätig
  davon: 83,3% in der Landwirtschaft
  4,5% in der Industrie
  5,0% in Handel und Dienstleistungen
- davon: 58,6% alphabetisiert
- davon: 63,6% mit Primarschulbildung
- davon: 5,5% in Ausbildung befindlich

269 Häuser

- davon: 24,5% mit Wasseranschluß im Haus
- davon: 37,5% mit Wasseranschluß im Hof
- davon: 1,1% mit Kanalisation
- davon: 40,1% mit gesondertem Fußboden über dem Erdboden
- davon: 45,4% mit elektrisch Licht
- davon: 70,3% mit Radio
- davon: 14,1% mit Fernsehen

1971 ließ sich Xicoténcatl uneingeschränkt dem landwirtschaftlichen Subsistenzwirtschaftstyp zuordnen (SANDER 1973). Der geringe Spielraum in den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der Bevölkerung gegeben sind, ist vorgezeichnet durch die Unstetigkeit der Ernteerträge. Sie erreichen manchmal nur das pure Existenzminimum, manchmal erbringen sie Überschüsse, welche, in bare Münze umgewandelt, für die Anschaffung des Lebensnotwendigen kaum oder gerade ausreichen.

Der Grund dafür liegt in der überaus ungünstigen Naturausstattung dieses randlich des Beckens in Höhen bis zu 2600 m liegenden Lebensraumes. Ohne künstliche Bewässerung ist hier nur Getreide- und Kartoffelanbau möglich. Die Niederschläge sind jedoch noch unergiebiger und unsteter als in den weiter südlich gelegenen zentralen Beckenlagen. Nachtfröste im Frühjahr und Kaltluft-

einbrüche von Norden her (Nortes), die wegen der ungeschützten Höhenlage besonders häufig auftreten, lassen jeden Gedanken an differenzierte Nutzungsverfahren utopisch erscheinen. Auch künstlichen Bewässerungsprojekten sind von der Natur her Grenzen gesteckt, da das Grundwasser hier erst in mehr als 100 m Tiefe zu erreichen ist und entsprechende Brunnenbauten von der Dorfbevölkerung allein kaum finanziert werden können. Der Bau eines Tiefbrunnens war 1971 allerdings vorgesehen[6]).

Eine zweite Problemschicht ergibt sich aus der Abgelegenheit dieses nordtlaxcaltekischen Hochlandes von allen Zentren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die nächstgelegene Stadt Huamantla, etwa 20 km entfernt, hat fast ausschließlich Verwaltungsfunktion, und selbst die gleichnamige Hauptstadt des Bundesstaates Tlaxcala hat nur sehr begrenzt Arbeitsplätze anzubieten.

Angesichts dieser negativ egalisierenden Faktoren bleibt den einzelnen Dörfern nur wenig Spielraum zu individueller Differenzierung. Zu den wenigen Variablen im landwirtschaftlichen Bereich gehören die Betriebsgröße und die Intensivierung des Anbaus durch künstliche Bewässerung. Auf diesem Felde sind auch die individuellen Züge des Ejido-Dorfes Xicoténcatl im Jahre 1971 zu sehen.

Es gab und gibt heute noch zwei Betriebsgrößenklassen: Ejidatarios mit 2,5 ha und 8 ha. Dieser Klassifizierung liegt die Bodengütebewertung zur Zeit der Haciendas zugrunde. Bei den heute zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten sind kleine Bodenunterschiede leicht auszugleichen. Davon wurde jedoch nicht immer Gebrauch gemacht wegen der relativ hohen Kunstdüngerpreise von 775,– Peso pro Tonne.

Die durchschnittlichen Erträge waren mager. An Mais wurde pro ha unter günstigen Bedingungen, aber ohne Verwendung von chemischem Dünger, 1 t geerntet. Der Mais nahm etwa 80 % der Nutzfläche ein. 10 % wurde mit Futtergerste bestellt; der Rest diente dem Anbau eines weiteren mexikanischen Grundnahrungs-

[6]) Die Problematik des defizitären Wasserhaushalts im mexikanischen Hochland soll hier nicht weiter erörtert werden. Weiterführende Literatur, s. KNOBLICH 1973 u. a.

mittels, der Bohnen. Im Garten wuchsen Sonnenblumen und Kleingemüse. Von der Ernte wurde die Hälfte verkauft, der andere Teil wurde als Nahrungsmittel und als Saatgut (12–15 kg pro ha) eingelagert.

Die auf diese Weise errechenbaren Bareinkommen erreichten 1000.– bzw. 3500.– Peso pro Jahr, das entspricht nach damaligem Kurs 300.– bis 1000.– DM (Zum Kaufkraftvergleich: 1 Liter Benzin = 1 Peso, 1 Schachtel Zigaretten = 1,5 Peso, 1 Paar Schuhe = 100 Peso, 1 Jacke = 120 Peso, 1 Volkswagen = 28000.– Peso).

Die Viehzucht beschränkte sich auf 2 bis 3 Esel pro Haus als Gespanntiere. Pferde und Kühe wurden nur in zwei bzw. einer Familie gehalten. Der Milchertrag lag nicht über 3 Liter täglich im Jahresdurchschnitt. 6 Traktoren wurden im Dorf auf Gemeinschaftsbasis unterhalten. Die Miete konnte auch gegen Naturalien entrichtet werden.

Pläne zu künstlicher Bewässerung hatten sich noch nicht in die Tat umsetzen lassen. Aber dieses Projekt wurde dringlich von der Dorfbevölkerung verfolgt. Man hoffte auf diese Weise die Ernten sicherer machen und das Nutzungssystem auf Alfalfa- (Klee)-Anbau und Viehzucht erweitern zu können. (Zu den übrigen Daten vgl. Tab. 4, S. 33).

Diese wenigen Daten zur Wirtschaftsstruktur des Dorfes verdeutlichen bereits, daß man hier nach Ansätzen zur sozialen oder sozialökonomischen Differenzierung vergeblich suchen mußte. Das Dorf verkörperte 1971 den Mustertyp der „undifferenzierten, isolierten Subsistenzwirtschaftsgesellschaft". Die gelegentlichen Ernteüberschüsse schienen kaum dazu geeignet, hier einen Differenzierungsgang nach dem rechten Strang des Modells einzuleiten. Sie waren allenfalls auf eine Verbesserung des Subsistenzwirtschaftsstatus gerichtet. Die Vermarktung geschah übrigens nicht durch ortsansässige Händler, die auf den Getreidehandel spezialisiert waren, sondern durch Aufkäufer der Ejidalbank, so daß auch hier kein Ansatzpunkt für eine innerörtliche Differenzierung irgendwelcher Art gegeben war.

Für die Frage, ob und welchen Differenzierungsgang die dörfliche Gesellschaft voraussichtlich nehmen konnte, bot die Tatsache einigen Aufschluß, daß bis zu 80 % der heranwachsenden

Tabelle 4: Ausgewählte Strukturdaten von Xicoténcatl
(nach der Aufnahme von 1971)

	Xicoténcatl	
Familiengrößen- und Altersstruktur	Gesamtbevölkerung:	1210 E.
	Zahl der Ejidatarios:	220 Ej.
	Auf die Familiengrößenklassen... entfallen... % aller Familien:	
	bis 5 Personen	9%
	6 bis 9 Personen	41%
	10 bis 12 Personen	24%
	13 bis 15 Personen	15%
	über 15 Personen	11%
	Auf die Altersklassen... entfallen... Ejidatarios	
	21 bis 35 Jahre	130 Ej.
	36 bis 45 Jahre	50 Ej.
	über 45 Jahre	40 Ej.
	Ejidobetriebe insg.: 220	
	Betriebsgrößenklasse: 8 ha	2,5 ha
Betriebsstruktur	Betriebe: 164 (Trockenl.)	56 (Trockenl.)
	Vieh: Pferde: 2 Betr. je 2	—
	Kühe: 2 Betr. je 1	—
	1 Betr. je 2	—
	Esel: 91 Betr. je 3	43 je 2
	75 Betr. je 2	13 je 3
	Chem. Dünger: 16 Betriebe	18 Betr.
	Steuern pro Betr.: 20 Pesos	10 Pesos
Bodennutzung (in % der Betriebsfläche)	Mais: 70%	90%
	Alfalfa/Hafer: —	—
	Futtergerste: 20%	10%
	Bohnen: 5%	5%
	übrig. + Gart.: 5%	5%
	Ertrag: Mais: 850 kg/ha	
	Ertrag: Gerste: 1000 kg/ha	
Sozialök. Struktur	Hauptberuf: Campesino	Camp. u. 1 Lehrer
	Nebenberuf: 2 Transportf. mit eig. Kombi; 6 Traktorenverm.	—
	Bareinkomm.: ϕ 3500 Pesos	ϕ 1000 Pesos
Infra-Struktur	Elektr. Licht: 87	63
	Trinkwasser: 87	63
	Radiogerät: 53	27
	Fernsehen: 1	2

(nach eigenen Erhebungen)

Jahrgänge das Dorf verließen, um ihr berufliches Glück in der Stadt zu versuchen: ein überzeugender Beweis für die Chancenlosigkeit des Dorfes, – hinsichtlich des Klassifikationsmodells ein Hinweis darauf, daß vom linken Differenzierungsgang auszugehen war. Die Differenzierung war hier offensichtlich nicht am Beruf einer Erwerbsperson allein, sondern am sozialökonomischen Status der gesamten Familie, d. h. aller Erwerbspersonen zusammengenommen, erkennbar. Der ökonomische Familienverband mit den abwandernden Jugendlichen war solange intakt, wie diese von ihrem städtischen Einkommen regelmäßig Zuwendungen an die im Susistenzbereich zurückbleibende Kernfamilie entrichteten und damit diese Existenzform „subventionierten". (Diese Erscheinung hat bei der Grundlegung des Modells – wie erinnerlich – eine wesentliche Rolle gespielt.) Da die Abwanderungs- und Subventionsfälle im Jahre 1971, als sich unsere Mexikoarbeit noch im Anfangsstadium befand, nicht quantifiziert aufgenommen worden sind, darf es einstweilen bei diesen qualitativen Aussagen, die das Modell nicht minder verifizieren, bleiben.

Strukturwandlungen bis zum Jahre 1974

Die Wirtschaftsstruktur im Jahre 1974 ist durch einen differenzierten landwirtschaftlichen und einen gewerblichen Sektor gekennzeichnet. Ursache für den Wandel in der Landwirtschaft ist nicht die Realisierung des Bewässerungsprojekts – wie es vielleicht naheliegt zu vermuten –, sondern der Übergang zu einem rationellen Nutzungssystem. Es besteht aus einer Mais–Kartoffel–Getreide–Rotation mit einer Umtriebszeit von 3 Jahren. Dieser Wandel im Betriebsziel hat das Dorf nahezu vollkommen erfaßt. Seine Ursache ist nicht eindeutig festzustellen. Der Kartoffelbau befindet sich allgemein im Vormarsch in Mexiko. In einigen Dörfern und Ranchos der näheren Umgebung wird er seit 6 Jahren betrieben. In anderen Gebieten, z. B. an den höheren Hängen des Pico de Orizaba wird der Kartoffelanbau bereits seit Jahrzehnten gepflegt. Immerhin läßt sich dieser rasche Nutzungswandel in Xicoténcatl, der vor 1 1/2 Jahren eingesetzt hat, als eine außergewöhn-

lich große Innovationsbereitschaft des Dorfes werten, die sonst nicht typisch für Ejidos ist.

Nicht gelungen in der Zwischenzeit ist der Bau des schon 1971 vorgesehenen Tiefbrunnens, der der Schaffung von Bewässerungsland dienen sollte. Auf die besondere Initiative eines ehemaligen Ejidokommissars ist der Bau einer Trinkwasserleitung zurückzuführen, die 1974 in Gebrauch genommen werden konnte.

Die neu eingeführte Mais–Kartoffel–Getreide–Rotation, die eine Nutzungsverteilung von 60 % Mais bzw. Kartoffeln, 30 % Futtergerste und 10 % Bohnen vorsieht, ist ihrerseits für neue Strukturen sowohl im landwirtschaftlichen als auch im außerlandwirtschaftlichen Bereich verantwortlich:

1. Die monokulturelle Maisnutzung ist einem differenzierten Nutzungssystem gewichen, welches den Mineralhaushalt des Bodens weniger einseitig belastet.
2. Die Gefahr von Mißernten hat sich verringert, da das Risiko durch Nutzungsvielfalt gestreut worden ist.
3. Die Erträge der Kartoffel sind höher als die des Mais.
4. Während des Kartoffeljahres ist die menschliche Arbeitskraft im Zeitraum von der Saat bis zur Ernte kürzer, aber konzentrierter gebunden als während des Maisjahres. Falls Nebenerwerbsmöglichkeiten vorhanden, steht dafür während des Kartoffeljahres mehr Zeit zur Verfügung als vor Einführung der Rotation.
5. Die Ernährungsgewohnheiten der Dorfbevölkerung verschieben sich von der einseitigen Mais–Bohnen-Nahrung zugunsten der abwechslungsreicheren Kartoffel–Mais–Bohnen–Nahrung, was dem Gesundheitszustand der Bevölkerung zum Vorteil gereicht.
6. Die Abkehr von der Subsistenzwirtschaft in Richtung auf eine begrenzte Marktwirtschaft geschieht fast unmerklich dadurch, daß die Bevölkerung während des Kartoffeljahres auf den Ankauf des Hauptnahrungsmittels Mais angewiesen ist.

Die Punkte 3–6 bedürfen der Erläuterung.

Die unter Punkt 6 beschriebene Abkehr von der Subsistenzwirtschaft läuft reibungsloser ab, als für den Außenstehenden zu vermuten ist. Damit verbunden ist ein beträchtlicher finanzieller Gewinn. Das folgende kleine Rechenexempel macht das schnell klar.

Es gibt im übrigen einen Einblick in die detaillierte Problemlage eines in solcher Situation zur Entscheidung genötigten Campesino.

Der ha-Ertrag bei Kartoffeln liegt bei 5–6 t. Von der Kartoffelernte werden etwa 80 % verkauft, da die Lagerungsmöglichkeiten bekanntlich begrenzt sind. Das kg Kartoffeln bringt 1 Peso; damit kann der Campesino aus dem Verkauf seiner Kartoffelernte pro ha einen Ertrag von etwa 4500.– Peso ziehen. 2500.– Peso pro ha muß er für den Ankauf von Saatgut auf die Seite legen, so daß sein Reinertrag mit etwa 2000.– Peso anzusetzen ist.

Der ha-Ertrag bei Mais erreicht bei Verwendung von chemischem Dünger 2 t. Nach Abzug der hohen Kosten für den Dünger bleibt aber gerade soviel übrig als wäre 1 t ohne Düngerverwendung geerntet worden. Von der Maisernte werden nur 50 % verkauft, die andere Hälfte dient dem Eigenverbrauch und der Vorsorge für Saatgut.

Der Erzeugerpreis des Mais beträgt 1,40 Peso, der Ladenverkaufspreis 1,50 Peso. Der Campesino erhält somit für den Verkauf der Hälfte seiner Ernte 700.– Peso. Dieser Wert ist jedoch noch nicht direkt vergleichbar mit dem Erlös aus dem Kartoffelverkauf. Denn während des Kartoffeljahres ist der Campesino auf den Ankauf von Mais aus dem Laden angewiesen, was er während des Maisjahres nicht braucht, weil er sich die Hälfte der Ernte für den Eigenverbrauch aufspart. Die Saatgutrücklage mit 15 kg pro ha ist dabei zu vernachlässigen, so daß noch 500 kg x 1,50 Peso (Ladenverkaufspreis) vom Kartoffelerlös zu subtrahieren sind, um die Werte miteinander vergleichbar zu machen. Damit stehen sich gegenüber: 1250.– Peso pro ha während der Kartoffelnutzung und 700.– Peso während der Maisnutzung.

Wahrscheinlich hat ein Campesino diese Kostenrechnung nie so durchgeführt; notgedrungen hat er auch ein viel lebensnäheres Gespür für Nachteil und Gewinn. Es ist auch nicht sicher, ob in dieser Rechnung alle Faktoren richtig in Ansatz gebracht und ob nicht wesentliche übersehen worden sind. Aber selbst wenn man diese Kostenrechnung nur als groben Anhalt in die Betrachtung einbezieht, so wird doch deutlich, daß ein gewisses Maß ökonomisch geprägten Entscheidungsverhaltens in dieser einst so sehr

von der Erstarrung geprägten Ejidogemeinde Eingang gefunden haben muß.

Das Eindringen marktwirtschaftlichen Verhaltens in Xicoténcatl hat seinen Niederschlag auch in einer sprunghaft gestiegenen Zahl von dörflichen Einzelhandelsgeschäften gefunden. Gegenüber zwei Läden im Jahre 1971 sind es heute 7. Sie dienen längst nicht mehr nur der Funktion, die Versorgung der Bevölkerung während des „maisfreien" Jahres sicherzustellen, sondern regen manchen kaufkräftig gewordenen Kunden zur Erfüllung nicht nur alltäglicher Wünsche an.

Bevor zu den Neuerungen im gewerblichen Bereich übergegangen wird, ist es an dieser Stelle bereits angebracht, eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen: Der sozialökonomische Wandlungsprozeß hat das ganze Dorf mit Heftigkeit erfaßt. Die Modalität und das Ausmaß, in welchem das geschieht, war im Jahre 1971 nicht vorherzusehen. Bezeichnenderweise ist dieser Differenzierungsprozeß nicht durch die Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung eingetreten, die durch die Verwirklichung des Bewässerungsprojektes zu erwarten gewesen wäre, sondern durch einen mit keinerlei Investitionen verbundenen Nutzungswechsel im Trockenfeldbereich. Aber dadurch ist es möglich geworden, marktorientiert zu produzieren. Höhere Beträge Bargeld werden eingenommen, und ein neues Bewußtsein für einfache Marktgesetzmäßigkeiten breitet sich aus. Der Geldumlauf im Dorf beschleunigt sich, das Warenangebot nimmt zu, und, begünstigt durch den Kaufkraftanstieg der Bevölkerung, erreicht auch der Konsum bisher nie gekannte Dimensionen. Die erhöhte Nachfrage an Gütern schafft die Arbeitsplätze im Handel, z. B. in der sprunghaften Zunahme der Einzelhandelsgeschäfte, im Transportwesen usw. Es zeichnet sich ein Differenzierungsprozeß ab von bilderbuchartiger Präzision. Er weckt die Assoziation, als sei er geradewegs der volkswirtschaftlichen Konjunkturbelebungstheorie abgelauscht. Er ist so beispielhaft, daß er der Einordnung in ein Modell kaum noch zu bedürfen scheint. Er könnte selbst als Modell für einen mexikanischen ländlichen Entwicklungsplan dienen.

Die Beobachtungen zum Charakter dieses Differenzierungsganges führen geradewegs zum Vergleich mit unserem Klassifi-

kationsmodell. Der Leser erinnert sich, daß im Jahre 1971 alle Anzeichen dafür sprachen, daß sich die Gesellschaft von Xicoténcatl nach dem Muster des Subsistenzdifferenzierungstyps (linker Teil des Modells) weiter entwickeln würde. Eine solche Prognose hätte sich als falsch erwiesen. Denn der Differenzierungsgang von Xicoténcatl verläuft jetzt nach dem Muster des rechten Stranges des Modells, wo von Intensivierung, Überschußproduktion und Marktorientierung die Rede ist. Obwohl auf die Dynamik von Entwicklungs- und Wandlungsprozessen in Lateinamerika, auf Polaritäten und geradezu revolutionäre Übergänge bereits hingewiesen worden ist, bedeutet es doch eine besondere Erfahrung, diese Tatsache in einem an sich so überschaubaren und von keinen Extremen geprägt scheinenden Realitätsausschnitt bestätigt zu finden.

Was den gewerblichen Sektor anbelangt, so ist es hier zu noch durchgreifenderen Neuerungen gekommen als im landwirtschaftlichen Bereich. Sie liegen in der nebenberuflichen Herstellung von Betonziegeln, die an der Luft getrocknet werden. Seit einigen Jahren hat ganz Mexiko eine derartige Baukonjunktur erfaßt, daß die traditionellen Ziegelbrennereien schon lange nicht mehr dem sprunghaft gestiegenen Ziegelbedarf nachkommen können. Die Lücke haben kleine Familienbetriebe und nebenberufliche Hersteller schnell erkannt, indem sie die Preise mit ungebrannten Betonziegeln unterbieten. In der Qualität ist diese Sorte – ebenso wie die gebrannten Ziegel – den herkömmlichen Adobeziegeln weit überlegen, so daß sie einen reißenden Absatz finden. In dem absolut gewerbeschwachen Tlaxcala bestehen besonders günstige Rezeptionsbedingungen für diese Innovation. Xicoténcatl gehört zu den ersten Dörfern, die diesen Gewerbezweig aufgegriffen haben (vgl. auch SEELE 1968b).

Der Herstellungsgang ist denkbar einfach: Als Rohmaterial sind Zement (25 kg), Barranca-Sediment (60 kg), Natursteinchen (60 kg) mit einer Körnung von 1–3 cm, ferner eine Gußform mit 4 Kammern notwendig. Aus diesem Material können pro Tag 68 Ziegel hergestellt werden. Nach Abzug der Herstellungskosten verbleiben gut 1 Peso pro Stück als Gewinn. Sogar für die Kinder erwächst daraus eine kleine Verdienstquelle, indem ihnen das Sammeln von Kieselsteinen mit 20 Peso pro Sack belohnt wird.

Das Ausmaß, das diese nebenberufliche Ziegelherstellung annehmen kann, ist beträchtlich. Pro Woche beträgt der Nebenverdienst durchschnittlich 200.– Peso. Wenn er das ganze Jahr in dieser Intensität durchgehalten wird, übertrifft er leicht das landwirtschaftliche Einkommen eines 2,5 ha-Betriebes, so daß er echten Haupterwerbscharakter annimmt. Unter Anlegung industriestaatlicher sozialökonomischer Klassifikationskriterien würde ein solcher Betrieb als landwirtschaftlicher Grenzbetrieb, wenn nicht bereits als Nebenerwerbsbetrieb eingestuft. Daß die Ziegelherstellung durchaus gewerblichen Charakter hat und auch ausbaufähig ist, zeigt die starke Verbreitung in Xicoténcatl in etwa 80 % der Privathaushalte und in 9 haupterwerblichen Ziegelbrennereien, die im Ort ansässig sind und ihrerseits auch gewerbliche Arbeitsplätze bieten.

Bevor die Frage der sozialökonomischen Einstufung dieses Phänomens vertieft wird, noch einige weitere Daten zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialstruktur des Ortes: Der Anteil der außerlandwirtschaftlich Erwerbstätigen wird für 1974 vom Ejido-Kommissar mit 9,5 % angegeben. (Nach dem Zensus 1970 betrug die Wohnbevölkerung 1531 Einwohner, davon 25 % Erwerbstätige). Soweit diese Leute ihren Arbeitsplatz nicht im Ort selbst haben – dafür kommen mittlerweile etwa 40 in Frage –, pendeln sie wöchentlich in die Städte Tlaxcala, Puebla und Mexiko-Stadt. 15 Ortsangehörige haben einen Arbeitsplatz in der Textilindustrie in der Munizipialstadt Huamantla, die sie täglich erreichen können. Den Anteil von Abwandernden, die besserer beruflicher Chancen wegen ganz in die Stadt abwandern, gibt der Ejido-Kommissar wie auch im Jahre 1971 mit 80 % an, jedoch mit abnehmender Tendenz. Dieser hohe Wert mag angesichts der gestiegenen Erwerbsmöglichkeiten im Ort erstaunen, er ist jedoch leichter zu verstehen, wenn man folgende kleine Überlegung dazu anstellt:

Bei einem Bevölkerungswachstum von derzeit 3,5 % in Mexiko, auf dem Lande eher nach 4 % und mehr tendierend, steigt z. B. in Xicoténcatl die Einwohnerzahl jährlich um mindestens 60 Menschen. Die Zahl der von Jahr zu Jahr ins Erwerbsleben Tretenden dürfte nicht wesentlich geringer sein. Trotz gewachsener Entwicklungsdynamik überschreitet es die Möglichkeiten des Dorfes, dem

überwiegenden Teil dieser Menschen einen Arbeitsplatz nachzuweisen. Es dürfte übrigens auch unter den Industrieländern keines bekannt sein, dessen Wirtschaft einem solchen Bevölkerungsdruck gewachsen wäre.

Angesichts dieser Fakten darf es nicht weiter verwundern, daß sich der Prozentsatz der Abwandernden nur ganz unmerklich reduziert. Noch ist es zu früh dafür, hier eine durchschlagende Wandlung erwarten zu wollen. Ganz allmählich beginnt sich erst die lange Warteliste derer abzubauen, die bisher trotz unzureichender Arbeitsmöglichkeiten im Ort verblieben sind und sich mit unterbezahlten Hilfsdiensten durchgeschlagen haben. Die Familienväter führen in dieser Frage ein unerbittliches Regiment und nötigen die heranwachsenden Jugendlichen unmißverständlich, sich ihre Unterhaltsquelle außerhalb des Dorfes zu suchen; der Zusammenhalt des Familienverbandes bleibt davon zunächst unangetastet. Damit ist das dringendste soziale Problem für das Dorf zwar gelöst, für das mexikanische Volk als Ganzes ist es jedoch nur an eine andere Stelle verlagert, nämlich in die Stadt, wo es sich, durch das gleichartige Abwanderungsverhalten im gesamten mexikanischen ländlichen Raum begünstigt, allmählich so stark akkumuliert, daß kaum noch eine Chance zu seiner Lösung besteht. Da sich unsere Untersuchung jedoch nicht mit dem Problem der städtischen, sondern der ländlichen Marginalität beschäftigt, muß die Bevölkerungsabwanderung für den ländlichen Raum durchaus als positives Anzeichen für den Abbau seiner erdrückenden Überbevölkerung gewertet werden. Dieser Migrationsstrom hat die entscheidende Entlastungsfunktion für den ländlichen Raum, und nur durch ihn erhält die zurückbleibende Bevölkerung die Chance, sich in einem halbwegs geordneten Differenzierungsprozeß sozialökonomisch weiter zu entwickeln.

Die Anwendbarkeit des sozialökonomischen Klassifikationsmodells

Dem Leser dürfte aufgefallen sein, daß sich die sozialökonomische Struktur unseres Dorfes nicht ohne weiteres durch das Modell fassen läßt. Zwar bietet das RÖHMsche Modell für die hier

scheinbar vorhandenen Grenz- und Nebenerwerbsbetriebe die entsprechenden sozialökonomischen Klassifikationsstufen an; die Verwendung dieses Klassifikationssystems hatte sich jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen als unangemessen erwiesen.

Warum kann von echten Grenz- und Nebenerwerbsbetrieben im RÖHMschen Sinne nicht die Rede sein? Ganz einfach deswegen, weil die landwirtschaftlichen Betriebe nach wie vor hauptberuflich geführt werden. Wenn unsere Befragungsergebnisse diesen Sachverhalt nicht hinreichend zutage gefördert hätten, so wäre diese Tatsache auch daran zu ermessen, daß seit dem ersten Auftauchen des „Nebenerwerbs" nicht etwa ein landwirtschaftlicher Produktionsrückgang, sondern eine Produktivitäts- und Produktionssteigerung mit den beschriebenen neuen Formen der Marktorientierung usw. eingesetzt hat. Nach den in Europa bekannten Erfahrungen bei Übergängen von vollerwerblichen zu nebenerwerblichen landwirtschaftlichen Betriebsformen wäre eine solche Entwicklung zumindest ungewöhnlich. So kommt man auch über diese Überlegungen zu der sicheren Annahme, daß die Ziegelherstellung, die auf den ersten Blick als nebenberuflich betrieben erscheint, einer vollberuflichen Existenzform zugeschrieben werden muß.

Wer sind die Träger dieser neuen vollberuflichen Erwerbsexistenzen? Sie gehören den gleichen Familien an, die vorher von der Bodenbearbeitung allein leben mußten. Im allgemeinen ist es so, daß eine beruflich nicht ausgelastete Person, der Schwager, Bruder, Sohn oder Schwiegersohn, nachrückt, um eine der beiden Funktionen, die Landwirtschaft oder die Ziegelherstellung, voll zu versehen. In den Fällen, in denen in Ermangelung anderer männlicher Familienangehöriger nur die Ehefrau für die Übernahme der neuen Funktion in Frage kommt, sind auch unter den beiden Ehegatten die Aufgabenbereiche streng abgegrenzt. Die Frau ist dann natürlich für die Landwirtschaft zuständig. Das ist übrigens derjenige Fall, der am ehestens Anklänge zu entsprechenden Nebenerwerbsverhältnissen in Europa aufkommen ließe.

Wie man sieht, hat das gewerbliche Einkommen überwiegend insofern Nebenerwerbscharakter, als es zur Verbesserung des Familieneinkommens, nicht des Einzeleinkommens beiträgt. Daß

damit auch eine Entlastung der ohnehin überlasteten agrarischen Basis verbunden ist, liegt auf der Hand. Vermutlich wäre man nie das landwirtschaftliche Innovationsrisiko der Kartoffelrotation eingegangen, hätte nicht das dazu gewonnene gewerbliche Familieneinkommen dieses Risiko kalkulierbarer erscheinen lassen.

Hier liegt das auslösende Moment zur Erweiterung unseres Modells. Das neu hinzugetretene gewerbliche Einkommen muß als Ergänzung des Gesamt-Familieneinkommens und nicht als Ergänzung des landwirtschaftlichen Einkommens des Betriebsinhabers allein aufgefaßt und klassifizierbar gemacht werden. Der sozialökonomische Standort solcher gemischt verdienenden Familien läßt sich dann einfach aus den unterschiedlichen Anteilen landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Arbeit bestimmen. In dieser Überlegung ist durchaus der alte RÖHMsche Gedanke wiederzuerkennen, nur daß es einer Angleichung an die andersartige mexikanische sozialökonomische Familienstruktur bedurfte.

Um die Modellerweiterung nicht nur in Anpassung an den sozialökonomischen Typ Xicoténcatl vorzunehmen, sondern einer vermutlich generell sich verbreitetenden Welle von ländlichen Gewerbeansiedlungen in Mexiko Rechnung zu tragen, soll dieser neue landwirtschaftlich gewerbliche Differenzierungsgang eine möglichst allgemein verwendbare Form erhalten. Dabei scheint es vor allen Dingen sinnvoll, den Begriff „gewerblich" auf „nicht-landwirtschaftlich" auszudehnen, um auch alle denkbaren Fälle nichtlandwirtschaftlicher Einkommensquellen, die nicht zugleich gewerblich sind, erfassen zu können. Diese Erwerbsquellen unterscheiden sich von den im Subsistenzdifferenzierungsgang angedeuteten prinzipiell dadurch, daß diese einen echten Differenzierungsstatus einer ehemals ausschließlich agrarisch orientierten Familie signalisieren, während jene der reinen Subventionierung, leider auch Perpetuierung des Subsistenzwirtschaftsstatus dienen, also nur scheinbar sozialökonomisch differenzierend wirken. Daß sie sich jedoch in ein echtes außerlandwirtschaftliches Einkommen ausweiten können, ist bei der Radikalität der mexikanischen gesellschaftlichen Entwicklungsgänge nicht auszuschließen.

Bei der Kombination der landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Einkommenstypen sollte man von dem Typ des

überwiegenden landwirtschaftlichen Einkommens ausgehen, um die Bewegungsrichtung des Differenzierungsganges anzudeuten. Um die erste sozialökonomische Klasse und auch alle anderen für spätere Fälle zugleich quantifizierbar zu machen, sollten die Anteile des landwirtschaftlichen bzw. nicht-landwirtschaftlichen Einkommens prozentual gestaffelt werden, so daß das Modell nunmehr folgende Gestalt annimmt.

Tabelle 5: Das erweiterte sozialökonomische Klassifikationsmodell (Typ Xicoténcatl)

Undifferenzierte, isolierte Subsistenzwirtschaftsgesellschaft

„Subsistenzdifferenzierungsgang"[7]	„Marktorientierungsgang"[7]	„Gemischter Einkommensdifferenzierungsgang"[7]
Landw. Familien (Subs.) ohne sonstig. Einkommen bzw. Tagelöhner ohne Land	Landw. Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen	Familien mit überwieg. landw. Einkommen: landw. Eink. > 50 % des Gesamteink.
Landw. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäftigung; bzw. Tagel. m. landw. Nebenerw.	Landw. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	Familien mit ausgeglichenem landwirtschaft. u. nicht-landw. Eink.
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Angehörigen in dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion	Familien mit überwieg. nicht-landw. Eink. > 50 % des des Gesamteink.
Landw. Familien (Subs.) m. Fam.-Ang. in nicht-dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftig.	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation	Familien mit ausschl. nicht-landwirtschaftl. Einkommen
Subventionierte Subsistenzfamilien	Marktorientierte landwirtsch. Familien mit Verselbständig. im Handel	

Differenzierte, integrierte, urbane (Industrie-) Gesellschaft

[7]) Die Pfeile im Modell deuten an, daß der Differenzierungsprozeß nicht ein lückenloser Durchgang durch jede einzelne Differenzierungsstufe ist, sondern daß Differenzierungssprünge sowohl innerhalb eines jeden Differenzierungsganges für sich als auch von dem einen zum anderen möglich sind (vgl. auch Tab. 2, S. 21)

Das Modell ist um den rechten Differenzierungsgang erweitert worden, wodurch jetzt alle gemischten bzw. ggf. auch nicht-landwirtschaftlichen sozialökonomischen Differenzierungsformen erfaßbar sind. Dabei bleiben die in den beiden ersten Differenzierungsgängen dominierenden Unterscheidungskriterien, Subsistenzwirtschaftstyp und Marktorientierungstyp, verbal unberücksichtigt; sie fließen in die sozialökonomischen Klassen des dritten Differenzierungsganges in Form der Prozentualangabe ein, die Aufschluß darüber gibt, in welchem Verhältnis das landwirtschaftliche Einkommen zum nicht-landwirtschaftlichen steht.

Der Subsistenzdifferenzierungsgang und der neugeschaffene gemischte Einkommensdifferenzierungsgang stehen aber in einer engen Entwicklungsbeziehung zueinander. Die außerlandwirtschaftlichen Vollbeschäftigungsformen im Subsistenzbereich schienen Anfang der 70er Jahre, als dieser Teil des Modells konzipiert wurde, mit Ausnahme einiger weniger dorfgebundener Arbeitsplätze nur im außerdörflichen Bereich realisierbar. Das Ergebnis der damaligen Entwicklung mußten zwangsläufig hohe Abwanderungsraten bzw. zahlreiche im Subsistenzbereich zurückbleibende Kernfamilien sein, welche günstigstenfalls von den aus dem Familien- und Dorfverband ausgeschiedenen Erwerbspersonen weiter unterstützt werden (subventionierte Subsistenzgesellschaft). Diese Situation hat sich bis heute zwar nicht schlagartig geändert, aber die beschriebenen sozialökonomischen Strukturwandlungen von Xicoténcatl deuten eine mögliche Richtungsänderung dieser Entwicklung an, indem nicht-landwirtschaftliche Vollerwerbsformen in größerem Ausmaße neuerdings auch im dörflichen Bereich möglich sind. Insofern stellt der gemischte Einkommensdifferenzierungsgang die logische Alternativentwicklung und Weiterführung des Subsistenzdifferenzierungsganges dar. Es bleibt zu überlegen, ob man nicht an späterer Stelle die beiden vorwiegend landwirtschaftlichen Differenzierungsgänge in eine schlankere Gestalt umformen sollte, wenn sich die Vermutung bestätigt, daß der ländliche Raum zunehmend zum Schauplatz landwirtschaftlich-gewerblicher Differenzierungsprozesse wird.

Zusammenfassung der Ergebnisse des sozialökonomischen Klassifikationsversuchs von Xicoténcatl

Als Ergebnis des Klassifikationsversuchs von Xicoténcatl läßt sich festhalten, daß sich die überwiegende Zahl der Familien im Jahre 1974 den sozialökonomischen Gruppen „Landwirtschaftliche Familien mit Überschußproduktion", „Landwirtschaftliche Familie mit gezielter Marktproduktion" und den einzelnen sozialökonomischen Klassen eines neugeschaffenen gemischten Differenzierungsganges zuweisen läßt, der auf den unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten von landwirtschaftlichem und nichtlandwirtschaftlichem Einkommen basiert. Bei etwa 20 % der Familien, welche sich der Innovation der Mais–Kartoffel–Getreide–Rotation bzw. der Betonziegelherstellung bislang verschlossen haben, gilt noch die Zuordnung zur Gruppe der „Subsistenzfamilien ohne sonstiges Einkommen", welche 1971 fast ausnahmslos den sozialökonomischen Status des Dorfes kennzeichnete. Das Eindringen außerlandwirtschaftlicher Erwerbsformen stellt insofern einen auch mit industriestaatlichen Maßstäben faßbaren Nebenerwerb dar, als er zusätzliche vollberufliche Einkommensmöglichkeiten zur Aufstockung ehemals rein agrarisch strukturierter Familieneinkommen bietet. An ihnen ist der Übergang einer ehemals ausschließlich bodenbezogenen ländlichen Subsistenzgesellschaft zu sekundärwirtschaftlichen Erwerbsformen erkennbar. Die Betonziegelherstellung verkörpert eine neue vollberufliche Existenzform, die vollberechtigt neben einer sich intensivierenden Landwirtschaft ihren Platz hat. Landwirtschaftliches und gewerbliches Einkommen, aus unterschiedlicher Hand erworben, vereinigen sich in ihrer auf den Gesamtfamilienunterhalt gerichteten Zweckbestimmung und fungieren damit hinsichtlich unseres Forschungsansatzes als Indikatoren für die sozialökonomische Standortbestimmung der Familie. Da die aktuelle sozialökonomische Entwicklung Xicoténcatls von den an sich getrennt in Ansatz gebrachten Differenzierungsprinzipien der Subsistenz-Gewerbe-Polarität und der Nutzungsintensivierung gleichzeitig gekennzeichnet ist, erwies es sich als notwendig, das Modell zu erweitern, wodurch jetzt auch die kombinierten sozialökonomischen Familientypen eingeordnet werden können.

III. Die räumlich und sozial peripher gelegene Subsistenzgemeinde mit beginnendem Wandel der Berufs- und Sozialstruktur Ejido Benito Juárez, Municipio Huamantla, Bundesstaat Tlaxcala

Tabelle 6: Zensusdaten von Benito Juárez 1970

1379 Einwohner
- davon: 28,7% erwerbstätig
  davon: 81,8% in der Landwirtschaft
  6,3% in der Industrie
  11,4% in Handel und Dienstleistungen
- davon: 68,9% alphabetisiert
- davon: 74,3% mit Primarschulbildung
- davon: 8,8% in Ausbildung befindlich

177 Häuser
- davon: 63,8% mit Wasseranschluß im Haus
- davon: 2,8% mit Wasseranschluß im Hof
- davon: 1,7% mit Kanalisation
- davon: 66,7% mit gesondertem Fußboden über dem Erdboden
- davon: 87,6% mit elektrisch Licht
- davon: 66,7% mit Radio
- davon: 11,3% mit Fernsehen

Auch bei diesem Modelltest steht der prozessuale Charakter im sozialökonomischen Differenzierungsgang der mexikanischen ländlichen Familie im Mittelpunkt. Denn wie bei Xicoténcatl bestand Gelegenheit, den Ejido Benito Juárez in dem genannten Intervall von drei Jahren, 1971 und 1974, zweimal zu besuchen.

Benito Juárez liegt in dem gleichen abgeschiedenen Gebiet des oberen Blocks von Tlaxcala, etwa 20 Autominuten auf unbefestigtem Landweg von Xicoténcatl entfernt. Es herrschen hier die gleichen rauhen Naturbedingungen, die einer durchschlagenden Strukturverbesserung im agrarischen Bereich hemmend entgegen wirken. Versuche mit Blumenzucht und Obstkulturen haben sich als Fehlschlag erwiesen.

Im Gegensatz zu Xicoténcatl verfügte Benito Juárez bereits 1971 über einen kleinen Bereich Bewässerungsland, das gut 6 % der Gemarkung einnahm. Es wurde in einem 6-Jahreswechsel mit

reiner Alfalfa- bzw. Alfalfa-Hafer-Saat genutzt. Auf dem Trockenfeldland wurde zu 80 % Mais angebaut, die restlichen 20 % entfielen auf Gerste und Bohnen. Die Betriebsgrößenklassen ließen sich nach der Zugehörigkeit zum Bewässerungsland gliedern. Alle 167 Ejido-Familien verfügten zwar über 6 ha Land, bei 28 gliederte sich dieser Besitz jedoch in 2 ha Bewässerungs- und 4 ha Trockenland auf. Die Bewässerungsflur lag in einem Block zusammen. Sie umfaßte 56 ha gegenüber 922 ha Gesamtgemarkungsfläche. Der Impuls zur Einrichtung einer Bewässerungsanlage ging von der mexikanischen Bundesregierung während der Präsidentschaft von Adolfo Ruis Cortínes im Jahre 1953 aus: Sie besorgte den Brunnenbau, das Wasserbauministerium Recursos Hidráulicos installierte die Pumpe, die allerdings im Jahre 1961 erneuert werden mußte. Dem Dorf waren bis dahin keine weiteren Unkosten bis auf die Entrichtung einer Wasserentnahmegebühr von 14.40 Peso pro Stunde entstanden. 1969 übernahm es eine Gruppe von 28 risikobereiten Ejidatarios, bei der Banco Agropecuario del Sur den Kredit (von 549 000.– Peso) für die Installierung einer modernen Elektropumpe aufzunehmen. Die Rückzahlung dieses Kredits lief im Jahre 1971 aus.

Die bescheidene Bewässerungsfläche von 6 % mit einer intensiven Grünfutternutzung bildete die Grundlage für eine nennenswerte Milchviehzucht im Dorf. Aber nur 6 Ejidatarios vereinigten den Kuhbestand von 46 Stück auf sich. Pro Liter Milch erzielen sie 1.20 Peso. Die besonderen Bemühungen der Ejidatarios richteten sich denn auch auf den Ausbau dieses Sektors innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzung. Die Einrichtung von zwei weiteren Brunnen war geplant, um die Grünfutterproduktion auszudehnen. Daneben stand der Bau einer Trocknungsanlage auf dem Programm, um die erwarteten Alfalfa-Überschüsse konservieren zu können. Schließlich trug sich eine Gruppe von Ejidatarios mit dem Gedanken, ebenfalls auf Kredit, den ihnen die Banco Agropecuario del Sur einzuräumen bereit war, einen Großviehstall zu bauen. Alle genannten Initiativen waren auf die besondere Rührigkeit des amtierenden Ejido-Kommissars zurückzuführen.

Für die agrarische Überschußproduktion existierte ein Vermarktungssystem, das unabhängig von dem im Zusammenhang

mit Xicoténcatl erwähnten Aufkaufswesen durch die Ejidalbank war. Die Ejidatarios ließen ihre Erzeugnisse von einigen darauf spezialisierten Ejido-Genossen in die Munizipialstadt Huamantla transportieren und vermarkteten sie dort selbst. Die Einkünfte waren höher, und man entging der Ausgeliefertheit gegenüber amtlichen Schätzern und Aufkäufern, die nicht selten nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten.

Die landwirtschaftliche Arbeitsstättenbilanz ähnelte der von Xicoténcatl. Neben der Bewirtschaftung der eigenen Ejidoparzelle bestand die einzige außerbetriebliche Erwerbsmöglichkeit im Tagelöhnerdienst auf den benachbarten Ranchos. Unter ihnen spielt die ehemalige Hacienda Santa Clara, die 1937 einen Teil ihrer Ländereien an die damals gegründete Ejido-Kolonie Benito Juárez abtreten mußte, eine besondere Rolle, weil sie in der Erntezeit nicht weniger als 40 Tagelöhner beschäftigen kann. Die gezahlten Tagelöhne lagen unter dem gesetzlich garantierten Mindestlohn von 20.– Peso im Jahre 1971. Die „Resthacienda" verfügt heute noch über 2000 ha Betriebsgröße.

Im landwirtschaftlich-gewerblichen Bereich bestanden saisonale Erwerbsmöglichkeiten in Form des erwähnten Transportes von Agrarprodukten auf den Markt von Huamantla. Darüber hinaus bot die Vermietung von Traktorendiensten bei Feldarbeit und schwerem Lastentransport eine begrenzte Erwerbsquelle. Damals konnten jedoch nur zwei Fälle dieser Art gegenüber 6 in Xicoténcatl registriert werden.

Im außerlandwirtschaftlichen Bereich beschränkte sich 1971 das Angebot von Erwerbsquellen außer den üblichen Stellen des Pfarrers und des Lehrers auf ein mit großem persönlichem Initiativgeist betriebenes Personenbeförderungsunternehmen. Drei Ortsangehörige betrieben die Linie Benito Juárez – Huamantla mittels eines ihnen gemeinsam gehörenden Omnibusses. Sie fuhren die Route täglich ein- bis zweimal ab und kassierten pro Person und Richtung 1 Peso. – In auswärtigen Arbeitsverhältnissen verdienten 220 Ortsangehörige ihr Brot. Sie arbeiteten in den Städten Tlaxcala, Puebla und Mexiko-Stadt und pendelten, sofern verheiratet, wöchentlich zwischen Wohn- und Arbeitsort.

Tabelle 7: Ausgewählte Strukturdaten von Benito Juárez (nach der Aufnahme von 1971)

	Benito Juárez	
Familiengrößen- und Altersstruktur	Gesamtbevölkerung:	1397 E.
	Zahl der Ejidatarios:	167 Ej.
	Auf die Familiengrößenklassen... entfallen... % aller Familien:	
	bis 5 Personen	3 %
	6 + 7 Personen	30 %
	8 bis 11 Personen	60 %
	über 11 Personen	7 %
	Auf die Altersklassen... entfallen.... Ejidatarios	keine Angaben
Betriebsstruktur	Ejidobetriebe	167
	Betriebsgrößenklasse	Trockenland 6 ha / Bewäss. + Trockenland 2 ha + 4 ha
	Betriebe	135 (Trockenl.) / 28 (Bewäss. + Trock.)
	Vieh: Pferde	zus. 38
	Kühe	6 Betr. mit zus. 46
	Esel	zus. 180
	Chemischer Dünger	keine Angaben
	Steuern pro Betr.	35 Pesos
Bodennutzg. (in % der Betriebsfl.	Mais	80 % / 80 %
	Alfalfa/Hafer	100 %
	Futtergerste	10 % / 10 %
	Bohnen	10 % / 10 %
	übrig. + Garten	– / –
	Ertrag: Mais	850 bis 1000 kg/ha
	Ertrag: Gerste	1000 kg/ha
Sozialök. Struktur	Hauptberuf:	Campesino / Campesino
	Nebenberuf:	3 Campesino betreiben 1 Omnibus; 2 Traktorenverm.
	Bareinkommen	keine Angaben
Infra-Struktur	Elektrisch Licht:	alle
	Trinkwasser:	75 Hausbrunnen
	Radiogerät:	alle
	Fernsehen:	keine Angaben

(nach Angaben des Ejido-Kommissars)

Die Abwanderungsrate der im Erwerbsleben des Dorfes keinen festen Platz findenden Jahrgänge lag 1971 nach Auskunft des Ejido-Kommissars unter 80 %. Diese Tatsache fand ihren Niederschlag in einer relativ starken Besetzung der höheren Familiengrößenklassen von 8–11 Personen. Dieser große Bevölkerungsdruck auf die Erwerbsgrundlagen des Dorfes schien sich aber nicht in einem geringeren Lebensstandard auszudrücken, zumindest was die infrastrukturelle Ausstattung des Dorfes anbelangt. Ein Radio war in jedem Haus zu finden[8]), eine gegliederte Raumaufteilung wiesen mehr als die Hälfte der Häuser auf.

Die Anwendbarkeit des sozialökonomischen Klassifikationsmodells auf die Situation im Jahre 1971

Die verschiedenen sozialökonomischen Strömungen lassen sich einem sozialökonomischen Typ allein nicht zuordnen. Einerseits waren klare Bestrebungen zu einer Weiterdifferenzierung im agrarischen Bereich erkennbar. Das betrifft vor allem die Gruppe um den Ejido-Kommissar, welche ihre Initiativkraft schon einmal bei der Übernahme des Finanzierungsrisikos zur Renovierung der Pumpe unter Beweis gestellt hatte. Sehr wahrscheinlich ist der Kern dieser Gruppe in den 28 Bewässerungsland-Ejidatarios zu suchen. Sie dürften sich dem Marktorientierungsgang des Modells zuordnen lassen, d. h. konkret der Gruppe „landwirtschaftliche Familien mit gezielter Überschußproduktion und Marktorientierung". Ob sie möglicherweise auch Anteile an dem kombinierten Typ „mit Familienangehörigen in dorfgebundener . . . " oder „ . . . außerdörflicher Vollbeschäftigung" haben, müßte von Fall zu Fall entschieden werden. Dafür reicht dieses nur von Erhebungen beim Ejido-Kommissar stammende Material nicht aus. Es kann sein, daß die betriebliche Intensivierungs- und Differenzierungsbereitschaft dieser Leute Ausdruck eines mobilen Gesamtverhaltens ist, welches ihnen auch den Entschluß leicht fallen ließ, sich nach lukrativen auswärtigen Einkommensmöglichkeiten umzuse-

[8]) entgegen den Angaben in der amtlichen Statistik, vgl. Tab. 6, S. 46

hen. Es kann aber auch sein, daß sich ein solches mobiles Verhalten ganz auf den innerbetrieblichen Fortschrittsdrang konzentrierte, welcher eine überdurchschnittliche Verbleibensquote im häuslichen Umkreis zur Folge hatte. Die Beantwortung der Frage bleibt künftigen Besuchen vorbehalten.

Der quantitativ stärkere Bevölkerungsteil von Benito Juárez läßt sich dem noch im Trockenfeldbau verharrenden Subsistenzdifferenzierungsgang zuweisen. Hier dürften sich jedoch Differenzierungsunterschiede ergeben, je nach der Art des außerlandwirtschaftlichen Zweiteinkommens. Die Gruppe der gelegentlichen Peones könnte in dem sozialökonomischen Typ „mit Familienangehörigen in dorfgebundener Nebenbeschäftigung" untergebracht werden. Der Löwenanteil der 220 auswärtigen Erwerbstätigen ist ebenfalls in der Gruppe des Subsistenzdifferenzierungsganges anzusiedeln, so daß vor allem wohl die Gruppe „mit Familienangehörigen in außerdörflicher Vollbeschäftigung" noch kräftige Zuweisungen erhalten dürfte.

Strukturwandlungen bis zum Jahre 1974

Im landwirtschaftlichen Bereich hat Benito Juárez im Jahre 1974 entgegen den begründeten Anzeichen aus dem Jahre 1971 keine Wandlungen vorzuweisen. Das Bewässerungsland ist nicht erweitert worden, und das Nutzungssystem sowohl im Bewässerungs- als auch im Trockenfeldbereich ist das gleiche geblieben. Für etwaige Innovationsströmungen, die sich auf das Eindringen von Kartoffelanbau – sei es in monokultureller Nutzung oder nach dem Muster Xicoténcatls – gerichtet haben könnten, hat sich Benito Juárez als absolut unempfänglich erwiesen. Das mag besonders deshalb erstaunen, als unmittelbar an die Ejidokolonie ein Kartoffelrancho angrenzt. Nach Auskunft des Ejido-Kommissars ist mit solchen Nutzungsänderungen vorerst auch nicht zu rechnen, weil sich das Interesse des Dorfes auf andere Entwicklungsziele – gewerblich-landwirtschaftliche wie rein gewerbliche – richte.

Eines dieser Unternehmen ist die Unterhaltung eines Großviehstalls, mit dessen Errichtung schon im Jahre 1971 begonnen

worden ist. Zu seinen Betriebszielen gehört die Milchproduktion und die Kälberaufzucht. Die Milchkälber verbleiben in der Anlage, die Stierkälber werden nach der Geburt verkauft. Die Fortpflanzung wird durch künstliche Besamung gesteuert, für die ein Zuchtbulle mit guten Erbanlagen zur Verfügung steht.

Der gegenwärtige Viehbestand beträgt 268 Milchkühe und 68 Kälber. Die Tiere verbringen ihr Leben in einem Kral von etwa 2 ha Größe, in dem jeglicher Graswuchs durch das dichte Hufgestampf unterbunden wird. Das Futter kommt aus der dorfeigenen Grünfutterproduktion, ferner aus hinzugekauftem Trockenfutter und Kraftfutterbeimengungen. Zur Fütterung, Reinigung und Milchabnahme werden die Tiere in die zu diesem Zweck eingerichteten Boxen getrieben. Die mit elektrischen Melkmaschinen gewonnene Milch wird kurz gereinigt und in einen Kühlbehälter geleitet, der eine konstante Temperatur von 4° hält. Per Tankwagen wird die Milch dann nach Mexiko-Stadt transportiert.

Die tägliche Milchleistung beträgt mehr als 4000 l. Pro Tier werden durchschnittlich 15 l veranschlagt. Das Liter Milch erbringt einen Erzeugerpreis von 2.40 Peso, das doppelte wie die qualitativ schlechtere im Jahre 1971, so daß man von einer täglichen Bareinnahme von nahezu 10 000.– Peso ausgehen kann. Davon müssen die Transportkosten für die Milch, die Futterausgaben, die Kreditzinsen, Tilgungsbeträge und Lohnkosten abgerechnet werden. Die Lohnkosten sind relativ gering, da 9 Landarbeiter mit einem Tagelohn von 30.– Peso in der Lage sind, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die veterinärmedizinische Aufsicht versieht ein Teilzeit-beschäftigter junger Tierarzt.

Die Besitzer der Viehzuchtanlage sind die 28 Ejidatarios, die sich 1971 bereits als besondere sozialökonomische Gruppe hatten ausgliedern lassen. An ihrer Spitze steht ein ehemaliger Ejido-Kommissar, auf dessen Namen man immer wieder stößt, wenn von Neuerungen im Dorfe die Rede ist. Der Bau der Anlage hat 4 Millionen Peso gekostet, welche die Banco Agropecuario del Sur, nicht die Ejidalbank, mit einer Laufzeit von 11 Jahren bereitgestellt hat.

Bis zur vollen Bezahlung bleibt das Unternehmen, d. h. sein wirtschaftlicher Wert, Eigentum der Bank. Von der hypothekari-

schen Belastbarkeit ist bekanntlich Ejidoland ausgenommen, weil es dem Ejidatario nur in einer Art Lehen zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet natürlich eine Zurücksetzung der Ejidatarios gegenüber vergleichbaren Kleinlandbesitzern. Im Industriegebiet um Puebla und Xoxtla, wo das schwerindustrielle HYLSAMEX-Werk beheimatet ist, hat es deswegen bereits Unruhen unter der Bevölkerung gegeben. Denn bei der Ausweitung von Werksgelände wurden ejidale Kleinlandbesitzer entschädigungslos enteignet, obwohl der Staat Verkaufserlöse für das Land einstrich, während die privaten Kleinlandbesitzer ihr Geld direkt erhielten. Sie erhielten meistens auch – wie bereits erwähnt – Präferenzansprüche auf bevorrechtete betriebliche Verwendung.

Der äußere Eindruck, den man von der Viehzuchtanlage gewinnt, erinnert sehr an einen unternehmerisch geführten Großviehrancho der Umgebung von Benito Juárez. Ein solches Vorbild dürfte auch Pate gestanden haben bei der Planung des Projektes durch die Ejidatario-Gemeinschaft. Dabei sollte die Rolle des besagten Ejido-Kommissars als Wegbereiter dieser unter ejidalen Verhältnissen als Innovation anzusehenden Neuerung nicht unterschätzt werden. Benito Juárez wiederum scheint als Vorbild für andere Ejidos zu fungieren. Der benachbarte Ejido San Pedro Tecoac befand sich 1974 bereits in Verhandlung mit der Banco Agropecuario del Sur, um den Kredit für ein ähnliches Projekt zu erhalten.

Die besonderen Aktivitäten der 28 Bewässerungsland-Ejidatarios erwecken den Eindruck, daß es sich bei ihnen um eine Vereinigung handelt, die um sich herum den Geruch einer für ländliche Gebiete sonst nicht typischen Exklusivität verbreitet. Dieser Verdacht erhält Nahrung dadurch, daß ein Teil von ihnen auch an einem gewerblichen kapitalintensiven Unternehmen beteiligt ist, welches im Anschluß beschrieben werden soll. Von dieser Gruppe gehen jedoch auch Impulse aus, die dem Gesamtnutzen des Dorfes dienen. Die Schwierigkeiten, die der Installierung der Pumpe entgegenstanden, sind inzwischen aus dem Wege geräumt, so daß die Ausdehnung des Bewässerungslandes bevorsteht. Die Finanzierung des Dehydrationssilos durch die Banco Agropecuario del Sur ist auch gesichert, so daß die erhöhte Grünfutterproduktion einen

dankbaren Abnehmer finden dürfte. Für die fernere Zukunft stehen der Bau einer Schweinemastanlage und einer Hühnerfarm auf dem Programm. Die landwirtschaftlich sonst nicht nutzbaren Ödlandflächen des Ejido, die nicht weniger als 2000 ha ausmachen, würden sich für diesen Zweck besonders gut eignen.

Es handelt sich bei dem gewerblichen Unternehmen, auf das bereits hingewiesen worden ist, um eine Konfektionsfabrik, die im Mai 1974 ihre Produktion aufgenommen hat. Sie liegt keine 500 m entfernt von der Viehzuchtanlage und ist ebenfalls auf Gemeinschaftsbasis von 13 Ejidatarios errichtet worden, unter denen der genannte Ejido-Kommissar eine führende Rolle spielt. Die Kreditsumme in Höhe von ebenfalls 4 Millionen Peso wurde von derselben Bank zur Verfügung gestellt. Sie muß in einer Frist von 20 Jahren zurückgezahlt werden. Die hypothekarischen Bedingungen sind die gleichen wie bei der Viehzuchtanlage.

Die Fabrik beschäftigt 86 Arbeitnehmer, darunter überwiegend Frauen. Bis auf das leitende Personal von 4 Angestellten, die aus ferneren Städten wie Aguascalientes, Oaxaca und Mexiko-Stadt stammen, sind in der Fabrik nur Ortsangehörige tätig. Ihr Arbeitsplatz besteht aus einem Nähtisch und einer Nähmaschine, an der sie die Stoffteile zusammennähen, die ihre männlichen Kollegen in einer gesonderten Zuschneideabteilung vorbereiten. Für die ausreichende Beherrschung dieser Arbeitsverrichtungen bedarf es nur einer kurzen Anlernzeit. Vorerst besteht der Arbeitstag aus einer Schicht von 7 Stunden. Falls der Absatz sich gut weiterentwickelt, ist an die Einrichtung einer zweiten Schicht gedacht, wodurch sich die Zahl der Arbeitsplätze verdoppeln würde.

Unter den Standortfaktoren, die die Einrichtung einer Fabrik an dieser Stelle maßgeblich beeinflußt haben, ist zuerst die persönliche Initiative des Ejido-Kommissars und eine möglicherweise begünstigende politisch-private Konstellation, die den bürokratischen Aufwand bei der Bereitstellung der Kredite zu vereinfachen geholfen haben mag, zu nennen. Der Textilindustrie, die traditionell eine weite Verbreitung in den Bundesstaaten Tlaxcala und Puebla – wie auch in anderen Teilen Mexikos – hat, sind spezifische Standortfaktoren nicht zuzuschreiben, mit Ausnahme des hohen Arbeitskräftebedarfes, der aber überall im überbevölkerten Hoch-

land von Zentralmexiko gedeckt werden könnte. Unter den Handelspartnern der Fabrik spielt die Munizipialstadt Huamantla überhaupt keine Rolle. Die Hauptstadt Mexiko-Stadt ist der wichtigste Abnehmer der Konfektionsprodukte, darunter Hosen, Hemden und andere Kleidungsstücke. Nach Puebla, Oaxaca und Guadalajara gehen ebenfalls verschiedene Lieferungen. So lassen sich auch aus der Betrachtung der Handelsstruktur keine Rückschlüsse über Standortgunst und -ungunst von Benito Juárez ableiten.

Gewerblich-ländliche soziale Schichtenbildung in Benito Juárez

Bevor die klassifikatorische Einordnung der sozialökonomischen Befunde von Benito Juárez vorgenommen wird, kurz noch einige grundsätzliche Gedanken zum wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozeß, welcher sich unter dem Stichwort der gewerblich-ländlichen Schichtenbildung darstellen läßt. Um die wesentlichen Momente dieses Entwicklungsprozesses zusammengefaßt zu nennen:

1. Die naheliegenden und 1971 prognostizierbaren Entwicklungsprojekte haben sich ähnlich wie in Xicoténcatl nicht realisieren lassen. Es sind damit die Erweiterung des Bewässerungslandes und der Bau der Dehydrationsanlage gemeint: Projekte, welche im rein landwirtschaftlichen Bereich anzusiedeln sind.

2. Die Viehzuchtanlage ist als landwirtschaftlich-gewerbliches Unternehmen zu bezeichnen. Projiziert man auf den real abgelaufenen Entwicklungsgang in Benito-Juárez ein logisches Sequenzmodell, so hätte das Viehzuchtprojekt als Folge der sich erhöhenden Grünfutterproduktion zumindest nicht vor der erheblich leichter zu realisierenden Erweiterung des Bewässerungslandes und dem Bau der Dehydrationsanlage in Angriff genommen werden sollen.

3. Das rein gewerbliche Unternehmen der Konfektionsfabrik, das in Kreditbeschaffung, Planung und Durchführung sicher das komplizierteste unter den dreien ist, ließ sich geradezu über Nacht realisieren.

Diese Beobachtungen legen exemplarisch einige Entwicklungskräfte frei, die heute im ländlichen Bereich, speziell im ejidalen, den Verlauf der Ereignisse bestimmen:

Nicht das landwirtschaftliche Entwicklungsprojekt, sondern das gewerbliche hat sich als das dynamischere und stärker bevorzugte erwiesen. Beide untersuchten Ejidogemeinden haben auf diesem Gebiet einen geradezu revolutionär anmutenden Entwicklungsruck durchlebt. Dieser Eindruck wird sich an Hand der folgenden noch abzuhandelnden Testfälle vollends erhärten. Diese Beobachtung gilt sowohl für den privaten als auch den ejidalen Kleinbesitz. Hinsichtlich der Ejidos ist diese Entwicklung besonders erstaunlich, da ihr rechtlicher Status (z. B. Ausgeschlossenheit von der hypothekarischen Belastbarkeit des Landes) ihnen wenig Spielraum für landwirtschaftlich-gewerbliche Mobilität zu lassen scheint.

Diese Entwicklung läßt sich mit einem durch ländliche Gewerbeansiedlungen bedingten sozialen Schichtungsprozeß beschreiben. Im Unterschied zur *rein* ländlichen Unterschicht, worunter vor der Mexikanischen Revolution das Heer der mittellosen und entrechteten Landarbeiter, heute die ebenfalls an der Sohle der sozialen Hierarchie lebenden Gehilfen und Landarbeiter (Peones) zu verstehen sind, zielt die Bezeichnung „gewerblich-ländliche Unterschicht" auf die erst im Entstehen begriffene Gruppe von im ländlichen Raum lebenden Personen, die in stadtähnliche gewerbliche Abhängigkeitsverhältnisse hineinwachsen. Als Endstadium dieser Entwicklung ist eine von der städtischen Unterschicht nicht mehr zu unterscheidende gewerblich-ländliche Unterschicht vorherzusehen.

Die Anzeichen verdichten sich dafür, daß eine solche Entwicklung den Ejido Benito Juárez voll erfaßt hat. Mindestens zwei nicht nur im marxistischen Sinne abgrenzbare soziale Klassen sind klar erkennbar: die Gruppe der Kapitaleigner und Unternehmer, die für den Bau des Großviehstalls und der Textilkonfektionsfabrik verantwortlich sind, und die Gruppe der Arbeitnehmer, welche als landwirtschaftliche bzw. gewerbliche Hilfsarbeiter und Arbeiter in Lohnabhängigkeit stehen. Sie sind das ländliche „Proletariat" in Benito Juárez. Die große Zahl der neugeschaffenen gewerblichen Arbeitsplätze, welche sich möglicherweise demnächst noch

verdoppelt, hat dazu geführt, daß einige Familien ihr Einkommen bereits ausschließlich aus der gewerblichen Arbeit beziehen, andere noch über ein Zweiteinkommen aus der Landwirtschaft verfügen. Durchschnittlich entfällt bei einer Belegschaft von vielleicht bald 176 Arbeitnehmern beinahe auf jede Familie des Dorfes ein gewerblicher Arbeitsplatz. Pünktliche Lohnzahlungen, geregelte Arbeitszeit, relativ hoher Lohn und sauberer Arbeitsplatz sind Attraktionsmomente, die für einen dauernden Überschuß von Bewerbern bei der Fabrik sorgen dürften.

Die Unternehmerschicht spielt die gesellschaftliche Führungsrolle im gewerblich-ländlichen Bereich. Sie bestimmt allein die Personalangelegenheiten, Arbeitsplatzbedingungen, das Tempo der betrieblichen Expansion, die Beteiligung an anderen unternehmerischen Projekten. Ihr wirtschaftlicher Vorsprung gegenüber den Arbeitnehmern wird gefestigt und ausgebaut durch Neuinvestitionen, Planung von neuen Projekten – wie beschrieben – usw., aber auch ganz einfach durch Verschuldungspraktiken gegenüber den ihnen in Gelddingen hoffnungslos unterlegenen Dorfgenossen. In Anlehnung an STAVENHAGENs „Ländliche Bourgeoisie", womit er die Schicht der mittleren und größeren Betriebsinhaber von 25–100 ha meint (vgl. S. 14), wäre für die eben beschriebene Gruppe die Bezeichnung „ländliche (gewerbliche) Oberschicht" naheliegend.

Bewertet man die Erscheinung des gewerblich-ländlichen Schichtungsprozesses unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, so dürfte ihr ein größerer ökonomischer Fortschritt zuerkannt werden als dem Verbleiben im Subsistenzstadium, obwohl mit dem proletarischen Status zumindest für eine Zeitlang keine soziale Besserstellung verbunden ist. Die betroffene Bevölkerung empfindet diese Tatsache jedoch nicht als problematisch, zumal sie daran glaubt, daß sich die sozialen Gegensätze mit der Zeit durch den anhaltenden ökonomischen Fortschritt von allein abschwächen oder durch später vorzunehmende „fortschrittliche" Sozialgesetzgebung werden abbauen lassen.

Derartige Erwartungen werden auch überwiegend in der mexikanischen Literatur vorgetragen. Zu ihren Vertretern gehört nicht GONZALES CASANOVA (1970), der im Ansatz die sozialen

Konsequenzen einer solchen Entwicklung sieht. Auch meiner Meinung nach geht ein solches Zukunftsbild, welches vor Ausschöpfung aller agrarischen Möglichkeiten die Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung zur Hebung des ländlichen Lebensniveaus billigt, von einem unzulässigen Transfer städtischer gesellschaftlicher Bedingungen auf die sozial gänzlich anders strukturierte Landgemeinde aus. Soziale Differenzierung bedeutet immer auch sozialen Konflikt, der in der Stadt zwischen weitgehend anonymen Gruppen mit anderen Mitteln ausgetragen wird als auf dem Lande, wo soziale Auseinandersetzungen zwangsläufig auch die persönliche Konfrontation mit sich bringen. In einer noch weitgehend von Traditionen geprägten Landbevölkerung werden solche Kraftproben, welche erfahrungsgemäß oft nur eines winzigen äußeren Anlasses bedürfen, um so schneller ein unerträgliches Ausmaß erreichen, als von außen eindringende Strömungen und Kräfte, die in einer mobiler werdenden Gesellschaft nicht auszuschließen sind, auf diesen Prozeß Einfluß nehmen und die Konfliktsituationen anfachen werden. Zweifellos kann es nicht ausbleiben, daß die in den Städten üblichen Ausbeutungspraktiken in der Dorfgesellschaft Fuß fassen werden und die Worte „soziale Differenzierung" oder „ökonomischer Fortschritt" in einem negativen Licht erscheinen lassen. Einem so raschen Umbruch dürfte keine ländliche Gesellschaft der Erde gewachsen sein, ohne daß sich die Zielsetzung dieses Prozesses nicht in das Gegenteil verkehren könnte.

Einem solchen Schicksal wird voraussichtlich auch Benito Juárez nicht entgehen; denn bereits heute gibt es Zündstoff genug für den sozialen Konflikt. Die Arbeitsplätze sind natürlich nicht entsprechend dem mathematischen Durchschnitt verteilt, wonach auf etwa jedes zweite Haus ein Fabrikarbeiter entfallen müßte (bei 86 Arbeitsplätzen in der Fabrik gerechnet), sondern die 13 Unternehmensbesitzer haben zunächst an ihre eigenen Familien gedacht. Es widerspräche jeder menschlichen Erfahrung, wenn der Rest des Dorfes dieser Regelung beifällig zustimmte. Die soziale Spannung verschärft sich dadurch, daß einem Teil der Fabrikinhaber auch noch der Großviehstall gehört und sie zugleich die Besitzer des Bewässerungslandes sind. Das ist jedoch erst der Anfang der Entwicklung.

Es ist schließlich auch der gesamtwirtschaftliche Aspekt im Rahmen der mexikanischen Volkswirtschaft zu berücksichtigen. Man darf nicht übersehen, daß die Zweiteilung in Stadt und Land, in gewerbliche und agrarische Produktionspotentiale einem sinnvollen Funktionsteilungsprinzip entspricht. Eine auf der Basis der Industrialisierung betriebene Integration der ländlichen Bevölkerung in mobile, städtisch geprägte Verhältnisse birgt die Gefahr in sich, daß die Leistungskraft des ländlichen Raumes, welcher seine vorrangige Zweckbestimmung in der Nahrungsmittelproduktion zu sehen hat, erlahmt zugunsten einer vermutlich nicht erstklassigen gewerblichen Gütererzeugung. Angesichts des anhaltend explosiven Bevölkerungswachstums ist die Ausweitung der agrarischen Produktion gegenwärtig die dringendste Aufgabe, will der mexikanische Staat nicht gezwungen sein, seine Agrarimporte von Jahr zu Jahr entscheidend zu steigern. Die für Agrarimporte erforderlichen Devisen können aber nur durch den Export erstklassiger, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Waren erzielt werden, deren Produktionsstätten wohl kaum in den abgelegenen und mit unzureichend ausgebildeten Arbeitskräften ausgestatteten Gewerbegebieten des ländlichen Raumes zu finden sind.

Es ist richtig, daß der Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mexiko natürliche Grenzen gesetzt sind. Der Intensivierung der agrarischen Nutzung sind vorerst aber noch keine Grenzen gesetzt, so daß es lohnenswert ist, den vor Jahren begonnenen Weg staatlicher Entwicklungspolitik im agrarstrukturellen Bereich fortzusetzen. Mit Hilfe der Nutzungsintensivierung lassen sich beträchtliche Menschenmassen im ländlichen Raum binden und die erschreckend hohen Migrationsströme vom Land in die Stadt eindämmen. Da die gewerbliche Investition jedoch ungleich höhere Renditen abwirft als die agrarische, darf man sich nicht darüber wundern, daß der Höhepunkt der Verbesserung der Agrarstruktur auf Privatbasis überschritten ist, was unsere Beispiele wohl überzeugend verdeutlicht haben.

Die Anwendbarkeit des sozialökonomischen Klassifikationsmodells auf die Situation im Jahre 1974

Die Aufgabe unserer Untersuchung besteht nicht darin, diesen Zustand zu beklagen, sondern ihn zu registrieren und im Hinblick auf das Modell zu analysieren. Spätestens nach der Zurkenntnisnahme des Differenzierungstyps Benito Juárez muß man davon ausgehen, daß der ländliche Raum ebenso wie die Stadt verstärkt Schauplatz gewerblicher Differenzierungsprozesse ist. Dabei ist der Wechsel des Lebensraumes, d. h. die Migration der Bevölkerung in die Stadt nicht mehr zwingende Voraussetzung dafür, daß der Mensch sich Chancenvorteile im Kampf um berufliche und soziale Besserstellung verschafft. Hinsichtlich unseres Modells ergibt sich daraus die Frage, in welcher Weise diesem neuen Zustand Rechnung zu tragen ist. Da sowohl die ländliche gewerbliche Unterschicht als auch die unternehmerische Oberschicht Teil der ländlichen Gesellschaft sind, soll versucht werden, sie in unserem Modell zu erfassen. Dabei ist die neue Unterschicht nicht zu verwechseln mit jener abwandernden, sich aus dem dörflichen Familienverband lösenden Gruppe, die auswärts ihre gewerblichen Arbeitsplätze findet. Für diese Gruppe bestehen ja bereits die entsprechenden Differenzierungsstufen innerhalb des Subsistenzdifferenzierungsganges des Modells.

Bei der neuen gewerblich-ländlichen Oberschicht handelt es sich ganz offensichtlich um ein sozialökonomisches Phänomen, welches in unserem Modell bisher noch nicht eingeplant ist. Was die sozialökonomische Erfassung der ländlichen Unterschicht anbelangt, so scheint es nicht ausgeschlossen, daß das Modell die entsprechenden sozialökonomischen Klassen in Form des gemischten Einkommensdifferenzierungsganges bereithält. Die Antwort auf diese Frage bringt der anschließende konkrete Klassifikationstest. Unstrittig dürfte die Erfahrung sein, daß der Begriff „ländlich" eine ganz neue Dimension erhalten hat und – wie im industriestaatlichen Bereich – nicht mehr synonym mit den Begriffen „agrarisch" verwendet werden sollte.

Die gewerblich-ländliche Unterschicht ist insofern eine neue Erscheinung für unsere Überlegungen hinsichtlich einer sozial-

ökonomischen Klassifikation, als es sich hier um eine isoliert von der Bodenbearbeitung bestehende Gruppe handelt. Sie ist nicht das Ergebnis eines fortgeführten agrarischen Differenzierungsganges, sondern kündigt einen absoluten Neuansatz eines nicht bodenbezogenen Erwerbsstrebens an, das nur deshalb im ländlichen Raum lokalisiert ist, weil sich der Standort z. B. der Fabrik im ländlichen Raum weitab von allen städtischen Agglomerationen befindet und sich die Erwerbstätigen aus der kleinbäuerlichen Schicht rekrutieren. Die privaten Betonziegelhersteller von Xicoténcatl sind nur als die Vorboten einer gewerblich-ländlichen Gesellschaftsschicht anzusehen, weil sie den Verband einer bodenbezogenen Familie noch nicht sprengen. Bei dem jetzt eingeleiteten gesellschaftlichen Schichtungsprozeß schwächen sich die traditionsgetragenen Bindungen der ländlichen Familien an ihre bodenbezogene soziale Herkunft aber in dem Maße ab, wie die Zahl der noch in der Landwirtschaft tätigen Angehörigen pro Familie abnimmt. Es existiert darüber noch kein quantifiziertes Material, aber es bedarf keiner großen Phantasie, sich auszumalen, wann es die ersten Familien geben wird, in denen kein Familienangehöriger einen Bezug mehr zur Bodenbearbeitung hat. In Benito Juárez gibt es sie bereits. Denn die Verteilung der Arbeitsplätze richtete sich — wie erinnerlich — ja zunächst auf den engeren Kreis der Unternehmergruppe, so daß einige Familien viele gewerbliche Erwerbstätige, andere überhaupt keine aufzuweisen haben.

Die Einordnung dieser neuen sozialökonomischen Erscheinungsformen in unser Modell ist einfacher als es die grundsätzlichen Überlegungen zu diesem Phänomen vermuten lassen. Vorerst, abgesehen von der gewerblich-ländlichen Oberschicht, ist das Modell nicht ergänzungsbedürftig. Es wird nur gerade bis zu seiner äußersten Leistungsgrenze ausgeschöpft, und zwar speziell in den am meisten von der Landbewirtschaftung entfernten Klassen des gemischten Einkommensdifferenzierungsganges. Der Grund für die Bewährung des Modells dürfte in dem offensichtlich richtig gewählten Ansatz liegen, wonach die Zusammensetzung des Familieneinkommens aus den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen als Indikator und zur Erfassung der agrarisch-gewerblichen Über-

gangsformen dient. Dementsprechend findet die Endstufe des ländlichen Differenzierungsprozesses ihre Entsprechung im Modell in der sozialökonomischen Klasse „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen".

Für die völlig neu hinzugetretene gewerblich-ländliche Oberschicht bedarf es freilich einer Erweiterung des Modells, welches damit folgende neue Gestalt gewinnt:

Tabelle 8: Das erweiterte[9]) sozialökonomische Klassifikationsmodell (Typ Benito Juárez)

Undifferenzierte, isolierte Subsistenzwirtschaftsgesellschaft

„Subsistenzdifferenzierungsgang"	„Marktorientierungsgang"	„Gemischter Einkommensdifferenzierungsgang"
Landw. Familien (Subs.) ohne sonstig. Eink.; ——— bzw. Tagelöhner ohne Land	Landw. Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüsse	Familien mit überwieg. landw. Einkommen: landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens
Landw. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäftigung; bzw. ——— Tagelöhner mit landw. Nebenerwerb	Landw. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftl. u. nichtlandw. Eink.
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Angehörigen in dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion	Familien mit überwieg. nicht-landw. Eink. : nicht-landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Ang. in nichtdorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation	Familien mit ausschl. nicht-landwirtschaftl. Einkommen
Subventionierte Subsistenzfamilien	Marktorientierte landwirtsch. Familien mit Verselbständig. im Handel	Gewerblich-ländliche Oberschicht

Differenzierte, integrierte, urbane (Industrie-) Gesellschaft

[9]) Die Erweiterung befindet sich in der untersten Stufe des „Gemischten Einkommensdifferenzierungsganges"

Eine kurze Bemerkung noch, bevor sich der Anwendungstest des Modells anschließt. Es mag aufgefallen sein, daß es sich bei beiden Anwendungsfällen des Modells, Xicoténcatl und Benito Juárez, als notwendig erwies, das Modell zu erweitern. Diese Erweiterung erfolgte nicht durch integrative, strukturelle Änderungen in der Grundkonzeption des Modells, sondern durch additive Ergänzungen von jeweils sich neu ergebenden Differenzierungsbeispielen. Dieses methodische Vorgehen charakterisiert m. E. treffend den grundsätzlichen Entwicklungsgang der mexikanischen Gesellschaft. Der gesellschaftliche Wandel bezieht seine Impulse offensichtlich nicht aus einem strukturell immanenten und integrativen Entwicklungszentrum, sondern aus der additiven Anreicherung mit immer neuen Verfahrensweisen einzelner gesellschaftlicher Gruppierungen, welche an der Verbesserung ihrer ökonomischen Bedingungen arbeiten. Die persönliche Initiative einzelner dorfangehöriger Personen mit überdurchschnittlichem Informationsfundus bzw. die Nachahmung außerdörflicher Vorbilder spielen dabei die entscheidende Rolle. Sie sorgen entweder für die Entstehung einer erhöhten Innovationsbereitschaft, oder sie führen den Innovationsprozeß selbst an. Die Wandlung spielt sich dann ruckartig ab. Ihr scheint die evolutionäre Kontinuität und die auf Langfristigkeit angelegte Regelhaftigkeit zu fehlen, welche den aus Industriestaaten bekannten Innovationsabläufen eigen sind.

Sozialökonomische Klassifikation

Im einzelnen lassen sich qualitativ folgende sozialökonomische Gruppen ausgliedern:

1. die in Subsistenzwirtschaft verharrenden Trockenfeldbauern (Ejidatarios) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen bzw. Nebeneinkünften aus Tagelöhnerdiensten;
2. die landwirtschaftlichen Familien mit außerhalb der Landwirtschaft tätigen Familienangehörigen, die ihren Lebensunterhalt in den Städten Huamantla, Tlaxcala, Puebla und Mexiko-Stadt verdienen und regelmäßig oder unregelmäßig zurückkehren;
3. die auf Überschußproduktion und Marktorientierung ausgerichteten Trockenfeld- und Bewässerungsland-Ejidatarios;

4. die unternehmerisch tätige Oberschicht der Bewässerungsland-Ejidatarios;

5. die Übergangsfamilien, deren Einkommen sich graduell unterschiedlich aus subsistentieller oder marktorientierter Landbewirtschaftung und lohnabhängiger Gewerbetätigkeit zusammensetzt;

6. die gewerblich-ländliche Unterschicht.

Die Gruppen 1–3 lassen sich in den beiden linken Strängen des Modells unterbringen. Die Gruppen 4–6 kennzeichnen die neue sozialökonomische Entwicklung im ländlichen Raum, die unter dem Stichwort „gewerblich-ländliche Schichtenbildung" beschrieben wurde. Die entsprechenden Gruppen sind erfaßbar in dem gemischten Einkommensdifferenzierungsgang bzw. in der neu hinzugesetzten sozialökonomischen Klasse der „gewerblich-ländlichen Oberschicht". Die Gruppe 5 läßt sich entsprechend der Einkommenszusammensetzung ihrer Mitglieder den sozialökonomischen Klassen mit ausgeglichenem landwirtschaftlichem Einkommen bzw. mit prozentual abgestuften Anteilen an landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem Einkommen zuweisen. Die ländliche Unterschicht stellt dabei die letzte Differenzierungsstufe des gemischten Stranges dar.

Zusammenfassung der Ergebnisse der sozialökonomischen Klassifikation von Benito Juárez

Die aktuelle sozialökonomische Entwicklung von Benito Juárez weist klar auf die bisher nicht festgestellte Tatsache hin, daß nicht länger nur die Stadt der bevorzugte Schauplatz industriell orientierter sozialökonomischer Differenzierungsvorgänge ist. Die Ansiedlung einer Konfektionsfabrik, gegründet von 13 ortsansässigen Ejidatarios, leitet in Benito Juárez den Prozeß einer gewerblich-ländlichen Schichtenbildung ein, die sich bei der Beschreibung der Betonziegelhersteller von Xicoténcatl kaum ahnen ließ. Parallel zur gewerblich-ländlichen Unterschicht entwickelt sich eine ländliche unternehmerische Oberschicht, die sich im Besitz der wesentlichen Machtpositionen im Dorf befindet. Außer an der Konfektionsfabrik ist sie am Besitz eines kapitalintensiven Großviehstalls beteiligt, ferner gehört ihnen das Bewässerungsland im Dorf, und von

ihnen gehen Pläne zur weiteren gewerblich-wirtschaftlichen Erschließung des Dorfes aus, d. h. zur Konsolidierung der eigenen Position. Die kurze Dauer von drei Jahren hat gereicht, in Benito Juárez eine neue, nicht nur im marxistischen Sinne frühkapitalistische Schichtenkonstellation entstehen zu lassen. Zur Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung scheint es zu gehören, daß die Impulse dazu von einer weit über dem Informationsstand des Dorfes stehenden Person, einem ehemaligen Ejido-Kommissar ausgehen, welcher in den genannten oligarchischen Gremien die führende Rolle spielt.

Neben diesem industriell-gewerblich ausgerichteten Differenzierungsverlauf, der seinen Niederschlag in einer vertieften Ausschöpfung und Ergänzung des Modells gefunden hat, zeichnen sich weitere Differenzierungsformen im agrarischen Bereich nicht ab. Auch das Nutzungssystem hat sich nicht nach Art Xicoténcatls gewandelt. Obwohl die Ausdehnung des Bewässerungslandes unmittelbar bevorsteht, richten sich die wirtschaftlichen Entwicklungsbestrebungen des Dorfes im wesentlichen auf agrarisch-gewerbliche bzw. rein gewerbliche Projekte. Im ganzen bestätigt sich bei der Bewertung des Wandlungsprozesses von Benito Juárez der in anderem Zusammenhang bereits herausgestellte scharfe Polaritätscharakter des sozialökonomischen Differenzierungsgeschehens von subsistenziellen versus marktorientierten *agrarischen*, von „proletarischen" versus „bourgeoisen" *gewerblichen* Erwerbsstrukturen. Die Schauplatzverlagerung sozialer Konflikte in den ländlichen Raum scheint prognostizierbar. Dabei erweist sich eine neue, den industriestaatlichen Erfahrungen angepaßte Definition von „ländlich" als notwendig; denn eine begriffliche Identifikation mit „agrarisch" ist nach den in diesem Modelltest gemachten Erfahrungen auch hier nicht länger haltbar.

IV. Die ländliche Gemeinde mit stabiler landwirtschaftlicher Einkommensstruktur
(Künstliche Bewässerung mit hoher Anbauspezialisierung und Marktorientierung; beruflich mobile Bevölkerungsgruppen mit zunehmendem Eindringen gewerblicher Einkommensformen)
Xalcaltzingo, Municipio Tepeyanco, Tlaxcala

Methodische Vorbemerkung

Wie eingangs dieser Untersuchung bereits erwähnt, liegt für die folgenden drei Dörfer auch quantitatives Erhebungsmaterial vor. Mit der Berücksichtigung der neu hinzugekommenen sozialökonomischen Differenzierungsformen verfügt das Klassifikationssystem nunmehr über einen solchen Vorrat möglicher Differenzierungsformen, daß bei den folgenden Dorfuntersuchungen neben die qualitative auch die quantitative Erprobung des Klassifikationsmodells treten sollte. Dieses Ziel zu erreichen, ist auf Grund des umfangreichen Datenmaterials zur sozialökonomischen Struktur der drei Dörfer Xalcaltzingo, Atlamaxac und San Juan möglich. Es konnte durch Gesamtbefragung in den drei Dörfern auf der Basis des im Anhang beigehefteten Fragebogens gewonnen werden. Trotz sorgfältiger Interviewarbeit, auch auf Seiten meiner mexikanischen Gehilfen, konnten Ungenauigkeiten natürlich nicht immer ausgeschlossen werden. Oft genug kam es vor, daß sich einzelne Hausbewohner in den durchaus auskunftsbereiten Dörfern trotz bestem Willen nicht in der Lage sahen, präzise Angaben zu machen. Man möge für die bei solcher Feldarbeit, zumal im Ausland, nicht auszuschließenden Fehlerquellen Verständnis haben.

Für das weitere methodische Vorgehen ist mit der Erweiterung der Perspektive eine zusätzliche Test- und Kontrollfunktion verbunden. Die Untersuchung richtet sich auf:

1. die schon bei den ersten beiden Dorfuntersuchungen im Mittelpunkt stehende qualitative Anwendbarkeit des Klassifikationsmodells und
2. die zahlenmäßige Erfassung der im Modell wiedergegebenen sozialökonomischen Gruppen.

Die hierfür erforderlichen Daten sind in den Tabellen I bis III (im Anhang) zusammengetragen. Es handelt sich dabei um das direkt aus den Fragebögen umgesetzte Material. Die Tabellen enthalten in Abschnitt I. Daten über das Haus und die Betriebsstruktur; in den weiteren Abschnitten sind die wesentlichen Daten zur sozialökonomischen Familienstruktur wiedergegeben, geordnet nach Familien mit einer, zwei, drei und, wo vorhanden, vier Erwerbspersonen. Mit diesem Anlageprinzip der Tabelle sollte versucht werden, der im Ansatz der Untersuchung entwickelten Sicht der mexikanischen sozialökonomischen Familienstruktur Rechnung zu tragen.

Wegen der stärkeren Einbeziehung des quantitativen Aspektes konnte es nicht ausbleiben, daß der folgende Text stärker mit Zahlenmaterial und Hilfstabellen angereichert ist. Es wurde jedoch darauf geachtet, der Darstellung ein Mindestmaß an flüssiger Lesbarkeit zu erhalten. In Anbetracht des erklärten Zieles dieser Untersuchung, einige konkrete Beispiele qualitativer und quantitativer sozialökonomischer Klassifikation zu erproben, lag es nahe, so zu verfahren.

Xalcaltzingo

Tabelle 9: Zensusdaten von Xalcaltzingo 1970

932 Einwohner
- davon: 24,0% erwerbstätig
  davon: 63,8% in der Landwirtschaft
  19,2% in der Industrie
  13,8% in Handel und Dienstleistungen
- davon: 87,7% alphabetisiert
- davon: 68,8% mit Primarschulbildung
- davon: 40,3% in Ausbildung befindlich

135 Häuser
- davon: 10,4% mit Wasseranschluß im Haus
- davon: 5,2% mit Kanalisation
- davon: 56,3% mit gesondertem Fußboden über dem Erdboden
- davon: 85,9% mit elektrisch Licht
- davon: 63,7% mit Radio
- davon: 17,0% mit Fernsehen

Xalcaltzingo liegt am NO-Rand der fruchtbaren Schwemmlandebene von Río Atoyac und Río Zahuapan, ein paar hundert Meter abseits der vielbefahrenen Bundesstraße Puebla-Tlaxcala. Die Zugehörigkeit des Dorfes zum Bewässerungstyp ist keine natürliche Folge seiner relativ zentralen Beckenlage, sondern sie basiert auf einem erst vor 10 Jahren installierten Brunnen, der an dieser Stelle noch eine Tiefe von 65 m hat. Die Unkosten wurden zur Hälfte vom Dorf übernommen. Die Anlage amortisiert sich durch einen Wasserentnahmepreis von 12 Peso pro Stunde (Benito Juárez 14.40 Peso pro Stunde). Trinkwasserversorgung existiert erst seit 6 Jahren. Ihre Installierung wurde vollständig von der Bundesregierung getragen.

Die landwirtschaftliche Nutzung ist dank der günstigen Bewässerungsmöglichkeiten sehr vielfältig. Je nach Anbaufrucht sind mehrere Ernten pro Jahr möglich. Die Mähwiesennutzung mit Alfalfa-Anbau bringt bis zu 8 Ernten im Jahr und dient der nicht unerheblichen Viehzucht im Dorf, ferner dem Marktverkauf. Unter den übrigen Nutzungsarten stehen Mais, Gemüse, Bohnen, Blumen und Obst an führenden Stellen. Der Maisertrag pro ha erreicht leicht 2 t, das kg wird mit 1.50 Peso verkauft. Der Ertrag von Bohnen pro ha beträgt durchschnittlich 1 t, für die 7000 Peso am Markt zu erzielen sind. Die Preise für Gemüse liegen relativ hoch: pro kg Radieschen: 1.50 Peso; grünen Salat: 1.50 Peso; Möhren: 2 Peso; Zwiebeln: 2 Peso; Erbsen 4 Peso; Tomaten: 4 Peso; Opuntien: 7 Peso. Für Äpfel, Birnen, Pflaumen, Pfirsiche sind zwischen 3.— und 12.— Peso zu erzielen.

Die Betriebsgrößen der mit Überschuß oder marktorientiert produzierenden Betriebe liegen zwischen 0,5 und 4 ha. Es sind zusammen 77 Betriebe, die ihre Produktion in Xalcaltzingo selbst, auf dem Großmarkt der Nachbarmunizipialstadt Zacatelco, in Tlaxcala, Puebla und Mexiko-Stadt verkaufen. Die Angaben in der Tabelle I liegen wahrscheinlich niedriger, als sie der Wirklichkeit entsprechen. Bei den Befragungen gaben die mit Sicherheit als marktorientiert anzusprechenden Bauern immer nur zögernd Auskunft über ihre Ertragsverhältnisse, obwohl ein hoher Nutzungsanteil von Blumen (bis zu 30 %) meistens die letzten Zweifel an den tatsächlichen Betriebszielen ausräumte.

Durchschnittlich wird ein Drittel der Maisernte und die Hälfte der Bohnenernte verkauft. Der übrige Gemüseanbau und der Obst- und Blumenertrag sind nahezu vollständig für den Markt bestimmt. (An täglichem Eigenverbrauch sind pro Familie mit angenommen 10 Angehörigen durchschnittlich 6 kg Mais, 1 kg Bohnen, 17 Eier und ein- bis zweimal 2 kg Fleisch pro Woche anzusetzen. Das Ranchero-Ei kostet einen Peso pro Stück, das kg Fleisch etwa 25 Peso.)

Diese Daten zur Betriebsstruktur eines Bewässerungslandwirtes und zu den Lebensbedingungen im Dorf, verglichen mit den Verhältnissen in Xicoténcatl, verdeutlichen schnell die Vorteile, die ein Intensivbetrieb im zentralen Becken für sich verbuchen kann. Hinsichtlich der Berufstruktur von Xalcaltzingo hat das jedoch nicht eine absolute Konzentrierung auf landwirtschaftliche Berufe zur Folge. Andere Berufe wie Industriearbeiter, gewerbliche Hilfsarbeiter, Selbständige (zu denen auch die ambulanten Händler niederen Niveaus gerechnet worden sind), Angestellte (bei Behörden und in gewerblichen Vertrauenspositionen), Handwerker und Rentner übertreffen die Gruppe der Campesinos mit Abstand. Gewerbliche Arbeitsmöglichkeiten bestehen in der näheren und ferneren Reichweite von Xalcaltzingo in relativ großer Zahl, ohne daß sie jedoch dafür ausreichten, jeden Arbeitssuchenden der Region von der Abwanderung in die Städte zurückzuhalten. Abgesehen von einer kleinen Textilfabrik im Ort selbst, auf die anschließend noch einzugehen sein wird, bietet die zwei km entfernt liegende Nachbarmunizipialstadt Zacatelco allein mit 6 Textilfabriken Arbeitsplätze für 240 Beschäftigte neben weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten in Verwaltung, Handel und Dienstleistungen. In Tlaxcala arbeiten 10 Dorfangehörige in der dortigen Textilindustrie, ebensoviele in dem gewerblich gut entwickelten Puebla, welches in einer Stunde Fahrzeit zu erreichen ist. Nach Mexiko-Stadt pendeln wöchentlich 30 Einwohner von Xalcaltzingo. Die femeren Arbeitsorte werden trotz der längeren Fahrzeiten und höheren Fahrtkosten bevorzugt, weil das Lohngefälle zwischen Stadt und Land beträchtlich ist. Die Lohndifferenz zwischen der an sich nicht gewerbearmen Stadt Zacatelco und den Landeshauptstädten Tlaxcala und Puebla beträgt bereits pro Tag 10 bis 15 Peso,

gegenüber der Hauptstadt Mexiko ist die Spanne am größten. Dort werden wöchentlich im Durchschnitt 500 bis 600 Peso verdient. Die in Xalcaltzingo gezahlten Löhne liegen dementsprechend am niedrigsten.

Die gewerblichen Aktivitäten im Dorf stützen sich auf die genannte Textilfabrik mit 10 bis 12 Arbeitsplätzen, 8 Einzelhandelsläden, einen Friseur, eine Auto- und Motorradwerkstatt, ein Lkw-Fuhrunternehmen und drei Taxiunternehmen. Äußerlich macht der Ort einen verhältnismäßig gepflegten Eindruck, verglichen mit anderen ländlichen Siedlungen. Die Häuser befinden sich überwiegend in gutem Zustand. Sie besitzen zumindest eine Trennung in Wirtschafts- und Wohnräume; in 15 Häusern haben bereits Fernsehapparate Eingang gefunden. Eine Kanalisationsleitung ist auch bereits im Dorfe verlegt; es fehlt nur noch ein geeignetes Deponiegelände, so daß sie noch nicht benutzt werden kann.

Die Textilfabrik in Xalcaltzingo spielt eine nicht so zentrale Rolle wie diejenige von Benito Juárez. Trotzdem sollen die näheren Umstände ihres Entstehens deshalb erwähnt werden, weil sie ein Licht auf die besondere Rezeptionsfreudigkeit hinsichtlich Neuerungen werfen, welche auch dieses Dorf charakterisiert. Der Bau der Fabrik im Jahre 1972 geht auf die Initiative einiger Ortsangehöriger zurück, die ihr Land unentgeltlich als Baugrund für eine Fabrik anboten. Heute ist diese Wirtschaftshaltung in vielen Dörfern entlang den Durchgangsstraßen verbreitet; Ende der 60er Jahre, als man sich in Xalcaltzingo Gedanken über ein solches Projekt machte, gehörte die Bereitschaft, den agrarischen Produktionsfaktor Boden als Kapital für gewerbliche Investitionen einzusetzen, unter Campesinos noch zu den absoluten Ausnahmeerscheinungen. Sie darf deshalb als Hinweis auf den hohen Mobilitätsgrad der Gesellschaft von Xalcaltzingo gewertet werden. Ein Unternehmer aus Puebla entschloß sich, nicht zuletzt wegen der steuerlichen Vorteile, die mit einer ländlichen Industrieansiedlung verbunden sind, zur Annahme des Angebots und baute eine Fabrik, in der an 32 Webrahmen Tuche und Stoffe hergestellt werden. Für ihre Weiterverarbeitung ist jedoch auch in fernerer Zukunft nicht der Bau einer Konfektionsfabrik vorgesehen, so daß man in dem gewerblichen Entwicklungsgang von Xalcaltzingo nicht etwa die

Kopie oder das Vorbild eines allenthalben in mobileren ländlichen Dorfgesellschaften abrollenden wirtschaftlichen Aktivierungsprozesses sehen muß. So dürfte auch die Zahl der Arbeitsplätze auf 10 bis 12 begrenzt bleiben und der sozialökonomische Differenzierungsgang der Dorfbevölkerung weiterhin von nicht nur innerdörflichen wirtschaftlichen Motiven und Impulsen gesteuert werden.

Eine Besonderheit des Dorfes ist die gemischte konfessionelle Struktur. Nebeneinander leben ein katholischer Bevölkerungsteil, der einen Anteil von 57,8 % einnimmt, und ein evangelischer, der den Rest der Bevölkerung ausmacht. Er besteht aus Anhängern der Pfingstgläubigensekte.

Die unterschiedlich starke Durchsetzung der ursprünglich rein katholischen Bevölkerung Mexikos mit evangelischen Konfessionsgruppen geht auf die seit drei Generationen sehr aktive evangelische Sektenmission zurück, die von den Vereinigten Staaten nach Mexiko einströmt. In den Bundesstaaten Puebla und Tlaxcala sind die Sekten der Methodisten, Babtisten, Presbyterianer, Lutheraner, Pfingstgläubigen und Nazarener vertreten. In den Städten haben sie feste Gemeindeorganisationen mit Kirchengebäuden, hauptamtlichen Pfarrern und angegliederten Schulen und Kindergärten. Von dort geht die ländliche Mission solange aus, bis die Sektenvertretungen in den einzelnen Dörfern so stark sind, daß sie eine eigene Gemeindeorganisation unterhalten können. Die Sekten sind, wie auch die katholische Kirche, getrennt vom Staat. Sie verwalten und erhalten sich, entsprechend ihren Sektenstatuten, selbst, sind aber auf in- und ausländische Spenden angewiesen. (Die stärkste evangelische Stadtgemeinde in Puebla bilden die Methodisten.)

Die ländliche Missionsarbeit läuft selten ohne Reibereien, häufig auch offene Auseinandersetzungen unter den beteiligten Gruppen ab. Natürlich räumt die traditionell dominierende katholische Kirche nicht gern freiwillig ihre angestammten Machtpositionen, und so bleibt es nicht aus, daß die ureigenen persönlichen Gewissensentscheidungen der Gläubigen oftmals von Glaubenserwägungen am allerwenigsten beeinflußt werden.

In Xalcaltzingo ist die Position der Pfingstgläubigen so konsolidiert, daß Übergriffe zwischen den Konfessionsgruppen nicht mehr

vorkommen. Die Pfingstgläubigen betreiben im eigenen Ort keine Missionsarbeit mehr. Sie verfügen über einen eigenen Kirchenbau, einen Pfarrer und sehen die wesentlichen Missionsziele damit als erfüllt an. Die Konfessionsgrenzen markieren nicht zugleich soziale und politische Einflußsphären, welches im mexikanischen ländlichen Bereich sonst weit verbreitet ist. Konfessionswechsel bei Heiraten oder Kindtaufen geben selten den Anlaß für innerfamiliäre Machtkämpfe. In Xalcaltzingo nimmt in der Regel der weibliche Partner die Glaubenskonversion vor, bei den Methodisten in Puebla ist es umgekehrt. Die Zahl der auf diese Weise vermiedenen gemischtkonfessionellen Ehen in Xalcaltzingo beläuft sich auf etwa 20 %.

Das Einvernehmen zwischen den beiden Konfessionsgruppen geht jedoch nicht soweit, daß man die Glaubensdifferenzen in einer unterschiedlichen Lebensweise nicht mehr erkennen könnte. Die Pfingstgläubigen halten sich streng an ihre Glaubensregeln:

- Enthaltung von ausschweifendem Leben (u. a. auch von Tabak- und Alkoholgenuß)
- Entsagung von Festlichkeiten und freizeitlichem Müßiggang
- eheliche Treue
- Vorrangigkeit der beruflichen Arbeit.

Selbstverständlich haben diese von einem Mexikaner als recht einschneidend zu empfindenden Glaubensregeln ihren Niederschlag in einem von der katholischen Bevölkerung unterscheidbaren physiognomischen und strukturellen Erscheinungsbild geführt, obwohl – wie anfangs erwähnt – das gesamte Dorf den Eindruck einer gewissen Herausgehobenheit gegenüber dem vergleichbaren Durchschnitt macht, was den Baubestand, den Zustand der Felder und das allgemeine Lebensniveau anbelangt. Nicht zuletzt um diese Befunde in der nötigen Relation zu sehen, wurde das unmittelbar vergleichbare, in weniger als einem Kilometer Entfernung von Xalcaltzingo liegende Nachbardorf Atlamaxac in den Kreis der Untersuchungsgemeinden einbezogen.

Die Beziehungen zwischen Konfessions- und Sozialstruktur in Xalcaltzingo waren bereits Gegenstand einer vorweggenommenen Einzeluntersuchung (SANDER 1974b), so daß die Ergebnisse hier zusammengefaßt referiert werden können.

Die Aussagen der Untersuchung stehen unter dem Vorbehalt, daß die sozialökonomischen Sonderentwicklungen der Sektenangehörigen in Anbetracht einer erst über zwei Generationen zurückverfolgbaren Konfessionsdifferenzierung nicht bedingungslos auf konfessionsspezifische Ursachen zurückzuführen sind.

Hinsichtlich der Familiengrößenstruktur weist der katholische Bevölkerungsanteil eine stärkere Repräsentanz in der Familiengrößenklasse „7–10 Personen" auf, während die Sektenangehörigen in der Familiengröße unter 7 Personen an der Spitze liegen, aber auch über zwei Familien in der Klasse über 11 Personen verfügen. Die Tendenz zu größerem Kindersegen überwiegt aber bei der katholischen Bevölkerung. Dieser Befund scheint mit einer stärkeren Repräsentanz dieser Konfessionsgruppe in den unteren Einkommensklassen zu korrelieren. Da von keinem der beiden Seelsorger Aufforderungen zur Änderung des Regenerationsverhaltens der Gläubigen ergehen, dürfte primär der höhere Lebensstandard der Pfingstgläubigen für die unterschiedliche Familienstruktur verantwortlich sein.

Besonders durchschlagend ist auf evangelischer Seite die Neigung, Landbesitz zu akkumulieren, dessen ökonomischer Wert in Intensivnutzungsgebieten gewerblichen Einkommensverhältnissen gleichzuordnen ist. So ist auch der Beruf des Campesino bei größeren Betriebseinheiten relativ stärker unter den Sektenangehörigen verbreitet. Dieser Zustand läßt sich konfessionsspezifisch natürlich nur schwer interpretieren. Möglicherweise äußert sich darin nur die besondere Geschicklichkeit einer Gruppe von Menschen, Landbesitz an sich zu bringen, dessen Wert sie im Vergleich mit anderen ökonomischen Faktoren vielleicht überschätzt. Möglicherweise wirkt sich darin am konsequentesten das Pfingstgläubigen-Gebot, der beruflichen Arbeit den Vorrang zu geben, aus; möglicherweise kündigt sich darin aber auch eine besondere Art des sozialen Immobilismus der Pfingstgläubigen an, wonach sie an der einmal für richtig befundenen Meinung, Landarbeit sei die sicherste und segensreichste Erwerbsquelle, festhalten.

Die nächst folgende Berufsgruppe der Textilarbeiter ist bei beiden Konfessionen ausgeglichen besetzt. Die dann folgende der landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter ist im katholischen Bevölke-

rungsteil überrepräsentiert. Die übrigen Berufsgruppen sind quantitativ so schlecht vertreten, daß sich statistisch keine Trendangaben daraus ableiten lassen.

Insgesamt scheint der Eindruck nicht zu täuschen, daß die Angehörigen der Pfingstgläubigensekte sozialökonomisch stärker differenziert sind als der katholische Bevölkerungsteil.

Sozialökonomische Klassifikation

Die zuerst zu stellende Frage, ob alle sozialökonomischen Gruppen von Xalcaltzingo in unserem Klassifikationssystem erfaßbar sind, läßt sich rasch beantworten. Es sind in Xalcaltzingo sozialökonomische Gruppen, die über den Differenzierungsstand von Benito Juárez hinausgehen, nicht vorhanden. Im Gegenteil, die Entwicklung hat in Xalcaltzingo nicht so radikal zur Ausbildung einer gewerblich-ländlichen Unterschicht geführt, wahrscheinlich weil schon zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt gewerbliche Arbeitsmöglichkeiten in einem nennenswerten Umfang im näheren und ferneren Umland des Dorfes bestanden haben. Das Ergebnis ist heute eine ausgewogene dörfliche Berufsstruktur, in der landwirtschaftliche wie außerlandwirtschaftliche Einkommensformen in differenzierter Weise miteinander verbunden sind bzw. auch isoliert nebeneinander stehen. Einer Korrektur des Modells bedarf es jedenfalls nicht.

Versuchen wir jetzt die einzelnen sozialökonomischen Gruppen quantitativ zu erfassen[10]). Diese Aufgabe fällt am leichtesten bei den Familien mit einer erwerbstätigen Person. Ich beziehe mich dabei auf die Tabelle I (Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von Xalcaltzingo, im Anhang). Was den landwirtschaftlichen Bereich anbelangt, so weist die Tabelle I 28 Campesino- und 8 Tagelöhnerfamilien mit einer erwerbstätigen Person aus. In der Zusatztabelle 10 sind diese Familien nach ihrem sozialökonomischen Status, der sich aus der Betriebsgröße und dem Betriebsziel abschätzen läßt, aufgegliedert.

[10]) Die gesamte sozialökonomische Struktur von Xalcaltzingo s. Tabelle 16, S. 85

Tabelle 10: Geschätzte Einkommensstruktur der landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person in Xalcaltzingo 1974

Campesinofamilien	28	Tagelöhnerfamilien	8
Eigenverbrauch	4	Tagelöhner ohne Land	3
Eigenverbrauch mit Subventionierung	3	Tagelöhner mit Land (Eigenverbrauch)	5
gelegentl. Übersch.	8		
regelmäß. Übersch.	6		
gezielte Marktprod.	7		

Danach ergeben sich für die sozialökonomische Klassifikation:

Landw. Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen;	4
bzw. Tagelöhner ohne Land	3
Tagelöhner mit landw. NE	5
Subventionierte Subsistenzfamilien	3
Landw. Familien (Subs.) mit gelegentl. Ernteüberschüssen	8
Landw. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	6
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion	7
ferner:	
Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	80

Die weiteren aus der Tabelle I entnehmbaren Berufsgruppen mit einer erwerbstätigen Person sind nicht bodenbezogen. Es handelt sich um die Berufsgruppen: „gewerblicher Hilfsarbeiter" bis „Rentner"; ihre Zahl beträgt 80. Die stärkste Einzelgruppe in dieser Rangfolge sind die Industriearbeiter mit 22 Familien. Die

relativ hohe Zahl von Rentnern ergibt sich aus einer Reihe älterer alleinstehender Frauen, welche z. T. durch außerhalb des Dorfes lebende Familienangehörige unterstützt werden. Hinter der hohen Zahl von Angestellten verbergen sich allein 6 ortsangehörige Primarschullehrer und eine Kindergärtnerin. Das Schulwesen ist in Xalcaltzingo, entsprechend dem hohen Mobilitätsgrad, relativ gut organisiert. Weitere Arbeitsplätze für Angestellte gibt es bei den Munizipialverwaltungen in Tepeyanco und Zacatelco, bei der Landesregierung in Tlaxcala und in besonderen Vertrauenspositionen im gewerblichen Bereich in der Stadt Puebla. In der Gruppe der Selbständigen sind Ladenbesitzer, ortsansässige und ambulante Händler höheren und niederen Niveaus zusammengefaßt. Der tertiäre Sektor ist wie in allen Entwicklungsländern überproportional besetzt.

Sozialökonomisch sind diese Familien der Gruppe der „Familien mit nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" zuzuordnen: = 80. Zusammen mit den zuvor quantifizierten landwirtschaftlichen Familien bildet diese Gruppe den Anteil im quantifizierten Modelltest von Xalcaltzingo, der die Familien mit einer erwerbstätigen Person repräsentiert.

Die Familien mit zwei erwerbstätigen Personen[11])

Zur sozialökonomischen Erfassung der Familien mit 2 erwerbstätigen Personen bedarf es ebenfalls der ergänzenden Erläuterung des Materials aus Tab. I. Entsprechend dem einleitend zu diesem Kapitel erneut auseinandergesetzten Strukturbegriff der mexikanischen ländlichen Familie, soll die Zusammensetzung des Gesamt-Familieneinkommens aus den Einzeltätigkeiten der Familienmitglieder den sozialökonomischen Differenzierungsstatus der Familien innerhalb des Modells bestimmen.

[11]) Zusammenfassend ist die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in der Übersichtstabelle 13, S. 81 dargestellt.

In der folgenden Tabelle 11 sind die Kombinationsfälle, die sich aus der Zusammensetzung des Einkommens der ersten und der zweiten Erwerbsperson ergeben, quantitativ erfaßt.

Tabelle 11: Die Berufsstruktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974

Beruf	1..Person	Beruf	2. Person
Campesino	10	Campesino	10
Campesino	1	Tagelöhner	1
Campesino	3	gew. Hilfsarb.	3
Campesino	6	Handwerker	6
Campesino	2	Industriearb.	2
Campesino	2	Selbst. (Händler)	2
Tagelöhner (Lw. NE:1)	7	Tagelöhner	7
Tagelöhner	1	Handwerker	1
Tagelöhner	1	Angestellter (Lehrer)	1
Handwerker	3	Industriearb.	3
Handwerker	1	Tagelöhner	1
Industriearbeiter	1	Angestellter (Lehrer)	1
Industriearbeiter	3	Handwerker	3
Industriearbeiter	1	Campesino	1
Industriearbeiter	2	Industriearbeiter	2
Selbst. (Lw. NE: 3)	3	Selbst. (Händler)	3
Selbst. (Händler)	3	Gewerbl. Hilfsarb.	3
Selbst. (Händler)	1	Handwerker	1
Selbst.	1	Industriearbeiter	1
Rentner	3	Industriearbeiter	3
Rentner	1	Angestellter (Lehrer)	1
Rentner	1	Campesino	1
Rentner (Lw. NE: 1)	1	Tagelöhner	1
Sa.	58		58

Die einzelnen Berufsgruppen lassen sich folgendermaßen gliedern:

I. Landwirtschaftliche Einkommensgruppen (18 Fam.)
II. Landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftliche Einkommensgruppen (22 Fam.)
III. Nicht-landwirtschaftliche Einkommensgruppen (18 Fam.)

I. Zu den landwirtschaftlichen Einkommensgruppen gehören:
10 Campesino – Campesino – Familien
1 Campesino – Tagelöhner – Familie
7 Tagelöhner – Tagelöhner – Familien, davon eine mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb

18

II. Zu den landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichen Einkommensgruppen gehören:
3 Campesino – Hilfsarbeiter – Familien
6 Campesino – Handwerker – Familien
3 Campesino – Industriearb. – Familien (davon 1 Industriearb. – Camp. – Fam.)
2 Campesino – Selbständigen – Familien
2 Tagelöhner – Handwerker – Familien (davon 1 Handw. – Tagel. – Fam.)
1 Tagelöhner – Angestellten – Familie
1 Rentner – Campesino – Familie
1 Rentner – Tagelöhner – Familie
3 Selbständigen – Selbständigen – Familien (mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb, auf den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen spezialisiert)

22

III. Zu den nicht-landwirtschaftlichen Einkommensgruppen gehören:
6 Handwerker – Industriearbeiter – Familien (davon 3 Industriearb. – Handw. – Familien)
1 Industriearbeiter – Angestellten – Familie
2 Industriearbeiter – Industriearb. – Familien
3 Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familien
1 Selbständigen – Handwerker – Familie
1 Selbständigen – Industriearbeiter – Familie
3 Rentner – Industriearbeiter – Familien
1 Rentner – Angestellten – Familie

18

Tabelle 12: Die Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974[12])

Höhe des Einkommens in mex. $, Wochenlöhne

Familie	landw. Eink.	n.-lw. Eink.	prozentuales Verhältnis
1. Campesino – Hilfsarbeiter – Familien			
1.	300.–	300.–	ausgeglichen
2.	300.–	250.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
3.	150.–	200.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2. Campesino – Handwerker – Familien			
1.	150.–	300.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	300.–	250.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
3.	300.–	400.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
4.	400.–	400.–	ausgeglichen
5.	250.–	300.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
6.	300.–	350.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
3. Campesino – Industriearbeiter – Familien			
1.	300.–	400.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	250.–	450.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
3.	400.–	400.–	ausgeglichen
4. Campesino – Selbständigen – Familien			
1.	350.–	200.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	300.–	300.–	ausgeglichen
5. Tagelöhner – Handwerker – Familien			
1.	180.–	270.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	180.–	250.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
6. Rentner – Campesino – Familien			
1.	350.–	50.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
7. Tagelöhner – Angestellten – Familien			
1.	180.–	500.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
8. Rentner – Tagelöhner – Familien			
1.	180.–	100.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
9. Selbstständigen – Selbstständigen – Familien (mit landw. Nebenerwerb)			
1.	100.–	450.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	50.–	350.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
3.	50.–	350.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.

[12]) Die Daten über das landwirtschaftliche Einkommen beruhen z. T. auf Schätzungen an Hand der Betriebsgröße und des Betriebssystems, da die Angaben der Campesinos häufig bezweifelt werden mußten.

Die Zuordnung der nicht-landwirtschaftlichen Einkommen gruppen ist relativ einfach. Sie finden in der sozialökonomischen Klasse „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" ihre Entsprechung. Ihre Zahl beträgt 18.

Auch die Zuordnung der rein landwirtschaftlichen Berufsgruppen wirft keine ernsten Schwierigkeiten auf. Die 10 Campesino-Familien betreiben gezielte Marktproduktion und ordnen sich damit in der entsprechenden sozialökonomischen Klasse des Modells ein. Die eine Campesino-Tagelöhner-Familie betreibt Überschußproduktion und findet ihren Platz in der entsprechenden sozialökonomischen Klasse. Die 7 Tagelöhner-Tagelöhner-Familien ordnen sich in den entsprechenden sozialökonomischen Klassen „ohne Land" bzw. „mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb" ein.

Gewisse Schwierigkeiten bereitet die sozialökonomische Klassifikation der gemischten Einkommensgruppen. Es bedarf dazu einer genauen Bestimmung ihres landwirtschaftlichen Einkommens im Verhältnis zu ihrem nicht-landwirtschaftlichen. Die erforderlichen Daten ergeben sich ebenfalls aus einer gesonderten Aufschlüsselung der Einzeleinkommen der betroffenen Familien aus den Fragebögen (s. Tab. 12, S. 79).

Mit Hilfe dieser Tabelle kann die Zuweisung zu den entsprechenden sozialökonomischen Klassen des gemischten Einkommensdifferenzierungsganges vorgenommen werden. Auch die Selbständigen-Selbständigen-Familien finden dort ihren Platz, obwohl eines ihrer Strukturelemente zweifellos auch in der sozialökonomischen Klasse des Marktorientierungsganges „Marktorientierte landwirtschaftliche Familien mit Verselbständigung im Handel" enthalten ist.

Auf die sozialökonomische Klasse der „Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen entfallen 5 Familien (lt. Tabelle) 1.2; 2.2; 4.1; 6.1; 8.1.

Auf die sozialökonomische Klasse der „Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" entfallen 4 Familien: (lt. Tabelle) 1.1; 2.4; 3.3; 4.2;

Auf die sozialökonomische Klasse der „Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen entfallen 13 Fami-

Tabelle 13: Die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974

Landwirtschaftl. Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen; bzw. Tagelöhner ohne Land	6
Tagelöhner mit landwirtsch. Nebenerwerb	1
Landwirtschaftl. Familien mit regelmäßiger Überschußpruduktion	1
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion	10
Familien mit überwiegend landwirtschaftl. Einkommen: landw. Eink. > 50 % des Ges.-Eink.	5
Familien mit ausgeglichenem landw. und nicht-landw. Einkommen	4
Familien mit überwiegend nicht-landw. Einkommen: nicht-landw. Eink. > 50 % des Ges.-Eink.	13
Familien mit ausschließl. nicht-landw. Einkommen	18
	58

lien: (lt. Tabelle) 1.3; 2.1; 2.3; 2.5; 2.6; 3.1; 3.2; 5.1; 5.2; 7.1; 9.1; 9.2; 9.3.

In Tabelle 13, S. 81 ist die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen zusammenfassend dargestellt.

Die Familien mit drei erwerbstätigen Personen

Zur sozialökonomischen Erfassung der 13 Familien mit drei erwerbstätigen Personen bedarf es eines ähnlichen methodischen Vorgehens wie in dem gerade abgeschlossenen Abschnitt.

Da auch hierzu das in der allgemeinen Tabelle (I) zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von Xalcaltzingo niedergelegte Material nicht ausreicht, sei im folgenden das weiter aufgeschlüsselte Material zur Berufs- und sozialökonomischen Einkommensstruktur der

Familien mit 3 erwerbstätigen Personen vorgelegt. Die Darstellung darf, da der methodische Weg bekannt ist, verkürzt werden.

Es bietet sich wiederum an, nach den drei Gruppen der landwirtschaftlichen, gemischten und nicht-landwirtschaftlichen Einkommensformen zu unterscheiden:

I. Eine landwirtschaftliche Einkommensgruppe bildet:
   1 Campesino – Tagelöhner – Tagelöhner – Familie.

II. Eine landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftliche Einkommensgruppe bilden:
   2 Campesino – Handwerker – Tagelöhner – Familien
   1 Campesino – Hilfsarbeiter – Tagelöhner – Familie
   1 Campesino – Selbständigen – Tagelöhner – Familie
   2 Campesino – Angestellten – Angestellten – Familien
   1 Campesino – Handwerker – Handwerker – Familie
   1 Campesino – Industriearb. – Industriearb. – Familie
   1 Industriearb. – Tagelöhner – Hilfsarb. – Familie
   —
   9

III. Eine nicht-landwirtschaftliche Einkommensgruppe bilden:
   1 Hilfsarb. – Hilfsarbeiter – Hilfsarb. – Familie
   1 Selbständigen – Handwerker – Hilfsarb. – Familie
   1 Rentner – Angestellten – Industriearb. – Familie
   —
   3

Nach dieser Aufstellung können die rein landwirtschaftlichen Familien bzw. die nicht-landwirtschaftlichen Familien bereits den sozialökonomischen Klassen im Modell zugeordnet werden. Die landwirtschaftliche Familie ist auf gezielte Marktproduktion mit eigener Verkaufsorganisation ausgerichtet. Sie verfügt über einen Lastwagen, mit Hilfe dessen ein Familienangehöriger die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Markt nach Mexiko-Stadt transportiert. Die Familie ordnet sich damit dem sozialökonomischen Typ „landwirtschaftliche Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation" zu.

Die drei nicht-landwirtschaftlichen Familien lassen sich in der sozialökonomischen Klasse „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" unterbringen.

Zur sozialökonomischen Erfassung der verbleibenden landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichen gemischten Einkommensgruppen bedarf es der quantitativen Aufschlüsselung der Einkommenszusammensetzung dieser Familien. Die folgende Tabelle gibt Aufschluß darüber.

Tabelle 14: Die Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit drei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974

Höhe des Einkommens in mex. $, Wochenlöhne

Familie	landw. Eink.	n.-lw. Eink.	prozentuales Verhältnis
1. Campesino – Handwerker – Tagelöhner – Familien			
1.	200.– + 180.–	300.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	200.– + 180.–	450.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2. Campesino – Hilfsarbeiter – Tagelöhner – Familien			
1.	Fam.-Vers. + 180.–	150.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
3. Campesino – Selbständigen – Tagelöhner – Familien			
1.	300.– + 180.–	400.–	lw. > 50 % des Gesamteink.
4. Campesino – Angestellten – Angestellten – Familien			
1.	Fam.-Versorgung	500.– + 500.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	500.–	750.– + 400.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
5. Campesino – Handwerker – Handwerker – Familien			
1.	Fam.-Versorgung	400.– + 1000.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
6. Campesino – Industriearb. – Industriearb. – Familien			
1.	200.–	400.– + 400.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
7. Campesino – Tagelöhner – Hilfsarbeiter – Familien			
1.	180.–	400.– + 150.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.

Nach Tabelle 14 ordnen sich folgende Familien zu den sozialökonomischen Klassen:

Familien mit überwiegend landw. Einkommen: 1.1; 2.1; 3.1;
Familien mit überwiegend nicht-landw. Einkommen: 1.2; 4.1; 4.2; 5.1; 6.1; 7.1;

Zusammenfassend ist die sozialökonomische Struktur der Familien mit drei erwerbstätigen Personen in Tab. 15 dargestellt.

Tabelle 15: Die sozialökonomische Struktur der Familien mit drei erwerbstätigen Personen in Xalcaltzingo 1974

Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktpruduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation	1
Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen	3
Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	6
Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	3
	13

Das quantifizierte sozialökonomische Klassifikationsmodell und die sozialökonomische Struktur von Xalcaltzingo

Wirft man jetzt insgesamt einen Blick auf das quantifizierte Klassifikationssystem, welches die sozialökonomische Struktur Xalcaltzingos wiedergibt, so kann man mit Erstaunen den hohen Anteil der sich von den landwirtschaftlichen Erwerbsgrundlagen entfernenden Bevölkerung registrieren (= Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen). Weit über die Hälfte (101 von insgesamt 187) der im Dorfe ansässigen Familien geht nicht mehr landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeiten nach, obwohl die landwirtschaftlichen Grundlagen als nicht ungünstig bezeichnet werden konnten. Die Mobilität der Bevölkerung, die sich im landwirtschaftlichen Bereich in einem hohen Differenzierungsstand ausgedrückt hat, scheint neue lukrative Entfaltungsformen im außerlandwirtschaftlichen Bereich gefunden zu haben. Damit

Tabelle 16: Die sozialökonomische Struktur von Xalcaltzingo, 1974

Undifferenzierte, isolierte Subsistenzwirtschaftsgesellschaft

„Subsistenzdifferenzierungsgang“	„Marktorientierungsgang“	„Gemischter Einkommensdifferenzierungsgang“
Landw. Familien (Subs.) ohne sonstig. Einkommen; 4 bzw. Tagelöhner ohne Land 9	Landw. Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen 8	Familien mit überwieg. landw. Einkommen: landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens 8
Landw. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäftigung; bzw. Tagelöhner mit landw. Nebenerwerb 6	Landw. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion 7	Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftl. u. nicht.-landw. Eink. 4
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Angehörigen in dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion 17	Familien mit überwieg. nicht-landw. Eink.: nicht-landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens 19
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Ang. in nicht dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation 1	Familien mit ausschl. nicht-landwirt-Einkommen 101
Subventionierte Subsistenzfamilien 3	Marktorientierte landwirtsch. Familien mit Verselbständig. im Handel	Gewerblich-ländliche Oberschicht

Differenzierte, integrierte, urbane (Industrie-) Gesellschaft

dürfte der Vorrat an Gemeinsamkeiten mit vergleichbaren industriestaatlichen Differenzierungsgängen weiter aufgefüllt werden.

Entsprechend dieser Entwicklung ist der gemischte Einkommensdifferenzierungsgang zu dem am meisten frequentierten Teil des Modells geworden. Er scheint dieser Aufgabe gewachsen zu sein, wenn es auch noch nicht ausgeschlossen werden kann, daß er möglicherweise um eine oder zwei Untergliederungen erweitert werden muß, um bestimmte Einkommenszusammensetzungen genauer erfaßbar zu machen, sofern entsprechend differenziertes Erhebungsmaterial zur Verfügung steht. Dabei ist vor allem an die Familien mit mehreren erwerbstätigen Personen und gemischtem Einkommen zu denken, welche die Landwirtschaft einfach nur zum Zweck der Familienversorgung mit Nahrungsmitteln betreiben, obwohl sie, was ihre Betriebsgröße anbelangt, zu differenzierterer Wirtschaftsweise in der Lage wären. Die Familien 2.1 und 4.1 in der Tabelle 14, S. 83 entsprechen genau diesem Typ. Die landwirtschaftliche Produktion dient nur der Familienversorgung und ist damit quantitativ schwer faßbar; sie stellt aber eine beträchtliche finanzielle Entlastung der übrigen Familienmitglieder dar, denen der Kauf des Grundnahrungsmittels Mais, in den meisten Fällen auch der von Eiern und Gemüse erspart bleibt. Die Bedeutung eines solchen landwirtschaftlichen Familienerwerbs in Mexiko im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung der ganzen Familie sollte nicht unterschätzt werden. Offensichtlich kündigt sich hier für den Bereich der landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichen Familienexistenzen ein neues Verständnis des ehemals nur auf den Subsistenzbereich bezogenen Begriffes der Selbstversorgerwirtschaft an.

Seit Einführung des gemischten Einkommensdifferenzierungsganges konnte es nicht ausbleiben, daß sich immer wieder das Wort „Nebenerwerb" zum Gebrauch aufdrängte. Um seine Bedeutung noch einmal klar abzugrenzen gegenüber einem unkritischen Analogieverständnis im industriestaatlichen Sinne, sei erneut darauf hingewiesen, daß man in Mexiko von einer anderen Bezugsgröße des Nebenerwerbs, nämlich dem Gesamtfamilieneinkommen ausgehen muß. „Nebenerwerb", ob landwirtschaftlich oder gewerblich, soll hier nicht eine zweite Tätigkeit, welche von einer und

derselben Person ausgeübt wird, bedeuten, sondern er meint jenes vollberufliche Einzeleinkommen im Rahmen eines Gesamtfamilieneinkommens, welches von einem unter mehreren familienangehörigen Erwerbspersonen zur Aufstockung des Gesamteinkommens erwirtschaftet wird. Eine andere Frage ist es, wieweit eine solche vollberufliche Erwerbstätigkeit die Arbeitkraft des einzelnen auch wirklich auslastet. Im landwirtschaftlichen Bereich ist das aus verschiedenen Gründen selten der Fall. Stellt das landwirtschaftliche Einkommen, wie es vor allem in den peripheren Gebieten verbreitet ist, das einzige Einkommen der Familie dar, so ist der Betriebsinhaber der reinen Existenznot wegen häufig gezwungen, zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten auszuschöpfen. Solche Erwerbsformen gehören natürlich einer gänzlich anderen Kategorie an und bieten kaum Anlaß zu begrifflichen Mißverständnissen. Sie sind nicht Gegenstand dieser Untersuchung, weil an ihnen kein sozialökonomischer Differenzierungsprozeß ablesbar ist. Mit ihnen wird nur eine bestimmte Existenzform im Subsistenzbereich beschrieben, beispielsweise die sozialökonomische Klasse der „Tagelöhner mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb" innerhalb unseres Subsistenzdifferenzierungsganges.

Zusammenfassung der Ergebnisse der sozialökonomischen Klassifikation von Xalcaltzingo

Am Beispiel Xalcaltzingos wird zum ersten Mal versucht, die bisher nur qualitativ durchgeführten sozialökonomischen Klassifikationsversuche durch die quantitative Komponente abzusichern. Das ist deshalb möglich, weil sowohl für Xalcaltzingo als auch für die übrigen noch folgenden Dorfuntersuchungen von Atlamaxac und San Juan detailliertes Zahlenmaterial vorliegt. Es ließ sich aus einer Gesamtbefragung in den drei Dörfern im Jahre 1974 gewinnen.

Xalcaltzingo liegt am Nordostrand der fruchtbaren Schwemmlandebene der Flüsse Río Atoyac und Río Zahuapan. Alle Parzellen sind künstlich bewässert, und die intensiv betriebene Landwirtschaft hat einen hohen Differenzierungsstand erreicht. Der über-

wiegende Teil der erwerbstätigen Personen ist jedoch in außerlandwirtschaftlichen Berufen tätig. Für deren Ausübung besteht im Dorf selbst ausreichend Gelegenheit in Form einer kleinen Textilfabrik, in dem Nachbarstädtchen Zacatelco mit 240 gewerblichen Arbeitsplätzen sowie in den Städten Tlaxcala und Puebla, welche in nur einer Fahrstunde erreichbar sind. Macht das Dorf an sich schon einen herausgehobenen Eindruck, was den Erhaltungs- und Ausstattungszustand der Häuser und öffentlichen Einrichtungen anbelangt, so scheint die Bevölkerungsgruppe der Pfingstgläubigen, welche einen Anteil von 42.2 % ausmacht, wirtschaftlich und sozial am meisten fortgeschritten zu sein.

Obwohl der hohe Grad gewerblicher Arbeitsverhältnisse Anklänge an Benito Juárez wachruft, hat die Entwicklung in Xalcaltzingo nicht zu einer krassen Ausbildung einer gewerblich-ländlichen Unterschicht geführt. Die Berufsstruktur des Dorfes weist in ausgewogener Weise die unterschiedlichsten Berufe auf: von der Grundschicht der Campesinos und Peones über Händler mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Ladenbesitzer, spezialisierte Handwerker und Taxiunternehmer bis zu Lehrern und Angestellten in Verwaltung und gewerblichen Vertrauenspositionen. Xalcaltzingo weist durchaus städtische Differenzierungszüge im positiven Sinne auf, wahrscheinlich weil die Entwicklung hierzu sehr langsam und kontinuierlich verlaufen ist. Begünstigende Voraussetzungen dafür scheinen eine verkehrsmäßig und wirtschaftlich gut erschlossene Umgebung, aber auch ein vergleichsweise hoher sozialer Mobilitätsgrad der Bevölkerung zu bieten, worauf im Text an Hand verschiedener Einzelbeispiele aufmerksam gemacht werden konnte. Der Hinweis auf die relativ hohe Mobilität wird bewußt auch als Vorgriff auf das anschließend folgende Dorf Atlamaxac gegeben, das, keine 1000 m von Xalcaltzingo entfernt liegend, das genaue Gegenbild dazu darstellt.

Der quantitative Modelltest von Xalcaltzingo basiert auf den Daten der allgemeinen Tabelle (I) zur Wirtschafts- und Sozialstruktur des Dorfes (im Anhang) und auf zusätzlich angefertigten Sondertabellen zur Berufsstruktur der Familien mit zwei bzw. drei erwerbstätigen Personen und zu ihrer Einkommenszusammensetzung. Diese Tabellen sind speziell zur sozialökonomischen Klassi-

fikation der Familien mit gemischtem (landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem) Einkommen deshalb nötig, weil das prozentuale Verhältnis von landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem Einkommen den entscheidenden Aufschluß für die Zuweisung dieser Familien zu den einzelnen sozialökonomischen Klassen im gemischten Einkommensdifferenzierungsgang des Modells gibt. Für die rein landwirtschaftlichen bzw. rein nicht-landwirtschaftlichen Familien bedurfte es dieser ergänzenden Behandlung nicht, weil ihre Einkommenszusammensetzung, gleichgültig von wieviel Erwerbstätigen sie stammt, per definitionem eindeutig ist. Was jedoch im Hinblick auf die rein nicht-landwirtschaftlichen Familien erstaunt, ist ihre hohe Zahl von weit über der Hälfte der Dorfbewohner, verglichen mit der Gesamtzahl der Familien (101 gegenüber 187 Familien). Damit hat sich unter den drei bisher vorgenommenen Modelltests an diesem Beispiel am überzeugendsten die Berechtigung und die Notwendigkeit erwiesen, im ländlichen Raum sozialökonomische Klassifikation durchzuführen.

V. Die ländliche Gemeinde mit relativ stabiler landwirtschaftlicher Einkommensstruktur (Teilweise bewässert, mit wenig spezialisierter Anbauorganisation und Marktorientierung, geringe Berufsmobilität) Atlamaxac, Municipio Tepeyanco, Tlaxcala

Atlamaxac ist das zweite Dorf, an dem sowohl eine qualitative als auch eine quantitative sozialökonomische Klassifikationsuntersuchung durchgeführt werden soll. Wegen seiner unmittelbaren Nähe zu Xalcaltzingo bietet es zugleich günstige Vergleichsmöglichkeiten mit dieser seiner Nachbargemeinde.

Atlamaxac, nur einige hundert Meter nördlich von Xalcaltzingo jenseits einer flachen, breiten Barranca gelegen, ist physiognomisch

Tabelle 17: Zensusdaten von Atlamaxac

848 Einwohner
- davon: 27,9% erwerbstätig
  davon: 69,6% in der Landwirtschaft
  8,9% in der Industrie
  11,8% in Handel und Dienstleistungen
- davon: 84,4% alpabetisiert
- davon: 65,0% mit Primarschulbildung
- davon: 31,5% in Ausbildung befindlich

128 Häuser
- davon: 1,6% mit Wasseranschluß im Haus
- davon: 0,8% mit Kanalisation
- davon: 33,6% mit gesondertem Fußboden über dem Erdboden
- davon: 71,9% mit elektrisch Licht
- davon: 66,4% mit Radio
- davon: 18,0% mit Fernsehen

und strukturell das genaue Gegenstück zu Xalcaltzingo. Das Dorf wirkt äußerlich sehr ungepflegt und unorganisiert. Die Siedlung ist nach der besonders in Tlaxcala verbreiteten typischen indianischen Schwarmsiedlungsweise angelegt, so daß die Häuser häufig weiter als nur einen Baulückenabstand voneinander entfernt stehen. Konfessionsunterschiede gibt es nicht. Die Bevölkerung reagierte ablehnend auf unsere Befragungskampagne und war nur schwer von der Harmlosigkeit unseres Unternehmens zu überzeugen.

Von der 118 ha umfassenden Gemarkung sind 47 ha nicht bewässert. Der Grund dafür liegt in den mangelnden Bewässerungsmöglichkeiten. Ein zentraler Bewässerungsbrunnen konnte bisher nicht eingerichtet werden, weil dem Ort nach Ansicht der Bundeswasserbaubehörde Recursos Hidráulicos genügend Wasser aus der nahegelegenen Lagune von Acuitlapilco zur Verfügung steht. In der Tat besitzt das Dorf einen Verbindungskanal zum See. Die Wasserentnahme ist jedoch für Atlamaxac begrenzt, obwohl es sich als einziges Dorf davon bedient. Möglicherweise kollidiert es mit den Interessen der Fischfang betreibenden Seeanrainerdörfer. Die Leute von Atlamaxac dürfen nur an drei Tagen der Woche mit jeweils 12 Stunden den Wasserkanal öffnen. Da diese Wassermenge jedoch nicht ausreicht, das ganze Dorf zu bewässern, bietet alles,

was mit den Wasserentnahmemodalitäten zusammenhängt, laufend Anlaß zu inner- und außerdörflichen Zwistigkeiten. Mit der Munizipialverwaltung ficht die Dorfvertretung seit Jahren einen Streit um die Erweiterung der Wasserentnahmeansprüche aus. Die inneren Auseinandersetzungen entzünden sich an dem berechtigten Neid der Nicht-Bewässerungslandbesitzer auf die Bewässerungsbauern. Trockenland und Bewässerungsland sind nicht entsprechend den Flächenanteilen etwa 50 zu 50 auf die Bevölkerung verteilt, sondern 13 reinen Bewässerungsbetrieben stehen 96 Trockenfeldbetriebe und 28 gemischte Betriebe gegenüber. Eine Chance zum Abbau dieser als Diskriminierung empfundenen landwirtschaftlichen Klassenabgrenzung kann nur in der Einbeziehung der gesamten Gemarkung in das Bewässerungsland gesehen werden.

Für die Trinkwasserversorgung stehen drei Brunnen mit einer Tiefe von 135, 160 und 180m zur Verfügung. Offiziell gilt ihre Leistungskraft als begrenzt, so daß die Bundeswasserbaubehörde den Bau eines vierten Tiefbrunnens zugesagt hat. Entgegen seiner Zweckbestimmung wird dieses Wasser in besonderen Bedarfsspitzen jedoch auch zur Feldbewässerung genutzt. Daran wird erneut deutlich, welche zentrale Bedeutung einer ausreichenden Wasserversorgung für die Agrarstruktur und den sozialen Frieden in den Dörfern des Untersuchungsgebietes zukommt.

Das Trockenfeldland wird ausschließlich für Mais- und Bohnenanbau genutzt. Aber auch das Bewässerungsland dient nicht einem so gefächerten intensiven Nutzungsprogramm wie in dem unmittelbar benachbarten Xalcaltzingo. Hauptanbaufrucht ist auch hier der Mais. Gemüse, Blumen und Alfalfa dienen nur als Zwischenfrüchte. Nennenswerte Unterschiede in der Nutzungsintensität ergeben sich auch durch die von den einzelnen Gruppen unterschiedlich gehandhabte Verwendung von chemischem Dünger.

Neben der reinen Bodenbearbeitung weisen Schweinezucht und Milchviehhaltung noch eine gewisse Verbreitung im Dorf auf. Ein Kilogramm Schweinefleisch (Lebendgewicht) bringt 12 Peso am Erzeugermarkt, ein Liter Milch wird zu einem Ladenpreis von 2,25 Peso im Dorf verkauft. (Zum Vergleich: In Benito Juárez beträgt der Erzeugerpreis für die qualitativ allerdings höherwertige Milch

bereits 2,40 Peso). Die Bemühungen einer Gruppe von Campesinos richtet sich auf die Anlage eines Großviehstalls nach der Art des ihnen jedoch nicht bekannten Unternehmens von Benito Juárez. Weitere landwirtschaftliche oder außerlandwirtschaftliche Aktivitäten konnten in Atlamaxac nicht registriert werden.

Nicht nur wegen der Bewässerungsprobleme herrschen Unfriede und Mißtrauen im Dorf. Die Bevölkerung ist wegen eines 14 Jahre zurück liegenden Streites um die damals durchzuführende Elektrifizierung des Dorfes in zwei Lager gespalten. Die Anwohner durften sich damals entscheiden, ob die Verlegung der Leitungen von einer tlaxcaltekischen oder einer Poblaner Firma vorgenommen werden sollte. Man konnte sich deshalb nicht einigen, weil den Befürwortern der beiden konkurrierenden Firmen im Dorfe persönliche Belohnungen für eine erfolgreiche Werbetätigkeit ausgesetzt worden waren. Als sich schließlich eine Mehrheit für die tlaxcaltekische Firma entschied, fühlte sich die unterlegene Gruppe hinter das Licht geführt. Die Erinnerung an dieses Ereignis ist so frisch wie am ersten Tag. Daß auch dieser Konfliktfall kein leuchtendes Beispiel für eine besondere berufliche und wirtschaftliche Regsamkeit im Dorf darstellt, liegt auf der Hand.

Ein Blick auf die Rahmentabelle (II) zur Wirtschafts- und Sozialstruktur (im Anhang) zeigt, wie überragend die Vorrangstellung der landwirtschaftlichen Berufe, der Campesinos und Tagelöhner, ist. Nächstfolgende Gruppe sind die Rentner, die sich – wie bereits an anderer Stelle auseinandergesetzt – sowohl aus Rentnern im engeren Sinne als auch Altenteilern, Alleinstehenden, Witwen und Witwern zusammensetzt: Es handelt sich um Menschen, die sich nicht aus eigener Erwerbstätigkeit ernähren, aber einen eigenen Haushalt bilden. Erst als drittstärkste Gruppe folgen die Industriearbeiter, dann die Händler und die übrigen nicht-landwirtschaftlichen Berufsgruppen.

Insgesamt scheint das berufliche und soziale Spektrum von Atlamaxac keine sozialökonomischen Erscheinungen aufzuweisen, die von unserem Modell nicht erfaßt werden können. Diese Feststellung mag einerseits als selbstverständlich erscheinen, angesichts der unmittelbaren Nachbarschaftslage Atlamaxacs zu Xalcaltzingo und der damit verbundenen gleichen wirtschaftlichen und sozialen

Umweltbedingungen. Andererseits mag sie jedoch erstaunen, bedenkt man, wie grundsätzlich anders die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen von Atlamaxac auf bestimmte Umweltkonstellationen reagieren. Andeutungsweise ließ sich ein solches unterschiedliches, um nicht zu sagen gegensätzliches „sozialgeographisches Verhalten" schon am Beispiel der in ebenfalls vergleichbarer geographischer Umwelt liegenden Ejidodörfer Xicoténcatl und Benito Juárez registrieren. Diese Beobachtungen führen direkt auf das Problem der sozialräumlichen Gliederung des Projektsgebietes, welches nach Abschluß dieser sozialökonomischen Klassifikationsversuche in einem gesonderten Hauptabschnitt vertiefend diskutiert werden soll.

Sozialökonomische Klassifikation

In diesem Abschnitt soll die quantitative sozialökonomische Klassifikation dargestellt werden. Was die qualitative Anwendbarkeit des Modells anbelangt, so darf diese Frage nach den vorausgehenden Ausführungen als positiv beantwortet werden.

Das Dorf Atlamaxac weist Familien mit einer bis vier erwerbstätigen Personen auf. Der absolut größte Anteil entfällt dabei auf die Familien mit einer erwerbstätigen Person; es sind 174 Familien. Ihre sozialökonomische Klassifikation ist relativ einfach, da die Zusammensetzung ihres Einkommens eindeutig ist. Für die sozialökonomische Einordnung dieser Familien kommen alle drei Differenzierungsgänge des Modells in Frage.

Die Tabelle II „Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von Atlamaxac" (im Anhang) weist 88 Campesino- und 21 Tagelöhnerfamilien mit einer erwerbstätigen Person aus. Da ihr landwirtschaftliches Produktionsziel fast ausschließlich mit Eigenverbrauch angegeben ist, erweist sich wiederum eine Zusatzerhebung als sinnvoll, die die geschätzten Werte, basierend auf Betriebsgröße und Betriebsziel, wiedergibt (s. Tab. 18). Danach sind 56 Campesinos auf den ausschließlichen Eigenverbrauch ihrer Produktion eingerichtet, 16 produzieren mit gelegentlichen Überschüssen, 8 erzielen regelmäßig Überschüsse, und 8 betreiben gezielte Marktproduktion. Außerdem gehen 5 der Campesinos zeitweilig niederen ambu-

Tabelle 18: Geschätzte Einkommenstruktur der landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person in Atlamaxac 1974

Campesinofamilien	88	Tagelöhnerfamilien	21
Eigenverbrauch darunter: niedere Händlertät. 5 dörfl. Hilfsdienste 1	56	Tagelöhner ohne Land	8
gelegent. Überschüsse	16	Tagelöhner mit Land (Eigenverbrauch)	13
regelmäßige Überschußprod.	8		
gezielte Marktprod.	8		

lanten Händlertätigkeiten nach, einer ist in dörflichen Hilfsdiensten tätig. Dieser Nebenerwerb dient der Bereitstellung des Allernotwendigsten.

13 der 21 Tagelöhnerfamilien verfügen über eigenen Landbesitz und erzielen damit einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb, der zur Aufbesserung der für die Ernährung einer Familie kaum ausreichenden Landarbeiterlöhne von günstigstenfalls 180,– Peso pro Woche dient.

Damit lassen sich die landwirtschaftlichen Familien folgenden sozialökonomischen Klassen zuordnen:

Landw. Familien (Subs.)	50
ohne sonstiges Einkommen;	
bzw. Tagelöhner ohne Land	8
Landw. Familien (Subs.) mit	
dorfgebundener Nebenbeschäftigung;	6
bzw. Tagelöhner mit landw. Nebenerwerb	13
Landw. Familien (Subs.) mit gelegentl.	
Ernteüberschüssen	16
Landw. Familien mit regelmäßiger	
Überschußproduktion	8

Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion	8
	109
Ferner:	
Familien mit ausschließlich nicht-landw. Einkommen	65

Die verbleibenden Familien mit einer erwerbstätigen Person, die Berufsgruppen vom „gewerblichen Hilfsarbeiter" bis zum „Rentner", ordnen sich der sozialökonomischen Klasse der „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" zu. Ihre Zahl beträgt 65 (s. o. in der Aufstellung).

Die Familien mit zwei erwerbstätigen Personen[13])

Zur sozialökonomischen Klassifikation dieser Familien bedarf es wiederum einer spezifizierten Aufstellung zur Berufsstruktur der einzelnen Familien.

Tabelle 19: Die Berufsstruktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Atlamaxac 1974

Beruf	1. Person	Beruf	2. Person
Campesino	2	Campesino	2
Campesino	5	Tagelöhner	5
Tagelöhner	1	Tagelöhner	1
Campesino	2	gew. Hilfsarbeiter	2
Campesino	1	Industriearbeiter	1
Campesino	1	Selbständ. (Händl.)	1
Rentner (eh. Camp.)	1	Campesino	1
Tagelöhner	2	gew. Hilfsarb.	2
Tagelöhner	1	Industriearb.	1
Gew. Hilfsarb.	1	gew. Hilfsarb.	1
Industriearbeiter	1	Angestellter	1
Selbständiger	2	gew. Hilfsarb.	2
Rentner	1	Angestellter	1
Handwerker	1	Handwerker	1
	22		22

[13]) Zusammenfassend ist die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in der Übersichtstabelle 21, S. 98 dargestellt.

Danach ergeben sich:

I. 9 Familien mit landwirtschaftlichem Einkommen:
- 2 Campesino – Campesino – Familien
- 5 Campesino – Tagelöhner – Familien
- 1 Tagelöhner – Tagelöhner – Familie
- 1 Rentner (Camp.) – Campesino – Familie

II. 7 Familien mit landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichem Einkommen:
- 2 Campesino – Hilfsarbeiter – Familien
- 1 Campesino – Industriearbeiter – Familie
- 1 Campesino – Selbständigen – Familie
- 2 Tagelöhner – Hilfsarbeiter – Familien
- 1 Tagelöhner – Industriearbeiter – Familie

III. 6 Familien mit nicht-landwirtschaftlichem Einkommen:
- 1 Hilfsarbeiter – Hilfsarbeiter – Familie
- 1 Industriearbeiter – Angestellten – Familie
- 2 Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familien
- 1 Rentner – Angestellten – Familie
- 1 Handwerker – Handwerker – Familie

Die Familien mit nicht-landwirtschaftlichem Einkommen, es sind 6, lassen sich ohne weiteres der sozialökonomischen Klasse der „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" im Modell zuweisen.

Die 9 landwirtschaftlichen Familien bedürfen einer vorherigen Sichtung auf ihr ökonomisches Betriebsziel bzw. die Höhe ihres Einkommens hin.

Unter ihnen ist, wie bereits in anderem Zusammenhang festgestellt, die Neigung nicht groß, über den Eigenverbrauch hinausgehend, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu produzieren. Die begrenzten Betriebsgrößen würden dazu auch nicht ausreichen, zumal nur zwei Betriebe von ihnen mit insgesamt weniger als 1 ha Anteil am Bewässerungsland haben. – Alle Tagelöhnerfamilien verfügen über kein Land. – Die eine Rentner – Campesino – Familie wurde hier den landwirtschaftlichen Familien zugeordnet, weil es sich um

einen Kombinationsfall eines ehemaligen Campesino, der noch landwirtschaftliche Familienversorgung betreibt, mit einem vollberuflich tätigen Campesino handelt.

Damit ergibt die Zuweisung der rein landwirtschaftlichen Familien zu den sozialökonomischen Klassen folgendes Bild:

1 landwirtschaftliche Familie mit regelmäßiger Überschußproduktion
7 landwirtschaftliche Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen
1 Tagelöhnerfamilie ohne Land

(s. auch die Übersichtstabelle 21, S. 98).

Die sozialökonomische Klassifikation der 7 Familien mit landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichem Einkommen erfolgt mit Hilfe der folgenden Tabelle 20.

Tabelle 20: Die Einkommensstruktur der landwirtschaftlich-nicht-landwirtschaftlichen Familien mit zwei Erwerbspersonen in Atlamaxac 1974

Höhe des Einkommens in mex.$, Wochenlöhne

Familie	landw. Eink.	n.-landw. Eink.	prozentuales Verhältnis
1. Campesino – Hilfsarbeiter – Familien			
1.	200.–	300.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	200.–	350.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2. Campesino – Industriearbeiter – Familien			
1.	400.–	600.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
3. Campesino – Selbständigen – Familien			
1.	150.–	250.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
4. Tagelöhner – Hilfsarbeiter – Familien			
1.	120.–	200.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
2.	150.–	200.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.
5. Tagelöhner – Industriearbeiter – Familien			
1.	150.–	350.–	n.-lw. > 50 % des Gesamteink.

Alle 7 Familien des gemischten Einkommenstyps weisen ein Übergewicht des nicht-landwirtschaftlichen Einkommens auf und

lassen sich damit der entsprechenden sozialökonomischen Klas „mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" in dritten Differenzierungsgang zuweisen.

Zusammenfassend ist die sozialökonomische Struktur der Fa milien mit zwei erwerbstätigen Perso ıen in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 21: Die sozialökonomische Struktur der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in Atlamaxac 1974

Landwirtsch. Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen; bzw. Tagelöhner ohne Land	
Landwirtsch. Familien (Subs.) mit gelegentl. Ernteüberschüssen	
Landwirtsch. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	
Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	
Familien mit ausschließlich-nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	

Die Familien mit drei und vier erwerbstätigen Personen

Der Anteil dieser Familien ist nach der Rahmentabelle (II) „Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von Atlamaxac" (im Anhang) verschwindend gering. Über drei erwerbstätige Personen verfügen nur vier Familien, über vier erwerbstätige Personen eine einzige Familie.

Die vier Familien mit drei erwerbstätigen Personen gliedern sich nach der Art ihrer Berufszusammensetzung folgendermaßen auf:

I. 1 Campesino – Campesino – Campesino – Familie
   1 Rentner (Camp.) – Campesino – Tagelöhner – Familie

II. 1 Tagelöhner – Händler – Hilfsarbeiter – Familie
   1 Rentner (Camp.) – Hilfsarbeiter – Hilfsarbeiter – Familie

Da beide Rentner vormals Campesino waren, sind sie sinnvollerweise den landwirtschaftlichen Berufen zuzuordnen. Ihr Beitrag zum Familieneinkommen beschränkt sich jetzt auf Hilfsdienste im Betrieb mit Familienversorgungscharakter. – Der eine Tagelöhner in der ersten Gruppe verfügt über keinen eigenen Landbesitz.

In der ersten Gruppe sind die beiden Familien mit ausschließlich landwirtschaftlichem Einkommen zusammengefaßt. Da sich ihre Wirtschaftsweise auf die reine Selbstversorgung beschränkt, sind sie der sozialökonomischen Klasse der „landwirtschaftlichen Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen" (2) zuzuordnen.

Bei den beiden Familien der gemischten Einkommensgruppe überwiegt das nicht-landwirtschaftliche Einkommen, so daß die Einordnung in die entsprechende sozialökonomische Klasse „Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" (2) auch vorgenommen werden kann.

Die sozialökonomische Struktur der Familien mit drei erwerbstätigen Personen sieht also folgendermaßen aus:

Landwirtschaftliche Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen; bzw. Tagelöhner ohne Land	2
Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	2

Als letzte ist die Familie mit *vier erwerbstätigen Personen* zu klassifizieren.

Es handelt sich um eine Familie mit den Berufen
Campesino – Hilfsarbeiter – Tagelöhner – Tagelöhner.

Da das landwirtschaftliche Einkommen zusammengenommen das gewerbliche übertrifft (400,– zu 300,– Peso), ist die Familie sozialökonomisch als „überwiegend mit landwirtschaftlichem Einkommen" zu klassifizieren.

Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen	1

Tabelle 22: Die sozialökonomische Struktur von Atlamaxac, 1974

Undifferenzierte, isolierte Subsistenzwirtschaftsgesellschaft

„Subsistenzdifferenzierungsgang"	„Marktorientierungsgang"	„Gemischter Einkommensdifferenzierungsgang"
Landw. Familien (Subs.) ohne sonstig. Einkommen; 52 bzw. Tagelöhner ohne Land 9	Landw. Familien(Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen 23	Familien mit überwieg. landw. Einkommen: landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens 1
Landw. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäftigung; bzw. 6 Tagelöhner mit landw. Nebenerwerb 13	Landw. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion 9	Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftl. u. nicht-landw. Eink.
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Angehörigen in dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion 8	Familien mit überwieg. nicht-landw. Eink.: nicht-landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens 9
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Ang. in nicht dorfgebundener außerlandw. Vollbeschäftigung	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation	Familien mit ausschl. nicht-landwirtschaftl. Einkommen 71
Subventionierte Subsistenzfamilien	Marktorientierte landwirtschaftl. Familien mit Verselbständigung im Handel	Gewerblich-ländliche Oberschicht

Differenzierte, integrierte, urbane (Industrie-) Gesellschaft

Das quantifizierte sozialökonomische Klassifikationsmodell und die sozialökonomische Struktur von Atlamaxac

In der sozialökonomischen Struktur von Atlamaxac sind die landwirtschaftlichen Gruppen gegenüber den nicht-landwirtschaftlichen beinahe doppelt so stark vertreten. Von insgesamt 201 Familien haben sich aus der Bodenbearbeitung 71 Familien vollkommen gelöst, 9 erwirtschafteten ihr Einkommen aus überwiegend nicht-bodenbezogener Arbeit.

Das sind immer noch hohe Werte in Anbetracht der ursprünglich rein agrarischen Orientierung dieses in der landwirtschaftlichen Nutzung begünstigten Dorfes. Es bestätigt sich an diesem Beispiel die bereits beobachtete Tatsache, daß der bisher für eine typisch städtische Erscheinung gehaltene Differenzierungsprozeß der Gesellschaft den ländlichen Raum voll erfaßt hat.

Die zahlenmäßige Konstellation der einzelnen sozialökonomischen Klassen zueinander gibt einigen Aufschluß darüber, in welcher spezifischen Weise dieser Differenzierungsprozeß in Atlamaxac abläuft. Es fällt auf, daß das sozialökonomische Spektrum relativ schmal ist. Von 17 möglichen sozialökonomischen Gruppen sind nur 10 besetzt. Die sozialökonomische Struktur des Dorfes wird jedoch im wesentlichen von nur zwei Gruppen getragen: den Subsistenzfamilien (mit einigen graduellen Unterschieden in den Ernteerträgen) und den ausschließlich nicht-landwirtschaftlichen Familien. Das läßt die Deutung zu, daß das Eindringen nicht-landwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten in diesem Dorf nicht einen integrativen sozialökonomischen Differenzierungsprozeß mit zahlreichen landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichen Mischformen in Bewegung gesetzt, sondern zu einer Polarisierung von landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Gruppen geführt hat. Offensichtlich war die ländliche Gesellschaft von Atlamaxac, zumindest aber derjenige Teil von ihr, der als der immobilere einzustufen ist, diesem Wandlungsprozeß nicht gewachsen und hat nicht mit Anpassungsbereitschaft, sondern mit Abwehr, teilweise mit sozialer Abkapselung reagiert. Nicht einmal im rein landwirtschaftlichen Bereich ist es zu weiteren sozialökonomischen Differenzierungsformen gekommen.

Diese Befunde decken sich voll mit den eingangs beschriebenen Beobachtungen zum allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinungsbild Atlamaxacs, wonach unüberwundene Konflikte, Mißtrauen und Cliquenbildung das soziale Milieu des Dorfes bestimmen.

Gegenüber Xalcaltzingo, das sich als Beispiel für eine stärker ausgewogene, gut organisierte, gepflegte und in der Entwicklung dynamische Arbeiter- und Bauerngemeinde hatte charakterisieren lassen, stellt Atlamaxac – wie ausgeführt – das krasse Gegenbild dar. Die Gründe dafür dürften in ihrer unterschiedlichen sozialen Mobilität zu suchen sein. Es soll hier nicht erneut die Diskussion geführt werden, in welchem engeren Zusammenhang die konfessionelle Differenzierung und der hohe wirtschaftliche und soziale Entwicklungsgrad von Xalcaltzingo stehen. Der mobilitätsfördernde Effekt solcher konfessioneller Konstellationen im allgemeinen dürfte hinlänglich bekannt sein.

Was die mögliche Beeinflussung der Mobilität durch die räumlichen Umweltfaktoren anbelangt, so soll diese Diskussion nicht mit dem Hinweis auf die unmittelbare Nachbarschaft der beiden Dörfer unterbunden werden. Immerhin liegt Xalcaltzingo von Puebla aus gesehen, diesseits und Atlamaxac jenseits einer sich in der Regenzeit als sehr hinderlich erweisenden Barranca. Aber auch um Xalcaltzingo zu erreichen, muß man für etwa 200 m das Flußbett einer Barranca benutzen, wenn man nicht den Umweg von einigen Kilometern über eine auch nicht bessere Straße scheut. Zur Vertiefung dieser Frage wäre es sicher nötig, weitere Nachbarorte von Xalcaltzingo zu untersuchen.

Zusammenfassung der Ergebnisse der sozialökonomischen Klassifikation von Atlamaxac

Atlamaxac ist das zweite Beispiel für einen sowohl qualitativ als auch quantitativ durchgeführten sozialökonomischen Klassifikationsversuch. Nicht zuletzt wegen seiner unmittelbaren Nähe zum Nachbarort Xalcaltzingo wurde es in den Kreis der untersuchten Dörfer aufgenommen. Obwohl sich dieser Faktor der räumlichen Nähe nicht in einer strukturellen Ähnlichkeit niederschlägt,

ergab sich manche Gelegenheit für die vergleichende Einbeziehung des sozialökonomischen Typs Xalcaltzingo.

Atlamaxac ist physiognomisch und strukturell das genaue Gegenstück zu Xalcaltzingo. Äußerlich ist das an einem wenig geordneten und ungepflegten Erscheinungsbild des Dorfes sichtbar. — Die Landwirtschaft hat längst nicht den Entwicklungsgrad erreicht wie die von Xalcaltzingo. Nur etwa die Hälfte der Gemarkung ist Bewässerungsland. Seiner Erweiterung stehen Schwierigkeiten entgegen, deren Überwindung nur mit Hilfe eines einmütigen Willens und einer ungeteilten öffentlichen Meinung denkbar ist. Daran mangelt es dem Dorf aber grundsätzlich. Nicht nur, daß Trockenfeld- und Bewässerungsbauern miteinander zerstritten sind, weil sich die Bewässerungsfläche nicht anteilmäßig auf alle Besitzer verteilt; der Bevölkerung ist es nicht gelungen, einen 14 Jahre zurückliegenden innerdörflichen Konflikt zu bereinigen, der sich an der Überfordertheit der Dorfbewohner entzündet hatte, gemeinsam zu entscheiden, welcher von zwei konkurrierenden Firmen der Auftrag zur Elektrifizierung von Atlamaxac erteilt werden sollte. Dieser Konflikt hat zur Aufspaltung der Bevölkerung in zwei Lager geführt.

Diese und andere im Text erwähnte Vorgänge, welche auf einen geringen sozialen Mobilitätsgrad der Bevölkerung hindeuten, finden ihre Entsprechung in einer wenig differenzierten Berufsstruktur. Die quantitative sozialökonomische Klassifikation ergibt, daß sich die Aufteilung der Berufsgruppen im wesentlichen auf die meist selbstversorgerisch betriebene Landwirtschaft einerseits und auf den mit der gewerblich-ländlichen Unterschicht von Benito Juárez vergleichbaren nicht-landwirtschaftlichen Sektor andererseits beschränkt. Die zahlreichen möglichen zwischen diesen Extremen liegenden sozialökonomischen Differenzierungsformen sind in Atlamaxac unterrepräsentiert. Das gilt sowohl für die Familien mit einer als auch mit mehreren Erwerbspersonen.

In der Begrenztheit auf jene wenigen sozialökonomischen Differenzierungsformen unterscheidet sich Atlamaxac grundsätzlich von Xalcaltzingo, welches sich durch eine besser ausgewogene Repräsentanz beinahe aller sozialökonomischer Klassen auszeichnet und damit Anklänge an industriestaatliche Entwicklungszyklen

weckt. Als Grund dafür dürfte die höhere soziale Mobilität Xalcaltzingos gelten, über deren Ursachen im Verhältnis zur konfessionellen Differenzierung Xalcaltzingos aus Mangel an weiterem Vergleichsmaterial jedoch keine endgültigen Aussagen zu machen sind.

VI. Die großstadtnahe ländliche Bauern- und Arbeitergemeinde (Kontrovers geprägte ländliche Sozialstruktur mit Wandlungstendenzen zu außerlandwirtschaftlichen Einkommensverhältnissen; im Ausstrahlungsbereich der gewerbestarken Großstadt)
San Juan, Municipio Puebla, Bundesstaat Puebla

Tabelle 23: Zensusdaten von San Juan

3249 Einwohner
- davon: 57,6% erwerbstätig
  davon: 57,6% in der Landwirtschaft
  31,5% in der Industrie
  8,4% in Handel und Dienstleistungen
- davon: 66,0% alphabetisiert
- davon: 47,6% mit Primarschulbildung
- davon: 14,8% in Ausbildung befindlich

452 Häuser
- davon: 56,4% im Eigenbesitz
- davon: 42,0% mit Wasseranschluß im Haus
- davon: 41,8% mit Kanalisation
- davon: 76,8% mit gesondertem Fußboden über dem Erdboden
- davon: 81,2% mit elektrisch Licht
- davon: 65,9% mit Radio
- davon: 18,1% mit Fernsehen

Das Dorf San Juan[14]) liegt im näheren Einzugsbereich der Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates Puebla. Es ist in einer Omnibusstunde von der Stadt erreichbar. Trotz eines nur schwer

[14]) s. Anmerkung 4, S. 29

befahrbaren, unbefestigten Zugangsweges verfügt es über regelmäßige Verkehrsverbindungen. Darüber hinaus ist der private Motorisierungsgrad relativ hoch.

Das Dorf San Juan profitiert stark von der großen Wirtschaftskraft der 1974 etwa eine halbe Million Einwohner zählenden Großstadt Puebla, die überregional zentrale Funktionen sogar gegenüber dem Bundesstaat Tlaxcala erfüllt. Puebla ist gewerblich sehr gut entwickelt. Zu seinen stärksten Wirtschaftszweigen gehört die Textilindustrie mit einer großen Zahl von gewerblichen Arbeitsplätzen sowohl für die Stadtbevölkerung als auch für das nahe und ferne Umland. Seit 1964 ist Puebla Standort des gut florierenden mexikanischen Volkswagenwerkes, welches ebenfalls Pendlerströme aus der weiteren Umgebung der Fabrik anlockt. Daneben bieten die zahlreichen Märkte, Groß- und Einzelhandelsgeschäfte, Banken und Büros Arbeitsplätze in Handel und Dienstleistungen. Nicht zuletzt wegen seines großen Angebots an beruflichen Chancen ist Puebla Anziehungspunkt und z. T. Durchgangsstation nach Mexiko-Stadt für einen nicht endenden Migrationsstrom von Menschen aus dem ländlichen Raum, wo die Erwerbsgrundlagen wegen der ständig wachsenden Bevölkerung schon seit langem nicht mehr ausreichen.

Wie die vier bereits untersuchten Dörfer ist auch San Juan von dieser Problematik betroffen: mit dem Unterschied jedoch, daß seine besondere Großstadtnähe zusammen mit den damit verbundenen beruflichen und sozialen Chancenvorteilen die Vermutung nahegelegt, daß die Entwicklung hier zur Ausbildung einer mobileren sozialökonomischen Gesellschaftsstruktur geführt hat und günstige Voraussetzungen zum Studium besonders weit fortgeschrittener sozialökonomischer Differenzierungsformen innerhalb des ländlich-städtischen Wandlungsprozesses bietet.

In dieser Erwartung fühlt man sich getäuscht, wenn man einen Blick auf die Zensusdaten (vgl. S. 104) bzw. die Grunddaten zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von San Juan (s. Tab. III im Anhang) wirft. Hier überwiegen noch stark die agrarischen Erwerbsformen.

Wie aus der Tabelle zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von San Juan (im Anhang) entnehmbar, besteht die Bevölkerung aus einer

größeren Gruppe von Eigenlandcampesinos und einer kleineren Gruppe von Ejidatarios, die in der amtlichen Statistik (vgl. die Zensusdaten auf S. 104) nicht aufgeführt sind. Beide sind ausnahmslos Trockenfeldbauern. Streitobjekt zwischen diesen beiden Gruppen ist der Landbesitz. Bis zur Einrichtung einer Ejidofraktion im Jahre 1953 hat es eine nicht endende Reihe von Übergriffen zwischen den damals landlosen und den besitzenden Campesinos gegeben. Nach der Zuteilung von einigen hundert Hektar Ejidoland, die die Regierung aus der Teilenteignung einer benachbarten Hacienda gewann, lockerten sich die Fronten längst nicht in dem Maße, wie das Streitobjekt aus dem Weg geräumt war. Daneben formierte sich eine neue Angriffsfront gegenüber denjenigen Campesinos und Ejidatarios, die die Zuteilung des Landes akzeptierten, ihr Land jedoch nachlässig bewirtschafteten, weil sie bereits in nicht-landwirtschaftlichen Berufen Fuß gefaßt hatten.

Mit diesem sozialen Verhalten scheint eine relativ niedrige Alphabetisierungsquote von unter 70 % (in Atlamaxac 84,4 %) und eine noch geringere Schulbildungsquote von unter 50 % (in Atlamaxac 65 %) einherzugehen. Nach unseren Befragungserfahrungen dürfte diesen Angaben ein hoher Wahrscheinlichkeitsgrad zukommen.

Mit diesen Merkmalen, die auf eine vergleichsweise große soziale Zurückgebliebenheit dieses Dorfes trotz seiner Lage im Ausstrahlungsbereich der Großstadt hindeuten, repräsentiert San Juan einen sozialökonomischen Typ von ländlichen Gemeinden, die sich nicht durch Anpassung an die soziale und wirtschaftliche Entwicklung möglicher städtischer Vorbilder auszeichnen, sondern durch soziale Abkapselung, ja aggressive Frontstellung gegen solche Einflüsse. Sichtbares Kennzeichen dafür sind die vielfältigen Konfliktsituationen, in denen sich die Bevölkerung des Dorfes befindet.

Zur Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung, die NICKEL (1973) bereits an einem anderen Beispiel anschaulich beschreibt, scheint es zu gehören, daß der Konflikt schnell über seinen eigentlichen Anlaß hinauswächst. Gesonderte Befragungen zu diesem Punkt in San Juan ergaben, daß im Endstadium einer Landinvasion ortsfremde Gruppen, z. T. aus der Stadt, z. T. aus den Nachbardörfern stammend, zu einem größeren Prozentsatz an den Aktionen betei-

ligt waren als die Betroffenen selbst. Allerdings räumten einige Bewohner von San Juan ein, sie seien ebenfalls an Landinvasionen in benachbarten Dörfern beteiligt gewesen, ohne an deren Konflikten irgendeinen Anteil gehabt zu haben; der Abenteuercharakter solcher Aktionen sei genügend Anreiz. Auf eine detaillierte Darstellung dieser Vorgänge muß jedoch zum Schutz der Interviewpersonen verzichtet werden.

Die Tatsache, daß neuerdings auch Landinvasionen von San Juan ausgehen, sollte in Hinblick auf die Beurteilung des sozialen Verhaltens seiner Bevölkerung nicht überbewertet werden. Primär scheint eine dem Dorfcharakter offensichtlich eigene Streitlust erkennbar zu sein, die sich schon vor der stärkeren Aktualisierung des Landinvasionsgedankens in exaltierten Verhaltensweisen der Bevölkerung äußerte.

Aber auch heute noch schicken z. B. viele Eltern ihre Kinder nicht zur Schule, weil sie befürchten, sie würden dort zum Militärdienst gedungen. – Eine Gruppe von Agronomen, die zur Bonitierung der Böden von San Juan ins Dorf gekommen war, bedrohten die Bewohner wiederholt mit der Waffe und jagten sie davon. – Während unserer Befragungsaktionen, die nur unter persönlichem Begleitschutz durch einige Angestellte der Munizipialverwaltung möglich war, achtete eine sich immer in der Nähe haltende Gruppe von jungen Männern argwöhnisch darauf, daß die Töchter des Dorfes nicht entführt wurden. – Unter den Männern ist der Alkoholismus stark verbreitet. Am Tage treiben sich durchschnittlich 20 Betrunkene auf den Straßen, in den Hauseingängen und auf dem Friedhof herum. Begräbnisse sind mit dem gern angenommenen Ritus verbunden, daß jeder männliche Trauergast eine Flasche mit 3 Liter Pulque und 3 Tortas (gefüllte Maisfladen) erhält.

Eine gewisse Rolle bei den innerdörflichen Zwistigkeiten in San Juan spielt auch der Kampf um das Wasser. Für die Trinkwasserversorgung steht augenblicklich nur ein Brunnen mit einer von den Campesinos übereinstimmend angegebenen Tiefe von 317 m (!) zur Verfügung. Ein zweiter Brunnen mit 117 m Tiefe ist trokken gefallen. Seit zwei Jahren ist das Dorf mit einem Rohrleitungsnetz für die einzelnen Hausanschlüsse versehen. Vor diesem Zeitpunkt mußten sich die Haushaltungen selbst mit Wasser versorgen,

indem sie es sich in Eimern und Kannen von der zentralen Verteilerstelle im Dorf abholten.

Unter den Ejidatarios ist der Ruf nach der Anlage eines Brunnens zur Feldbewässerung am lautesten. Sie haben die schlechtesten Felder, die an den trockenen Hängen der Malinche liegen. Entsprechend ihrem Ejidatariostatus wären sie aber besonders auf die Feldbestellung fixiert. Auf die Erfüllung solcher Bewässerungswünsche bestehen keinerlei konkrete Aussichten.

Entsprechend diesen ungünstigen Ausgangsbedingungen ist die landwirtschaftliche Nutzung im Dorf auf die typischen Trockenfeldfrüchte beschränkt. Die Ejidatarios haben außer den Hauptanbaufrüchten Mais und Bohnen zur Eigenversorgung noch gewisse Anteile am Anbau von Kartoffeln. Die Eigenland-Campesinos ziehen nur Mais und Bohnen.

Darüber hinaus gelangen von San Juan aus die unterschiedlichsten agrarischen Produkte auf die Märkte von Puebla. Ein recht lukratives Geschäft liegt im Verkauf von Holzkohle (pro kg 2 Peso), deren Herstellung in Anbetracht des hohen Abholzungsgrades der mexikanischen Wälder gesetzlich verboten ist. Zu den ausgefalleneren Angeboten auf den Märkten gehört in Säcke verpackter Humusboden, 40 kg zu 25,– Peso. Eine Delikatesse für den Gaumen des Mexikaners ist eine Raupenart, die im Wurzelbereich der Maguey-Agave beheimatet ist. Auch sie wird in San Juan gewonnen und pro kg für mehr als 50,– Peso verkauft, das ist doppelt soviel wie für ein kg Rindfleisch.

Die Ernteüberschüsse an Mais, Bohnen und Kartoffeln werden zum größten Teil an Aufkäufer abgegeben, die nach der Erntezeit durch die Dörfer ziehen. Das Verhältnis der Dorfbewohner zu den staatlichen Aufkaufsorganisationen, der Ejidalbank und „Conasupo", ist, wie in den meisten Dörfern, sehr schlecht. Meistens klagen die Campesinos darüber, daß sie bei der Festsetzung des Aufkaufpreises übervorteilt würden. In manchen Fällen sind sie dabei im Recht, in anderen nicht.

Auf der Suche nach einer Erklärung für die z. T. verworrenen Verhältnisse in San Juan wird man schnell auf die überaus hohe Abwanderungsrate der Dorfbevölkerung aufmerksam. Darüber gibt es natürlich kein amtliches statistisches Material. Aber man er-

hält auf folgende Weise einigen Aufschluß darüber. Ein Blick auf die Tabelle III „Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von San Juan" macht den nicht häufig in mexikanischen Dörfern zu beobachtenden Zustand deutlich, daß die kleinste Familiengrößenklasse „bis 5 Personen pro Familie" am stärksten vertreten ist und die nächstfolgende „6–10 Personen" mit 218 zu 175 übertrifft. Dazu kommt eine kräftige Überrepräsentanz der Jahrgänge über 50 Jahre. Ihre Zahl ist bei den Familien mit einer erwerbstätigen Person nahezu ebenso groß wie die unter 30 Jahre alten. Da im allgemeinen, wie man aus anderen Untersuchungen zum mexikanischen Migrationsproblem weiß (vgl. auch NICKEL, 1973), die sozial und wirtschaftlich mobilste Bevölkerung diesen Abwanderungsstrom trägt, für den im nahen Umland einer Großstadt natürlich besonders starke Aktivierungskräfte vorhanden sind, dürfte der zurückbleibenden Bevölkerung der Charakter einer konzentriert negativen Auslese zukommen, was ihre Mobilität anbelangt.

Diese Tatsache enthält den Schlüssel zur Beantwortung der meisten Fragen, die sich aus dem gesellschaftlich so wenig homogenen Erscheinungsbild San Juans ergeben. Z. B. erklärt sich daraus der Widerspruch, daß man den traditionellen Kampf um den Zugewinn von Land fortsetzt, obwohl sich die agrarische Basis ohnehin laufend durch die Abwanderung großer Teile der Bevölkerung verbessert. Die Tabelle III „Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur von San Juan" weist eine klare Häufung der Betriebsgrößenklassen von „2 bis unter 6 ha" auf. Sogar über „8 ha und mehr" verfügen noch 87 Eigenland-, 24 Ejido- und 2 gemischte Betriebe.

Aus der überaus hohen Abwanderungsrate dürfte sich auch der relative Wohlstand erklären, auf den die starke Repräsentanz der mittleren Einkommensklassen in der Tabelle III hinweist. Neben einer guten landwirtschaftlichen Ertragslage infolge sich erweiternder Betriebsgrößen ist die Rückflußquote der in Puebla von den Abgewanderten erwirtschafteten Unterhaltsgelder offensichtlich nicht gering, so daß die zurückgebliebenen Familienangehörigen kräftig davon profitieren dürften. Trotz des sozial niedrigen Niveaus der Dorfbevölkerung versetzte uns der relativ hohe Einrichtungskomfort vieler Häuser – häufig mit Gasofen, Fernsehapparat und Kühlschrank ausgestattet – bei den Befragungen immer

wieder in Erstaunen. Es gibt kaum ein Haus in San Juan, aus dem nicht wenigstens eine erwerbstätige Person entweder ganz nach Puebla abgewandert ist oder als Pendler dort ihr Einkommen verdient.

In keinem der untersuchten Dörfer dürften sich Traditionalismus und Fortschritt so konträr gegenüberstehen wie in San Juan. Zwar scheinen die Voraussetzungen für den Abbau dieser Gegensätze dadurch günstig, daß sich beinahe in jeder Familie die Auseinandersetzung zwischen ländlicher Tradition und städtischem Fortschritt in der Weise abspielt, daß Personen der unterschiedlichsten Erwerbsverhältnisse nebeneinander leben; letztlich übersteigt es aber die Assimilationskraft der zurückbleibenden, von den adaptionsfreudigsten und -fähigsten Dorfgenossen verlassenen dörflichen Restgesellschaft, aus eigener Kraft die beschriebenen sozialen Fehlentwicklungen zu überwinden und mögliche „städtische Vorbilder" adäquat zu imitieren. Das Ergebnis sind Unzufriedenheit, soziale Abkapselung und gesteigerter Aggressionstrieb.

Sozialökonomische Klassifikation

Was die qualitative Erprobung des Klassifikationsmodells anbelangt, so ließen sich weder bei den Interviews noch nach Auswertung der Fragebögen neue sozialökonomische Formen und Gruppen feststellen, die nicht durch einen der bekannten sozialökonomischen Differenzierungsgänge abgedeckt sind. Das trifft sowohl auf die Eigenlandcampesinos als auch die Ejidofamilien zu. Ihr qualitativer Unterschied liegt nicht in einer verschiedenartigen sozialökonomischen Erfaßbarkeit durch das Modell, sondern in einem unterschiedlichen Rechtsstatus. Dieser hat jedoch für die wirtschaftliche und soziale Entfaltung der Ejidatarios insofern benachteiligende Wirkung, als er sie stärker, als das bei den Eigenlandcampesinos der Fall ist, an die Bodenbearbeitung bindet. Wie erinnerlich, stellt der schlechte Erhaltungszustand einer Ejidoparzelle eine Handhabe des Staates dar, die Ejidoparzelle einzuziehen und einem anderen Ejidatario zu übertragen. Obwohl diese Regel, wie auch die übrigen, z. B. die Unverkäuflichkeit von Ejidoparzel-

len, in der Praxis laufend verletzt werden, ist man von einer generellen Gleichstellung der Ejidatarios und Landeigentümer noch weit entfernt. U. a. aus diesem Grunde wurden diese beiden Gruppen in San Juan gesondert erfaßt. Was die detaillierten Beobachtungen zur qualitativen sozialökonomischen Struktur von San Juan anbelangt, so wird auf sie im Zusammenhang mit den quantitativen Einzelklassifizierungen hingewiesen werden. Da der quantitative Modelltest methodisch nach dem Muster der vorausgehenden Dorfuntersuchungen abläuft, soll er in seinem statistischen Teil in verkürzter Form dargestellt werden.

Zunächst die landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person:

Tabelle 24: Die landwirtschaftliche Einkommensstruktur der landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person in San Juan 1974

Eigenland-Familien: 530 (insgesamt)		Ejido-Familien: 120 (insgesamt)	
Campesino 223	Tagelöhner 34	Campesino 54	Tagelöhner 7
Eigenverbrauch ohne sonst. Eink. bzw. Tagelöhner ohne Land	55 7	10	–
Eigenverbrauch m. dorfgebund. Nebenbeschäft.; bzw. Tagelöhner mit landw. NE	18 15	6	6
gelegentl. Ernteüberschüsse	45 7	13	1
regelm. Überschußproduktion	28 5	7	–
gezielte Marktproduktion	49 –	4	–
mit nicht-landw. Nebenerwerb	28 –	14	–

Die Betrachtung dieser Tabelle läßt einige grundsätzliche Züge der Agrarsozialstruktur von San Juan erkennen:

1. Sowohl im ejidalen als auch im Eigenlandbereich liegt der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Familien bemerkenswert niedrig. Bei den Eigenlandcampesinos sind von insgesamt 530 Familien (mit einer erwerbstätigen Person) nur 223 Familienvorstände als Campesino und 34 als Tagelöhner tätig; das sind weniger als 50 % dieser Familien. Von den 120 Ejidatarios verdienen gerade 61, einschließlich der ejidalen Tagelöhner, ihr Auskommen in der Landwirtschaft.

2. Ein bisher nicht in dieser Höhe gewohnter Anteil von Tagelöhnern *mit* landwirtschaftlichem Nebenerwerb, d. h. mit Landbesitz, steht einem geringeren von Tagelöhnern *ohne* Land gegenüber (etwa 1/5 davon). In den übrigen Gemeinden war dieses Verhältnis umgekehrt gewesen. Dieser Befund scheint die eingangs dieses Modelltests geäußerte Vermutung zu bestätigen, daß der ständige Kampf des Dorfes um den Zugewinn von Land nicht primär durch einen akuten Landmangel motiviert ist.

Besondere Aufmerksamkeit dürften die Beobachtungen zum „Entagrarisierungsprozeß" im Ejidobereich verdienen. Ein großer Teil der Ejidatarios bearbeitet seine Parzellen nur noch als Nebenbeschäftigung oder hat den agrarischen Bereich total kommerzialisiert. Knapp 1/6, d. h. 19 der 120 Ejidofamilien ist nicht mehr in der Bodenbearbeitung tätig. Eine gesonderte Nachuntersuchung dieses Phänomens ergibt, daß die Ländereien entweder an Tagelöhner verpachtet sind (daher der hohe Anteil der Tagelöhner mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb), oder daß Tagelöhner, wie in einigen Fällen feststellbar, in Dauerstellung zur Bearbeitung von Ejidoflächen beschäftigt werden, während die ejidalen Besitzer nicht selten einträglicheren außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen:

Fall 1: Der Ejidatario besitzt 6 ha Ejidoland und 9 ha Eigenland, welches er von zusammen 6 Tagelöhnern bewirtschaften läßt. Er ist ferner Teilhaber in einem örtlichen Traktorensyndikat, das seine Dienste für landwirtschaftliche Arbeiten anbietet. Seine Frau hilft in seinem Einzelhandelsladen; für den An- und Abtransport der Waren steht ein Kombitransporter zur Verfügung, mit dem

auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der angestellten Tagelöhner auf die Märkte von Puebla und Cholula transportiert werden. Das Wocheneinkommen dieser Familien beträgt mindestens 2000.– Peso. Die Wohnungseinrichtung umfaßt neben einer gegliederten Raumaufteilung und einem anspruchsvollen Mobiliar einen Gasofen, einen Fernsehapparat und einen Kühlschrank.

Fall 2: 12 ha Ejidoland, das von zwei Tagelöhnern bewirtschaftet wird. Der Ejidatario besitzt ebenfalls einen Traktor und gehört dem Traktorensyndikat an. Seine Frau ist mithelfend in seinem Einzelhandelsgeschäft tätig. Ein Kombitransporter gehört zu seiner maschinellen Ausstattung. Die Hauseinrichtung entspricht der des ersten Ejidatarios. Wocheneinkommen ebenfalls bei 2000.– Peso.

Fall 3: Ebenfalls 12 ha Ejidoland, das von 2 Landarbeitern im Tagelohn bewirtschaftet wird. Der Besitzer unterhält eine Metzgerei im Dorf und gehört dem Traktorensyndikat an. Wocheneinkommen ebenfalls nahezu 2000.– Peso.

Fall 4: 9 ha Ejidoland, das von einem Tagelöhner bearbeitet wird. Der Ejidatario unterhält ebenfalls eine Metzgerei und besitzt einen Lieferwagen, mit dem er auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Markt transportiert. Wocheneinkommen etwa 1000.– Peso.

Fall 5: 11 ha Ejidoland, welches nur notdürftig instandgehalten wird. Im Hauptberuf betreibt der Ejidatario eine Getreidemühle, außerdem versieht er das Amt eines Verwaltungsangestellten in der örtlichen Munizipialverwaltung, welches mit nicht unerheblichen Nebeneinkünften versehen ist. Wocheneinkommen etwa 1500.– Peso.

Fall 6: 6 ha Ejidoland, welches von zwei Tagelöhnern bearbeitet wird. Die Haupteinkunftsquelle des Ejidatario ist ein örtlicher Einzelhandel, in dem auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeboten werden. Für den Warentransport ist ein Lieferwagen vorhanden. Wocheneinkommen etwa 1000.– Peso.

Zumindest die ersten drei der 6 eingehend beschriebenen Fälle dürften es verdienen, der gewerblich-ländlichen Oberschicht zugeordnet zu werden. Damit scheint sich im Ejido von San Juan die gleiche Entwicklung zur Entfremdung des eigentlichen Ejidogedankens abzuzeichnen, wie sie sich in ausgeprägterer Form bereits

in Benito Juárez hatte beobachten lassen. Im klassifikatorischen Sinne kann keine dieser näher bezeichneten Ejidofamilien als ausschließlich oder überwiegend landwirtschaftlich eingeordnet werden.

Eine dritte Beobachtung hinsichtlich des Verbleibs des nicht mehr vollberuflich genutzten Landes drängt sich auf. Hier hat die Entwicklung offensichtlich zur Ausbildung eines landwirtschaftlichen Nebenerwerbs geführt, der durchaus Merkmale industriestaatlicher Nebenerwerbsformen trägt, weil er zusammen mit dem Haupterwerb von einer einzigen Person betrieben wird. Diese Feststellung macht es notwendig, die früheren Ausführungen zum Wesen des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs folgendermaßen zu modifizieren: In einigen Dörfern, offensichtlich dort, wo die Abwanderungsrate der Bevölkerung so groß ist, daß Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche freiwerden, kommt es vor, daß nichtlandwirtschaftlicher Haupterwerb und landwirtschaftlicher Nebenerwerb (und umgekehrt) von einer und derselben Person betrieben werden. Das scheint vornehmlich in solchen stadtnahen Gebieten der Fall zu sein, wo ein außerordentlich großes Angebot städtischer sozialer Aufstiegschancen eine halbwegs mobile und ansprechbare ländliche Bevölkerung geradezu aus der Traditionsverankerung herausreißt. Für die zurückbleibende ländliche Bevölkerung entsteht dadurch soviel wirtschaftlicher und sozialer Spielraum, daß in der Tat Anklänge an industriestaatliche Differenzierungsgänge wachgerufen werden können. Prinzipiell braucht dieses Phänomen nicht zu verwundern; denn in der Eingangsdiskussion hatten wir u. a. in dem grenzenlosen Bevölkerungswachstum einen Hauptgrund für die Unvergleichbarkeit von sozialökonomischen Differenzierungsabläufen in Industrie- und Entwicklungsländern gesehen. Logischerweise muß umgekehrt die Vergleichbarkeit immer dort gegeben sein, wo ein solches Bevölkerungswachstum nicht vorliegt, sei es wegen einer geringen Geburtenfreudigkeit oder einer höheren Abwanderungsrate. Letzteres ist in diesem Beispiel der Fall.

Jetzt zur zahlenmäßigen Erfassung der sozialökonomischen Gruppen[15]).

Die sozialökonomische Klassifikation der rein landwirtschaftlichen Familien mit einer erwerbstätigen Person läßt sich auf der Grundlage der Tab. 24 vornehmen. Die Rubriken „Eigenverbrauch", „ohne Land" und „mit dorfgebundener Nebenbeschäftigung" entsprechen im Modell den beiden obersten sozialökonomischen Gruppen im Subsistenzdifferenzierungsgang. Die folgenden Angaben „gelegentliche Ernteüberschüsse" usw. sind im Marktorientierungsgang des Modells wiederzufinden. Die Angabe „mit außerlandwirtschaftlichem Nebenerwerb", die in der Rahmentabelle III ihre Entsprechung in der Spalte „Nebenerwerb: . . . " hat, ist erst für die sozialökonomische Klassifikation der Familien mit gemischtem Einkommen von Belang.

Im Bereich der landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichen Einkommensgruppe lassen sich folgende sozialökonomische Klassen zahlenmäßig festhalten: Die „Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen" sind bereits in Tabelle 24, S. 111 bzw. in den Aufstellungen S. 116 aufgeführt worden. Es handelt sich um die landwirtschaftlichen Familien mit nicht-landwirtschaftlichem Nebenerwerb. Dieser Nebenerwerb unterscheidet sich – wie bereits ausführlich dargestellt – von der „dorfgebundenen Nebenbeschäftigung" dadurch, daß er eine echte berufliche und soziale Differenzierungsform beschreibt, während letztere Beschäftigung nur der Subventionierung und Perpetuierung der Selbstversorgerwirtschaft dient. Der nicht-landwirtschaftliche Nebenerwerb ist in der Rahmentabelle III in handwerkliche, Hilfsarbeiter- und Selbständigentätigkeit aufgegliedert. Unter den Eigenlandfamilien gibt es insgesamt 28, unter den ejidalen 14 nicht-landwirtschaftliche Nebenerwerbsfälle.

In der Rahmentabelle sind auch die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsfälle verzeichnet. Es sind 75 bei den Eigenland- und 18 bei

[15]) Die sozialökonomische Struktur der Familien mit einer erwerbstätigen Person ist zusammenfassend in der Übersichtstabelle 25 auf S. 118 wiedergegeben.

Die quantitative sozialökonomische Klassifikation ergibt im Bereich der Eigenland-Campesinos:

	Campesino		Tagelöhner
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen;	55		–
bzw. Tagelöhner ohne Land	–		7
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäftig.;	18		–
bzw. Tagelöhner mit landw. Nebenerw.	–		15
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen	45	+	7 = 52
Landwirtschaftl. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	28	+	5 = 33
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion	49		–
Landwirtschaftl. Familien mit nichtlandwirtschaftl. Nebenerwerb (= Familien mit überwiegend landwirtschaftl. Einkommen)	28		–
	223		34

Für den ejidalen Bereich ergibt die sozialökonomische Klassifikation:

	Campesino	Tagelöhner
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen;	10	–
bzw. Tagelöhner ohne Land	–	–

Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäftig.;	6		
bzw. Tagelöhner mit landw. Nebenerw.	–		6
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit gelegentl. Ernteüberschüssen	13	+	1 = 14
Landwirtschaftl. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	7		–
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion	4		–
Landwirtschaftl. Familien mit nicht-landwirtschaftl. Nebenerwerb (= Familien mit überwiegend landwirtschaftl. Einkommen)	14		–
	54		7

den Ejidofamilien. Dieses Merkmal erfüllt die Voraussetzung dafür, daß diese Familien in die Gruppe der „Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" eingeordnet werden können. Ihre Zahl reduziert sich noch durch Subtraktion der bereits vergebenen Nebenerwerbsquoten für die Eigenland- und ejidalen Tagelöhnerfamilien (27 bzw. 7), so daß 48 Eigenland- und 11 ejidale „Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" verbleiben. In dieser sozialökonomischen Klasse finden auch die auf S. 112/113 einzeln beschriebenen Ejidofamilien Nr. 4, 5 und 6 ihren Platz, so daß die endgültige Zahl der ejidalen Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen 14 lautet. (Die übrigen drei einzeln beschriebenen Ejidofamilien waren – wie erinnerlich – für die „gewerblich-ländliche Oberschicht" reserviert worden).

	Eigenland	Ejido
Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen	28	14
Familien mit überwiegend nichtlandwirtschaftlichem Einkommen	48	14
Familien mit ausschließlich nicht-landw. Einkommen	225	42
Gewerblich-ländliche Oberschicht	–	3

Tabelle 25: Die sozialökonomische Struktur der Familien mit einer erwerbstätigen Person in San Juan 1974

	Eigenland	Ejido
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) ohne sonstiges Einkommen;	55	10
bzw. Tagelöhner ohne Land	7	–
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschäft.	18	6
bzw. Tagelöhner mit landw. Nebenerwerb	15	6
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit gelegentl. Ernteüberschüssen	52	14
Landwirtschaftliche Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	33	7
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion	49	4
Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen	28	14
Familien mit überwiegend nichtlandwirtschaftl. Einkommen	48	14
Familien mit ausschließlich nichtlandwirtschaftl. Einkommen	225	42
Gewerblich-ländliche Oberschicht	–	3
	530	120

Als letzte Gruppe verbleiben die Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen zu klassifizieren. Ihre Zahl läßt sich durch Subtraktion der bisher klassifizierten landwirtschaftlichen und gemischten Einkommensgruppen sowie der drei Angehörigen der gewerblich-ländlichen Oberschicht von der Gesamtzahl der Eigenland- (= 530) und der ejidalen (= 120) Familien leicht ermitteln. 225 Eigenland- stehen 42 ejidalen Familien mit nicht-landwirtschaftlichem Einkommen gegenüber.

Damit kann das Ergebnis dieses ersten sozialökonomischen Klassifikationsganges in der Übersicht dargestellt werden (s. Tab. 25).

Die Familien mit zwei erwerbstätigen Personen

Allein im Eigenlandbereich umfaßt die Zahl der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen 115 Familien. Bemerkenswert ist, daß in der Berufszugehörigkeit der ersten Person mit Abstand der Campesino überwiegt, während bei der zweiten Person der nicht-landwirtschaftliche Beruf, darunter an erster Stelle der gewerbliche Hilfsarbeiter, steht. Dieses Verhältnis der Berufe zueinander innerhalb des Familienverbandes scheint für die meisten Dörfer mit beginnendem oder fortgeschrittenem sozialökonomischem Differenzierungsprozeß typisch zu sein. Es dürfte auch nicht weiter überraschen, daß sich die Familien mit mehr als einer erwerbstätigen Person einkommensmäßig in der Weise organisieren, daß sich der eine Erwerbstätige stärker auf die Bodenbearbeitung konzentriert, sei es nur zur Familienversorgung oder auch für die Marktproduktion, während der andere einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung nachgeht, sofern eine zur Verfügung steht. Ein Blick auf die Rahmentabellen I und II der übrigen untersuchten Dörfer zeigt, daß auch bei ihnen die Einkommensverteilung der einzelnen erwerbstätigen Person ähnlich geregelt ist.

In Tabelle 26 sind die beruflichen Kombinationsfälle der Eigenland-Familien mit zwei erwerbstätigen Personen dargestellt. Die Art des Nebenerwerbs, sofern vorhanden, ist mit aufgenommen worden. Es handelt sich dabei um Nebenerwerbsformen, die dem eingangs dieses Kapitels beschriebenen Typ entsprechen. Zu ihnen

gehören die Vermietung von Traktoren für die Feldarbeit, die Aus führung von kleinen Transportaufgaben mit einem familieneigenen Klein-Lkw; die Unterhaltung eines kleinen nebenberuflichen Ein zelhandels für Erfrischungen, Süßigkeiten und Tortillas u. ä., ferner Nebenverdienste als Maurer und Gelegenheitsarbeiter. Zum land wirtschaftlichen Nebenerwerb rechnet außer der gezielten Natural erzeugung die bereits erwähnte Holzköhlerei.

Tabelle 26: Die Einkommensstruktur der Eigenland-Familien mit zwei er werbstätigen Personen in San Juan 1974

Beruf	1. Person		Beruf	2. Person	
Campesino	13	NE Hi.-Arb. 5 NE Selb. 2	Campesino	13	
Campesino	6	NE Selb. 2	Tagelöhner	6	NE Hi.
Tagelöhner	–		Tagelöhner	–	
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	9	NE Selb. 3 NE Hi.-Arb. 1	gew. Hi.-Arb. < 50 % d. Ges. Eink.	9	NE lw.
Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	6	NE Hi.-Arb. 2	gew. Hi.-Arb. > 50 % d. Ges. Eink.	6	
Campesino 50 zu 50 %	5	NE Selb. 1	gew. Hi.-Arb. 50 zu 50 %	5	NE lw.
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	1		Ind.-Arb. < 50 % d. Ges. Eink.	1	NE lw.
Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	6		Ind.-Arb. > 50 % d. Ges. Eink.	6	NE lw.
Campesino 50 zu 50 %	2		Ind.-Arb. 50 zu 50 %	2	
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	7		Selbständig < 50 % d. Ges. Eink.	7	
Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	11	NE Hi.-Arb. 4	Selbständig > 50 % d. Ges. Eink.	11	

Campesino 50 zu 50 %	6	NE Hi.-Arb. 2	Selbständig 50 zu 50 %	6
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	3		Angestellter < 50 % d. Ges. Eink.	3
Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	5	NE Hi.-Arb. 1	Angestellter > 50 % d. Ges. Eink.	5
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	1		Handwerker < 50 % d. Ges. Eink.	1
Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	1		Handwerker > 50 % d. Ges. Eink.	1
Tagelöhner < 50 % d. Ges. Eink.	12	NE lw. 3	Ind.-Arb. > 50 % d. Ges. Eink.	12
Tagelöhner < 50 % d. Ges. Eink.	3	NE lw. 2	Selbständig > 50 % d. Ges. Eink.	3
Tagelöhner < 50 % d. Ges. Eink.	1		Handwerker > 50 % d. Ges. Eink.	1
Gew. Hi.-Arb.	5	NE lw. 4	Selbständig	5
Gew. Hi.-Arb.	2	NE lw. 1	Rentner	2
Handwerker	1		Handwerker	1
Handwerker	1		Angestellter	1
Ind.-Arb.	1		Selbständig	1
Ind.-Arb.	3		Rentner	3
Ind.-Arb.	1		Gew. Hi.-Arb.	1
Selbständig	3	NE lw. 1	Selbständig	3
Sa.	115	NE: Hi.-Arb. 15 x landw. 11 x Selbst. 8 x		115 NE: landw. 7 x Hi.-Arb. 1 x

Aus Tab. 26 ergeben sich:

I. 19 Familien mit landwirtschaftlichem Einkommen
- 13 Campesino – Campesino – Familien
  (davon 7 mit nicht-landw. Nebenerwerb)
- 6 Campesino – Tagelöhner – Familien
  (davon 3 mit nicht-landwirtschaftl. Nebenerwerb)

II. 79 Familien mit landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichem Einkommen (mit diversem landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Nebenerwerb)

1. Landwirtschaftl. Einkommen > 50 % des Gesamteinkommens
   - 9 Campesino – Hilfsarbeiter – Familien
   - 1 Campesino – Industriearbeiter – Familie
   - 7 Campesino – Selbständigen – Familien
   - 3 Campesino – Angestellten – Familien
   - 1 Campesino – Handwerker – Familie
2. Landwirtschaftliches und nicht-landwirtschaftliches Einkommen = ausgeglichen
   - 5 Campesino – Hilfsarbeiter – Familien
   - 2 Campesino – Industriearbeiter – Familien
   - 6 Campesino – Selbständigen – Familien
3. Nicht-landwirtschaftliches Einkommen > 50 % des Gesamteinkommens
   - 6 Campesino – Hilfsarbeiter – Familien
   - 6 Campesino – Industriearbeiter – Familien
   - 11 Campesino – Selbständigen – Familien
   - 5 Campesino – Angestellten – Familien
   - 1 Campesino – Handwerker – Familie
   - 12 Tagelöhner – Industriearbeiter – Familien
   - 3 Tagelöhner – Selbständigen – Familien
   - 1 Tagelöhner – Handwerker – Familie

III. 17 Familien mit nicht-landwirtschaftlichem Einkommen (davon 6 Familien mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb)
- 5 Hilfsarbeiter – Selbständigen – Familien
- 2 Hilfsarbeiter – Rentner – Familien
- 1 Handwerker – Handwerker – Familie
- 1 Handwerker – Angestellten – Familie
- 1 Industriearbeiter – Selbständigen – Familie

3 Industriearbeiter – Rentner – Familien
1 Industriearbeiter – Hilfsarbeiter – Familie
3 Selbständigen – Selbständigen – Familien

Damit kann die Zuweisung zu den einzelnen sozialökonomischen Klassen vorgenommen werden. Was die 19 landwirtschaftlichen Familien der Gruppe I anbelangt, so haben alle das unterste Produktionsziel „Subsistenzwirtschaft" überwunden. Sie entfallen mit Ausnahme der 10 Nebenerwerbsfälle (Hilfsarbeiter: 6 und Selbständige: 4) auf die obere Gruppe des Marktorientierungsganges „Landwirtschaftliche Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion". Eine genauere Sichtung des Nebenerwerbs ergibt, daß drei der Familien (mit Selbständigen-Nebenerwerb) einen Einzelhandelsladen unterhalten, in dem sie auch ihre landwirtschaftlichen Produkte anbieten. Damit sind die Bedingungen der sozialökonomischen Klasse „Landwirtschaftliche Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation" erfüllt. Die restlichen Nebenerwerbsfamilien sind wegen des nicht-landwirtschaftlichen Charakters des Nebenerwerbs (gewerbliche bzw. gelegentliche Hilfsarbeit, Traktorvermietung) im gemischten Differenzierungsgang bei den Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen einzuordnen.

Die Familien der Gruppe II sind auf Seite 122 bereits nach den Prozentanteilen der Zusammensetzung ihres Einkommens aus landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Arbeit geordnet: Ein überwiegend landwirtschaftliches Einkommen weisen 21 Familien auf, über ein ausgeglichenes landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftliches Einkommen verfügen 13 Familien; bei 45 Familien überwiegt das nicht-landwirtschaftliche Einkommen. Mit diesen Angaben kann die Zuweisung zu den entsprechenden sozialökonomischen Klassen im gemischten Einkommensdifferenzierungsgang vorgenommen werden.

Hinsichtlich der sozialökonomischen Klassifizierung der in der Gruppe III zusammengefaßten Familien ist folgende Anmerkung erforderlich. 6 dieser Familien betreiben einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb, so daß sie im streng-klassifikatorischen Sinne nicht den „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem

Einkommen" zuzuordnen sind – wie die übrigen 11 –, sonder den „Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen".

Abschließend seien die Ergebnisse dieser Klassifikation tabellarisch zusammengestellt:

Tabelle 27: Die sozialökonomische Struktur der Eigenland-Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

Eigenland-Familien mit zwei erwerbstätigen Personen:		115
Landwirtschaftliche Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion		9
Landwirtschaftliche Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation		3
Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen	7 + 21	28
Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem Einkommen		13
Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	45 + 6	51
Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen		11

Die Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen

Die Einkommensstruktur der Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen ist in Tabelle 28 wiedergegeben.

Bemerkenswerterweise enthält diese Tabelle keine einzige rein landwirtschaftliche Familie. Zu den 20 Familien mit landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichem Einkommen gehören:

5 Campesino – Hilfsarbeiter – Familien (davon zwei mit überwiegend landwirtschaftlichem und drei mit ausgeglichenem Einkommen)
1 Campesino – Hilfsarbeiter – Familie
1 Campesino – Handwerker – Familie
3 Campesino – Angestellten – Familien
1 Angestellten – Campesino – Familie
1 Selbständigen – Campesino – Familie
1 Industriearbeiter – Hilfsarbeiter – Familie mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb
7 Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familien mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb

Tabelle 28: Die Einkommensstruktur der Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

Beruf	1. Person	Beruf	2. Person
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	2	gew. Hi.-Arb. < 50 % d. Ges. Eink.	2
Campesino 50 zu 50 %	3	Gew. Hi.-Arb. 50 zu 50 %	3
Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	1	Ind.-Arb. > 50 % d. Ges. Eink.	1
Campesino 50 zu 50 %	1	Handwerker 50 zu 50 %	1
Campesino > 50 % d. Ges. Eink.	3	Angestellter < 50 % d. Ges. Eink.	3
Angestellter > 50 % d. Ges. Eink.	1	Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	1
Selbständig > 50 % d. Ges. Eink.	1	Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	1
Ind.-Arb. > 50 % d. Ges. Eink.	1 (NE lw.)	Gew. Hi.-Arb. < 50 % d. Ges. Eink.	1
Selbständig > 50 % d. Ges. Eink.	8 (NE lw.)	Gew. Hi.-Arb. < 50 % d. Ges. Eink.	8
	21		21

Eine von den acht Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familien (ohne landwirtschaftlichen Nebenerwerb) ist ausschließlich nicht-landwirtschaftlich orientiert.

Offenkundig bestätigen diese Daten zur Berufsstruktur der Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen die Befunde, die sich bereits bei den Ejidofamilien mit einer erwerbstätigen Person registrieren ließen. Bei den Ejidatarios in San Juan ist die Abkehr von der Bodenbearbeitung als Haupterwerbsfaktor weit fortgeschritten. Die Tatsache, daß den Ejidatarios das Land nicht zueigen ist, dürfte als das Hauptmotiv für die Abwanderung gerade dieser Gruppe in außerlandwirtschaftliche Berufe, von denen im engeren Einzugsbereich der Stadt Puebla ja ein relativ günstiges Angebot besteht, gesehen werden. Aber auch im Ort selbst haben es die Ejidatarios verstanden, ihre Position kräftig auszubauen. Die Zugehörigkeit zum Traktorensyndikat gehört auch bei Ejidatariofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen zu den bevorzugten Formen des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs in nicht-landwirtschaftliche Erwerbsverhältnisse. Daß dieser Aufstieg nicht selten zu Lasten von Gruppen geht, die mit einem relativ geringen persönlichen und sozialen Aktionsradius ausgestattet sind, wie z. B. die Tagelöhner, konnte bereits dargestellt werden. – Bei den vier der sieben Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familien mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb handelt es sich um Ejidatarios, die hauptberuflich ihren Traktor für Feldarbeiten vermieten, womit sie bis zu 2000.– Peso in der Woche verdienen. Zur Bearbeitung ihrer Ejidoparzellen beschäftigen sie je nach Größe des Landes und Intensität der Nutzung bis zu 4 Landarbeiter im Tagelohn. Eine weitere Arbeitskraft, die von einem Familienangehörigen gestellt wird, beschäftigen sie zur Unterstützung im Traktorendienst und zur Unterhaltung eines Einzelhandelsgeschäftes, in dem u. a. auch ihre landwirtschaftliche Produktion verkauft wird. Für diese Tätigkeit steht in der Regel die Ehefrau zur Verfügung. Da ihre Arbeit – wie unsere Befragungen ergaben – vom Betriebsinhaber mit einem fortlaufenden Wochenlohn honoriert wird, müssen sie als vollwertige zweite Erwerbsperson innerhalb des Familienverbandes angesehen werden. (Im Gegensatz dazu wurden die Familienangehörigen, die nur aushilfsweise oder mithelfend am Einkom-

menserwerb beteiligt sind, nicht als gesonderte Erwerbspersonen geführt; so geschehen beispielsweise bei den Ejidofamilien mit einer erwerbstätigen Person).

Bei den übrigen drei Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familien besteht das selbständige Einkommen aus einem Bauunternehmen (in 2 Fällen) bzw. einer Großschlachterei mit angeschlossenem Einzelhandel. Der landwirtschaftliche Nebenerwerb dient der Familienversorgung.

Die letzte Selbständigen – Hilfsarbeiter – Familie ist ausschließlich nicht-landwirtschaftlich orientiert, obwohl sie eine Ejidoparzelle von 4 ha Größe besitzt. Es konnte nicht ermittelt werden, von wem und zu welchen Bedingungen, möglicherweise zur Pacht, das Land bewirtschaftet wird. Das Haupteinkommen der Familie besteht aus der selbständigen Händlertätigkeit des Familienvorstandes mit durchschnittlich 400.– Peso pro Woche.

Für die sozialökonomische Klassifizierung dieser Ejidofamilien kommen im wesentlichen die Gruppen des gemischten Einkommensdifferenzierungsganges in Betracht. Lt. Tabelle 28 haben 5 der 20 landwirtschaftlich – nicht-landwirtschaftlichen Familien ein überwiegend landwirtschaftliches Einkommen. Bei vier Familien ist das Einkommen mit einer Zusammensetzung von 50 zu 50 % ausgeglichen. Ein überwiegend nicht-landwirtschaftliches Einkommen haben 11 Familien. Unter ihnen dürften zumindest

Tabelle 29: Die sozialökonomische Struktur der Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

Ejidofamilien mit zwei erwerbstätigen Personen	21
Familien mit überwiegend landwirtsch. Einkommen	5
Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem Einkommen	4
Familien mit überwiegend nicht-landw. Einkommen	7
Familien mit ausschließlich nicht-landw. Einkommen	1
Gewerblich ländliche Oberschicht	4

die vier Traktorenejidatarios mit Tagelöhnerbeschäftigung eine Sonderrolle spielen, die es rechtfertigt, sie auch der gewerblich-ländlichen Oberschicht zuzuordnen. Eine Familie ist der Gruppe „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" zuzuordnen.

In der Übersicht zeigt Tab. 29 die Ergebnisse dieser Klassifikation.

Die Familien mit drei erwerbstätigen Personen

Die Zahl dieser Familien umfaßt 21 Eigenland- und 5 Ejidofamilien, das sind etwa ein Fünftel der Familien mit zwei erwerbstätigen Personen. Die berufliche Organisation dieser Familien ist ähnlich wie bei den zuvor beschriebenen Familien; die nicht-landwirtschaftliche Differenzierung findet beinahe ausschließlich bei der zweiten und dritten erwerbstätigen Person statt.

In Tabelle 30 sind die beruflichen Kombinationsfälle der Familien mit drei erwerbstätigen Personen, zunächst die des Eigenlandbereiches, dann die ejidalen, wiedergegeben. Es sei noch darauf hingewiesen, daß in dieser Familienklasse kaum nebenberufliche Erwerbsformen mehr beobachtet und aufgenommen werden konnten. An dieser Tabelle dürfte besonders auffallen, daß jede Familie über mindestens eine landwirtschaftliche Erwerbsperson verfügt. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf keine höheren Ziele ausgerichtet als auf die Familienversorgung mit gelegentlichen Ernteüberschüssen. Darin unterscheiden sich diese Familien prinzipiell von denen mit einer und zwei erwerbstätigen Personen, bei denen gerade die Überschuß- und Marktproduktion im Vordergrund steht. Der Grund für dieses unterschiedliche Wirtschaftsverhalten dürfte darin zu vermuten sein, daß bei den Familien mit zwei erwerbstätigen Personen das landwirtschaftliche und das nicht-landwirtschaftliche Einkommen als konkurrierende, voll gleichberechtigte Erwerbsformen angesehen werden, wofür auch die überaus starke Verbreitung von landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Nebenerwerbsformen spricht. Bei den Fami-

Tabelle 30: Die Einkommensstruktur der Eigenland- und Ejidofamilien mit drei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

Im Eigenlandbereich

	Beruf 1. Person	Beruf 2. Person	Beruf 3. Person
1.	Campesino	Campesino	Campesino
2.	Campesino	Campesino	Campesino
3.	Campesino	Campesino	gew. Hilfsarbeiter < 50 % d. Ges. Eink.
4.	gew. Hilfsarbeiter < 50 % d. Ges. Eink.	Campesino	Campesino
5.	Campesino	Tagelöhner	gew. Hilfsarbeiter < 50 % d. Ges. Eink.
6.	Campesino	Tagelöhner	gew. Hilfsarbeiter < 50 % d. Ges. Eink.
7.	Campesino (< 50 %)	gew. Hilfsarbeiter	gew. Hilfsarbeiter
8.	Campesino (< 50 %)	Ind.-Arbeiter	gew. Hilfsarbeiter
9.	Campesino (< 50 %)	Handwerker	gew. Hilfsarbeiter
10.	Campesino (< 50 %)	Handwerker	gew. Hilfsarbeiter
11.	Campesino (< 50 %)	Handwerker	gew. Hilfsarbeiter
12.	Campesino (< 50 %)	Handwerker	gew. Hilfsarbeiter
13.	Campesino (< 50 %)	Handwerker	gew. Hilfsarbeiter
14.	Campesino (< 50 %)	Ind.-Arbeiter	Ind.-Arbeiter
15.	Campesino (< 50 %)	Ind.-Arbeiter	Ind.-Arbeiter
16.	Campesino (< 50 %)	Ind.-Arbeiter	Ind.-Arbeiter
17.	Campesino (< 50 %)	Angestellter	Ind.-Arbeiter
18.	Campesino (< 50 %)	Angestellter	Angestellter
19.	Campesino (< 50 %)	Angestellter	Angestellter
20.	Ind.-Arbeiter	Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	gew. Hilfsarbeiter
21.	Selbständig	Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	gew. Hilfsarbeiter

Im Ejidobereich

22.	Campesino	Campesino	Campesino
23.	Campesino	Tagelöhner	Tagelöhner
24.	Campesino	Campesino	gew. Hilfsarbeiter < 50 % d. Ges. Eink.
25.	Selbständig 50 zu 50	Campesino	Campesino
26.	Campesino < 50 % d. Ges. Eink.	Selbständig	gew. Hilfsarbeiter

lien mit drei erwerbstätigen Personen dagegen hat das landwirtschaftliche Einkommen überwiegend die Funktion der Familienversorgung mit Nahrungsmitteln. Seine Rolle ist weniger konkurrierend, verglichen mit anderen Erwerbsformen, sondern integrierend im Sinne einer vernünftigen familiären Arbeitsteilung. In Anbetracht der relativ größeren Zahl von Nahrungsmittelkonsumenten erscheint eine solche einkommensmäßige Familienorganisation einleuchtend.

Auch die Ejidofamilien sind im wesentlichen auf die Bodenbearbeitung fixiert. Die Familie Nr. 25 macht mit der ersten Erwerbsperson insofern eine Ausnahme, als der Ejidatario das Land informell bereits an einen seiner Söhne übertragen hat, während er selbst eine Pulque-Kantine im Dorf betreibt. Angesichts der unter den Einwohnern von San Juan stark verbreiteten Trunksucht bringt ihm diese Beschäftigung ein durchschnittliches Wocheneinkommen von nicht weniger als 800.– Peso ein. Das ist genausoviel,

Tabelle 31: Die sozialökonomische Struktur der Familien mit drei erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

	Eigenlandfamilien	Ejidofamilien
Familien mit drei erwerbstätigen Personen	21	5
Landwirtschaftl. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion (Fam.: 2, 23)	1	1
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion (Fam.: 1, 22)	1	1
Landwirtschaftl. Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation (Fam.: 25)		1
Familien mit überwiegend landwirtschaftl. Einkommen (Fam.: 3, 4, 5, 6, 24)	4	1
Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen (Fam. 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 26)	15	1

wie seine beiden Söhne aus der Bodenbearbeitung seines 10 ha großen Landbesitzes erwirtschaften. Der Reingewinn liegt deshalb so hoch, weil die Söhne u. a. eine Maguey-Agavenpflanzung unterhalten, die den Most für den Pulque-Wein liefert. Diese Familie dürfte die Bedingungen zur sozialökonomischen Klassifikation als „landwirtschaftliche Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation" erfüllen. Damit ist auch in dieser Gruppe der Ejidofamilien (mit drei erwerbstätigen Personen) die an anderer Stelle bereits ausführlich beschriebene Tendenz der Ejidatarios wiederzuerkennen, den rein landwirtschaftlichen Erwerbsverhältnissen verstärkt den Rücken zu kehren. – Unter dem „Selbständigen" in Familie 26 verbirgt sich ein ortsansässiger Einzelhändler = die Ehefrau eines Ejidatario, die zusammen mit ihrem im Laden angestellten Sohn ein Kramwarengeschäft betreibt.

Die rein landwirtschaftlichen Familien, sowohl im Eigenland als auch im ejidalen Bereich, mit Betriebsgrößen zwischen 6 und 10 ha sind auf die Überschuß- und Marktproduktion ausgerichtet.

Auf der Basis dieser Beobachtungen und der Tabelle 30 kann die sozialökonomische Klassifikation der Familien mit drei erwerbstätigen Personen vorgenommen werden (s. Tab. 31).

Die Familien mit vier erwerbstätigen Personen

Zu dieser Gruppe gehören nur fünf Eigenland-Familien.

Tabelle 32: Die Einkommenstruktur der Eigenlandfamilien mit vier erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

Beruf 1. Person	Beruf 2. Person	Beruf 3. Person	Beruf 4. Person
1. Campesino Lw. < 50 % des Ges. Eink.	Campesino	gew. Hilfsarb.	gew. Hilfsarb.
2. Campesino Lw. < 50 % des Ges. Eink.	Campesino	gew. Hilfsarb.	gew. Hilfsarb.
3. Campesino < 50 %	gew. Hilfsarb.	gew. Hilfsarb.	gew. Hilfsarb.
4. Campesino < 50 %	gew. Hilfsarb.	gew. Hilfsarb.	gew. Hilfsarb.
5. Campesino < 50 %	Ind.-Arbeiter	Ind.-Arbeiter	gew. Hilfsarb.

Die Einkommensstruktur dieser Familien ähnelt der der Familien mit drei erwerbstätigen Personen. Die landwirtschaftliche Produktion ist begrenzt auf die Familienversorgung. Das trifft auch auf die Familien 1 und 2 zu, wo zwei Personen in der Bodenbearbeitung tätig sind (mit Betriebsgrößen von vier bzw. drei ha). Die landwirtschaftlichen Einkommensanteile liegen in allen Familien unter 50 % des Gesamteinkommens.

Die fünf Familien erwecken nicht den Eindruck, daß sie aufgrund ihrer hohen Erwerbstätigenquote zu besonderem wirtschaftlichem Wohlstand gelangt seien. Die nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten, denen die meisten Familienangehörigen nachgehen, haben bis auf die Industriearbeiter in Familie 5 eher den Charakter unqualifizierter Hilfsarbeiterbeschäftigungen. Wahrscheinlich sind die relativ geringen Betriebsgrößen der fünf Familien die Ursache dafür, daß ihre berufliche Differenzierung sich auf die reine Existenzsicherung beschränkt und nicht zugleich auch zu einem sozialen Aufstieg geführt hat.

Die sozialökonomische Klassifikation dieser Familien führt zu folgendem Ergebnis:

Tabelle 33: Die sozialökonomische Struktur der Familien mit vier erwerbstätigen Personen in San Juan 1974

Familien mit vier erwerbstätigen Personen	5
Landwirtschaftl. Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen (Fam.: 1,2)	2
Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen (Fam.: 3, 4, 5)	3

Das quantifizierte sozialökonomische Klassifikationsmodell und die sozialökonomische Struktur von San Juan
– Vergleichende Interpretation der Ergebnisse –

Nach Xalcaltzingo und Atlamaxac ist San Juan das dritte Beispiel für eine quantitativ durchgeführte sozialökonomische Klassifikation. Lag es bei Atlamaxac bereits nahe, einen vergleichenden

Blick auf die Ergebnisse der Klassifikation von Xalcaltzingo zu werfen, so drängt es sich auf, von diesem methodischen Prinzip bei der Interpretation der Ergebnisse dieses letzten Klassifikationsbeispiels noch stärker Gebrauch zu machen. Das geschieht zugleich in der Absicht, mehr noch als das bei den vorausgehenden Einzeluntersuchungen möglich war, die Aufmerksamkeit auf einige grundsätzliche Aspekte des sozialökonomischen Differenzierungsablaufes im mexikanischen ländlichen Raum zu lenken.

In der Zusammenschau ist die quantifizierte sozialökonomische Struktur von San Juan in Tabelle 34 dargestellt. Die Ergebnisse für den Eigenland- und Ejidobereich sind sowohl gesondert als auch zusammengefaßt aufgeführt. Auf den ersten Blick gewinnt man aus der zahlenmäßigen Konstellation der einzelnen sozialökonomischen Klassen den Eindruck, daß es sich um ein außergewöhnlich harmonisch strukturiertes und im beruflichen Entmischungsprozeß weit fortgeschrittenes Dorf handelt. Aufgrund dieses auch in den sozialökonomischen Einzelklassifikationen untermauerten Befundes müßte San Juan das Muster für einen von hoher sozialer Mobilität geprägten Dorftyp abgeben. Genau das ist aber, wenn man sich an die eingangs dieser Dorfuntersuchung dargelegten sozialpsychologischen Strukturzüge San Juans erinnert, nicht der Fall. Alle Anzeichen sprachen dort dafür (hohe Abwanderungsrate, geringer Alphabetisierungsgrad, Neigung zum Alkoholismus, soziale Isolationserscheinungen, z. T. unbegründeter Aggressionsdrang), daß das Dorf den Charakter eines sozialen Reliktgebietes hat und seine Bevölkerung den negativ selektierten, immobilen Rest einer durch Abwanderung gerade des mobilen, adaptionsfreudigen Einwohnerteiles dezimierten Dorfbevölkerung darstellt. Für unsere Untersuchung scheint damit die Grenze der repräsentativen Aussagekraft eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells erreicht zu sein, wenn es zugleich auch die soziographischen und sozialpsychologischen Aspekte der wirtschafts- und sozialgeographischen Gesamterscheinung einer ländlichen Gemeinde abdecken soll.

Was die rein sozialökonomische Aussage des Strukturmodells anbelangt, so drängt sich vor allem ein Vergleich mit den Ergebnissen des Dorftests Xalcaltzingo auf: 1. Beide Dörfer verfügen

Tabelle 34: Die sozialökonomische Struktur von San Juan, 1974[16])

Undifferenzierte, isolierte Subsistenzwirtschaftsgesellschaft

„Subsistenzdifferenzierungsgang"		„Marktorientierungsgang"		„Gemischter Einkommensdifferenzierungsgang"	
Landw. Familien (Subs.) ohne sonstig. Einkommen;	Eig. 55 / Ej. 10 } 65	Landw. Familien (Subs.) mit gelegentlichen Ernteüberschüssen	Eig. 54 / Ej. 14 } 68	Familien mit überwieg. landw. Einkommen: landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens	Eig. 60 / Ej. 20 } 80
bzw. Tagelöhner ohne Land	Eig. – / Ej. 7 } 7				
Landw. Familien (Subs.) mit dorfgebundener Nebenbeschaftigung; bzw.	Eig. 18 / Ej. 6 } 24	Landw. Familien mit regelmäßiger Überschußproduktion	Eig. 43 / Ej. 8 } 51	Familien mit ausgeglichenem landwirtschaftl. u. nichtlandw. Eink.	Eig. 13 / Ej. 4 } 17
Tagelöhner mit landw. Nebenerwerb	Eig. 15 / Ej. 6 } 21				
Landw. Familien (Subs.) mit Familienangehörigen in dorfgebundener außerlandw. Vollbeschaftigung	–	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion	Eig. 50 / Ej. 5 } 55	Familien mit überwieg. nicht-landw. Eink.: nicht-landw. Eink. > 50 % des Gesamteinkommens	Eig. 117 / Ej. 22 } 139
Landw. Familien (Subs.) mit Fam.-Ang. in nicht dorfgebundener außerlandw. Vollbeschaftigung	–	Landw. Familien mit gezielter Marktproduktion und arbeitsteiliger Vermarktungsorganisation	Eig. 3 / Ej. 1 } 4	Familien mit ausschl. nicht-landwirtschaftl. Einkommen	Eig. 236 / Ej. 43 } 279
Subventionierte Subsistenzfamilien	–	Marktorientierte landwirtsch. Familien mit Verselbständig. im Handel	–	Gewerblich-ländliche Oberschicht	Eig. – / Ej. 7 } 7

Differenzierte, integrierte, urbane (Industrie-) Gesellschaft

[16]) Eig. = Familien mit Eigenland

über einen unter 50 % liegenden Anteil rein landwirtschaftlicher Bevölkerung. 2. Bei beiden Dörfern liegt der Schwerpunkt des sozialökonomischen Differenzierungsprozesses in den Klassen des „gemischten Einkommensdifferenzierungsganges", unter denen die „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" besonders stark durchschlagen.

Diese wenigen Beobachtungen zum Grundsätzlichen bestätigen die bereits an früherer Stelle geäußerten Annahmen zu den sozialökonomischen Entwicklungstendenzen. Dabei dürfte die Erkenntnis, welches Ausmaß in manchen Dörfern der Wandlungsprozeß einer ehemals rein agrarisch ausgerichteten Gesellschaft erreicht hat, am stärksten in Erstaunen versetzen. War das Modell zunächst in der Annahme, der sekundäre und tertiäre Wirtschaftssektor seien weitgehend der mexikanischen Stadt vorbehalten, auf eine verfeinerte Erfassung der rein agrarischen sozialökonomischen Differenzierungsstufen angelegt, so erwies sich bald der „gemischte Einkommensdifferenzierungsgang" als der am stärksten frequentierte Teil des Modells. Es muß hier erneut die Frage aufgeworfen werden, ob dieser Differenzierungsgang angesichts der sicher fortschreitenden Differenzierungsdynamik im ländlichen Raum nicht ebenfalls verfeinert werden muß, um den komplexer werdenden ländlich-gewerblichen Strukturen gerecht zu werden. Das könnte beispielsweise durch eine weitere Untergliederung des „gemischten Einkommensdifferenzierungsganges" geschehen. Im „Subsistenzdifferenzierungsgang" reichen die dargebotenen Differenzierungsformen vollkommen aus. Im ganzen bedarf das Klassifikationssystem nicht eines Neuansatzes.

Was die quantitative Beanspruchung des „gemischten Einkommensdifferenzierungsganges" in San Juan und Xalcaltzingo anbelangt, so dürfte die starke Besetzung der „Familien mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" in beiden Dörfern überraschen. In der traditionellen mexikanischen Stadt-Land-Soziologie hätte man diese Bevölkerungsgruppe zum absolut „abwanderungsreifen" Bewohnerteil des Dorfes erklärt. Er ist zweifellos auch der mobilste, sowohl räumlich als auch sozial verstanden, und oftmals gehen seine Angehörigen zumindest als Pendler ihrer Arbeit in der Stadt nach. Aber dank des gewachsenen gewerbli-

chen Arbeitsplatzangebotes im ländlichen Raum bedeutet die Abwanderung in die Stadt nicht mehr die unausweichliche Konsequenz für den Landbewohner, für den die agrarische Lebensbasis zu klein geworden ist.

Die Ursachen für die relativ günstige Arbeitsmarktentwicklung in den beiden speziell verglichenen Dörfern wie auch in anderen Teilen des Untersuchungsgebietes sind unterschiedlich. San Juan ist in dieser Hinsicht durch seine unmittelbare Nachbarschaft zur gewerbestarken Landeshauptstadt Puebla sicher am besten gestellt. Man kann sich nur wundern, daß der Anteil seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht beträchtlich unter dem Xalcaltzingos liegt, dessen ökonomische Ausgangssituation einem solchen Vergleich kaum standhält. Aber wie sich in den vorausgehenden Ausführungen darstellen ließ, hat sich die absolut großstädtische Randlage San Juans durchaus nicht nur zum Segen seiner sozialen Entwicklung ausgewirkt. Man denke beispielsweise an den Saugrohreffekt der übermächtigen Metropole, durch den die meisten halbwegs mobilen ländlichen Familien aus ihrer traditionellen dörflichen Verankerung geradezu herausgerissen und auf diese Weise als bodenständiges, den sozialökonomischen Wandlungsprozeß in gemäßigte Bahnen lenkendes Element verlorengegangen sein dürften. Der sozialökonomische Differenzierungsgrad in Xalcaltzingo ist demgegenüber auf einen kontinuierlichen, evolutionären Entmischungsprozeß zurückzuführen, bei dem das städtische Vorbild und die ländliche Rezeption in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Der mäßigende Einfluß der zu größerer sozialer Konstanz neigenden Dorfbevölkerung hat dabei die schlimmsten sozialen Fehlentwicklungen vermeiden helfen. Daß diese Entwicklung nicht determinativ durch die Umweltfaktoren oder andere durchschlagende Invariablen festgelegt sein konnte, zeigte der Vergleich mit dem unmittelbar benachbarten Atlamaxac, dessen Umweltbedingungen und topographische Lage durchaus mit denen Xalcaltzingos vergleichbar sind. Diese Überlegungen führen jedoch schon auf die Frage der unterschiedlichen Wirksamkeit von räumlichen und kommunikativen Distanzen, welche im Abschnitt über die sozialräumliche Gliederung stärker vertieft werden soll.

Was die Aussagen des quantifizierten Modells zur sozialökonomischen Entwicklung im Ejidowesen anbelangt, so war es gerade am Beispiel San Juans reizvoll, hier sowohl einen Eigenland- als auch einen Ejido-Ortsteil vorzufinden. Daß sich auch bei diesem Dorftest eine, wenn auch begrenzte, ejidale Gruppe ausgliedern ließ, die der „gewerblich-ländlichen Oberschicht" zuzuordnen ist, beweist, daß die bereits am Beispiel von Benito Juárez beobachteten ejidalen Entwicklungstendenzen von allgemeinerer Natur sind. Dieser Prozeß ist mit „Entagrarisierung" oder auch „Kommerzialisierung" des Ejidowesens nur unzureichend umschrieben. Zu seinen Erscheinungsformen sind die Neigung zu innerem Kolonialismus, zu Ausbeutung, zumindest aber ungenierter Ausnutzung abhängiger Arbeitskräfte und die Bildung neuer „subproletarischer" Klassen zu rechnen. Für mögliche Modifikationen des Modells ergeben sich aus diesem Phänomen keine weiteren Anhaltspunkte.

Im Vergleich mit den zuvor beschriebenen vier sozialökonomischen Dorfuntersuchungen lassen sich in den Klassifikationsergebnissen von San Juan folgende übergeordnete Entwicklungsprinzipien erkennen:

1. Entsprechend der großstadtnahen Lage San Juans hat die Verflochtenheit der Bevölkerung mit der Naturalerzeugung den relativ geringsten Prozentsatz unter den hier verglichenen Dörfern erreicht. Von den Familien mit einer erwerbstätigen Person sind beispielsweise weniger als 50 % in der Landwirtschaft tätig. Die am stärksten frequentierten nicht-landwirtschaftlichen Berufe sind Industriearbeiter, gewerbliche Hilfsarbeiter und Selbständige (u. a. Händler und gelernte Handwerker).

2. Infolge des relativ großen gewerblichen Arbeitsplatzangebots und einer hohen Abwanderungsrate der Bevölkerung ist der Boden als ehemals primärer Produktionsfaktor keine Mangelware mehr in San Juan. Das findet seinen Niederschlag in einer günstigen Betriebsgrößenklassenstruktur und in einer stärkeren Repräsentanz der sozialökonomischen Klassen, die nicht nur landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft betreiben, sondern auf Überschuß- und Marktproduktion ausgerichtet sind. Nur ein Fünftel der im Tagelohn tätigen Landarbeiter verfügt über keinen Landbesitz; dieses

Verhältnis ist in den übrigen Untersuchungsgemeinden gerade umgekehrt.

3. Im Gegensatz zu den zuvor untersuchten vier mexikanischen Dörfern hat die Entwicklung in San Juan zur Ausbildung echter (im industriestaatlichen Sinne) landwirtschaftlicher bzw. nichtlandwirtschaftlicher Nebenerwerbsformen geführt. Dieser Prozeß wurde offensichtlich begünstigt durch den abnehmenden Bevölkerungsdruck auf die landwirtschaftliche Nutzfläche, so daß die Ausübung eines gewerblichen Berufes und die nebenerwerbliche Bearbeitung eines Stückes Land (und umgekehrt) von einer einzigen Person wahrgenommen werden konnten. Diese an industriestaatliche Differenzierungsgänge erinnernde Erscheinung steht nicht im Widerspruch zu den sonst an sich auszuschließenden industriestaatlichen Formen des Nebenerwerbs in Mexiko. Denn in bestimmten stadtnahen Dörfern, wo die ländliche Bevölkerung durch ein außergewöhnliches berufliches Chancenangebot geradezu überschwemmt wird, können sich Parallelen zu den in Industrieländern herrschenden sozialökonomischen Bedingungen ergeben. Das hat zur Folge, daß die Struktur der zurückbleibenden Einwohnerschaft, was ihre Wachstumsdynamik anbelangt, der in Industrieländern ähnlich wird. Diesem mehr zufälligen Phänomen in einzelnen Gebieten Mexikos kann natürlich nicht dieselbe sozialökonomische Indexfunktion zuerkannt werden wie im industriestaatlichen Bereich. In San Juan ist der Nebenerwerb auch nur auf einen Teil der Bevölkerung, nämlich auf die Familie mit einer und zwei erwerbstätigen Personen, beschränkt. Bei den Familien mit höheren Erwerbstätigenquoten tritt wieder das vollerwerbliche familiäre Arbeitsteilungsprinzip in den Vordergrund, welches sich bisher als Regelfall im ländlichen Bereich hatte beobachten lassen. Damit ist eigentlich der Ausnahmecharakter dieser Erscheinung in San Juan bestätigt (ausführlicher dazu S. 128).

4. Ejido- und Eigenlandfamilien lassen, obwohl im Dorfverband miteinander lebend, ein unterschiedliches sozialökonomisches Verhalten erkennen. Unter den Ejidatarios ist der „Entagrarisierungsprozeß" am weitesten fortgeschritten, obwohl nach der Grundidee des Ejidowesens die Bodenbearbeitung der eigentliche berufliche Auftrag des Ejidatario ist. In der sozialökonomischen Klasse

der gewerblich-ländlichen Oberschicht sind *nur Ejidatarios*, und zwar mit 7 Familien vertreten. Sie verpachten ihren z. T. ansehnlichen Ejidobesitz oder lassen ihn durch Tagelöhner bewirtschaften. Selbst gehen sie einträglicheren Beschäftigungen nach: Sie sind in der Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätig und nutzen die hohen Handelsspannen für sich selbst, während sie ihre Landarbeiter z. T. unter Mindestlohn bezahlen. Sie besitzen Einzelhandelsgeschäfte im Dorf, gehören der Traktorengenossenschaft an und sind in der Alkoholherstellung und im Ausschank tätig. Ihr Wocheneinkommen liegt selten unter 2000.– Peso. Diese Erscheinungen bestätigen eine Entwicklung im ejidalen Bereich, die sich in ausgeprägterer Form bereits in Benito Juárez hatte beobachten lassen.

5. Die Unterschiede in der Einkommensstruktur der einzelnen Erwerbstätigenklassen (von einer bis vier erwerbstätigen Personen pro Familie) weisen einige Gesetzmäßigkeiten auf. Bei den Familien mit einer erwerbstätigen Person ist der Anteil der nicht mehr in der Landwirtschaft Tätigen mit über 50 % am größten. Unter den Familien mit drei und vier erwerbstätigen Personen ist kein einziger Fall mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen mehr vertreten. Bei den Familien mit zwei erwerbstätigen Personen liegt der Anteil der nicht-landwirtschaftlich orientierten Familien unter 10 %. Aber auch die rein landwirtschaftlichen Einkommensfälle sind hier gering.

Der berufsstrukturelle und sozialökonomische Regelfall ist durch den gemischten Einkommensdifferenzierungsgang abgedeckt. Er ist vornehmlich durch die „Familien mit überwiegend landwirtschaftlichem Einkommen" bis „Familien mit überwiegend nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" vertreten. Dabei hat in der Regel die erste erwerbstätige Person, meistens der Familienvater oder der älteste Sohn, die Landbewirtschaftung inne, während die übrigen Familienangehörigen nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen, die überwiegend einen höheren Einkommensanteil ausmachen.

6. Was den sozialen Rang der einzelnen Berufsgruppen in den Familien mit mehreren erwerbstätigen Personen anbelangt, so steht die Familie mit zwei erwerbstätigen Personen an der Spitze.

Ihre überwiegende Berufskombination ist: Campesino – gewerblicher Beruf (mit guter beruflicher Qualifikation) bzw. Angestellter (Lehrer, Betriebsführer, Kassierer usw.). Der gewerbliche Hilfsarbeiter tritt hier stark in den Hintergrund. Auch bei den Familien mit drei erwerbstätigen Personen nimmt die zweite Person noch weitgehend einen Beruf mit relativ guter Qualifikation ein, während bei der dritten Person der gewerbliche Hilfsarbeiter im Vordringen ist. Bei den Familien mit vier erwerbstätigen Personen bestimmt der gewerbliche Hilfsarbeiter bis auf zwei Ausnahmen vollkommen die berufliche Palette der nicht-landwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten.

Diese spezifische Sortierung von

- a) Berufen mit guter beruflicher Qualifikation bei Familien mit geringerer Erwerbstätigenquote und
- b) Berufen mit minderer beruflicher Qualifikation bei Familien mit höherer Erwerbstätigenquote

widerspricht nicht der auch in Industrieländern verbreiteten Norm, nach der Familien mit mehreren erwerbstätigen Personen ausbildungsmäßig und beruflich schlechter strukturiert sind. Hinsichtlich der Gemeinde San Juan sowie auch der übrigen Untersuchungsgemeinden hat diese Feststellung jedoch insofern speziellere Bedeutung, als sie die Gültigkeit der These einschränkt, berufliche Differenzierung bedeute immer auch sozialen Fortschritt. Die Familien mit 2 erwerbstätigen Personen in San Juan sind offensichtlich die einzige Gruppe, auf die diese These ziemlich vorbehaltlos anwendbar ist. Bei den Familien mit mehr als zwei erwerbstätigen Personen haben die nicht-landwirtschaftlichen Berufe, darunter – wie erinnerlich – an erster Stelle der gewerbliche Hilfsarbeiter, überwiegend subsistenzsichernde Funktion, womit nicht selten eine soziale Geringstellung gegenüber dem Campesino verbunden ist.

Zusammenfassung der Ergebnisse der sozialökonomischen Klassifikation von San Juan

Mit San Juan wurde eine Gemeinde in die Reihe der Dorfuntersuchungen einbezogen, die den Typ der stadtrandnahen, in der sozialökonomischen Differenzierung weit fortgeschrittenen Ar-

beiter- und Bauerngemeinde repräsentiert. Durch die Gliederung in eine Eigenland- und eine Ejidoabteilung vereinigt dieses Dorf beide im Rahmen unserer Fragestellung interessierenden dörflichen Strukturtypen.

Daß der hohe sozialökonomische Differenzierungsgrad in diesem Dorf nicht mit einem gleich hohen sozialen Fortschrittsniveau korrespondiert, ist bereits an der auffälligen Diskrepanz in den sozialökonomischen Grunddaten erkennbar, die die amtliche Statistik ausweist. Einer hohen außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigenquote steht ein geringer Alphabetisierungsgrad gegenüber. Mit dem Anteil der Bevölkerung, der über Primarschulbildung verfügt oder sich in Ausbildung befindet, liegt San Juan sogar an letzter Stelle hinter den übrigen Untersuchungsgemeinden. Die Einzelbefunde des Dorftests sprechen dafür, daß sich die Großstadt-Randlage San Juans, die für seine wirtschaftliche Entwicklung sicher von großem Nutzen war, im sozialen Bereich nicht nur zum Vorteil ausgewirkt hat. Ein außergewöhnlich hoher Abwanderungsstrom hat die angestammte Bevölkerung um die räumlich und sozial mobilsten Familien dezimiert, so daß eine negativ selektierte Restbevölkerung zurückblieb, die den Anforderungen und der Gewalt des von der Stadt auf sie ausstrahlenden sozialökonomischen Wandlungsprozesses nicht gewachsen war. Sozialer Unfriede unter den ortsansässigen Bevölkerungsteilen, z. B. zwischen Eigenlandcampesinos und Ejidatarios, Mißtrauen und ungezügelte Aggressionslust, übersteigerte Aspirationen und der ständige Drang, für den Zugewinn von Land, z. B. durch Inszenierung von Landinvasionen, kämpfen zu müssen, obwohl die landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur in San Juan durchaus günstig ist, — krankhafte Selbstüberschätzung und die Neigung zum Alkoholismus konnten als Symptome dieser sozialen Fehlentwicklung registriert werden.

Trotz dieser sozialpsychologischen Absonderlichkeiten ergab die sozialökonomische Klassifikation eine relativ ausgewogene Besetzung der einzelnen sozialökonomischen Gruppen von San Juan. Entsprechend dem hohen Anteil der nicht mehr in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung (nach eig. Erhebungen über 50 %), ist der „gemischte Einkommensdifferenzierungsgang" der am meisten

in Anspruch genommene Teil des Modells. Unter den sozialökonomischen Klassen dieses Differenzierungsgangs ist wiederum die „Familie mit ausschließlich nicht-landwirtschaftlichem Einkommen" die quantitativ am stärksten frequentierte. Es handelt sich dabei überwiegend um Familien mit *einer* erwerbstätigen Person, deren Einkommen ausschließlich aus nicht-landwirtschaftlicher Arbeit besteht. Ihre Zahl beträgt nicht weniger als 278 im Verhältnis zu einer Gesamtpopulation von 827 Familien in San Juan. Die sozialökonomische Entwicklung dieser Familien hat sich derartig von der Bodenbearbeitung entfernt, daß sie nicht einmal mehr über einen noch so minimalen landwirtschaftlichen Nebenerwerb verfügen.

Die Funktion des Nebenerwerbs ist in San Juan im Gegensatz zu den anderen Dörfern durchaus von industriestaatlicher Natur, insofern als er nicht der puren Subsistenzerhaltung dient, sondern einen sozialökonomischen Differenzierungsgrad innerhalb des Abwendungsprozesses von der Landwirtschaft beschreibt. Diese Ausnahmestellung des Nebenerwerbs in San Juan erklärt sich leicht aus der hohen Abwanderungsrate der Dorfbevölkerung, also dem verringerten Druck auf die landwirtschaftliche Nutzfläche, und dem günstigen nicht-agrarischen Berufsangebot: Faktoren, welche die sozialökonomische Situation San Juans der in Industrieländern vergleichbar machen.

Nebenerwerb, landwirtschaftlicher wie nicht-landwirtschaftlicher, ist vor allem unter den Familien mit einer und mit zwei erwerbstätigen Personen verbreitet. Bei den Familien mit einer höheren Erwerbstätigenquote herrscht das vollerwerbliche familiäre Funktionsteilungsprinzip, d. h. auch nebenerwerblich zu betreibende Beschäftigungen werden hier vollberuflich ausgefüllt. Die Belegung der einzelnen Berufe durch die Familienmitglieder ist dann so organisiert, daß der Familienvater oder der älteste Sohn die Landwirtschaft versieht, während die anderen Erwerbstätigen in nicht-landwirtschaftlichen Berufen tätig sind.

Was den sozialen Aufstieg der sich durch Abkehr von der Landwirtschaft sozialökonomisch differenzierenden Familien anbelangt, so dürften die Familien mit zwei erwerbstätigen Personen in dieser Rangfolge an erster Stelle stehen. Die erste Person ist naturgemäß meistens in der Landwirtschaft tätig, so daß sich mit ihr selbstver-

ständlich kein soziales Werturteil verbinden läßt. Die zweite Person ist jedoch beinahe durchgehend in einem qualifizierten gewerblichen Beruf oder als Angestellter tätig. Mit zunehmender Erwerbstätigenzahl pro Familie verringert sich der Prozentanteil qualifizierter nicht-landwirtschaftlicher Berufe. Bei den Familien mit vier erwerbstätigen Personen ist der dominierende Beruf der gewerbliche Hilfsarbeiter.

Der sozialökonomische Entwicklungsgang läuft insofern nach ähnlichen Gesetzen ab, als in beiden Fällen die Landwirtschaft als Haupterwerbsfaktor kontinuierlich an Bedeutung verliert. Das Bemerkenswerte ist jedoch, daß sich diese Entwicklung im Ejidobereich, der ja von Gesetzes wegen auf die Bodenbearbeitung fixiert ist, mit noch stärkerer Vehemenz abspielt als bei den Eigenlandcampesinos. Die Verpachtung von Ejidoparzellen, einer der eklatantesten Verstöße gegen die Ejidalverfassung, ist nicht die Ausnahme in San Juan. Bezeichnenderweise rekrutieren sich die sieben zur „gewerblich-ländlichen Oberschicht" gerechneten Familien aus dem Ejidobereich. In den Eigenlandfamilien dagegen scheint sich die Entwicklung weniger sprunghaft zu vollziehen. Diese und andere Anzeichen sprechen dafür, daß die schon am Beispiel der Ejidos Xitoténcatl und Benito Juárez beobachteten Entwicklungstendenzen von allgemeiner Natur im gegenwärtigen Ejidowesen sind.

Wie beim Dorftest Atlamaxac so verlockten auch die Ergebnisse der Untersuchung von San Juan zum Vergleich mit Xalcaltzingo. Dabei ließ sich rasch erkennen, daß beide Gemeinden, San Juan und Xalcaltzingo, den fortgeschrittensten sozialökonomischen Differenzierungstyp unter den untersuchten Gemeinden repräsentieren. Als Ursachen dafür gelten jedoch recht unterschiedliche ökonomische Ausgangsbedingungen. Für San Juan dürfte von Anfang an eine stärker gewerblich orientierte Wirtschaftsentfaltung wegen der Großstadt-Randlage prognostizierbar gewesen sein. Der hohe Differenzierungsstand Xalcaltzingos, welches inmitten einer überwiegend agrarisch strukturierten ländlichen Umgebung liegt, erklärt sich aus der konfessionsbedingten Sonderentwicklung der sozialen Mobilität in diesem Dorf, was auch der Vergleich mit dem in natürlicher Ausstattung gleichgestellten Nachbardorf Atlamaxac belegt hat.

C. ZUR SOZIALRÄUMLICHEN GLIEDERUNG DES PROJEKTSGEBIETES

Die Frage der sozialräumlichen Gliederung ist mit der sozialökonomischen Klassifikation eng verbunden. Denn sie beschäftigt sich mit der *räumlichen* (horizontalen) Organisation und Verteilung der bis zu dieser Stelle nur in ihrer *vertikalen* Anordnung untersuchten Sozialgruppen. Die in dem vertikalen Klassifikationssystem untergliederten einzelnen sozialökonomischen Gruppen könnten in der Legende einer denkbaren sozialräumlichen Gliederungskarte zugleich als die horizontalen Klassifikationsfaktoren zur Unterscheidung einzelner Sozialräume fungieren. Man darf als Ergebnis einer solchen sozialräumlichen Gliederung natürlich nicht erwarten, daß sich dabei Dörfer oder Gebiete mit 100 %er Repräsentanz nur der einen oder anderen sozialökonomischen Klasse ergeben. Die Legende dieser Karte würde voraussichtlich aus einem Kombinationsraster der verschiedenen sozialökonomischen Klassen bestehen, die durch Prozentanteile oder Schwellenwerte in Relation zueinander gesetzt werden. Als Muster für eine solche Legende ließe sich etwa folgende Aufstellung denken:

- Reine Subsistenzgebiete
- Gebiete mit überwiegender Subsistenzwirtschaft; bis zu 10 % (20 %, 30 % usw.) der Bevölkerung mit gelegentlichen oder regelmäßigen Ernteüberschüssen
- Gebiete mit überwiegender Subsistenzwirtschaft; bis zu 10 % (20 %, 30 % usw.) mit gezielter Marktproduktion
- Überwiegend landwirtschaftliche Gebiete; 10 % (20 %, 30 % usw.) der Bevölkerung mit nicht-landwirtschaftlichem Einkommen

usw.

Eine sozialräumliche Gliederung des Projektsgebietes käme auch einem Forschungsinteresse im Rahmen des Projektes entgegen, da

sie das Pendant zu einer bereits bestehenden „Agrargeographischen Gliederung des Beckens von Puebla-Tlaxcala" (SEELE 1970) darstellen würde. Der Nutzen einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Agrar- und Sozialgeographie braucht nicht eigens ausgeführt zu werden.

Von den fünf vorliegenden Dorfuntersuchungen darf man natürlich noch keine konkreten Anhaltspunkte hinsichtlich einer sozialökonomischen Regionalisierung erwarten. Aus der zusammenhängenden Interpretation der Ergebnisse der Einzeluntersuchungen lassen sich jedoch einige grundsätzliche Hinweise zum sozialräumlichen Grundmuster des Untersuchungsgebietes ableiten, die zugleich den Erfahrungen entsprechen können, die man bei ähnlichen sozialräumlichen Regionalisierungsversuchen in anderen Teilen der Erde gewonnen hat.

I. Räumliche (metrische) und kommunikative Distanzen

Die Verwendung dieser beiden Distanzbegriffe in Zusammenhang mit räumlichen Gliederungsverfahren hat sich in der Geographie immer wieder bewährt. Im Rahmen des Projektes spielen sie auch bei TICHY (1970), obwohl nicht expressis verbis genannt, in seinem Aufsatz über „Zentrale und periphere Räume im Bereich des Beckens von Puebla-Tlaxcala . . ." in bezug auf die Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung eine Rolle. NICKEL (1971, S. 65 ff.) diskutiert die beiden Distanzbegriffe in seiner auf Mexiko bezogenene Untersuchung zum Marginalitätsproblem (sein Zentrum-Peripherie-Modell s. Abb. 7, S. 152). Es erscheint sinnvoll, die Ergebnisse der Dorftests hinsichtlich einer sozialräumlichen Regionalisierung des Untersuchungsgebietes unter diesem Begriffspaar der räumlichen und kommunikativen Distanzen auszuwerten.

Unter Zugrundelegung eines rein metrischen Distanzbegriffes könnte man sich die sozialökonomische Gliederung des Projektsgebietes etwa entsprechend einem einfachen Zentrum-Peripherie-Modell vorstellen. Als Zentrum würde die Hauptstadt Puebla mit dem höchsten sozialökonomischen Differenzierungsgrad fungieren; an der Peripherie mit dem geringsten Differenzierungsgrad wären

Benito Juárez und Xicoténcatl anzusiedeln. San Juan befände sich relativ nahe am Zentrum, was einem relativ hohen sozialökonomischen Differenzierungsgrad entspräche. Xalcaltzingo und Atlamaxac nähmen eine Zwischenstellung zwischen San Juan und der Peripherie mit entsprechend reduziertem sozialökonomischem Differenzierungsstand ein.

Es läßt sich leicht erkennen, daß dieses Modell mit den wirklichen sozialökonomischen und kommunikativen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Wie die Einzeluntersuchungen erwiesen haben dürften, repräsentiert jedes Dorf einen sozialökonomischen Typ, der sich nicht durch die metrische Entfernung vom Zentrum definieren läßt.

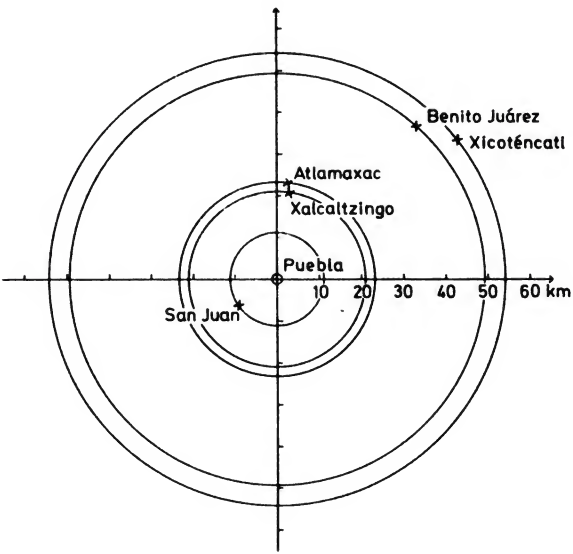


Abb. 4: Metrisches Distanzmodell

Im Modell liegen beispielsweise die Dörfer Xalcaltzingo und Atlamaxac bzw. Benito Juárez und Xicoténcatl jeweils beinahe auf demselben Äquidistanzring. Sozialökonomisch sind sie jedoch, zumindest was Xalcaltzingo und Atlamaxac anbelangt, stark voneinander unterschieden. So weist Xalcaltzingo hinsichtlich des sozialökonomischen Differenzierungsgrades durchaus Anklänge zu dem durch Großstadtnähe geprägten San Juan auf. Auch Benito Juárez und Xicoténcatl lassen sich, obwohl nahezu auf demselben Äquidistanzring liegend, nicht einem einheitlichen „sozialökonomisch peripheren Typ" zuordnen.

Aus diesem Anwendungsbeispiel ergibt sich, wie schon im vorausgehenden Hauptteil angedeutet, daß nicht die metrische Distanz, sondern die kommunikative oder auch soziale, wie man sie in diesem Zusammenhang nennen könnte, die adäquate Maßeinheit ist, mit der man das sozialökonomische Gefälle zwischen dem Zentrum und der Peripherie erfassen, zumindest aber beschreiben kann. Dieser vertikale Distanzbegriff ist von komplexer Natur und läßt sich bei weitem nicht so exakt definieren wie der horizontale (metrische) Distanzbegriff.

Unter den zahlreichen Kriterien, die in dem Begriff der sozialen Distanz zusammenfließen, seien einige genannt, die sich auch aus den Erfahrungen bei den fünf Dorftests ableiten lassen:
- die sozialökonomische Struktur des Dorfes
- die soziale Mobilität
- der Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung
- der Versorgungsgrad mit Kommunikationsmitteln
- der Anteil von Pendlern an der Dorfbevölkerung
- die Verkehrserschließung.

Zur anschaulichen Abgrenzung des kommunikativen (oder sozialen) Distanzbegriffes vom metrischen ist es von Vorteil, dem metrischen Distanzmodell ein kommunikatives gegenüberzustellen. Auf der Suche nach einer geeigneten Maßeinheit zur Darstellung der kommunikativen Distanz erkennt man schnell die Schwierigkeiten, die mit einer quantitativen Zusammenfassung der oben genannten Einzelkriterien verbunden sind. Stellvertretend für die Einzelkriterien, wenn auch nicht repräsentativ, sei deshalb zunächst versucht, ein kommunikatives Distanzmodell für unsere

fünf Testdörfer auf der Basis des Alphabetisierungsgrades ihrer Bevölkerung anzulegen.

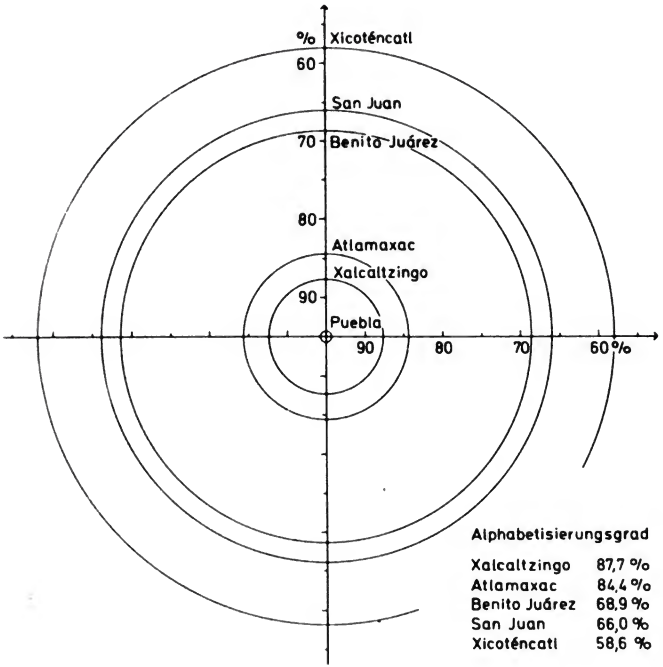


Abb. 5: Kommunikatives Distanzmodell
(Kriterium: Alphabetisierungsgrad)

Gegenüber dem metrischen Distanzmodell hat sich die Situation jetzt wesentlich verändert: Die geringste kommunikative Distanz gegenüber dem Zentrum hat Xalcaltzingo, es folgt Atlamaxac. Noch vor San Juan, welches im metrischen Distanzmodell auf dem

zentrumsnächsten Distanzring gelegen hatte, rangiert Benito Juárez, an der Peripherie liegt Xicoténcatl.

Wenn auch unter ganz anderer thematischer Zielsetzung, arbeiten SEELE und WOLF (1973) mit dem statistischen Merkmal „Alphabetisierungsgrad" und gelangen unter Auswertung des Censo General de Población von 1960 zu folgender Computerkarte:

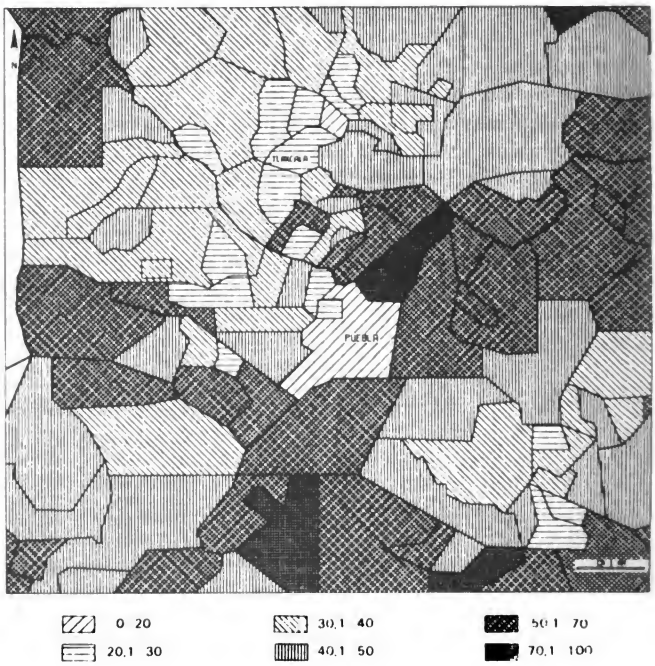


Abb. 6: Das Verhältnis der Analphabeten zur Gesamtbevölkerung pro Munizip 1960
(nach SEELE und WOLF, 1973, S. 103). Zum Vergleich mit der topographischen Übersichtskarte, s. S. 4

Die Interpretation der Karte weist auf einige Gesetzmäßigkeiten in der Verbreitung des Analphabetismus hin, die Anklänge an das Konzept der „Zentralen und peripheren Räume" nach TICHY (1970) wecken: Gebiete mit der geringsten Analphabetenrate sind die Landeshauptstädte Puebla und Tlaxcala. Die naturräumlich begünstigten Bewässerungslandschaften des zentralen Beckens und die urbanisierten städtischen Inseln im südöstlichen Projektsgebiet bilden die zweite Alphabetisierungsstufe, die randlich daran anschließenden Bereiche die dritte. Große Teile des Blocks von Tlaxcala (im Norden), die Ränder der Cordillera Tentzo (im Südosten) und des Beckens von Atlixco (im Südwesten) markieren bereits Analphabetenraten bis zu 50 %; zu den absolut peripheren Bereichen zählen die Hänge der Malinche bis unmittelbar an die Stadt Puebla heran, die rückwärtige Cordillera Tentzo im Süden, die Hänge des Popocatépetl und der Ixtaccíhuatl und der Bereich des Río Frío am westlichen Kartenrand.

Es wäre verfehlt, hieraus eine Übereinstimmung zwischen metrischen und kommunikativen Distanzen entnehmen zu wollen. Wegen der Generalisierung dieses Maßstabes auf Munizipialebene kann diese Karte gar keinen anderen Eindruck erwecken als den von kontinuierlich verlaufenden Übergängen zwischen geschlossenen Räumen gleichen Analphabetenanteils. Darauf weisen auch SEELE und WOLF hin und erwähnen die Problematik, mit der man bei der Auswertung der mexikanischen Statistik, speziell der Munizipalstatistik, konfrontiert wird (a. a. O., S. 130, Anm.).

Für unsere Regionalisierungsüberlegungen ergibt sich aus diesem Exkurs, daß man, wenn man auf diesem Feld unter Zuhilfenahme der amtlichen Statistik weiterkommen will, möglichst kleine Bezugseinheiten, etwa auf Gemeindeebene, wählen sollte. Gilt diese Empfehlung schon für die Erzielung einer größeren Realitätsnähe bei der zuletzt referierten Analphabetenverteilungskarte, so dürfte ihr ganz besondere Bedeutung bei der Regionalisierung selbst zufallen, bei der das Kriterium „Alphabetisierungsgrad" eine wesentliche Rolle spielen dürfte.

II. Das NICKELsche Kommunikationsmodell

Die generellen Beobachtungen zur sozialräumlichen Struktur des Projektsgebietes decken sich mit den Ergebnissen, die H. J. NICKEL (1971) in seiner Untersuchung zum Marginalitätsproblem erzielt. Eine wesentliche Ursache für die sozialökonomische Polarität zwischen Stadt und Land in Mexiko sieht NICKEL in der unzulänglichen Struktur des Kommunikationsnetzes und der Art des Informationsflusses, der das Ausbreitungszentrum von Informationen mit der Peripherie verbindet. Den Ausgangspunkt der Überlegungen stellt ein kybernetisches Zentrum-Peripherie-Modell dar, in dem der Gang der Transaktionen vom Zentrum der Peripherie und umgekehrt über einzelne Schaltstationen beschrieben wird (s. Abb. 7).

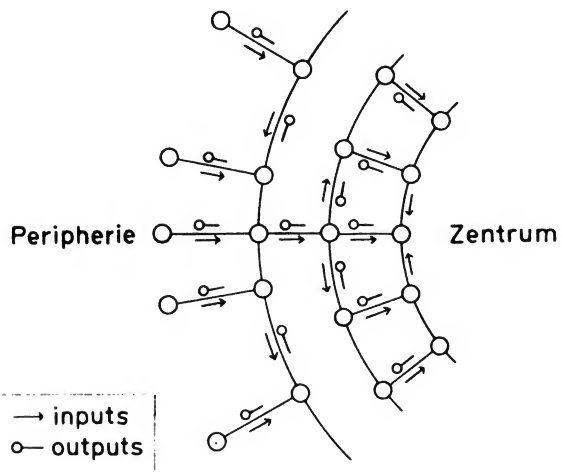


Abb. 7: Das Zentrum-Peripherie-Modell nach NICKEL (1971)

Das Zentrum ist der Kern der Informationsausbreitung. Informationsangebot und -aufnahme sind hier maximal ausgeprägt. Übermittlungsverluste, d. h. Verfälschungen und Verzögerungen treten im Zentrum kaum auf, während zur Peripherie hin die Störungsfaktoren beträchtlich zunehmen.

Überträgt man dieses Modell auf das hier behandelte Untersuchungsgebiet, so dürfte der Hauptstadt Puebla die Rolle des (Kommunikations-)Zentrums zufallen, während die einzelnen Testgemeinden sich entsprechend ihrer kommunikativen Distanz zentrifugal zur Peripherie hin anordnen. Graphisch dargestellt, würde sich dieser Sachverhalt nicht wesentlich von dem bereits in Abb. 5 gezeigten kommunikativen Distanzmodell unterscheiden, mit der Einschränkung jedoch, daß als Maßeinheit für die kommunikative Distanz hier nicht der Alphabetisierungsgrad, sondern die Übermittlungsdauer und -entfernung einer Information fungieren.

Es wurde bereits im vorausgehenden Kapitel gezeigt, wie eng Kommunikation und sozialer Wandel miteinander korrespondieren. Es bedarf auch bei NICKEL nur eines kleinen Schrittes, das kybernetische Z-P-Modell auf den sozialen Sektor zu übertragen. In diesem Sinne stellt das Kommunikationszentrum zugleich den Ort der größten sozialen Entfaltungschancen, der Mobilität und Innovationsfreudigkeit dar, die, entsprechend den Übermittlungsverlusten, zur Peripherie hin abnehmen. Dort kommt es zu den am Beispiel der sozial weniger entwickelten Dörfer San Juan, Atlamaxac und Xicoténcatl beschriebenen politischen, gesellschaftlichen und infrastrukturellen Ausfallerscheinungen, die sich, will man die NICKELschen Thesen auch prognostisch einsetzen, erst durch eine Verbesserung des Kommunikationssystems beheben lassen dürften.

Vergleicht man den kybernetischen Ansatz des NICKELschen Z-P-Modells mit den Beobachtungen zur sozialräumlich-gliedernden Funktion von kommunikativen Distanzen, so sind darin weitgehende Gemeinsamkeiten zu erkennen. Das Verhältnis dieser beiden Ansätze läßt sich vielleicht so charakterisieren, daß das NICKELsche Modell wegen seiner Allgemeingültigkeit den theoretischen Rahmen für weitere empirische Untersuchungen absteckt, die sich im weiteren und im engeren Sinne dem Marginalitätsproblem widmen.

III. Grundgedanken zu einer künftigen sozialräumlichen Gliederung des Projektsgebietes

Überträgt man die in den Klassifikationstests gewonnenen Erfahrungen auf den theoretischen Hintergrund der zuletzt referierten kommunikativen Distanzvorstellungen, so läßt sich folgendes Ergebnis festhalten:

Das Untersuchungsgebiet ist nicht nach einem System zusammenhängender flächendeckender Sozialräume nach der Art eines kontinuierlich verlaufenden horizontalen Stadt-Land-Gefälles geordnet. Die einzelnen Siedlungen beziehen vielmehr ihren sozialökonomischen Differenzierungsstatus aus ihrer vertikalen Kommunikations- und Innovationsnähe zu übergeordneten Ausbreitungszentren mit distanzüberwindendem Effekt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einigen Dörfern die kommunikativen und sozialen Bezugskoordinaten so geartet sind, daß sie sich einer kategorialen Erfassung völlig entziehen. In den vorgestellten Untersuchungsbeispielen haben sich als besonders innovationsfördernde Kommunikationsträger der Ejidokommissar von Benito Juárez und die Pentecostés-Sekte in Xalcaltzingo erwiesen.

Diese Erfahrungen führen vor allem zu der Erkenntnis, daß es falsch wäre, von einer verhältnismäßig so geschlossenen räumlichen Modellvorstellung auszugehen wie einem Zentrum-Peripherie-Modell, in dem Puebla das einzige und für das ganze Projektsgebiet verbindliche kommunikative und soziale Ausbreitungszentrum darstellt. Abgesehen von den bereits genannten regional bedeutenden Kommunikationsträgern, wird dieses Idealbild aber auch von den Ausstrahlungen übergeordneter Kommunikationszentren gestört, die außerhalb des Projektsgebietes liegen. Das trifft etwa auf die Bundeshauptstadt Mexiko zu, welche für viele aus den ländlichen Räumen Pueblas und Tlaxcalas Auspendelnde und Abwandernde den direkten kommunikativen Bezugspunkt bildet. Wie unterschiedlich sich die sozialökonomischen Differenzierungskräfte gerade auf engstem Raum auswirken, haben die so gegensätzlich strukturierten Nachbargemeinden Xalcaltzingo und Atlamaxac gezeigt.

Aus diesen Darlegungen ist zu erkennen, daß dem Vorhaben, zu einer sozialräumlichen Gliederung des Projektsgebietes zu kommen einige grundsätzliche Schwierigkeiten entgegenstehen.

1. Angesichts der geringen sozialökonomischen Geschlossenheit der Region Puebla-Tlaxcala dürfte kein Weg daran vorbeiführen, das Projektsgebiet in seiner Gesamtheit systematisch und flächendeckend, d. h. Siedlung für Siedlung lückenlos zu erfassen. Denn nicht kontinuierlich angeordnete Räume gleicher sozialökonomischer Struktur, sondern ein punktuelles Raster von z. T. gegensätzlich strukturierten sozialökonomischen Kleineinheiten scheinen den Sozialraum zu charakterisieren.

2. Diese Aufgabe läßt sich in Anbetracht der in die Tausende gehenden Zahl von Klein- und Kleinstsiedlungen im Projektsgebiet nur unter Zuhilfenahme der Statistik bewältigen (vgl. den von TICHY 1974 zusammengestellten Katalog der Siedlung und Bevölkerung von 1900 bis 1970).

3. Gegenüber der amtlichen Statistik gelten aber die Vorbehalte, die bereits in den methodischen Vorbemerkungen zur sozialökonomischen Klassifikation eingebracht und die auch von SEELE und WOLF (1973, S. 130) bestätigt worden sind.

Im Bestreben, aber doch einige positive Aspekte für eine künftige Lösung dieser Frage anzudeuten, so erscheint es zumindest der Mühe wert, die Verwendung der amtlichen Statistik in modifizierter Form in einer gesonderten Untersuchung neu zu durchdenken. Voraussetzung dafür muß es sein, daß nicht das Munizip, etwa vergleichbar mit der deutschen Kreisstadt, sondern mindestens die nächst untergeordnete Erhebungsebene, nämlich das Dorf, der Ejido, die Kolonie die statistische Bezugseinheit ist. Diese Bedingung wird annähernd durch den Censo General de Población von 1970 erfüllt, aus dem – wie erinnerlich – im Hauptteil der Untersuchung die Zensusdaten entnommen sind.

Was die Verwendung dieser Statistik anbelangt, so sei – einem Vorschlag F. TICHYs aus dem Jahre 1976 folgend – an die Möglichkeit gedacht, die für den Zweck einer sozialräumlichen Regionalisierung einzeln nicht verwendbaren Daten miteinander zu korrelieren und daraus einen sozialökonomischen Gesamtindex abzuleiten. Dieser Index böte dann die Grundlage für die Herstellung

einer Verbreitungskarte der sozialökonomischen Gemeinde type
die den Ausgangspunkt für die gewünschte Regionalisierung liefe
könnte.

Summary

This investigation starts out from the author's experience that the rural region of Puebla-Tlaxcala is no longer only a showplace of processes of social differentiation of a subsistence and agrarian market-orientated nature. Since 1970 this area has increasingly developed into a location for both manufacturing plant and an expanding secondary and tertiary labour sector. For this reason it is meaningful to include the whole range of forms of rural Mexican income in this investigation and to stop regarding the Campesino class solely as the exponent of the possibilities of rural existence.

In order to allow this endeavour to arrive at objective and quantifiable findings the data collection was directed towards the inclusion of the socio-economic structure of the entire rural family in the area under investigation. The most important aim in this is to ascertain the state of income of every wage-earner belonging to a family, for this approach makes possible the classification of socio-economic location and degree of mobility of the family in the field of conflicting interests, ranging from pure subsistence agriculture and market-orientated agriculture to mixed and non-agricultural means of livelihood. The result of these definitions of employment and social status is a socio-economic classification model (see Figure). It describes the socio-economic groups in Mexican rural society which exist at present, as well as their process of development from an originally undifferentiated society of subsistence economy to a differentiated, integrated, urban-industrial society.

The classification model is divided into a process of subsistence differentiation, a process of market orientation, and a mixed process of income differentiation. Whereas the traditional agrarian-rural differentiation of society can only be comprehended by means of the two former development processes of the classifica-

The socio-economic classification model
undifferentiated, isolated subsistence economy society

"Course of subsistence differentiation"	"Course of market orientation"	"Course of mixed incon differentiation"
Agric. families (subsist.) without further income or daily-paid landless labourers (Peones)	Agric, families (subsist.) with occasional crop surpluses	Families with income predominantly based on agric. Agric. income = > 50 % of total income
Agric. families (subsist.) with supplementary employment in the village or daily-paid labourers with additional income from agric.	Agric. families with regular surplus production	Families with balanced income from agric. and non-agric. sources
Agric. families (subsist.) with members in full employment outside agriculture and outside agriculture and outside the village	Agric. families with planned production for the market with some members involved in marketing organisation	Families with exclusively non-acric. income
Subsidised subsistence families	Market-oriented agric. enterprises with some members engaged independently in trade	Rural-manufacturing upper stratum

Differentiated, integrated, urban (industrial) society

tion model, the actual manufacturing-rural differentiation takes place in the process of the model's mixed income differentiation. A large part of the families has already abandoned completely the agricultural modes of income. A classification model of a purely industrial society could be employed for a further detailed socio-economic enquiry into these families.

The material required for the investigation was obtained by conducting about 100 random sample inquiries scattered throughout the area under investigation, together with 5 village studies. The choice of villages studied in detail was based on a socio-econom-

ically representative code which it proved possible to set up in the course of the sample surveys. The following were investigated:
– the Ejido community of Xicoténcatl (Huamantla, Tlaxc.) as representative of the type of agricultural subsistence community on the spatial and social periphery and lacking indications of occupational mobility and social change.
– the Ejido community of Benito Juárez (Huamantla, Tlaxc.) as representative of the type of subsistence community on the spatial and social periphery with the beginnings of change in the occupational and social structure.
– the Campesino community of Xalcaltzingo (Tepeyanco, Tlaxc.) as representative of the type of rural community with stable income structure, albeit with increasing intrusion of forms of income derived from manufacturing industry.
– the Campesino community of Atlamaxac (Tepeyanco, Tlaxc.) as representative of the type of a rural community having a relatively stable agricultural income structure and little occupational mobility.
– the Campesino and Ejido community of San Juan (Puebla, Pue., the place-name is encoded) as a type of rural farming and labouring community in the vicinity of a major town, having a rural social structure of a contraversial stamp with tendencies towards change to incomes from non-agricultural occupations.

The common result of these village studies is that although to a varying degree all of the villages are experiencing decisive social change, the dynamic which gives direction to this change is evidently not determined primarily by a core-periphery socio-economic gradient extending between Puebla, the capital, and the marginal areas, but rather more decisively by locally important innovation centres, which do not appear to be subject to any clear spatial ordering. The processes of more or less significant change include, for example:
– the substitution of formerly strict monoculture of maize and beans by the rotation of maize-potato-grainbeans in Xicoténcatl
– the intensification of agriculture by irrigation and the setting-up of a dairy cattle ranch at Benito Juárez

– supplementary or full-time occupation in the production of concrete building blocks at Xicoténcatl and the construction of a textile factory in Benito Juárez
– the establishment of manufacturing firms at Xalcaltzingo

A particularly striking feature of this development is the fact that the very institution of Ejido, which in accordance with its purpose, might be counted among the indigenous, immobile part of rural society, often provides the impetus for such processes of socio-economic change. This also applies to the Ejido faction in San Juan, which, together with the factory and ranch owners of Benito Juárez, presents clear indications of the development of a rural manufacturing upper stratum in the society. Beyond this it is especially at San Juan that features of mobility linked with an industrial society are much in evidence – such as the separation of place of residence and work, the neglect of field cultivation, orientation towards the town etc. But the remaining rural communities have also experienced the development of a ramified commuter movement over recent years.

Translation: Dr. Anthony Hellen

Resumen

Esta investigación se basa en la experiencia que los procesos agropecuarios de subsistencia y aquellos orientados al mercado no son los únicos que originan una diversificación social en la región rural de Puebla-Tlaxcala. Desde 1970 esta área se ha venido desarrollando en forma creciente como un lugar de asentamiento de fábricas comerciales, dando lugar al surgimiento de profesiones en los sectores económicos secundario y terciario. De ahí que esta investigación considere de utilidad incluir en el análisis toda la extensa gama de las formas de ingresos mexicanos rurales, y no considerar solamente a la clase social campesina como la única exponente de uno posible subsistencia rural.

Para traducir estos esfuerzos en una información objetiva y cuantificable, se orientaron las encuestas a abarcar la totalidad de la estructura socio-económica familiar rural en el área de investigación. El objetivo principal consiste en determinar las relaciones de ingreso de cada miembro familiar activo. De esta forma se puede determinar la ubicación socio-económica y el grado de movilidad de la familia en la disyuntiva entre una producción agrícola de subsistencia, pasando luego hacia una producción orientada hacia el mercado, hasta llegar a formas mixtas de ocupación no agrícola. El resultado de la determinación del status ocupacional y social dió origen a un modelo de clasificación socio-económico (ver Gráfico). En el se describen tanto los grupos socio-económicos actuales de la sociedad mexicana rural, así como su evolución desde una sociedad de subsistencia indiferenciada e isolada hacia una sociedad urbano-industrial diferenciada e integrada.

El modelo de clasificación está dividido en un proceso diferenciado de subsistencia, una etapa de orientación al mercado y un proceso de ingresos mixtos. Mientras que la sociedad rural agrícola tradicional está caracterizada por los dos primeros estadios del

Modelo de clasificación socio-económico
Sociedad de subsistencia indiferenciada e isolada

Procesos diferenciado de subsistencia	Proceso de orientación al mercado	Proceso de ingresos mixtos
Familias agrícolas (subs.) sin otros ingresos adicionales; ——— y/o peones sin tierra	Familias agrícolas (subs.) con ocasionales sobreproducción de cosecha	Familias con ingreso mayoritariamente agrícola. Ingreso agrícola > 50 % del ingreso total.
Familias agrícolas (subs.) con ocupación paralela en el pueblo; ——— y/o peones con ingreso adicional agrícola	Familias agrícolas con sobreproducción regular	Familias con ingreso agrícola y no agrícola equilibrado.
Familias agrícolas (subs.) con algunos miembros familiares ocupados en el pueblo en labores no agrícolas	Familias agrícolas con una producción orientada hacia el mercado	Familias con ingreso mayoritariamente no agrícola. Ingreso no agrícola > 50 % del ingreso total
Familias agrícolas (subs.) con algunos miembros familiares ocupados en labores no agrícolas, no relacionadas con el pueblo.	Familias agrícolas con producción orientada hacia el mercado, con separación del proceso de comercialización	Familias con ingreso exclusivamente no agrícola
Familias de subsistencia subvencionadas	Familias agrícolas orientadas hacia el mercado, con organización propia de comercialización	Clase alta industrial-rural

Sociedad urbano-industrial diferenciada e integrada

proceso en el modelo de clasificación, la situación actual representa el estadio de ingresos mixtos del modelo. Una gran parte de las familias se han independizado de aquellas formas de ingresos netamente agrícolas. Para una captación socio-económica detallada de estas familias, se podría hacer uso de un modelo clasificatorio netamente socio-industrial.

El material necesario para la investigación se desprende de cerca de 100 encuestas al azar, distribuídas en toda la región de estudio,

y de investigaciones especiales realizadas en cinco pueblos. La elección de los pueblos analizados en detalle se basa en considerandos socio-económicos obtenidos del análisis de las encuestas al azar. Se investigaron:

– La comunidad éjido Xicoténcatl (Huamantla, Tlaxc.) como representante de una comunidad agrícola de subsistencia periférica y marginal, tanto desde el punto de vista espacial como social, carente de indicios de una movilidad profesional y de cambio social.

– La comunidad éjido Benito Juárez (Huamantla, Tlaxc.) como representante de una comunidad agrícola de subsistencia periférica y marginal, tanto desde el punto de vista espacial como social, con primeros indicios de cambio socio-profesional.

– La comunidad campesina Xalcaltzingo (Tepeyanco, Tlaxc.) como representante de una comunidad rural con una estructura de ingresos agrícolas estables y con una tendencia creciente a la aparición de formas de ingresos industriales.

– La comunidad campesina Atlamaxac (Tepeyanco, Tlaxc.) como representante de una comunidad rural con una estructura de ingresos agrícolas relativamente estables y débil movilidad profesional.

– La comunidad campesina y comunidad éjido San Juan (Puebla, Pue., el nombre está en clave) como representante de una comunidad de campesinos y obreros cercana a la gran ciudad, de estructura social controvertida y con signos de cambio hacia relaciones de ingresos no agrícolas.

El resultado común de las investigaciones obtenidas en estos pueblos es que todos ellos están comenzando a ser afectados, aún cuando en diversa medida, por un cambio social. La dinámica que dirige a este cambio no está aparentemente determinada fundamentalmente por la gradiente socio-económica centro-periferia existente entre Puebla, la capital del estado y las áreas marginales. Más bién centros locales importantes de innovación, aparentemente distribuídos sin un orden preconcebido, desempeñan un papel decisivo en estos procesos de cambio más o menos intensos. Pertenecen a ellos por ejemplo:

– El reemplazo del monocultivo maíz-frejoles, antiguamente m- frecuente, por una rotación maíz-patatas-cereales-frejoles en Xic- téncatl.
– La intensificación del cultivo a través de regadío y la creación de un rancho lechero-ganadero en Benito Juárez.
– La ocupación paralela y/o principal en la producción de ladrillos de cemento en Xicoténcatl y la construcción de una fábrica textil en Benito Juárez.
– El asentamiento de industrias en Xalcaltzingo.

Llama especialmente la atención en este desarrollo el hecho de que sea precisamente el sistema de éjidos, que originariamente fuera planeado como un factor extabilizador de la sociedad rural, el que frecuentemente desate la motivación para el proceso socio-económico de cambio. Esto es válido también para el éjido de San Juan, el que conjuntamente con los propietarios de la fábrica y rancho de Benito Juárez, muestran claros indicios de un surgimiento de una clase alta industrial-rural. Incluso en San Juan los fenómenos de movilidad de una sociedad industrial, como por ejemplo la separación entre el lugar de trabajo y de vivienda, el paulatino abandono de la preparación del suelo agrícola, la orientación hacia la ciudad, etc. son precisamente muy evidentes. También en las restantes comunidades rurales se ha desarrollado en los últimos años un sistema de tráfico de ido y vuelta bastante ramificado.

Traducción: Ricardo Riesco

Literaturverzeichnis

ALEMAN ALEMAN, E. 1966, Investigación socio-económica directa de los ejidos de San Luis Potosí, México D. F.

BALLESTEROS, M.L. 1968, Nueva Geografía Elemental del Estado de Tlaxcala. México D.F.

BARRACLOUGH, S. 1971, El desarrollo rural y las perspectivas de la ocupación en America Latina. In: Revista del México Agrario, México D.F., 5. Jahrg., Bd. 1, S. 19-59

BARTELS, D. (ed.) 1971, Wirtschafts- und Sozialgeographie. Köln u. Berlin

BATAILLON, C. 1972, La ciudad y el campo en el México Central. Siglo 21 editores, Mexico D.F. (Französ. Ausgabe 1971: Ville et champagnes dans la région de Mexico, Paris).

BENITEZ ZETENO, R. 1965, El estado de Tlaxcala: aspectos de su estructura y dinamica socio-económica. In: Revista Mexicana de Sociología 27, S. 425-450

BOBEK, H. 1959, Die Hauptstufen der Gesellschafts- und Wirtschaftsentfaltung in geographischer Sicht. In: Die Erde, 90. Jahrg., S. 259-298. (Mit Kürzungen nachgedruckt in E. Wirth (ed.) 1969, Wirtschaftsgeographie, Darmstadt, S. 441 ff.)

DEGE, E. 1974, Filsen und Osterspai. Arb. z. Rhein. Landeskunde, Bonn

CHEVALIER, F. 1965, Ejido y estabilidad en México. In: Ciencias politicas y sociales, Mécico D.F., S. 413-449

DUMONT, R. 1962, The „sabotage" of the agrarian reform. In: New Left Review, S. 46-63

EXCELSIOR, Mexikanische Tageszeitung. Diverse Berichte.

ECKSTEIN, S. 1966, El ejido colectivo. México D. F.

EISENSTADT, S. N. 1971, Social Differenciation and Stratification. Glenview, Illinois, USA

FEDER, E. 1969, Sobre la impotencia de los campesinos. In: Revista Mexicana de Sociología, April/Juni 1969, México D. F., S. 322-386

– (ed.) 1973, Gewalt und Ausbeutung, Lateinamerikas Landwirtschaft. Hamburg

FRIEDRICH, J. 1968, Die Agrarreform in Mexiko. Bedeutung und Verbreitung des Ejido-Systems in den wichtigsten Anbaugebieten des Landes. Nürnb. Wirtschafts- und Sozialgeogr. Arb. 7

FRANK, A. G. 1969 u. a., Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Bielefeld

GALJART, B. 1972, Movilización Campesina en America Latina. In: Boletin de Estudios Latinoamericanos, Amsterdam

GIERLOFF–EMDEN, H. G. 1970, Mexiko. Eine Landeskunde. Berlin

GONZALES CASANOVA, P. 1970, Sociología de la explotación. México D. F. [2] 1970

GORMSEN, E. 1966, Tlaxacala – Chiautempan – Apizaco. Zur Entwicklung kleiner Städte im mexikanischen Hochland. In: Heidelb. Geogr. Arb. H. 15, Wiesbaden, S. 115-132
– 1968, Städte und Märkte in ihrer gegenseitigen Verflechtung und in ihren Umlandbeziehungen. In: Tichy (ed.) 1968: Das Mexiko-Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. I, Wiesbaden, S. 180-193
HAGGETT, P. 1973, Einführung in die kultur- und sozialgeographische Regionalanalyse. (Aus dem Englischen übertragen von D. Bartels u. B. u. V. Kreibich). Berlin, New York
HAHN, H. 1957, Sozialgruppen als Forschungsgegenstand der Geographie. In: Storkebaum (ed.): Zum Gegenstand und zur Methode der Geographie, Darmstadt 1967. (Zuerst in ERDKUNDE 1957, S. 35-41).
– 1958, Konfession und Sozialstruktur. In: Storkebaum (ed.): Sozialgeographie, Darmstadt 1969. (Zuerst in ERDKUNDE 1958, S. 241-253).
HEIMPEL, Ch. 1965, Agrarreform und Sozialrevolution. Inst. f. Internationale Solidarität d. K.-Adenauer-Stiftung, Bonn
HOROWITZ, I. L. 1970, Masses in Latin America. New York, Oxford Univ. Press
HARTKE, W. 1959, Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens. In: Storkebaum (ed.) Sozialgeographie, Darmstadt 1969. (Zuerst in ERDKUNDE 1959, S. 426-436).
JÄCKLEIN, K. 1970, San Felipe Otlaltepec. Göppinger Akad. Beiträge. Göppingen
KNOBLICH, K. 1973, Las Condiciones de las aguas subterráneas en la cuenca de Puebla-Tlaxcala. In: Comunicaciones del Proyecto Puebla-Tlaxcala, H. 7. Puebla, S. 9-10
KRYSMANSKI, R. 1967, Bodenbezogenes Verhalten in der Industriegesellschaft. Hrsgg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Univ. Münster, H. 2
LAUER, W. 1973, 10 Jahre Mexiko-Projekt. In: Mitteilungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1, 1973, S. 5-21, Bonn
– 1970, Naturwissenschaftliche Arbeiten im Rahmen des Mexiko-Projekts der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: Wilhelmy (ed.), Festschrift f. E. Gentz, S. 29-38
– 1975, Vom Wesen der Tropen. Akademie der Wissenschaften u. der Literatur, Mainz. Wiesbaden
LEVI, S. 1965, El Ejido en el Estado de Puebla. In: Publicaciones del Instituto de Geografía, Vol. I, U. N. A. M. Mexico D. F.
LEWIS, O. 1960, Tepotzlán, New York
– 1963, Life in a Mexican Village. Tepotzlán restudied. Urbana
– 1967, Pedro Martínez. A Mexican Peasant and his Family. New York
MAYNTZ, R. u. a. 1971, Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie. Köln u. Opladen, ^{2}1971
MEJIDO, M. 1974, La agricultura en crisis. Fondo de Cultura Económica. México D. F.
NAVARRETE, I. M. de 1971, Bienestar campesino y desarrollo económico. Sección de Obras de Economía. Fondo de Cultura Económica, México D. F.

NUTINI, H.G. u. T. D. Murphy 1970, Labor Migration and Family Structure in the Tlaxcalan Pueblan Area. México D. F.
NICKEL, H. J. 1970, Zur Problematik der Agrarreform in Lateinamerika. Mitteilungen d. Geogr. Fachsch. Freiburg, N. F., Freiburg
– 1971, Die Campesinos zwischen Marginalität und Integration. Freiburg
– 1973, Unterentwicklung als Marginalität in Lateinamerika. München
– 1975, Marginalität und Urbanisierung in Lateinamerika. In: Geographische Zeitschrift 63, S. 13-30
– 1976, Zur Immobilität und Schuldknechtschaft mexikanischer Landarbeiter vor 1915. In: Saeculum XXVII, S. 289-328
OTHON DE MENDIZABAL, M. de u. a. 1968, Ensayos sobre las classes sociales en México. In: Los Grandes Problemas Nacionales, México D. F.
PADGETT, L. V. 1966, The Mexican Political System. Boston
PENA, M. de la 1964, El Pueblo y su Tierra. Cuadernos Americanos, Mexico D. F.
PFEIFER, G. 1964, Bericht über ein deutsch-mexikanisches Forschungsprojekt. In: Geogr. Zeitschr. 52, S. 128-151
PLAN PUEBLA (o.J.), Un Enfoque Regional para Aumentar la Productividad Agrícola. Puebla, etwa 1968
POPP, K. 1976, Der Kulturlandschaftswandel im Becken von Atlixco, Pue. Diss. Erlangen 1976
PUENTE LUTTEROTH, S. 1974, Studien zum System der zentralen Orte in Mexiko – am Beispiel von Tlaxcala. Diss. Bonn 1974
REYES OSORIO, S., R. Stavenhagen u. a.1974, Estructura Agrária y Desarrollo Agrícola en México. México D. F.
RIGGS, F. W. 1964, Administration in Developing Countries. The Theory of Prismatic Society. Boston
RÖHM, H. 1957, Das Problem einer sozialökonomischen Klassifikation der landbesitzenden Familien. In: Berichte über Landwirtschaft NF XXXV, S. 17-41
RÜHL, A. 1920, Die Wirtschaftspsychologie des Spaniers. In: E. Wirth (ed.), Wirtschaftsgeographie, Darmstadt 1969 (Zuerst erschienen in ZEITSCHRIFT d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin 1920, S. 297-302).
RUPPERT, K. u. F. Schaffer 1969, Zur Konzeption der Sozialgeographie. In: A. Schultze (ed.) 1976: Dreißig Texte zur Didaktik der Geographie. Zuerst erschienen in Geographische Rundschau 1969, S. 205-214)
SANDER, H.-J. 1972, Zum Problem der sozialökonomischen Differenzierung kleinbäuerlicher Familien im zentralmexikanischen Hochland. In: Geogr. Zeitschr. S. 375-389
– 1973, Versuch eines sozialökonomischen Klassifikationsmodells kleinbäuerlicher Familien in Mexiko, dargestellt am Beispiel zweier Ejido-Gemeinden im zentralen Hochland. In: Erdkunde, S. 235-243
– 1974 (a), Cambios Actuales en la Estructura Económica y Social de dos Ejidos en el Norte de la Región del Proyecto (Xicoténcatl y Benito Juárez). In: Comunicaciones del Proyecto Puebla-Tlaxcala, H. 11, Puebla, S. 69-76
– 1974 (b), Estructura Social y Confesional en un pueblo de Campesinos del Estado Federal de Tlaxcala, México. In: Comunicaciones del Proyecto Puebla-Tlaxcala, H. 11, Puebla, S. 77-83

SANDNER, G. 1964, Mitla und Cuajimalpa. Wandel und Beharrung in zwei mexikanischen Dörfern 1929-1962. In: Geogr. Zeitschr. 1964, S. 95-106
– 1975, Wachstumspole und regionale Polarisierung der Entwicklung im Wirtschaftsraum. In: Der Wirtschaftsraum, Festschrift f. E. Otremba, Erdkundliches Wissen H. 41, Wiesbaden, S. 78–90
SANDNER, G. u. H. A. Steger 1973, Lateinamerika. Frankfurt
SEELE, E. 1968 (a), Die Agrarlandschaften der Gegenwart im Becken von Puebla-Tlaxcala. In: Tichy (ed.) 1968: Das Mexiko-Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. I, S. 153-169
– 1968 (b), Die Ziegelherstellung im Becken von Puebla-Tlaxcala. In: Tichy (ed.) 1968: Das Mexiko-Projekt der DFG, Bd. I
– 1970, Jüngere Wandlungen der Agrarlandschaft im Hochland von Mexiko. In: Tagungsberichte und wiss. Abhandlungen des Deutschen Geographentages Kiel 1969. Wiesbaden 1970
– 1974, Niveau des statischen Grundwasserspiegels im Projektsgebiet Puebla-Tlaxcala, unveröffentlichte Karte 1 : 200 000, Erlangen
SEELE, E. u. F. Wolf 1973, Darstellung thematischer Karten mit Schnelldrucker und Plotter auf der CD 3300. Mitteilungsblatt des Rechenzentrums der Universität Erlangen-Nürnberg
SCHÖLLER, P. 1968, Leitbegriffe zur Charakterisierung von Sozialräumen. In: Zum Standort der Sozialgeographie, Festschrift f. W. Hartke, Münchener Stud. z. Sozial- u. Wirtschaftsgeogr. Bd. 4, S. 177–184
SCHÖLLER, P. (ed.) 1972, Zentralitätsforschung. Darmstadt
SILVA FUENZALIDA, I. 1972, Marginalidad, Transición y Conflicto Social en America Latina. Cedial-Herder, Bogotá und Barcelona
SIMPSON, E. R. 1937, The ejido: Mexico's way out. The University of North Carolina Press, Chapel Hill, N. C.
STAVENHAGEN, R. 1966, Social aspects of the agrarian structure in Mexico. In: Social Research, Vol. 33, 3, S. 463-485
– 1967, Los jornaleros agricolas. In: Revista del México Agrario, S. 163-166
– 1969, Sieben falsche Thesen über Lateinamerika. In: Frank, Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Bielefeld. S. 15-30
– 1970, Agrarian Problems and peasant movements in Latin America. Garden City. N. Y., USA
– 1972, Sociología y subdesarrollo. Editorial Nuestro Tiempo, México D. F.
– 1973, Las clases sociales en las sociedades agrárias. Siglo 21. editores, México D. F. [5]1973
STEGER, H. A. (ed.) 1968, Sozioökonomische Typologie Lateinamerikas. Beiträge zur Soziologie und Sozialkunde Lateinamerikas, Bd. 3, Bad Homburg v. d. H..
STEINBERG, H. G. 1969, Fragen einer sozialräumlichen Gliederung auf statistischer Grundlage. In: W. Storkebaum (ed.) Sozialgeogr. Darmstadt, S. 193–223
SOL DE PUEBLA, Mexikanische Tageszeitung in Puebla. Diverse Berichte.
TICHY, F. 1964, Bericht über den Beginn geographischer Arbeiten im Rahmen der deutsch-mexikanischen Forschungen im Becken von Puebla-Tlaxcala vom 6.9.62 bis 30.7.1963. In: Geographische Zeitschrift 52, S. 151-157

– 1963, Ejido-Statistik des Mexiko-Projektes Puebla-Tlaxcala. Erhoben v. F. Tichy im Departamento de Asuntos Agrarios y Colonización, México D. F. 1963
– 1966, Politischer Umsturz und Kulturlandschaftswandel im Hochland von Mexiko. In: Heidelb. Geogr. Arb. H. 15, Wiesbaden, S. 99-114
– 1968 (ed.), Das Mexiko-Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 1, Wiesbaden
– 1968 (a), Das Hochbecken von Puebla-Tlaxcala und seine Umgebung. In: Tichy (ed.) 1968, S. 6-24
– 1968 (b), Die Entwicklung der Agrarlandschaften seit der vorkolumbianischen Zeit. In: Tichy (ed.) 1968, S. 145-152
– 1970, Zentrale und periphere Räume im Bereich des Beckens von Puebla-Tlaxcala (Mexiko) in ihrer Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung. In: Deutsche Geogr. Forsch. in der Welt von heute, Kiel. S. 39-48
– 1973, Siedlung und Bevölkerung im Raum Puebla-Tlaxcala am Ende des 18. Jahrhunderts dargestellt im Kartenbild. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, Bd. 10, Köln u. Wien, S. 207-235
– 1974, Siedlung und Bevölkerung 1900-1970. Zentralgebiet Puebla-Tlaxcala. In Tabellen zusammengestellt. Erlangen.

TICHY F. u. K. Tyrakowski, Besitzgrenzen nach der Agrarrevolution im Projektsgebiet Puebla-Tlaxcala. 16 unveröffentlichte Kartenblätter 1 : 50 000, Erlangen

TREUE, W. 1968, Das Mexiko-Projekt. Ein Unternehmen deutsch-mexikanischer interdisziplinärer Regionalforschung. In: Tichy (ed.) 1968: Das Mexiko-Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 1, Wiesbaden, S. 1-4

TROLL, C. 1954, Forschungen in Zentralmexiko. In: Tagungsbericht und wiss. Abhandlungen des Deutschen Geographentages Hamburg 1955, Wiesbaden 1957, S. 191-213
– 1961, Religionsgeographie als Teilaspekt der Kultur- und Sozialgeographie. In: Schwind (ed.) 1975: Religionsgeographie. Darmstadt. (Begrüßungsrede zur religionswiss. Jahrestagung des Deutschen Zweiges der Internationalen Vereinigung für Religionsgeschichte in Bonn vom 26.–28.7. 1961)

WAIBEL, L. 1930, Die wirtschaftsgeographische Gliederung Mexikos. Leipzig

WEBER, M. 1947, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen [4] 1947.

WILHELMY H. (ed.) 1970, Festschrift f. E. Gentz, Deutsche Geographische Forschung in der Welt von heute, Kiel

STATISTIK, IX. Censo Géneral de Población, 1970. 3 Bände, México D. F. 1973

AGENDE ESTADISTICA. Secretaría de Industria y comercio (ed.). Fortlaufende Jahrgänge.

Anhang
Tabellen: I, II, III
Fragebogen

Digitized by Google

Fragebogen (Seite 1)

Stadt (Municipio): Dorf (Pueblo):

Straße: Hausnummer:
Wieviele Personen leben im Haus?
Männer: Frauen: Kinder: m: w:
Alter:
Wieviele einzelne Familien (Ehen) leben im Haus?
Größe des Betriebes: Zahl der Parzellen:
Betriebsinhaber:
Eigenland: Pachtland:
Bewässerungsland: Trockenland:
Maschinen: Autos:
Verwendung von chem. Dünger mit/ohne Anleitung:

Anbauflächen (in % von der Gesamtfläche):

Zahl der Ernten (und welche Produkte):

Preise der wichtigsten Produkte (pro kg):
Vermarktung:
Erwerbstätige Person: Fam.-ang. EP:
Tagelöhner: Höhe des Lohnes:

I. Großelterliche Familie
Großvater: Jahre alt Beruf:
Durch wen versorgt:
Zahl der Kinder: m: w: Im Hause lebend: m: w:
Davon verheiratet: Mit eig. Fam. im Hause lebend:

II. Elterliche Familien
1. Ehemann: Schwieger-Sohn. Alter: Beruf/Ausbildung:
Arbeitet wo:
Wenn außerhalb, wie oft nach Hause kommend:
Art des Einkommens: Wie hoch:

Nebenbeschäftigungen: (Anteile in %)
Einkommen für die eigene Familie:
Andere Personen mitversorgend:
Kinder: m:. . . . . .w: . . . . . .
Alter: . . . . .

Forts.: Elterliche Familien
2. Ehemann: Schwieger-Sohn. Alter: Beruf/Ausbildung:
Arbeitet wo:
Wenn außerhalb, wie oft nach Hause kommend:
Art des Einkommens: Wie hoch:

Nebenbeschäftigungen: (Anteile in %)
Einkommen für die eigene Familie:
Andere Personen mitversorgend:
Kinder: m: . . . . . .w: . . . . . .
Alter: . . . . .

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
GRADUATE LIBRARY

DATE DUE

DO NOT REMOVE
OR
MUTILATE CARD

BONNER GEOGRAPHISCHE ABHANDLUNGEN *(Fortsetzung)*

Heft 41 : *Monheim, Rolf :* Die Agrostadt im Siedlungsgefüge Mittelsiziliens. Erläutert am Beispiel Gangi. 1969. 196 S. DM 21,–

Heft 42 : *Heine, Klaus :* Fluß-und Talgeschichte im Raum Marburg. Eine geomorphologische Studie. 1970. 195 S. DM 20,–

Heft 43 : *Eriksen, Wolfgang :* Kolonisation und Tourismus in Ostpatagonien. Ein Beitrag zum Problem kulturgeographischer Entwicklungsprozesse am Rande der Ökumene. 1970. 289 S. DM 29.–

Heft 44 : *Rother, Klaus :* Die Kulturlandschaft der tarentinischen Golfküste. Wandlungen unter d Einfluß der italienischen Agrarreform. 1971. 246 S. DM 28,–

Heft 45 : *Bahr, Wolfgang :* Die Marismas des Guadalquivir und das Ebrodelta. Zwei spanische Reisbaulandschaften. 1972. 282 S. DM 26.–

Heft 47 : *Golte, Winfried :* Das südchilenische Seengebiet. Besiedlung und wirtschaftliche Erschließung seit dem 18. Jahrhundert. 1973. 183 S. DM 28,–

Heft 48 : *Stephan, Johannes :* Die Landschaftsentwicklung des Stadtkreises Karlsruhe und seiner näheren Umgebung. 1974. 190 S. DM 40,–

Heft 49 : *Thiele, Adelbert :* Luftverunreinigung und Stadtklima im Großraum München. 1974. 175 S. DM 39,–

Heft 50 : *Bähr, Jürgen :* Migration im Großen Norden Chiles. 1975. 286 S. DM 30,–

Heft 51 : *Stitz, Volker :* Studien zur Kulturgeographie Zentraläthiopiens. 1974. 395 S. DM 29,–

Heft 52 : *Braun, Cornel :* Teheran, Marrakesch und Madrid. Ihre Wasserversorgung mit Hilfe von Qanaten. Eine stadtgeographische Konvergenz auf kulturhistorischer Grundlage. 1974. 160 S. DM 32,–

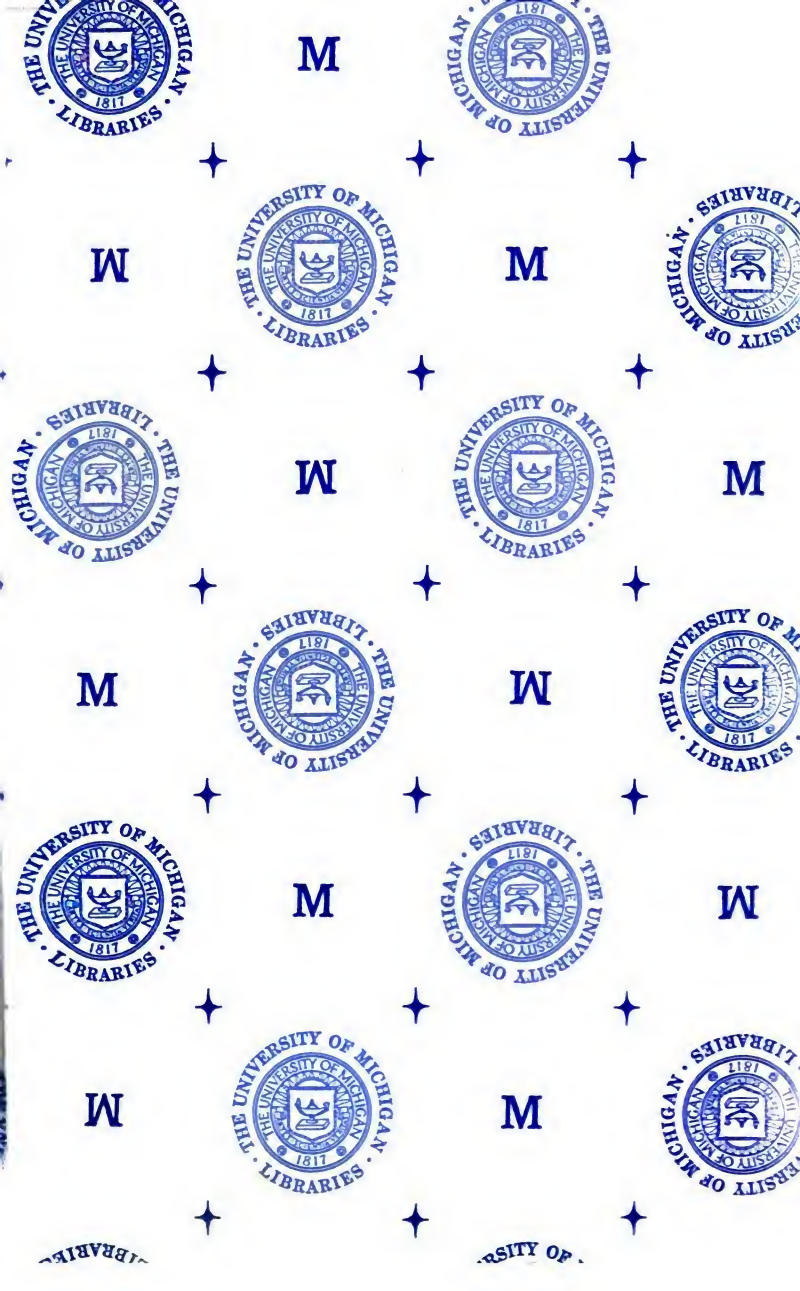
Heft 53 : *Klaus, Dieter :* Niederschlagsgenese u. Niederschlagsverteilung im Hochbecken von Puebla-Tlaxcala. 1975. 172 S. DM 32,–

Heft 54 : *Banco, Irmela :* Studien zur Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung von Griechenland. 1976. 297 S. DM 38,–

Heft 55 : *Selke, Welf :* Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. 1977. 167 S. DM 28,–

In Kommission bei Ferd. Dümmlers Verlag, Bonn

* *Johnson Reprint Corp.; im Buchhandel erhältlich.*
Nicht genannte Nummern sind vergriffen.


THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 05521 3139

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN · LIBRARIES · 1817